RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

RUB

ZEFIR-Materialien Band 6

WEGE ZUR METROPOLE RUHR

Jörg-Peter Schräpler

Sebastian Jeworutzki

Bernhard Butzin

Tobias Terpoorten

Jan Goebel

Gert G. Wagner

ZEFIR

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
FAKULTÄT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE REGIONALFORSCHUNG

ZEFIR-Materialien Band 6 (Dezember 2017)

Jörg-Peter Schräpler, Sebastian Jeworutzki, Bernhard Butzin, Tobias Terpoorten,
Jan Goebel, Gert G. Wagner
Wege zur Metropole Ruhr

Verlag: ZEFIR (Verlagsnummer: 978-3-946044)

Die Schriftenreihe wird herausgegeben vom
© Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Fakultät für Sozialwissenschaft,
Ruhr-Universität Bochum, LOTA 38, 44780 Bochum (zugleich Verlagsanschrift)

Herausgeber der Schriftenreihe:
Prof. Dr. Jörg Bogumil
Prof. Dr. Sören Petermann
Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler

ISBN: 978-3-946044-06-2

Jörg-Peter Schräpler/ Sebastian Jeworutzki/ Bernhard Butzin/
Tobias Terpoorten/ Jan Goebel/ Gert G. Wagner

WEGE ZUR METROPOLE RUHR

STIFTUNG MERCATOR

Das Projekt »Wege zur Metropole Ruhr« wurde gefördert von der Stiftung Mercator.

Wege zur Bildungsregion Ruhr

Ein Geleitwort von Dr. Oliver Döhrmann und Dr. Felix Streiter,
Stiftung Mercator

Das Ruhrgebiet ist eine Region im Um- und Aufbruch. Die Montan- und Schwerindustrie hat in den meisten Städten ihr Ende gefunden, die Entwicklung einer neuen wirtschaftlichen Basis trägt erste Früchte. Sichtbares Zeichen hierfür ist die immer höhere Bedeutung wissensbasierter Unternehmen, die eng mit den mehr als zwanzig Hochschulen des Ruhrgebiets kooperieren und mehr und mehr Arbeitsplätze in wachstumsstarken Branchen schaffen. Die Region kann hieraus berechtigten Optimismus für ihre langfristige Entwicklung schöpfen und ist damit zunehmend gerüstet für ihren eigenen Weg in einem globalen Wirtschaftskontext.

Doch die Vergangenheit wirft immer noch ihre Schatten. Diese zeigen sich vor allem dann, wenn nicht mehr nur die Ebenen der einzelnen Städte oder der Region betrachtet werden, sondern wenn kleinräumigere Perspektiven eingenommen werden. Es sind vor allem die ehemaligen Arbeiterstadtteile des Ruhrgebiets, die bis heute vor der Herausforderung stehen, den Strukturwandel bewältigen und eine weitere Abwärtsentwicklung verhindern zu müssen. Dort verdichtet sich häufig eine schwierige Gemengelage aus hoher und langfristiger Arbeitslosigkeit, schwachen Übergangsquoten von Grundschulen in weiterführende Schulen, weniger junger Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung, Wohnräume niedriger Qualität und Leerstände, etc. Wem trotz dieser Rahmenbedingungen Bildungserfolg und sozialer Aufstieg gelingt, der verlässt häufig die betreffenden Stadtteile, so dass sich die Segregation innerhalb der städtischen Quartiere weiter verschärft.

Die Zusammenhänge zwischen sozialräumlichen Aspekten und Bildungserfolg insbesondere in den letzten Jahrzehnten näher zu betrachten und daraus Ansatzpunkte zur Bewältigung dieser Herausforderungen in den Quartieren abzuleiten, ist das Ziel der hier vorliegenden Studie. Sie führt erstmalig in dieser Form kleinräumige quantitative Analysen von Sozial- und Bildungsdaten für Nordrhein-Westfalen über einen Zeitraum von 40 Jahren zusammen und erlaubt damit faszinierende Perspektiven auf die Entwicklung des gesamten Bundeslands, insbesondere aber des Ruhrgebiets. Und was noch wichtiger ist: Die Autorinnen und Autoren beschränken sich nicht auf die historische Betrachtung, sondern sie können zeigen, dass die Wege aus der Krise dieser Quartiere in einer Kombination aus gezieltem Ressourceneinsatz, kluger Konzepte für die Entwicklung der Bildungseinrichtungen sowie der kommunenübergreifenden und regionalen Kooperation liegen.

Die Stiftung Mercator hat dieses Vorhaben über mehr als zwei Jahre gefördert. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlen wir uns besonders verpflichtet. In diesem Rahmen verfolgen wir das Ziel, einen kooperativen, chancengleichen und leistungsfähigen Bildungs- und Wissenschaftsraum Ruhr mitzugestalten. Das Projekt „Wege zur Metropole Ruhr“ ist in direkter Konsequenz aus dieser Zielsetzung entstanden und Teil unseres Anspruches, auch in der Forschungsförderung über reine Analysen hinauszugehen. Vielmehr wollen wir Politik und Verwaltung sowie den vor Ort Tätigen Mittel in die Hand geben, die vor uns stehenden Herausforderungen in den erwähnten Quartieren gut zu bewältigen.

Auch für die hier vorgelegten Befunde und Empfehlungen gilt es nun, sie systematisch für die Entwicklung kooperativer und sektorenübergreifender Lösungen zu nutzen. Zahlreiche regionale Partner aus den Kommunen, den Hochschulen und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen haben sich zu diesem Zweck beispielsweise bereits in der Bildungsinitiative RuhrFutur zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für gute Bildung in der Region zu engagieren. Diese und viele weitere Initiativen, Bündnisse und Projekte arbeiten Tag für Tag hart daran, dass auch im Ruhrgebiet Chancengleichheit nicht mehr von der Herkunft abhängt und in welchem Quartier man aufwächst.

Unser Dank gilt neben den Autorinnen und Autoren der Studie auch der Brost-Stiftung und Dr. Joachim Scharioth. Im Rahmen eines parallel geförderten Projekts wurde dort in einem komplementären Ansatz auf eindrucksvolle Weise die Transformation des Ruhrgebiets sichtbar gemacht. In der Zusammenschau beider Projekte wird deutlich, welche Wegstrecke das Ruhrgebiet bereits zurückgelegt hat und welche Entwicklungspfade es in Zukunft beschreiten wird. Dabei wird deutlich: Der Weg zur Bildungsregion Ruhr verläuft insbesondere über diese herausgeforderten Quartiere.

Vorwort

Bildung ist in unserer Gesellschaft der Ausgangspunkt für gute Lebenschancen (Geißler und Weber-Menges 2009: 36) und es wurde vielfach gezeigt (z.B. Terpoorten 2014; Baumert u. a. 2005), dass sozialstrukturelle und sozialräumliche Bedingungen einen maßgeblichen Einfluss auf Bildungsteilhabe und Bildungschancen der Bevölkerung haben. Ein wichtiger Teil des Strukturwandels der Metropole Ruhr spiegelt sich auch in einem Wandel der Bildungslandschaft wider. Der Umbau der Region Ruhr (vom »Ruhrgebiet« zur »Metropole Ruhr«) erfährt gegenwärtig und besonders mit dem Jahr 2018, dem Beginn des »postcarbonen Zeitalters« an der Ruhr, eine Art »Quantensprung«: An die Stelle der Ressource Kohle tritt nach der Schließung der letzten Zeche (und angesichts prekärer Turbulenzen des Montankomplexes wie Stahl und Eisen, fossile Energie) die Ressource »Bildung«. Der oft zitierte Übergang von der Industrie- über die Dienstleistungs- zur Wissensgesellschaft trifft jedoch diese Herausforderung nur ansatzweise: Die eigentliche Ressource ist weniger das Wissen, sondern der Umgang mit Wissen. Angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung, des immer rascheren Wandlungstempos und kürzerer Halbwertszeit der Wissensbestände sind Kreativität, Innovation, die Schaffung neuen Wissens gefragt. »Bildung« ist zur wesentlichen Ressource der Zukunft avanciert, an der Ruhr mehr als andernorts und mehr denn je. Trotz aktuell leichten Einwanderungsüberschusses führt der spezifische demografische Wandel an der Ruhr (die Eltern der Kinder, die heute fehlen, sind gar nicht erst oder anderswo geboren worden) zu zunehmendem Mangel an Fach- und Wissensarbeitern.

Die Orientierung am Ruhrgebiet als Ganzes erfordert auch eine neue Sichtweise auf die gewandelten und bestehenden Strukturen. Ein Wechsel der Perspektive von den großen administrativen Strukturen hin zu einem kleinräumigen, die Heterogenität der Städte und Stadtteile berücksichtigenden Blickwinkel ist notwendig, um städteübergreifende neue und alte Potentiale für die (bildungsspezifische, gesellschaftliche und wirtschaftliche) Entwicklung des Ruhrgebiets zu identifizieren. Denn Kennzeichen der turbulenten Übergangszeit ist gerade auch das kleinräumige Neben- und Ineinander von Wachstum, Stagnation und Schrumpfung, von arm und reich, von vermehrten und verminderten Bildungschancen. Der Begriff des regionalen Strukturwandels ist zunächst ein komplexitätsreduziertes Konstrukt, das sich aus kleinräumigen Ereignissen, Prozessen und Einzelentscheidungen zusammensetzt. Es erfordert aber gleichzeitig (standort- und stadt-)übergreifende Steuerung und Schwerpunktsetzung, die in der Form von abgestimmten und kohärenten Leitbildern und Strategien für

die Gestaltung von »Bildungslandschaft(en)« zielt. Dabei kommt dem Sachverhalt der Diversität soziostruktureller und soziokultureller Rahmenbedingungen ein besonderes Gewicht zu. Die bildungspolitische Steuerung des regionalen Wandels beruht i.d.R. ebenso wie die makroanalytische Erklärung auf hoch aggregierten Daten, Durchschnittswerten und entsprechend vereinfachten Hypothesen. Das führt gerade in turbulenten Übergangszeiten, in denen man nicht auf Erfahrungen über stabile Trends der Vergangenheit zurückgreifen kann, zu unangemessenen, oft problematischen Verkürzungen. Eine angemessene Komplexität ist hingegen nicht herstellbar ohne Einsicht in die Vielfalt kleinräumiger Bildungs- und Bevölkerungsstrukturen, deren Wandlungsprozesse sowie in die (Re-)Aktionen und politische Teilhabe der Menschen.

Im Rahmen dieser Wandlungsprozesse sind insbesondere folgende Fragestellungen relevant: Wie hat sich die für die Region lebenswichtige Ressource Bildung in den letzten Jahrzehnten entwickelt? Welche positiven und hemmenden Faktoren, welche kleinräumigen Stärken und Schwächen, welche Potentiale lassen sich ausmachen? Wie kann diese Ressource nachhaltig und zukunftsfest gefördert werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen geht die Studie neue Wege und versucht diese Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und zu beantworten. Sie gliedert sich in drei eigenständige Teile: 1. Eine quantitative statistische Analyse der Entwicklung kleinräumiger sozialstruktureller Disparitäten und *räumlich segregierter Bildungsteilhabe*, 2. eine qualitative Analyse und Spurensuche *Bildung im Wandel: Chancengleichheit und Bildungspotenziale im Ruhrgebiet*, sowie 3. die *Analyse des gesellschaftlichen Wandels aus dem Blickwinkel der Bewohner mit den Daten des SOEP und qualitativen Intensivinterviews.*

In Teil 1 wird neben der indikatorengestützten kleinräumigen Quartiers- und Bevölkerungsentwicklung erstmals über viele Jahre hinweg der Ausbau und die Entwicklung des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen (NRW) dargestellt und im Weiteren die Schulübergänge in die weiterführenden Schulformen im kleinräumigen Kontext analysiert. Der Übergang in die Sekundarstufe I war und ist immer noch ausschlaggebend für die späteren Zukunftschancen der Kinder. In diesem Zusammenhang spielt auch die Integration von Ausländern/Migranten und ihre Eingliederung in die kleinräumigen Gesellschafts- und Bildungsstrukturen eine große Rolle. Unsere Untersuchung zielt jedoch nicht nur darauf, den Wandel historisch zu beschreiben, sondern versucht, auf der Basis der dargestellten Entwicklung der vergangenen vier Jahrzehnte, Schlüsse und Vorschläge zum zukünftigen Handeln zu entwickeln. Zentral stehen hierbei das »Zusammenspiel« und die Wechselbeziehung zwischen den kleinräumigen sozioökonomischen Entwicklungen innerhalb der Kommunen und der lokalen Bildungsteilhabe und Bildungsteilnahme und den daraus resultierenden Bildungs- und Lebenschancen im Fokus.

In Teil 2 geht es im Rahmen des qualitativen Forschungsteils »Bildung im Wandel« um eine die quantitativen Ergebnisse ergänzende Perspektive auf das Thema Bildungschancen und -ungleichheiten im Ruhrgebiet. Hierzu wurden

mit insgesamt 20 Lehrerinnen und Lehrern sogenannte leitfadengestützte Interviews durchgeführt. Davon sind neun im Schuldienst aktiv und die übrigen elf pensioniert. Letztere werden vor allem zu längerfristigen Wandelprozessen befragt. Die beruflich aktiven Lehrerinnen und Lehrer gaben im Schwerpunkt ausführlich Auskunft darüber, wie Bildungsdisparitäten und die Gegensteuerung ihren pädagogischen Alltag prägen.

In Teil 3 wird der gesellschaftliche Wandel in den Augen der Bewohner der Metropole Ruhr auf Basis der repräsentativen Längschnittstudie SOEP abgebildet. Zum einen wird der Wandel auf Basis eines speziellen Fragebogens, der im Ruhrgebiet eingesetzt wurde, dargestellt. Zum anderen werden die qualitativen Ergebnisse von Gesprächen mit 41 SOEP-Befragten berichtet. Diese Befragte leben in der Nähe von Foto-Standorten, die im Partnerprojekt »Heimat im Wandel – Soziologie in Bildern« untersucht werden. In Teil 3 wird auch erläutert, wie die für das Projekt eigens erhobenen Daten und Texte für weitergehende Analysen genutzt werden können.

Inhaltsverzeichnis

Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet *Sebastian Jeworutzki, Katharina Knüttel, Catharina Niemand, Björn-Jan Schmidt, Jörg-Peter Schräpler, Tobias Terpoorten*

1 Einleitung **29**

2 Raum und Bildung – wie Segregation und Bildung zusammenhängen **33**

3 Datengrundlage **43**

4 Der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und in der Metropole Ruhr **57**

5 Typologie der Bezirke **95**

6 Schulen und Bildungsabschlüsse in Nordrhein-Westfalen **119**

7 Der Zusammenhang von Strukturwandel und Bildungsbeteiligung **173**

8 Fazit **195**

Bildung im Wandel: Chancenungleichheit und Bildungspotenziale im Ruhrgebiet – eine Spurensuche *Bernhard Butzin, Jörg Kohlscheen, Raimund Pahs*

1 Ziele und Gegenstand der Untersuchung **223**

2 Theoretische Suchscheinwerfer: Humanvermögen und Habitus **229**

3 Methodik **235**

4 Faktoren der Mobilisierung von Bildungspotenzialen **245**

5 Wandel des Bildungswesens an der Ruhr **261**

6 Zusammenfassung **283**

Das Ruhrgebiet gibt es gar nicht: Menschen erzählen die Geschichte des Wandels zwischen Ruhr und Emscher
Gert G. Wagner und Jan Goebel

1 Einleitung **299**

2 Auswahl der Gesprächspartner und Quantitative Analysen **301**

3 Bewohner (aus dem SOEP) haben das Wort **311**

4 Zusammenfassung und Fazit **325**

Anhang

A Räumlich segregierte Bildungsteilhabe **331**

B Bildung im Wandel **435**

C Das Ruhrgebiet gibt es gar nicht **447**

Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet

Sebastian Jeworutzki, Katharina Knüttel, Catharina Niemand,
Björn-Jan Schmidt, Jörg-Peter Schräpler und Tobias Terpoorten

Inhalt

1 Einleitung **29**

2 Raum und Bildung – wie Segregation und Bildung zusammenhängen **33**

2.1 Was ist Segregation? 33

2.2 Welche Rolle spielt Bildung innerhalb der Segregationsthematik? 35

2.3 Zwischenfazit 41

3 Datengrundlage **43**

3.1 Zensusdaten 43

3.1.1 Anpassung der regionalen Gliederung 46

3.1.2 Konstruktion zeitinvarianter Raumeinheiten 48

3.2 Schuldaten 55

4 Der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und in der Metropole Ruhr **57**

4.1 Aufstieg und Niedergang des industriellen Sektors 58

4.2 Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft . . . 69

4.3 Arbeitslosigkeit und soziale Segregation 77

4.4 Entwicklung der Alters- und Haushaltsstruktur 83

4.5 Migration 90

5 Typologie der Bezirke **95**

5.1 Latente Klassenanalyse 96

5.1.1 Auswahl der Variablen 97

5.2 Typisierung der Bezirke für das Jahr 1970 97

5.3 Typisierung der Bezirke für das Jahr 2011 103

5.3.1 Vergleich der Typisierung von 1970 und 2011 – Entstehung von sozial benachteiligten Bezirken im Ruhrgebiet 106

5.4 Klassifikation für Veränderungstypen 1970 und 2011 109

6 Schulen und Bildungsabschlüsse in Nordrhein-Westfalen 119

6.1 Entwicklungen der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen . . . 121

6.1.1 Entwicklungen des Schulangebots in Nordrhein-Westfalen 121

6.1.2 Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 5 in Nordrhein-Westfalen 124

6.1.3 Abschlüsse 131

6.1.4 Übergänge und Empfehlungen 138

6.2 Wanderungsbewegungen von Grund- zu weiterführenden Schulen 146

6.3 Weiterführender Schulbesuch und Abschlüsse auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte 152

6.3.1 Hauptschulen: Anzahl, Nachfrage und Abschlüsse 152

6.3.2 Realschulen und Fachoberschulreife 156

6.3.3 Gymnasien und Hochschulreife 158

6.3.4 Integrierte Schulen und Abschlüsse 162

6.3.5 Regionale Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität 165

6.3.6 Kommunale Betrachtung: Übergänge und Empfehlungen 167

6.4 Zusammenfassung 169

7 Der Zusammenhang von Strukturwandel und Bildungsbeteiligung 173

7.1 Entwicklung der Übergangsquoten auf die weiterführenden Schulen 174

7.2 Sozialraum, Schülerstruktur und Übergangsquoten zum Gymnasium 185

7.3 Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR 193

8 Fazit **195**

Abbildungsverzeichnis

2.1 Übersicht der Faktoren, die auf das Bildungsverhalten wirken 37

3.1 Relationale Verknüpfung von Zensusdaten und Ortsteilgeometrien 49

3.2 Relationen der Ortsteile in Hattingen 50

3.3 Ortsteilgrenzen von Hattingen 1961 – 2011 52

3.4 Zeitinvariante Bezirke in NRW und im RVR 54

4.1 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe in NRW 62

4.2 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe im RVR und in der Rheinregion 63

4.3 Zechenstandorte und Beschäftigtenanteil in der Wirtschaftsabteilung Bergbau im RVR 1961 und Bergbau und Rohstoffgewinnung 2011 65

4.4 Bevölkerungsdichte in NRW 68

4.5 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr im RVR und in der Rheinregion 71

4.6 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen in NRW 72

4.7 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen im RVR und in der Rheinregion 74

4.8 Erwerbslosenquote 1987 und Arbeitslosenquote 2011 in NRW 80

4.9 Arbeiteranteil 1970 und Arbeitslosenquote 2011 im RVR und in der Rheinregion 82

4.10 Anteil der unter 18-Jährigen im RVR und in der Rheinregion. 85

4.11 Anteil der 65-Jährigen und Älteren im RVR 86

4.12 Anteil Einpersonenhaushalte im RVR 88

4.13 Anteil Vier- und mehr Personenhaushalte im RVR 88

4.14 Anteil Einpersonenhaushalte und Vier- und mehr Personenhaushalte in NRW 89

4.15 Ausländer-/Migrantenanteil in NRW 92

4.16 Ausländer-/Migrantenanteil im RVR und in der Rheinregion. 93

5.1 Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 1970 in NRW und im RVR 102

5.2 Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 2011 in NRW und im RVR 108

5.3 Veränderung des Ausländeranteils, des Anteils an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe, des Jugendquotienten, der Arbeitsstätten und der Einwohnerdichte in den Clustern von 1970 zu 2011. 116

5.4 Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 in NRW 117

5.5 Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 im RVR und in der Rheinregion 118

6.1 Entwicklung der Gesamtschulen in NRW, 1976–2015 122

6.2 Entwicklung der Anteile der Schulformen an allen weiterführenden Schulen in NRW, 1976–2015. 123

6.3 Entwicklung der Anteile der Schulformen im regionalen Vergleich, 1976–2015 125

6.4 Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 5 an weiterführenden Schulen (1979–2015) im Vergleich zur Entwicklung des Anteils der Schulformen (1976–2015) in NRW 125

6.5 Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulform an allen Schülerinnen und Schülern im regionalen Vergleich, 1976–2015 127

6.6 Entwicklung des Ausländeranteils in der Jahrgangsstufe 5 in NRW, 1980–2015 128

6.7 Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 5 an weiterführenden Schulen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2015 129

6.8 Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf weiterführenden Schulformen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2015. 130

6.9 Entwicklung der Schulabschlüsse in NRW, 1979–2014 131

6.10 Entwicklung der Schulabschlüsse im regionalen Vergleich, 1979–2014 132

6.11 Entwicklung der Schulabschlüsse nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2014 133

6.12 Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Nationalität (Deutsche - Ausländer) im regionalen Vergleich, 1979–2014 135

6.13 Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Nationalität (Deutsche - Ausländer) in NRW, 1979–2014, Gymnasium vs. Gesamtschule 136

6.14 Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Geschlecht (Mädchen - Jungen) in NRW, 1979–2014 137

6.15 Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Geschlecht (Mädchen - Jungen) in NRW, 1979–2014, Gymnasium vs. Gesamtschule 137

6.16 Entwicklung der Schulformempfehlungen in NRW, 2009–2014 139

6.17 Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformempfehlung an den integrierten Schulformen in NRW, Gesamtschule: 2009–2014, Sekundarschule: 2012–2014 143

6.18 Schulformempfehlungsabweichungen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2009–2014 144

6.19 Schulformempfehlungsabweichungen zur höheren (links) und zur niedrigeren (rechts) Schulform nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2009–2014 145

6.20 Anteil der Gymnasien an allen weiterführenden Schulen auf Gemeindeebene in NRW, 2014 147

6.21 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zur weiterführenden Schule die Grundschulkommune oder -kreis verlassen in NRW, 2014 148

6.22 Standorte der Hauptschulen in NRW, 2003 und 2015. 149

6.23 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zur weiterführenden Schule die Grundschulkommune verlassen am Beispiel Kreis Euskirchen, 2014 150

6.24 Schülerströme von Grund- zu weiterführenden Schulen im Kreis Euskirchen, 2014 150

6.25 Netzwerke stabiler Schülerströme von Grund- zu weiterführenden Schulen im RVR, 2003–2014. 151

6.26 Verteilung des Anteils der Hauptschulen an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 153

6.27 Entwicklung des Anteils der Hauptschulen an allen weiterführenden Schulen nach Kreistyp, Kreise in NRW 1976–2015 154

6.28 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Hauptschulen im Jahrgang 5 und Anteil der Hauptschulabschlüsse an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 155

6.29 Verteilung des Anteils der Realschulen an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 157

6.30 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Realschulen im Jahrgang 5 und Anteil der Fachoberschulreife an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 159

6.31 Verteilung des Anteils der Gymnasien an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 160

6.32 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasien im Jahrgang 5 und Anteil des Abiturs an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 161

6.33 Standorte der Gesamtschulen in NRW, 2003 und 2015 162

6.34 Schulanteil und Schüleranteil an Gesamtschulen in Jahrgangsstufe 5, Kreise in NRW 2014 163

6.35 Anteil Abitur und Hauptschulabschluss an allen an Gesamtschulen erworbenen Abschlüssen, Kreise in NRW 2014 164

6.36 Gymnasial- und Hauptschulempfehlungen an Gesamtschulen, Kreise in NRW 2014 164

6.37 Abitur: Differenz und Verhältnisse der Anteile Deutscher und Nichtdeutscher, Kreise in NRW 2014. 166

6.38 Abitur: Differenz und Verhältnisse der Anteile von Mädchen und Jungen, Kreise in NRW 2014. 167

6.39 Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen, Kommunen in NRW 2014 169

6.40 Schulformempfehlungen, Kommunen in NRW 2014 170

7.1 Übergangsquoten zum Gymnasium in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW 177

7.2 Übergangsquoten zum Gymnasium in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich 178

7.3 Übergangsquoten zur Gesamtschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW 179

7.4 Übergangsquoten zur Gesamtschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich 180

7.5 Übergangsquoten zur Hauptschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW 181

7.6 Übergangsquoten zur Hauptschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich 182

7.7 Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR (2011–2014, Modell 4) 194

7.8 Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR (Zeitpunkte 1 – 3, Modell 4) . . . 194

Tabellenverzeichnis

3.1 Räumliche Gliederung der Volkszählungen in NRW und im RVR 45

3.2 Zuordnung der Ortsteile in Hattingen 51

4.1 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe in NRW und im RVR 60

4.2 Beschäftigtenanteil in der Wirtschaftsabteilung Bergbau im RVR 64

4.3 Bevölkerungsentwicklung in NRW und im RVR 66

4.4 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr in NRW, im RVR und in der Rheinregion 70

4.5 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen in NRW, im RVR und in der Rheinregion 70

4.6 Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft in NRW 75

4.7 Anteil der unter 18-Jährigen in NRW, im RVR und in der Rheinregion 83

4.8 Anteil der 65-Jährigen und Älteren in NRW, im RVR und in der Rheinregion 84

4.9 Durchschnittlicher Anteil an Haushalten mit ein, zwei bis drei oder vier und mehr Personen in NRW, im RVR und in der Rheinregion 87

4.10 Ausländer-/Migrantenanteil in NRW, im RVR und in der Rheinregion 90

5.1 Indikatoren für die Typisierung im Jahr 1970 98

5.2 Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 1970 100

5.3 Indikatoren für die Typisierung im Jahr 2011 103

5.4 Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 2011 104

5.5 Indikatoren für die Typisierung im Längsschnitt 1970–2011 110

5.6 Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 114

5.7 Clusterbeschreibung für die Entwicklungstypen 1970–2011 115

6.1 Schulformempfehlungen nach Regionen, 2014 140

6.2 Schulformempfehlungen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2014 140

6.3 Übergang in Abhängigkeit von der Schulformempfehlungen in NRW, 2014 141

6.4 Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche die empfohlene Schulform besuchen (Bindungskraft) nach Regionen, 2014 142

6.5 Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung in NRW, 2014 142

6.6 Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung an integrierten Schulen nach Regionen, 2014 143

6.7 Anteil der Schulformen nach Gemeindetyp, 2015 147

6.8 Auspendelquote nach Gemeindetyp, 2003–2014 148

6.9 Schulformempfehlungen der Schülerschaft auf Gesamtschulen nach Regionen, 2014 165

6.10 Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung auf Sekundarschulen, Kreise in NRW 2014 165

6.11 Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen, Kommunen in NRW 2014 167

6.12 Schulformempfehlungen, Kommunen in NRW 2014 168

7.1 Deskriptive Statistiken für die Übergangsquoten zu ausgewählten weiterführenden Schulformen für die öffentlichen Grundschulen in NRW, im RVR und in der Rheinregion 175

7.2 Durchschnittliche Übergangsquoten nach Gemeindegröße zu ausgewählten weiterführenden Schulformen für die öffentlichen Grundschulen in NRW 176

7.3 Durchschnittliche Übergangsquoten zum Gymnasium in den zeitinvarianten Bezirken nach Bezirkstyp und Untersuchungszeitraum 184

7.4 Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2003–2006 190

7.5 Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2007–2010 191

7.6 Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2011–2014 192

1 Einleitung

Diese Studie wurde durch die Stiftung Mercator gefördert. Danken möchten wir zudem IT.NRW für die zur Verfügungstellung der Zensus- und Schuldaten, den nordrhein-westfälischen Kommunen für die Bereitstellung der Ortsteilabgrenzungen sowie David Gehne, Ralf Himmelmann, Dominik Rösner, Aaron Stursberg und Isabel Wieland für die umfangreiche Unterstützung.

Es herrscht mittlerweile Konsens darüber, dass sowohl soziale Auf- und Abstiege als auch die Zugänge zu verschiedenen sozialen Positionen mit den dazugehörigen Privilegien und Benachteiligungen stark durch das jeweilige Bildungsniveau bestimmt werden (vgl. Geißler 2014b: 273; Terpoorten 2014: 13). Gleichzeitig erhöhen Bildungsdefizite das Risiko sozialer Ausgrenzung (Geißler und Weber-Menges 2009: 36) und sind eine Ursache für soziale Ungleichheit. Aktuelle Studien zeigen, dass in unserer Gesellschaft die lokale Bildungsbeteiligung sozialräumlich ungleich verteilt ist und dass im Zuge einer Zunahme der residentiellen Segregation, in deren Folge sich verstärkt Stadtgebiete mit einer privilegierten Bevölkerung etablieren und bereits benachteiligte Stadtteile weiter deprivieren, auch verstärkt räumliche Bildungsdisparitäten auftreten (vgl. Terpoorten 2014: 19; Berkemeyer u. a. 2014).

In den bisherigen Studien, die sich mit dem Zusammenhang zwischen kleinräumiger residentieller Segregation und Bildungssegregation beschäftigen, standen zumeist einzelne Städte im Vordergrund, nicht aber zusammenhängende Stadtregionen (z.B. Hauf 2007; Göschel u. a. 1980; Peisert 1967; Meulemann und Weishaupt 1982). Auch fehlt den meisten Studien eine Längsschnittperspektive, welche kleinräumige Entwicklungen im Bildungskontext über verschiedene Zeitabschnitte analysiert (Hauf 2007: 301). Eine Ausnahme bildet hier u.a. die umfangreiche Analyse von Terpoorten (2014) für vierzehn benachbarte Kommunen des Ruhrgebiets, die auf sozialstrukturellen Daten von insgesamt 371 Stadtteilen aus dem Jahr 2008 und Schuldaten für den Zeitraum 2003 bis 2009 basiert und die Strukturen der Bildungssegregation für diesen Zeitraum klein- und sozialräumlich untersucht. Die Analyse der kleinräumigen Entwicklung steht im direkten Zusammenhang mit der Betrachtung der individuellen Zukunftschancen der dort wohnenden Kinder. Umfassende kleinräumig orientierte Längsschnittanalysen, die bereits vor 2003 einsetzen und ebenfalls die heutige Situation berücksichtigen, liegen für die Ruhrgebietsregion bislang nicht vor. Bezogen auf den Aspekt der sozialstrukturellen Veränderungen werden auch in anderen Studien vereinzelt lange Zeitreihen verwendet (vgl. Danielzyk und Merk 2003), diese verbleiben jedoch auf der Analyseebene der Gemeinden und vernachlässigen die Heterogenität innerhalb der Kommunen, die oftmals größer ist als die zwischen den Kommunen.

Hier setzt die vorliegende Studie an. Erstmals wird über eine weiter in die Vergangenheit reichende Längsschnittbetrachtung die sozialstrukturelle Entwick-

lung von kleinräumigen Bezirken unterhalb der Gemeindebene für ganz NRW mit dem Fokus auf das Ruhrgebiet analysiert. Vor diesem Hintergrund werden die Prozesse der Bildungssegregation betrachtet und gespiegelt. In diesem Zusammenhang muss auch die Bildungsexpansion mitgedacht werden: So ist beispielsweise seit Mitte der 1970er Jahre der Anteil der Bevölkerung, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat, stetig gestiegen. Diese Zunahme hat sich jedoch weder in allen Bevölkerungsgruppen noch überall im gleichen Maße vollzogen.

Die Studie versucht, die dargestellte Forschungslücke zu schließen und wird erstmals die Zusammenhänge zwischen residentieller Segregation und kleinräumigen Bildungsdisparitäten aus der Längsschnittperspektive über die vergangenen vierzig Jahre sowohl für NRW als auch für das Ruhrgebiet darstellen und analysieren. Erst durch die Verwendung langer Zeitreihen und kleinräumiger Untersuchungseinheiten (hier Bezirke) können positive und negative Veränderungen identifiziert werden.

Mit diesem Ansatz lässt sich nachvollziehen, wie sich die Sozialstruktur in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat und wie diese Entwicklung in einer Wechselbeziehung zu der Bildungspartizipation und den Bildungschancen der Kinder vor Ort steht. Gibt es zum Beispiel Stadtgebiete, in denen trotz schwieriger sozialer Rahmenbedingungen die Entwicklung der Bildungspartizipation der lokalen Bevölkerung positiv (im Sinne einer Bereitstellung umfangreicher Bildungschancen) verlaufen ist? Aus den Erkenntnissen lassen sich »gute Beispiele« identifizieren, deren Erfolgsbedingungen durch weitere u.U. qualitative Untersuchungen ermittelt und auf andere Stadtgebiete mit vergleichbaren sozialen Rahmenbedingungen übertragen werden können. Durch den weitreichenden Blick in die Vergangenheit können Erkenntnisse für die zukünftige Gestaltung der regionalen Bildungslandschaft abgeleitet werden.

Die Studie des 1. Teils ist wie folgt strukturiert: Im Anschluss an diese Einleitung folgt mit Kapitel 2 »Raum und Bildung« zunächst eine theoretische Einführung und Erläuterung des oben dargestellten Zusammenhangs zwischen residentieller Segregation und Bildungssegregation sowie eine entsprechende konzeptionelle Verortung des Themas aus stadtsoziologischer und bildungsgeografischer Sicht. Hierbei wird insbesondere Bezug auf das Erklärungsmodell von Meusburger (1998) genommen, welches Eigenschaften der Bildungsakteure mit Eigenschaften und Rahmenbedingungen des geografischen und sozialen Raumes verknüpft.

Für die Analysen zum regionalen Strukturwandel und zur Entwicklung der regionalen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung werden umfangreiche Daten aus verschiedenen Quellen verwendet. So wird der regionale Strukturwandel vor allem durch kleinräumige Daten aus den Volkszählungen der Jahre 1961, 1970, 1987 sowie dem Zensus 2011 abgebildet. Die Verwendung dieser Daten erfordert für Längsschnittanalysen allerdings eine aufwendige Aufbereitung bzw. die Konstruktion zeitinvarianter Bezirke, da in dem Beobachtungszeitraum für einige Gemeinden in NRW Gebietstandsänderungen erfolgten. Das methodische Vorgehen für die Schaffung der Datengrundlage der folgenden Analysen wird

im Detail in Kapitel 3 beschrieben.

Kapitel 4 widmet sich dem Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und in der Metropole Ruhr. Auf Basis der aufbereiteten kleinräumigen Zensusdaten der Jahre 1961, 1970, 1987 und 2011 sowie teilweise auch aktuellen kommerziellen Daten von *Infas 360* werden erstmals flächendeckend kleinräumig unterhalb der Gemeindeebene über einen Zeitraum von 50 Jahren hinweg die Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft für Nordrhein-Westfalen und für das Ruhrgebiet nachgezeichnet.

In Kapitel 5 werden anhand der Zensusdaten die zeitinvarianten Bezirke typisiert. Es werden insgesamt drei Typisierungen durchgeführt, jeweils eine für die Zensusjahre 1970 und 2011 sowie eine Längsschnittbetrachtung, bei der unterschiedliche Entwicklungstypen für die Bezirke identifiziert werden. Zur Typisierung wird mit der latenten Klassenanalyse ein modernes probabilistisches Verfahren verwendet, welches mit berücksichtigt, dass die Daten eine hierarchische Struktur aufweisen und die Bezirke auf einer höheren Ebene in Gemeinden eingebettet sind.

Kapitel 6 zeichnet die Entwicklung der Bildungslandschaft auf Basis der amtlichen Schuldaten detailliert über mehrere Jahrzehnte nach. Von Interesse sind hier z.B. die Entwicklung der verschiedenen Schulformen und insbesondere vor dem Hintergrund der Bildungsexpansion die der Schulabschlüsse nach Geschlecht und Nationalität. In einem Exkurs werden zudem die Wanderungsbewegungen von Grund- zu weiterführenden Schulen dargestellt und gezeigt, dass diese nicht an kommunalen Grenzen halt machen, sondern sich eigene empirische Bildungslandschaften ergeben, die sich grafisch über eine Vernetzungsstruktur darstellen lassen.

In Kapitel 7 werden zunächst die Entwicklung der Übergangsquoten von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen diskutiert und dann die anfänglich gestellten Fragen zu dem Zusammenhang zwischen Bildungssegregation und sozialer Segregation bzw. zwischen Bildungserfolg (beispielsweise Bildungsübergänge von der Grundschule auf Gymnasium) und den sozialstrukturellen Bedingungen auf kleinräumiger Ebene beantwortet.

Die Studie endet dann mit einem Fazit, in dem u.a erörtert wird, welche Schlußfolgerungen sich aus den vergangenen Entwicklungen für die zukünftige Ausgestaltung und Optimierung der regionalen Bildungslandschaft ableiten lassen.

2 Raum und Bildung – wie Segregation und Bildung zusammenhängen

In der Stadtgeografie wie auch in der Stadtsoziologie gehört der Begriff der Segregation zum Standardvokabular – die Verfeinerung hin zum Begriff der Bildungssegregation ist hingegen (bislang) weniger im Gebrauch, dabei gehören beide eng zueinander und bedingen sich. Nachfolgend wird zunächst das stadtsoziologische Verständnis von Segregation erläutert. Anschließend wird dieses um den Aspekt der Bildung konkretisiert.

2.1 Was ist Segregation?

Unter dem Begriff »Segregation« versteht die Stadtforschung, dass sich die Wohnorte der Bevölkerung einer Stadt abhängig von den ihnen zugehörigen bestimmten Merkmalen ungleich im städtischen Raum verteilen. Es hat sich etabliert, diese Merkmale und die daraus abzuleitenden Segregationsformen entlang von drei Dimensionen zu unterscheiden. So ist die »soziale Segregation« der Bewohner einer Stadt durch sozioökonomische Merkmale wie Einkommen und Ausbildungsstatus gekennzeichnet. Eine »demografische Segregation« zeigt sich, wenn sich die Wohnstandorte alter und junger Bewohner oder verschiedener Haushaltstypen ungleich über das Stadtgebiet verteilen. Von »ethnischer Segregation« spricht die Stadtforschung, wenn sich eine ausgeprägte wohnräumliche Trennung zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien in der Stadtstruktur zeigt (El-Mafaalani und Strohmeier 2015: 18; Häußermann und Siebel 2004: 143; Jeworutzki u. a. 2016: 408).

Annähernd in jeder Stadt und jeder Gemeinde findet man Strukturen der wohnräumlichen Ungleichverteilung der Bevölkerung entlang dieser drei Segregationstypen. Man kennt die »Reichenviertel« mit großen Häusern und teuren Autos vor der Tür und die Stadtgebiete, in denen die Einkommensschwächeren in verdichteten Wohnlagen leben. Spitzen sich hier Armuts- und Benachteiligungsstrukturen kritisch zu, gelten diese Gebiete stigmatisierend oftmals als »soziale Brennpunkte«.

Zumindest in den deutschen Städten zeigt sich häufig, dass die Quartiere der Einkommensstärkeren demografisch eher »alt« sind (mit eher wenigen und

wenn dann kleinen Familien) und von einheimischer Bevölkerung geprägt sind, während die benachteiligten Gebiete oftmals eine familiengeprägte (und damit eine »junge«) und migrantische Bevölkerung aufweisen (El-Mafaalani und Strohmeier 2015: 18). Das bedeutet, dass sich die drei klassischen Segregationstypen in der Regel nicht in Reinform in den Städten finden lassen, sondern, dass sich diese überlagern (vgl. Neu u. a. 2011: 228 am Beispiel von Dortmund).

Ist von einem »sozialen Brennpunkt« die Rede, zeigt sich daran die negative Seite von Segregation. Konzentrieren sich in einem Quartier benachteiligte, arme Bevölkerungsgruppen, so kann eine »sich selbst verstärkende Spirale der Abwärtsentwicklung« (Häußermann und Siebel 2004: 170) ausgelöst werden. Es wird angenommen, dass das negative soziale (und zumeist auch bauliche) Umfeld auf seine Bewohner Einfluss nimmt und ein sogenannter »Quartierseffekt« (zum Quartierseffekt: Nieszery (2008)) wirkt, der die bereits schwierige persönliche Lage weiter verschlechtert. Die Übernahme von abweichenden Normen, die Abwertung des öffentlichen Raumes und der Rückgang der Infrastruktur aufgrund der sinkenden lokalen Kaufkraft isolieren und benachteiligen die Bewohner im Quartier. Ab einem gewissen Benachteiligungsniveau wird das Quartier mitsamt seinen Bewohnern oftmals stigmatisiert, was die Abwärtsspirale verstärkt (Häußermann und Siebel 2004: 170). Der Begriff »Sozialer Brennpunkt« ist für die Bewohner das finale verbale Negativlogo, um als Teil eines gescheiterten Stadtteils, der wenig bis keine Lebensperspektiven bereithält, zu gelten.[1]

[1] Somit trägt dieser Begriff, der sowohl in den Medien als auch im politischen und wissenschaftlichen Bereich inflationär und unkritisch benutzt wird, zur weiteren Stigmatisierung und Ausgrenzung von Stadtteilen und deren Bewohnern bei.

In der stadtsoziologischen Diskussion herrscht jedoch Einigkeit darüber, dass Segregation auch positive Seiten hat, dann nämlich, wenn diese freiwillig erfolgt. Dies gilt auch – so Bartelheimer – für benachteiligte Gruppen, denn, »[k]onzentrieren sich solche Gruppen aus freien Stücken in bestimmten Quartieren, so könnten diese als Orte kollektiver Identität, solidarischer Netzwerke und Selbsthilfepotenziale fungieren, was die Chancen der Bewohner auf gesellschaftliche Teilhabe erhöhe« (Bartelheimer 2001: 190). Das bedeutet, unter »seinesgleichen« zu wohnen, die gleiche Sprache zu sprechen und vielleicht auch einen ähnlichen Erfahrungs- und Lebenshintergrund zu haben und erleichtert darüber hinaus den Zugang zu Netzwerken, Informationen und Unterstützung.

Wie entsteht Segregation?

Als zentrale Stellschraube der Ungleichverteilung der Wohnbevölkerung gilt vor allem das Zusammenspiel zwischen dem Angebot an Wohnraum innerhalb einer Stadt, dem unterschiedlichen Einkommen und dem finanziellen Potenzial der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Lage, die Größe und die Qualität der Wohngebäude legen die Wohnkosten (Miete und Kauf) fest, somit steht nicht jeder Bevölkerungsgruppe das Angebot des gesamten Wohnungsmarkts zur Verfügung. Einkommens- und finanzstarke Gruppen können sich privilegierte Wohnlagen und Wohngebäude leisten. Mit abnehmendem Kauf- und Mietpotenzial nehmen auch die Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt ab. Die finanzschwächsten Bevölkerungsgruppen sind schlussendlich auf die günstigsten Wohnlagen angewiesen, die sich oftmals durch eine schlechtere Lage- und Gebäudequalität auszeichnen (El-Mafaalani und Strohmeier 2015:

20). Segregationsmuster einer Stadt sind aufgrund der engen Kopplung an die räumliche Verteilung der Wohngebäude in der Regel nachhaltig in der (sozialen) Stadtstruktur verankert. Häußermann und Siebel weisen darauf hin, dass die Grundstruktur der sozialen Verteilung der städtischen Bevölkerung in den heutigen Städten vor allem zwischen 1860 und 1910, in der Phase des stärksten Städtewachstums, gelegt wurde und sich diese bis heute nicht grundlegend verändert hat (Häußermann und Siebel 2004: 156).

Insbesondere in den Städten des Ruhrgebiets, die durch die Industrialisierung und dem damit verbundenen Städtewachstum geprägt wurden, lässt sich die Stabilität der sozialräumlichen Verteilungsmuster der Wohnorte der Bevölkerung der letzten 100 Jahre erkennen. So sind die Stadtquartiere, die zur Zeit der Zechengründungen für die Bergarbeiter hochgezogen wurden, auch heute noch die Wohnquartiere der Arbeiter und der Bevölkerungsgruppen mit eher niedrigem (oder gar keinem) Einkommen (vgl. Terpoorten 2014: 150–152). Der für das Ruhrgebiet prägende Strukturwandel, der sich durch eine deutliche Umstrukturierung von einer industriellen Arbeiterschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft auszeichnet (vgl. dazu Bogumil et al. 2012), hat somit an den etablierten Stadtstrukturen in der Region kaum etwas verändert. Dabei zeigt sich im Ruhrgebiet bereits seit Jahrzehnten eine ausgeprägte Spaltung zwischen den stark vom Bergbau geprägten nördlichen Stadtteilen und den südlichen, vom intensiven Bergbau verschonten Stadtteilen. Strohmeier prägte in seinen Vorträgen und Veröffentlichungen für diese Struktur das Segregationsbild eines »Sozialäquators A40« (Kersting u. a. 2009), der die geografische Verbildlichung der Segregationsthematik sehr griffig veranschaulicht. Denn es ist die Autobahn A40, die die Ruhrgebietsregion von West nach Ost durchläuft und dabei den Großteil der großen Städte in ein nördliches und südliches Stadtgebiet unterteilt. Eine in der Realität sichtbare Trennlinie, hier die Autobahn A40, ist der visuelle Repräsentant der sozialen, demografischen und ethnischen Segregation im Ruhrgebiet.

2.2 Welche Rolle spielt Bildung innerhalb der Segregationsthematik?

Dadurch, dass Einkommen der zentrale Hebel für die Umsetzung von Wohnwünschen ist, wird (Aus-)Bildung zu einem wichtigen Aspekt der Segregationsthematik. Denn eine gute Ausbildung, wie ein hochwertiger beruflicher oder akademischer Abschluss, ist in unserer Gesellschaft im Regelfall die notwendige Voraussetzung, um berufliche Stellungen mit einem guten Gehalt zu erreichen. Keine oder nur eine niedrige schulische und/oder berufliche Ausbildung erhöht die Gefahr von Erwerbslosigkeit und damit die Wahrscheinlichkeit von Armut betroffen zu sein (vgl. zum Zusammenhang von Bildung und Armut: Lange u. a. 2003). Keines oder nur ein niedriges Einkommen bedeutet, dass man da wohnen muss, wo der Wohnungsmarkt miet- oder kaufgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellt. Je besser die finanziellen Rahmenbedingungen sind, desto eher kann man sich aussuchen, wo und wie man wohnen will. Es findet somit, ausgehend von dem jeweiligen Ausbildungsfundament der Bevölkerung, eine räumliche Sortierung der Bevölkerungsgruppen in Form einer residentiel-

len Segregation statt. Diese ist aufgrund des beschriebenen Zusammenhangs von einer Bildungssegregation unterfüttert. In einem ILS/ZEFIR-Gutachten für die Enquetekommission »Zukunft der Städte in NRW« stellen Strohmeier und Kersting in einem Exkurs fest, dass Bildungssegregation – im Sinne einer räumlich ungleichen Verteilung von Bildungsressourcen und Bildungschancen – ein Bestandteil der gewachsenen sozialen und sozialräumlichen Ungleichheiten einer Stadt ist (ILS/ZEFIR 2003: 136). Sie schreiben: »Bildungschancen verteilen sich systematisch entlang den Barrieren sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit und verstärken heute die bestehende soziale und sozialräumliche Ungleichheit« (ILS/ZEFIR 2003: 136). Der Bildungsaspekt und die wohnörtliche Segregation sind somit in der Regel untrennbar miteinander verwoben. In dem genannten Gutachten wird dieser enge Zusammenhang anhand der Stadtteile der Stadt Essen aufgezeigt. Das Ergebnis: In den Stadtteilen, in denen die Sozialhilfedichte hoch ist, ist der Anteil der Kinder, die nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln in der Regel niedrig. In den Stadtgebieten mit geringer Armut liegt die Übergangsquote zum Gymnasium bisweilen deutlich über dem städtischen Durchschnitt (ILS/ZEFIR 2003: 142; siehe hierzu auch: Schönig 2016; Terpoorten 2014).

Befunde dieser Art wurden in jüngerer Vergangenheit und aktuell regelmäßig bestätigt. Insbesondere durch die erhöhte politische, öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf das Themenfeld Bildung seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse 2001 kommt auch der sozialräumlichen Betrachtung zunehmende Aufmerksamkeit zu (vgl. Schönig 2016: 230f.). Einen regelrechten Boom der Betrachtung und Beobachtung von innerstädtischen und sozialräumlichen Bildungsstrukturen und Entwicklungen hat dabei insbesondere das BMBF-Förderprogramm »Lernen vor Ort« ausgelöst (vgl. Terpoorten 2017). Ein zentrales Ziel der kommunalen Förderung war die Etablierung eines kommunalen Bildungsmonitorings, welches konkret (auch) auf kleinräumiger und sozialräumlicher Ebene das Bildungsgeschehen analysieren soll. Die daraus resultierende Befundlage bestätigt in der Regel den direkten Zusammenhang zwischen sozialräumlichen Disparitäten (soziale Segregation) und innerstädtischen Bildungsdisparitäten (Bildungssegregation) in den Kommunen (vgl. dazu z. B. die Bildungsberichte der Städte Essen (2011), Mannheim (2015) und München (2016)). Dieser enge Zusammenhang und das Sichtbarmachen (in der Regel durch umfangreiches kartografisches Material) von bildungsfernen und bisweilen von einer gerechten Bildungsbeteiligung abgekoppelten Stadtgebieten, sorgten in einigen Kommunen für ein regelrechtes »Aha-Erlebnis«. Die Motivation und Notwendigkeit, solcherart Ungerechtigkeiten einzugrenzen und nach Möglichkeit abzubauen, hat seitdem deutlich zugenommen. Viele Kommunen haben den Anspruch, dass den Kindern, unabhängig vom Wohnort und den dortigen unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen, vergleichbar gute Chancen für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe zur Verfügung gestellt werden. Dieser Anspruch zeigt sich u. a. auch in der bundesweiten Diskussion über sogenannte »Sozialindices« für Schulen, mittels derer u. a. das sozialräumliche Einzugsgebiet von Schulen bewertet werden soll, um daran eine bedarfsgerechte Mittel- und Personalzuweisung zu koppeln. Ungleiche soziale Rahmenbedingungen sollen durch eine ungleiche Unterstützungsleistung nach Möglichkeit kompensiert werden (siehe dazu Groot-Wilken u. a. 2016; darin konkret für

NRW Schräpler und Jeworutzki 2016; sowie für ein Beispiel aus dem Ruhrgebiet Groos 2016; und allgemein Weishaupt 2016). Auf der NRW-Landesebene erhält das Thema der Sozialindexkonstruktion und der in diesem Kontext dazugehörende Aspekt der Bildungssegregation aktuell durch ein Gutachten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) erhöhte Aufmerksamkeit. Die Autoren weisen auf den engen Zusammenhang zwischen der sozialen Segregation und den unterschiedlich schwierigen Standortbedingungen der Schulen hin. Sie plädieren für einen Einsatz von schulscharfen Sozialindices, um Ressourcen abhängig von der jeweiligen Bedarfslage und den konkreten Standortfaktoren zu verteilen (Möller und Bellenberg 2017).

Bildung und Bildungsentscheidungen im (segregierten) Raum

Um den Zusammenhang zwischen Bildung, Bildungsentscheidungen und Bildungschancen und dem konkreten geografischen Raum (z. B. Stadtteil, Stadt oder Region), in dem Schüler/-innen wohnen und agieren aufzuzeigen, ist ein von dem Bildungsgeografen Meusburger entworfenes Modell dienlich (vgl. Frank 2011; Schönig 2016; Terpoorten 2014). Dieses Modell eignet sich insbesondere dazu, das Thema der Bildungssegregation im Kontext der residentiellen Segregation einzuordnen, da es einen klaren räumlichen Bezug aufweist und Eigenschaften der Bildungsakteure mit Eigenschaften und Rahmenbedingungen des geografischen und sozialen Raums verknüpft.

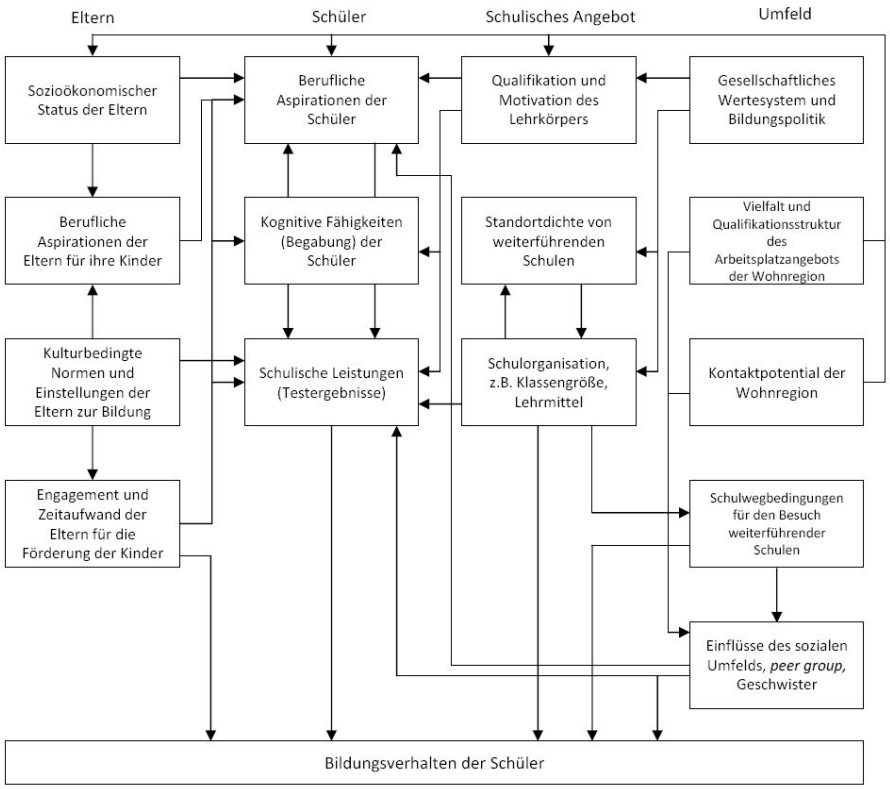


Abbildung 2.1: Übersicht der Faktoren, die auf das Bildungsverhalten wirken (Quelle: Meusburger 1998: 301, Abbildung übernommen aus Terpoorten 2014: 44)

Das Bildungsverhalten und die damit gekoppelten Bildungs- und Zukunftschancen der Schüler/-innen werden demnach von einer Vielzahl verschiedener

Faktoren bestimmt und beeinflusst. Meusburger unterscheidet in seinem Modell mit »Eltern, Schüler, Schulisches Angebot« und »Umfeld« vier zentrale Einflussebenen, die entlang ihrer unterschiedlichen Ausprägung und im Zusammenspiel wirken (vgl. Abbildung 2.1).

So bestimmen die »Eltern« und die Eigenschaften des Elternhauses den Bildungsweg der Schüler/-innen maßgeblich. Der sozioökonomische Status und das soziokulturelle Anregungsmilieu des Elternhauses wirken stark auf das Bildungsverhalten (Meusburger 1998: 273). Für die Kinder erhöhen sich die Chancen einer guten Ausbildung dann, wenn die Eltern finanziell stark sind und selbst gut schulisch und beruflich ausgebildet sind. Für ihre Kinder streben sie in aller Regel ebenfalls eine gute (im Idealfall sogar bessere) Ausbildung und berufliche Position an und schaffen Rahmenbedingungen für eine finanziell und intellektuell bestmögliche Förderung.

Natürlich bestimmt der »Schüler« oder die Schülerin auch selbst den individuellen Bildungsweg. Die jeweiligen beruflichen Vorstellungen und die persönlichen kognitiven Fähigkeiten und die damit stark zusammenhängenden schulischen Leistungen sind hier nach Meusburger die zentralen Faktoren. Entlang der im Modell gezogenen Verbindungslinien zwischen den Faktoren wird aber deutlich, wie abhängig die Eigenschaften der Schüler von den Faktoren der drei anderen Ebenen sind. So wirken hier insbesondere die Rahmenbedingungen des Elternhauses auf den Schüler ein (s. o.), aber auch das soziale Umfeld (z. B. peer group) und das damit verbundene Kontaktpotenzial in der Wohnregion. Hieran wird bereits die enge tatsächliche Kopplung zwischen Bildung und dem (Sozial-) Raum, in dem man wohnt, deutlich. Dabei betont Meusburger auch (Meusburger 1998: 275), dass die Eltern über ihre Schichtzugehörigkeit und den damit verbundenen Optionen, einen Wohnort auswählen (oder auswählen müssen), die jeweilige potenzielle peer group ihrer Kinder mit beeinflussen und somit die Wohnortwahl in diesem Kontext Einfluss auf das Bildungsverhalten der Kinder nimmt.

Die beiden Einflussebenen »Eltern« und »Schüler« sind für sich alleine genommen nicht direkt auf einer räumlich-geografischen Ebene zu interpretieren. Da sich aber Familien mit einem unterschiedlichen sozioökonomischen und soziokulturellen Hintergrund (wie oben erläutert) ihre Wohnorte ungleich verteilt im jeweiligen Stadtraum suchen bzw. suchen müssen, sind diese Einflussebenen stets im räumlichen Kontext interpretierbar und wirksam.

Bei den von Meusburger weiter benannten Einflussebenen »Schulisches Angebot« und »Umfeld« muss diese Transferleistung hin zum geografischen Raum nicht herbeigeführt werden – diese sind eindeutig raumbezogene Einflussfaktoren auf das Bildungsverhalten. So wirkt das »schulische Angebot« vor Ort direkt auf das Bildungsverhalten. Dabei bestimmen die Qualität, die Aufnahmekapazität, das Image und die Erreichbarkeit, ob eine Schule angewählt wird/werden kann oder nicht (Meusburger 1998: 291). Das anwählbare und erreichbare Schulangebot mit den entsprechenden Schulformen sollte demnach nach Möglichkeit bei der räumlichen Analyse des Bildungsverhaltens mitberücksichtigt werden, beeinflusst es doch die möglichen Bildungswege, die über-

haupt in einer Region beschritten werden können. Somit kann ein unterschiedliches, räumlich ungleich verteiltes Schulangebot sowohl ein Auslöser als auch ein Unterstützer von Strukturen der Bildungssegregation sein.

Eine eigene Ebene weist Meusburger auch dem »Umfeld«, in dem die Schülerinnen und Schüler leben, zu. So zeigen die Verweise zwischen den Faktoren, dass z. B. das soziale Umfeld, das Wertesystem vor Ort und das Kontaktpotenzial in der Wohnregion u. a. auf die Bildungsmotivation des Schülers/der Schülerin Einfluss nehmen können. In welchem Stadtteil oder in welcher Region man wohnt und in welchem (sozialen) Umfeld man sich bewegt, kann Einfluss darauf nehmen wie man sich in seinem (Bildungs-)Lebenslauf verhält. Das Umfeld kann dabei anregend und unterstützend sein oder auch demotivierend und ausbremsend (Meusburger 1998: 186). Auch der lokale Arbeitsmarkt kann auf den Bildungsweg wirken und aufgrund seiner Struktur bestimmte Qualifikationen nachfragen und Ausbildungsoptionen anbieten. Dabei spielt dieser Aspekt vor allem für eher bildungsfernere Schichten eine wichtige Rolle (Meusburger 1998: 290 f.).

Meusburger macht in seinem Modell deutlich, dass zu Fragen der Bildung auch immer Geographie und eine (sozial-)räumliche Einordnung gehören. Es liegt ein Wirkungsgefüge zwischen dem (bildungs-)handelnden Menschen (in seinem Modell die Aspekte »Eltern« und »Schüler«) und den infrastrukturellen (»Schulisches Angebot«) und den (sozial-)räumlichen (»Umfeld«) Bedingungen vor.

Bildungssegregation – (k)ein neues Themenfeld

Das Interesse, das Themenfeld der Bildung in einem (sozial)räumlichen Kontext zu analysieren und Steuerungsinstrumente wie den oben genannten Sozialindex zu entwickeln, ist momentan groß. Die Forschung und die Erkenntnislage können dabei aber in Deutschland auf eine lange Vergangenheit zurückblicken. Als oft zitierter Einstieg in die raumbezogene Bildungsforschung gilt die Forschungsarbeit von Peisert »Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland« aus dem Jahr 1967. Neben überregionalen Bildungsanalysen (u. a. zwischen Ländern und Bundesländern) untersuchte Peisert, sehr kleinräumig, auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten und für ausgewählte Städte auf der Ebene von Stadtteilen, die sozialräumlich ungleich verteilte schulische Bildungsbeteiligung. Zwei zentrale Befunde konnte er für die Stadtteilebene identifizieren: Der Anteil der Jugendlichen eines Stadtteils, die eine höhere Schule besuchen, steht in einem starken Zusammenhang mit der jeweiligen Sozialstruktur des Stadtteils, welche er über den Arbeiteranteil bestimmte. Zudem konnte er aufzeigen, dass das jeweilige Schulangebot vor Ort die Schulwahl kleinräumig mit beeinflusst und Gymnasien in den analysierten Städten vor allem in den statushöheren Stadtquartieren verortet waren (Peisert 1967; siehe auch: Terpoorten 2017: 24). Peisert identifizierte somit bereits vor 50 Jahren ausgeprägte Strukturen der räumlichen Bildungsdisparitäten in deutschen Städten. Zudem wies er mit der Berücksichtigung von Schulangebotsstrukturen auf den Umstand hin, dass dieser Aspekt ein weiterer wichtiger Einflussfaktor auf die räumlich ungleich verteilte Bildungsbeteiligung und ungleichen Bildungschan-

cen ist.

In diesem Sinne unterteilt Weishaupt das Forschungsfeld der regionalen Bildungsforschung in zwei Perspektiven. Die Nachfrageperspektive nimmt dabei die sozialräumlichen Einflussfaktoren auf die Bildungsbeteiligung in den Blick. Die angebotsorientierte Perspektive untersucht die Angebotsstrukturen von Bildungseinrichtungen in ihrer räumlichen Verteilung und der damit verbundenen Wirkung auf die Nutzung (Weishaupt 2010: 217). Beide Aspekte sind im Kontext der Analyse von Strukturen der Bildungssegregation zu berücksichtigen. Bis heute wurden die klassischen Befunde aus der Arbeit von Peisert für eine Vielzahl von Städten und Regionen von der Grundaussage bestätigt und durch konkretisierende Analyseverfahren verfeinert (Terpoorten 2017: 25).[2]

[2] Siehe für eine weitergehende Übersicht z.B. Weishaupt (2010), Terpoorten (2014), Ditton (2014).

So hebt Klaffke bereits 1968 in seiner Studie »Schulstandort und Schulregion« die Angebotsrelevanz für die lokale Schulwahl und die damit verbundenen Bildungszugänge als wichtigen Faktor hervor. Seine Analysen dazu erfolgten auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten in Niedersachsen und kleinräumig für die Städte Osnabrück und Hannover (Klaffke 1968). In einer Arbeit über die räumliche Verteilung von (u.a.) Gymnasien in zwölf Städten (aus NRW: Essen und Gelsenkirchen), zeigten Göschel u. a. (1980), dass es in den jeweiligen Stadtteilen entlang von Segregationsstufen einen deutlichen Ausstattungsunterschied gibt. Dabei haben die sog. »Bürgerlichen Gebiete« stets ein besseres Angebot an Gymnasien als die »Arbeitergebiete« (Göschel u. a. 1980). Für die Stadt Frankfurt wiesen Meulemann und Weishaupt kleinräumig nach, dass insbesondere der Gymnasialbesuch von Eigenschaft des lokalen sozialen Umfelds der Schülerinnen und Schüler beeinflusst wird. Sie stellten bezogen auf die Anteile des lokalen Schulbesuchs fest: »Je höher der durchschnittliche Ausbildungsstand in einem Stadtbezirk, desto höher der Besuch des Gymnasiums, desto schwächer der Besuch der Realschule« (Meulemann und Weishaupt 1982: 261). In aktuelleren Arbeiten zeigte u.a. Mammes (2007) für die Kreise und kreisfreien Städte in NRW, dass das lokale Angebot von weiterführenden Schulen auf die Schulwahl wirkt. Dazu setzte er das jeweilige lokale Schulangebot und die schulformspezifische Übergangsquote von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen zueinander in Beziehung. Dabei zeigte sich, dass je höher der Anteil einer Schulform an allen Schulformen lag, desto höher fiel auch die jeweilige Übergangsquote aus (Mammes 2007: 36). Einen Stadt-Land-Unterschied bzgl. des Übergangsverhaltens zu weiterführenden Schulformen identifizierte Sixt (2013) in einer Analyse des Schulangebots in allen Kreisen Deutschlands. So zeigt sich entlang dreier Regionstypen, denen die Kreise zugeordnet wurden, dass 43 Prozent der Kinder in den Agglomerationsräumen ein Gymnasium besuchen, während es in den verstädterten Räumen nur noch 31 Prozent und in den ländlichen Räumen nur noch 21 Prozent sind (Sixt 2013: 470). Terpoorten (2014) konnte für die Kernstädte des Ruhrgebiets zwischen Duisburg und Dortmund aufzeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen den sozialstrukturellen Eigenschaften der Stadtteile und den Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen vorliegt. Die innerstädtischen Segregationsstrukturen spiegeln das Übergangsverhalten – in nicht benachteiligten Stadtteilen der Städte besucht ein deutlich höherer Anteil der Kinder das Gymnasien als in den benachteiligten Quartieren. Über die Darstel-

lung der zeitlichen Entwicklung der Übergangsquoten (zwischen 2003 und 2008) konnte zudem gezeigt werden, dass dieser Abstand zwischen den Stadtteiltypen in einem Großteil der Kommunen sogar zugenommen hat. Mittels einer Abstandsanalyse zwischen den lokalen Grundschulen und der jeweils nächstgelegenen weiterführenden Schulform konnte zudem dargestellt werden, dass die Nähe der weiterführenden Schulformen auf die Übergangsquoten der Grundschulen wirkt. So ist z. B. die Übergangsquote zur Realschule an den Grundschulen im Durchschnitt immer dann höher, wenn die nächstgelegene weiterführende Schule eine Realschule ist. Gleiches gilt für die anderen Schulformen Gymnasium, Gesamtschule und Hauptschule (Terpoorten 2014). Jurczok und Lauterbach (2014) zeigen anhand von drei Berliner Stadtteilen, dass sich über den Prozess der Wahl einer konkreten weiterführenden Schule die Strukturen der Benachteiligung in bereits benachteiligten Quartieren weiter verfestigen können. Dazu setzten sie die Wahl der weiterführenden Schule von Familien aus zwei benachteiligten und einem privilegierten Stadtteil zueinander in Beziehung. Im Ergebnis zeigte sich, dass Familien mit einem niedrigen Bildungshintergrund mit hoher Wahrscheinlichkeit eine lokale Schule vor Ort wählen, während bildungsnahe Familien, die in demselben Ortsteil wohnen, eher eine Schule außerhalb des Quartiers wählen. Nach Jurczok und Lauterbach (2014) führt dies zu einer homogenen Schülerschaft an den weiterführenden Schulen in benachteiligten Quartieren mit der Konsequenz einer Verschlechterung der dortigen Lernsituation (Jurczok und Lauterbach 2014: 152). Aktuell werden vielfach sozialräumliche (Segregations-)Strukturen bei der Bildungssteuerung und Bildungsbewertung berücksichtigt. So kann z. B. die SGB-II-Dichte im Umfeld von Schulen zur Charakterisierung des jeweiligen Schulstandortes dienen, wie Schräpler und Jeworutzki (2016) im Kontext der Entwicklung eines Sozialindex für Schulen darstellen. Dies soll u. a. fairere Vergleiche der Schülerleistungen zwischen den Schulen entlang unterschiedlich sozialstrukturell geprägter Schuleinzugsgebiete ermöglichen.

2.3 Zwischenfazit

Segregation ist eine stadtstrukturelle Eigenschaft, die zu jeder Stadt gehört. Solange es innerhalb einer Stadt unterschiedliche Wohnlagen und Wohnqualitäten und damit auch unterschiedliche Miet- und Kaufpreisniveaus gibt, wird es auch Segregation geben. Ein differenziertes Wohnangebot ist zwingend notwendig, um differenzierten Wohnwünschen gerecht zu werden. Es gehört zu einer funktionierenden Stadtgesellschaft und einer attraktiven Stadt, alle gesellschaftlichen Schichten, Ansprüche und Bedarfe zu berücksichtigen. Segregation wird dann zum Problem, wenn Wohnlagen und die lokalen Rahmenbedingungen zur Exklusion der Bewohnerschaft führen und ein Quartier nicht mehr die Aufgabe der Integration von Einwohnern übernehmen kann.

Das Gleiche gilt für die Bildungssegregation: Es gehört zu einer Stadt, dass unterschiedlich qualifizierte Menschen ungleich verteilt im Stadtraum wohnen. Das gilt allein schon deshalb, da, wie oben beschrieben, mit dem jeweiligen Bildungsstatus ein unterschiedliches Einkommenspotenzial verknüpft ist. Die-

se Ungleichverteilung stellt für die Stadtgesellschaft und für die Menschen kein Problem dar, solange ein jeder vergleichbare Zugänge, Teilhabe- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Rahmen seiner intellektuellen Möglichkeiten hat. Das bedeutet, dass sich die Rahmenbedingungen, wie die städtische (Bildungs-)Infrastruktur, Zugänge und Optionsvielfalt, sich zwischen den Quartieren nicht so unterscheiden dürfen, dass einzelne Quartiere quasi abgekoppelt sind und aufgrund ihrer sozialen und infrastrukturellen ›Ausstattung‹ für die Bewohner zur Bildungssackgasse werden.

Zum Phänomen der Bildungssegregation gehört auch, zu akzeptieren, dass nach einem erfolgreichen Bildungsaufstieg ggf. der »Aufsteiger« das bildungssegregierte Quartier verlässt, um sich dann, nun vielleicht mit einem stärkeren finanziellen Potenzial, eine andere Wohnlage aussucht (vgl. El-Mafalaani und Kurtenbach 2015: 256 f.). Diese Entwicklung ist zunächst nicht negativ zu bewerten, denn das Quartier hat seine Funktion erfüllt und dem Bewohner die Chance gegeben, sich zu qualifizieren. Wäre das Quartier eine Sackgasse für seine Bewohner und ein Bildungsaufstieg könnte nicht gewährleistet werden, wäre hier eine Problemsituation entstanden und die Segregation zeigte sich von ihrer negativen Seite. El-Mafaalani und Kurtenbach weisen in diesem Kontext zu Recht auf die möglicherweise entstehende Erhöhung der Fluktuationsrate hin, die sich in der Regel negativ auf den Stadtteil auswirkt. Daher empfehlen sie, neben der (aus-)bildungsstrukturellen Optimierung von segregierten Gebieten, ergänzende Maßnahmen, die das Quartier aufwerten und lebenswert machen. So könnte das Wohnenbleiben in einem solchen Quartier für Aufsteiger attraktiv sein und die soziale Segregation minimiert werden (El-Mafalaani und Kurtenbach 2015: 262).

3 Datengrundlage

Die Analysen zum regionalen Strukturwandel und zur Entwicklung der regionalen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung fußen auf Daten aus verschiedenen Quellen. Für die Analyse des regionalen Strukturwandels werden Daten des statistischen Landesamtes NRW (IT.NRW) der Volkszählungen 1961, 1970, 1987 und 2011 genutzt. Diese historischen Zensusdaten mussten in einem aufwendigen Prozess für Längschnittanalysen aufbereitet werden, der in dem folgenden Abschnitt beschrieben wird (3.1). Die Daten des Zensus 2011 werden um einige kommerzielle Daten von *infas 360* zur Erwerbstätigkeit ergänzt. Die Analyse der Bildungsdisparitäten basiert auf Daten zur Bildungsbeteiligung auf kommunaler und Schulebene, die in Abschnitt 3.2 beschrieben werden.

3.1 Zensusdaten

Für die Darstellung des langfristigen Strukturwandels in Nordhein-Westfalen werden in dieser Untersuchung kleinräumige Daten der Volkszählungen 1961, 1970, 1987 sowie 2011 genutzt. Die Volkszählungen (auch Zensus) in der Bundesrepublik werden vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder durchgeführt, um eine verlässliche Grundlage für politisches und administratives Handeln zu legen. Im Gesetz zum Zensus 2011 werden explizit die »Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden«, die Gewinnung von »Strukturdaten über die Bevölkerung als Datengrundlage insbesondere für politische Entscheidungen von Bund, Ländern und Kommunen auf den Gebieten Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Wohnungswesen, Raumordnung, Verkehr, Umwelt und Arbeitsmarkt« sowie zur Erfüllung von Berichtspflichten an die Europäische Union genannt (ZensG 2011 § 1 Abs. 3).

Bei den Volkszählungen 1961, 1970 und 1987 handelt es sich um Vollerhebungen, d.h. die gesamte Bevölkerung wurde befragt. Dadurch kann potenziell eine große Zahl an Untersuchungsmerkmalen für kleinräumige Analysen nutzbar gemacht werden. Die Daten der damaligen Volkszählungen liegen heute jedoch nur noch in aggregierter Form für verschiedene räumliche Abgrenzungen vor, so dass die Analyseräume sich an den vorliegenden Daten orientieren müssen. Diese tabellierten Daten für die Volkszählungen 1961, 1970 und 1987 wurden uns durch das Statistische Landesamt NRW (IT.NRW) in maschinenlesbarer

Form zur Verfügung gestellt.

Der Zensus 2011 wurde nicht mehr als Vollerhebung konzipiert, sondern basiert auf einem registergestützten Verfahren und einer Haushaltsstichprobe mit einem Stichprobenumfang von 9,6 Prozent der Bevölkerung (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015). In der registergestützten Erhebung wurden insbesondere die Daten der Einwohnermelderegister genutzt und zusätzlich erwerbstatistische Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit und öffentlichen Arbeitgebern von Beamten, Richter und Soldaten berücksichtigt. Viele Informationen zum Bildungsstand oder der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung konnten nicht auf Grundlage der Registerdaten ermittelt werden, so dass diese über die Haushaltsstichprobe erhoben werden mussten. Diese Angaben dienen als Grundlage für Hochrechnungen zahlreicher Merkmale auf Gemeinde- (ab 10 000 Einwohnern) und Kreisebene. Das komplexe Erhebungsverfahren hat also zur Folge, dass nicht alle Merkmale des Zensus 2011 auf kleinräumiger Ebene analysiert werden können – dies ist nur für die Merkmale aus den Registern möglich. Dadurch beschränken sich die kleinräumig auswertbaren Merkmale auf Angaben zu Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund und Religion (laut Melderegister) sowie weitere Haushalts- und Familienmerkmale. Da die für den Zensus genutzten Register keine Angaben zu Erwerbsstatus, Beruf, Bildung oder den Arbeits- und Betriebsstätten enthalten, wurden für die kleinräumigen Analysen weitere kleinräumige Daten zur Erwerbstätigkeit von *infas 360* erworben.

Die Informationen aus den Registern und die Angaben der ca. 19 Millionen Eigentümer und Verwalter von Gebäuden können hingegen kleinräumig ausgewertet werden. Diese Daten des Zensus 2011 liegen den statistischen Ämtern georeferenziert in einem geographischen Gitter mit 100 m × 100 m Kantenlänge vor und können zu beliebigen Raumeinheiten aggregiert werden (vgl. bspw. Neutze 2015).

Die räumliche Gliederung der Volkszählungsdatensätze unterscheidet sich deutlich und spiegelt die jeweiligen amtlichen Gebietsgliederungen wider (vgl. Tabelle 3.1). Bis zu den großen Gebietsreformen in den 1970er Jahren wurde bei den kreisangehörigen Gemeinden zwischen amtsfreien Gemeinden und den Ämtern mit amtsangehörigen Gemeinden unterschieden. Bei den kreisfreien Städten liegen für 1961 und 1970 Angaben zu Stadtbezirken vor, während für 1987 daneben auch Informationen zu den Orts- bzw. Stadtteilen ausgewertet werden können. Die Angaben zu den Ortsteilen für die Zensusdaten 2011 basieren auf einer Ortsteilgliederung, die auf Grundlage von kommunalen Ortsteilsgrenzen der Großstädte[1] (über 100 000 Einwohner) und einer kleinräumigen Gliederung der Ortsteile auf Basis amtlicher Daten, die von *infas 360* erstellt wurde (siehe folgenden Abschnitt).

[1] Die digitalen Geometrien wurden uns freundlicherweise von den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Für die Volkszählungen 2011 und 1987 liegen 5 110 bzw. 4 765 Angaben für Stadtteile vor. Für die Jahre 1961 und 1970 ist die Zahl der Stadtbezirke mit 725 und 806 deutlich geringer, dafür ist jedoch eine große Zahl von amtsangehörigen Gemeinden aufgeführt. Diese Gemeinden sind bezogen auf die Bevölkerungszahl sehr viel kleiner (für 1970 durchschnittlich 2 364 und 1961 durchschnittlich

	1961	1970	1987	2011
NRW				
Regierungsbezirke	6	6	5	5
Kreisfreie Städte	37	34	23	22
Stadtbezirke	725	806	337	0
Stadtteile	0	0	4 765	5 110
Kreise	57	56	31	30
Gemeinden	0	0	373	374
Amtsfreie Gemeinden	455	379	0	0
Ämter	290	149	0	0
Amtsangehörige Gemeinden	1 842	864	0	0
RVR				
Regierungsbezirke	0	0	0	0
Kreisfreie Städte	20	18	11	11
Stadtbezirke	379	395	139	0
Stadtteile	0	0	931	790
Kreise	5	11	4	4
Gemeinden	0	0	42	42
Amtsfreie Gemeinden	43	83	0	0
Ämter	17	28	0	0
Amtsangehörige Gemeinden	108	115	0	0

Tabelle 3.1: Räumliche Gliederung der Volkszählungen in NRW und im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

1 803 Einwohner) als die heutigen Gemeinden und entsprechen oftmals den für den Zensus 2011 gewählten Ortsteilabgrenzungen im ländlicheren Raum (mit durchschnittlich 3 433 Einwohnern).

Für den RVR-Raum ergibt sich ein deutlich einheitlicheres Bild: Hier liegen für die kreisfreien Städte meistens Daten für Stadtbezirke oder Stadtteile vor, die Zahl der Ortsteile unterscheidet sich jedoch: Für die Volkszählungen 1987 und 2011 liegen Daten für ungefähr doppelt so viele Stadtteile und Stadtbezirke vor, wie für die Volkszählungen 1961 und 1970. Berücksichtigt man die amtsangehörigen Gemeinden, verringert sich der Unterschied zwischen 1987/2011 und 1961/1970 noch einmal (Tabelle 3.1).

Bei den betrachteten Volkszählungen unterscheidet sich nicht nur die räumliche Gliederung, sondern es gibt auch Unterschiede im Umfang der erhobenen Merkmale und bei der Detailliertheit der erfassten Merkmalsausprägungen. Um Zeitreihenanalysen mit diesen kleinräumigen Zensusdaten durchführen zu können, müssen im Rahmen der Datenaufbereitung also Inkonsistenzen auf zwei Ebenen aufgelöst werden: Zum einen ist es notwendig über die Zeit stabile Raumeinheiten zu bilden, um die verschiedenen regionalen Gliederungen aufeinander beziehen zu können. Zum anderen müssen die Untersuchungsmerkmale der Volkszählungen harmonisiert werden, um etwa unterschiedliche Klassierungen anzugleichen. Nähere Erläuterungen zu letzterem Harmoniserungsschritt erfolgen im Rahmen der jeweiligen Analysen. Im Folgenden wird die Konstruktion der zeitinvarianten Untersuchungsräume beschrieben.

3.1.1 Anpassung der regionalen Gliederung

Im Rahmen der Datenaufbereitung der Zensusdaten sind zwei Aufgaben zu lösen: Einerseits müssen, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, die unterschiedlichen räumlichen Gliederungen harmonisiert und andererseits die Daten einem spezifischen geographischen Gebiet zugeordnet werden. Die Zensusdatensätze für die Volkszählungen 1961 bis 1987 enthalten nur die Gemeinde- und Ortsteilbezeichnungen sowie einen Identifikationsschlüssel, der sich aus dem amtlichen Gemeindeschlüssel und einer Identifikationsnummer für die Ortsteile zusammensetzt. Kartierungen der Raumgrenzen der Ortsteile in den Zensusdatensätzen liegen nicht vor, so dass diese rekonstruiert werden müssen, um räumliche Analysen zu ermöglichen. Als Ausgangspunkt für die Zuordnung der Ortsteildaten in den älteren Volkszählungsdatensätzen zu geographischen Räumen, dient ein digitales Modell der Ortsteilgrenzen für Nordrhein-Westfalen, das die derzeitige Raumgliederung innerhalb der Gemeinden beschreibt: eine sog. Geometrie. Diese Raumgrenzen oder Geometrien werden dann den Ortsteilen in den Zensusdatensätzen zugeordet.

Für die Erstellung der aktuellen Ortsteilgeometrien wurde folgendes Vorgehen gewählt:

1. Für die nordrhein-westfälischen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern wurden die derzeit gültigen Geometrien für die Ortsteile von den Kommunen bezogen. Für alle übrigen Gemeinden wurde eine Ortsteilgeometrie der Firma *infas 360* genutzt. Die Firma *infas 360* ordnet Siedlungsflächen, d.h. Wohnbau-, Industrie- oder Gewerbeflächen, weitere Flächen mit gemischter Nutzung oder auch Freiflächen wie Parks und Grünanlagen Ortsteilen zu. Die Ortsteilzuordnungen basieren auf den Angaben des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS) zu den Postortsteilen sowie den amtlichen Siedlungslagen. Da diese Angaben teilweise eine unterschiedliche räumliche Auflösung aufweisen und sich z. B. auf Stadtbezirke und nicht auf Ortsteile beziehen, werden von *infas 360* weitere Quellen wie Daten der Navigationsgerätehersteller hinzugezogen, um die Ebene der Ortsteile abzubilden. Um aus dieser Zuordnung der Siedlungsflächen eine vollflächige Zuordnung der Nicht-Siedlungsflächen zu erzeugen, wurden diese Siedlungsflächen anschließend in einem Geoinformationssystem zu einer vollflächigen Geometrie transformiert, d. h., dass im ländlichen Raum die Raumgrenzen zwischen den Ortsteilsiedlungsflächen über einen Algorithmus bestimmt wurden. Da sich die Zensusdaten jedoch im deutlich überwiegenden Maß auf die Siedlungsflächen beziehen, ist dies für die weiteren Analysen unproblematisch.
2. Die Geometrien aus den beiden Quellen wurden anschließend zusammengeführt. Hierbei ergaben sich Probleme bei der Konsistenz der Grenzziehungen. Einerseits waren die kommunalen Raumgrenzen beim Übergang zu den durch *infas 360* definierten Geometrien nur selten konsistent, d. h. die Ortsteilgrenzen schlossen nicht nahtlos aneinander, sondern wiesen Lücken oder Überschneidungen auf. Dieser Fehler trat ebenso an einigen Stellen innerhalb der kommunalen Geometrien auf. Diese Problemstellen wurden lokali-

siert und anschließend entweder halbautomatisiert oder manuell korrigiert. Die Geometrien wurden so weit bereinigt, dass alle Überlagerungen größer als 0,5 Meter und alle Lücken größer als zwei Meter beseitigt wurden.

3. In einem abschließenden Schritt wurden die Daten insbesondere im Hinblick auf die Kompatibilität mit den kleinräumigsten Ortsteildaten aus der Volkszählung 1987, aber auch den älteren Volkszählungen, überprüft. Dabei wurden vielfach sehr kleine Räume aggregiert, wenn in der Volkszählung 1987 größere Raumeinheiten vorlagen. Letztendlich enthielt die fertiggestellte Ortsteilgeometrie 5 111 Raumeinheiten.

Die Verknüpfung von Raumgrenzen und Zensusdaten erfolgt für die Volkszählungen 1961, 1970, 1987 und den Zensus 2011 auf unterschiedlichem Weg: Für den Zensus 2011 wurden die kleinräumigen Informationen auf Rasterebene verwendet und anhand der durch uns definierten Ortsteilgeometrien aggregiert. Hierbei ist der direkte Raumbezug durch die Zuordnung der 100 m × 100 m Rasterzellen zu den Ortsteilen sichergestellt. Bei der Zuordnung der Rasterzellen wurde wie folgt vorgegangen: Für das 100 m-Raster wurden die Mittelpunkte der Rasterzellen bestimmt. Die Rasterzellen wurden anschließend den von uns erstellen Orts- bzw. Stadtteilen zugeordnet, in deren Grenzen die Mittelpunkte der Rasterzellen lagen. Dieses Verfahren stellt in den meisten Fällen sicher, dass die Rasterzelle dem Ortsteil zugeordnet wird, in dem ein Großteil der Fläche der Rasterzelle liegt. Für die Erstellung der Häufigkeitsauszählungen für die Orts- und Stadtteile werden die Ergebnisse in den einzelnen Rasterzellen aufsummiert. Bei sehr kleinen Ortsteilabgrenzungen ist eine Besonderheit des Zensus 2011 zu berücksichtigen. Die statistische Geheimhaltung wird beim Zensus nicht durch ein reines Mindestfallzahlprinzip sichergestellt, sondern durch das sog. SAFE-Verfahren[2], bei dem bei selten auftretende Merkmalskombinationen die Einzeldaten leicht verändert werden, so dass eine Identifizierung einzelner Personen oder Haushalte augeschlossen wird (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015: 67ff.). Bei den kleinräumigen Auswertungen kann dieses Verfahren zu größeren Abweichungen führen. Aus diesem Grund liefert IT.NRW eine Information darüber, wie stark das Ergebnis von den unveränderten Daten abweicht, so dass bei größeren Abweichungen die Werte gesperrt werden.

[2] Sichere Anonymisierung für Einzeldaten

Für die anderen Volkszählungen muss der jeweilige Raumbezug in einem aufwendigen Verfahren manuell definiert werden. Dazu wurde eine Hilfstabelle erstellt, welche die Einträge der Volkszählungsdaten mit den Ortsteilsgrenzen verknüpft und in der gleichzeitig auch notwendige Zusammenfassungen der Ortsteilgrenzen und der Zensusdaten beschrieben sind. Dies ist notwendig, da die Ortsteilgrenzen, etwa für die Volkszählungen 1961 und 1970, zu Stadtbezirken zusammengefasst werden müssen oder auch gleichzeitig Zensusdaten aggregiert[3] und Ortsteilgrenzen zusammengefasst werden müssen, wenn die Veränderungen der Gebietsreformen in den 1970er Jahren eine eindeutige Zuordnung der Ortsteile nicht erlauben. Es lassen sich dabei drei Problemkonstellationen unterscheiden, die dadurch gelöst werden können,

[3] In der Regel liegen Angaben zu Anzahlen vor, die einfach aufsummiert werden können. Die wenigen Durchschnittswerte und Quoten wurden als bevölkerungsgewichtete Mittelwerte zusammengefasst.

1. dass zwei oder mehr Stadtteile in den Volkszählungen zusammengefasst wer-

den und einer der aktuellen Ortsteilgrenzen zugeordnet werden können,

2. dass zwei oder mehr Ortsteilgeometrien zusammengefasst und einem Stadtteil im Zensus zugeordnet werden können oder

3. dass sowohl in den Zensusdaten als auch in den Ortsteilgeometrien Stadtteile zusammengefasst werden müssen.

Aus dieser Hilfstabelle lässt sich nun für jede Volkszählung eine kartografische Darstellung ableiten, in dem die aggregierten Daten und zusammengefassten Ortsteilgrenzen miteinander verknüpft werden (Abbildung 3.1).

Dieses Verfahren basiert auf der Annahme, dass die Orts- und Stadtteilabgrenzungen in dem betrachteten Zeitraum weitgehend stabil geblieben sind. Eine Einschätzung bezüglich dieser Annahme wurde für die einzelnen Ortsteile auf Grundlage verschiedener Quellen, wie den Internetseiten der Gemeinden, den Gesetzen zur Neugliederung der Gemeinden, älterem Kartenmaterial und Statistiken zur kommunalen Neugliederung (vgl. bspw. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen 1980), aber auch über Auskünfte bei einzelnen Kommunen vorgenommen. Bei den größeren Kommunen dürfte es mit diesem Vorgehen nur zu geringen Abweichungen der Raumabgrenzungen kommen. Im ländlichen Raum war dieses Vorgehen mit größeren Herausforderungen verbunden, da zum einen die Gebietsreformen zu größeren Veränderungen geführt haben und zum anderen die Raumabgrenzungen der Ortsteile auf Grundlage der *infas 360*-Geometrien eine geringere Genauigkeit aufweisen. Die räumliche Anpassung dürfte dennoch recht gut gelungen sein, da erstens die Lage und Größe der Siedlungskerne als eher stabil einzuschätzen ist, zweitens gleichzeitig die Entfernungen zwischen den Siedlungskernen größer sind und drittens die räumlichen Abgrenzungen im ländlichen Raum deutlich größer gewählt wurden. Dennoch ist von einer gewissen Ungenauigkeit bei der Zuordnung von Zensusdaten und Räumen auszugehen, die sich nur schwer quantifizieren lässt. Ein Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen zeigt, dass das Verfahren plausible Ergebnisse produziert.

3.1.2 Konstruktion zeitinvarianter Raumeinheiten

Für Zeitreihenanalysen ist es wichtig, dass die regionale Gliederung über die Zeit hinweg möglichst unverändert bleibt, damit sichergestellt ist, dass Niveauunterschiede in den betrachteten Indikatoren nicht durch Veränderungen im Raumbezug hervorgerufen werden. Ein Ziel dieser Untersuchung ist die Analyse der sozioökonomischen Entwicklungen in den Stadtteilen, so dass im Rahmen der Längsschnittanalysen nicht die räumlichen Gliederungen der einzelnen Volkszählungen verwendet, sondern dazu zeitinvariante Raumeinheiten – im weiteren zeitinvariante Bezirke – konstruiert werden. Die Bezirke bilden Räume ab, die mit den Daten der jeweiligen Volkszählungen gefüllt werden und die von den Grenzen der heutigen Ortsteile abweichen können. Die zeitinvarianten Bezirke werden so gebildet, dass sie für alle Untersuchungszeitpunkte auf

Grundlage der vorhandenen Datensätze mit den Zensusmerkmalen verknüpft werden können und zugleich möglichst kleinflächige Räume gebildet werden.

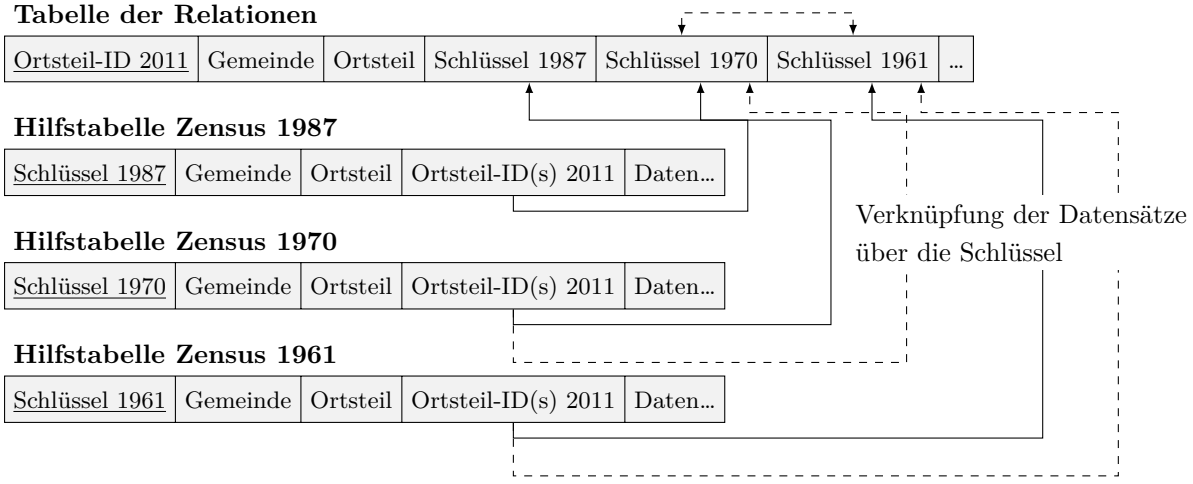


Abbildung 3.1: Relationale Verknüpfung von Zensusdaten und Ortsteilgeometrien, eigene Darstellung
Die Verknüpfung erfolgt über einen sog. Fremdschlüssel, der jeweils die Beziehung zwischen einem der älteren Zensusdaten und dem Zensus 2011 herstellt. Diese Fremdschlüssel können außerdem dazu genutzt werden die älteren Volkszählungen miteinander zu verknüpfen (gestrichelte Line)

Methodisch knüpft die Bestimmung der kleinräumigen *zeitinvarianten Bezirke* an die Konstruktion der Raumeinheiten für die einzelnen Zensusdatensätze an. Dort wurden die Räume für die Ortsteile durch Zusammenfassen und Zuordnen der Ortsteilgeometrien für den Zensus 2011 gebildet. Für jeden Ortsteil für den Zensus 2011 gibt es also eine Zuordnung zu Ortsteilen in den drei anderen Volkszählungsdatensätzen. Diese Zuordnungen können in eine Relationstabelle überführt werden, die für jede Ortsteilgeometrie des Zensus 2011 angibt, welchen Ortsteilen er zugeordnet wurde (Abbildung 3.1). Aus diesen Relationen wird ein Graph (im Sinne der Graphentheorie) erzeugt, der die Ortsteile als Knoten enthält und in dem genau dann eine Kante zwischen zwei Ortsteilen gebildet wird, wenn diese dem gleichen Raum der Ortsteilgeometrie 2011 zugeordnet wurden. Dieser Graph wird anschließend über ein Breitensuchenverfahren in seine Komponenten zerlegt (Csardi und Nepusz 2006). Als Komponenten werden Gruppen von Knoten bezeichnet, die untereinander verbunden sind, aber keine Verbindungen zu anderen Knoten außerhalb der Komponente aufweisen.

Abbildung 3.2 stellt eine Komponente mit Ortsteilen aus der Gemeinde Hattingen im Ennepe-Ruhr-Kreis exemplarisch dar. Für das Jahr 2011 stellte die Stadt Hattingen uns die Ortsteilgrenzen für insgesamt 11 Ortsteile zur Verfügung (Tabelle 3.2). Der Zensus 1987 enthält jedoch nur Angaben zu 9 Ortsteilen, wodurch einige Gebiete zusammengefasst werden müssen. In Abbildung 3.2 wird dies durch die eingehenden Pfeile zum blau eingefärbten Ortsteil »Elfringhausen-Oberstüter« symbolisiert, dessen Abgrenzungen dem zusammengefassten Gebiet der aktuellen Ortsteile »Niederelfringhausen«, »Oberelfringhausen« und »Oberstüter« entsprechen. Im Zensus 1970 ist lediglich ein Datensatz für die Gemeinde Hattingen enthalten, so dass alle Ortsteilgeometrien zusammengefasst werden, in der Grafik ist dies durch die eingehenden Pfeile von den violetten Ortsteilen für 2011 dargestellt. Im Zensus 1961 sind im Gegensatz zum Zensus 1970 wieder 7 Ortsteildaten nutzbar, wobei sich die Zuordnung der Ortsteile 2011 von den Zusammenfassungen für den Zensus 1987 unterscheidet. Letztendlich ist jedoch die gröbste Einteilung ausschlaggebend:

Da für 1970 nur Angaben auf Gemeindeebene vorliegen, ist dies die Ebene, die für die Zeitreihenanalysen genutzt werden muss.

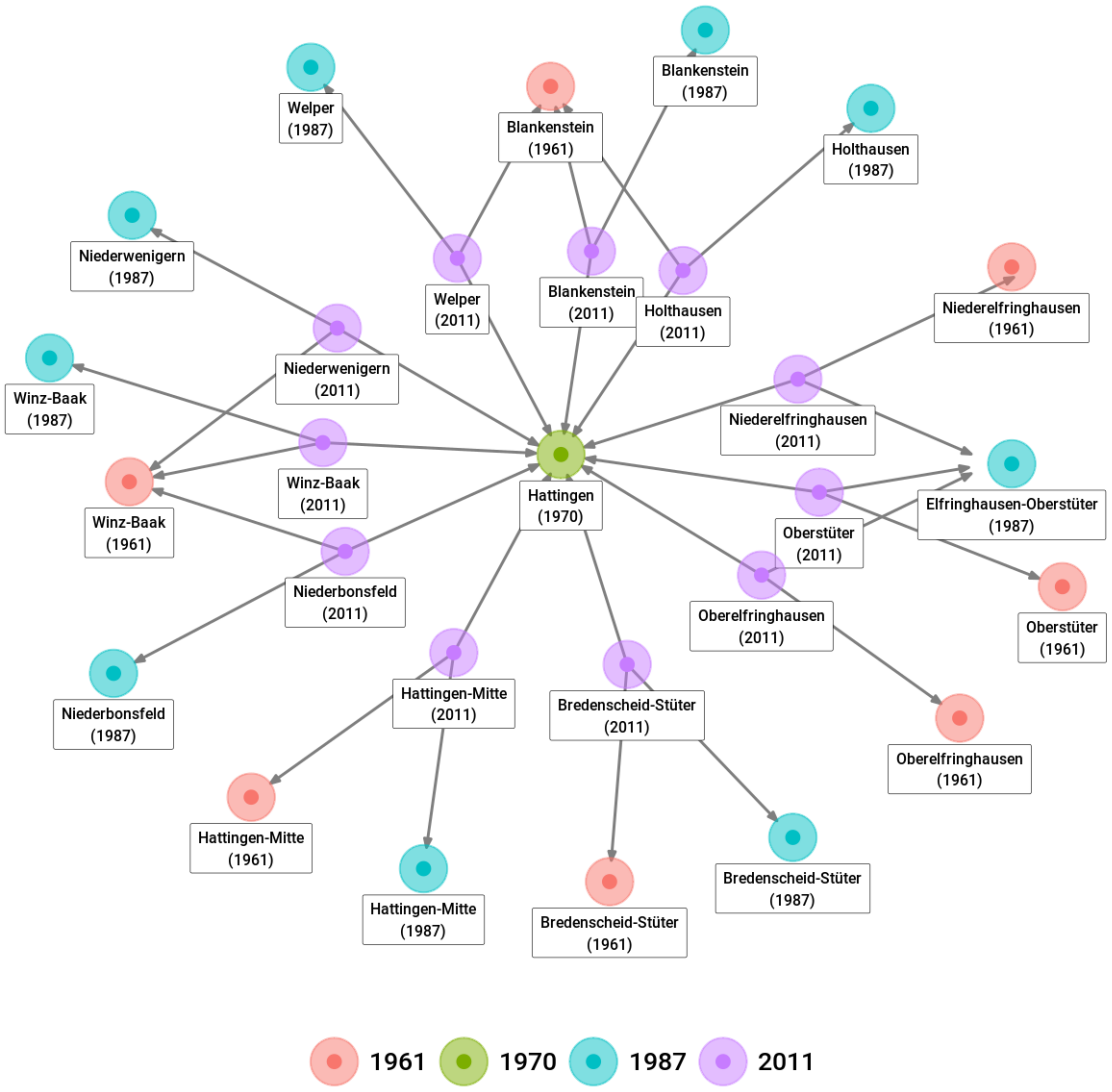


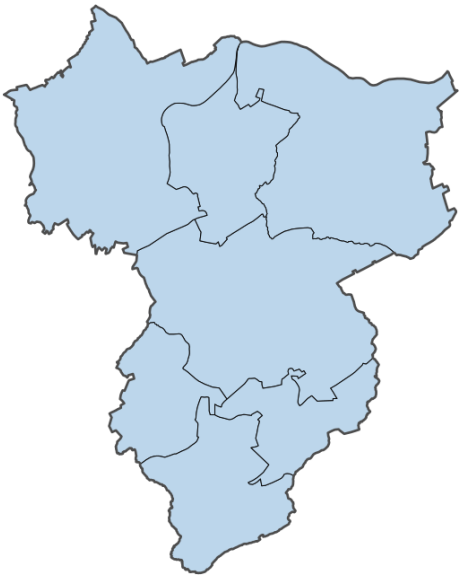
Abbildung 3.2: Relationen der Ortsteile in Hattingen, eigene Darstellung

In Abbildung 3.3 auf Seite 52 sind die unterschiedlichen räumlichen Gliederungen für Hattingen kartografisch dargestellt. Während die Karten für 1961 (a) und 1970 (b) sieben bzw. nur einen Ortsteil aufweisen, ist die Darstellung für 1987 (c) und 2011 (d) mit neun bzw. elf Ortsteilen etwas differenzierter. Der zeitinvarianten Bezirk in Abbildung (e) umfasst wiederum nur einen Bezirk, da die gröbste Raumeinteilung für die Ortsteile im Zensus 1970 maßgeblich ist.

Bezogen auf ganz NRW führt das beschriebene Verfahren zu unterschiedlich großen zeitinvarianten Bezirken. Abbildung 3.4 (a) auf Seite 54 zeigt die 1 586 konstruierten Bezirke für NRW und Abbildung 3.4 (b) die Grenzen im Gebiet des RVR. Insbesondere in den Gebieten, in den durch die Gemeindereform neue Strukturen geschaffen wurden, ergeben sich teilweise recht große räumliche Aggregate, da sonst eine eindeutige Zuordnung der Ortsteile nicht möglich

	Volkszählungsdaten	Ortsteil (2011)
1961		
	Blankenstein	Blankenstein, Holthausen, Welper
	Bredenscheid-Stüter	Bredenscheid-Stüter
	Hattingen-Mitte	Hattingen-Mitte
	Niederelfringhausen	Niederelfringhausen
	Oberelfringhausen	Oberelfringhausen
	Oberstüter	Oberstüter
	Winz-Baak	Niederbonsfeld, Niederwenigern, Winz-Baak
1970		
	Hattingen	Blankenstein, Bredenscheid-Stüter, Hattingen-Mitte, Holthausen, Niederbonsfeld, Niederelfringhausen, Niederwenigern, Oberelfringhausen, Oberstüter, Welper, Winz-Baak
1987		
	Blankenstein	Blankenstein
	Bredenscheid-Stüter	Bredenscheid-Stüter
	Elfringhausen-Oberstüter	Niederelfringhausen, Oberelfringhausen, Oberstüter
	Hattingen-Mitte	Hattingen-Mitte
	Holthausen	Holthausen
	Niederbonsfeld	Niederbonsfeld
	Niederwenigern	Niederwenigern
	Welper	Welper
	Winz-Baak	Winz-Baak
2011		
	Blankenstein	Blankenstein
	Bredenscheid-Stüter	Bredenscheid-Stüter
	Hattingen-Mitte	Hattingen-Mitte
	Holthausen	Holthausen
	Niederbonsfeld	Niederbonsfeld
	Niederelfringhausen	Niederelfringhausen
	Niederwenigern	Niederwenigern
	Oberelfringhausen	Oberelfringhausen
	Oberstüter	Oberstüter
	Welper	Welper
	Winz-Baak	Winz-Baak

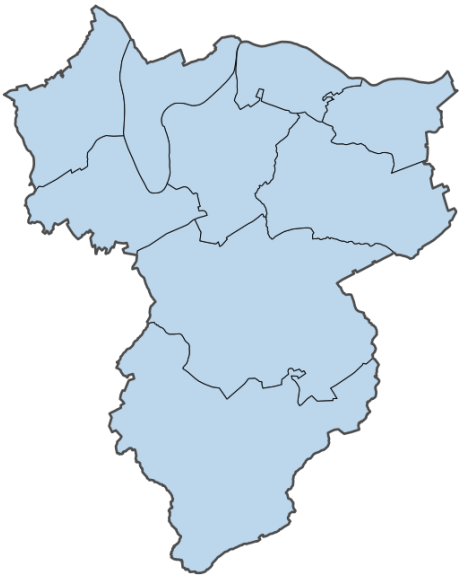
Tabelle 3.2: Zuordnung der Ortsteile in Hattingen, eigene Darstellung



(a) Hattingen 1961 – 7 Ortsteile



(b) Hattingen 1970 – 1 Ortsteil



(c) Hattingen 1987 – 9 Ortsteile



(d) Hattingen 2011 – 11 Ortsteile



(e) Hattingen zeitinvariante Bezirke – 1 Ortsteil

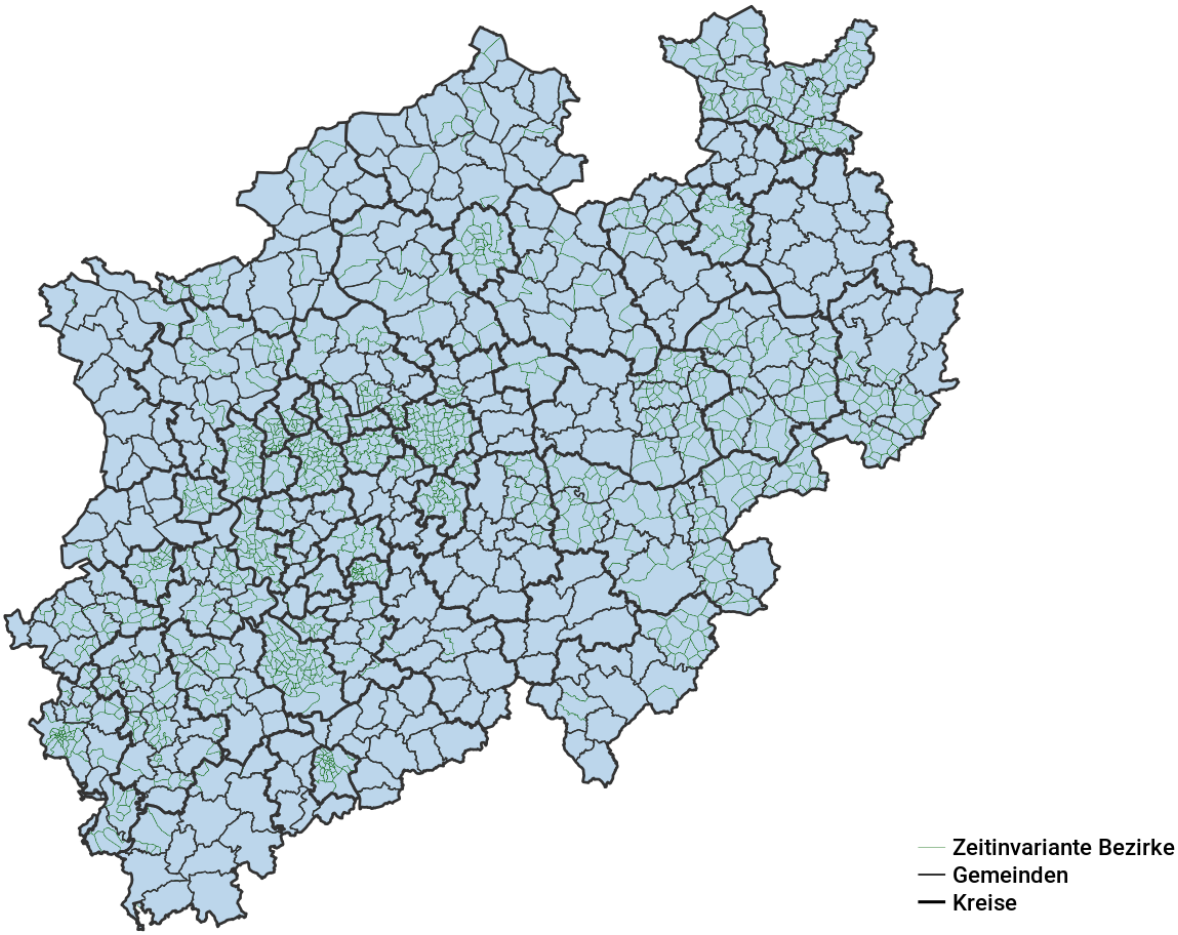
Abbildung 3.3: Ortsteilgrenzen von Hattingen 1961, 1970, 1987 und 2011. Räumliche Gliederung der jeweiligen Volkszählungsdaten (Linien) und der zeitinvariante Bezirke (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

geworden wäre. Dies führt dazu, dass sich die Bandbreite der Fläche der zeitinvarianten Bezirke von 2 bis 80 Quadratkilometern, bei einem Mittelwert von 21,50 Quadratkilometern, erstreckt und Bezirke mit einer Bevölkerung (bezogen auf den Zensus 2011) von 403 bis 40 764 Einwohnern, im Durchschnitt 11 058, betrachtet werden.[4]

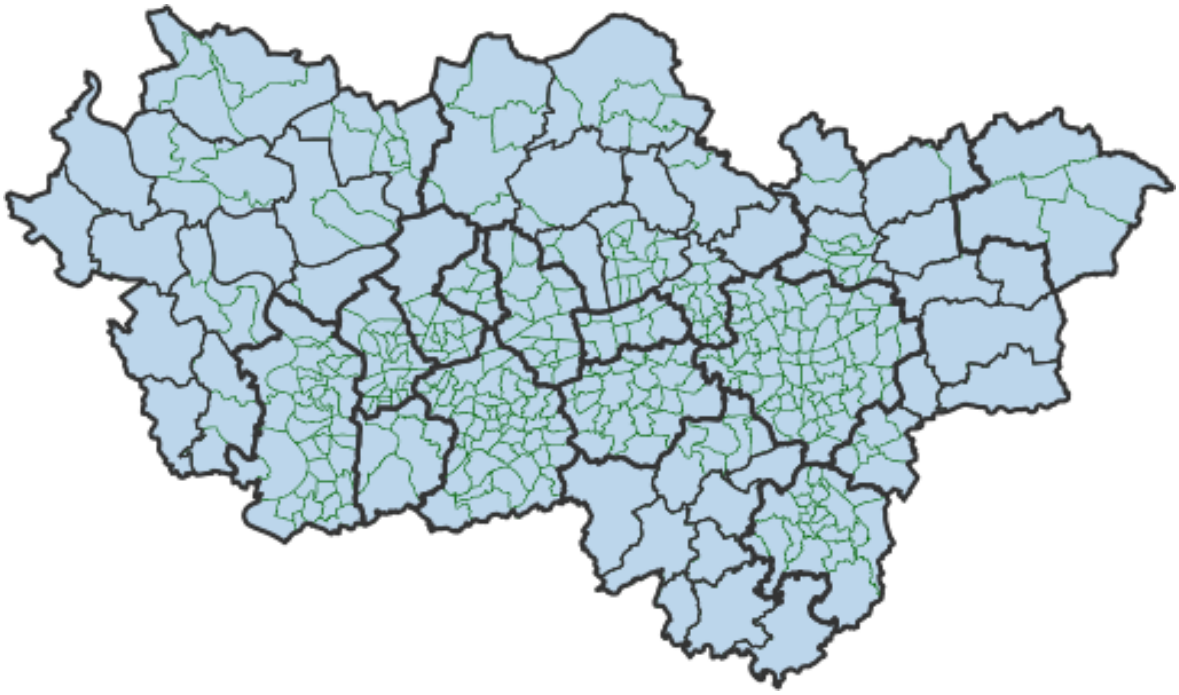
[4] 5. bzw. 95. Perzentil.

Im Bereich der kreisfreien Städte des Regionalverbands Ruhr (RVR) sind die Unterschiede bezogen auf die Fläche und Einwohnerzahl geringer, hier variieren die Flächen der zeitinvarianten Bezirke nur zwischen 2 und 18 Quadratkilometern, durchschnittlich 6,92 Quadratkilometer und die Bevölkerung liegt zwischen 2 043 bis 27 858 Einwohnern, durchschnittlich bei 11 895 Einwohnern. Im gesamten RVR ist Spannweite bezogen auf das 5. und 95. Perzentil etwas größer: Bei der Fläche im Bereich von 2 bis 50 Quadratkilometern bei einer durchschnittlichen Größe von 11,12 Quadratkilometer. Die Bevölkerung variiert im Bereich von 1 500 bis 34 294 Einwohnern und beträgt durchschnittlich 12 688 Einwohner.

Das Verfahren führt teilweise dazu, dass einige zeitinvariante Bezirke die heutigen Gemeindegrenzen schneiden. Um den Bezug zu den Gemeinden herzustellen, wurden die zeitinvarianten Bezirke der Gemeinde zugeordnet, in der der überwiegende Teil der Fläche des Bezirks liegt.



(a) Zeitinvariante Bezirke in NRW



(b) Zeitinvariante Bezirke im RVR

Abbildung 3.4: Zeitinvariante Bezirke in NRW und im RVR, eigene Berechnungen

3.2 Schuldaten

Für die Analysen zur Entwicklung der Bildungslandschaft und die Analyse der Übergänge auf die weiterführenden Schulen werden zum einen lange Zeitreihen von 1976 bis 2005 auf Gemeindeebene zurückgegriffen und zum anderen auf Daten auf Schulebene für die Jahre 2003 bis 2014, die uns von IT.NRW zur Verfügung gestellt wurden.

Die langen Zeitreihen ab Mitte der 1970er Jahre umfassen Daten zur Schulzahl, zu der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe der weiterführenden Schulen sowie den erworbenen Schulabschlüssen – auf kommunaler Ebene und differenziert nach Geschlecht und Nationalität (deutsch/nichtdeutsch).[5] Die einzelnen Jahresangaben wurden zusammengeführt und ab dem Jahr 2003 mit Hilfe der auf Gemeindeebene aggregierten schulscharfen Daten weitergeführt. So wurde die Entwicklung der Schulzahl von 1976 bis zum Jahr 2014 darstellbar, die Daten zu den Beständen und den Abschlüssen konnten für den Zeitraum 1979 bis 2014 vergleichbar aufbereitet werden.

[5] Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wird erst seit dem Jahr 2007 für alle nordrhein-westfälischen Schulen erhoben, so dass für die langen Zeitreihen nur der Ausländeranteil als Indikator für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte genutzt werden kann.

Für die Analyse der Übergänge von Grundschulen auf weiterführende Schulen in NRW für die Schuljahre 2003/2004 bis 2014/2015 wurden von IT.NRW schulscharfe und nach Nationalität (deutsch/nichtdeutsch) sowie Geschlecht differenzierte Daten (sowohl bezüglich der Abgabe- als auch der Aufnahmeschule) bezogen. Schulformempfehlungen liegen jeweils für die Übergänge im Sommer der Jahre 2009 bis 2014 vor. Bei den Daten zu den Übergängen ist grundsätzlich die unterschiedliche Zeitperspektive von Grund- und weiterführender Schule zu beachten: Das Übergangsschuljahr ist seitens IT.NRW aus Sicht der Aufnahmeschule angegeben, wodurch sichergestellt ist, dass die Zahlen nur die tatsächlich erfolgten Übergänge umfassen.

Des Weiteren stellt das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) mit Stand Januar 2016 Koordinaten für alle nordrhein-westfälischen Schulen zur Verfügung (Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) 2016). Darüber hinaus liegen für die Jahre 2004 bis 2015 Schuladressen für alle Schulen vor, die von IT.NRW bereitgestellt wurden. Für die Schulen, die nicht mehr im aktuellen Schuldatensatz des MSW enthalten waren oder die in der Vergangenheit unter einer anderen Adresse geführt wurden,[6] wurde eine ergänzende Georeferenzierung vorgenommen. Dabei wurden für alle Ergebnisse, bei denen die Koordinate nicht mindestens straßengenau vorlag, die Geo-Koordinate manuell nachrecherchiert.[7] Für das Grundschulabgangsjahr 2003 lagen uns keine Adressen vor – hier wurden die Standorte von 2004 genutzt und die Fälle von Schulschließungen zum Jahr 2004 nachrecherchiert.

[6] Adressangaben, die nicht mehr als 12 Hausnummern voneinander abwichen, wurden als identisch gehandhabt.

[7] Sofern eine Schule nur für einen Zeitpunkt eine andere Adresse hatte, wurde diese einmalig andere Unterbringung nicht berücksichtigt, bei mehreren Jahren oder »vagabundierenden« Schulen hingegen wurden die Koordinaten der »Zwischenadressen« ausfindig gemacht und gewählt.

Durch die Georeferenzierung der Schulen ist es problemlos möglich, die Schuldaten mit den kleinräumigen Zensusdaten für die zeitinvarianten Bezirke zu verknüpfen und raumbezogene Analysen durchzuführen.

4 Der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und in der Metropole Ruhr

In diesem Kapitel wird einleitend dargestellt, was allgemein unter dem Begriff Strukturwandel zu verstehen ist und es werden die in Zusammenhang mit dem Strukturwandel stattgefundenen Veränderungsprozesse skizziert, die sich ab den 1950er Jahren in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, ergeben haben. Hierzu erfolgt eine kleinräumige Betrachtung verschiedener relevanter Merkmale auf Grundlage der Zensusdaten der Jahre 1961, 1970, 1987 und 2011 sowie Daten von *infas 360* für das Jahr 2011.

Zunächst werden unter dem Begriff Strukturwandel Veränderungsprozesse innerhalb der Wirtschaftsstruktur verstanden: Nach der Drei-Sektoren-Hypothese Jean Fourastiés[1] kommt es im Zuge der Entwicklung einer Volkswirtschaft zu einer »grundlegenden Verschiebung zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren« (Schmid 2010: 3). Die Bedeutung des primären Sektors, der die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei umfasst, nimmt im Zuge der Weiterentwicklung einer Volkswirtschaft ab. Der sekundäre Sektor, der die Wirtschaftsbereiche Industrie, Bergbau, Energiewirtschaft und das verarbeitende Gewerbe umfasst, und insbesondere der tertiäre Sektor, der den Wirtschaftsbereich Dienstleistungen umfasst, gewinnen an Bedeutung (vgl. Schräpler 2007: 16 ff.; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 45; Schmid 2010: 3). In allen entwickelten Volkswirtschaften ist zudem ein »Wandlungsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft« (Heinze 2006: 130) bzw. ein »Trend zur Tertiärisierung« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 42) erkennbar. Mit diesem Wandlungsprozess ist jedoch keine grundlegende Abkehr von der Industrie verbunden, vielmehr handelt es sich um einen Wandel innerhalb der Industrie, da in vielen Regionen in Deutschland »[e]in großer Teil der Dienstleistungen […] eng an die Industrie gekoppelt« ist (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 46). Der Strukturwandel wird dabei häufig als »krisenhaft wahrgenommen« (Goch 2004: 13), da mit ihm teilweise schwerwiegende soziale Folgen wie beispielsweise eine erhöhte Arbeitslosigkeit einhergehen. Parallel zur sektoralen Verschiebung beschreibt der Strukturwandel zudem Veränderungen in technischer und arbeitsorganisatorischer Hinsicht. So wird

> [d]er Wandel von der eher standardisierten Massenproduktion und tayloristischen Produktionskonzepten zu flexibleren, individuelleren Produkten, die andere Anforderungen an den Produktionsprozess stellen, […] als Übergang vom

[1] Fourastié, Jean (1954): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln.

> Fordismus zum Postfordismus bezeichnet (Goch 2004: 12).

Im Zuge dieses Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft sind neue Formen der Erwerbstätigkeit entstanden, die zeitlich und räumlich flexibler gestaltet sind, veränderte Ansprüche an die Beschäftigten stellen und ihren Ausdruck beispielsweise in Teilzeitarbeit, befristeter Beschäftigung, Leiharbeit, Projektarbeit und elektronischer Heimarbeit finden. Insbesondere in Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit erfährt die Ressource Wissen einen enormen Bedeutungsgewinn. So wies der Managementwissenschaftler Peter F. Drucker bereits Ende der 1960er Jahre darauf hin, dass sich Industriegesellschaften verstärkt zu Wissensgesellschaften weiterentwickeln werden. Wissensgesellschaften zeichnen sich in diesem Zusammenhang durch die folgenden drei Merkmale aus: Zunächst stellt Wissen die zentrale wirtschaftliche Ressource der Gesellschaft dar. Weiterhin wird »Ungleichheit auf der Basis von Wissen […] zur zentralen Herausforderung der Gesellschaft« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 41) und schließlich wird »die Politik der Wissensgesellschaft […] immer mehr geprägt durch spezialisierte Organisationen, die Wissen zusammenfügen« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 41). Im internationalen Standortwettbewerb erzielen diejenigen Regionen wirtschaftliche Erfolge, die insbesondere in den industriell geprägten Sektoren ihrer Wirtschaft neues Wissen und neue Technologien in neue Produkte und Verfahren umsetzen. Daher setzen viele Unternehmen verstärkt auf Forschung zur Wissensentwicklung und nicht nur auf die Entwicklung technischer Lösungen und Produkte (vgl. Aring u. a. 1989: 78; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 40 f.; Goch 2004: 11 f.; Hannemann 2014: 41; Hannemann 2016: 32). Insgesamt bleibt hinsichtlich des Strukturwandels festzuhalten, dass sich

> nicht nur die Formen der Produktion und die entsprechenden Tätigkeitsmuster der arbeitenden Menschen [verändern], vielmehr strahlt dieser Wechsel auch auf die sozialen und politischen Bereiche aus – von der Sozialstruktur über das Konsumverhalten bis zur sozialen Sicherung (Schmid 2010: 3).

4.1 Aufstieg und Niedergang des industriellen Sektors

In Nordrhein-Westfalen sind insbesondere seit den 1950er Jahren umfassende Wandlungsprozesse »von einer vielfältig industriell geprägten Wirtschaft und Gesellschaft zu einer postindustriellen mit einer differenzierten Struktur« (Goch 2004: 7) erkennbar. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts prägte die Kohle- und Stahlindustrie die »ökonomische, soziale, politische, kulturelle und raumstrukturelle Entwicklung« (Aring u. a. 1989: 34), insbesondere im Ruhrgebiet.

Die Region wurde zu einem der größten industriellen Ballungsräume Europas. Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Ruhrgebiet erneut zum »Zentrum der Kohleförderung und der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Energieproduktion« (Goch 1996: 381), um dem Mangel an Steinkohle in Europa zu begegnen und aufgrund der Bedeutung der Grundstoffindustrie für den Wiederaufbau des Landes. Dazu hat sich um die Kohle- und Stahlindustrie herum

ein »montanindustrielles Produktionscluster« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 39) entwickelt, das den Energiesektor, die anorganische Chemieindustrie sowie den Maschinen- und Anlagenbau einschließt und sich durch eine Vielzahl von »Vorleistungs- und Absatzbeziehungen« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 39) auszeichnet. Das Ruhrgebiet erlebte einen etwa zehnjährigen wirtschaftlichen Aufschwung und wurde laut Petzina (1990, S. 506) erneut zum »Identifikationsziel und Hoffnungsträger für Hunderttausende von Zuwanderern, die im Revier auf ihre neue berufliche Zukunft setzten«. Insgesamt wuchs die Bevölkerung in Deutschland im Zeitraum von 1950 bis 1956 um 2,3 Millionen, davon entfielen allein 0,7 Millionen auf das Ruhrgebiet (vgl. Petzina 1990: 506). Jedoch endete die »Wachstumsphase des Montansektors« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 43) während der ersten und zweiten Kohlekrise im Jahr 1958 bzw. Mitte der 1960er Jahre, da die Steinkohle durch günstigere, besser förderbare und speicherbare Energieträger wie Erdgas und Erdöl sukzessive ersetzt wurde und gleichzeitig gewann auch die staatlich subventionierte und damit günstigere Atomenergie weiter an Bedeutung. Weiterhin konnte die kohleverbrauchende Industrie durch verbesserte Technologie und Rationalisierung Einsparungen erzielen, was zu einem geringeren Steinkohlebedarf führte.

Infobox »Das Ruhrgebiet«

»[A]ls das eigentliche Geburtsjahr des Ruhrgebiets [ist das Jahr 1838] anzunehmen, als es nämlich gelang, die Mergelschicht zu durchstoßen und auch im Ruhrgebiet verkorkbare Fettkohle zu fördern und auf diese Weise die schicksalhafte Verbindung von Kohle und Stahl zu ermöglichen« (Aring u. a. 1989: 34). Nachfolgend bezieht sich der Begriff *Ruhrgebiet* auf das Gebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR).

Mit der Krise des Bergbaus war insbesondere für das Ruhrgebiet ein massiver Arbeitsplatzverlust verbunden, da zahlreiche Schachtanlagen, Kokereien und Brikettfabriken schlossen: Im Jahr 1960 waren noch rund 400 000 Menschen im Steinkohlebergbau beschäftigt, aktuell sind es noch etwa 16 000. Der wirtschaftliche Erfolg der Stahlindustrie, die als »zweite Schlüsselindustrie« (Petzina 1990: 536) des Ruhrgebiets galt, währte länger als der Erfolg der Kohleindustrie. Zu Beginn der 1970er Jahre geriet jedoch auch die Stahlindustrie in die Krise. Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise 1974/75, die auf die erste Ölkrise folgte, ging die gesamtwirtschaftliche Leistung in den Industrieländern deutlich zurück. Infolgedessen sank auch die Stahlproduktion. Zudem kam es aufgrund neuer technischer Erzeugungsverfahren für Rohstahl zu Rationalisierungsmaßnahmen bei der Produktion, die zu einer Halbierung der Hochofenanlagen führten. Von besonderer Relevanz für den Niedergang der Stahlindustrie in Deutschland waren jedoch Aufbau und Wachstum der Schwerindustrie u.a. in Brasilien, Südkorea, China, Indien und Japan. Zum einen wurden diese Länder zu Konkurrenten in der Stahlproduktion und zum anderen entfiel die Nachfrage nach in Deutschland produziertem Stahl aus diesen Ländern. Die deutsche Stahlindustrie reagierte mit einer Verringerung des Investitionsvolumens, insbesondere aber mit einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen.

> Zwischen 1974 und 1987 verringerte sich die Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik um 130 000, und im Rahmen der Rationalisierungspläne standen 1988 weitere 39 000 zur Disposition. Brennpunkt dieser Entwicklung war das Ruhrgebiet, wo auf dem Höhepunkt der Abbauwelle […] 45 000 Arbeitsplätze oder 30 Prozent verschwanden (Petzina 1990: 538 f.).

Für das Ruhrgebiet war dieser Arbeitsplatzabbau besonders problematisch, da aufgrund der »vielfältigen Verflechtungen und indirekten Abhängigkeiten« (Aring u. a. 1989: 38) auch Beschäftigte in anderen Branchen von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Denn mit einem in der Stahlindustrie abgebauten Arbeitsplatz gingen zusätzlich 1,7 Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich verloren (vgl. Aring u. a. 1989: 35; Petzina 1990: 506 ff.; Goch 1996: 382; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 39 ff.; Heinze 2006: 51; Butzin u. a. 2012). Der Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie findet Ausdruck in den gesunkenen Beschäftigtenzahlen im industriellen Bereich: Zwischen 1976 und 1986 sank der Anteil der Beschäftigten in der Industrie in Nordrhein-Westfalen um 13,8 Prozent von rund 2,26 Millionen auf rund 1,95 Millionen Beschäftigte. In den Arbeitsmarktregionen der großen Städte des Ruhrgebiets sank der Anteil der Beschäftigten in der Industrie insgesamt sogar um 23,4 Prozent von 619 441 auf 474 761 Beschäftigte (vgl. Aring u. a. 1989: 39 f.). Die beschriebene Entwicklung lässt sich anhand der Zensusdaten aufzeigen. Dazu werden nachfolgend die Entwicklung der Beschäftigtenanteile in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen sowie die Bevölkerungsentwicklung betrachtet.

Entwicklung des Produzierenden Gewerbes

Tabelle 4.1 zeigt, dass der Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe, das den Energiesektor einschließlich Bergbau, das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe umfasst, im Zeitverlauf rückläufig ist. In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der Erwerbstätigen innerhalb der zeitinvarianten Bezirke von durchschnittlich[2] 57,2 Prozent im Jahr 1961 auf 43,6 Prozent im Jahr 1987 gesunken. Im Jahr 2011 liegt der Beschäftigtenanteil bei 27,4 Prozent. Die zeitinvarianten Bezirke innerhalb Nordrhein-Westfalens weisen dabei zu allen Zeitpunkten eine starke Heterogenität auf, was durch die hohen Spannweiten deutlich wird. Auffällig ist hier, dass im Jahr 2011 trotz des insgesamt rückläufigen Trends einige zeitinvariante Bezirke weiterhin sehr hohe Beschäftigtenanteile im Produzierenden Gewerbe aufweisen, so dass davon auszugehen ist, dass auch in der Wohnbevölkerung in der Umgebung höhere Anteile bestehen.

[2] Sofern keine gesonderte Kennzeichnung erfolgt, beziehen sich die Begriffe Durchschnitt und Mittelwert stets auf das arithmetische Mittel.

Tabelle 4.1: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe in NRW und im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

	NRW				**RVR**			
	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011
Minimum	2,6	3,6	4,9	0,0	5,6	7,6	21,1	0,0
Maximum	92,6	91,0	71,9	95,1	92,6	91,0	70,3	93,7
Median	58,5	52,4	44,5	24,3	69,9	56,9	45,2	20,0
Mittelwert	57,2	51,5	43,6	27,4	66,7	55,5	44,7	23,1
n	1583	1586	1585	1586	399	399	399	399

Infobox »Beschäftigtenanteile in den Wirtschaftsabteilungen«

Für 1970 und 1987 werden zur Berechnung der Erwerbstätigenanteile in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen die Daten des Zensus zu den Erwerbstätigen am Wohnort in der jeweiligen Wirtschaftsabteilung und für das Jahr 1961 die Daten des Zensus zur Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit in der jeweiligen Wirtschaftsabteilung genutzt. Der Vergleich der Anteilswerte des Jahres 1961 mit den Anteilswerten der Jahre 1970 und 1987 sollte aufgrund der im Jahr 1961 dominierenden Haushaltstruktur möglich sein, in der oftmals nur der Mann als Alleinernährer erwerbstätig war. Die Daten zu den Beschäftigten am Arbeitsort in der jeweiligen Wirtschaftsabteilung sind aufgrund der Spezifika bei der Arbeitsstättenzählung nicht sinnvoll vergleichbar, so dass die Angaben zu den Erwerbstätigen am Wohnort verwendet werden.

Für das Jahr 2011 liegen jedoch wiederum nur durch *infas 360* berechnete Beschäftigtenanteile in den jeweiligen SIC-Branchen vor und beziehen sich auf die Arbeitnehmer am Arbeitsort. Ein direkter Vergleich der Anteile in den Zensusdaten 1961, 1970 und 1987 mit den *infas 360*-Daten 2011 ist an dieser Stelle somit nicht einfach möglich. Im nachfolgenden Kapitel wurden daher im Rahmen der Typisierung auch Beschäftigtenanteile am Arbeitsort für die Jahre 1970 (Zensusdaten) und 2011 (*infas 360*-Daten) miteinander verglichen. Da die Wirtschaftsabteilungen zu allen Zeitpunkten unterschiedlich genau aufgeschlüsselt werden, erfolgt eine Zusammenfassung zu den Wirtschaftsabteilungen Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen.

Abbildung 4.1 verdeutlicht die räumliche Verteilung der Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteile im Produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen. Deutlich wird zunächst der hohe Erwerbstätigenanteil im Jahr 1961, der sich großflächig auf Südwestfalen und auf das Ruhrgebiet konzentriert. Im Zeitverlauf ist insgesamt ein rückläufiger Trend erkennbar, insbesondere in den großen Städten des Ruhrgebiets. Dennoch weisen auch im Jahr 2011 einige zeitinvariante Bezirke, vorwiegend in Südwestfalen und in Ostwestfalen, einen vergleichsweise hohen Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe auf. Da die Krise der Kohle- und Stahlindustrie das Ruhrgebiet in besonderen Maße getroffen hat, wird nun die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes im Ruhrgebiet betrachtet. Tabelle 4.1 zeigt ebenfalls den Rückgang der Anteile der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe innerhalb der zeitinvarianten Bezirke im Ruhrgebiet. Der durchschnittliche Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beläuft sich im Jahr 1961 auf 66,7 Prozent und ist bis zum Jahr 1987 auf 44,7 Prozent gesunken. Im Jahr 2011 beträgt der durchschnittliche Anteil der Beschäftigten innerhalb der zeitinvarianten Bezirke im Ruhrgebiet lediglich noch 23,1 Prozent. Da das Ruhrgebiet bis in die 1980er Jahre hinein stark durch die Kohle- und Stahlindustrie geprägt war, weisen die zeitinvarianten Bezirke im Ruhrgebiet in den Jahren 1961, 1970 und 1987 höhere Durchschnittswerte auf als die Bezirke in Nordrhein-Westfalen insgesamt und sind deutlich heterogener.

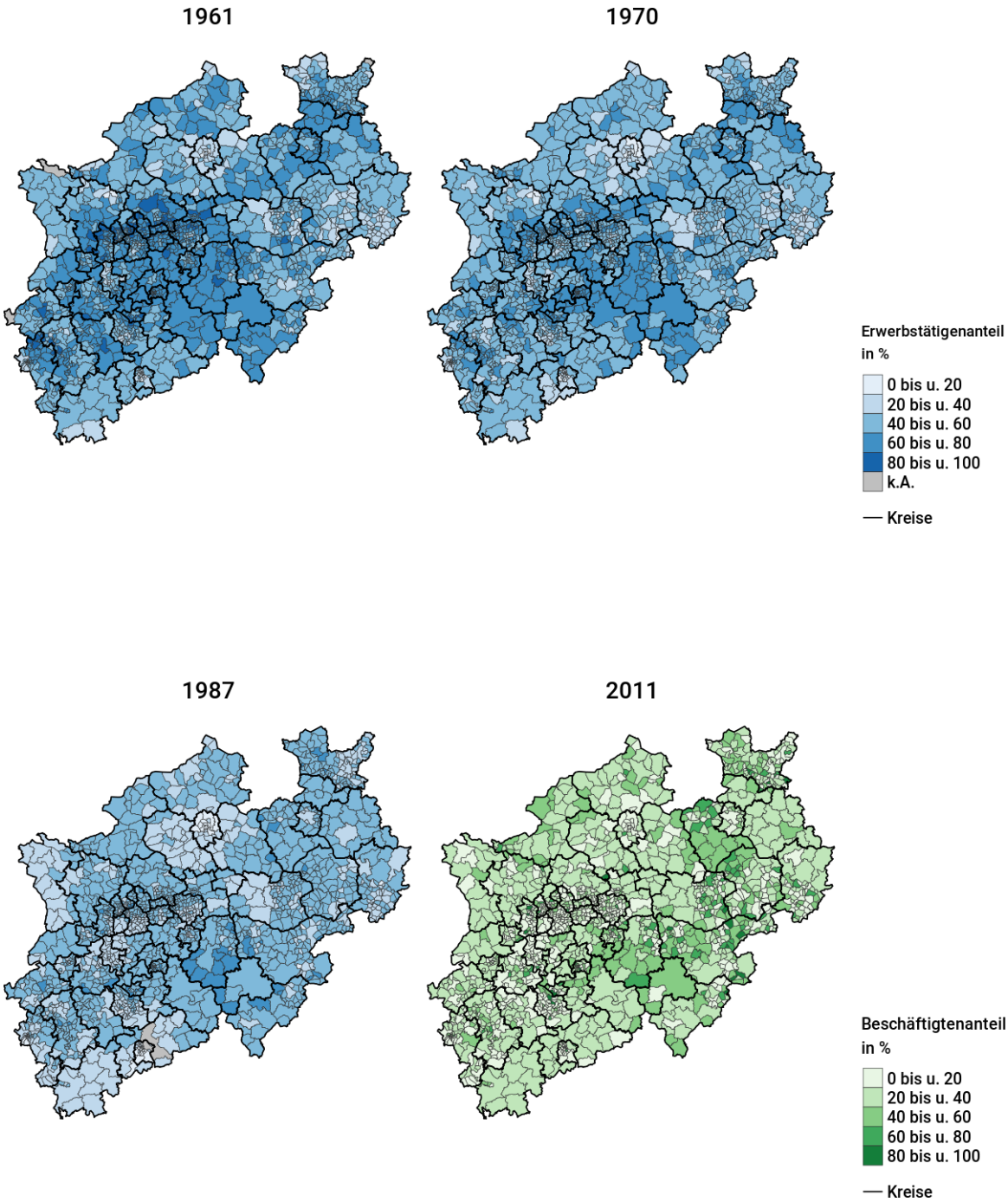


Abbildung 4.1: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe in NRW (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

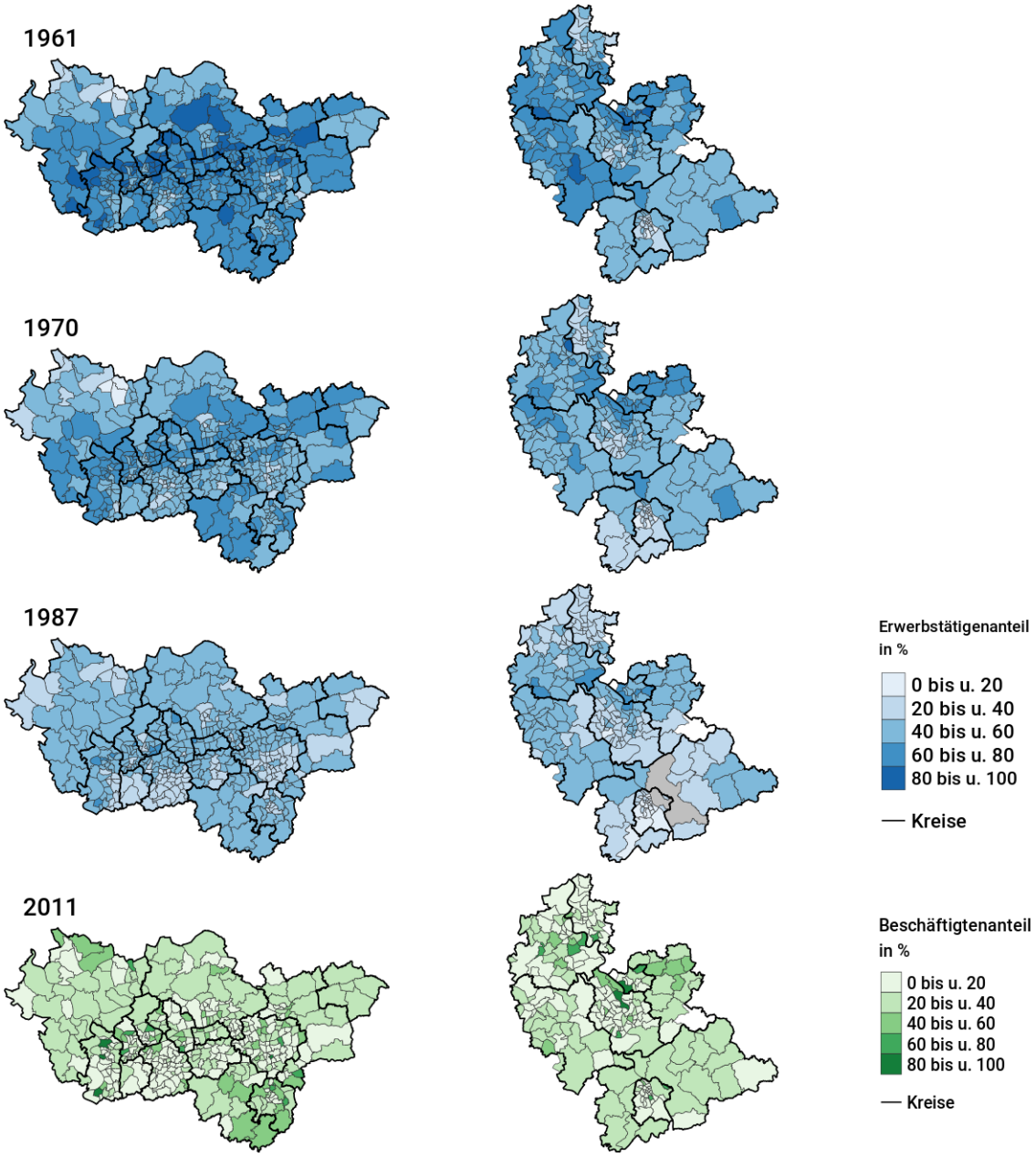


Abbildung 4.2: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Produzierendes Gewerbe im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Infobox »Rheinregion«

Die Rheinregion wird als Vergleichsregion zum Regionalverband Ruhr bzw. dem Ruhrgebiet herangezogen, da sie ebenso wie das Ruhrgebiet eine dichte urbane Struktur aufweist. Die wirtschaftliche Entwicklung unterscheidet sich hingegen, da diese Region historisch stärker durch den tertiären Sektor geprägt wurde.

Die Rheinregion umfasst die kreisfreien Städte Düsseldorf, Köln, Leverkusen und Bonn sowie den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Sieg-Kreis und den Rheinisch-Bergischen Kreis.

In Abbildung 4.2 ist der insgesamt rückläufige Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe innerhalb der Bezirke im Ruhrgebiet erkennbar. Zum Vergleich sind die Bezirke der Rheinregion daneben dargestellt. Auch in dieser Region zeigt sich der Rückgang des produzierenden Gewerbes, auch wenn dieser von einem geringeren Niveaus aus begann. Darüber hinaus wird die über alle Jahre hinweg bestehende, deutlich heterogene räumliche Verteilung sichtbar: Im Jahr 1961 weisen die zeitinvarianten Bezirke im nördlichen und westlichen Ruhrgebiet einen hohen Erwerbstätigenanteil im Produzierenden Gewerbe auf, insbesondere innerhalb der großen Städte des Ruhrgebiets. Dieser hohe Erwerbstätigenanteil spiegelt den bereits beschriebenen Aufschwung der Kohle- und Stahlindustrie innerhalb der großen Städte des Ruhrgebiets wider. Die zeitinvarianten Bezirke in den Kreisen des RVR weisen hingegen eher geringe Erwerbstätigenanteile im Produzierenden Gewerbe auf, lediglich einzelne Bezirke im Norden der großen Städte des Ruhrgebiets sowie im Raum Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis weisen in den Jahren 1987 und 2011 einen höheren Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe auf. Der Strukturwandel lässt sich an den rückläufigen Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteilen im Produzierenden Gewerbe deutlich identifizieren, allerdings weist die Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet auch weiterhin eine industrielle Prägung auf.

	1961	2011
Minimum	0,0	0,0
Maximum	93,4	58,5
Median	0,0	9,8
Mittelwert	14	11
n	399	399

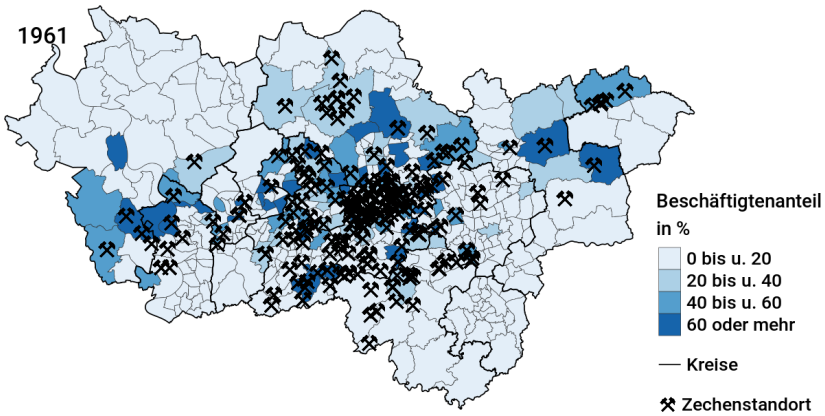
Tabelle 4.2: Beschäftigtenanteil in der Wirtschaftsabteilung Bergbau im RVR in Prozent (Quelle: Zensus 1961, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Rückgang der Beschäftigung im Bergbau

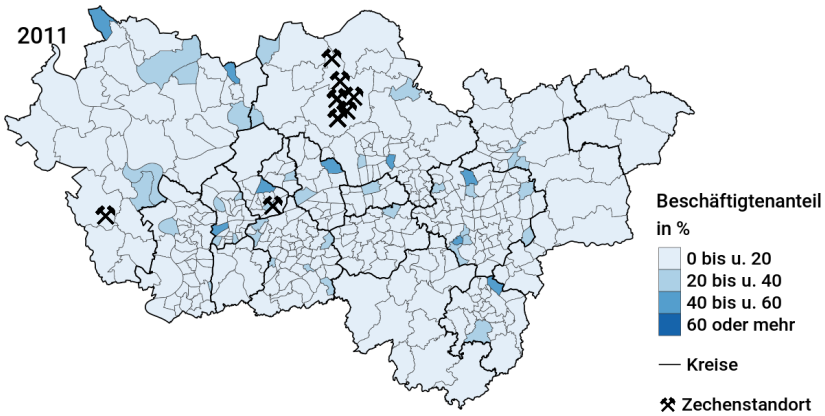
Der strukturelle Wandel im Ruhrgebiet manifestiert sich vor allem im Rückgang des Bergbaus. Im Jahr 1961 betrug die Belegschaft im Steinkohlebergbau im Ruhrgebiet in absoluten Zahlen ca. 400 000 und im Jahr 2011 nur noch ca. 16 000 (Statistik der Kohlewirtschaft e.V.). Tabelle 4.2 gibt diesen Einbruch in den Beschäftigtenzahlen nur unzuzeichend wieder, sie zeigt die Beschäftigtenanteile im Bergbau im Jahr 1961 und im Bergbau inkl. Rohstoffgewinnung im Jahr 2011. Im Jahr 1961 beträgt der durchschnittliche Beschäftigtenanteil im Bergbau innerhalb der zeitinvarianten Bezirke im Ruhrgebiet 13,9 Prozent. Im Jahr 2011 beträgt der Anteil der Beschäftigten im Bergbau inkl. der Rohstoffgewinnung durchschnittlich nur noch 11,3 Prozent.

Abbildung 4.3 (a) verdeutlicht die räumliche Verteilung und Veränderung des Beschäftigtenanteils innerhalb des Ruhrgebiets im Jahr 1961 sowie die Stand-

orte der Zechen im Jahr 1961. Das nördliche Ruhrgebiet weist hohe Beschäftigtenanteile im Bergbau auf; insbesondere in den zeitinvarianten Bezirken der großen Städte des Ruhrgebiets sind hohe Anteile im Bergbau erkennbar. Abbildung 4.3 (b) zeigt, dass sich im Jahr 2011 lediglich im Norden des Ruhrgebiets vereinzelt zeitinvariante Bezirke befinden, die höhere Beschäftigtenanteile im Bergbau inkl. der Rohstoffgewinnung aufweisen. Ebenso wird der Rückgang der Zechenstandorte im Zeitverlauf deutlich. An den aufgezeigten Entwicklungen bezüglich der Beschäftigtenanteile sowie am Rückgang der Zechenstandorte lässt sich der Strukturwandel besonders deutlich erkennen.



(a) RVR 1961



(b) RVR 2011

Abbildung 4.3: Zechenstandorte und Beschäftigtenanteil in Prozent in der Wirtschaftsabteilung Bergbau im RVR 1961 und Bergbau und Rohstoffgewinnung 2011 (Quelle: Zensus 1961, *infas 360*, eigene Berechnungen, Zechenstandorte: Wikipedia)

Der Arbeitsplatzabbau im industriellen Bereich hatte u.a. die Konsequenz, dass die Arbeitslosenquoten[3] anstiegen. Im Jahr 1970 lag die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen noch bei 0,5 Prozent (Bund: 0,5 Prozent), bis zum Jahr 1980 erhöhte sie sich auf 4,4 Prozent (Bund 3,5 Prozent). Bis zum Jahr 1987 ist sie in Nordrhein-Westfalen weiter bis auf 10,8 Prozent (Bund 8,4 Prozent) angestiegen. Im Gebiet des Regionalverbands Ruhr lag die Arbeitslosenquote im Jahr 1970 bei 0,6 Prozent und ist bis zum Jahr 1980 auf 5,3 Prozent angestiegen. Bis zum Jahr 1987 ist eine weitere Steigerung auf 15,1 Prozent zu verzeichnen (vgl. Regionalverband Ruhr 2015: 2). Auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt ab dem Jahr 1987 wird in Abschnitt 4.3 näher eingegangen.

[3] Hinsichtlich der Arbeitslosenquote wird nachfolgend der Zahlenspiegel des Regionalverbands Ruhr genutzt. Der Regionalverband Ruhr hat zur Berechnung die Daten der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Die Arbeitslosenquote wird ausgewiesen als Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen ohne Soldaten.

Bevölkerungsrückgang im Ruhrgebiet

Eine weitere Entwicklung, die negative Konsequenzen für das Ruhrgebiet hatte und von der insbesondere die Städte Gelsenkirchen, Essen und Herne betroffen waren, stellt die rückläufige Bevölkerungszahl dar. Ab den 1970er Jahren ist die Bevölkerungszahl im Ruhrgebiet kontinuierlich gesunken, wie in Tabelle 4.3 deutlich wird. Im Jahr 1961 beläuft sich die Bevölkerungszahl im Ruhrgebiet auf 5,62 Millionen, bis zum Jahr 1970 stieg sie dann auf 5,65 Millionen an. Siebzehn Jahre später, im Jahr 1987, lag die Bevölkerungszahl nur noch bei 5,26 Millionen.

Tabelle 4.3: Bevölkerungsentwicklung in NRW und im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

	1961	1970	1987	2011
NRW				
Gesamtbevölkerung	15 497 108	16 784 123	16 516 337	17 538 251
Durchschnitt der Bezirke	9 790	10 583	10 420	11 058
RVR				
Gesamtbevölkerung	5 616 713	5 652 323	5 256 725	5 062 621
Durchschnitt der Bezirke	14 077	14 166	13 175	12 688

Maßgeblich für diesen Rückgang ist zunächst ein Defizit bei den Geburten in Verbindung mit einem Überschuss an Sterbefällen. In der weiteren Entwicklung kam es aber auch bedingt durch die Suburbanisierung zu Abwanderungen in das Umland und schließlich setzte ein sogenannter Braindrain ein. Dieser Prozess beschreibt die selektive Abwanderung vorwiegend junger und gut qualifizierter Arbeitskräfte in Regionen mit hohem Wachstum und damit einhergehenden positiven Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Durch die Wiedervereinigung hat das Ruhrgebiet zunächst von der Wanderung aus den neuen in die alten Bundesländer profitiert, seit 1993 ist jedoch wiederum ein Bevölkerungsrückgang erkennbar. Die großen Städte im Ruhrgebiet verzeichneten zwischen 1992 und 2001 teilweise starke Bevölkerungsverluste, die umliegenden Kreise konnten dagegen einen Zuwachs verzeichnen (vgl. Aring u. a. 1989: 40 ff.; Petzina 1990: 544 f.; Blotevogel und Jeschke 2003: 27 ff.;). Entgegen der Entwicklung im Ruhrgebiet weist Nordrhein-Westfalen, mit Ausnahme des Jahres 1987, ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum auf, wie in Tabelle 4.3 deutlich wird.

In Bezug auf die durchschnittliche Bevölkerungszahl der zeitinvarianten Bezirke in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet bestehen deutliche Unterschiede (Tabelle 4.3). Die zeitinvarianten Bezirke im Ruhrgebiet weisen eine höhere durchschnittliche Bevölkerungszahl auf als die Bezirke in Nordrhein-Westfalen ingesamt, da sich die großen kreisfreien Städte vorwiegend im Ruhrgebiet befinden und als urbane Gebiete eine höhere Bevölkerungsdichte aufweisen. Auch hier zeigt sich der Bevölkerungsrückgang im Ruhrgebiet: Seit dem Jahr 1961 hat sich die durchschnittliche Bevölkerungszahl von 14 077 auf 12 688 Personen deutlich verringert.

Infobox »Quantile«

Mit Hilfe von *Quantilen* lassen sich die zeitinvarianten Bezirke in (ungefähr) gleich große Gruppen einteilen. Dabei wird *ein* bestimmtes Merkmal betrachtet und der Größe nach sortiert. Üblich ist eine Unterteilung in vier (Quartile) oder fünf Gruppen (Quintile). Bei Quintilen befinden sich dann diejenigen 20 Prozent der Bezirke in der ersten Gruppe, dem ersten Quintil, bei denen das Merkmal am geringsten ausgeprägt ist. Am Beispiel der Bevölkerungsdichte kann man dies verdeutlichen: Gehört ein Bezirk zur ersten Gruppe (dem ersten Quintil), hat er im Vergleich zu allen Bezirken eine geringere Einwohnerzahl pro Hektar. Die nächste Gruppe umfasst dann diejenigen 20 Prozent der Fälle, die eine eher geringe (aber eben vergleichsweise nicht »sehr« geringe) Bevölkerungsdichte aufweisen. Das dritte Quintil enthält die 20 Prozent der Bezirke, deren Eigenschaften in der Mitte der Verteilung liegen, usw. In der letzten Gruppe, dem fünften Quintil, sind dementsprechend die 20 Prozent der Bezirke mit der höchsten Bevölkerungsdichte.

Abbildung 4.4 stellt die Bevölkerungsdichte in den zeitinvarianten Bezirken in Nordrhein-Westfalen im Zeitverlauf dar. Die Abbildung zeigt die Heterogenität und Stabilität der Bevölkerungsdichte. Insgesamt lässt sich ein leichter Anstieg der Bevölkerungsdichte innerhalb der zeitinvarianten Bezirke in Nordrhein-Westfalen und hier insbesondere in der Rheinregion und in der Region um Bielefeld erkennen.

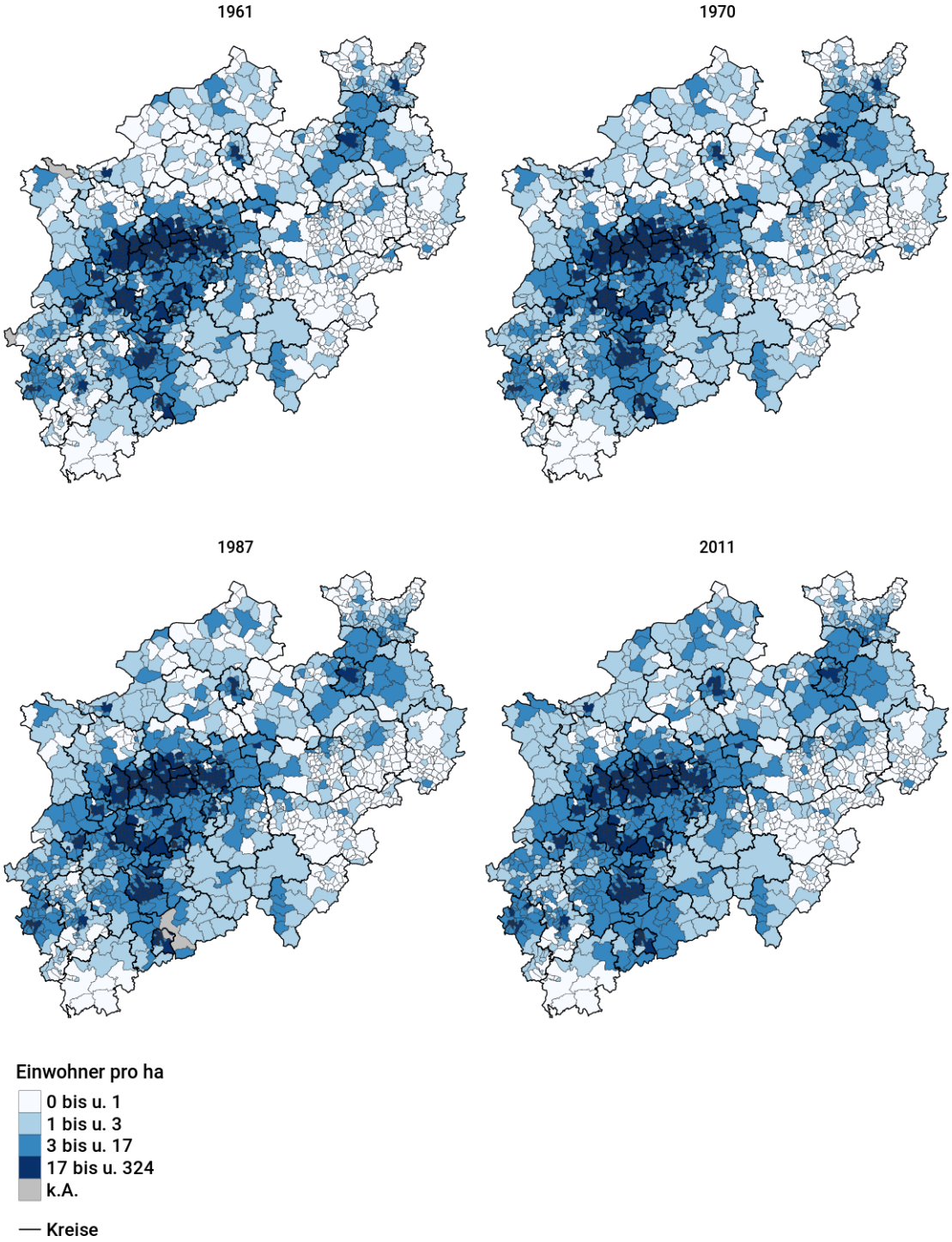


Abbildung 4.4: Bevölkerungsdichte (Einwohner pro ha) in NRW, klassifiziert über Quartile (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

4.2 Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

> Strukturveränderungen bestimmen das Ruhrgebiet seit mehr als einem Jahrhundert, so dass jede Momentaufnahme schnell zum Zerrbild wird. […] Vor allem verdeckt jede pauschale Charakterisierung, die sich vorrangig an der Erfahrung der Krisen der Schlüsselindustrien orientiert, jene innere Differenzierung sowie den ständigen Wandel innerhalb der Region, die das Ruhrgebiet zu einem faszinierenden Labor der Umgestaltung eines altindustriellen Gebietes macht (Petzina 1990: 552).

Der bereits angedeutete Wandlungsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zeigte sich in Nordrhein-Westfalen insbesondere im Ruhrgebiet: Viele klassische Industriestandorte haben eine vielfältige Transformation erfahren, ebenso haben sich Unternehmen aus anderen Branchen angesiedelt. Bis zu Beginn der 1970er Jahre war der größte Anteil an der Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen noch auf das Produzierende Gewerbe entfallen. Seit Beginn der 1970er Jahre ist der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der Bruttowertschöpfung immer weiter angestiegen: von knapp 50 Prozent auf rund 70 Prozent im Jahr 2005. In diesem Zeitraum entfallen positive Wachstumsraten fast vollständig auf den Dienstleistungsbereich und darin insbesondere auf produktionsnahe Dienstleistungen in der Industrie (vgl. Schräpler 2007: 42).

Diese Entwicklung spiegelt sich ebenfalls in der Beschäftigtenstruktur wider: nach Angaben des Regionalverbands Ruhr sind im Jahr 1970 etwa 40,0 Prozent der Beschäftigten im Ruhrgebiet in einem Dienstleistungsberuf tätig gewesen. Im Jahr 2009 hat sich der Beschäftigtenanteil in den Dienstleistungsberufen im Ruhrgebiet auf 66,0 Prozent erhöht, im übrigen Nordrhein-Westfalen beläuft sich dieser Anteil auf 64,7 Prozent. In den darauffolgen Jahren ist der Anteil sogar noch weiter auf 73,0 Prozent im Jahr 2011 angestiegen. Der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe im Ruhrgebiet ist hingegen von 58,4 Prozent im Jahr 1970 auf 26,0 Prozent im Jahr 2011 gesunken (vgl. Lessing 2009: 2 ff.; Regionalverband Ruhr 2012b: 8).

Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in Nordrhein-Westfalen wird im folgenden Abschnitt auf kleinräumiger Ebene beschrieben. Dabei werden die Wirtschaftsabteilungen »Handel und Verkehr« sowie »übrige Dienstleistungen« betrachtet, die dem tertiären Sektor zugerechnet werden können.

Entwicklung von Handel und Verkehr

Tabelle 4.4 zeigt den Anstieg des Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteils in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, im RVR und in der Rheinregion. Dabei ist in den zeitinvarianten Bezirken in NRW ein Anstieg des durchschnittlichen Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteils in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr von 14,1 Prozent im Jahr 1961 auf 16,8 Prozent im Jahr 1987 erkennbar. Im Jahr 2011 beträgt der Beschäftigtenanteil, bezogen auf den Arbeitsort, in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr 26,4 Prozent. Über alle Jahre hinweg weisen die zeitinvarianten Bezir-

ke im Ruhrgebiet und in der Rheinregion einen höheren Durchschnittswert auf als die zeitinvarianten Bezirke in Nordrhein-Westfalen.

	NRW				RVR				Rheinregion			
	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011
Minimum	0,0	1,2	0,0	0,0	0,6	2,5	8,1	0,0	5,1	4,2	4,7	1,4
Maximum	72,5	65,0	54,1	100,0	72,5	65,0	54,1	99,8	31,8	29,3	31,3	84,2
Median	13,3	16,2	16,6	24,2	14,1	19,2	18,8	26,8	17,4	18,7	18,1	25,5
Mittelwert	14,1	16,4	16,8	26,4	15,3	19,6	18,9	29,5	17,6	18,7	17,8	28,4
n	1583	1586	1585	1586	399	399	399	399	218	218	217	218

Tabelle 4.4: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Abbildung 4.5 verdeutlicht die räumliche Verteilung des Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteils im Bereich Handel und Verkehr im Gebiet des RVR und in der Rheinregion. Zunächst ist auch hier der Anstieg des Erwerbstätigenanteils im Zeitverlauf erkennbar. Im Jahr 1961 weisen lediglich einzelne zeitinvariante Bezirke entlang des Rheins, etwa in Duisburg, sowie in Essen und Dortmund höhere Erwerbstätigenanteile in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr auf. In den Jahren 1970 und 1987 steigt der Anteil vor allem in den kreisfreien Städten des Ruhrgebiet sowie in Düsseldorf und Köln. Im Jahr 2011 liegen insbesondere in den Bezirken der großen Städte des Ruhrgebiets und entlang der Rheinregion relativ hohe Beschäftigtenanteile vor.

Entwicklung der übrigen Dienstleistungen

	NRW				RVR				Rheinregion			
	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011
Minimum	1,2	0,0	11,6	0,0	1,2	3,8	14,8	0,1	6,2	4,3	21,1	2,2
Maximum	85,3	90,6	89,9	100,0	41,9	50,4	57,8	94,0	85,3	90,6	89,9	98,5
Median	11,8	19,4	32,9	41,9	11,5	19,9	33,0	45,2	17,4	25,8	39,2	48,4
Mittelwert	14,8	22,0	35,2	42,4	13,6	21,3	34,5	45,1	22,0	29,6	42,8	48,3
n	1583	1586	1585	1586	399	399	399	399	218	218	217	218

Tabelle 4.5: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Tabelle 4.5 zeigt den kontinuierlichen Anstieg des Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteils in den übrigen Dienstleistungen innerhalb der zeitinvarianten Bezirke in Nordrhein-Westfalen.[4] Der Erwerbstätigenanteil ist von durchschnittlich 14,8 Prozent im Jahr 1961 auf 35,2 Prozent im Jahr 1987 angestiegen. Im Jahr 2011 beträgt der durchschnittliche Beschäftigtenanteil inzwischen 42,4 Prozent.

Dies geht auch aus Abbildung 4.6 hervor, die die heterogene räumliche Verteilung des Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenanteils in den Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen zeigt. Bereits im Jahr 1961 weisen insbesondere Bezirke im Raum Köln, Bonn, Münster und Aachen vergleichsweise hohe Anteile auf. Dieses Muster findet sich auch für das Jahr 2011. In Ostwestfalen, im Sauerland, im Kreis Gütersloh und im Kreis Warendorf sind dagegen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg nur vergleichsweise geringe Beschäftigtenanteile zu erkennen.

[4] Zu den übrigen Dienstleistungen zählen u.a. Dienstleistungsbereiche wie Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

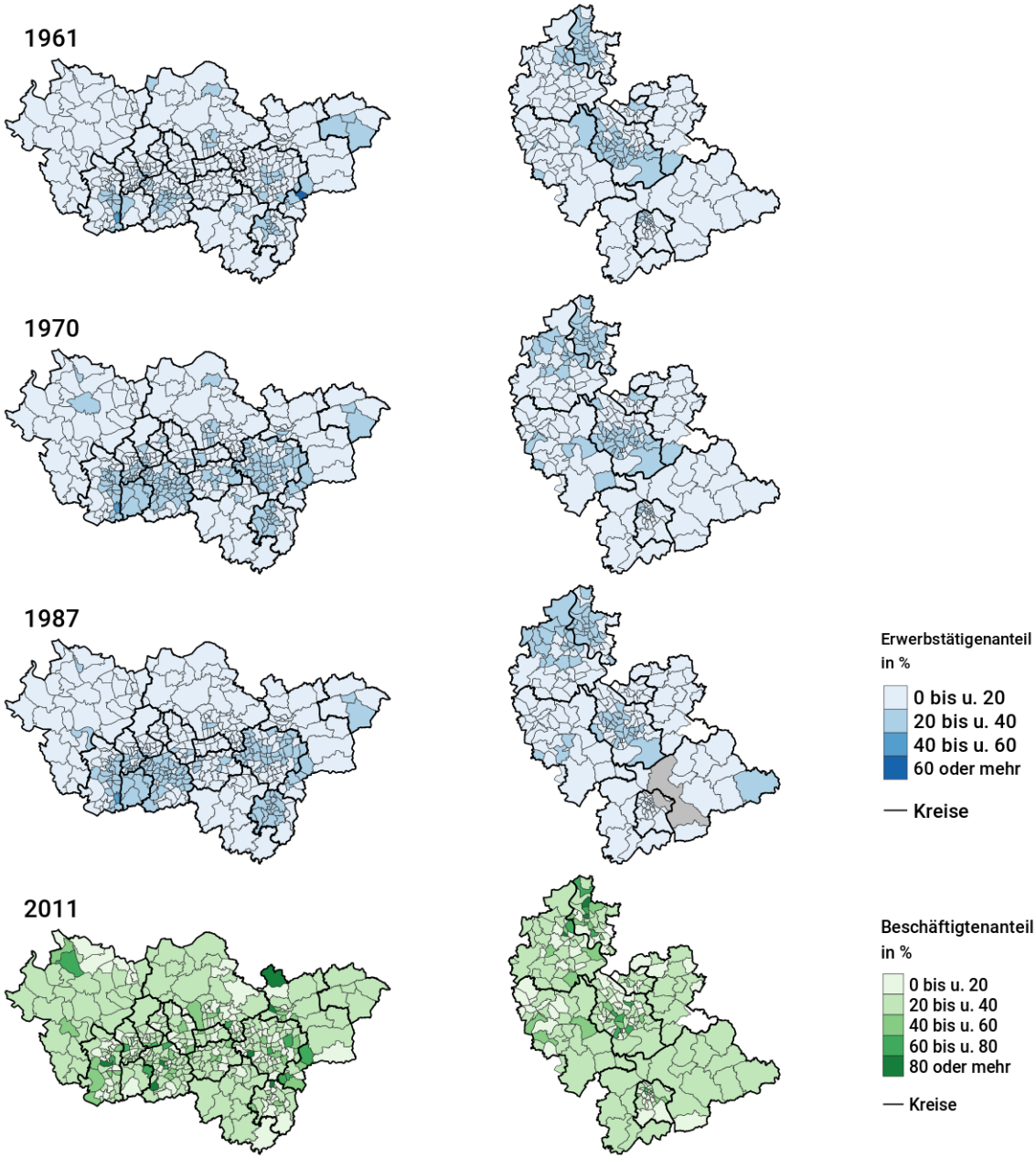


Abbildung 4.5: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

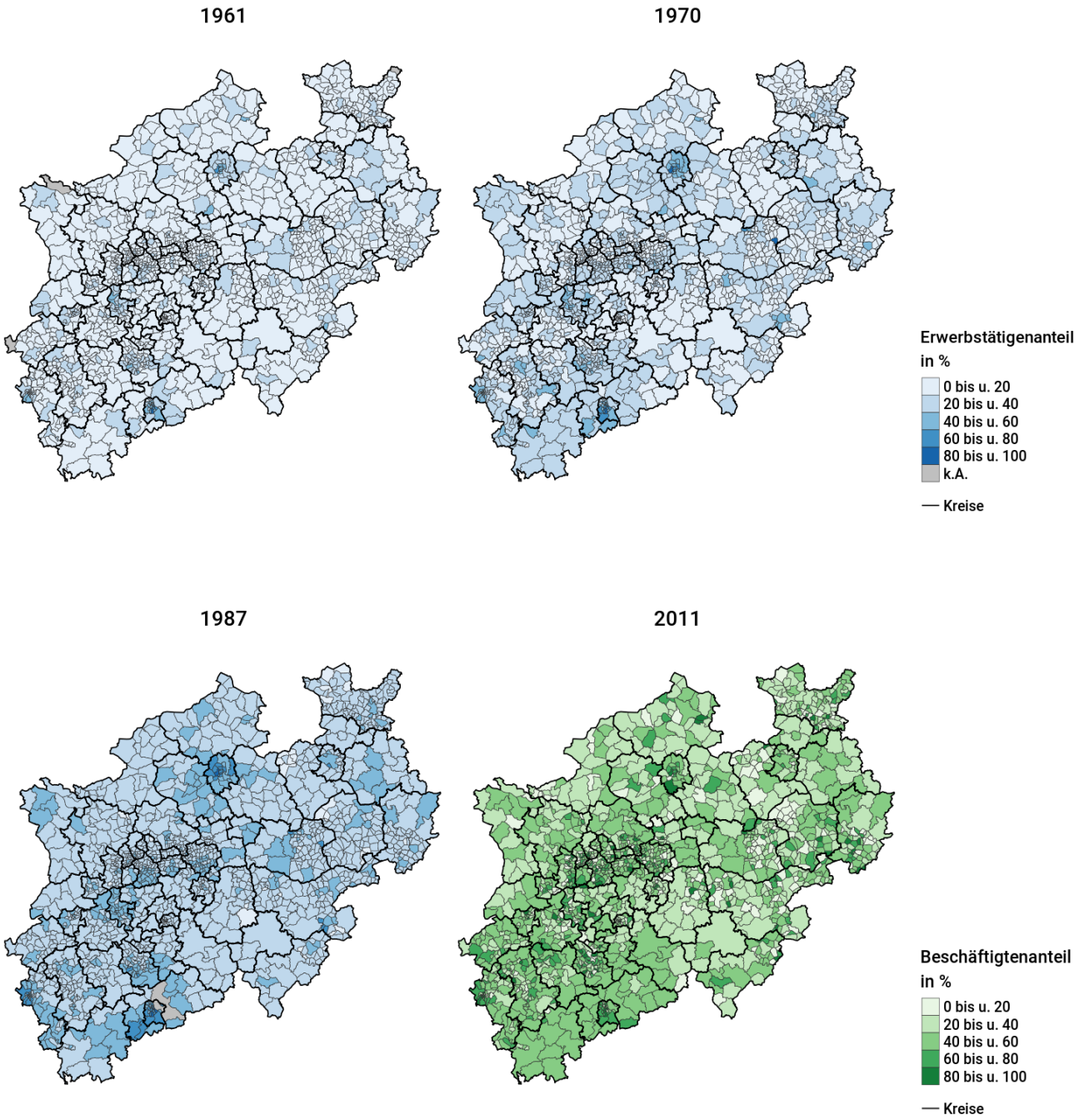


Abbildung 4.6: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen in NRW (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Der Bedeutungszuwachs dieser Dienstleistungen zeigt sich auch im Ruhrgebiet und in der Rheinregion (vgl. Tabelle 4.5).

Auffällig ist dabei, dass der durchschnittliche Erwerbstätigenanteil innerhalb der Bezirke im Ruhrgebiet in den Jahren 1961 bis 1987 ungefähr dem Landesdurchschnitt entspricht, während die Anteile in der Rheinregion in der Regel deutlich darüber lagen. Hier zeigt sich die ursprünglich industrielle Prägung des Arbeitsmarkts im Ruhrgebiet. Wie die Werte für das Jahr 2011 zeigen, liegt der Beschäftigtenanteil im RVR im Zuge des Strukturwandels mittlerweile sogar leicht über dem Landesdurchschnitt und nähert sich immer mehr den Werten für die Rheinregion an. Abbildung 4.7 zeigt dann die räumliche Verteilung der Anteile im Ruhrgebiet und in der Rheinregion. Im Jahr 1961 weisen lediglich einzelne Bezirke im Süden der großen Städte und im östlichen Ruhrgebiet (Kreis Unna, Hamm) höhere Werte auf. In Bonn, Düsseldorf und Köln sind einzelne Bezirke mit sehr hohen Quoten zu erkennen, in deren Umfeld die Anteile bis zum Jahr 1987 noch einmal ansteigen. Auch im RVR ist der Zuwachs der Erwerbstätigenanteile regional unterschiedlich verteilt: Besonders im Süden von Bochum, Essen und Dortmund ist der Anteil im Jahr 1987 angestiegen. Die Beschäftigtenanteile im Jahr 2011 zeigen keine größeren Abweichungen zu den Erwerbstätigenanteilen.

Exkurs Land- und Forstwirtschaft

Nordrhein-Westfalen ist durch eine sehr vielfältige geografische Struktur gekennzeichnet. Einerseits existieren große urbane Gebiete, insbesondere im Ruhrgebiet und in der Rheinregion, andererseits findet man in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Münsterland, in Ostwestfalen und am Niederrhein auch sehr ländliche Strukturen. Aus diesem Grund soll auch die Land- und Forstwirtschaft in die Betrachtung mit einbezogen werden. Aus Tabelle 4.6 ist ersichtlich, dass die Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stark an Bedeutung verloren hat. Im Jahr 1961 beläuft sich der durchschnittliche Anteil an Erwerbstätigen innerhalb der Bezirke noch auf 13,9 Prozent und ist dann bis zum Jahr 1987 kontinuierlich auf 4,4 Prozent gesunken. Im Jahr 2011 ist dieser Anteil mit 3,7 Prozent noch einmal leicht gesunken.

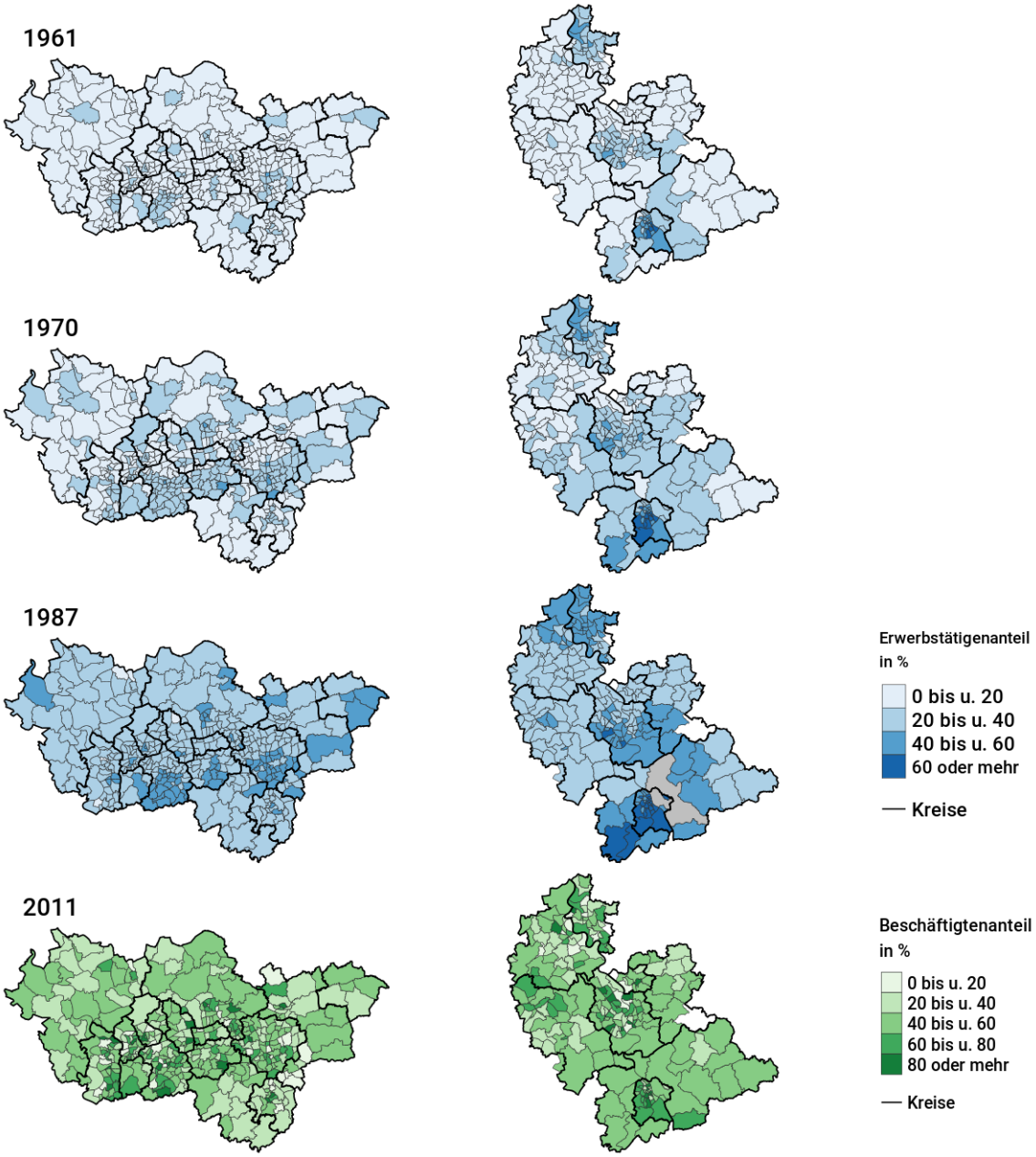


Abbildung 4.7: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung übrige Dienstleistungen im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

	1961	1970	1987	2011
Min	0	0	0	0
Max	90	86	62	100
Med	7	5	2	2
MW	14	10	4	4
n	1 583	1 586	1 585	1 586
k.a.	3	0	1	0

Tabelle 4.6: Anteil Erwerbstätige/Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft in NRW, Angaben in Prozent (Quelle: Zensus 1961, 1970 und 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Neue Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich

Die gestiegenen Beschäftigtenanteile im Dienstleistungsbereich, insbesondere im Ruhrgebiet, lassen sich vor dem Hintergrund neu entstandener Beschäftigungsmöglichkeiten erklären. Ein Beispiel hiefür ist der Ausbau der Hochschullandschaft ab den 1960er Jahren: Zunächst wurde die Ruhr-Universität Bochum im Jahr 1961 gegründet, danach folgte die Technische Universität Dortmund im Jahr 1968, und dann die Gesamthochschule Duisburg und die Gesamthochschule Essen im Jahr 1972 (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 43; Weiler 2011: 277).

> Die Hochschullandschaft besteht [heute] aus fünf Universitäten, einer Kunst- und Musikhochschule, 15 Fachschulen und 49 außeruniversitären Forschungsinstituten. Diese sind der Arbeitsplatz für etwa 2 200 Professoren und 15 000 wissenschaftliche Angestellte. Im Wintersemester 2013/14 waren über eine Viertelmillion Studierende in der Metropole Ruhr in einem von rund 600 Studiengängen eingeschrieben (Bogumil, Heinze, Kintzinger u. a. 2015: 38).

Die Ruhr-Universität Bochum ist mit aktuell etwa 5 650 Beschäftigten[5] in Wissenschaft, Technik und Verwaltung mittlerweile der größte Arbeitgeber der Stadt Bochum (vgl. Heinze 2011: 352).

[5] www.rub.de/universitaet/fakten/

Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissen gewannen die wissensbasierten und auch die kreativen Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung, vor allem gegenüber der materiellen Produktion. Ebenso hat die Gesundheitswirtschaft enorme Arbeitsplatzzuwächse zu verzeichnen: Innerhalb der Dienstleistungsberufe haben die »übrigen Gesundheitsdienstberufe im Ruhrgebiet in den letzten 30 Jahren mit rund 56 800 Stellen die höchsten Arbeitsplatzgewinne« erzielt (Lessing 2009: 4). Im Jahr 2011 belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Gesundheitswirtschaft auf rund 250 000. Im Jahr 2012 arbeiteten rund 15 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der sozialen Dienste. Diese Entwicklung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass im Ruhrgebiet eine der dichtesten Kliniklandschaften innerhalb Europas existiert und dass das Ruhrgebiet zum anderen einen »wichtigen Absatzmarkt für klinikbezogene Güter und Dienstleistungen« (Regionalverband Ruhr 2012b: 6) darstellt.

Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden im Technologiebereich und wurden in den 1980er und 1990er Jahren durch »Neoindustrialisierungsprogramme« (Goch 1996: 405) gefördert. Das Programm »Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien« aus dem Jahr 1985 konzentrierte sich auf acht Arbeitsfelder, die aus der Perspektive der damaligen Landesregierung zukunftsweisend waren: Dazu zählten Umwelttechnologien, Energietechnologien, Mikroelektronik, Mess- und Regeltechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologien, Humanisierungstechnologien und Werkstofftechnologien (Goch 1996: 406). Das Programm beinhaltete erstens die Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung neuer Technologien, zweitens »Maßnahmen zur

Technikanalyse und Bewertung unter dem Titel ›Mensch und Technik – Sozialverträgliche Technikgestaltung‹« (Goch 1996: 406), bei denen neben dem Innovationspotenzial auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt wurden und drittens die Förderung von »Institutionen der regionalen Technologieförderung und des Transfers neuer Technologien in die technische Anwendung und Produktion« (Goch 1996: 407). Insbesondere Technologiezentren, Einrichtungen für Unternehmensgründer und Technologietransferstellen an den Hochschulen profitierten von den bereitgestellten Fördermitteln. Dortmund gilt hier als Best-Practice-Beispiel, da es das deutschlandweit größte Technologiezentrum aufweist, aus dem seit 1985 mehr als 300 Unternehmen mit rund 8 500 Mitarbeitern hervorgegangen sind. Im Ruhrgebiet findet der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Industrie vermehrt statt, allerdings beurteilen Bogumil u.a. diesen als ausbaufähig:

> Es gibt zwar inzwischen einzelne Kompetenzschwerpunkte an den Hochschulen und auch diesbezügliche Netzwerke zwischen den verschiedenen Akteuren in der Region haben sich ausgeweitet […], allerdings könnten diese Wissensströme erheblich intensiviert werden (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 57).

Zudem haben sich im Bereich der Logistikwirtschaft neue Beschäftigungspotenziale ergeben, insbesondere in Dortmund und in Duisburg. Der Regionalbereich der Agentur für Arbeit Dortmund führte im Jahr 2010 rund 27 000 Beschäftigte in der Logistikbranche. In Duisburg wird die Zahl der Arbeitsplätze in der Logistik, insbesondere in Zusammenhang mit dem Hafen, auf etwa 40 000 geschätzt. Insgesamt umfasst die Logistikbranche im Ruhrgebiet 5 800 Unternehmen mit etwa 89 000 Beschäftigten (vgl. Lessing 2009: 4; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 60; Regionalverband Ruhr 2012b: 4 ff.; Heinze 2011: 353 ff.; Heinze 2015: 257 ff.). Parallel zum Wandel zum Wissenschafts- und Dienstleistungsstandort vollzog sich auch ein mentaler Wandel. Mit dem gestiegenen Lebensstandard der Bevölkerung gingen veränderte Kultur- und Freizeitinteressen einher und es entstanden neue Museen, Theater, Konzerthäuser und soziokulturelle Einrichtungen.

Ebenso wurden Symbole der Kohle- und Stahlindustrie zu kulturwirtschaftlichen Einrichtungen transformiert, wie beispielsweise die Zeche Zollverein in Essen. Insgesamt wird die Kultur- und Kreativwirtschaft häufig als Zukunftsbranche wahrgenommen. Hervorzuheben ist die Kulturhauptstadt Ruhr.2010. Dieses Projekt ist insbesondere aufgrund der geschaffenen Netzwerke innerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft als erfolgreich zu bewerten. Die Kultur- und Kreativwirtschaft im Ruhrgebiet zeichnet sich durch eine tendenziell kleinteilige und vielfältige Struktur aus. Im Jahr 2008 haben im Gebiet des Regionalverbands Ruhr »etwa 11 000 Unternehmen und mehrere tausend Freiberufler einen Umsatz von fast 7 Milliarden Euro« erzielt (Regionalverband Ruhr 2012b: 6). Für den langfristigen Erfolg der Kultur- und Kreativwirtschaft im interregionalen Wettbewerb ist es jedoch unerlässlich, dass die verschiedenen Städte des Ruhrgebiets ihre Potenziale bündeln und nicht in Konkurrenz zueinander treten (vgl. Ebert und Gnad 2006: 31 ff.; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 122).

Bezüglich des Beschäftigungszuwachses im Dienstleistungsbereich betonen Bogumil u.a., dass sie die Zukunft des Ruhrgebiets in einer »wissensbasierten und dienstleistungsintensiven Industrie« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 47) sehen. Strukturpolitische Maßnahmen sollten daher nicht darauf zielen, das Ruhrgebiet zu einer reinen Dienstleistungsregion umzugestalten. Jedoch kam es im Ruhrgebiet neben den dargestellten erfolgreichen Entwicklungen auch zu einem Anstieg bei der Zahl der Arbeitsplätze im einfachen Dienstleistungsbereich. Diese Arbeitsplätze zählen nicht zum wachstumsträchtigen und wissensbasierten Dienstleistungsbereich, da sie häufig eine geringere Qualifikation der Arbeitnehmer erfordern, wie beispielsweise bei Tätigkeiten im Wach- und Sicherheitsgewerbe, in der Spedition oder in Call-Centern. Dazu erfolgt häufig eine tendenziell geringe Bezahlung, die zum Teil nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht (vgl. Lessing 2009: 3; Heinze u. a. 2015: 95 f.; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 46 f.). Darüber hinaus konnten die hohen Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe im Ruhrgebiet nicht vollständig durch den Beschäftigungszuwachs im tertiären Bereich ausgeglichen werden. Bogumil u.a. beschreiben diese Entwicklung als das »Kernproblem des Ruhrgebiets« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 46). Somit liegt trotz aller Transformationen, die insbesondere im Ruhrgebiet stattgefunden haben, weiterhin eine tendenziell problematische Arbeitsmarktlage vor, die sich durch eine anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit sowie durch Strukturprobleme auszeichnet.

4.3 Arbeitslosigkeit und soziale Segregation

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

Der Strukturwandel hat zu erheblichen Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur geführt. In dem hier betrachteten Zeitraum überlagern sich daher auch konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen. In den konjunkturell schwachen Jahren (z.B. 1993 bis 1998) reduziert sich die Zahl der Erwerbstätigen und erhöht sich die Zahl der Erwerbslosen und Arbeitslosen, in Phasen der konjunkturellen Erholung (z.B. 1999 bis 2001) nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu und die Erwerbslosenzahlen sinken. Aufgrund der großen Zeiträume zwischen den Zensen, wird dieses Muster in den Zensusdaten nur unzureichend abgebildet.

Auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1992 und 2005 um 3,8 Prozent bzw. 307 000 Personen auf rund 8,4 Millionen erhöht, allerdings hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 9,3 Prozent bzw. um 571 000 auf rund 5,6 Millionen reduziert. Dies ist »auch eine Folge der Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung« (Schräpler 2007: 26). Seit dem Jahr 2005 ist jedoch wieder ein Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 11,9 Prozent auf 6,285 Millionen im Jahr 2014 zu verzeichnen (vgl. Schräpler 2007: 26; Bonny u. a. 2016: 63).

Analog hierzu, nur mit umgekehrten Vorzeichen, entwickelten sich die Arbeits-

losenzahlen. Nach dem Höchststand von 10,8 Prozent im Jahr 1987 ist die Arbeitslosenquote[6] bis zum Jahr 1990 in Nordrhein-Westfalen auf 8,4 Prozent gesunken (im Bund von 8,4 Prozent auf 6,6 Prozent). Im Ruhrgebiet lag die Arbeitslosenquote im Jahr 1987 mit 15,1 Prozent deutlich über dem Wert für Nordrhein-Westfalen, ist bis zum Jahr 1990 auf 10,8 Prozent gesunken und lag damit weiterhin über dem Landeswert. In den Folgejahren stagnierte die Arbeitslosenquote auf diesem relativ hohen Niveau. Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) im Januar 2005 änderten sich die rechtlichen Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik. Die Arbeitslosenquote hat mit 13,0 Prozent in Nordrhein-Westfalen (Bund 12,5 Prozent) und mit 16,2 Prozent im Ruhrgebiet einen neuen Höchststand erreicht und sank zum Jahr 2015 auf 8,6 Prozent (Bund 6,9 Prozent), während sie im Ruhrgebiet mit 10,8 Prozent auf dem Niveau der 90er Jahre verblieb (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 42 ff.; Goch 1996: 405 ff.; Aring u. a. 1989: 64; Lessing 2009: 3; Regionalverband Ruhr 2012b: 6; Regionalverband Ruhr 2015: 2 ff.).

[6] Hinsichtlich der Arbeitslosenquote wird nachfolgend erneut der Zahlenspiegel des Regionalverbands Ruhr genutzt.

Infobox »Daten zur Erwerbslosigkeit«

Die Verfügbarkeit von kleinräumigen Daten zur Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit sind für die Volkszählungen sehr unterschiedlich und spiegeln dabei zum Teil auch die jeweilige Situation auf dem Arbeitsmarkt wider: Für das Jahr 1961 weist der Zensus überhaupt keine Daten zur Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit aus. Für das Jahr 1970 liegen Daten zur Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente, Pension, Arbeitslosengeld und/oder Arbeitslosenhilfe vor. Aufgrund der Zusammenfassung dieser sehr unterschiedlichen Unterstützungsleistungen, insbesondere mit Blick auf die Rente, eignen sich die Daten nicht für eine weitere Auswertung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit.

Für 1987 liegen in den Zensusdaten lediglich Angaben zur Zahl der erwerbslosen Personen sowie zur Zahl der Erwerbstätigen vor, auf deren Grundlage die Erwerbslosenquote berechnet wurde. Die Erwerbslosenquote wird ausgewiesen als Erwerbslose in Prozent auf der Basis aller erwerbsfähigen Personen.

Für 2011 liegt eine durch *infas 360* berechnete Arbeitslosenquote vor. Diese wurde aus der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der Erwerbstätigen berechnet. Die Zahl der Arbeitslosen wurde über ein Mehrebenen-Modell mit folgenden Variablen berechnet: Erwerbstätigenquote, Kaufkraft, Anzahl Firmen, amtliche Zahlen zu Arbeitslosen. Abschließend wurden diese Zahlen wieder an der amtlichen Statistik geeicht. Aus diesem Grund sind die Daten für 1987 und 2011 nicht direkt miteinander vergleichbar. Die räumliche Verteilung hinsichtlich der Erwerbslosenquote bzw. der Arbeitslosenquote ist dennoch aufschlussreich, um Gebiete mit besonderen Herausforderungen identifizieren zu können.

Der Arbeitsmarkt ist regional sehr unterschiedlich ausgestaltet und spiegelt zum Teil die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen wider, die in

den vorherigen Abschnitten bereits über die Anteile der Beschäftigten in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen deutlich wurde. Im Folgenden wird die Erwerbs- bzw. Arbeitslosenquote auf kleinräumiger Ebene dargestellt und Bezüge zu den historischen Ursachen für die ungleiche räumliche Verteilung aufgezeigt.

Abbildung 4.8 zeigt die Erwerbslosenquote 1987 und Arbeitslosenquote 2011 auf kleinräumiger Ebene. Es ist erkennbar, dass insbesondere innerhalb der Bezirke in den großen Städten des Ruhrgebiets sowohl im Jahr 1987 als auch im Jahr 2011 relativ hohe Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten vorliegen. Ebenso weisen einzelne Bezirke entlang der Rheinregion in Düsseldorf, Köln und Bonn sowie im Raum Aachen vergleichsweise hohe Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten auf. Im Münsterland, in Südwestfalen und in Ostwestfalen liegen hingegen eher geringe Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten vor. Eine Ausnahme bilden Bielefeld und der Kreis Lippe, in denen zahlreiche Bezirke mit mittleren bis hohen Quoten zu finden sind. Im Ruhrgebiet finden sich zeitlich relativ stabile räumliche Verteilungsmuster und es ist erkennbar dass sich hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf kaum Veränderungen ergeben haben. In den großen Städten des Ruhrgebiets liegen in bestimmten Bezirken konstant hohe Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten vor. Insbesondere im Duisburger Norden, im Gelsenkirchener Süden, im Essener Norden sowie im Dortmunder Norden befinden sich Gebiete mit einer vergleichsweise stabilen überdurchschnittlichen Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquote (siehe Abbildung 4.9); dies ist ein Indiz für ein strukturelles Problem. Bei Betrachtung der Rheinregion zeigt sich, dass die Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten im Vergleich zum Ruhrgebiet etwas geringer ausfallen.

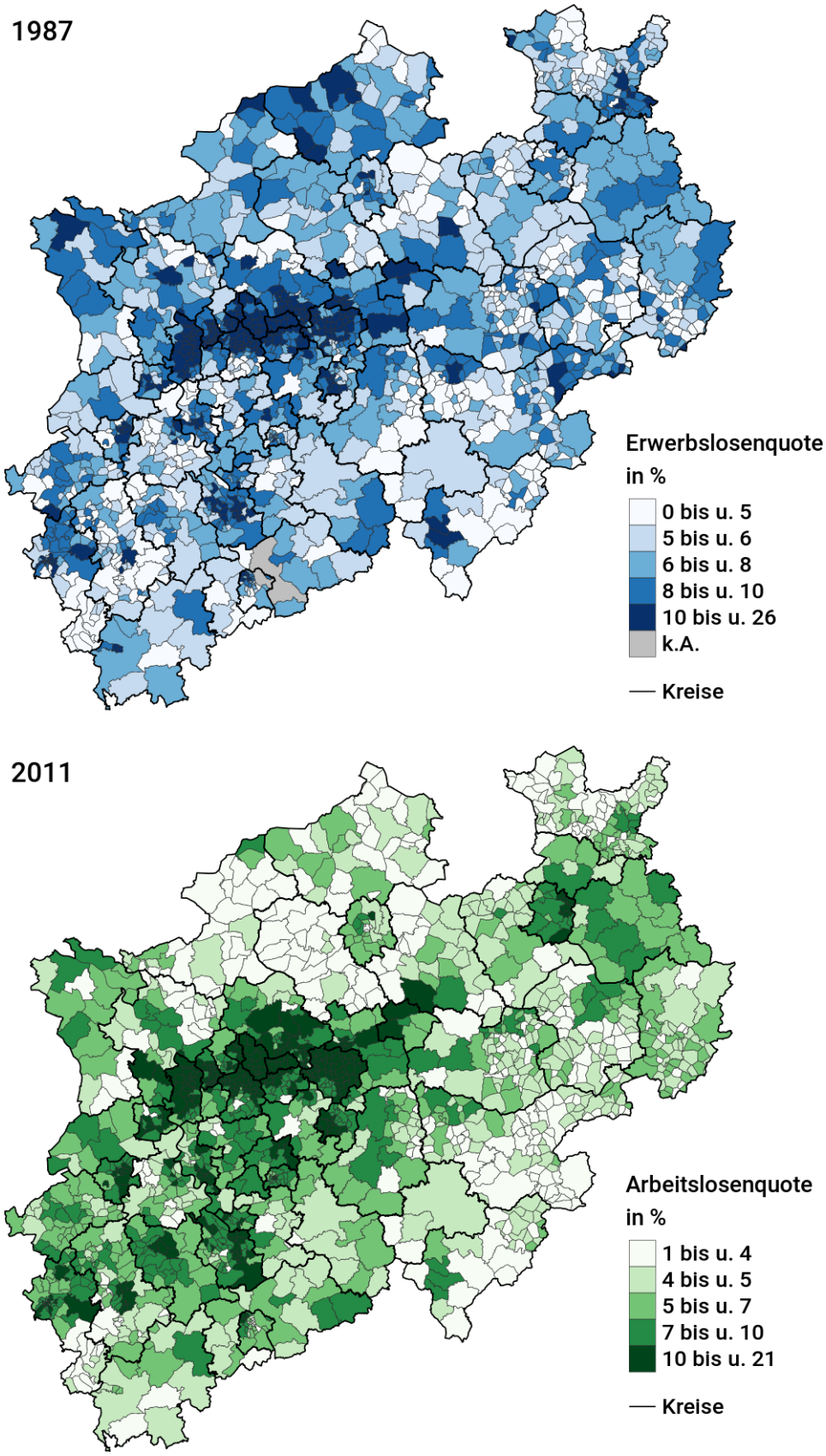


Abbildung 4.8: Erwerbslosenquote 1987 und Arbeitslosenquote 2011 in NRW (Quelle: Zensus 1987, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Soziale Segregation

Der Niedergang des industriellen Sektors hat »nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Stadtstrukturen und die Alltagskultur verändert« (Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 70). Bedingt durch die Bildungsexpansion der 1960er Jahre, die Ausdruck im Ausbau der Real-, Gesamt-, Fachschulen und Gymnasien sowie der Fachhochschulen und Universitäten fand, nahm im Rahmen einer »kontinuierliche[n] Höherqualifizierung« (Geißler 2014a: 55) die Zahl der Menschen mit mittleren und hohen Bildungsabschlüssen zu. Parallel zu dieser Entwicklung setzte auch eine verstärkte Segregation innerhalb der Städte ein. Unter Segregation ist »allgemein die unterschiedliche räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit bestimmten Merkmalen in bestimmten Teilen der Stadt« (Strohmeier 2010: 66) zu verstehen (siehe Kapitel 2). Menschen, die sich hinsichtlich ihrer Ausstattung mit sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital ähneln, konzentrieren sich häufig innerhalb eines bestimmten städtischen Raumes. Segregation gilt als genuin städtisches Merkmal und ist nicht grundsätzlich als problematisch zu bewerten. Jedoch ist seit einiger Zeit eine verstärkte räumliche Trennung von Menschen hinsichtlich der sozioökonomischen Lage, des Alters und der ethnischen Herkunft zu beobachten.

> Das Ruhrgebiet war sozial immer stark segregiert. Seit dem Übergang von den 1960er Jahren zu den 1970er Jahren hat sich dies noch verschärft. Versuche, neue Arbeitsplätze in modernen Produktionsbetrieben zu schaffen, waren trotz hohen finanziellen Aufwands nur partiell erfolgreich, wie die Beispiele von Nokia und Opel in Bochum zeigen. Neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstanden, doch dabei stark ausdifferenziert zwischen hochwertigen, produktionsnahen Dienstleistungen und solchen prekärer Art. Die Gesellschaft im Ruhrgebiet ist stark sozial geschichtet. Der Zuzug immer neuer Immigranten etwa im Rahmen der Osterweiterung der EU, verbunden mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit, verschärft diese Segregation, wobei allerdings die entscheidenden Auseinandersetzungen um materielle Ressourcen wie Einkommen, Wohnraum, vor allem am unteren Ende der sozialen Skala stattfinden (Huster 2015: 268).

Bei den ehemaligen Arbeiterbezirken, die sich vorwiegend im Norden der großen Städte des Ruhrgebiets befinden, können diese Entwicklungen deutlich dargestellt werden (Abbildung 4.9). Diese Bezirke, die sich während des Booms der Montanindustrie durch hohe Arbeiteranteile ausgezeichnet haben, gehören im Jahr 2011 zu den Bezirken mit einer vergleichsweise hohen Arbeitslosenquote. Das sind zugleich diejenigen Bezirke, in denen der Zuwachs an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich am geringsten war (siehe Abbildung 4.7 auf Seite 74). Die zeitinvarianten Bezirke im Süden der großen Städte des Ruhrgebiets wiesen hingegen einen vergleichsweise geringen Anteil an Arbeitern und vergleichweise niedrige Arbeitslosenquoten auf, ebenso Bezirke im Kreis Wesel und im Ennepe-Ruhr-Kreis. In der Rheinregion ist dieser Zusammenhang nicht ganz so deutlich ausgeprägt, aber dennoch erkennbar. Die Produkt-Moment-Korrelation zwischen den Indikatoren bestätigt den visuellen Eindruck mit einem Wert von 0,45 für die Bezirke in diesen beiden Regionen.

Die bisherigen Analysen zeigen, dass sich die Arbeitslosigkeit in den beiden Regionen auf bestimmte Bezirke innerhalb der Gemeinden konzentriert. Dieser

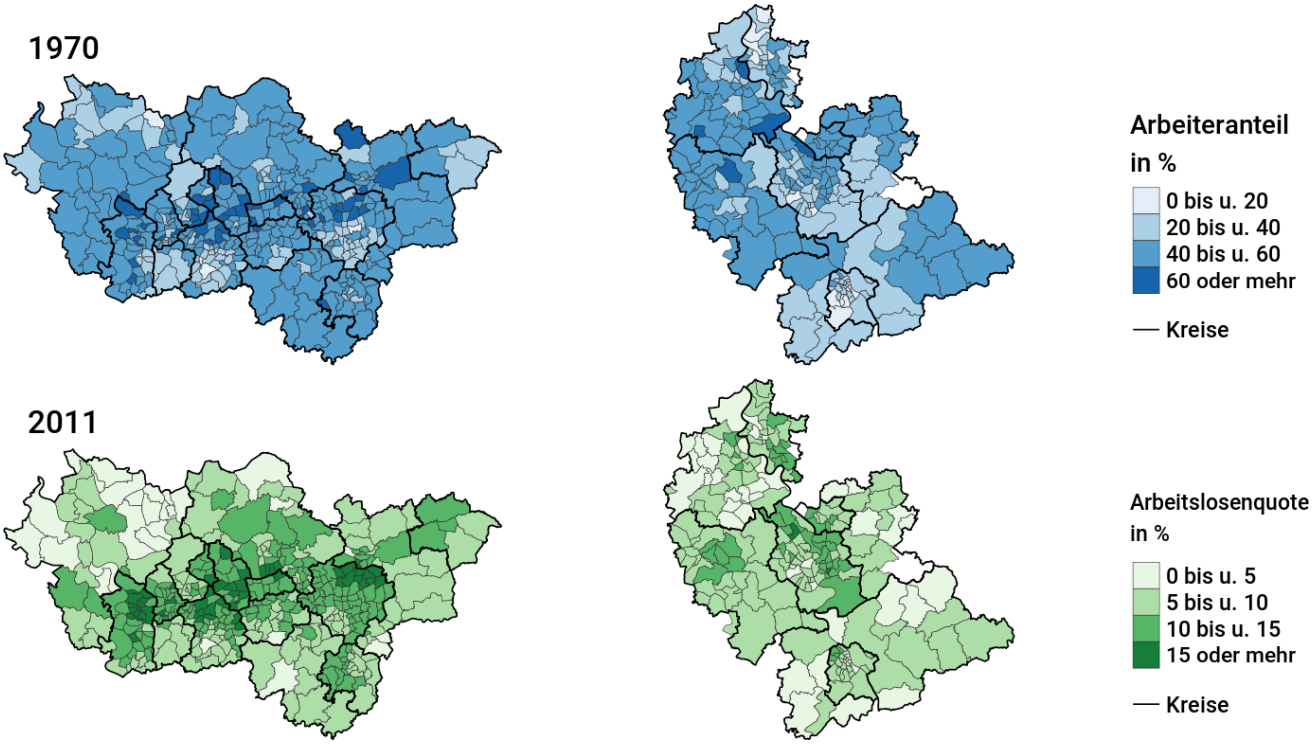


Abbildung 4.9: Arbeiteranteil 1970 und Arbeitslosenquote 2011 im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1970, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Befund ist als problematisch einzuschätzen, da

> die räumliche Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine zusätzliche Benachteiligung bzw. Verfestigung ihres sozial unterprivilegierten Status nach sich ziehen kann und die betroffene Wohnbevölkerung von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt wird (Jeworutzki u. a. 2016: 408).

Diese Entwicklung ist auch in Nordrhein-Westfalen und verstärkt im Ruhrgebiet zu beobachten. Der Bevölkerungsrückgang innerhalb des Ruhrgebiets verstärkt den Effekt der Segregation auf kleinräumiger Ebene. So hat eine Untersuchung von Jeworutzki u. a. (2016) zur Segregation in Nordrhein-Westfalen gezeigt,

> dass mit einem Sinken der Bevölkerungszahl in den Bezirken im Mittel ein Anstieg der SGB-II-Quote verbunden ist; die SGB-II-Quote dient dabei als Indikator zur Messung von Armut. Dies spricht dafür, dass der Anstieg der SGB-II-Quote häufig dadurch zustande kommt, dass die finanziell stärkeren Einwohner aus den Bezirken wegziehen und die finanziell schwächeren Haushalte verbleiben (Jeworutzki u. a. 2016: 406).

In der Theorie zur sozialen Segregation wird der Wohnungsmarkt als ein entscheidender Faktor für diesen Prozess genannt, der Einfluss auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung nimmt bzw. eine historisch angelegte räumliche Ungleichverteilung, wie sie etwa durch die Errichtung von »Arbeiterquartieren«

enstanden ist, verfestigen kann. Der regionale Mietpreis ist dabei als Zugangsmechanismus zu bestimmten Quartieren zu bewerten. Die Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt (Mieter) entscheiden in Abhängigkeit vom Mietangebot und ihren persönlichen »Präferenzen und Restriktionen« (Jeworutzki u. a. 2016: 411) über ihren Wohnstandort (vgl. Geißler 2014a: 54 f.; Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 70 f.; Jeworutzki u. a. 2016: 407 ff. Strohmeier 2010: 66).

Neben der sozialen Segregation spielen auch andere Segregationsdimensionen eine Rolle: Erstens die demografische Segregation, die sich auf die ungleiche räumliche Verteilung von Altersgruppen oder Haushaltstypen bezieht sowie zweitens die ethnische Segregation, die auf die ungleiche Verteilung von ethnischen Gruppen innerhalb eines Gebietes rekurriert. Im nördlichen Teil des Ruhrgebiets überlagern sich diese Dimensionen in vielen Bezirken. Daher sollen im Folgenden auch die ethnische und demografische Segregation betrachtet werden.

4.4 Entwicklung der Alters- und Haushaltsstruktur

Allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen, wie die zunehmende Individualisierung und der demografische Wandel spiegeln sich ebenfalls in den Zensusdaten wider.

In Tabelle 4.7 ist erkennbar, dass der Anteil der unter 18-Jährigen im Zeitverlauf insgesamt deutlich zurückgegangen ist. Im Jahr 1961 beläuft sich der Anteil in den zeitinvarianten Bezirken in Nordrhein-Westfalen auf durchschnittlich 27,5 Prozent. Nach einem kleinen Anstieg im Jahr 1970 auf durchschnittlich 29,9 Prozent, der auf die geburtenstarken Jahrgänge zu Beginn der 1960er Jahre zurückzuführen ist, sinkt der Anteil bis zum Jahr 2011 auf 17,4 Prozent. Werden die beiden Untersuchungsregionen betrachtet, zeigt sich, dass sowohl im RVR wie auch in der Rheinregion der Anteil der unter 18-Jährigen bis 1987 leicht unterdurchschnittlich war. Für den RVR zeigt sich dies auch in den Daten für das Jahr 2011. In der Rheinregion ist hingegen eine leichte Annäherung an den Landesdurchschnitt zu erkennen. Die ländlichen Gebiete im Münsterland, in Ostwestfalen und Sauerland weisen zu allen Zeitpunkten vergleichsweise hohe Anteile an jungen Menschen auf (nicht kartographisch dargestellt). In Ostwestfalen stellen Bielefeld, Herford und der Kreis Lippe eine Ausnahme dar: hier liegen zu allen Zeitpunkten vergleichsweise geringe Anteile an unter 18-Jährigen vor.

	NRW				**RVR**				**Rheinregion**			
	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011
Minimum	13,7	9,5	7,4	5,3	16,6	12,6	7,5	9,1	13,7	9,5	7,4	6,2
Maximum	43,4	71,5	32,9	59,8	39,7	43,6	32,9	26,9	41,3	41,5	27,0	25,8
Median	27,5	30,0	19,6	17,5	25,8	27,0	17,6	15,8	25,3	27,4	17,6	17,1
Mittelwert	27,5	29,9	19,5	17,4	26,1	27,3	17,7	15,9	24,9	26,2	17,2	16,7
n	1583	1586	1585	1586	399	399	399	399	218	218	217	218

Tabelle 4.7: Anteil der unter 18-Jährigen in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

Bei Betrachtung der räumlichen Verteilung des Anteils der unter 18-Jährigen in Abbildung 4.10 ist der insgesamt rückläufige Trend im Zeitverlauf erkennbar: In den Jahren 1961, 1970 und 1987 weisen die Bezirke im Kreis Wesel, im Kreis Recklinghausen, im Kreis Unna und in Hamm relativ hohe Anteile an unter 18-Jährigen auf, im Jahr 2011 ist ein leichter Rückgang in diesen Bezirken erkennbar. In den großen Städten des Ruhrgebiets lässt sich eine Zweiteilung beobachten: Die Bezirke im Süden weisen einen vergleichsweise geringen Anteil an jungen Menschen auf, die Bezirke im Norden hingegen einen relativ hohen Anteil, insbesondere im Jahr 2011. Auffällig ist, dass viele dieser Bezirke seit den 1980er Jahren als ehemalige Arbeiterquartiere überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen sind (siehe Abbildung 4.8 auf Seite 80 und 4.9 auf Seite 82). In der Rheinregion zeigen sich bis 1987 vor allem in den Kreisen höher Anteile.

Wie zu erwarten, ist der Anteil der 65-Jährigen und Älteren innerhalb der Bezirke aufgrund des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich gestiegen.[7] Im Jahr 1961 beläuft sich der Anteil auf durchschnittlich 9,9 Prozent, bis zum Jahr 2011 ist er auf durchschnittlich 19,9 Prozent gestiegen. Das Ruhrgebiet ist in etwas stärkerem Maße von Überalterung betroffen als Nordrhein-Westfalen insgesamt. Im Ruhrgebiet ist der durchschnittliche Anteil der 65-Jährigen und Älteren in den Bezirken mit Ausnahme des Jahres 1961 zu allen Zeitpunkten höher als der Landesdurchschnitt, in der Rheinregion liegen sie teilweise etwas darunter.

[7] Demografischer Wandel beschreibt eine Verschiebung innerhalb der Altersstruktur in der Bevölkerung nach oben. Diese Verschiebung ist zum einen auf eine gestiegene Lebenserwartung und zum anderen auf eine gesunkene Geburtenrate zurückzuführen (vgl. Höpflinger 2008: 31).

Abbildung 4.11 zeigt die räumliche Verteilung des Anteils der 65-Jährigen und Älteren im Ruhrgebiet im Zeitverlauf. Die Alterung ist hier sehr gut zu erkennen, betroffen sind mehr oder weniger fast alle dagestellten Bezirke. In den großen Städten des Ruhrgebiets ist wiederum die demographische Zweiteilung zu beobachten: Einige Bezirke im Norden der großen Städte weisen eher geringe Anteile an älteren Menschen auf, die Bezirke im Süden zeichnen sich eher durch relativ hohe Anteile aus. Es fällt auf, dass eine geringe Kinderzahl und die höheren Anteile an älteren Menschen bevorzugt in den sozialökonomisch konsolidierten Bezirken zu finden sind, die sich zudem durch vergleichsweise niedrige Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenquoten auszeichnen (siehe Abbildung 4.8).

	NRW				**RVR**				**Rheinland**			
	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011	1961	1970	1987	2011
Minimum	2,3	0,8	3,9	6,1	2,3	3,4	6,6	11,0	2,8	3,5	4,8	7,7
Maximum	19,3	25,2	39,3	41,4	19,3	25,2	29,8	35,3	17,5	21,4	25,0	28,8
Median	9,8	11,7	13,7	19,9	9,3	12,2	14,6	21,2	9,7	11,5	13,8	19,7
Mittelwert	9,9	11,9	14,1	19,9	9,3	12,3	15,0	21,3	9,8	11,8	14,3	19,3
n	1583	1586	1585	1586	399	399	399	399	218	218	217	218

Tabelle 4.8: Anteil der 65-Jährigen und Älteren in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

Entwicklung der Haushaltsstruktur

Mit der Veränderung der Altersstruktur ergeben sich auch Änderungen in der Haushaltsstruktur. Insofern ist die Entwicklung der Haushaltsgröße ein

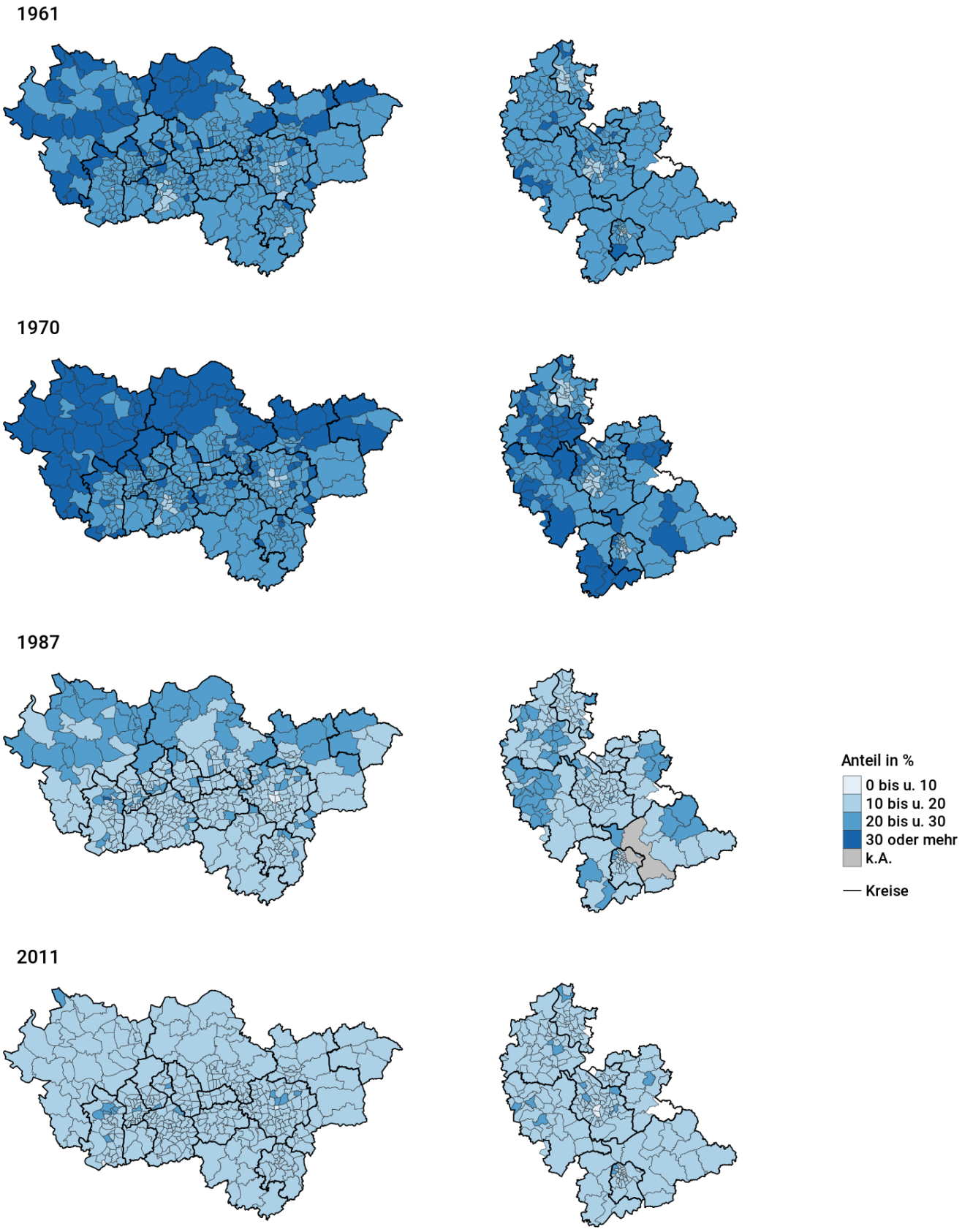


Abbildung 4.10: Anteil der unter 18-Jährigen im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

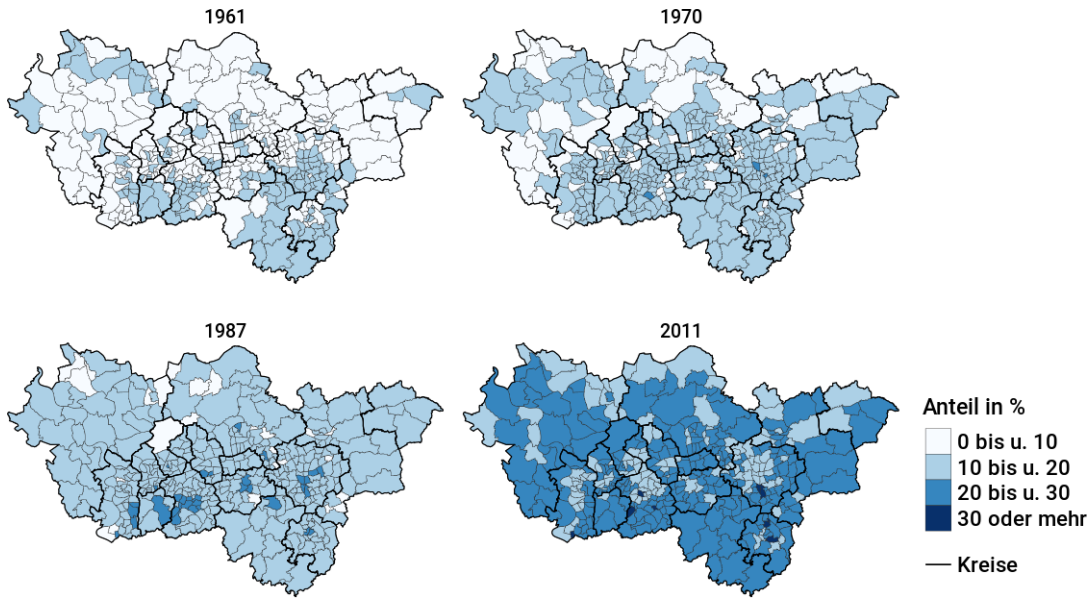


Abbildung 4.11: Anteil der 65-Jährigen und Älteren im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

weiterer wichtiger Indikator für den demografischen Wandel. Die Größe der Haushalte liefert u.a. auch Informationen zur Wohnsituation der Menschen. Da »Wohnen ein soziales, historisch wandelbares Phänomen ist, geprägt von ökonomischen, kulturellen und sozialen Bedingungen, aber auch von Politik« (Häußermann und Siebel 2000: 285) ist dies von besonderem Interesse. Gesellschaftliche Trends wie beispielsweise die Individualisierung, der demografische Wandel sowie der Wandel der Familienformen lassen sich mit den Daten der Volkszählungen kleinräumig beschreiben.

Infobox »Haushalte nach Zahl der Personen«

Die Zensusdaten enthalten Angaben zur Anzahl der Haushalte nach Zahl der Personen. Für die Jahre 1961, 1970, 1987 und 2011 wurden die Anteile der Einpersonenhaushalte, der Zwei- und Dreipersonenhaushalte und der Haushalte mit vier oder mehr Personen an allen privaten Haushalten berechnet.

Die Auswertungen in Tabelle 4.9 zeigen, dass die Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen insgesamt stark zurückgegangen ist. Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat dagegen insbesondere im Ruhrgebiet und in der Rheinregion signifikant zugenommen. Die durchschnittlichen Anteile der Einpersonenhaushalte innerhalb der zeitinvarianten Bezirke liegen zu jedem Zeitpunkt im Ruhrgebiet über den Anteilen für Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 1961 beträgt der Anteil der Einpersonenhaushalte durchschnittlich 14,1 Prozent, bis zum Jahr 2011 ist dieser Wert kontinuierlich auf durchschnittlich 32,9 Prozent gestiegen. Der Haushalt mit zwei bis drei Personen stellt sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Ruhrgebiet weiterhin die dominante Haushaltsform dar. Seit 1961 haben sich kaum Veränderungen in den Anteilen ergeben. Die Anteile von Zwei- und Dreipersonenhaushalten varieren nur im geringen Maße zwischen Bezirken, so dass im Folgendem nur die Anteile der Einpersonenhaushalte und

der Haushalte mit vier oder mehr Personen betrachtet werden. Letzterer ist im Zeitverlauf kontinuierlich gesunken: Im Jahr 1961 betrug der Anteil der Vier- und mehr Personenhaushalte im Durchschnitt 39,2 Prozent, bis zum Jahr 2011 hat sich der Anteil der Vier- und mehr Personenhaushalte auf durchschnittlich 18,4 Prozent reduziert.

	1 Personen-HH			**2-3 Personen-HH**			**4 und mehr Personen-HH**		
	NRW	RVR	Rheinregion	NRW	RVR	Rheinregion	NRW	RVR	Rheinregion
1961	14.1	15.3	19.9	46.7	53.2	51.3	39.2	31.5	28.7
1970	17.2	20.7	23.0	44.5	49.6	48.7	37.2	27.8	27.2
1987	26.0	31.5	34.5	46.7	50.0	47.1	27.3	18.5	18.3
2011	32.9	38.4	39.0	48.6	47.9	46.3	18.4	13.7	14.6

Tabelle 4.9: Durchschnittlicher Anteil an Haushalten mit ein, zwei bis drei oder vier und mehr Personen in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Wandels zu betrachten. Durch den Prozess der Individualisierung, der in den 1980er Jahren einsetzte, ergeben sich auch Folgen für das Wohnen: Auch wenn es weiterhin tradierte Haushaltsformen gibt, hat sich die Zahl der Haushalte mit Kindern, insbesondere in Städten, deutlich verringert. Bedingt durch den demografischen Wandel kommt es u.a. zu einer Zunahme von Haushalten alleinlebender, älterer Menschen, insbesondere älterer Frauen. Insgesamt ist ein Rückgang der Zahl der Haushaltsmitglieder festzustellen. Für das Wohnen ergibt sich daraus eine »Singularisierung« (Hannemann 2014: 41), also das freiwillige oder unfreiwillige Alleinwohnen, das zu einem enormen Anstieg von Einpersonenhaushalten geführt hat (vgl. Zibell und Kietzke 2016: 13 f.; Wullkopf 2008: 24; Hannemann 2016: 31 f.; Pötsch 2011: 206).

Dabei liegt dieser Entwicklung in den eher ländlichen und den eher städtischen Gebieten eine unterschiedliche Ausgangsituation zugrunde. Abbildung 4.14 zeigt die regional unterschiedlichen Anteile an Ein- und vier und mehr-Personenhaushalten in Nordrhein-Westfalen. Es ist erkennbar, dass sich zu allen Zeitpunkten in großen Städten, wie Münster, Köln, Aachen und Bonn vergleichsweise viele Einpersonenhaushalte befinden. Hinsichtlich der räumlichen Verteilung lässt sich beobachten, dass im nördlichen Ruhrgebiet, insbesondere im Kreis Wesel, ein im Vergleich zum Süden eher geringer Anteil an Einpersonenhaushalten vorliegt. Die Einpersonenhaushalte finden sich neben den Innenstadtbereichen insbesondere in den zeitinvarianten Bezirken im Süden der großen Städte (Abbildung 4.12). Diese Bezirke weisen zu allen Zeitpunkten relativ hohe Anteile an älteren Menschen auf (siehe Abbildung 4.11). Es kann vermutet werden, dass in diesen Gebieten viele ältere alleinstehende Menschen leben.

Der Anteil an besonders großen Haushalte mit vier und mehr Personen war bis in die 1970er Jahre vorwiegend in den Bezirken im Norden Nordrhein-Westfalens sowie in Ostwestfalen hoch. Im Zeitverlauf sinken die Anteile an Haushalten mit vier und mehr Personen jedoch auch in diesen Bezirken deutlich. Im Ruhrgebiet sind diese Haushalte höchstens in den nördlichen Bezirken in größerem Umfang zu finden. In den kreisfreien Städten des Ruhrgebiets sind die Anteile wie in den anderen Großstädten des Landes besonders gering (Abildung 4.13).

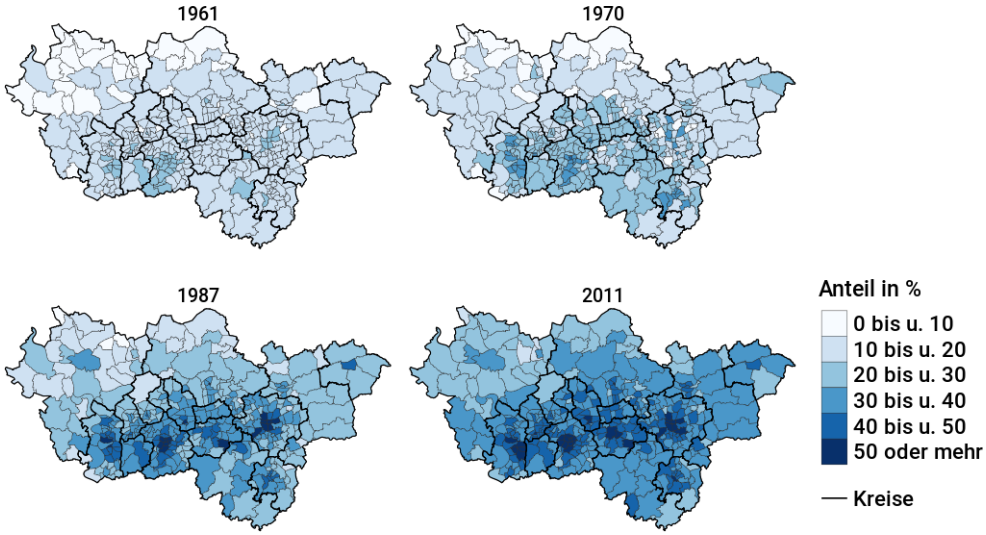


Abbildung 4.12: Anteil Einpersonenhaushalte im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

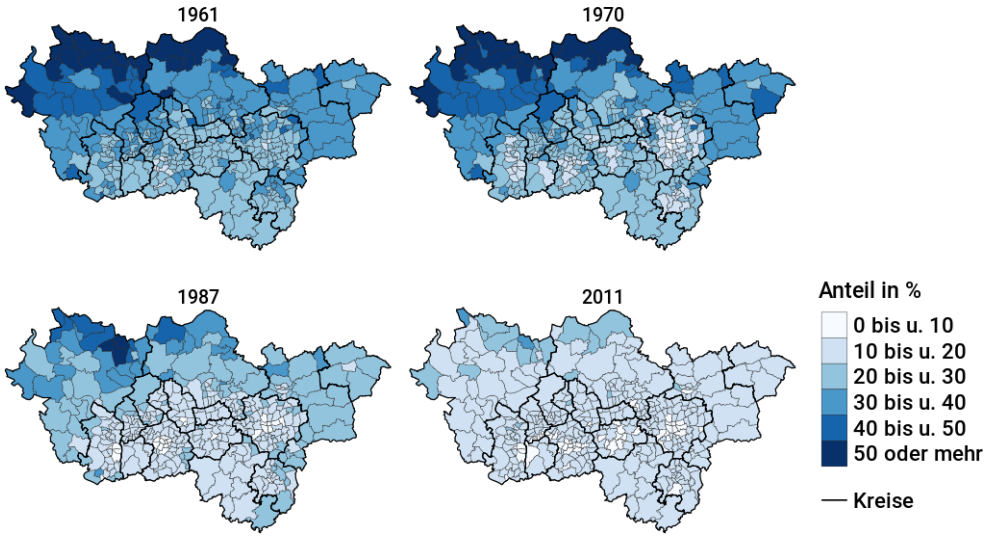


Abbildung 4.13: Anteil Vier- und mehr Personenhaushalte im RVR (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

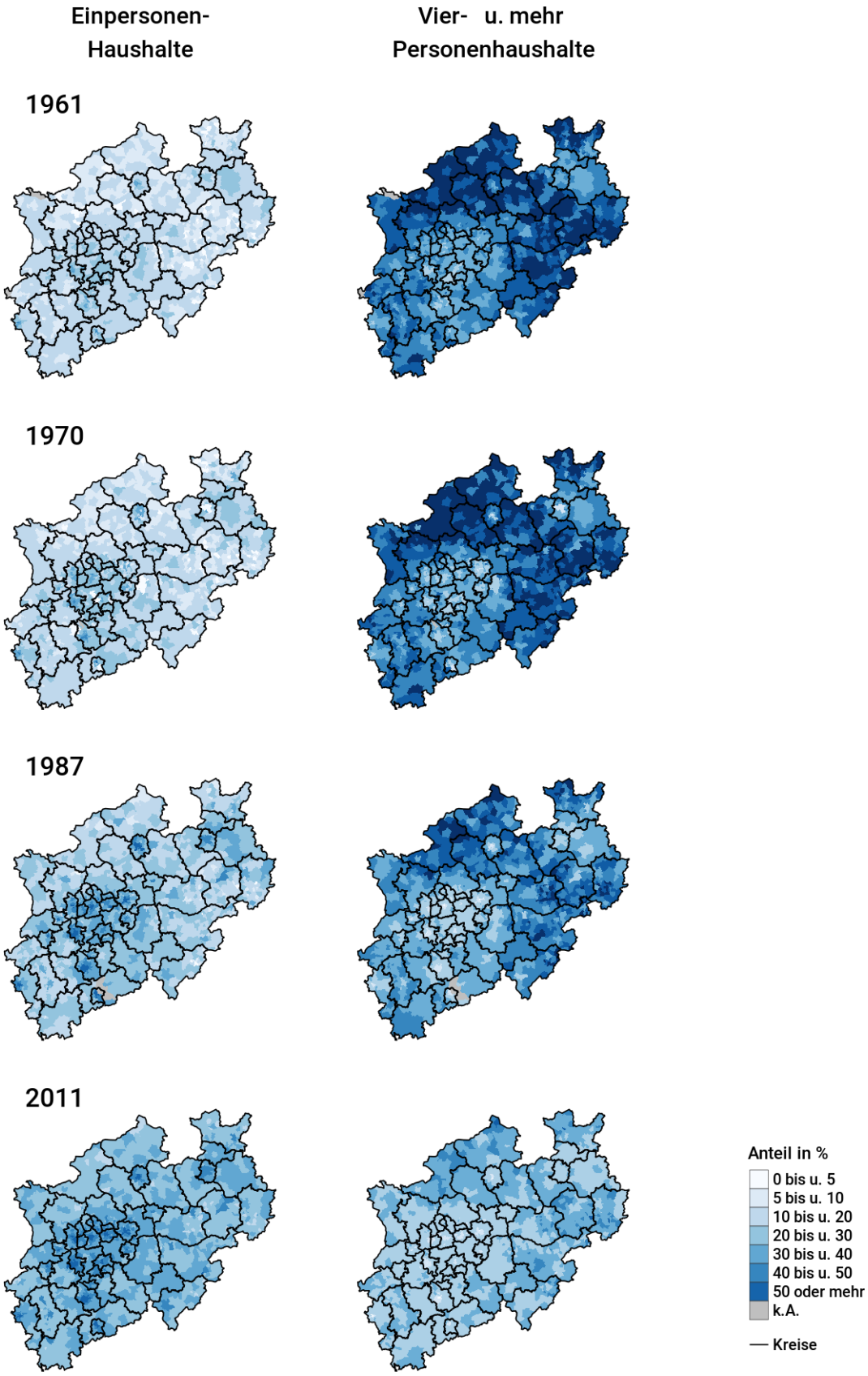


Abbildung 4.14: Anteil Einpersonenhaushalte und Vier- und mehr Personenhaushalte in NRW (Quelle: Zensus 1961, 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

4.5 Migration

In Tabelle 4.10 ist die Entwicklung des Ausländer- (A) und Migrantenanteils (M) an der Wohnbevölkerung dargestellt. Es ist ein kontinuierlicher Anstieg des Ausländeranteils innerhalb der zeitinvarianten Bezirke in Nordrhein-Westfalen erkennbar. Im Jahr 1970 beträgt der Ausländeranteil durchschnittlich 3,0 Prozent und ist bis zum Jahr 2011 auf durchschnittlich 6,9 Prozent gestiegen. Der Migrantenanteil, der sich erst für Jahr 2011 berechnen lässt, beläuft sich auf 20,3 Prozent und liegt damit deutlich über dem durchschnittlichen Ausländeranteil.

Infobox »Ausländer- und Migrantenanteil«

Für die Jahre 1970, 1987 und 2011 liegen Zensusdaten zur Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor. Der Zensus 1961 enthält keine Daten zur Staatsangehörigkeit.

Im Zensus 2011 liegen zusätzlich Daten zum Migrationshintergrund vor. Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 macht es notwendig, auch diese Kategorie zu betrachten, da der Ausländeranteil aufgrund von vermehrten Einbürgerungen und der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt alleine kein umfassendes Bild der Personen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte beschreibt.

Der im Vergleich zum Ausländeranteil hohe Migrantenanteil kommt dadurch zustande, dass auch Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit einen Migrationshintergrund aufweisen können, sofern sie selbst oder ihre Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes werden »[a]ls Personen mit Migrationshintergrund [...] alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer/-innen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil definiert« (Statistisches Bundesamt 2013: 26).

	NRW				**RVR**				**Rheinregion**			
	1970	1987	2011A	2011M	1970	1987	2011A	2011M	1970	1987	2011A	2011M
Minimum	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	1,8	0,7	0,5	2,2	8,3
Maximum	65,9	49,2	45,2	77,5	58,3	49,2	45,2	71,2	65,9	35,3	35,0	61,8
Median	2,0	3,7	4,9	18,2	2,1	5,3	7,4	21,6	4,5	7,7	10,6	26,3
Mittelwert	3,0	5,3	6,9	20,3	3,0	6,9	9,0	23,2	5,5	9,2	11,5	27,3
n	1586	1585	1586	1586	399	399	399	399	218	217	218	218

Tabelle 4.10: Ausländer-/Migrantenanteil in NRW, im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen), Anmerkung: A=Ausländeranteil, M=Migrantenanteil

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch für das Ruhrgebiet und die Rheinregion. Im Jahr 1970 liegt der Ausländeranteil im Ruhrgebiet bei durchschnittlich

3,0 Prozent, bis zum Jahr 2011 ist ein Anstieg auf durchschnittlich 9,0 Prozent zu verzeichnen. Der Migrantenanteil liegt bei 23,2 Prozent. Auffällig ist, dass die Bezirke in der Rheinregion über alle Beobachtungszeitpunkte hinweg im Durchschnitt höhere Ausländeranteile aufweisen als das Ruhrgebiet. So liegt der Migrantenanteil mit durchschnittlich 27,3 Prozent ca. vier Prozentpunkte über dem Wert im Ruhrgebiet.

Das der durchschnittliche Ausländer- und Migrantenanteil in den Bezirken im Ruhrgebiet über dem des Landes liegt, lässt sich u.a. aus der historischen Entwicklung des Ruhrgebiets ableiten: Zum einen zogen bereits gegen Ende des 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhundert im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung vermehrt Arbeitskräfte aus dem Ausland, insbesondere aus dem heutigen Polen, in das Ruhrgebiet, zum anderen wurden im Rahmen verschiedener Anwerbeabkommen, insbesondere in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben (vgl. Bogumil und Gerber 2014: 221; Berg 1990: 1 ff., 41 ff., 131 ff.; Peters-Schildgen 1997: 23 ff.; Kleßmann 1978: 23 ff.; Petzina 1994: 1 ff.). Ähnlich Entwicklungen sind vermutlich auch für die hohen Anteile in der Rheinregion verantwortlich.

Abbildungen 4.15 und 4.16 stellen die Ausländeranteile in den Jahren 1970 und 1987 innerhalb der Bezirke in Nordrhein-Westfalen sowie im Ruhrgebiet und in der Rheinregion dar. Für das Jahr 2011 werden sowohl die Ausländeranteile als auch die Migrantenanteile ausgewiesen. Hinsichtlich der räumlichen Verteilung in Nordrhein-Westfalen fällt auf, dass insbesondere im Münsterland und in Ostwestfalen zu allen Zeitpunkten nur geringe Ausländer- und Migrantenanteile vorliegen. Die Städte entlang der Rheinregion und im Ruhrgebiet weisen hingegen im Vergleich relativ hohe Ausländer- und Migrantenanteile auf.

Bei gesonderter Betrachtung des Ruhrgebiets wird deutlich, dass im Jahr 1970 in einigen zeitinvarianten Bezirken in den großen Städten, im äußersten Westen des Ruhrgebiets und im Ennepe-Ruhr-Kreis etwas höhere Ausländeranteile vorliegen. Bis zum Jahr 2011 sind die Ausländeranteile dann insgesamt gestiegen, deutliche Zuwächse sind vor allem in den zeitinvarianten Bezirken im Norden der großen Städte des Ruhrgebiets, wie z.B. im Dortmunder Norden, im Essener Norden und im Duisburger Norden zu verzeichnen. In der Rheinregion weisen insbesondere die Bezirke der Großstädte Düsseldorf, Köln und Bonn zu allen Zeitpunkten relativ hohe Ausländeranteile auf, in den ländlicheren Regionen (Rheinisch-Bergischer-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis) sind die Anteile sehr gering.

Die räumliche Verteilung des Migrantenanteils folgt im Wesentlichen der des Ausländeranteils im Jahr 2011. So finden sich in den zeitinvarianten Bezirken im Norden der großen Städte des Ruhrgebiets auch vergleichsweise hohe Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund. Analog hierzu weisen viele Bezirke in der Rheinregion vor allem in den Großstädten (Düsseldorf-Oberbilk, Köln-Chorweiler, Köln-Mülheim, Leverkusen-Manfort, Leverkusen-Rheindorf, Neuss-Barbaraviertel, Bonn-Tannenbusch) mit Werten von über 30 Prozent besonders hohe Migrantenanteile auf.

In diesem Kapitel wurde die wirtschaftliche und sozialstrukturelle Entwicklung

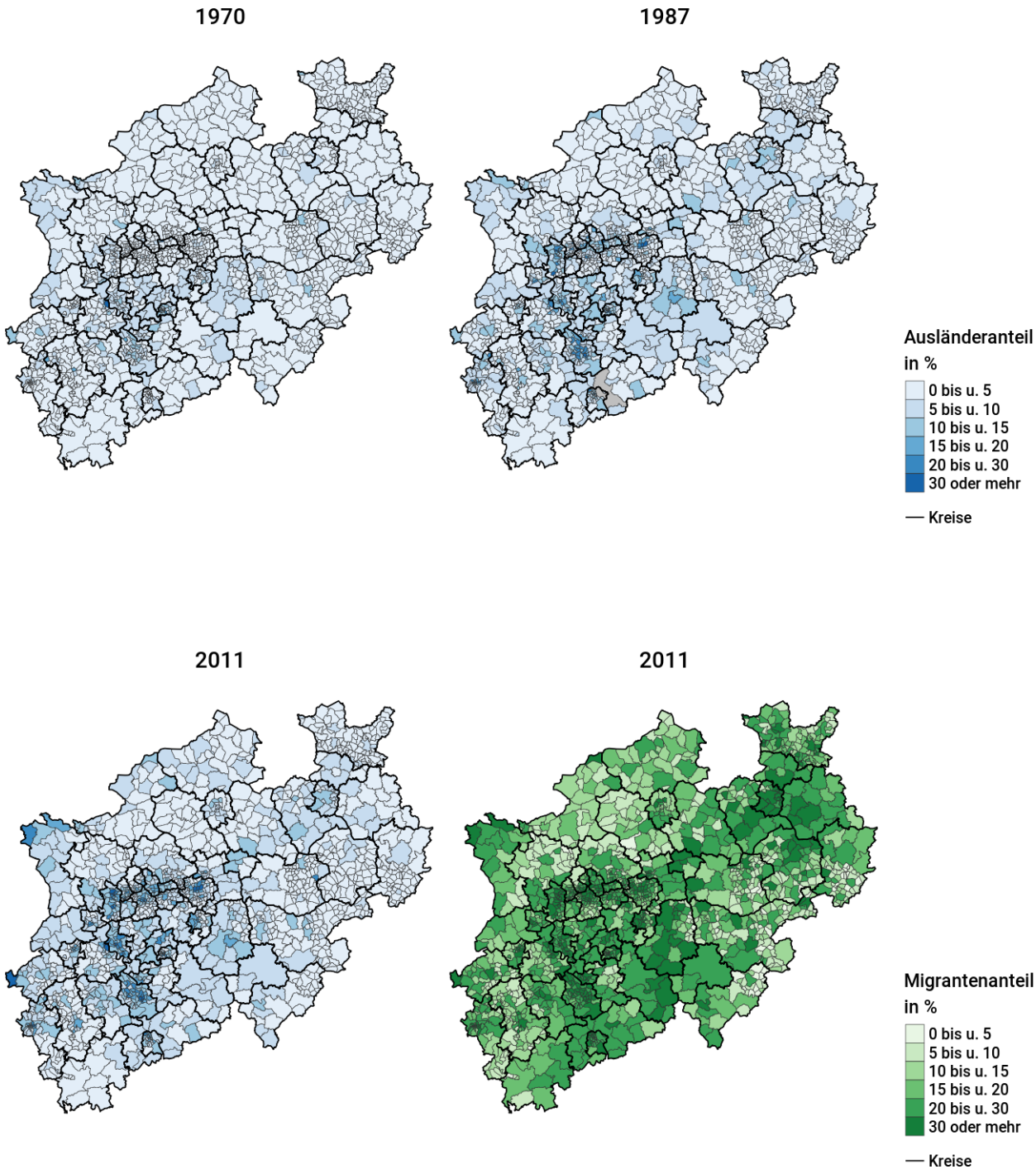


Abbildung 4.15: Ausländer-/Migrantenanteil in NRW (Quelle: Zensus 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

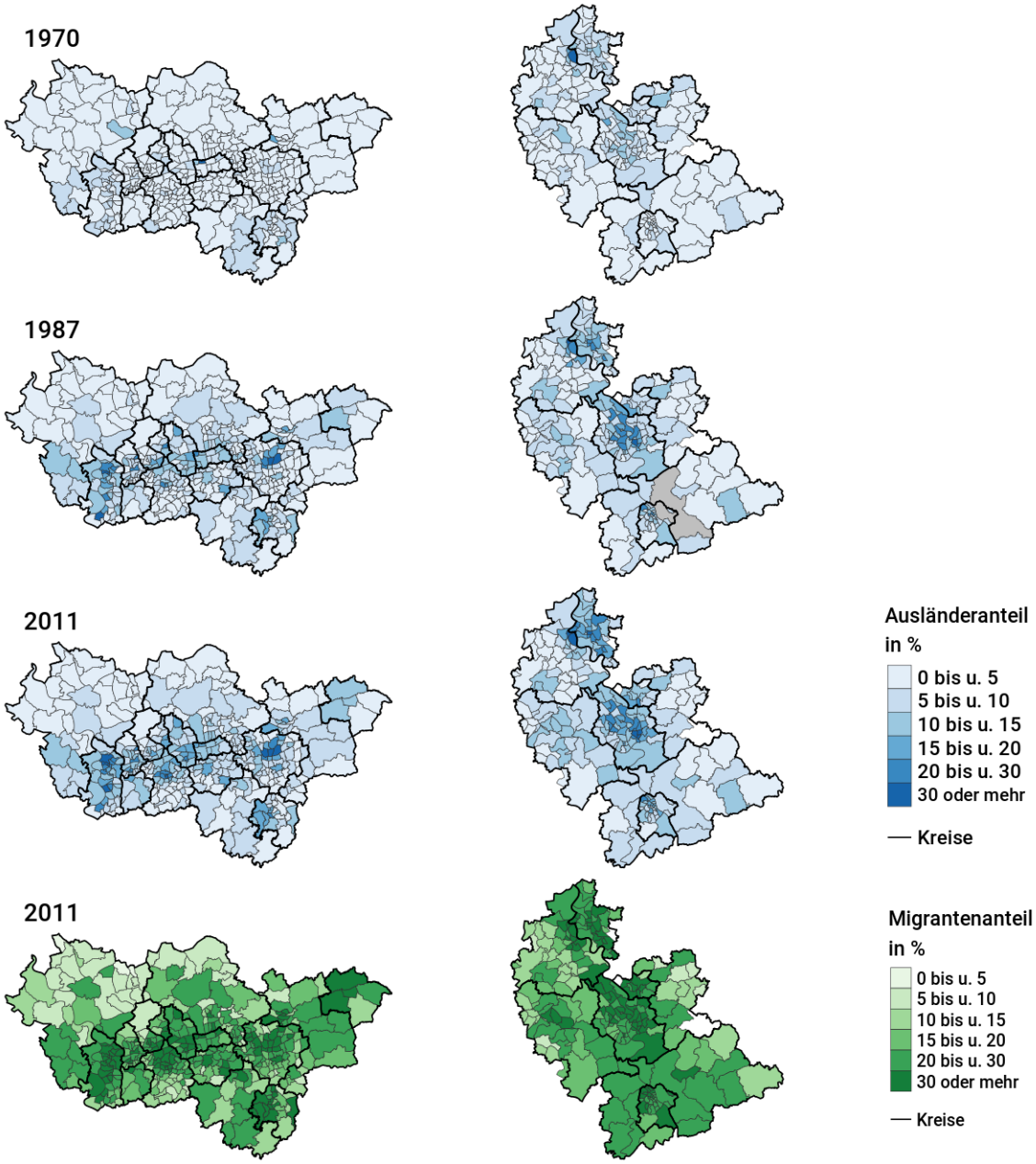


Abbildung 4.16: Ausländer-/Migrantenanteil im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1970, 1987 und 2011, eigene Berechnungen)

zum Teil über 50 Jahre hinweg anhand einzelner Indikatoren aus dem Zensus auf kleinräumiger Ebene nachgezeichnet und erörtert. Es zeigt sich, dass die drei Dimensionen der Segregation, die soziale, ethnische und demographische Segregation sich in größerem Maße überlagern: Die zeitinvarianten Bezirke, die einen hohen Ausländer- und Migrantenanteil aufweisen, weisen ebenfalls hohe Erwerbslosen- und Arbeitslosenquoten (siehe Abbildung 4.8, 4.9) sowie höhere Anteile an jüngeren Menschen unter 18 Jahren auf (siehe Abbildung 4.10). Anhand der Zensusdaten lässt sich zeigen, dass eine räumliche Trennung entlang der drei Segregationsdimensionen sozialökonomische Lage, Alter und ethnische Herkunft insbesondere innerhalb des Ruhrgebiets vorliegt.

Um typische Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziodemografische Entwicklung der betrachteten Gebiete zu erfassen und gleichartige Bezirke zu identifizieren, wird im nächsten Kapitel eine Typisierung der Bezirke durchgeführt.

5 Typologie der Bezirke

Wie die deskriptive Analysen des vorangegangenen Kapitels zeigen, ist der gravierende Strukturwandel im Ruhrgebiet in den vergangenen Jahrzehnten vor allem durch das Schrumpfen der Montanindustrie geprägt. Heute ist im Vergleich dazu die Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets deutlich vielfältiger. In den letzten vierzig Jahren hat sich Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines tief greifenden sektoralen Strukturwandels von seiner altindustriellen Prägung hin zu einem Land mit moderner Industrie- und Dienstleistungsstruktur entwickelt. Die ursprüngliche Branchenstruktur hat sich stark verändert und sich den neuen Verhältnissen auf den Märkten angepasst (Schräpler 2007). Dies zeigt sich u.a. auch in dem Bedeutungsgewinn der Dienstleistungen. Der sektorale Strukturwandel fand vor allem im Ruhrgebiet statt, hier sind im Produzierenden Gewerbe in den letzten Jahrzehnten große Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen, die allerdings durch die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor nicht kompensiert werden konnten (Danielzyk und Merk 2003). Mittlerweile hat sich das Ruhrgebiet in Teilen zudem zu einer wissensorientierten Zukunftsregion entwickelt. In den 1960er Jahren entstanden die ersten Hochschulen im Ruhrgebiet, mit dem Ziel, die Außendarstellung des Ruhrgebiets zu verbessern und das Bildungsniveau vor allem der Arbeiterschaft zu erhöhen. Inzwischen besteht die Hochschullandschaft aus fünf Universitäten, einer Kunst- und Musikhochschule, 15 Fachhochschulen und 49 außeruniversitären Forschungsinstituten, die auch einen erheblichen Beschäftigungseffekt in der Region aufweisen (vgl. Bogumil, Heinze, Kintzinger u. a. 2015: 38).

In den folgenden Abschnitten wird mit Hilfe der kleinräumigen Zensusdaten versucht, die weiter oben schon beschriebenen zeitinvarianten Bezirke zu typisieren. Der Fokus soll hierbei auf den Jahren 1970 und 2011 liegen. Bislang wurden die kleinräumigen Verteilungen der Zensusmerkmale detailliert diskutiert aber statistisch getrennt betrachtet. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der betrachteten Gebiete sind allerdings in der Regel nicht eindimensional. Neben einer Einzelbetrachtung bietet es sich vielmehr an, in einem nächsten Schritt, auch die Zusammenhänge zwischen den vorliegenden Indikatoren auf Bezirks- und Gemeindeebene adäquat im Rahmen einer Typologie zu erfassen und gleichartige Bezirke und Gemeinden zu identifizieren. Für eine derartige Typisierung von Räumen wird von Geografen und Soziologen üblicherweise auf das statistische Verfahren einer Clusteranalyse zurückgegriffen. Diese hat das Ziel, eine Menge von Objekten derart in Gruppen (oder Klassen und Cluster) zu unterteilen, dass die derselben Gruppe zugeordneten Objekte

eine möglichst große Ähnlichkeit aufweisen und gleichzeitig die Objekte unterschiedlicher Gruppen deutlich verschieden voneinander sind. Diese Clusterung kann mit unterschiedlichen Verfahren durchgeführt werden. Zu den traditionellen Methoden wie einer hierarchischen Klassifikation oder einem partitionierenden Verfahren gibt es inzwischen auch Alternativen wie eine probabilistische Klassifikationsanalyse oder latente Klassenanalyse, die im Vergleich zu den klassischen Verfahren ein statistisches Modell darstellt, welches die relative Ungenauigkeit der Clusterzugehörigkeit durch Wahrscheinlichkeitswerte ausdrückt. Die nachfolgenden Typisierungen basieren auf dem modernen Verfahren der latenten Klassenanalyse.

5.1 Latente Klassenanalyse

Die latente Klassenanalyse ist ein relativ neues und flexibles, aber auch rechenintensives Verfahren, mit dessen Hilfe sich Klassen von Objekten (hier Bezirke) mit ähnlichen Eigenschaften identifizieren lassen[1]. Das statistische Modell enthält eine latente Variable mit K Kategorien, wobei jede Kategorie einen separaten Cluster repräsentiert. Das latente Klassenmodell verfolgt das Ziel, die Zusammenhänge zwischen den Indikatoren durch eine latente, kategoriale Variable zu erklären. Innerhalb einer gebildeten Klasse sollten idealerweise keine Zusammenhänge zwischen den Variablen mehr vorliegen. Das Prinzip entspricht insofern der Annahme der lokalen stochastischen Unabhängigkeit. Im Gegensatz zur traditionellen Clusteranalyse basiert die Klassenzuordnung nicht auf teilweise ad hoc eingeführten Abstandsdefinitionen, sondern auf Wahrscheinlichkeiten, die der Modellschätzung entstammen.

[1] Die folgende Darstellung lehnt sich teilweise an die Ausführungen in Schräpler und Seifert (2008) an.

Die zur Clusterung verwendeten Variablen können sowohl metrisches, ordinales oder nominales Messniveau aufweisen. Eine Besonderheit ist zudem, dass bei der Clusterung auch Kovariate, welche die Clusterzugehörigkeit als exogene Größen mitbestimmen, in das Modell eingebunden werden können.

Spezifikationsmöglichkeiten des latenten Klassenmodells

Das latente Klassenmodell lässt sich dann mit den folgenden Komponenten spezifizieren (Vermunt und Magidson 2016):

- Einer nominalen latenten Variablen X mit K Kategorien, welche Cluster oder Klassen genannt werden können.
- T beobachtbare Variablen (Indikatoren) Y_{it}, welche nominal, ordinal oder metrisch sein können.
- R numerische oder nominale Kovariate Z_{ir}^{cov}, welche die latente Variable X beeinflussen.
- Direkte Beziehungen zwischen den Indikatoren und/oder direkte Effekte der Kovariate auf die Indikatoren.

Eine detaillierte formale Beschreibung des latenten Klassenmodells findet sich in Vermunt und Magidson 2016. Bei dem hier verwendeten Softwareprogramm *Latent Gold* besteht zudem die Option, im Falle von hierarchisch organisierten Daten eine adäquate Modellierung in Form von *Multilevel-Modellen* durchzuführen (Vermunt und Magidson 2016). So ist bei den vorliegenden kleinräumigen Bezirken davon auszugehen, dass diese innerhalb einer Gemeinde bzw. Stadt nicht unabhängig sind, sondern sich in gewisser Weise ähneln. Hierdurch wird die übliche Unabhängigkeitsannahme der statistischen Einheiten (kleinräumigen Bezirke) verletzt. Die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Gemeinde oder Stadt als auch die Heterogenität auf der Ebene der Gemeinden wird bei der Modellierung daher mit berücksichtigt.

5.1.1 Auswahl der Variablen

Da der erhobene Merkmalskanon in den Zensuserhebungen nicht gleich geblieben ist, sondern auch bei wichtigen Indikatoren wechselte, sind Trendanalysen mit gleichen Variablen nur für wenige Strukturmerkmale wie z.B. den Jugend- und Altenquotient sowie den Ausländeranteil möglich.[2] Wir werden daher zur Typisierung neben gleichen Indikatoren wie dem Jugendquotienten und ähnlich zu interpretierenden Indikatoren wie dem Ausländer- bzw. Migrantenanteil weitere zeitspezifisch relevante Indikatoren einbeziehen. Da nachfolgend auch ein Vergleich der Typen mit dem aktuellen Zensus 2011 erfolgen soll, wird als Ausgangsjahr anstelle des Zensus 1961 der nachfolgende Zensus 1970 verwendet, da relevante Indikatoren wie z.B. der Ausländeranteil erst ab 1970 im Erhebungsprogramm sind. Insgesamt werden drei Typisierungen vorgenommen: eine Typisierung jeweils für die Zensusjahre 1970 und 2011 sowie eine Längsschnittbetrachtung, bei der die Veränderung in den Merkmalsausprägungen zwischen diesen beiden Jahren in die Modellierung einbezogen wird. Letztere steht im Zentrum unserer Betrachtung. Sie identifiziert Entwicklungstypen, welche im nachfolgenden Kapitel mit zur Erklärung der räumlich segregierten Bildungsteilhabe von Schülern beitragen soll.

[2] Im Jugendquotienten wird die Bevölkerung, die jünger als 18 Jahre ist, auf die Bevölkerung bezogen, die zwischen 18 und unter 65 Jahre alt ist. Im Altenquotienten wird die Bevölkerung, die 65 Jahre und älter ist, auf die Bevölkerung bezogen, die zwischen 18 und unter 65 Jahre alt ist. Mit diesen Indikatoren lassen sich die Verhältnisse der Generationen beschreiben und Aussagen darüber treffen, wie viele Personen im mittleren Alter jüngere bzw. ältere Menschen versorgen müssen. Daher werden die Quotienten häufig auch als ›Belastungsmaße‹ interpretiert.

Zu beachten ist, dass bei der Typisierung für das Jahr 2011 im registergestützten Zensus einige wichtige Informationen wie z.B. der Anteil an Beschäftigten in bestimmten Wirtschaftssektoren fehlen, so dass wir zum Füllen der Lücke zur Typisierung neben den Zensusdaten auch kommerzielle Daten von *infas 360* nutzen.

5.2 Typisierung der Bezirke für das Jahr 1970

Die Typisierung der Bezirke für das Zensusjahr 1970 basiert auf insgesamt 6 Variablen. In Tabelle 5.1 sind die einbezogenen Variablen und deren Skalierung aufgeführt. Als demografische und bevölkerungsspezifische Komponente dienen der Jugendquotient und der Ausländeranteil.[3]

[3] Da sowohl der Ausländeranteil als auch der Jugendquotient für die zeitinvarianten Bezirke eine sehr schiefe Verteilung aufweisen (nur einige wenige Bezirke weisen relativ hohe Werte auf, die anderen eher niedrige), werden für die Schätzung des Modells anstelle der metrischen Ausprägungen in Prozent zehn Kategorien auf Basis von Dezilen gebildet. Durch dieses Vorgehen wird eine unverhältnismäßig starke Gewichtung des Merkmals für einzelne Bezirke vermieden.

Für das Jahr 1970 können die Erwerbskategorien »Arbeiter« und »Angestell-

Variable	Messniveau	M	SD	N
Ausländeranteil (Dezile)	ordinal	-	-	1 586
Jugendquotient (Dezile)	ordinal	-	-	1 586
Arbeiteranteil an Erwerbstätigen in % am Wohnort	metrisch	44,94	10,64	1 586
Anteil Selbständige an Erwerbstätigen in % am Wohnort	metrisch	10,79	5,12	1 586
Anteil Wohnbev. mit überw. Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigk. in der Wirtschaftsabt. Dienstleistungen in %	metrisch	9,19	5,70	1 586
Anteil Wohnbev. mit überw. Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigk. in der Wirtschaftsabt. Energie in %	metrisch	5,31	9,87	1 586
externe Kovariable				
aktiv				
Einwohnerdichte in der Gemeinde Einwohner je km²	metrisch	1 039,35	1 093,64	1 586

Tabelle 5.1: Indikatoren für die Typisierung im Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

te« noch inhaltlich sinnvoll interpretiert werden. So werden mit der Kategorie Arbeiter Personen mit einer Erwerbstätigkeit bezeichnet, die weitgehend aus physischer Arbeit ohne Selbständigkeit besteht. Ein hoher Arbeiteranteil kennzeichnet damit eine bestimmte Form von Erwerbsstruktur in einem Bezirk. Der Arbeiteranteil wird daher als Indikator miteinbezogen. Seit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2001 werden die beiden Kategorien »Arbeiter« und »Angestellte« unter dem Oberbegriff »Arbeitnehmer« subsummiert, mit der Folge, dass die Unterscheidung für 2011 nicht mehr relevant ist. Als Ergänzung bzw. Kontrast zu dem Arbeiteranteil wird als weiterer Indikator der Anteil an selbständigen Erwerbstätigen und als passive Kovariate der Anteil der Beamten in den Bezirken berücksichtigt.

In den beiden Zensusjahren 1961 und 1970 wurde auch der Anteil der erwerbstätigen Wohnbevölkerung nach einzelnen Wirschaftsabteilungen erfasst (siehe hierzu das vorhergehende Kapitel). Für die Darstellung der sektoralen Struktur sind insbesondere zwei Wirtschaftsabteilungen relevant: der Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit in der Wirtschaftsabteilung »Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau« sowie der Anteil in der Wirtschaftsabteilung »Dienstleistungen«.

Um die Strukturunterschiede zwischen Bezirken in Ballungsgebieten und Bezirken in eher ländlichen Gemeinden mit einzubeziehen, wird die Einwohnerdichte, gemessen über die Einwohnerzahl je km², als aktive exogene Kovariate auf der Ebene der Gemeinde spezifiziert und bei der Clusterung mitberücksichtigt.

Methodisches Vorgehen – Modellauswahl

Zur Auswahl des besten Modells mit entsprechender Clusteranzahl und Spezifikation werden systematisch mehrere Modellvarianten mit aufsteigender Clusteranzahl geschätzt und deren Anpassungsgüte (BIC Werte) miteinander verglichen. Dieses Vorgehen ist in Tabelle A.1 im Anhang dokumentiert. Das Modell mit der besten Anpassung an die empirischen Daten hat den niedrigsten BIC-Wert und wird dann ausgewählt.

Die Tabelle 5.2 zeigt das Clusterprofil auf Basis der Mittelwerte und Anteile für das Modell zur Typisierung des Jahres 1970. Es unterteilt die 1 586 kleinräumigen Gebiete in 6 Cluster. Der größte Cluster umfasst etwa 30 Prozent, der zweitgrößte ca. 25 Prozent, der drittgrößte 16,5 Prozent und die restlichen drei Cluster umfassen ca. 9 bis 10 Prozent der Bezirke. Die räumliche Zuordnung der Cluster ist in Abildung 5.1 dargestellt.

Cluster 1 beinhaltet die meisten Raumeinheiten und ist in »hellgrün« dargestellt. Er bildet in Bezug auf die Einwohnerdichte einen Durchschnittscluster, der Mittelwert der Einwohnerdichte liegt im Landesdurchschnitt. Zu dem Cluster gehören Teile von Düsseldorf, Köln, Mettmann, Wuppertal, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Viersen, Gütersloh und Bielefeld sowie südliche Teile vom Ennepe-Ruhr-Kreis und Teile von Duisburg und Mülheim a.d.R. Der Ausländeranteil ist überdurchschnittlich, der Anteil der Wohnbevölkerung, die vom Bergbau oder Energiebereich abhängig ist, liegt nur bei 1,1 Prozent und ist damit unterdurchschnittlich.

Die Raumeinheiten in Cluster 2 und 4 sind in »Grüntönen« dargestellt und kennzeichnen ländliche Bezirke mit geringerer Einwohnerdichte, sie weisen den niedrigsten Ausländeranteil und den höchsten Jugendquotienten sowie höchsten Anteil an Selbständigen auf. Zu Cluster 2 gehören Teile von Borken, Höxter, vom Kreis Paderborn und dem Hochsauerlandkreis, Euskirchen und Minden-Lübbecke.

Cluster 3 kennzeichnet vor allem das nördliche Ruhrgebiet, ca. 77 Prozent der Bezirke liegen im RVR-Gebiet, ca. 20 Prozent im Rheinischen Braunkohlerevier. Er ist zwar in »rot« dargestellt, kennzeichnet damit aber im Jahr 1970 nicht die im engeren Sinne sozial benachteiligten Regionen mit hohen Erwerbslosenzahlen, da weitestgehend Vollbeschäftigung vorlag, sondern demnach Bezirke mit hohem Anteil an Arbeitern. Der Arbeiteranteil liegt im Mittel mit knapp 54 Prozent überdurchschnittlich hoch. In diesem Cluster ist die Einwohnerdichte am höchsten, der Jugendquotient liegt im Durchschnitt. Im Jahr 1970 ist auch der Ausländeranteil in diesem Bezirk nur durchschnittlich hoch, er steigt erst in den nachfolgenden Jahren deutlich an. Mehr als ein Fünftel der Wohnbevölkerung bezieht ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Bergbau- und Energiesektor.

Cluster 4 ist mit ca. 9 Prozent der kleinste Cluster, er ist »dunkelgrün« dargestellt und kennzeichnet ländliche Randbezirke von dem Bergbau und Energie

	Cluster						
Merkmal	**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**insg.**
Clustergröße in %	29,6	24,9	16,5	8,9	9,6	10,5	100
Anzahl	469	395	261	141	153	167	1 586
Ausländeranteil 1970 in %							
1. Dezil	1,1	24,4	5,7	20,4	1,2	7,9	x
2	2,0	21,6	7,6	19,3	2,1	9,8	x
3	3,3	17,8	9,6	17,2	3,6	11,6	x
4	5,3	13,5	11,3	14,2	5,7	12,7	x
5	7,9	9,5	12,6	10,9	8,4	13,2	x
6	10,7	6,1	12,8	7,6	11,3	12,5	x
7	13,5	3,6	12,1	4,9	14,0	10,9	x
8	16,4	2,0	10,9	3,0	16,4	9,0	x
9	19,0	1,0	9,5	1,8	18,3	7,2	x
10. Dezil	20,9	0,5	7,8	1,0	19,1	5,3	x
Mittelwert Dezile	7,4	3,1	5,7	3,5	7,3	5,2	5,5
Mittelwert in %	4,7	1,1	3,3	1,3	4,1	2,8	3,0
Jugendquotient 1970 in %							
1. Dezil	12,6	0,1	9,4	0,5	30,9	17,2	x
2	13,5	0,2	10,6	1,2	22,8	16,2	x
3	14,1	0,6	11,7	2,6	16,5	15,0	x
4	14,1	1,6	12,4	5,3	11,5	13,5	x
5	13,4	3,8	12,8	9,2	7,8	11,9	x
6	11,5	7,7	12,3	13,6	5,0	9,7	x
7	8,7	13,1	10,8	16,9	2,9	7,1	x
8	6,1	19,2	8,8	18,3	1,5	4,8	x
9	3,8	24,8	6,6	17,4	0,8	3,0	x
10. Dezil	2,3	29,0	4,7	15,2	0,4	1,7	x
Mittelwert Dezile	4,4	8,3	5,0	7,3	2,8	4,0	5,5
Mittelwert in %	48,1	65,0	48,0	59,3	42,0	44,1	52,3
Mittlerer Anteil Selbständige an Erwerbspersonen insg. in %	8,4	15,8	6,8	14,7	9,5	9,7	10,8
Mittlerer Anteil Arbeiter an Erwerbspersonen insg. in %	47,3	44,2	53,5	44,6	30,2	40,7	44,9
Mittlerer Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich in %	8,8	5,9	7,4	6,2	21,4	11,9	9,2
Mittlerer Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Energiesektor in %	1,1	0,4	22,4	6,1	1,2	3,9	5,3
Kovariablen							
aktiv							
Einwohnerdichte in den Gemeinden im Jahr 1970							
Mittlere Einwohnerzahl je km²	1 120,3	135,3	1 876,9	286,2	1 477,2	1 837,0	1 039,4
passiv							
Anteil Beamte an Erwerbspersonen insg. in %	6,0	4,9	5,4	5,3	11,2	8,3	6,3
Anteil im RVR Gebiet in %	11,3	2,5	76,6	17,7	2,6	64,1	25,2

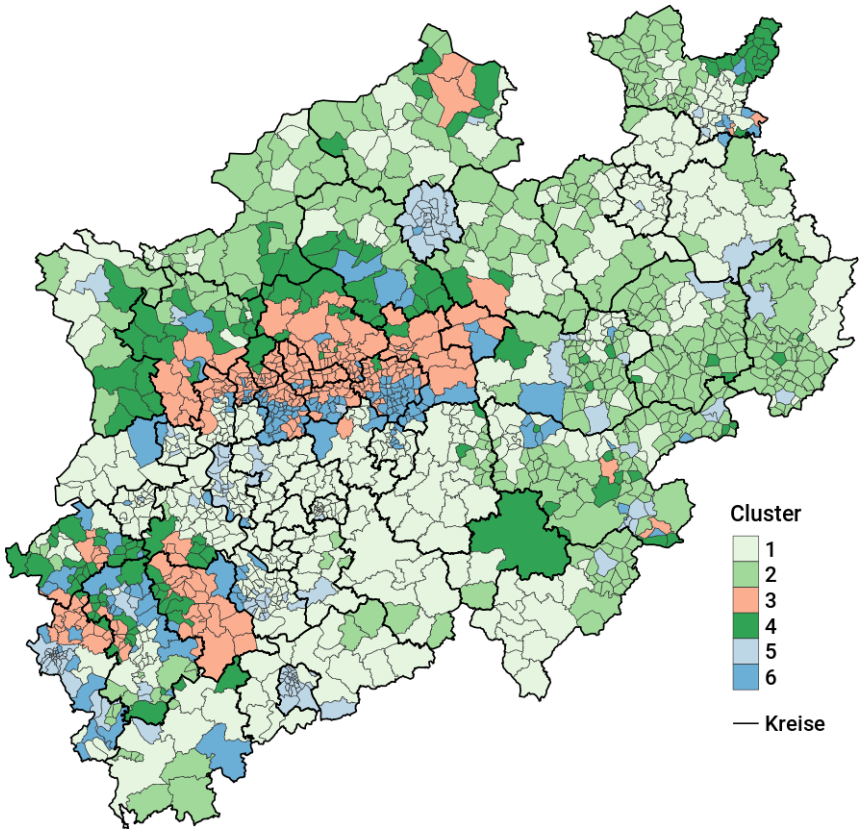
Tabelle 5.2: Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

Cluster 3. Ein leicht überdurchschnittlicher Anteil der Wohnbevölkerung lebt auch hier von einer Erwerbstätigkeit im Energiesektor. Zu Cluster 4 gehören vor allem Gebiete, die nördlich an das Ruhrgebiet angrenzen sowie angrenzende Gebiete des Rheinischen Braunkohlereviers westlich von Köln und nordöstlich von Aachen, aber auch der Kreis Olpe.

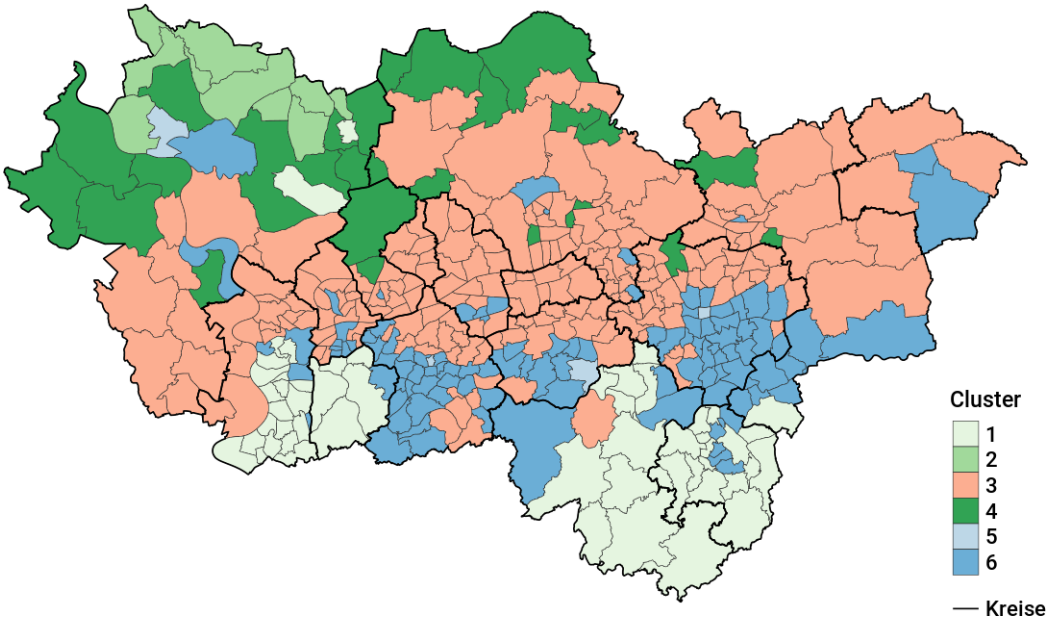
Cluster 5 ist in »hellblau« dargestellt und durch einen besonders hohen Dienstleistungsanteil gekennzeichnet, mehr als 20 Prozent der Wohnbevölkerung bezieht ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich. Dies ist mehr als doppelt so hoch wie der landesweite Durchschnittswert von 9,2 Prozent. Der Anteil an Arbeitern ist unterdurchschnittlich, der an Beamten dagegen weit überdurchschnittlich. Zu Cluster 5 gehören u.a. Münster, Teile von Aachen und Bonn.

Der Cluster 6 ist in der Farbe »blau« dargestellt und beinhaltet zu ca. 65 Prozent Bezirke im südlichen Ruhrgebiet (RVR-Gebiet) unterhalb der damaligen B1, hier lebt zu einem größeren Teil die wohlhabendere Bevölkerung des Ruhrgebiets. Der Arbeiteranteil als auch der Jugendquotient sind hier unterdurchschnittlich, der Anteil an Beamten sowie der Anteil der Wohnbevölkerung mit einem überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätgkeit im Dienstleistungssektor sind dagegen überdurchschnittlich hoch.

In dem unteren Teil der Abbildung 5.1 ist das Ergebnis der Typisierung noch einmal für das RVR-Gebiet dargestellt. Am Verlauf des Musters ist schon sehr deutlich die bekannte Zweiteilung des Ruhrgebiets entlang der damaligen B1 (nicht dargestellt) zu erkennen. Im nächsten Schritt folgt die Typisierung der Bezirke anhand der Zensus Daten für das Jahr 2011.



(a) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke 1970 in NRW



(b) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke 1970 im RVR

Abbildung 5.1: Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 1970 in NRW und im RVR (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

5.3 Typisierung der Bezirke für das Jahr 2011

Zur Typisierung der Bezirke für das Jahr 2011 wurden insgesamt acht Variablen ausgewählt. In Tabelle 5.3 sind wiederum die einbezogenen Variablen und deren Skalierung aufgeführt. Als demografische und bevölkerungsspezifische Komponente dienen aus dem Zensus der Jugendquotient und der Migrantenanteil, die – wie weiter oben schon beschrieben – als Dezile eingehen. Für das Jahr 2011 wird anstelle des Ausländeranteil der Migrantenanteil verwendet, da er mit dem am 01. Januar 2000 in Kraft getretenen und grundsätzlich überarbeiteten Staatsangehörigkeitsgesetzes in diesem Fall der bessere Indikator ist.

Da der registergestützte Zensus im Jahr 2011 keine Informationen zum Thema Erwerbstätigkeit liefert, werden zusätzlich kommerzielle Daten von *infas 360* eingebunden. Hierzu gehören zur Darstellung der sektoralen Struktur der Anteil an Beschäftigten im Tertiären Sektor am Arbeitsort in Prozent und der Anteil an Selbständigen in den Bezirken. Als Armutsindikator dient vor allem der Anteil an Arbeitslosen in Prozent.[4] Der Anteil an leerstehenden Wohnungen (Leerstand in Dezilen) ist oft ein Indikator für eine schrumpfende Wohnungsnachfrage und kennzeichnet in vielen Fällen auch unattraktive Lagen in sozial problematischen Quartieren.[5] Im Gegenzug dazu wird, sozusagen als Wohlstandsindikator, auch der mittlere Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum verwendet. Als aktive Kovariable wird zudem wieder die Einwohnerdichte mit auf Gemeindeebene berücksichtigt.

[4] Die Arbeitslosenquote ist nicht direkt vergleichbar mit der amtlichen Arbeitslosenquote. Sie wurde von *infas 360* für die Bezirke auf Basis von amtlichen Arbeitslosendaten und weiteren kleinräumigen Variablen modelliert (siehe hierzu die Beschreibung im vorhergehenden Kapitel).

[5] Natürlich gibt es auch Leerstände, die durch andere Ursachen bedingt sind, wie z.B. die Sanierung und den Umbau von Wohnungen.

Variable	**Messniveau**	**M**	**SD**	**N**
Migrantenanteil 2011 (Dezile)	ordinal			1 586
Jugendquotient 2011 (Dezile)	ordinal			1 586
Anteile Arbeitslose 2011 in%	metrisch	7,25	3,57	1 586
Anteil Selbständige 2011 am Arbeitsort in %	metrisch	10,26	5,03	1 586
Mittlerer Anteil der Beschäftigten im Tertiären Sektor in % am Arbeitsort	metrisch	42,42	18,67	1 586
Mittlerer Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum in %	metrisch	49,50	17,98	1 586
Leerstand von Wohnungen	Dezile			1575
externe Kovariable				
aktiv				
Einwohnerdichte in Gemeinden				
Mittlere Einwohnerzahl je km²	metrisch	974,50	918,60	1 586

Tabelle 5.3: Indikatoren für die Typisierung im Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Das Ergebnis der Typisierung ist der Tabelle 5.4 zu entnehmen. Die Modellauswahl (siehe hierzu im Anhang die Tabellen A.4 und A.5) ergibt eine Typisierung auf Basis von 6 Clustern.

Die ersten beiden Cluster 1 und 2 sind in der Karte in »Grüntönen« eingefärbt und beschreiben Bezirke im ländlichen Bereich mit unterdurchschnittlicher Einwohnerdichte und überdurchschnittlichen Jugendquotienten sowie hohem Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum. Im gewissen Sinne kennzeichnen die Unterschiede in den Clustern die vorliegende Heterogenität in den ländlichen

	Cluster						
Merkmal	1	2	3	4	5	6	insg.
Clustergröße in %	18,2	24,0	14,8	19,4	16,8	6,8	100
Anzahl	288	381	235	307	267	108	1 586
Migrantenanteil 2011 in %							
1. Dezil	0,3	35,7	0,4	0,0	6,7	1,9	x
2	2,1	26,0	2,6	0,0	17,2	1,9	x
3	3,5	22,3	6,0	0,7	17,2	1,9	x
4	9,7	8,9	11,9	0,3	23,6	3,7	x
5	18,4	5,2	14,5	2,9	14,6	3,7	x
6	20,1	1,3	15,3	4,6	12,7	11,1	x
7	17,0	0,5	16,2	13,0	6,0	12,0	x
8	15,3	0,0	13,2	18,9	1,5	20,4	x
9	8,3	0,0	9,4	28,3	0,4	23,1	x
10. Dezil	5,2	0,0	10,6	31,3	0,0	20,4	x
Mittelwert Dezile	6,4	2,3	6,5	8,6	3,9	7,7	5,5
Mittelwert in %	21,9	9,5	22,8	32,4	14,3	28,4	20,3
Jugendquotient 2011 in %							
1. Dezil	1,0	2,9	6,8	7,8	9,0	74,1	x
2	2,8	3,4	16,6	12,7	16,5	14,8	x
3	5,6	5,0	18,3	12,1	14,6	4,6	x
4	9,0	8,7	11,5	12,1	11,6	3,7	x
5	10,4	6,8	14,0	11,7	12,7	0,0	x
6	12,8	10,8	10,6	12,7	6,0	0,9	x
7	13,2	11,5	10,2	8,8	9,4	0,0	x
8	18,4	13,9	5,1	5,9	8,6	0,0	x
9	17,7	14,7	4,7	8,1	6,0	0,0	x
10. Dezil	9,0	22,3	2,1	8,1	5,6	1,9	x
Mittelwert Dezile	6,8	7,1	4,5	5,2	4,8	1,6	5,5
Mittelwert in %	29,9	30,6	26,9	28,3	27,2	18,5	28,1
Leerstandsquote 2011 in %							
1. Dezil	1,0	18,4	15,7	0,7	9,0	21,3	x
2	6,6	14,7	12,8	1,0	13,1	13,9	x
3	7,3	6,6	25,1	3,9	10,9	12,0	x
4	6,6	7,6	19,1	5,9	13,9	8,3	x
5	9,7	11,0	10,2	5,5	16,1	5,6	x
6	11,8	7,6	6,4	10,4	12,7	8,3	x
7	14,6	7,6	4,3	11,4	15,0	7,4	x
8	17,0	7,6	3,4	17,9	3,4	8,3	x
9	14,2	8,7	2,6	18,2	4,5	5,6	x
10. Dezil	11,1	10,2	0,4	25,1	1,5	9,3	x
Mittelwert Dezile	6,6	4,9	3,7	7,7	4,7	4,6	
Mittelwert in %	4,1	3,3	2,6	5,0	3,0	3,2	3,6
Mittlerer Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum in %	55,9	66,9	43,4	30,8	56,4	20,2	49,5
Mittlerer Anteil Selbständige an Erwerbspersonen insg. in %	9,2	9,7	11,1	9,2	8,7	20,3	10,3
Mittlerer Anteil Arbeitslose 2011 in %	5,2	4,0	7,5	12,1	8,2	7,6	7,3
Mittlerer Anteil der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor in % am Arbeitsort	59,9	61,1	77,7	73,2	67,6	91,0	68,8
Kovariablen							
aktiv							
Einwohnerdichte in den Gemeinden							
Mittlere Einwohnerzahl je km²	367,4	164,1	1 529,8	1 656,4	1 114,8	1 959,0	974,5
passiv							
Anteil der Bezirke im RVR in %	2,1	6,3	29,4	56,4	36,3	27,8	25,2

Tabelle 5.4: Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Regionen. Während Cluster 1 einen leicht überdurchschnittlichen Migrantenanteil und eine erhöhte Leerstandsquote aufweist, sind die Ausprägungen dieser Variablen in Cluster 2 unterdurchschnittlich. Zu Cluster 1 gehören Bezirke im Kreis Olpe, im Kreis Gütersloh, Kreis Euskirchen sowie im Bergischen Kreis. Zu Cluster 2 gehören vor allem Bezirke und Gemeinden im Hochsauerlandkreis und im Kreis Coesfeld.

Cluster 3 ist »dunkelblau« eingefärbt, hierunter fallen Bezirke mit überdurchschnittlich hoher Einwohnerdichte, die einen erhöhten Selbständigenanteil und Beschäftigtenanteil im Tertiären Sektor (am Arbeitsort) und von allen Clustern die niedrigste Leerstandsquote aufweisen. Hier wohnt vor allem die wohlhabendere Bevölkerung, geprägt von Wohn- und Lebensformen des Bürgertums, insofern kann man ihn auch als »sozialökonomisch konsolidierten Cluster« bezeichnen. Zu Cluster 3 gehören Bezirke und Gemeinden an der Rheinregion (ausgenommen sind die Innenstadtbezirke von Düsseldorf und Köln) sowie das südliche Ruhrgebiet (ca. 30 Prozent liegen im RVR-Gebiet), d.h. Teile von Essen, Bochum und Mülheim a.d. Ruhr als auch Bezirke in und um Münster und Aachen.

Cluster 4 ist in »rot« dargestellt, er weist den höchsten Anteil an Arbeitslosen (durchschnittlich 12,1 Prozent) und den höchsten Migrantenanteil auf. Auf dem Wohnungsmarkt ergibt sich mit ca. 5 Prozent im Mittel die höchste Leerstandsquote, der Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum ist in diesem Cluster sehr gering. Der Cluster 4 beschreibt vor allem Bezirke im nördlichen Ruhrgebiet (ca. 56 Prozent liegen im RVR-Gebiet), aber auch Bezirke in Bielefeld und im Rheinischen Braunkohlerevier. Bei einigen Bezirken ist die Zuordnung zu diesem Cluster schwierig, wenn die Zuordnungswahrscheinlichkeit zu diesem Cluster unterhalb des Schwellenwertes von 0,8 liegt, wird daher die Intensität der roten Farbe leicht abgeschwächt.

Cluster 5 findet sich vor allem im nördlichen Bereich des Rheinischen Braunkohlereviers, im Süden einiger Ruhrgebietsstädte wie Essen und Dortmund, aber auch im angrenzenden Norden einiger Ruhrgebietsstädte. Die Einwohnerdichte ist durchschnittlich, die Mehrzahl der Bewohner lebt hier in selbstgenutztem Wohneigentum, der Migrantenanteil ist unterdurchschnittlich. Der Cluster 5 beschreibt ebenfalls »sozialökonomisch konsolidierte Bezirke« und wird mit »hellblau« gekennzeichnet.

Cluster 6 ist der kleinste Cluster, er beschreibt vor allem die Geschäftsviertel in den Innenstadtbereichen in Städten wie Düsseldorf, Köln, Aachen, Münster und in einigen Städten im Ruhrgebiet, wie Essen, Bochum und Mülheim a.d. Ruhr. Über 90 Prozent der Beschäftigten vor Ort sind im Tertiären Sektor tätig, der Selbständigenanteil liegt mit über 20 Prozent doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Der größte Teil der Bevölkerung wohnt zur Miete, nur ein Fünftel lebt in selbstgenutztem Wohneigentum. Familien leben hier eher nicht, der Jugendquotient liegt unter 20 Prozent. Auch dieser Cluster wird in einem »Blauton« dargestellt.

Die räumliche Verteilung dieser Cluster für ganz NRW sowie für das RVR-

Gebiet ist Abbildung 5.2 zu entnehmen. Man erkennt hier sehr deutlich die Dominanz des sozioökonomisch konsolidierten Clusters 3 in dem Bereich der Rheinregion, im südlichen Ruhrgebiet, in Münster und in Aachen.

5.3.1 Vergleich der Typisierung von 1970 und 2011 – Entstehung von sozial benachteiligten Bezirken im Ruhrgebiet

Bei einem Vergleich der Typisierung von 1970 mit der für 2011 fällt insbesondere der Wandel der sozialökonomisch stabilen Arbeiterbezirke im nördlichen Ruhrgebiet (1970: Cluster 3) mit nahezu Vollbeschäftigung und durchschnittlichem Ausländeranteil in sozial benachteiligte Bezirke (2011: Cluster 4) mit hoher Erwerbslosigkeit, sehr hohem Migrantenanteil und der höchsten Leerstandsquote auf dem Wohnungsmarkt auf. Die Bezirke Duisburg-Marxloh, die Dortmunder Nordstadt, der Essener Norden und der Gelsenkirchener Süden haben gemeinsam, dass Sie ursprünglich klassische Arbeiterbezirke waren und in ihnen heute viele Menschen leben, die erwerbslos und/oder zugewandert sind. In den Zeiten der Schwerindustrie gab es für viele der Menschen ausreichend Arbeit, auch die Geringqualifizierten fanden hier bis in die 1980er Jahre gute Möglichkeiten und einen Platz in der Gesellschaft.

Als Ursache für diesen Wandel werden häufig drei Prozesse angeführt (vgl. Kapitel 2 und Jeworutzki u. a. 2016: 410; Friedrichs und Triemer 2009: 15; Häußermann und Siebel 2004: 160):

1. *Eine überdurchschnittliche Verarmung der Bewohner/-innen in benachteiligten Gebieten*: Eine ungünstige Qualifikationsstruktur in den betroffenen Bezirken führt dazu, dass die Einwohner/-innen im Rahmen eines strukturellen Wandels der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und/oder in wirtschaftlichen Krisenzeiten eher erwerbslos werden. Langfristig führt dies zu zunehmender Armut in der Bevölkerung dieser Bezirke und manifestiert sich in Form von wachsenden Arbeitslosenquoten. Hier sind insbesondere ehemalige Arbeiterviertel mit einem hohen Anteil an eher gering qualifizierten Erwerbstätigen gefährdet.

2. *Selektiver Fortzug von überwiegenden erwerbstätigen Personen und relativ Bessergestellten*: Mit dem Anstieg der Arbeitslosenquote nehmen in der Regel auch Ängste vor dem sozialen Abstieg und das Konfliktpotential in den Bezirken zu. Dies kann zu einer zunehmenden Verunsicherung der Bewohner/-innen führen und mit dazu beitragen, dass die finanziell Bessergestellten, die sich teurere Quartiere leisten können, die Wohnorte in den Bezirken verlassen. Die finanziell Schwachen haben diese Möglichkeiten i.d.R. nicht und verbleiben in den Bezirken.

3. *Selektiver Zuzug von überwiegend armen Bewohner/-innen*: Finanziell schwache Personen können die höheren Mieten in den anderen Bezirken nicht mehr zahlen und ziehen zunehmend in die sozial benachteiligten Bezirke, da sie sonst keine passenden Wohnungen mehr finden. Verstärkt wird dieser Sachverhalt teilweise auch dadurch, dass der Anteil an öffentlich geförder-

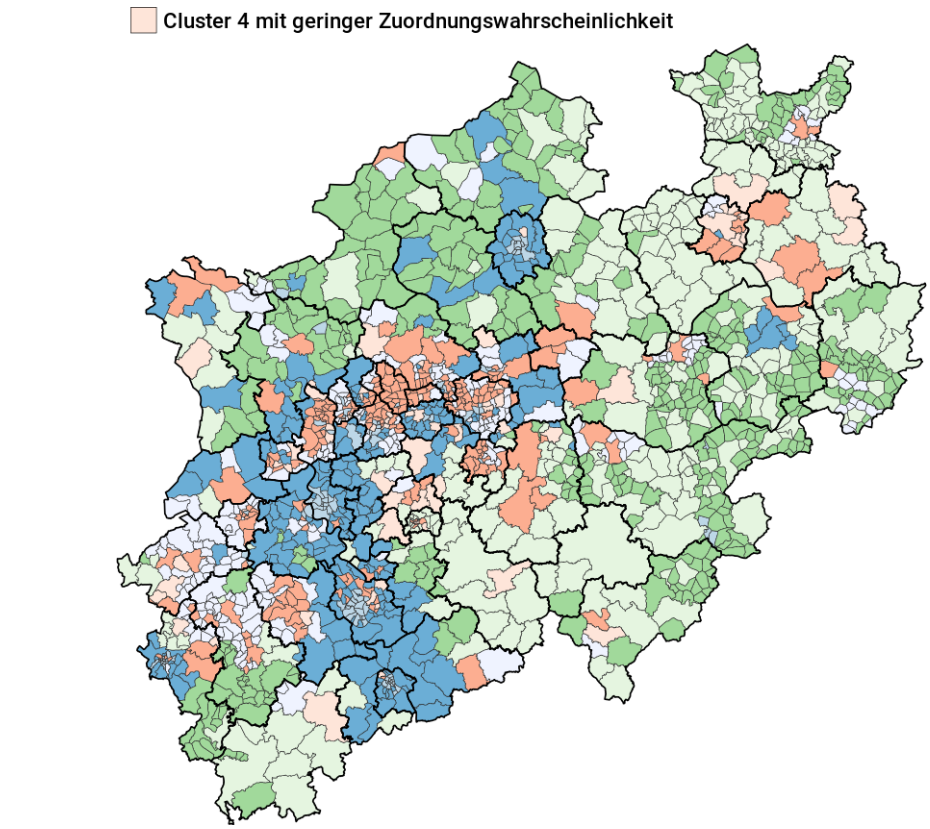
> ten Wohnungen in diesen Bezirken relativ hoch ist. So entstanden in den 1970er Jahren gerade in diesen Bezirken Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus. Der vergleichsweise niedrige Mietspiegel in diesen Bezirken führt zudem dazu, dass auch verstärkt Personen mit Migrationshintergrund, die durchschnittlich über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, in diese Bezirke zuwandern und sich diese Personengruppe in diesen Bezirken konzentrieren. Die betroffenen Regionen sind dann häufig als »Integrationsschleusen« überfordert, in den armutssegregierten Vierteln entstehen weitere Fragmentierungen und soziale Grenzen, die ein friedliches Miteinander erschweren (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 70).

Durch den selektiven Fortzug von finanzstärkeren Haushalten bei einem gleichzeitigen selektiven Zuzug von finanzschwachen Haushalten wird eine Abwärtsspirale und soziale Auslese in Gang gesetzt (vgl. Häußermann und Siebel 2004: 171). Eine wesentliche Ursache für das Ausmaß der sozialen Segregation ist dabei die Verteilung und Höhe der regionalen Angebotsmieten. Der regionale Mietpreis wirkt als ein Zugangsmechanismus zu bestimmten Bezirken und bestimmt damit auch, inwieweit Personen die Möglichkeit haben, in andere Bezirke zu wechseln (vgl. Jeworutzki u. a. 2016: 409).

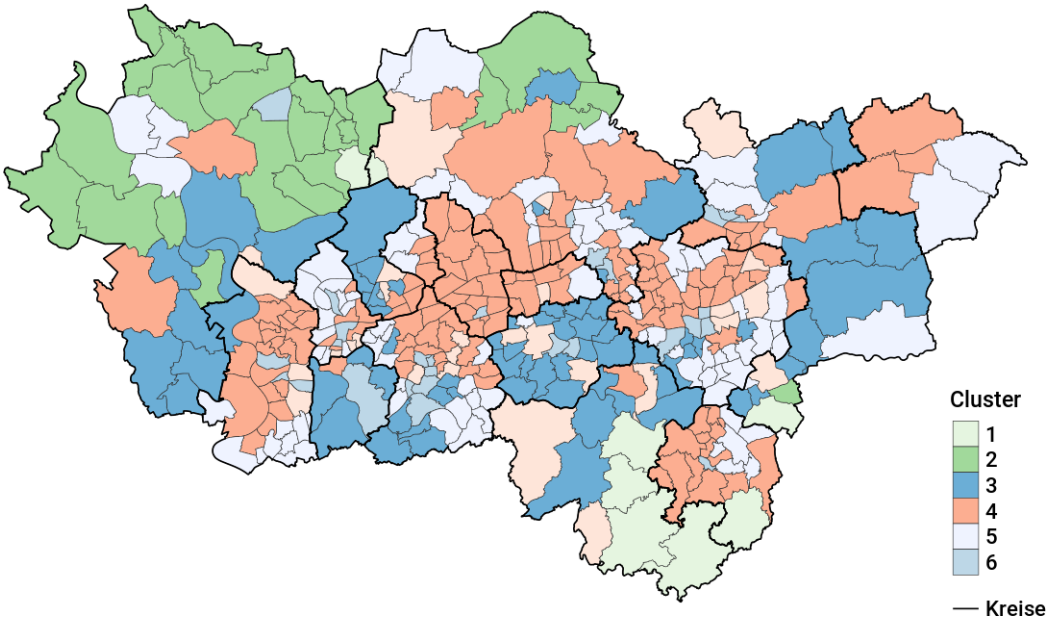
Für einige Bezirke des Ruhrgebiets formulieren Bogumil, Heinze, Lehner u. a. (2012: 70) diese Entwicklung sehr prägnant: »Das Ergebnis der wirtschaftlichen und sozialen Transformationen der letzten vier Jahrzehnte ist die Entstehung einer immobilen und gleichzeitig wachsenden, kleinräumig verinselten, sozial desintegrierten und sozial isolierten neuen ›Unterklasse der Dienstleistungsgesellschaft‹ in den alten Arbeitersiedlungen und den neuen Großsiedlungen der schrumpfenden Revierstädte.«

Der Strukturwandel hat insofern nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Stadtstrukturen der Revierstädte verändert, die innerstädtische Segregation, die Trennung von Arm und Reich, von gut und schlecht Gebildeten, aber auch von Jung und Alt und von Autochthone und Nicht-Autochthone wurde verschärft (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 70).

Die beschriebene residentielle Segregation wird daher analytisch häufig in drei Dimensionen unterteilt (vgl. Jeworutzki u. a. 2016: 408): 1. die soziale Segregation, hier steht die räumliche Ungleichverteilung von sozialökonomischen Merkmale, wie Einkommen, Bildung und Berufsstatus im Zentrum. 2. die ethnische Segregation, die auf die ungleiche Verteilung von ethnischen Gruppen innerhalb eines Gebietes rekurriert sowie 3. die demografische Segregation, die sich auf die ungleiche Verteilung von Altersgruppen bezieht. Im nördlichen Teil des Ruhrgebiet überlagern sich in vielen Bezirken diese Dimensionen.



(a) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke 2011 in NRW



(b) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke 2011 im RVR

Abbildung 5.2: Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Jahr 2011 in NRW und im RVR (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

5.4 Klassifikation für Veränderungstypen 1970 und 2011

Ein großer Vorteil dieser Studie ist, dass durch die Konstruktion von zeitinvarianten kleinräumigen Bezirken – trotz der vielen Gebietsstandänderungen im Laufe der Zeit – Veränderungen im Längsschnitt betrachtet werden können. Es bietet sich daher an, für die Entwicklung dieser zeitinvariant konstruierten kleinräumigen Bezirke auch Typen zu bilden. Dies setzt voraus, dass zumindest für einige zentrale Variablen die Veränderung in den Ausprägungen zwischen den betrachteten Jahren bei der Klassenbildung mit berücksichtigt werden kann. Zur Typisierung der Gebiete wurden insgesamt neun Variablen ausgewählt. Tabelle 5.5 zeigt die einbezogenen Variablen und deren Skalierung. Als demographische und bevölkerungsspezifische Komponente dienen wiederum der Jugendquotient des Jahres 2011, dessen Veränderung in den Dezilen zu 1970 und der Migrantenanteil 2011 sowie die Veränderung der Dezile im Ausländeranteil zwischen 1970 und 2011. Diese Daten stammen aus den Zensen.

Als Indikator für eher sozial benachteiligte Bezirke dient der Anteil an Arbeitslosen in Prozent sowie der Leerstand (Dezile) auf dem Wohnungsmarkt im Jahr 2011. Die Daten zur Arbeitslosigkeit stammen von *infas 360*. Zu diesen Größen liegen keine Daten aus den 1970er Jahren vor, insofern ist eine Veränderung in den Ausprägungen nicht darstellbar. Um den Strukturwandel abzubilden, wird der Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe 2011 in Prozent (Daten von *infas 360*) sowie dessen Veränderung zu 1970 (Zensus) in Prozentpunkten verwendet. Diese beiden Variablen beziehen sich auf den Arbeitsort und nicht auf den Wohnort der Beschäftigten. Da für beide Zeitpunkte unterschiedliche Datenquellen verwendet werden, ist die Veränderung in Prozentpunkten eher als Richtgröße anzusehen. Als Kovariable dient wieder die Einwohnerdichte in den Gemeinden, die auf Zensusdaten basiert.

Die Tabelle 5.6 zeigt das Clusterprofil des ermittelten und geschätzten latenten Klassenmodells, die Angaben zur Modellauswahl finden sich wieder im Anhang in den Tabellen A.7 und A.8. Für eine Visualisierung der Veränderungen ausgewählter Merkmale in den Clustern des Modells werden in Abbildung 5.3 vertikale Boxplots verwendet. Die schwarzen Boxplots zeigen für die Cluster die Verteilung für das Jahr 1970, die korrespondierenden Boxplots für 2011 sind zur Unterscheidung etwas kleiner und in rot dargestellt.[6] Insgesamt wurden neun Cluster identifiziert. Vier Cluster davon (Cluster 1 bis 4) beschreiben vor allem die Heterogenität im ländlichen Raum. Gemeinsam ist diesen Clustern, dass die Bezirke in ihnen neben einer unterdurchschnittlichen Einwohnerdichte im Mittel einen leicht überdurchschnittlichen Jugendquotienten und einen unterdurchschnittlichen Migranten- und Arbeitslosenanteil aufweisen. Die Boxplots zeigen u.a. für 1987 die Erwerbslosenquote aus dem Zensus und für 2011 die Arbeitslosenquote von *infas 360*. Ein direkter Vergleich ist nicht möglich, aber erkennbar ist, dass beide Indikatoren in Cluster 1 – 4 im Vergleich zu den anderen sehr niedrige Werte realisieren. In allen neun Clustern zeigt sich aufgrund des demografischen Wandels ein starker Rückgang des Jugendquotienten. Unterschiede in den ländlichen Clustern gibt es vor allem in Bezug auf die wirtschaftsstrukturelle Enwicklung. Die Bezirke in Cluster 1 und 2 hatten

[6] Boxplots dienen zur grafischen Darstellung der Verteilung von mindestens ordinalskalierten Merkmalen. Der dargestellte Kasten kennzeichnet in seinen Grenzen das untere und obere Quartil und der fett einzeichnete Strich die Lage des Medians. Punkte sind *Ausreißer*, die vertikalen Striche sind sogenannte »Whisker«. Sie kennzeichnen hier das 1,5-fache des Interquartilabstandes (IQR).

Tabelle 5.5: Indikatoren für die Typisierung im Längsschnitt 1970–2011 (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Variable	**Messniveau**	**M**	**SD**	**N**
Jugendquotient 2011 (Dezile)	ordinal			1 586
Differenz Jugendquotient 2011 (Dezile) zu 1970 (Dezile)	ordinal			1 586
Migrantenanteil 2011 (Dezile)	ordinal			1 586
Differenz Ausländeranteil 2011 (Dezile) zu 1970 (Dezile)	ordinal			1 586
Leerstand von Wohnungen 2011 in % (Dezile)	ordinal			1 586
Anteil Arbeitslose 2011 in %	metrisch	7,25	3,57	1 586
Mittlerer Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe 2011 am Arbeitsort in %	metrisch	42,42	18,67	1 586
Differenz in den Anteilen an Beschäftigten im Prod. Gewerbe 2011 – 1970 am Arbeitsort in %	metrisch	-26,32	20,82	1 586
externe Kovariable				
aktiv				
Einwohnerdichte in der Gemeinde 2011				
Mittlere Einwohnerzahl je km²	metrisch	974,50	918,60	1 586

in den letzten 40 Jahren einen überdurchschnittlichen Rückgang im Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (am Arbeitsort) zu verkraften, in Cluster 3 war dieser Rückgang eher unterdurchschnittlich und in Cluster 4 ist der Anteil sogar annähernd gleich geblieben. Die Bezirke in Cluster 4 weisen mit im Schnitt 58 Prozent im Vergleich zu allen anderen Clustern den höchsten Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (am Arbeitsort) auf. Zu diesem Cluster zählt z.B. auch der Kreis Olpe, die Mehrzahl der Beschäftigten vor Ort sind hier im Produzierenden Gewerbe bzw. konkret in der Herstellung von Metallerzeugnissen und im Maschinenbau tätig.

Die restlichen fünf Cluster beziehen sich in erster Linie auf Städte bzw. Ballungsgebiete, wobei die Cluster 5, 6 und 7 mehrheitlich im RVR-Gebiet liegen. Diese drei Cluster sind vom Strukturwandel besonders stark betroffen, sie zeigen einen deutlichen Rückgang im Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe, der Rückgang beträgt teilweise mehr als 30 Prozentpunkte.[7] Die Boxplots in Abbildung 5.3 zeigen zudem, dass bedingt durch den Strukturwandel der Anteil an Arbeitsstätten mit 50 und mehr Beschäftigten in den betrachteten 40 Jahren ebenfalls stark zurückgegangen ist.

[7] Zu beachten ist aber auch hier, dass dies eher eine Richtgröße ist, da die Datenquellen für beide Jahre unterschiedlich sind.

Cluster 5 kann als sozialökonomisch konsolidierter Cluster bezeichnet werden. Er beschreibt vor allem Bezirke im südlichen Teil des Ruhrgebietes, es gehören aber auch Räume am nördlichen Rand des RVR-Gebietes dazu. Der Cluster umrahmt quasi, wie ein Speckgürtel, den nördlichen Teil des Ruhrgebietes. Insgesamt liegen ca. 55 Prozent der Bezirke des Clusters im RVR-Gebiet. Die Arbeitslosenquote liegt zwar etwas über dem Landesschnitt aber noch deutlich unter dem RVR-Durchschnitt. Die Leerstandsquote, der Migrantenanteil als auch der Zuwachs im Ausländeranteil sind unterdurchschnittlich. Der Jugendquotient weist den stärksten Rückgang auf. Begründet werden kann dies u.a.

mit der zunehmenden und dauerhaften Kinderlosigkeit der mittleren und oberen Bildungs- und Einkommensschicht sowie dem Fortzug von Mittelschichtsfamilien aus den Städten (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 71). Letztlich werden mit Cluster 5 vor allem die wohlhabenderen Bezirke im RVR-Gebiet gekennzeichnet, welche schon immer geprägt sind von Wohn- und Lebensformen des Bürgertums, dies zeigt sich u.a. auch in dem – im Vergleich zu den anderen Ballungsgebieten – höchsten Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum.

Cluster 6 und 7 kennzeichnen stark sozial benachteiligte Bezirke, sie sind beide in etwa gleich häufig und beschreiben zusammen ca. 20 Prozent aller Bezirke in NRW. Die Arbeitslosenquote liegt bei beiden im Durchschnitt im Jahr 2011 mit über 12 Prozent weit über dem Landesdurchschnitt, der Leerstand liegt jeweils im Mittel bei einem Höchstwert von knapp 5 Prozent. In beiden Clustern ist der Migrantenanteil sehr hoch und der Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum sehr niedrig. Trotz dieser offensichtlichen Ähnlichkeiten gibt es aber auch prägnante Unterschiede. So beschreibt Cluster 6 stark schrumpfende Bezirke, die Einwohnerdichte ist signifikant rückläufig. Der Jugendquotient ist hier besonders niedrig und weist ebenfalls den stärksten Rückgang auf. Der Ausländeranteil ist von 1970 bis 2011 um ca. 7 Prozentpunkte gewachsen. Es ist ein ruhrgebietsspezifischer Cluster, über 95 Prozent der enthaltenen Bezirke liegen im RVR-Gebiet. Cluster 6 beschreibt sozial benachteiligte, oft schrumpfende und alternde Bezirke.

Cluster 7 ist demgegenüber eher gewachsen, bzw. der Schrumpfungsprozeß viel hier im Durchschnitt weniger stark aus. Der Cluster hat im Mittel den stärksten Zuwachs beim Jugendquotienten und Ausländeranteil (Zuwachs von 1970 bis 2011 etwa 12 Prozentpunkte), der Migrantenanteil liegt mit knapp 40 Prozent am höchsten. Über 45 Prozent der Bezirke liegen im RVR-Gebiet, dies sind vor allem Bezirke im Duisburger, Essener und Dortmunder Norden sowie Gelsenkirchener Süden. Man findet ihn aber auch in Köln, Wuppertal, Hagen und Bielefeld. Cluster 7 beschreibt sozial benachteiligte, familienstarke Bezirke.

Infobox »Bezirke der Cluster 5, 6 und 7, Beispiel Stadt Essen« Der Cluster 5 charakterisiert vor allem Bezirke in den südlichen Teilen und die Cluster 6 und 7 Bezirke in den nördlichen Teilen der größeren Ruhrgebietstädte. Als Beispiel sollen hier ausgewählte Bezirke der Ruhrgebietsstadt Essen dienen. Neben den Zensusdaten werden zusätzliche Angaben aus den kommunalen Berichten der Stadt Essen für das Jahr 2011 verwendet (vgl. Stadt Essen 2017: 145–146; Stadt Essen 2016: 68).

Ein Bezirk, der in den ökonomisch konsolidierten Cluster 5 fällt, ist der gutbürgerliche Stadtteil Bredeney. Der Anteil minderjährigen Kinder an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung liegt hier nur bei unterdurchschnittlichen 14,5 Prozent, gleichzeitig ist der Anteil der minderjährigen Kinder mit Bezug von Leistungen zur Existenzsicherung an der gleichaltrigen Bevölkerung mit 3,5 Prozent sehr niedrig. Der Anteil der Kinder mit doppelter oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit liegt 2011 mit 14,6 Prozent unter dem Durchschnitt. Der Altenquotient ist von 1970 bis 2011 um 18 Prozentpunkte auf den weit überdurchschnittlichen Wert von 48 Prozent gestiegen. Die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz ist von 11 422 im Jahr 1970 auf 10 536 im Jahr 2011 leicht gesunken.

Zwei Stadtteile, die für den alternden sozial eher benachteiligten Cluster 6 charakteristisch sind, sind Steele und Freisenbruch. Der Anteil minderjähriger Kinder an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung liegt in Steele im Jahr 2011 nur bei 14,1 Prozent und in Freisenbruch bei 16,9 Prozent, gleichzeitig beträgt der Anteil der minderjährigen Kinder mit Bezug von Leistungen zur Existenzsicherung an der gleichaltrigen Bevölkerung in Steele 30,0 und in Freisenbruch 43,2 Prozent. Der Anteil der minderjährigen Kinder mit doppelter oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit liegt 2011 in Steele bei 24,8 und in Freisenbruch bei 31,7 Prozent. Der Altenquotient ist in beiden Stadtteilen überdurchschnittlich, in Steele liegt er bei 39 Prozent und in Freisenbruch bei 41 Prozent. Die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz ist in Steele im Zeitraum 1970 und 2011 von 22 334 auf 16 599 und in Freisenbruch von 20 451 auf 16 297 gesunken.

Zwei Stadtteile, die charakteristisch für den eher jungen sozial benachteiligten Cluster 7 sind, sind das Nordviertel und Katernberg. Der Anteil minderjähriger Kinder an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung liegt im Nordviertel im Jahr 2011 mit 17,3 und in Katernberg mit 20,1 Prozent über dem Durchschnitt der Stadt. Der Anteil der minderjährigen Kinder mit Bezug von Leistungen zur Existenzssicherung an der gleichaltrigen Bevölkerung ist in beiden Stadtteilen weit überdurchschnittlich, im Nordviertel liegt er bei 62,2 Prozent und in Katernberg bei 42,7 Prozent. Der Anteil der minderjährigen Kinder mit doppelter oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit beträgt im Jahr 2011 im Nordviertel 61,4 und in Katernberg 43,7 Prozent. Der Altenquotient ist in beiden Stadtteilen unterdurchschnittlich; im Nordviertel ist er von 24 Prozent im Jahr 1970 sogar auf 21 Prozent im Jahr 2011 gesunken, in Katernberg von 20 Prozent im Jahr 1970 auf unterdurchschnittliche 29 Prozent im Jahr 2011 etwas angestiegen. Trotz der vergleichsweise jungen Bevölkerung sind auch hier die Bevölkerungszahlen – wie in fast allen Stadtteilen von Essen – gesunken. Im Nordviertel von 10 567 im Jahr 1970 auf 7 455 im Jahr 2011 und in Katernberg von 28 162 im Jahr 1970 auf 22 433 im Jahr 2011.

Cluster 8 ist der kleinste Cluster und enthält nur 5,2 Prozent der kleinräumigen Bezirke, wobei etwa ein Drittel davon in das RVR-Gebiet fallen. Die restlichen Bezirke finden sich vor allem in den Ballungsgebieten in der Rheinregion in Düsseldorf und Köln, aber auch in der Städteregion Aachen. Dieser Cluster kennzeichnet Bezirke in Ballungsregionen mit einem besonders hohen Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe am Arbeitsort und bilden damit teilweise Gewerbegebiete und angrenzende Wohngebiete ab. Der Rückgang des Produzierenden Gewerbes gegenüber 1970 ist in diesem Cluster gering, der sekundäre Sektor dominiert hier weiterhin. Zu Cluster 8 gehören z.B. die Oberhausener Ortsteile Holten, Alsfeld und Lirich-Nord. Cluster 8 kann als urbaner Industriecluster bezeichnet werden.

Cluster 9 kennzeichnet vor allem Innenstadtbezirke in Städten außerhalb des RVR-Gebietes, vor allem in Münster, Düsseldorf, Köln und Bonn sowie Aachen. Im Jahr 2011 waren hier im Mittel über 90 Prozent der Beschäftigten vor Ort im Dienstleistungsbereich tätig. Vor 40 Jahren hatte dieser Cluster aber auch schon – natürlich auf einem niedrigeren Niveau – den höchsten Dienstleistungsanteil. Diese Bezirke sind strukturell nicht attraktiv für Familien, der Jugendquotient ist am niedrigsten. Man findet hier kaum Leerstände und der Anteil an Einpersonenhaushalten am höchsten. Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zu den anderen städtischen Bezirken sehr niedrig, der Migrantenanteil nur leicht überdurchschnittlich. Cluster 9 kann als stabiler Dienstleistungscluster bezeichnet werden.

Zur besseren Interpretation der Cluster, wird deren Beschreibung in Tabelle 5.7 noch einmal zusammengefasst und dabei insbesondere die unterschiedliche Entwicklung der Regionen knapp skizziert.

Die räumliche Verteilung der identifizierten Cluster für NRW zeigt Abbildung 5.4. In der Abbildung 5.5 wird zusätzlich ein RVR-Auschnitt und ein Ausschnitt mit der Rheinregion dargestellt. Die vier Cluster (1, 2, 3 und 4) im ländlichen Raum sind in Grüntönen, die drei Cluster (6, 7 und 8) mit den eher sozial benachteiligten Bezirken in Rottönen und der sozialökonomisch konsolidierte Cluster 5 sowie der Dienstleistungscluster 9 in Blautönen abgebildet.

Ein Vergleich der Ausschnitte in Abbildung 5.5 zeigt, dass Cluster 7 nicht nur in den Bezirken in den Ballungsregionen des RVR-Gebiet nördlich der Autobahn A40 zu finden ist sondern z.B. auch verstärkt in den rechtsrheinischen Bezirken von Köln und im Süden von Düsseldorf auftritt. In Köln gehören hierzu die Stadtregionen Porz, Kalk und Teile von Köln-Mülheim. Auf der linken Rheinseite sind dies Teile von Chorweiler und Ehrenfeld. In Düsseldorf sind es Mörsenbruch und Rath sowie im Süden die Stadtteile Hassels und Benrath sowie Garath und Hellerhof. Wie weiter oben schon erläutert kommt in der Rheinregion aber auch der Dienstleistungscluster 9 vor, der im RVR-Gebiet nicht auftritt. In Köln gehören zu diesem Cluster vor allem die linksrheinischen Regionen Rodenkirchen und Lindenthal sowie Teile der Innenstadt dazu. In Düsseldorf sind dies mehrere Stadtteile im Westen der Stadt.

In diesem Kapitel wurde gezeigt, dass sich unterschiedliche soziostrukturelle

	Cluster									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	insg.
Clustergröße in %	17,1	17,7	10,3	10,7	13,1	10,3	9,1	5,2	6,5	100,0
Anzahl	271	281	164	170	207	163	145	82	103	1 586
Jugendquotient 2011 in %										
1. Dezil	0,6	5,1	0,1	0,1	18,1	32,5	1,2	8,2	40,5	x
2	1,5	8,3	0,2	0,2	20,1	26,6	2,6	11,9	28,0	x
3	3,2	11,9	0,6	0,6	19,5	18,9	5,0	15,1	16,8	x
4	5,8	14,5	1,6	1,6	16,1	11,5	8,1	16,2	8,6	x
5	9,1	15,3	3,4	3,4	11,5	6,0	11,4	15,2	3,8	x
6	12,4	14,1	6,5	6,5	7,2	2,8	13,9	12,4	1,5	x
7	15,1	11,6	11,0	11,0	4,0	1,1	15,2	9,0	0,5	x
8	17,1	8,9	17,3	17,3	2,1	0,4	15,5	6,0	0,2	x
9	17,8	6,3	25,2	25,2	1,0	0,2	14,5	3,8	0,1	x
10. Dezil	17,3	4,1	34,1	34,1	0,4	0,1	12,7	2,2	0,0	x
Mittelwert Dezile	7,3	5,3	8,5	6,9	3,4	2,5	6,8	4,6	2,1	5,5
Mittelwert in %	31,4	27,8	32,5	30,3	25,3	23,6	30,2	26,6	20,0	28,0
Mittelwert Differenz Dezile des Jugendquotient 2011 – 1970	2,0	-2,4	0,0	-0,8	-1,2	-0,7	3,4	1,4	0,2	0,0
Migrantenanteil 2011 in %										
1. Dezil	2,1	29,5	14,4	14,4	7,9	0,8	0,0	0,5	0,2	x
2	3,7	24,0	16,0	16,0	10,6	1,7	0,0	1,1	0,5	x
3	6,1	18,2	16,6	16,6	13,0	3,3	0,0	2,4	1,2	x
4	9,2	12,5	15,6	15,6	14,7	5,9	0,0	4,6	2,6	x
5	12,7	7,9	13,5	13,5	15,1	9,5	0,2	8,0	5,3	x
6	15,5	4,4	10,3	10,3	13,8	13,7	0,8	12,5	9,7	x
7	16,7	2,2	7,0	7,0	11,0	17,4	3,0	17,1	15,4	x
8	15,7	0,9	4,1	4,1	7,8	19,3	10,3	20,4	21,5	x
9	11,9	0,3	2,0	2,0	4,4	17,2	28,5	19,7	24,1	x
10. Dezil	6,6	0,1	0,7	0,7	1,8	11,2	57,3	13,8	19,6	x
Mittelwert der Dezile	6,4	2,7	3,9	3,7	4,8	7,1	9,4	7,4	7,9	5,5
Mittelwert in %	22,7	10,8	14,4	13,6	16,9	25,0	38,3	27,2	28,2	20,2
Mittelwert Differenz Dezile des Ausländeranteils 2011 – 1970	-0,6	-0,5	0,2	-0,8	-0,8	2,2	1,4	-0,1	0,3	0,0
Leerstandsquote 2011 in %										
1. Dezil	10,5	9,5	20,0	20,0	9,7	2,2	2,3	7,6	26,9	x
2	11,0	10,2	17,4	17,4	10,3	3,1	3,1	8,5	20,8	x
3	11,3	10,7	14,9	14,9	10,8	4,2	4,3	9,5	15,9	x
4	11,2	10,8	12,3	12,3	10,9	5,7	5,8	10,0	11,6	x
5	11,1	11,1	10,2	10,2	11,1	7,6	7,7	10,8	8,6	x
6	10,2	10,4	7,8	7,8	10,4	9,4	9,4	10,6	5,9	x
7	10,3	10,7	6,5	6,5	10,6	12,7	12,7	11,5	4,4	x
8	9,1	9,7	4,8	4,8	9,6	15,2	15,1	11,0	2,9	x
9	7,9	8,7	3,5	3,5	8,6	17,8	17,6	10,3	1,9	x
10. Dezil	7,4	8,3	2,7	2,7	8,1	22,3	22,0	10,3	1,3	x
Mittelwert der Dezile	5,2	5,4	3,9	6,0	5,3	7,3	7,3	5,7	3,2	5,5
Mittelwert in %	3,3	3,7	2,7	3,8	3,4	4,5	4,8	3,9	2,5	3,6
Anteil der Erwerbst. im prod. Gewerbe 2011 am Arbeitsort in %										
Mittelwert	26,2	17,5	33,7	58,0	22,3	17,8	20,8	55,2	8,6	27,4
Differenz Anteil an Erwerbst. im prod. Gewerbe 2011 – 1970 am Arbeitsort in Prozentpunkten										
Mittelwert	-31,1	-32,7	-22,9	-4,0	-30,8	-28,7	-35,0	-8,2	-28,1	-26,4
Anteil der Arbeitslosen in %										
Mittelwert	6,2	4,4	3,9	4,6	8,2	12,2	12,9	10,1	7,2	7,2
Kovariablen										
aktiv										
Einwohnerdichte in den Gemeinden										
Mittlere Einwohnerzahl je km²	602,1	203,6	174,2	208,7	1 294,7	2 159,7	1 938,7	1 807,6	1 990,7	974,5
passiv										
Anteil selbstgen. Wohneigentum 2011 in %	54,8	64,3	63,8	63,6	48,4	28,1	28,5	36,8	24,9	49,5
Anteil der Bezirke im RVR in %	0,6	8,7	0,0	0,0	55,1	96,0	45,4	32,1	0,0	25,2

Tabelle 5.6: Clusterprofil der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Cluster	Beschreibung	Entwicklungstyp
Cluster 1 – 3	**Ländliche Bezirke außerhalb des RVR-Gebiets**: Bezirke mit unterdurchschnittlicher Einwohnerdichte und mittlerem bis überdurchschnittlichem Jugendquotienten, unterdurchschnittlichem Migranten- und Arbeitslosenanteil, mittlerer Rückgang von Erwerbstätigen im Prod. Gewerbe, mittlere bis unterdurchschnittliche Leerstandsquote	ländliche Regionen mit Strukturwandel ohne Verarmungstendenz
Cluster 4	**Industriecluster im ländlichen Raum**: Bezirke mit niedriger Einwohnerdichte mit besonders hohem und stabil gebliebenen Anteil an Erwerbst. im Prod. Gewerbe, sehr niedrigem Migranten- und niedrigem Arbeitslosenanteil, früher überdurchschnittlicher Arbeiteranteil	ländliche Regionen mit stabilem Produzierenden Gewerbe
Cluster 5	**Sozialökonomisch konsolidierter Cluster im RVR-Gebiet**: Urbane Bezirke zumeist im südlichen und nördlichen Ruhrgebiet, höchster und am stärksten gestiegener Altenquotient, unterdurchschnittlicher Jugendquotient und niedrigster Migrantenanteil unter den städtischen Clustern, überdurchschnittlicher Rückgang des Anteils an Erwerbst. im Prod. Gewerbe, früher durchschnittlicher Arbeiteranteil, zurzeit mittlere bis unterdurchschnittl. Leerstandsquote, höchster Anteil an Wohneigentum in städt. Clustern	sozialökonomisch konsolidierte RVR-Bezirke mit geringem und kaum gestiegenen Ausländeranteil, überdurchschnittlich starker Rückgang des Kinderanteils
Cluster 6	**Sozial benachteiligte, stark alternde Räume**: Ruhrgebietsspezifischer Cluster, Bezirke in Ballungsgebieten, niedriger Jugendquotient, höchster Zuwachs im Ausländeranteil, hoher Migrantenanteil, hoher Anteil an Arbeitslosen und hohe Leerstandsquote, sehr starker Rückgang des Anteils an Erwerbst. im Prod. Gewerbe, früher überdurchschnittlicher Arbeiteranteil	ursprüngliche Arbeiterbezirke entwickelten sich zu sozial benachteiligten Bezirken mit hohem Altenquotienten
Cluster 7	**Sozial benachteiligte, familienstarke Räume**: Bezirke in Ballungsgebieten, zur Hälfte im RVR-Gebiet, überdurchschnittlicher Jugendquotient, größter Anstieg des Jugendquotienten, höchster Anteil an Migranten, starker Anstieg des Ausländeranteils, höchste Arbeitslosen- und Leerstandsquote, niedrigster Anteil an Wohneigentum, höchster Rückgang des Anteils an Erwerbstätigen im Prod. Gewerbes, hatte früher den höchsten Arbeiteranteil	ursprüngliche Arbeiterbezirke entwickelten sich zu sozial benachteiligten Bezirken mit hohem Migrantenanteil und überdurchschnittlich vielen Familien
Cluster 8	**Urbaner Industriecluster**: Urbane Bezirke mit überdurchschnittl. Anteil an Erwerbst. im prod. Gewerbe, Rückgang des Prod. Gewerbe nur marginal, überdurchschnittl. Migranten- und Arbeitslosenanteil, Leerstandsquote durchschnittlich, früher und heute hoher Arbeiteranteil	städtische Bezirke mit stabilem Produzierenden Gewerbe, die weniger vom Strukturwandel betroffen sind
Cluster 9	**Stabiler Dienstleistungscluster**: Bezirke in Ballungsgebieten außerhalb des RVR-Gebietes (Rheinregion, Aachen und Münster), niedriger Jugendquotient, hoher Migrantenanteil, sehr niedrige Leerstandsquote, höchster Anteil an 1-Personen-HH., dominiert vom Dienstleistungsgewerbe	Innerstädtische Bezirke außerhalb des RVR-Gebietes mit einem stabilen dominanten Dienstleistungssektor

Tabelle 5.7: Clusterbeschreibung für die Entwicklungstypen 1970–2011

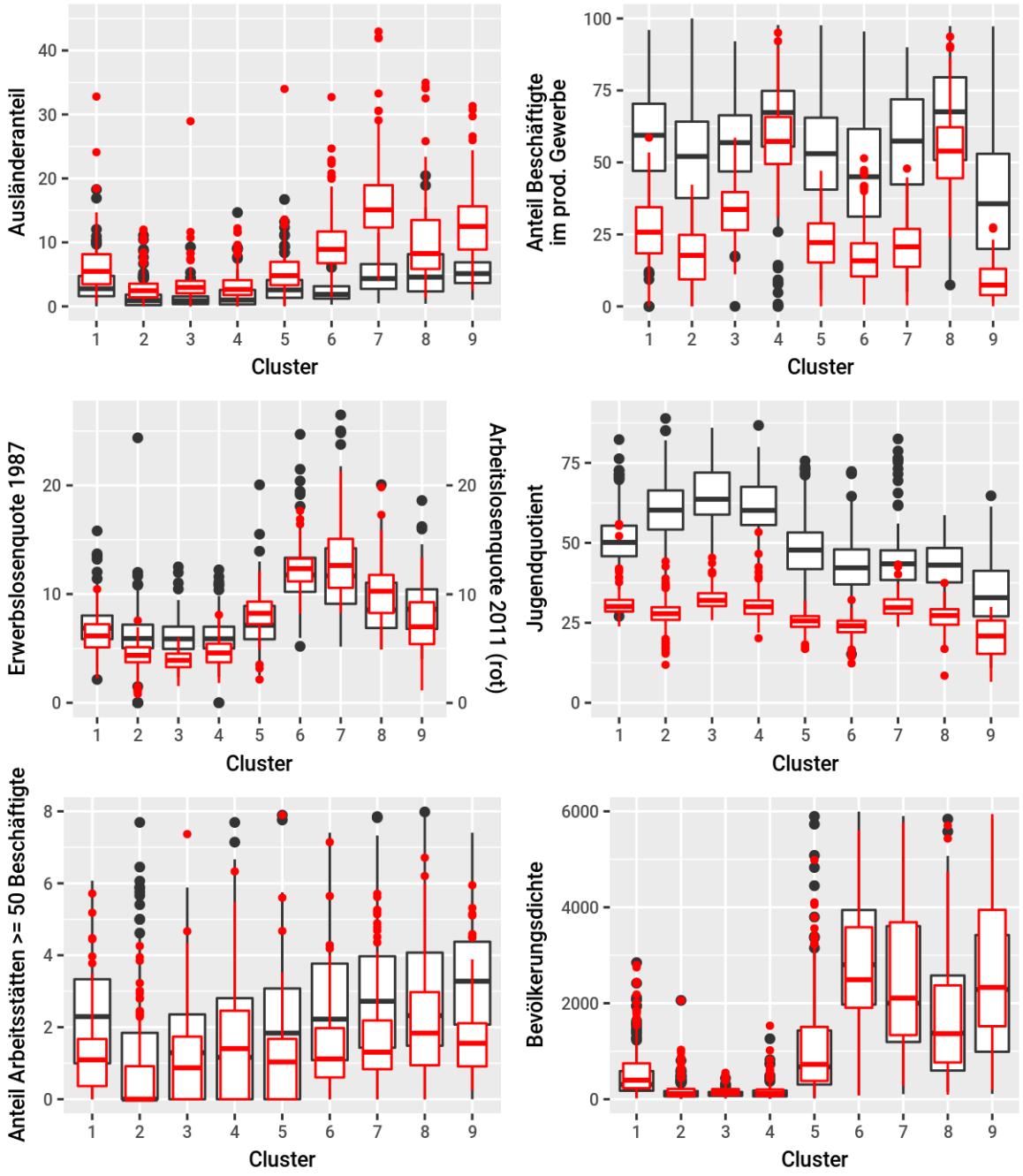
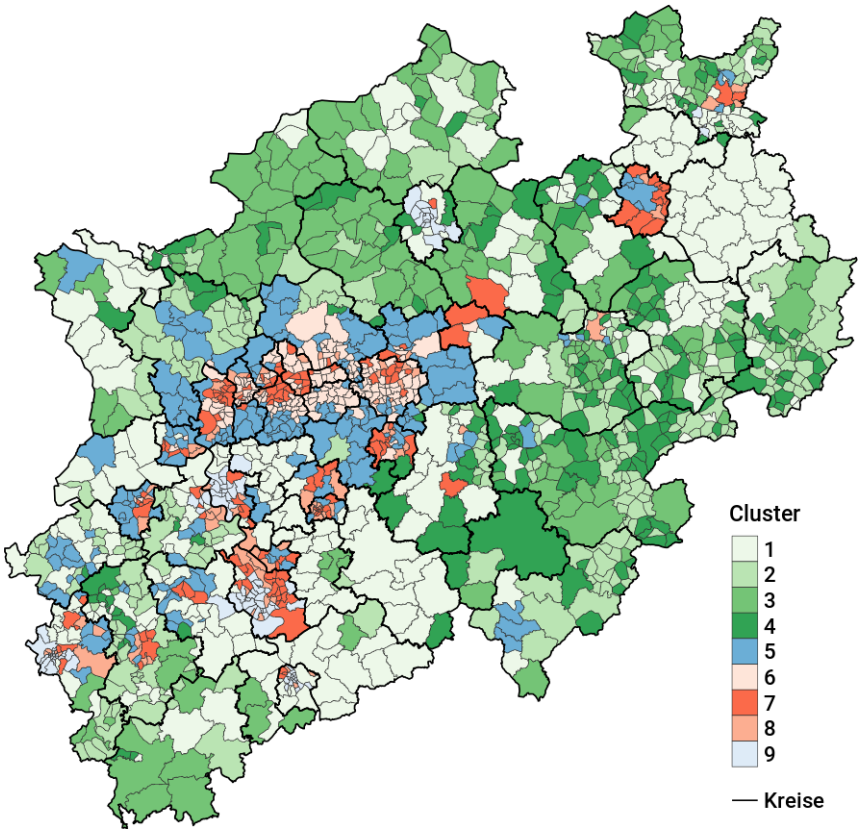


Abbildung 5.3: Veränderung des Ausländeranteils, des Anteils an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe in Prozent, des Jugendquotienten, der Arbeitsstätten und der Einwohnerdichte in den Clustern von 1970 (schwarz) zu 2011 (rot). Die Erwerbslosenquote bezieht sich auf Werte von 1987, die Arbeitslosenquote auf 2011. (Quelle: Zensus 1970, 1987 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

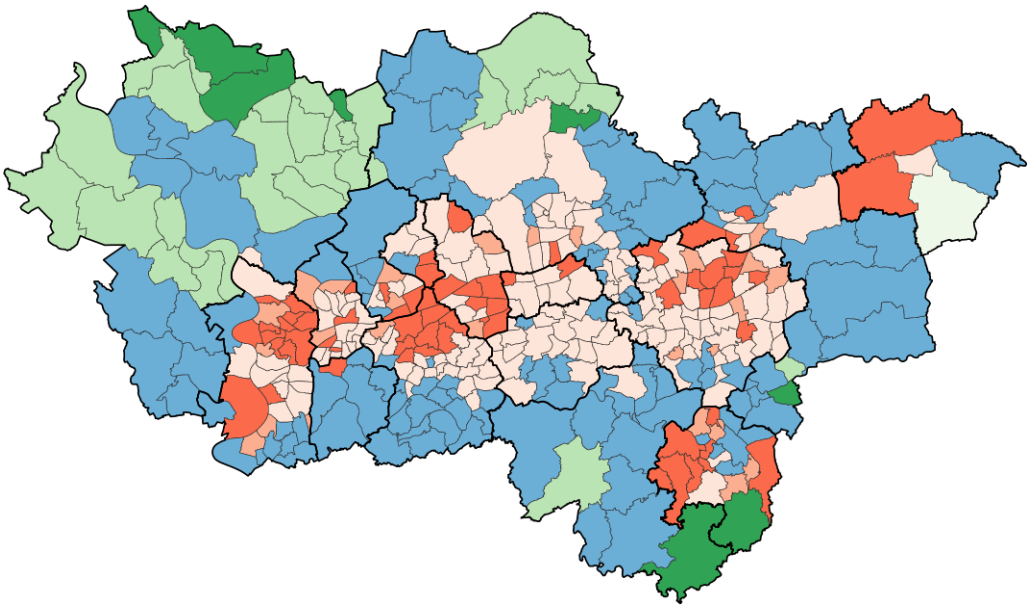


(a) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke für 1970 und 2011 in NRW

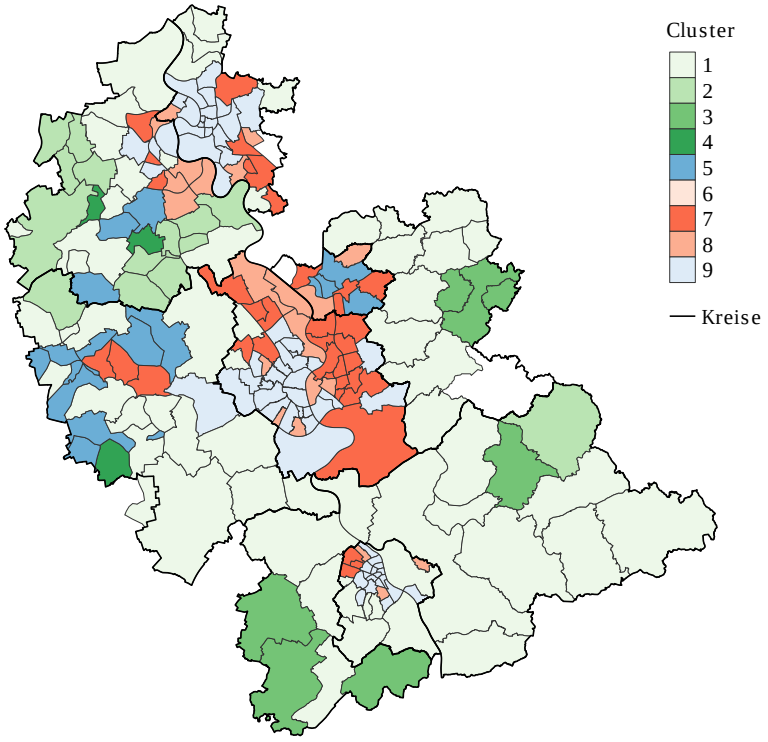
Abbildung 5.4: Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 in NRW (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Entwicklungstypen von Stadtteilen/Bezirken identifizieren lassen und dass sich insbesondere im Ruhrgebiet »soziale Segregation« und »demografische Segregation« sowie »ethnische Segregation« in bestimmten Bezirken im Norden überlagern. Viele der ursprünglichen Arbeitergebiete im nördlichen Teil des Ruhrgebiets haben sich nach dem wirtschaftlichen Strukturwandel und Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu sozial benachteiligten Bezirken mit hohen Arbeitslosen- und Migrantenanteilen sowie hohen Leerstandsquoten entwickelt. Diese armen, ethnisch segregierten Bezirke sind zu überforderten »Integrationsschleusen« in den Städten geworden (vgl. Bogumil, Heinze, Lehner u. a. 2012: 70). Gleichzeitig zeigen die Analysen, dass im wohlhabenderen Süden des Ruhrgebietes der Anteil an Kindern besonders gering ist und die Mehrzahl der Kinder in dem sozial benachteiligten Norden aufwachsen. Dies hat auch Konsequenzen für die Bildungs- und Lebenschancen dieser Kinder.

Aktuelle Studien zeigen, dass sich in unserer Gesellschaft im Zuge der hier dargestellten Zunahme der sozialen, demografischen und ethnischen Segregation verstärkt Stadtgebiete mit einer privilegierten Bevölkerung etablieren und bereits benachteiligte Stadtteile weiter deprivieren. Dies hat u.a. die Konsequenz, dass die lokale Bildungsbeteiligung sozialräumlich ungleich verteilt ist und verstärkt räumliche Bildungsdisparitäten auftreten (vgl Terpoorten 2014: 19; Berkemeyer u. a. 2014). Bevor wir uns mit dem Zusammenhang zwischen sozialer Segregation und Bildungssegregation beschäftigen, wenden wir uns in dem nachfolgenden Kapitel der Entwicklung der Schullandschaft und der Bildungsbeteiligung in NRW zu.



(a) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke für 1970 und 2011 im RVR



(b) Klassierung der zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke für 1970 und 2011 in der Rheinregion

Abbildung 5.5: Clusterverteilung der Typisierung für die kleinräumigen Bezirke im Längsschnitt 1970–2011 im RVR und in der Rheinregion (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

6 Schulen und Bildungsabschlüsse in Nordrhein-Westfalen

Bildung ist unbestritten in vielerlei Hinsicht eine der Kerndimensionen gesellschaftlichen Lebens geworden – sei es in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg einer Nation, die auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist, sei es in Bezug auf die Partizipationschancen der Menschen: Die Bedeutung von Bildung wird (nicht mehr) hinterfragt. Das war nicht immer so: Hinsichtlich des Zusammenspiels von Bildung und wirtschaftlichem Erfolg herrschten Mitte des 20. Jahrhunderts durchaus noch andere Vorstellungen. So formulierte der Psychologe Weinstock in den 1950er Jahren:

> Dreierlei Menschen braucht die Maschine. Den, der sie bedient und in Gang hält, den, der sie repariert und verbessert, schließlich den, der sie erfindet und konstruiert. Hieraus ergibt sich: Die richtige Ordnung der modernen Arbeitswelt gliedert sich, im Großen und Ganzen und in typisierter Vereinfachung, die natürlich zahlreiche Übergänge und mancherlei Zwischenglieder einschließt, in drei Hauptschichten: die große Masse der Ausführenden, die kleine Gruppe der Entwerfenden und dazwischen die Schicht, die unter den beiden anderen vermittelt [...]. Offenbar verlangt die Maschine eine dreigegliederte Schule: eine Bildungsstätte für die Ausführenden, also zuverlässig antwortenden Arbeiter, ein Schulgebilde für die verantwortlichen Vermittler und endlich ein solches für die Frager, die so genannten theoretischen Begabungen. (Weinstock 1955 zitiert nach van Ackeren u. a. 2015: 39)

Aus diesem Zitat spricht eine Sichtweise, in der Bildung lediglich dazu dient, der »Maschine« bzw. dem Produktionsprozess das notwendige Material in Form verschiedener Kompetenzen zur Verfügung zu stellen.

Seitdem hat sich allerdings einiges verändert: Selbst wenn man an dem Bild der Maschine festhält, hat sich durch den industriellen Wandel (vgl. Kapitel 4) der Bedarf an höher qualifizierten Arbeitnehmern deutlich erhöht. Aber auch die wirtschaftspolitische und die Perspektive der Bürger haben sich stark verändert: In der wirtschaftspolitischen Perspektive geht es gar nicht mehr darum, einer »Maschinerie« Kompetenzen zur Verfügung zu stellen. Einen Beitrag dazu leistete seit den späten 1950er Jahren die sogenannte »Bildungsökonomie«: Zentrales Element ist die These einer höheren Produktivität durch höheres – und eben durch Bildung gesteigertes – »Humankapital« (vgl. z.B. einführend Weiß 2008). Bemüht man also die Metapher der Maschine des Produktionspro-

zesses, so wird diese effizienter, je mehr Kompetenz man hineingibt. Inwiefern sich Bildung rentiert, welche Bildung an welchen Stellen effizient ist, all dies sind Fragestellungen der Bildungsökonomie. Aber auch der »zivilgesellschaftliche« Blick ist ein anderer geworden: Seit 1948 ist Bildung Bestandteil von Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Ende der 1960er Jahre veröffentlichte Ralf Dahrendorf dann »Bildung ist Bürgerrecht« (Dahrendorf 1968) und forderte mit dem berühmten Diktum »Bildungspolitik sei mehr als eine Magd der Wirtschaftspolitik« die Befreiung der Bildung von ökonomischen Zwecken. Das persönliche Bürgerrecht auf Bildung umfasst die damit einhergehenden Chancen auf Erträge von Bildung, die sich neben der Erwerbsarbeit »in fast allen Lebensbereichen [*zeigen*]: Gesundheit, Lebenserwartung, Glück, Partnerschaften, soziale Integration, Partizipation, Mobilität, Gestaltungsmöglichkeiten im Lebensverlauf« (Allmendinger 2013). Eine aktuelle Perspektive, die die Bedeutung von Bildung sowohl gesamtgesellschaftlich als auch subjektbezogen miteinander verschränkt, ohne dabei einer wirtschaftlichen Instrumentalisierung in die Hände zu spielen, bildet der Ansatz des Humanvermögens.

Im Folgenden soll zunächst in Kapitel 6.1 die Entwicklung der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen, der Rheinregion und dem Ruhrgebiet dargestellt und miteinander verglichen werden. Dazu werden zunächst die langen Zeitreihen (1.) zum Angebot an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und (2.) der Teilhabe der Schülerinnen und Schüler in Form des Schulbesuchs und der erreichten Bildungsabschlüsse betrachtet. Anschließend werden für kürzere Zeiträume die Schulübergänge und das dazugehörige Empfehlungsverhalten der Lehrerinnen und Lehrer als wichtige »Gelenkstelle« von Bildungsbiografien (Baumert u. a. 2010: 5) untersucht.[1] Dieses Charakteristikum der frühen Differenzierung im deutschen Bildungswesen ist seit den PISA-Studien der OECD verstärkt diskutiert und als Ursache für soziale Ungleichheit in den Blick genommen worden (vgl. z.B. Solga und Dombrowski 2009: 43f.). Gleichzeitig ist die Entscheidung auch stabil: Spätere Wechsel kommen zwar vor, finden aber nur selten statt (Lohmann und Groh-Samberg 2010: 470).

[1] Weitere wären zum Beispiel der Einstieg ins Ausbildungssystem, die Hochschule oder das Erwerbsleben oder, schon viel früher, der Besuch einer KiTa.

Nach der Beschreibung der Entwicklung in Land und Regionen wird geprüft, welche Schuldaten sinnvoll auf differenzierteren Ebenen beschrieben und analysiert werden können. Dafür wird in Abschnitt 6.2 analysiert, inwiefern Schülerinnen und Schüler für den weiterführenden Schulbesuch die Kommune verlassen, in der sie zur Grundschule gegangen sind und ob es kommunenübergreifende »Bildungslandschaften« gibt, die einerseits für eine angemessene Beschreibung, andererseits aber auch für bildungspolitische Planungen eine Rolle spielen.

Abschließend erfolgt eine regionale Betrachtung, wobei die Verteilung hinsichtlich der weiterführenden Schulen auf Kreisebene und die der Grundschulen auf kommunaler Ebene analysiert wird.

6.1 Entwicklungen der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen

6.1.1 Entwicklungen des Schulangebots in Nordrhein-Westfalen

Die Daten zur Anzahl der Schulen setzen im Jahr 1976 ein, in der Endphase der großen Bildungsdebatten und -reformen. Einserseits war die durch das Hamburger Abkommen 1964 beschlossene Vereinheitlichung der Schulformen in den Bildungsländern größtenteils abgeschlossen – und damit auch die faktische Abschaffung der Volksschulen im vorherigen Sinne. Zuvor konnte »das einfache Volk« von der 1. bis zur 8. Klasse die Volksschule besuchen und dort den Volksschulabschluss erwerben, mit dem Hamburger Abkommen wurde das Schulsystem so umstrukturiert, dass zunächst alle Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse eine Grundschule, und anschließend eine der drei weiterführenden Schulformen Hauptschule, Realschule oder Gymnasium besuchten. Nur, wenn die Schulformen Grund- und Hauptschule gemeinsam in einer Schule geführt wurden, durfte die Bezeichnung Volksschule weiter verwendet werden (Kultusministerkonferenz 1971: § 4). Andererseits befand man sich insbesondere in NRW mitten in der Erprobungsphase des Modellversuchs »Gesamtschule«: Der deutsche Bildungsrat, eine von 1966 bis 1975 von Bund und Ländern gegründete Kommission für Bildungsplanung, empfahl 1969 die »Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen« (Deutscher Bildungsrat 1969), die in Nordrhein-Westfalen schließlich Gegenstand des von der CDU ausgerufenen »Schulkampfs« (DER SPIEGEL 1978) wurde.

Grundsätzlich waren zwei verschiedene Modelle der Gesamtschule im Gespräch: Erstens die kooperative Gesamtschule, die einen gemeinsamen Unterricht aller Schülerinnen und Schüler nur während der zwei Jahre dauernden Orientierungsstufe (5. und 6. Schuljahr) vorsah und danach in einem dreigliedrigen System unterrichtet. Zweitens die integrierte Gesamtschule, die mit einer flexibleren Form der Unterrichtsorganisation (Wahl- und Schwerpunktbereiche, verschiedene Leistungsgruppen) die gemeinsame Beschulung bis zur zehnten Jahrgangsstufe fortführt (Köller 2008: 441; Oelkers 2006: 63). Die integrierte Form war diejenige, die der deutsche Bildungsrat empfohlen hatte (Deutscher Bildungsrat 1969), die damalige sozialliberale NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau wollte allerdings zunächst die kooperative Form einführen. Damit scheiterte sie jedoch und hob das bereits im Landtag beschlossene Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes wieder auf.

Das änderte allerdings nichts daran, dass im Rahmen einer Vereinbarung der Kultusminister im Anschluss an die Empfehlungen des deutschen Bildungsrates mit finanzieller Unterstützung des Bundes auch in NRW die Gesamtschulen als Modellversuch Einzug hielten (Köller 2008: 442) und sich bis zum heutigen Tage auch erfolgreich etabliert haben, wie Abbildung 6.1 eindrücklich zeigt.

Dort ist die Entwicklung der absoluten Anzahl der Gesamtschulen sowie ihres Anteils an allen weiterführenden Schulen dargestellt – beide Linien zeigen den gleichen Verlauf und verdeutlichen: Die Gesamtschule hat trotz großen Widerstandes in den 1970er Jahren offensichtlich in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich

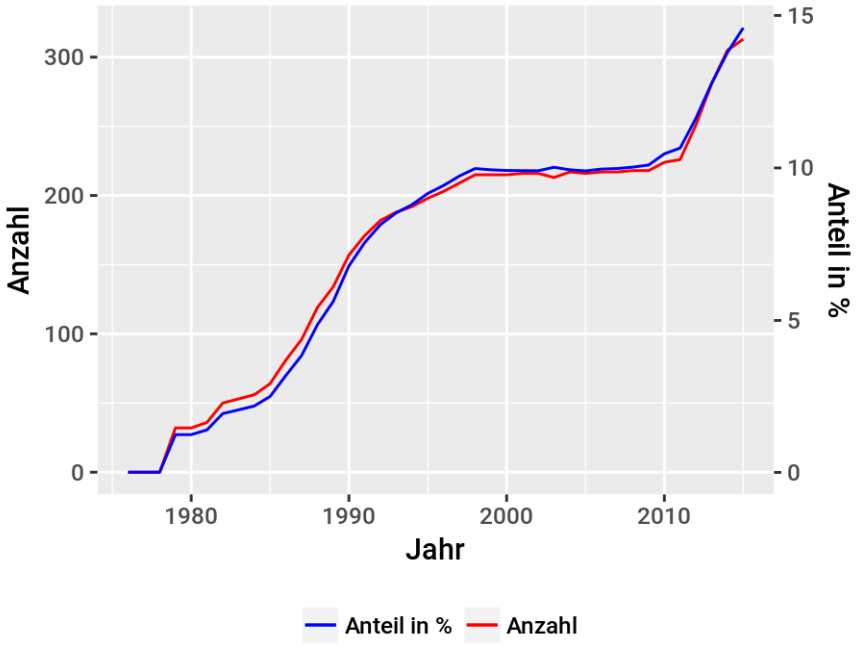


Abbildung 6.1: Entwicklung der Gesamtschulen in NRW, 1976–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

ihrer Verbreitung einen festen Platz gewonnen.

Seit 2011 ist mit dem Schulkonsens zwischen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal Schwung in die Entwicklung der Schullandschaft gekommen. Neben den Gesamtschulen wurde die Sekundarschule als neue integrierte Schulform eingeführt: Sekundarschulen sind – wie auch Gesamtschulen – gebundene Ganztagsschulen (haben also verpflichtend an mehreren Tagen in der Woche auch nachmittags Unterricht), umfassen aber nur die Jahrgangsstufen der Sekundarstufe 1. Die anschließende Möglichkeit eines Besuches der Sekundarstufe 2 muss über entsprechende Schulkooperation mit Gesamtschulen oder Gymnasien sichergestellt werden, der Unterricht in den ersten beiden Jahrgangsstufen erfolgt integriert. Des Weiteren wurde die Gesamtschulgründung erleichtert und zwei Schulformen als Modellversuche eingeführt:

1. Die fünf PRIMUS-Schulen: Mit PRIMUS hat die Landesregierung zum Schuljahr 2013/2014 einen Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen gestartet. PRIMUS steht für den »Schulversuch zur Erprobung des Zusammenschlusses von Schulen der PRIMarstufe Und der Sekundarstufe« (Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) 2012: 1), eine Schulform, die sich – wie der Name es eben sagt – vor allem dadurch auszeichnet, dass sie sowohl die Primarstufe als auch die Sekundarstufe 1 umfasst, also gemeinsames Lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse ermöglicht.[2]

2. Die zwölf Gemeinschaftsschulen in NRW: Bereits zum Schuljahr 2011/2012 nahmen in Nordrhein-Westfalen diese zwölf (mittlerweile noch elf) Schulen innerhalb eines Modellvorhabens ihren Betrieb auf. Hier steht ebenfalls längeres gemeinsames Lernen im Vordergrund, allerdings nicht schon ab der ersten, sondern erst ab der fünften Klasse: In der Regel umfasst die Gemeinschaftsschule die Jahrgangsstufen 5 bis 10, also die Sekundarstufe 1. Zwei

[2] Daneben gibt es weitere spezifische Charakteristika wie z.B. die Kooperation mit mindestens einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe, um einen reibungslosen Anschluss zum Abitur ermöglichen zu können (MSW 2012: 3), jahrgangsübergreifenden Unterricht und viele mehr.

der beteiligten Schulen bieten auch den Weg zum (Fach-)Abitur mit einer Sekundarstufe 2 an, die restlichen Schulen stellen die Anschlussfähigkeit an die höheren Bildungsabschlüsse durch Kooperation mit Gesamtschulen oder Gymnasien sicher.

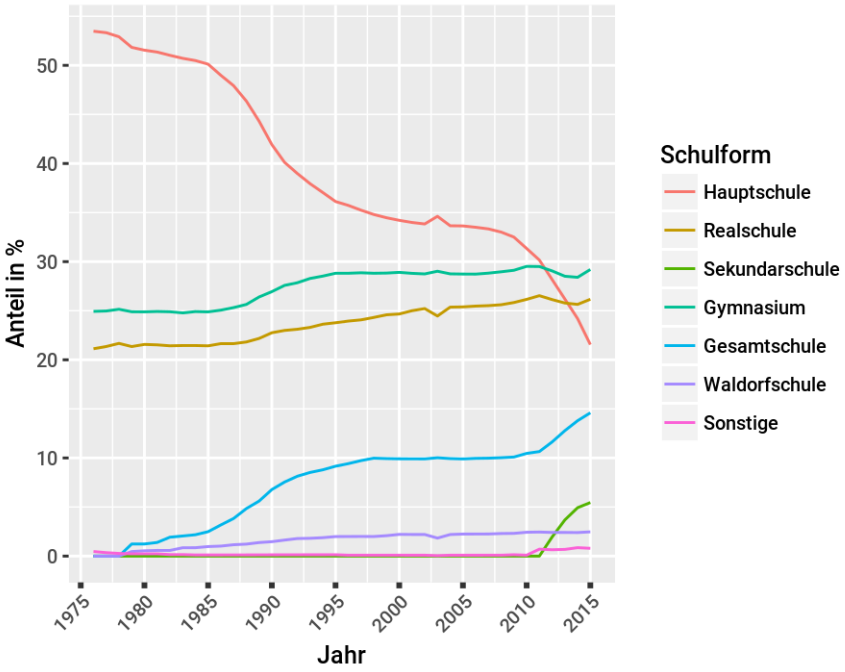


Abbildung 6.2: Entwicklung der Anteile der Schulformen an allen weiterführenden Schulen in NRW, 1976–2015. Der kleine Knick im Verlauf von Haupt- und Realschulen im Jahr 2003 ist der Umstellung der Datenquellen in diesem Jahr zuzuschreiben. Bis dahin lagen die historischen Daten mit einem Stichtag Mitte Oktober auf Gemeindeebene vor, ab 2003/2004 Einzelschuldaten von Mitte März. Die Daten wurden hinsichtlich der Schuljahre harmonisiert, aufgrund der verschiedenen Quellen und Stichtage verbleibt allerdings der kleine Knick als Artefakt. (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Die Modellversuche sind allerdings nur in so geringer Zahl vorhanden, dass sie in der folgenden Betrachtung unter »Sonstige« zusammengefasst werden. Abbildung 6.2 fasst die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Schullandschaft über vier Jahrzehnte hinweg zusammen. Bei Realschulen und Gymnasien gab es moderate Anstiege, bei Ersteren um 5, bei Letzteren um 4,3 Prozentpunkte. Auffallend ist neben der zunehmenden Verbreitung der Gesamtschulen eine zweite starke Veränderung: Der Anteil der Hauptschulen in NRW befindet sich in einem kontinuierlichen Rückgang, verstärkt zu bemerken an einem ersten Einbruch seit Mitte der 1980er Jahre und an einem zweiten Einbruch ab 2011.

Allerdings gibt es 2015 trotz des starken Anstiegs bei den Gesamtschulen und des dramatischen Abfalls des Anteils der Hauptschulen um immerhin 31,9 Prozentpunkte nichtsdestotrotz noch deutlich mehr Hauptschulen als Gesamtschulen.[3]

[3] Wobei sich im Folgenden noch zeigen wird, dass dieses »Mehr« an Hauptschulen keinesfalls mit einem »Mehr« beim Hauptschulbesuch einhergeht.

Die Entwicklung der Schulangebotsstruktur lässt sich augenscheinlich grob in drei Phasen unterteilen:

1. Erste Phase des Wandels bis Mitte der 1990er Jahre: Starker Rückgang des Anteils der Hauptschulen, Anstieg der Gesamtschulen
2. Phase der Stagnation bis ca. 2010: Kaum Wandel des Schulangebots
3. Zweite Phase des Wandels ab 2011: Erneut starker Rückgang des Anteils der Hauptschulen, Anstieg der Gesamtschulen – und mit dem Schulkonsens 2011

Beginn der Gründung von Sekundarschulen und der Schulversuche PRIMUS und Gemeinschaftsschule, die allerdings anteilsmäßig noch nicht stark ins Gewicht fallen.

Dies deckt sich im Wesentlichen mit den bisherigen wissenschaftlichen Befunden zum Verlauf der Bildungsexpansion als schubförmiger Entwicklung, auch wenn z.B. Geißler (2014a: 56) den Beginn der zweiten Phase, ausgelöst durch Diskussionen in Folge der PISA-Studien und den Fachkräftemangel, schon auf den Beginn des neuen Jahrtausends legt. Auf wann genau man einen solchen Umbruch datiert, hängt allerdings auch immer mit den konkreten Variablen zusammen, die betrachtet werden. Im Fall des Schulangebots in Form der Anzahl an Schulen in NRW lässt sich ein Abwärtstrend erst ab frühestens 2008 erkennen.

Interessant ist dabei, dass die Anteile der beiden Schulformen Realschule und Gymnasium über den kompletten Zeitraum hinweg nur einem geringen Wandel unterliegen. Die Gymnasien haben zwischen 1985 und 1995 einen Anstieg um ca. 4 Prozentpunkte hinter sich, vorher und nachher blieb ihr Anteil stabil. Die Realschulen hingegen haben im kompletten Beobachtungszeitraum einen moderaten Anstieg erfahren, der allerdings ab dem Zeitpunkt der Einführung der Sekundarschulen gestoppt wurde. Ihr Rückgang ist seitdem noch sehr verhalten – er liegt zwischen 2011 und 2015 bei gerade einmal 0,4 Prozentpunkten.

Obwohl die Entwicklungstrends regional gleichförmig verlaufen, kristallisieren sich doch deutliche Unterschiede zwischen dem Regionalverband Ruhr und der Rheinregion heraus (vgl. Abbildung 6.3): So verlief der Niedergang der Hauptschulen und der Anstieg an Gesamtschulen im Ruhrgebiet vergleichsweise stärker. Hinsichtlich der Realschulen, die zuvor anteilsmäßig in der Rheinregion stärker als im Ruhrgebiet vertreten waren, gab es eine Angleichung, und in Bezug auf die Gymnasien einen über die Zeit hinweg stabilen Vorsprung der Rheinregion von immerhin rund fünf Prozentpunkten.

6.1.2 Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 5 in Nordrhein-Westfalen

Die bislang betrachtete Schulangebotsstruktur berücksichtigt nur die Anzahl der Schulen bzw. den Anteil der Schulformen und nicht ihre Zügigkeit oder die tatsächliche Nachfrage seitens der Schülerinnen und Schüler. Dies soll im Folgenden durch die Darstellung der Entwicklung der Anteile an Schülerinnen und Schülern in der Jahrgangsstufe 5 nach Schulform erfolgen. Die Jahrgangsstufe 5 wird dabei zum einem deswegen ausgewählt, weil für sie lange Reihen vorliegen, zum anderen spiegeln sie das Schulwahlverhalten und damit die Nachfrage nach bestimmten Schulformen zu dem entsprechenden Zeitpunkt wider.[4]

[4] Von Wiederholern abgesehen, die in dieser Jahrgangsstufe aber auch vergleichsweise selten sind.

Abbildung 6.4 zeigt die Entwicklung der Verteilung der Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in NRW im Vergleich zum Anteil der jeweiligen Schulformen. Bei der Interpretation ist ein zeitlicher Versatz zu berücksichtigen: d.h., dass bei dem Anteil

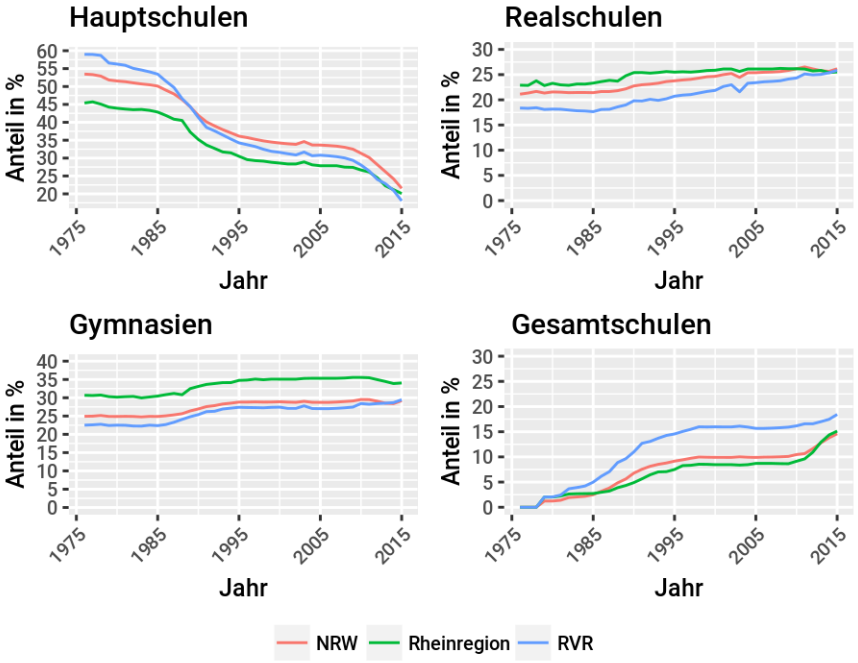


Abbildung 6.3: Entwicklung der Anteile der Schulformen im regionalen Vergleich, 1976–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

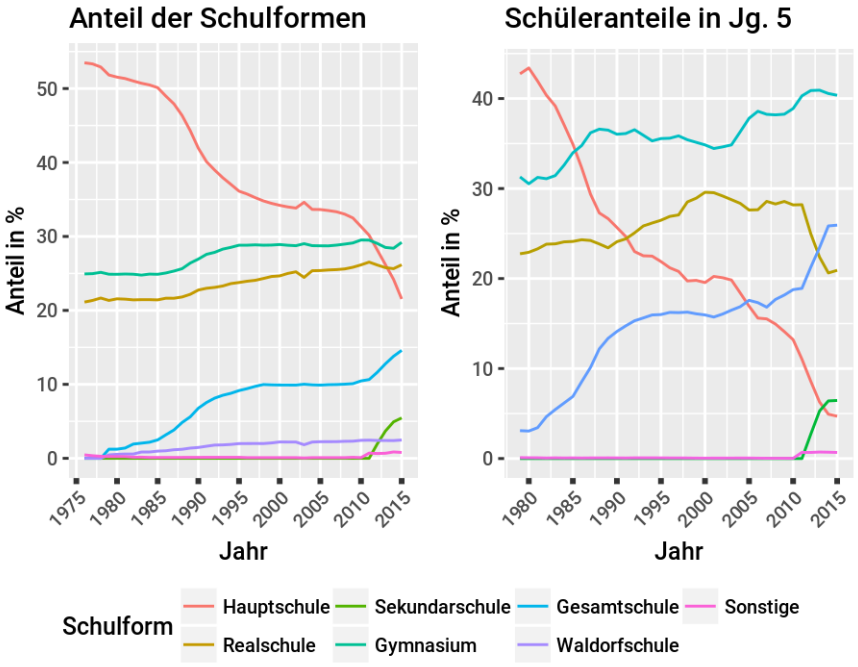


Abbildung 6.4: Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 5 an weiterführenden Schulen (1979–2015) im Vergleich zur Entwicklung des Anteils der Schulformen (1976–2015) in NRW (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

der Schulformen bereits auslaufende Schulen noch erfasst sind, während es in die 5. Jahrgangsstufe bereits keine Neuaufnahmen mehr gab. Zudem liegen die Daten in der langen Reihe nicht exakt vergleichbar vor – die Bestände der Waldorfschulen sind in der langen Reihe nicht verfügbar, sodass in der Darstellung der Anteile der Schülerinnen und Schüler keine Berücksichtigung der Waldorfschulen erfolgt. Im Jahr 2015 waren allerdings auch lediglich 0,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler in NRW auf einer Waldorfschule in der 5. Jahrgangsstufe, sodass die Auswirkungen auf die Anteilswerte marginal sind.

Der Verlauf der Kurven spiegelt die drei Phasen der Bildungsexpansion im Untersuchungszeitraum wider, wenn auch die letzte Phase des Wandels bei der Betrachtung der Schulnachfrage in Form der Schüleranteile eher einsetzt und die Phase der Stagnation kürzer und weniger eindeutig ausfällt. Trotz des prinzipiell ähnlichen Verlaufs der Kurven erkennt man einige wesentliche Unterschiede, wobei bei der Interpretation immer der zeitliche Versatz bedacht werden muss:

- Gymnasien sind vergleichsweise eher große Schulen: Über den gesamten Zeitraum ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die ein Gymnasium in der 5. Jahrgangsstufe besuchen, höher als ihr Anteil bei der Betrachtung der Schulform.
- Auch wenn die Hauptschulen zahlenmäßig noch einen Anteil von über 20 Prozent im Jahr 2015 ausmachten, nahmen sie nur noch unter 5 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf.
- Dies liegt keinesfalls nur am zeitlichen Versatz: Das letzte Jahr, in dem bei den Schüleranteilen in Jahrgang 5 der Hauptschulen über 20 Prozent erreicht wurden, war 2002 – Hauptschulen sind also schon seit längerem vergleichsweise kleine Schulen.
- Der Schulkonsens 2011 hat sich bezüglich der Übergänge auf weiterführende Schulen schon sehr viel stärker ausgewirkt als bei der Betrachtung der Schulform: Ab 2011 gibt es in fast allen Kurven deutliche Veränderungen.
- Von den Schülerinnen und Schülern in NRW, die 2015 auf eine weiterführende Schule wechseln, gehen gut zwei Drittel (genau: 67,8 Prozent) auf eine Schulform, an der das Abitur erworben werden kann (Besuch eines Gymnasiums, einer Gesamt- oder Gemeinschaftsschule oder einer Waldorfschule) – das entspricht einer guten Verdopplung des Anteils seit 1978, als es nur 34,4 Prozent waren.
- Das Gymnasium ist die mit Abstand am häufigsten besuchte Schulform, und das schon seit 1986, als es bezüglich der Fünftklässler die Hauptschule überholte.

Obwohl sich auch in der Schulnachfrage, d.h. der Anteil der Schülerinnen und Schüler an den verschiedenen Schulformen, die gleichen Differenzen wie beim Schulangebot im regionalen Vergleich zeigen, verlaufen diese hier auf einem anderem Niveau, wie Abbildung 6.5 entnommen werden kann.

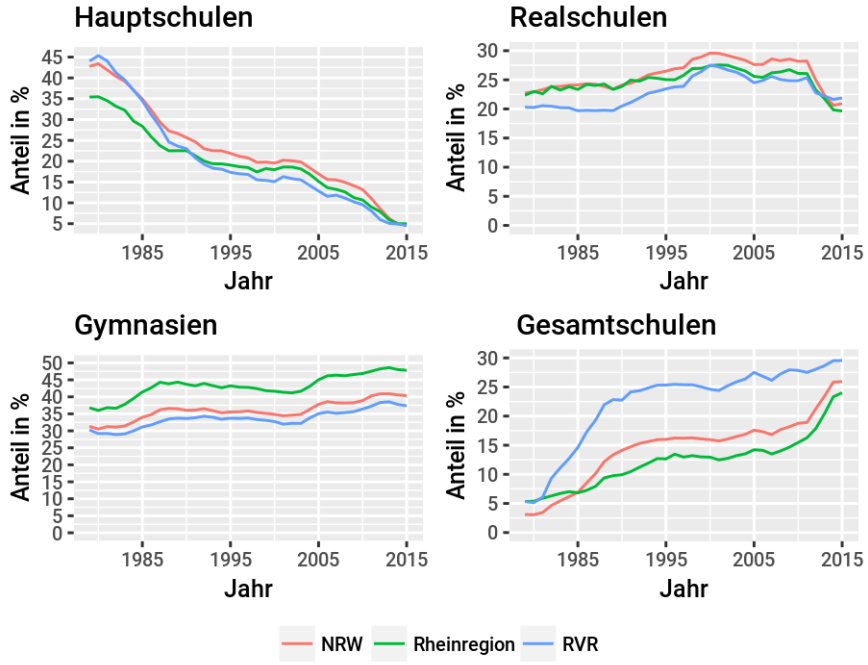


Abbildung 6.5: Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulform an allen Schülerinnen und Schülern im regionalen Vergleich, 1976–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

So sind die regionalen Differenzen an den eher kleineren Hauptschulen etwas geringer, wohingegen der stabile Kontrast beim Gymnasialbesuch deutlich größer ist: Waren es im Vergleich von Rheinregion und Ruhrgebiet bei dem Anteil der Schulform ca. 5 Prozentpunkte, sind es hinsichtlich der Schulnachfrage nun gut 10 Prozentpunkte Unterschied.

Am deutlichsten sticht der Unterschied bei den Gesamtschulen hervor: Hier ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Ruhrgebiet konsistent und teilweise auch mit deutlichem Abstand höher als in der Rheinregion und in NRW insgesamt, wobei es innerhalb der letzten Jahre zu einer Angleichung kam und der Abstand aktuell nur noch 5,5 Prozentpunkte beträgt.

Im Gegensatz zum reinen Schulangebot spielen bei der Schulnachfrage auch systematische Ungleichheiten zwischen den Schülerinnen und Schülern eine Rolle: Während die Sinnhaftigkeit einer Unterscheidung nach Geschlecht bei der Betrachtung von Bildungsungleichheiten kaum umstritten ist, ist die Frage nach der Nationalität durchaus komplexer. Einerseits gibt es in Bezug auf Bildung Evidenz dafür, dass die Unterscheidung zwischen nichtdeutscher und deutscher Nationalität deswegen zu kurz greift, da die Kategorie »nichtdeutsch« bzw. »ausländisch« viel zu heterogen ist: Eine türkische und eine US-amerikanische Herkunft (und Nationalität) haben gesellschaftlich und bildungsbiografisch unterschiedliche Bedeutungen. Nichtsdestotrotz »zieht sich [die Benachteiligung von Personen mit Migrationshintergrund] relativ gleichmäßig durch alle Qualifikationsstufen hindurch« (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 183), sodass die Zusammenfassung trotz der Unterschiedlichkeit gerechtfertigt ist. Ein weiterer rein technischer Grund für die Zusammenfassung zu »nichtdeutsch« lässt sich darin finden, dass so keine Fallzahlprobleme bei wenig vertretenen Herkunftsländern und -regionen auftreten. Neben der nicht berücksichtigten Herkunftsheterogenität der »Nichtdeutschen« gibt es aber noch eine sehr viel

grundlegendere Kritik an der Kategorisierung der Nationalität: So kann die familiäre regionale Herkunft auch unabhängig von der Staatsangehörigkeit noch eine Rolle spielen. In den letzten Jahren wurde daher zunehmend nicht mehr nur die Nationalität, sondern ebenfalls der Migrationshintergrund für statistische Zwecke erhoben.

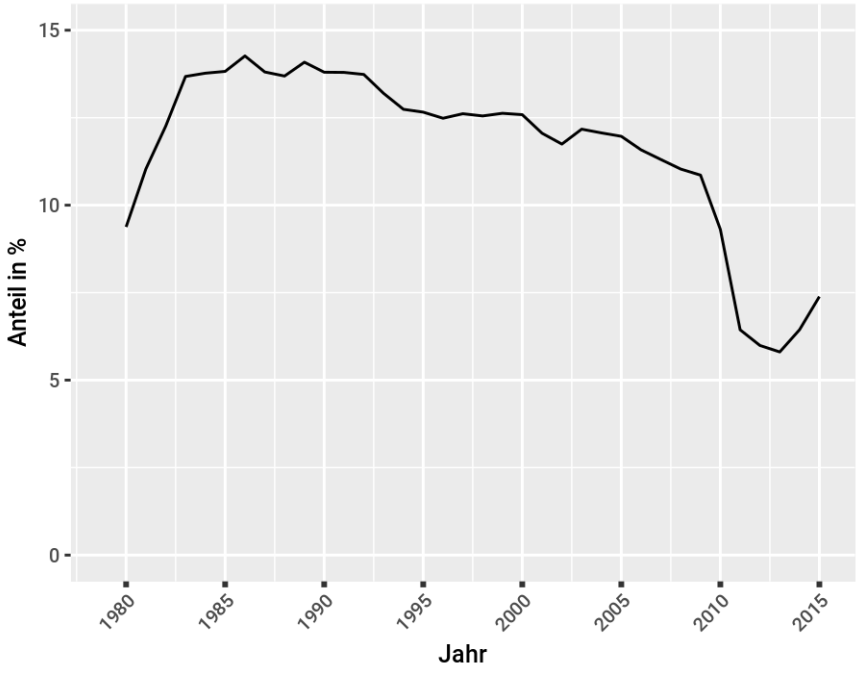


Abbildung 6.6: Entwicklung des Ausländeranteils in der Jahrgangsstufe 5 in NRW, 1980–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Die Nationalität ist in den Daten auch insofern zeitlich nicht ohne weiteres vergleichbar, da zum 1. Januar 2000 eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft trat: Seit dem 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besaß.[5]

[5] Zuvor war dies nur dann der Fall, wenn eines der beiden Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Dementsprechend gibt es in Abbildung 6.6 auch einen Abwärtsknick in den Ausländeranteilen ab 2009, der darauf zurückzuführen ist, dass seit Januar 2000 in NRW geborene Kinder im Vergleich zu vorher, vermehrt die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten und es eben genau diese Kinder sind, die dann erstmals in den Jahren 2009 und 2010 die Grundschule im Alter von neun oder zehn Jahren verlassen. Die damalige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist auch einer der Gründe, wieso neben dem Vergleich nach Nationalität seit dem neuen Jahrtausend zunehmend Bedarf nach dem Erfassen des Migrationshintergrunds als einer weiteren Differenzierungsmöglichkeit bestand (Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) 2013: 5).

Seit dem Jahr 2014 gibt es wieder einen Anstieg in den Ausländeranteilen, der der zunehmenden Zuwanderung aus Kriegs- und Krisengebieten zugeordnet werden kann und vermutlich seit dem letzten dargestellten Jahr 2015 weiter angestiegen ist.

Sowohl die Unterscheidung nach Nationalität als auch die nach Migrations-

hintergrund spielt allerdings insofern eine Rolle, als dass beide Konzepte auf unterschiedlichem Niveau einen Indikator für Zuwanderung darstellen. Schaut man sich zum Beispiel auf Ebene der zeitinvarianten Bezirke (vgl. zur Konstruktion Kapitel 3.1.2) den statistischen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Ausländeranteil mit den Zensudaten 2011 an, erhält man einen Korrelationskoeffizienten von 0,85 – ein sehr hoher Wert. Dies spricht dafür, dass die Unterscheidung nach Nationalität durchaus genutzt werden kann, um Hinweise auf die strukturelle Verortung von Zugewanderten im Bildungssystem zu gewinnen.

Auch Kemper (2016) kommt in seiner Expertise zur schulstatistischen Messung dieser beiden Indikatoren zu dem Schluss, dass trotz geändertem Staatsbürgerschaftsrecht zwar das Niveau des Migrationshintergrundes[6] systematisch unterschätzt wird, die Korrelationen aber hoch sind und dementsprechend für vergleichende Analysen durchaus herangezogen werden können.

[6] Und damit auch das Niveau der vermuteten Schwierigkeiten einerseits für die Schulen, verstärkt kulturelle Kompetenzen zu zeigen und Sprachbarrieren abzubauen und andererseits auch für die Schülerinnen und Schüler, sich erfolgreich im für die Familie teilweise nicht bekannten Schulsystem in einer ggf. fremden Sprache zu bewegen.

Abbildung 6.7 zeigt nun die nach Geschlecht und Nationalität differenzierten Anteile der Schülerinnen und Schüler der 5. Jahrgangsstufe von 1979 bis 2015 für NRW insgesamt und gibt jeweils an, wie viele Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Gruppe auf die betreffende Schulform gehen, also z.B.: »Ungefähr 18 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler im 5. Jahrgang gingen im Jahr 2015 zur Hauptschule«. Auffallend ist hierbei der prägnante Unterschied nach Nationalität: Über alle Jahre hinweg ist die blaue Linie, also die der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler, diejenige, die aus den Verläufen hervorsticht.

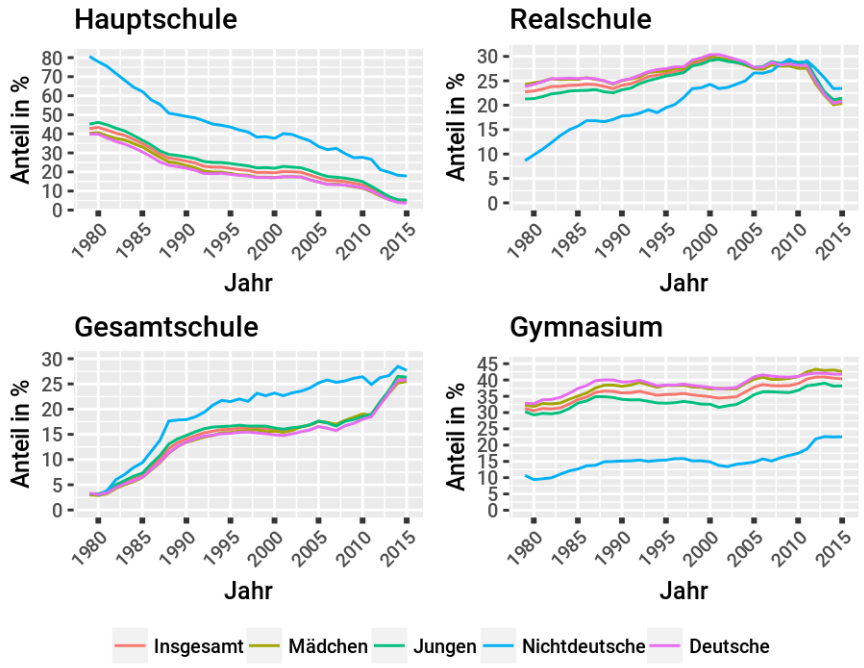


Abbildung 6.7: Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 5 an weiterführenden Schulen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Wenn ungefähr 18 Prozent der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler im Jahrgang 5 eine Hauptschule besuchen und unter 5 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler, dann ergibt sich daraus natürlich auch – in Abhängigkeit von der Größe der jeweiligen Gruppe – eine bestimmte Verteilung innerhalb der

weiterführenden Schulen. Abbildung 6.8 zeigt diese Verteilung nach Geschlecht und Nationalität.

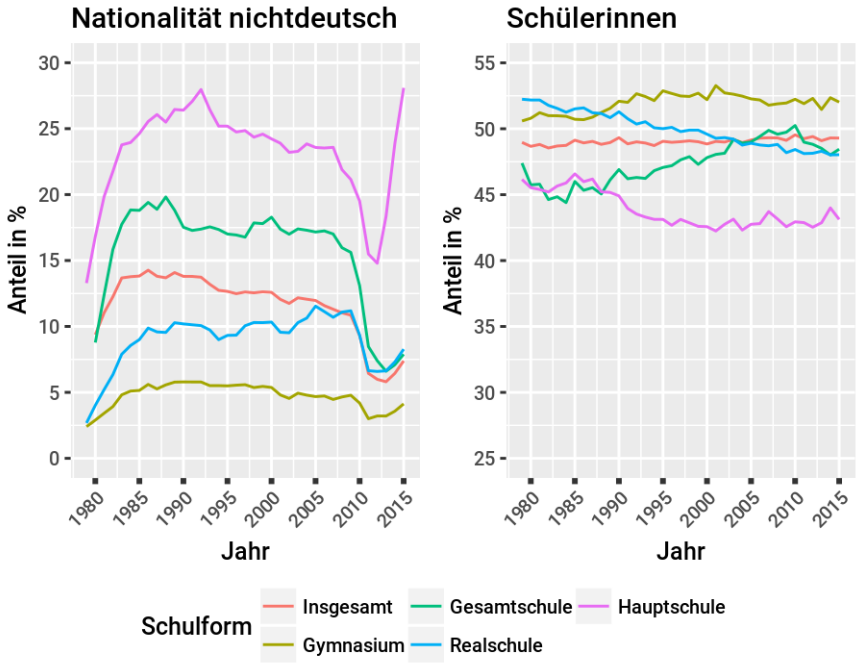


Abbildung 6.8: Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf weiterführenden Schulformen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Dabei wird deutlich, dass die Hauptschulen, obwohl sich auch bei den nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern immer weniger für einen Besuch dieser Schulform entscheiden, sogar einen steigenden Anteil an nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern verzeichnen. Der sprunghafte Anstieg von 2014 auf 2015 ist vor allem der Zuwanderung aus Kriegs- und Krisengebieten zuzuordnen. Während sich Gesamt- und Realschulen sowohl hinsichtlich des Geschlechts als auch der Nationalität nah am Durchschnittswert bewegen, ist die Schülerschaft an Hauptschulen tendenziell eher männlich und nichtdeutsch und an Gymnasien eher weiblich und deutsch. Die Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts sind dabei wiederum die geringeren: Im Jahr 2015 gab es in NRW insgesamt auf Hauptschulen einen Mädchenanteil von 43,1 Prozent, auf Gymnasien waren es 52 Prozent – eine Differenz also von 8,9 Prozentpunkten. Schaut man sich jedoch die Verteilung nach Nationalität an, ergibt sich im Jahr 2015 auf den Hauptschulen ein Nichtdeutschenanteil von 28,1 Prozent gegenüber 4,1 Prozent auf Gymnasien. Hier ist die Differenz also sehr viel größer (24 Prozentpunkte).

Im regionalen Vergleich zwischen der Rheinregion und dem Ruhrgebiet gibt es bezüglich des unterschiedlichen Besuchs weiterführender Schulen nach Geschlecht und Nationalität kaum systematische Unterschiede, weswegen auf eine detaillierte Darstellung verzichtet wird. Lediglich der Gesamtschulbesuch unterscheidet sich hier im Zeitverlauf dergestalt, dass im Ruhrgebiet tendenziell noch mehr Jungen und noch weniger deutsche Schülerinnen und Schüler die Gesamtschule besuchen als in der Rheinregion, wobei sich die Unterschiede zwischen den Regionen allerdings in den letzten Jahren nivelliert haben.

6.1.3 Abschlüsse

Inwiefern schlägt sich nun die dargestellte Entwicklung der Nachfrage an den verschiedenen weiterführenden Schulen auch in entsprechenden Abschlüssen nieder? Immerhin sind diese eine der wesentlichen Komponenten, wenn es um die Einbindung in den Arbeitsmarkt geht. In der Verteilung der Abschlüsse, dargestellt in Abbildung 6.9, lässt sich ein Wandel weg von niedrigeren hin zu den höheren Schulabschlüssen erkennen – der Anteil derjenigen, die die Schule ohne oder mit einem Hauptschulabschluss verließen, betrug 1979 noch 8,9 bzw. 44,4 Prozent, während es im Jahr 2014 nur noch 2,7 bzw. 14,8 Prozent waren. Der Anteil an Abiturienten hingegen hat sich von 15,2 Prozent auf 39,5 Prozent erhöht.

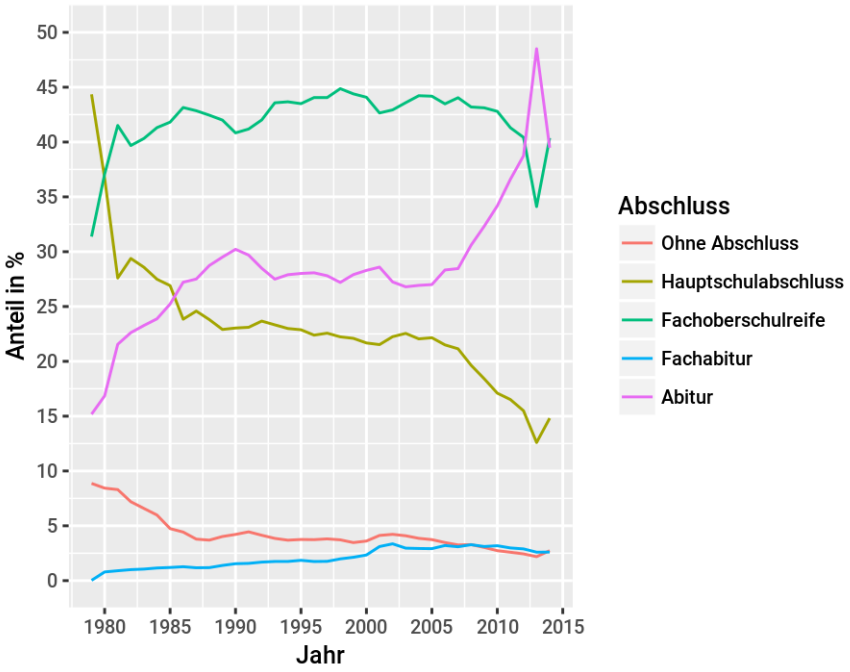


Abbildung 6.9: Entwicklung der Schulabschlüsse in NRW, 1979–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Diese Ergebnisse sind im Zuge der deutschen Bildungsexpansion, der »gestiegene[n] Bildungsbeteiligung, längere[n] Verweildauer im Bildungssystem und beschleunigte[n] Zunahme höherer Schulabschlüsse nach den Bildungsreformen in den 1960er und 1970er Jahren« (Hadjar und Becker 2006: 12) in Deutschland auch für Nordrhein-Westfalen so zu erwarten gewesen.

Auffallend ist die Spitze bei den Abiturienten im Jahr 2013, die sich auch in weiteren Darstellungen wiederfinden wird – es handelt sich hier um eine Spitze im Zuge der Einführung des Abiturs nach der zwölften Jahrgangsstufe, umgangssprachlich auch als »G8« bezeichnet (für »achtjähriges Gymnasium«). Dieses wurde in Nordrhein-Westfalen 2004 beschlossen und betraf die im Sommer 2005 in die fünfte Klasse eines Jahrgangs wechselnden und dementsprechend im Jahr 2013 die allgemeine Hochschulreife erwerbenden Schülerinnen und Schüler, weswegen es dort zu dem deutlichen Ausschlag der Kurve nach oben kommt. Da ein höherer Anteil an Abiturienten automatisch zu niedrigeren Anteilen bei den anderen Abschlüssen führt, gibt es auch entsprechende

Ausschläge bei den anderen Schulabschlüssen. Am deutlichsten erkennt man dies bei der Fachoberschulreife, die auch insgesamt stark vertreten ist, weniger stark, aber immer noch erkennbar auch bei den Hauptschulabschlüssen.

Gab es bezüglich des Schulangebots und der Schulnachfrage noch Unterschiede im Vergleich des Ruhrgebiets mit dem gesamten Land, so verliefen die Entwicklungen bezüglich der erworbenen Schulabschlüsse parallel, wie aus Abbildung 6.10 hervorgeht, die die Entwicklung der drei häufigsten Abschlüsse gegenüberstellt.

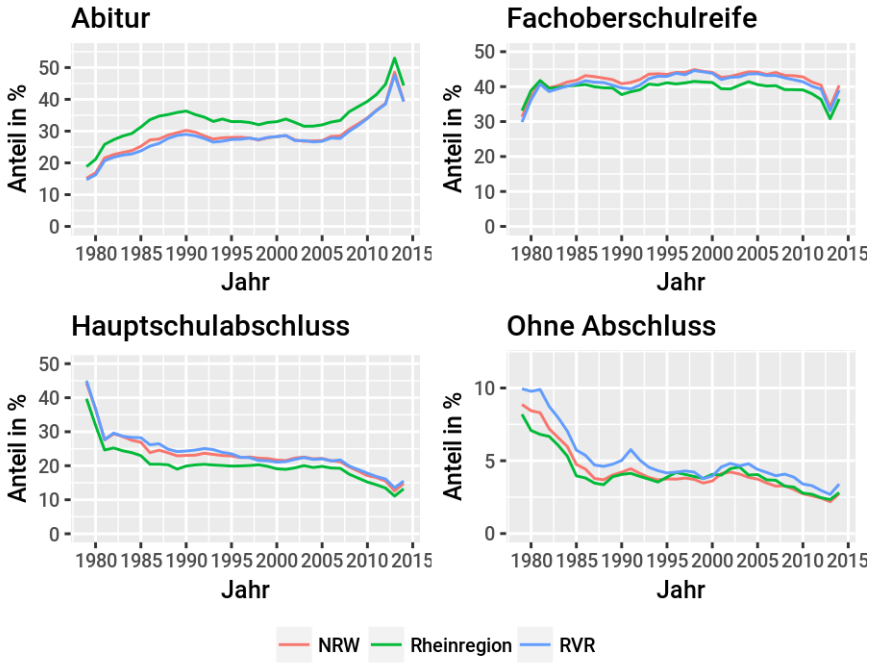


Abbildung 6.10: Entwicklung der Schulabschlüsse im regionalen Vergleich, 1979–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Hinsichtlich der erworbenen Abschlüsse spiegelt das Ruhrgebiet insgesamt erstaunlich nah den NRW-Durchschnitt wider, während sich in der Rheinregion der überproportionale Besuch des Gymnasiums auch in höheren Quoten auswirkt. Der Unterschied liegt aber nur bei ca. 5 Prozentpunkten, ein Hinweis darauf, dass der verstärkte Besuch von Gesamtschulen im Ruhrgebiet hier hinsichtlich des Abiturs gewissermaßen »ausgleichend« wirkt.

Des Weiteren stellt sich die Frage danach, ob sich die Bildungsexpansion für alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen entwickelt hat. Abbildung 6.11 stellt daher für NRW die Entwicklung der verschiedenen Schulabschlüsse nach Geschlecht und Nationalität dar. Ein Großteil der Entwicklungen verläuft parallel, große Unterschiede gibt es allerdings nach Nationalität, während die Unterschiede nach Geschlecht ebenfalls konsistent, aber deutlich geringer sind.

- Bezüglich der Nationalität hat sich der Abstand zwischen den Abiturientenquoten deutlich vergrößert: Waren es 1979 noch 13,9 Prozentpunkte betrug der Abstand 1990 schon über 25 Prozentpunkte und liegt 2014 bei 22,6 Prozentpunkten. Schülerinnen und Schüler mit deutscher Staatsbürgerschaft haben bei dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss, dem Abitur, also

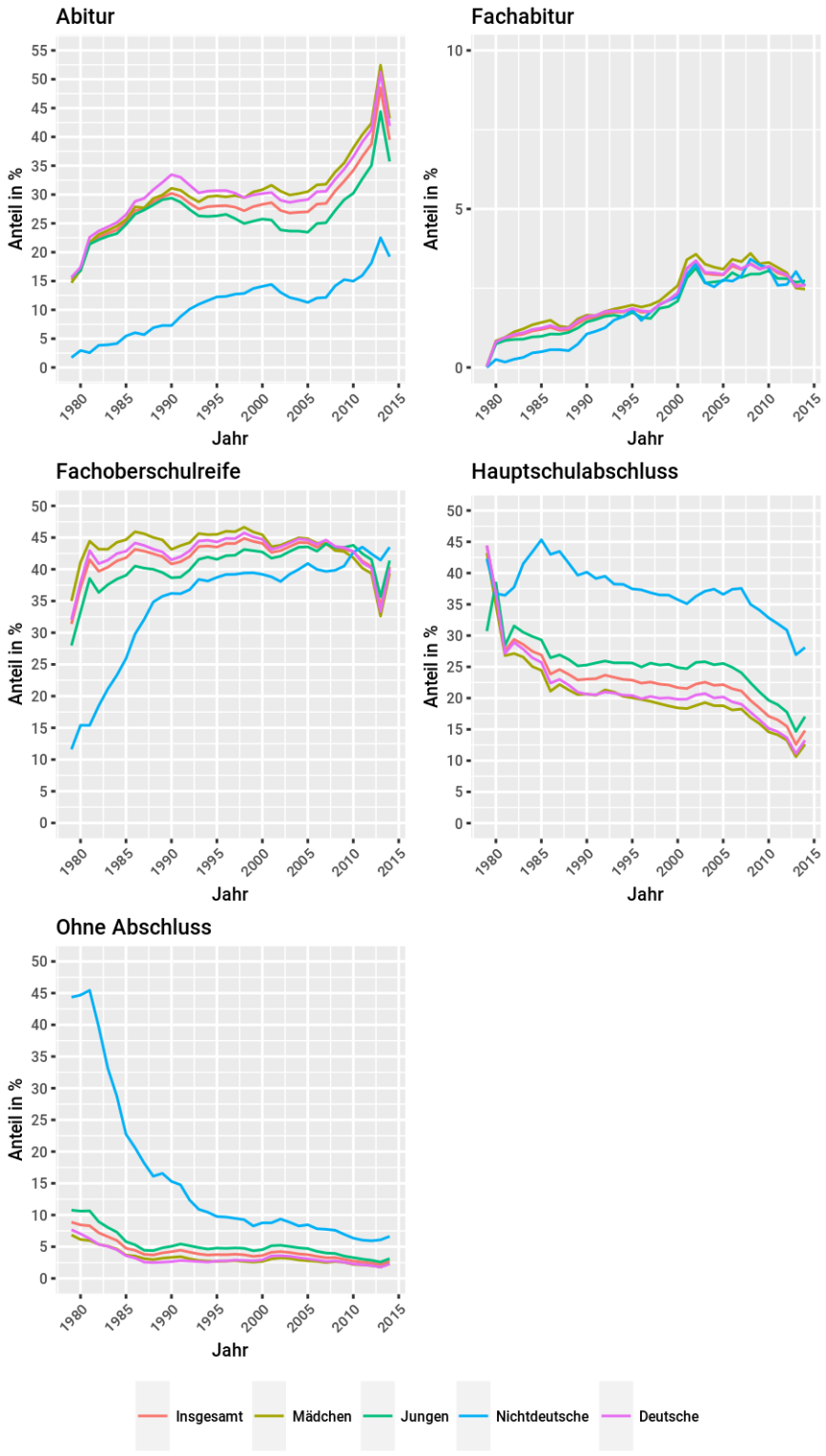


Abbildung 6.11: Entwicklung der Schulabschlüsse nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 1979–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

deutlich stärker von der Bildungsexpansion profitiert als Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

- Beim sehr viel seltener vorliegenden Fachabitur sowie der Fachoberschulreife haben sich die Differenzen in den erreichten Abschlüssen nach Nationalität hingegen aufgehoben.

- Der Hauptschulabschluss wiederum wird seit Anfang der 1980er Jahre vermehrt von ausländischen Schülerinnen und Schülern erreicht: Einer Differenz von 2,1 Prozentpunkten 1979 steht 2014 einer Differenz von -14,8 Prozentpunkten (Quote bei deutschen Schülerinnen und Schülern und Quote bei ausländischen Schülerinnen und Schülern) gegenüber.

- War bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern das Verlassen der Schule ohne Schulabschluss im Jahr 1979 noch die häufigste Variante (dies tat immerhin ein Anteil von 44,4 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler), hat dieser Anteil stark abgenommen, ist allerdings mit 6,6 Prozent immer noch um rund 4,4 Prozentpunkte höher als bei denjenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft, also knapp dreimal so hoch.

Die Bildungsexpansion hat damit im Bereich der Schulabschlüsse seit Beginn der 1980er Jahre sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Schülerinnen und Schülern stattgefunden, dabei aber unterschiedliche Verläufe genommen: Im Bereich der höheren Bildung profitierten deutsche Schülerinnen und Schüler weitaus mehr, im Bereich der mittleren Bildung haben ausländische Schülerinnen und Schüler zu den deutschen aufgeschlossen und im Bereich niedriger Schulbildung haben sie deutlich abgenommen, sind aber immer noch nicht auf dem Stand der deutschen Schülerinnen und Schüler angekommen.

Abbildung 6.12 stellt die Entwicklung der Anteilsdifferenzen nach Nationalität (Anteilswertdifferenz: Deutsche minus ausländische Schülerinnen und Schüler) für das Abitur nochmal gesondert und für die Regionen differenziert dar. Bezüglich der gesamten Entwicklungen ist zu konstatieren, dass es nach einem Absinken der Ungleichheit ab den 1990er Jahren seit Beginn des neuen Jahrtausends wieder zu einem Anstieg der Differenzen kommt. Diese Phasen decken sich mit den Phasen der Bildungsexpansion: Stagniert diese, sinken die Differenzen – steigt jedoch das Niveau der Bildungsabschlüsse, dann steigt auch die Ungleichheit zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern. Die Bildungsexpansion ist in Nordrhein-Westfalen also in beiden Phasen mit einem Anstieg der Ungleichheit nach Nationalität verbunden gewesen. Gleichzeitig liegt die Ungleichheit nach Nationalität in der Rheinregion konstant über der im Ruhrgebiet.

Nun kann das Abitur grundsätzlich an Gymnasien und Gesamtschulen erworben werden, wobei aus den vorangegangenen Ergebnissen hervorging, dass weit mehr nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler auf die Gesamtschule gehen als deutsche und dass das Verhältnis auf den Gymnasien umgekehrt ist. Gibt es nun vielleicht auf der einen Schulform größere Ungleichgewichte beim Erwerb der Hochschulreife als auf der anderen?

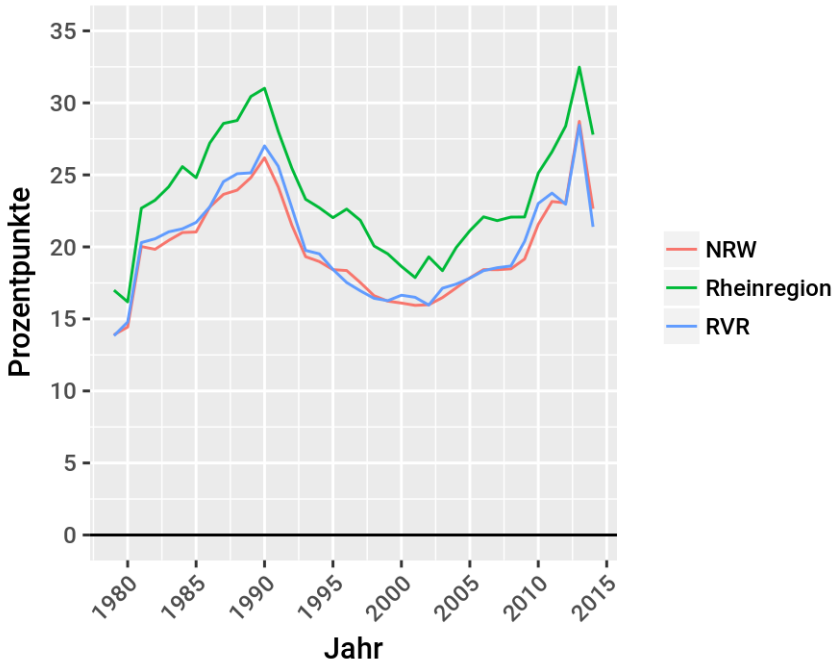


Abbildung 6.12: Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Nationalität (Deutsche - Ausländer) im regionalen Vergleich, 1979–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Dieser Frage geht Abbildung 6.13 nach: »Wenn die Schülerinnen und Schüler einmal verteilt sind, wie unterscheiden sich noch die Abschlussquoten nach Nationalität?« So erwerben auch auf den Gymnasien längst nicht alle Schülerinnen und Schüler die allgemeine Hochschulreife, im Jahr 2014 erwarben knapp 86 Prozent der Schulabgänger und -abgängerinnen von Gymnasien das Abitur. Bei den Gesamtschulen lag der Wert entsprechend niedriger bei knapp 37 Prozent.

Es wird deutlich, dass auf beiden Schulformen Unterschiede zuungunsten der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler bestehen, die allerdings bis zum Jahr 2012 einschließlich auf den Gymnasien immer höher waren. Egal an welcher Schulform, nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler haben prozentual gesehen in weniger Fällen die Hochschulreife erworben als deutsche. Mitte der 1990er Jahre war dieser Abstand bei den Gesamtschulen einmal zwar fast verschwunden, seitdem stieg er aber wieder an.[7]

Bei den Gymnasien sinken zwar die Differenzen, jedoch ist die Hürde, das Gymnasium zu erreichen, für die nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler auch höher: Von den deutschen Schülerinnen und Schülern gehen 2014 knapp 26 Prozent zur Gesamtschule und knapp 42 Prozent zum Gymnasium, von den nichtdeutschen hingegen knapp 23 Prozent zum Gymnasium und 28 Prozent zur Gesamtschule. Daraus folgen auch Unterschiede beim Abiturerwerb: Von den Deutschen mit Abitur hat es nur etwa jeder sechste an einer Gesamtschule erworben, von den Nichtdeutschen mit Abitur aber jeder dritte. Die Gesamtschule hat also vor allem für nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler eine Bedeutung als Institution zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse – in der für sie relevanteren Schulform kommt es also zu einem Anstieg der Ungleichheit. Regional gesehen gibt es keine Unterschiede bezüglich der Differenzen nach Nationalität auf Gesamtschulen oder Gymnasien, die Kurven für die Rhein-

[7] Eine detaillierte Analyse zu den Unterschieden im Abiturerfolg (Bestehen und Durchschnittsnote) zwischen Geschlechtern und einzelnen Herkunftsgruppen an Gymnasien und Gesamtschulen in NRW für die Jahre 2004 bis 2009 findet sich in Schräpler (2011) und in Bezug auf die Auswirkung der Einführung des Zentralabiturs im Jahr 2006 auf den Erfolg dieser Gruppen in Schräpler und Weishaupt (2013).

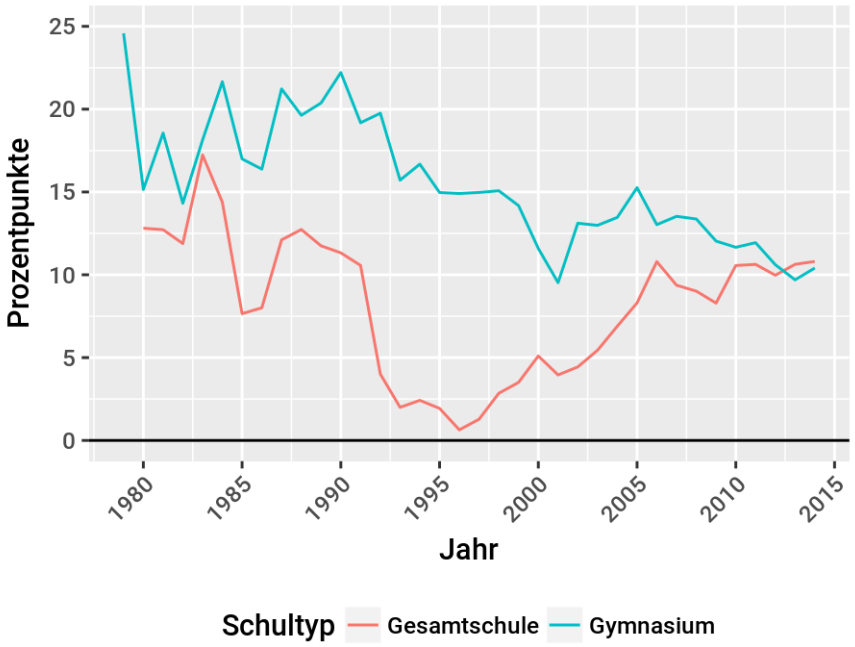


Abbildung 6.13: Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Nationalität (Deutsche - Ausländer) in NRW, 1979–2014, Gymnasium vs. Gesamtschule (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

region und das Ruhrgebiet verlaufen hier weitgehend wie in der gemeinsamen Darstellung und werden daher nicht gesondert ausgewiesen.

Die Entwicklung der Unterschiede nach Geschlecht zeigt nur kleinere Ausschläge, insgesamt lässt sich eindeutig ein Trend zu den höheren Bildungsabschlüssen der Mädchen erkennen, bei dem kein Ende absehbar ist – Abbildung 6.14 zeigt die Gesamtentwicklung der Anteilsdifferenzen beim Erreichen des Abiturs.

Abbildung 6.15 schlüsselt diesen Unterschied nochmals nach Schulform auf: Wenn die Schülerinnen und Schüler einmal auf Gesamtschulen und Gymnasien verteilt sind, wie unterscheiden sich dort noch ihre Erfolgschancen hinsichtlich des Abiturs? Erwartungsgemäß steigen die Differenzen, da zunehmend mehr Mädchen im Vergleich zu den Jungen die Hochschulreife erwerben. Allerdings geht anscheinend auch ein guter Anteil davon auf die unterschiedliche Ausgangsverteilung zurück: An den Gymnasien beträgt der Abstand aktuell ca. 2,5 Prozentpunkte, und er fällt erst seit 1998 zugunsten der Mädchen aus – in der Gesamtverteilung war der Anteil bei den Mädchen allerdings schon seit Anfang der 1980er Jahre höher. Auf den Gesamtschulen hingegen haben Mädchen einen gut sechs Prozentpunkte höheren Anteil bei den Abiturientenquoten.

Im Vergleich zwischen dem Erwerb der Hochschulreife auf den Gymnasien und den Gesamtschulen gilt, dass die Geschlechterdifferenz zugunsten der Mädchen auf den Gesamtschulen weit stärker ausgeprägt ist. Hinsichtlich der Nationalität war der Unterschied bei den Gesamtschulen lange Zeit weniger stark ausgeprägt, hat sich aber mittlerweile angeglichen. Ein wesentlicher Faktor, der die ungleiche Verteilung nach Geschlecht (und Nationalität) auf verschiedene Schultypen beeinflusst, ist die *Schulformempfehlung*, um die es im folgenden Teil gehen wird.



Abbildung 6.14: Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Geschlecht (Mädchen - Jungen) in NRW, 1979–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

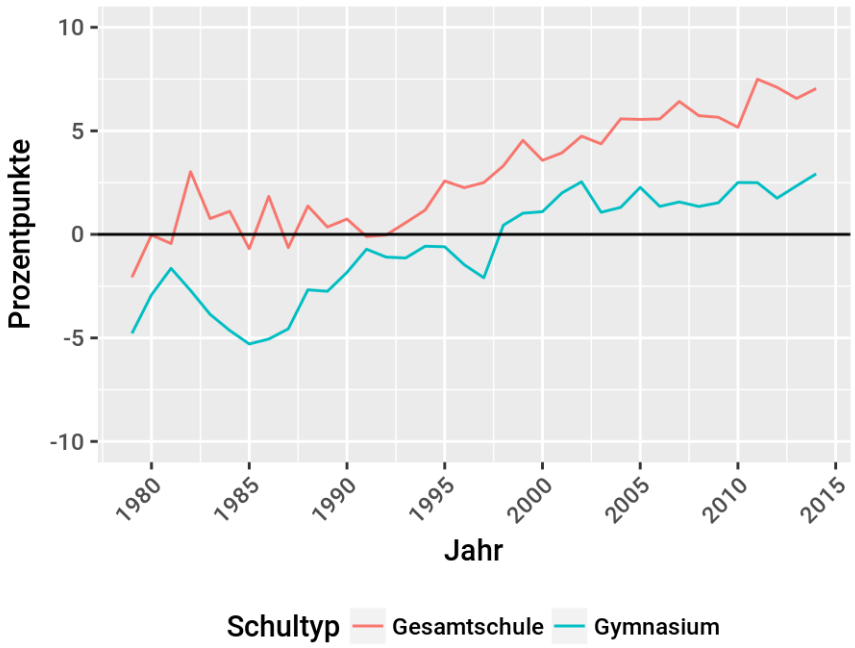


Abbildung 6.15: Entwicklung der Differenz der Abiturientenquoten nach Geschlecht (Mädchen - Jungen) in NRW, 1979–2014, Gymnasium vs. Gesamtschule (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

6.1.4 Übergänge und Empfehlungen

Bis vor kurzer Zeit gab es in allen deutschen Bundesländern Schulformempfehlungen. Sie haben je nach Bundesland eine andere Verbindlichkeit: In Sachsen beispielsweise wird die »Bildungsempfehlung« für das Gymnasium dann erteilt, wenn die Schülerin oder der Schüler »in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht einen Notendurchschnitt von 2,0 oder besser erreicht hat und keines dieser Fächer mit der Note ›ausreichend‹ oder schlechter benotet wurde«.[8] In Niedersachsen hingegen wurde die »Schullaufbahnempfehlung« zum Schuljahr 2015/2016 abgeschafft und durch zwei Beratungsgespräche an den Grundschulen ersetzt.[9] In Schleswig-Holstein wurde sogar eine Abkehr vom dreigliedrigen zum zweigliedrigen Schulsystem mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen vollzogen, sodass Kinder auf jeder Schule Abitur machen können[10] – die »Schulempfehlung« wurde im Zuge dessen ebenfalls abgeschafft.

[8] Aktuelle Regelung der Homepage des sächsischen Staatsministeriums für Kultus entnommen (Sächsisches Staatsministerium für Kultus 2017).

[9] Aktuelle Regelung laut Homepage des Niedersächsischen Kultusministeriums (Niedersächsisches Kultusministerium 2017).

[10] Auf der Homepage von Schleswig-Holstein zum Thema »Schulsystem« nachzulesen (Ministerium für Schule und Berufsbildung Schleswig-Holstein 2017).

Nordrhein-Westfalen gehört zu den Ländern, in denen es die Schulformempfehlung weiterhin gibt, mittlerweile ist allerdings der Elternwille (wieder) ausschlaggebend: »Letztlich entscheidet aber im Rahmen vorhandener Aufnahmekapazitäten der Elternwille« (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2017).

Die Schulformempfehlung in NRW wird zusammen mit dem Halbjahreszeugnis der vierten Klasse ausgegeben. Unser Datenbestand zu den Schulübergängen in der Zeit zwischen 2009 bis 2014 gibt allerdings in Bezug auf die Verbindlichkeit der Empfehlung und des weiteren Prozederes zwei unterschiedliche Regelungen wider: Nach der Wahl der schwarz-gelben Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Jahr 2005 wurde am 27. Juni 2006 das 2. Schulrechtsänderungsgesetz beschlossen, das zum 1. August 2006 in Kraft trat. Zu diesem Zeitpunkt waren die Anmeldungen für das Schuljahr 2006/2007 schon erfolgt, so dass es zum ersten Mal für die Übergänge im Sommer 2007 galt. War zuvor der Elternwille ausschlaggebend, war dieser zwar mit dem neuen Gesetz immer noch in die Entscheidungsfindung einbezogen, allerdings »[traf] [d]ie abschließende Entscheidung über eine offensichtliche Nichteignung [...] das Schulamt auf der Grundlage eines Prognoseunterrichts«.[11] Die Schulformempfehlungen wurden auf Grundlage des neuen Gesetzes auch erstmalig »mit Einschränkungen« vergeben, d.h., dass die Empfehlungen »Hauptschule – bedingt Realschule« und »Realschule – bedingt Gymnasium« möglich wurden. Wollten Eltern ihre Kinder an einer weiterführenden Schulform anmelden, für die es weder eine uneingeschränkte noch eine bedingte Empfehlung erhalten hatte, musste das Kind im Übergangsverfahren an einem dreitägigen Prognoseunterricht teilnehmen und die abschließende Entscheidung lag nun eben nicht mehr bei den Eltern, sondern beim Schulamt. Nach der Landtagswahl 2010 gab es eine rotgrüne Minderheitsregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der Landtag beschloss das 4. Schulrechtsänderungsgesetz vom 21. Dezember 2010, welches die eingeschränkten Schulformempfehlungen beibehielt, den Prognoseunterricht aber wieder abschaffte und den Eltern die endgültige Entscheidung überließ (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2010). Das heißt, die Übergänge im Sommer 2009 und 2010 (Grundschuljahre 2008/2009 und 2009/2010)

[11] § 11, Absatz 4 der damals gültigen Fassung des Schulgesetzes.

fanden unter der Regelung der verbindlichen Empfehlungen mit Prognoseunterricht in strittigen Fällen statt und die nachfolgenden vier Jahre unter der auch aktuell noch gültigen Regelung, wonach der Elternwille die entsprechend letzte Instanz ist.

Betrachtet man die Entwicklung der Verteilung der Übergangsempfehlungen, so zeigen sich kaum Veränderungen (Abbildung 6.16): Ist die Schullandschaft auch noch so sehr im Wandel, am Empfehlungsverhalten der Lehrerinnen und Lehrer ändert sich in den sechs Jahren, für die wir die Empfehlungen vorliegen haben, nicht viel. Was natürlich auch insofern erwartbar ist, als dass es für Gesamtschulen oder Sekundarschulen, also den Bereich, der sich vor allem im Wandel befindet, keine eigenen Empfehlungen gibt. Man sieht, dass die Gymnasialempfehlung mittlerweile die am häufigsten gegebene Empfehlung ist, gefolgt von der Realschulempfehlung. Nimmt man die bedingten Empfehlungen hinzu, dann erhält immerhin knapp die Häfte der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler (genau: 47 Prozent) die bedingte oder unbedingte Empfehlung für das Gymnasium.

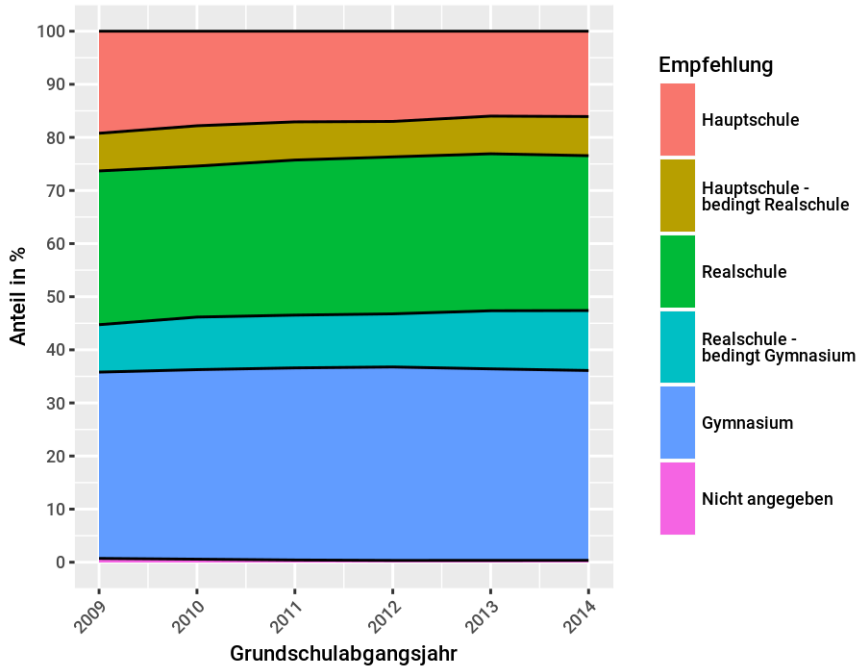


Abbildung 6.16: Entwicklung der Schulformempfehlungen in NRW, 2009–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Dieses gleichförmige Bild verdeckt allerdings die regionalen Unterschiede – Tabelle 6.1 zeigt, dass in der Rheinregion im Vergleich zum Ruhrgebiet weitaus bessere Schulformempfehlungen gegeben werden: Dort erhalten rund 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine unbedingte Gymnasialempfehlung, wohingegen es im Ruhrgebiet nur etwa 33 Prozent sind. Dafür erhalten hier aber ca. 18 Prozent eine Hauptschulempfehlung, in der Rheinregion nur 11 Prozent. An dieser Stelle sind große regionale Unterschiede auch hinsichtlich der Empfehlungen zu konstatieren.

Neben den regionalen Unterschieden spielen auch hier Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität eine Rolle: Tabelle 6.2 stellt die Empfehlungen für das Jahr 2014 differenziert nach Nationalität und Geschlecht dar.[12] Außer bei

[12] Am Niveau der Unterschiede ändert sich im Zeitverlauf wenig, weswegen der Übersichtlichkeit halber die Darstellung für das Jahr 2014 ausreichen soll.

Tabelle 6.1: Schulformempfehlungen nach Regionen, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Empfehlung		**Region**		
	NRW	RVR	Rheinregion	Differenz
Hauptschule	16,1	18,2	11,3	6,9
bedingt Realschule	7,4	7,9	5,9	2,0
Realschule	29,2	29,4	27,0	2,3
bedingt Gymnasium	11,3	10,7	11,7	-1,0
Gymnasium	35,7	33,4	43,7	-10,3
ohne Empfehlung	0,4	0,4	0,4	0,1

den Realschulempfehlungen gibt es jeweils deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. Erstens erhalten Mädchen und zweitens deutsche Schülerinnen und Schüler häufiger Gymnasialempfehlungen und seltener Hauptschulempfehlungen als Jungen bzw. nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler. Hier dominiert eindeutig die Differenzierung nach Nationalität. So haben zwar im Vergleich nichtdeutsche Mädchen eher Gymnasialempfehlungen als nichtdeutsche Jungen, der Abstand zwischen nichtdeutschen Mädchen und deutschen Jungen beträgt allerdings im Jahr 2014 immer noch 14,1 Prozentpunkte zu Gunsten der deutschen Jungen.

Gruppe	**Empfehlungen**					
	Gymnasium	Gymnasium bedingt	Realschule	Realschule bedingt	Hauptschule	Ohne Empfehlung
Deutsche Jungen	33,5	11,7	30,1	7,7	16,5	0,4
Deutsche Mädchen	40,1	11,2	28,1	6,7	13,6	0,3
Nichtdeutsche Jungen	16,1	8,2	28,6	11,5	34,9	0,7
Nichtdeutsche Mädchen	19,5	7,7	30,5	9,8	31,6	0,8
Gesamt	35,7	11,3	29,2	7,4	16,1	0,4

Tabelle 6.2: Schulformempfehlungen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Die Schulformempfehlung mündet jedoch nicht immer in einen entsprechenden weiterführenden Schulbesuch, bei den bedingten Empfehlungen haben Eltern zudem selbst empfehlungsgemäß die Wahl zwischen zwei Schulformen. Hinsichtlich des tatsächlichen Übergangsverhaltens sind grundsätzlich zwei Fragestellungen von Interesse:

1. Welche Schulform wählen Schülerinnen und Schüler in Abhängigkeit von ihrer Schulformempfehlung?

2. Wie verteilen sich dann die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Schulformempfehlung, insbesondere auf den integrierten Schulformen?

Das Wahlverhalten in Abhängigkeit von der Schulformempfehlung ist für das Jahr 2014 in Tabelle 6.3 abgebildet. Dabei wird deutlich, dass bei einer Gymnasialempfehlung in der Regel auch das Gymnasium gewählt wird – über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einer solchen Empfehlung entscheiden

sich so. Von den wenigen, die nicht zum Gymnasium wechseln, gehen wiederum die meisten zu einer Gesamtschule. Bei den bedingten Empfehlungen sieht das Bild differenzierter aus: Von denjenigen, die eine Empfehlung »Realschule – bedingt Gymnasium« haben, gehen unter 20 Prozent zu einer Realschule. Mehr als die Hälfte (genau: im Jahr 2014 57,6 Prozent) entscheidet sich für die höhere Schulform, das Gymnasium. Der Rest geht zu einer der beiden integrierten Schulformen. Die Realschulempfehlung hingegen hat nicht eine solche Bindungskraft wie die Gymnasialempfehlung: Weniger als die Hälfte, nämlich 47,8 Prozent derjenigen mit Realschulempfehlung gingen auch zu einer Realschule. Ein etwas kleinerer Anteil von 43,2 Prozent wechselt auf die integrierten Schulen, und seit der Aufhebung der Verbindlichkeit der Schulformempfehlung zum Sommer 2011 gehen auch einige der Schülerinnen und Schüler zum Gymnasium – 2014 ein Anteil von immerhin 7,6 Prozent.

Übergänge	**Empfehlungen**				
	Hauptschule	Realschule bedingt	Realschule	Gymnasium bedingt	Gymnasium
Hauptschule	24,3	3,3	0,5	0,1	0,0
Realschule	9,9	38,2	47,8	16,3	1,6
Sekundarschule	17,0	12,4	7,8	2,5	0,2
Gesamtschule	46,5	43,7	35,4	22,8	7,0
Waldorfschule	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Gymnasium	0,8	1,3	7,6	57,6	90,9
Sonstige	1,6	1,0	0,9	0,6	0,1
Summe	100	100	100	100	100

Tabelle 6.3: Übergang in Abhängigkeit von der Schulformempfehlungen in NRW, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Die Schulformempfehlung, bei der mittlerweile die geringste Bindung zur entsprechenden Schulform besteht und auch der stärkste Wandel im Übergangsverhalten zu berichten ist, ist die Hauptschule: Hier wechseln 2014 gerade mal ein Viertel der Schülerinnen und Schüler (24,3 Prozent) noch zur empfohlenen Schulform, der überwiegende Teil von fast zwei Dritteln der Schülerinnen und Schüler (63,5 Prozent) wechselt zu den integrierten Schulformen. Wer keine Schulformempfehlung erhalten hat, ging im Untersuchungszeitraum zur Förderschule.

Gibt es hier nun regionale Unterschiede? Tabelle 6.4 vergleicht für die drei differenzierten Schulformempfehlungen die Übergangsquoten nach Region. Für die Gymnasial- und die Realschulempfehlungen ergibt sich kein Unterschied, allerdings ist der bei den Hauptschulempfehlungen mit gut 15 Prozentpunkten beachtlich: In der Rheinregion gehen also deutlich mehr Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung auch zur Hauptschule. Dies liegt möglicherweise daran, dass dort weniger Hauptschulempfehlungen gegeben werden: Wenn diese gegeben werden, dann haben sie, auch aufgrund des weniger breiten Alternativangebots an Gesamtschulen, eine höhere Bindungskraft.

Aus dem unterschiedlichen Übergangsverhalten nach Empfehlung resultieren dann unterschiedliche Verteilungen in den Aufnahmeschulformen, die für das Jahr 2014 in Tabelle 6.5 zusammengefasst sind. Bei den differenzierten Schul-

Tabelle 6.4: Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche die empfohlene Schulform besuchen (Bindungskraft) nach Regionen, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Empfehlungen	**Region**			
	NRW	RVR	Rheinregion	Differenz
Hauptschule	24,3	20,7	36,3	-15,6
Realschule	47,8	50,1	50,5	-0,4
Gymnasium	90,9	90,9	91,1	-0,2

formen ergibt sich dabei ein recht einheitliches Bild: Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler auf den differenzierten Schulformen hat auch eine entsprechende Empfehlung. Auf dem Gymnasium befinden sich zu 94,1 Prozent Schülerinnen und Schüler mit bedingter oder unbedingter Gymnasialempfehlung, auf den Realschulen zu 89,6 Prozent[13] und auf Hauptschulen zu 96,2 Prozent.[14] Es ist also keinesfalls so, dass seit der Rücknahme der Verbindlichkeit der Schulformempfehlungen auf einmal eine Masse an qua Empfehlung »ungeeigneten« Schülerinnen und Schülern die höheren Schulformen stürmen würden. Der Anteil an Schülerinnen und Schülern ohne geeignete Empfehlung liegt bei knapp 6 Prozent auf dem Gymnasium, wenn man bei den Realschulen die höher qualifizierten Empfehlungen abzieht, sind es hier 7,6 Prozent mit geringerer Empfehlung.

[13] Empfehlungen »Hauptschule – bedingt Realschule«, »Realschule« sowie »Realschule – bedingt Gymnasium«

[14] Empfehlungen »Hauptschule« und »Hauptschule – bedingt Realschule«

Übergänge	**Empfehlungen**					Summe
	Hauptschule	Realschule bedingt	Realschule	Gymnasium bedingt	Gymnasium	
Hauptschule	90,6	5,6	3,2	0,3	0,2	100
Realschule	7,6	13,6	67,1	8,9	2,8	100
Sekundarschule	43,6	14,6	36,0	4,5	1,4	100
Gesamtschule	28,6	12,4	39,6	9,9	9,6	100
Waldorfschule	6,8	2,3	11,4	20,5	59,1	100
Gymnasium	0,3	0,2	5,3	15,7	78,4	100
Sonstige	35,3	10,7	39,0	9,0	6,0	100

Tabelle 6.5: Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung in NRW, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Obwohl die unterschiedlichen Schulformempfehlungen einen unterschiedlichen Verbindlichkeitsgrad im Übergangsverhalten zur Folge haben, bleibt das differenzierte Schulsystem hinsichtlich der Empfehlungen der Schülerinnen und Schüler entsprechend differenziert zusammengesetzt. Die Unterschiede im Übergangsverhalten bilden sich somit vor allem auf den integrierten Schulen ab.

Abbildung 6.17 stellt die Verteilung auf den beiden integrierten Schulformen im Zeitverlauf dar. Trotz der Kooperation der Sekundarschulen mit Schulen, die eine Sekundarstufe 2 anbieten, ist die Schülerschaft hier durchschnittlich mit deutlich geringeren Schulformempfehlungen zusammengesetzt als bei den Gesamtschulen. Dies hängt auch mit der konkreten Umsetzung in den Kommunen (Umwandeln von Haupt- und Realschulen zu Sekundarschulen) zusammen. Auf der Landesebene betrachtet sieht es so aus, als ob man nun zwei integrierte Schulformen habe, die sich aber wiederum von den Empfehlungen als Startbedingungen der Schülerinnen und Schüler aus betrachtet in eine mit höheren und eine mit tendenziell niedrigeren Empfehlungen differenzieren. Dies war in-

sofern erwartbar, als dass Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung, die auch das Abitur anstreben, nicht unbedingt eine Schule wählen, auf der sie es nicht ohne weiteren Wechsel erwerben können. Interessant ist in diesem Zusammenhang, inwiefern die Kooperationen der Sekundarschulen mit der Sekundarstufe 2 auch genutzt werden. Bislang ist allerdings festzustellen, dass auf den Sekundarschulen sogar ein geringerer Anteil an Schülerinnen und Schülern vertreten ist, die eine bedingte oder unbedingte Gymnasialempfehlung haben, als auf den Realschulen (Realschulen: 11,6 Prozent, Sekundarschulen: 5,9 Prozent).

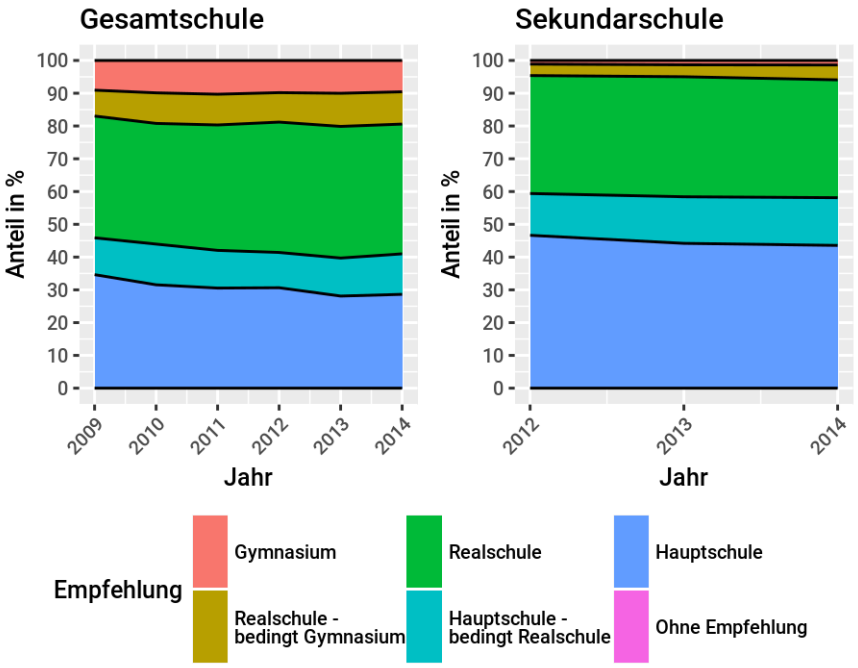


Abbildung 6.17: Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformempfehlung an den integrierten Schulformen in NRW, Gesamtschule: 2009–2014, Sekundarschule: 2012–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Im regionalen Vergleich (Tabelle 6.6) zeigen sich bei der Sekundarschule kaum Unterschiede, bei der Gesamtschule spiegelt sich jedoch nochmals das unterschiedliche Empfehlungsniveau der beiden Vergleichsregionen wider: In der Rheinregion ist die Schülerschaft auf den Gesamtschulen durchschnittlich mit deutlich höheren Schulformempfehlungen zusammengesetzt.

Empfehlung	**Gesamtschulen**			**Sekundarschulen**		
	NRW	RVR	Rheinregion	NRW	RVR	Rheinregion
Hauptschule	28,6	35,8	19,5	43,6	43,1	40,1
bedingt Realschule	12,4	13,6	10,5	14,6	14,4	16,7
Realschule	39,6	35,7	43,1	36,0	36,6	37,3
bedingt Gymnasium	9,9	7,9	12,7	4,5	4,4	4,2
Gymnasium	9,6	7,1	14,3	1,4	1,5	1,8

Tabelle 6.6: Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung an integrierten Schulen nach Regionen, 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Eine letzte Frage, der in diesem Abschnitt noch nachgegangen werden soll, ist, inwiefern sich die Aufhebung der Verbindlichkeit der Schulform für die Wahl der weiterführenden Schule ausgewirkt hat. Abbildung 6.18 stellt die Entwicklung innerhalb des Untersuchungszeitraums dar – man erkennt einen deutlichen Anstieg der »Abweichler« von zuvor insgesamt ca. 1,5 Prozent auf

etwas über 4 Prozent ab 2011, dem ersten Übergangsjahr, in dem der Elternwille wieder maßgeblich war. Die nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler weichen dabei häufiger ab als die deutschen und die Jungen häufiger als die Mädchen. Allerdings spielt sich das abweichende Wahlverhalten insgesamt immer noch auf recht niedrigem Niveau ab.

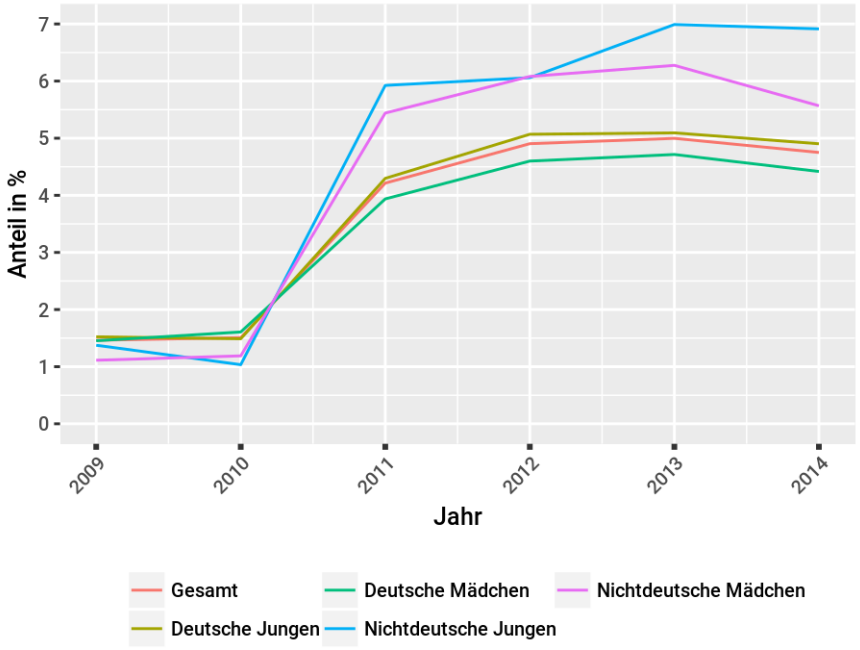


Abbildung 6.18: Schulformempfehlungsabweichungen nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2009–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Dabei wurde allerdings bereits aus den Übergangstabellen ersichtlich, dass es nicht nur Abweichungen zu höheren Schulformen, sondern ebenfalls zu denjenigen mit den weniger hohen Bildungsabschlüssen gab. Abbildung 6.19 schlüsselt nach diesen beiden Varianten auf – links diejenigen, die zu höheren Schulformen gehen, rechts diejenigen, die »nach unten« abweichen, ein Anteil von unter einem Prozent insgesamt. Dieser hat sich durch die geänderte Regelung auch nicht verändert, sondern bleibt bei ungefähr einem Prozent recht konstant.

Diejenigen, die die meisten Gymnasialempfehlungen haben, die Gruppe der deutschen Mädchen, weichen am stärksten nach unten ab – ca. ein Prozent geht auf eine niedrigere als die empfohlene Schulform. Von diesen Fällen wiederum sind über die Jahre hinweg jeweils zwischen 60 Prozent und 83 Prozent Fälle, in denen deutsche Mädchen mit einer Gymnasialempfehlung auf die Realschule gehen. Bei denjenigen, die eine höhere als die empfohlene Schulform wählen, ist die Rangordnung umgekehrt: Hier sind es am ehesten Jungen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die eine höhere als die empfohlene Schulform wählen. Dies ist nur logisch: Erhalten in NRW z.B. mehr als 50 Prozent der deutschen Mädchen eine unbedingte oder bedingte Empfehlung für das Gymnasium (Wert im Sommer 2014: 51,3 Prozent, während es bei den nichtdeutschen Jungen nur 24,3 Prozent waren), so hat ja nur weniger als die Hälfte der deutschen Mädchen überhaupt die Möglichkeit, nach oben von der Empfehlung abzuweichen. Das abweichende Wahlverhalten spiegelt dabei in jeder betrachteten Richtung die Verteilung der Empfehlungen: Gruppen, die eher schlechtere Empfehlungen erhalten (nichtdeutsche Jungen und Mädchen), weichen in ihrer

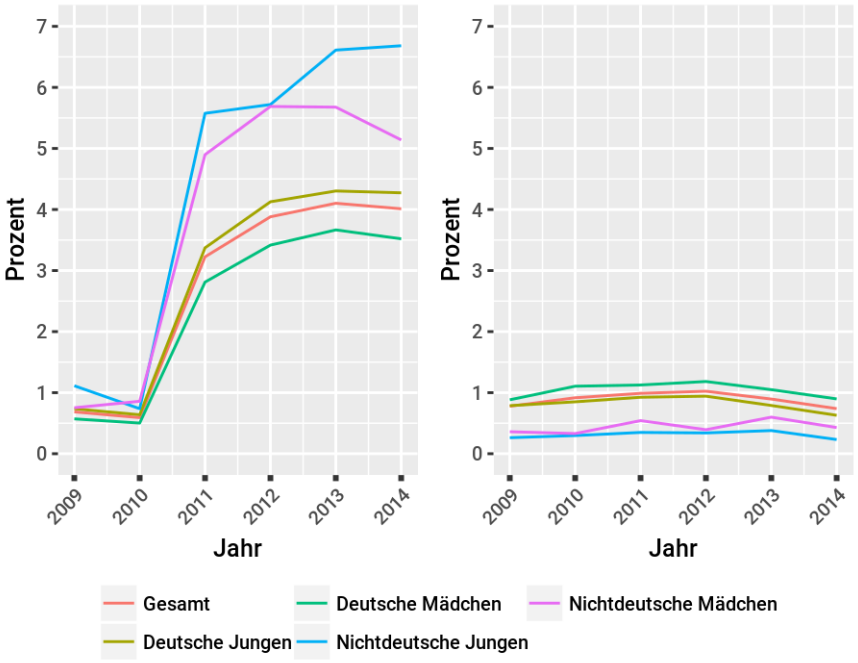


Abbildung 6.19: Schulformempfehlungsabweichungen zur höheren (links) und zur niedrigeren (rechts) Schulform nach Geschlecht und Nationalität in NRW, 2009–2014 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

tatsächlichen Schulwahl stärker nach oben ab, Gruppen, die eher gute Empfehlungen erhalten, weichen eher nach unten ab.

Dementsprechend wäre auch für den regionalen Vergleich zu erwarten, dass in der Region mit den höheren Schulformempfehlungen, also in der Rheinregion, die Abweichungen geringer sein werden als im Ruhrgebiet, wo die Empfehlungen sowieso schon tendenziell schlechter ausfallen. Dies ist auch tatsächlich der Fall: Im Jahr 2014 weichen in der Rheinregion 3,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler von der Schulformempfehlung ab, im Ruhrgebiet hingegen waren es 5,1 Prozent.

Zusammengefasst gehen aus der kombinierten Betrachtung von Übergängen und Empfehlungen folgende Punkte hervor:

- Es geht zwar nur noch ein Viertel derjenigen mit Hauptschulempfehlung auch zur Hauptschule, die Zusammensetzung auf den Hauptschulen ist aber dennoch hinsichtlich der Empfehlung homogen: Über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben dort auch eine Hauptschulempfehlung.
- Die Gymnasialempfehlung hat hingegen eine sehr hohe Bindungskraft: Über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung gehen auch auf ein Gymnasium.
- Dies gilt ebenfalls für die bedingte Gymnasialempfehlung, mit der immerhin noch knapp 58 Prozent auf das Gymnasium wechseln.
- Bei den anderen Empfehlungen sind jeweils die Übergangsanteile zu den integrierten Formen höher: Mit Realschulempfehlungen entscheiden sich im Jahr 2014 43,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler für integrierte Formen, mit Hauptschulempfehlungen sogar 63,5 Prozent.

- Die Zusammensetzung der Schülerschaft nach Empfehlung der beiden integrierten Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule unterscheidet sich deutlich: Auf der Gesamtschule sind tendenziell die höheren Empfehlungen zu finden.

- Zwischen der Rheinregion und dem Ruhrgebiet gibt es deutliche Unterschiede: Die Empfehlungen in der Rheinregion fallen deutlich zugunsten höherer Schulformen aus, was sich auch in der Zusammensetzung auf den Gesamtschulen widerspiegelt.

- Durch die Aufhebung der Verbindlichkeit der Schulformempfehlung sind zwar die Abweichungen angestiegen, befinden sich allerdings immer noch auf einem recht geringen Niveau. Es scheint so zu sein, dass die Abweichungen immer dann größer werden, wenn Gruppen oder Regionen unterdurchschnittliche Empfehlungen erhalten: Ein gewissermaßen ausgleichender Prozess.

6.2 Wanderungsbewegungen von Grund- zu weiterführenden Schulen

Verlässt man die Ebene des Landes und der Region, stellt sich natürlich die Frage, inwiefern die administrativen Räume noch zur Beschreibung regionaler Unterschiedlichkeit taugen: Da die Daten auf Schulebene vorliegen, können die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler recht weit von den Schulen entfernt liegen. Inwiefern können also Daten der Schulen als stellvertretend für welche regionale Abgrenzung gesehen werden? Auf Ebene der Grundschulen stellt dies insofern kein Problem dar, als dass die Grundschuldichte sehr hoch ist und die Besuche zumeist noch wohnortnah erfolgen, auch wenn seit der Aufhebung der Schulsprengel mehr Schülerinnen und Schüler längere Wege in Kauf nehmen. Aber wie sieht es bei den weiterführenden Schulen aus?

In ländlichen Regionen stellen die Kommunen oft kein eigenes Vollangebot weiterführender Schulen bereit – was angesichts niedriger Schülerzahlen eine durchaus sinnvolle Entscheidung ist. Abbildung 6.20 stellt die Verteilung der Gymnasienanteile an den weiterführenden Schulen auf kommunaler Ebene für das Jahr 2015 dar. Dabei fällt auf, dass es sehr viele graue Felder gibt – 36,1 Prozent der Kommunen verfügten über kein Gymnasium in ihrem Schulangebot. Dieser Anteil ist zwar gesunken,[15] nichtsdestotrotz macht die Betrachtung auf kommunaler Ebene in den zumeist ländlichen Regionen keinen Sinn, da das Schulangebot hier, alleine schon aus demografischen Gründen, über kommunale Grenzen hinweg strukturiert ist.

[15] Im Jahr 1976 verfügten noch 168 der 396 NRW-Kommunen über kein eigenes Gymnasium, was immerhin einem Anteil von 42,4 Prozent entspricht.

Diese Verteilung unterscheidet sich dabei systematisch nach Gemeindetyp: Tabelle 6.7 stellt die durchschnittlichen Anteile der häufigsten Schulformen innerhalb der Gemeindetypen dar, wofür die Gemeindetypenunterteilung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung gewählt wurde. Die drei Typen »Große Kleinstadt«, »Kleine Kleinstadt« und die drei »Landgemeinden« in NRW wurden dabei zu einer neuen Kategorie »Kleinstadt« zusammengefasst. Aus Tabelle 6.7 geht klar hervor, dass, je städtischer die Gemeinde ist,

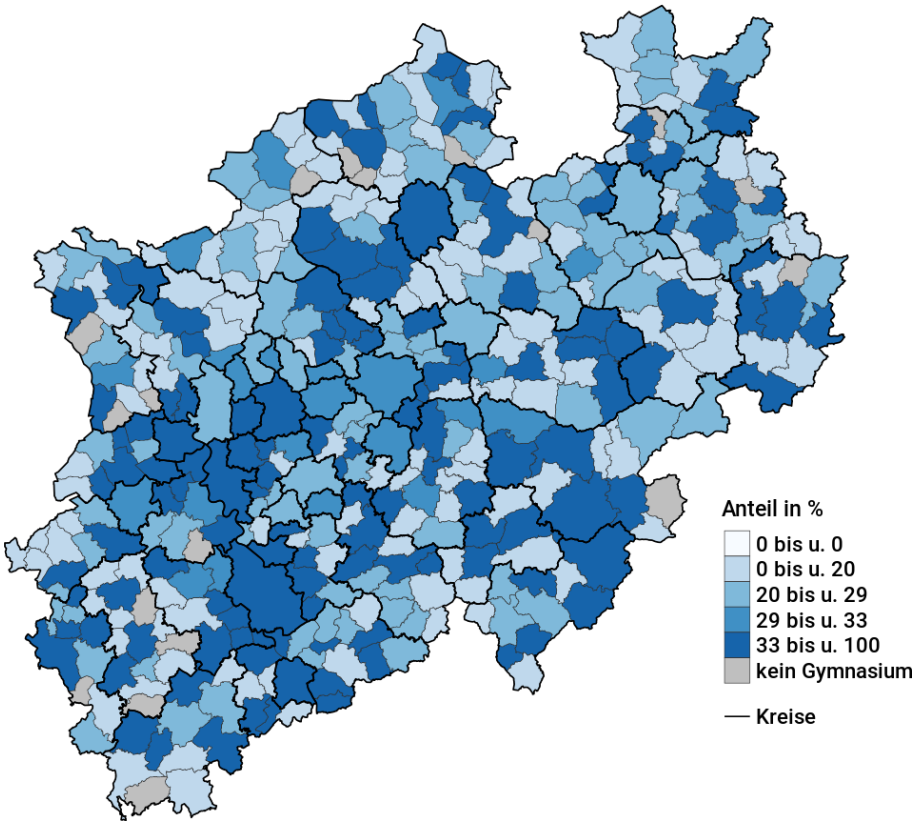


Abbildung 6.20: Anteil der Gymnasien an allen weiterführenden Schulen auf Gemeindeebene in NRW, 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

desto höher ist auch ihr Anteil an Gymnasien und desto geringer ist ihr Anteil an Hauptschulen. Die Realschulen sind vor allem in den Mittelstädten vertreten. Das heißt, vor allem die Schülerinnen und Schüler aus Kleinstädten, die ein Gymnasium besuchen wollen, müssen dafür zumeist in eine Gemeinde in der Nähe pendeln.

Gemeindetyp	Gymnasien	Gesamtschulen	Realschulen	Hauptschulen
Großstadt	33,5	18,3	23,5	18,1
Mittelstadt	29,2	13,1	28,2	22,4
Kleinstadt	12,5	17,5	22,0	31,8

Tabelle 6.7: Anteil der Schulformen nach Gemeindetyp, 2015, durchschnittliche Anteile in Prozent (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Gemeindetypen: BBSR)

Im Folgenden soll dieser Verteilung der Schülerinnen und Schüler, die auf eine weiterführende Schule außerhalb der Kommune oder des Kreises wechseln, in der sie zur Grundschule gegangen sind, betrachtet werden. Der Grund für den Wechsel des Schulbesuchs über eine solche Grenze hinweg kann einerseits an einem Wohnortwechsel liegen oder andererseits daran, dass es sich um »Bildungsauspendler« handelt: Schülerinnen und Schüler, die eine weiterführende Schule außerhalb ihres Wohnorts besuchen. Letzteres kann z.B. aus dem in den Kommunen vorhandenen Schulangebot resultieren – so haben z.B. die beiden Gemeinden Dörentrup und Roetgen in keinem der Beobachtungsjahre eine weiterführende Schule, womit in allen Jahren 100 Prozent der Grundschülerinnen und -schüler die Gemeinde zum Besuch der weiterführenden Schule verlassen. Dieser Anteil wird im Folgenden auch als »Auspendlerquote« bezeichnet. Aber natürlich gibt es auch Schülerinnen und Schüler, die nicht auspendeln, sondern

umziehen. Die vorliegenden Daten erlauben es nicht, zwischen diesen beiden Gründen für die Schulbesuchswanderung zu unterscheiden. Die dargestellten Wanderungsbewegungen bilden also im Wesentlichen diese beiden Szenarien ab.[16]

[16] Es mag natürlich auch Fälle geben, in denen die Schülerinnen und Schüler die Grundschule in einer anderen als Ihrer Herkunftskommune besuchen und die weiterführende Schule dann wiederum im Wohnort, allerdings wird dieses aufgrund der zumeist vorliegenden Wohnortnähe der Grundschule keinen allzu großen Anteil ausmachen und kann daher vernachlässigt werden.

Abbildung 6.21 stellt die Verteilung dieser Anteile in Quintilen grafisch dar, links auf kommunaler Ebene, rechts auf Kreisebene. Auf kommunaler Ebene beträgt der durchschnittliche Anteil in den ländlichen Regionen 51,4 Prozent – in Großstädten hingegen sind es nur 5,7 Prozent. Beim Wechsel der Betrachtungsebene von den Kommunen zu den Kreisen zeigt sich, dass vormals dunkle Bereiche der Karte hell werden: Hier ist zwar das Verlassen der Gemeinden üblich, aber eben nicht unbedingt das Verlassen der Kreise. Zudem fällt das insgesamt unterschiedliche Niveau der Werte auf: Waren es auf Gemeindeebene Quoten bis 100 Prozent, sind es auf Kreisebene noch maximal 15 Prozent.

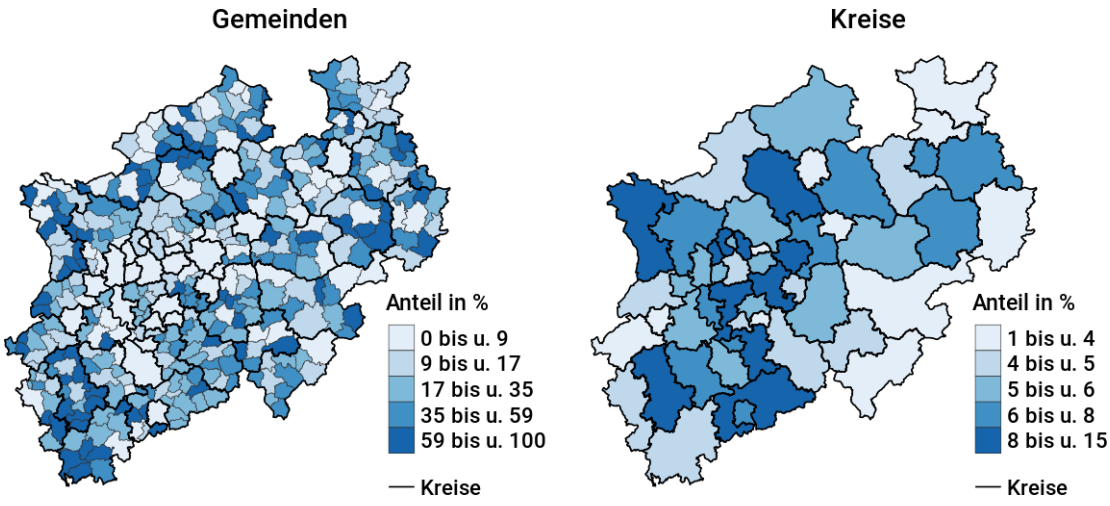


Abbildung 6.21: Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zur weiterführenden Schule die Grundschulkommune oder -kreis verlassen in NRW, 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der Auspendlerquote nach Gemeindegrößenklassen. Tabelle 6.8 zeigt die durchschnittliche Auspendlerquote nach Gemeindegrößenklasse für die Jahre 2003, 2007, 2011 und 2014. Über die Zeit hinweg ist in allen Gemeindetypen ein Anstieg der Quoten zu verzeichnen. Während die Steigerung bei den Großstädten nur minimal ausfällt, zeigt sich bei den Kleinstädten ein deutlicher Anstieg um ca. 10 Prozentpunkte. Zum Teil lässt sich diese Veränderung vermutlich auf die gesunkene Zahl der Hauptschulen zurückführen. In Abbildung 6.22 sind die Hauptschulstandorte markiert, die in dem Zeitraum von 2003 bis 2014 geschlossen wurden. Es ist anzunehmen, dass die Schulgebäude nicht immer weitergenutzt wurden, sondern die Schülerinnen und Schüler stattdessen auf andere Schulstandorte ausweichen müssen.

Tabelle 6.8: Auspendelquote nach Gemeindetyp, 2003–2014, durchschnittliche Anteile in Prozent (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Gemeindetypologie: BBSR)

Gemeindetyp	2003	2007	2011	2014
Großstadt	4,2	5,0	5,5	5,7
Mittelstadt	13,4	15,5	17,4	17,9
Kleinstadt	46,3	51,0	53,3	56,8

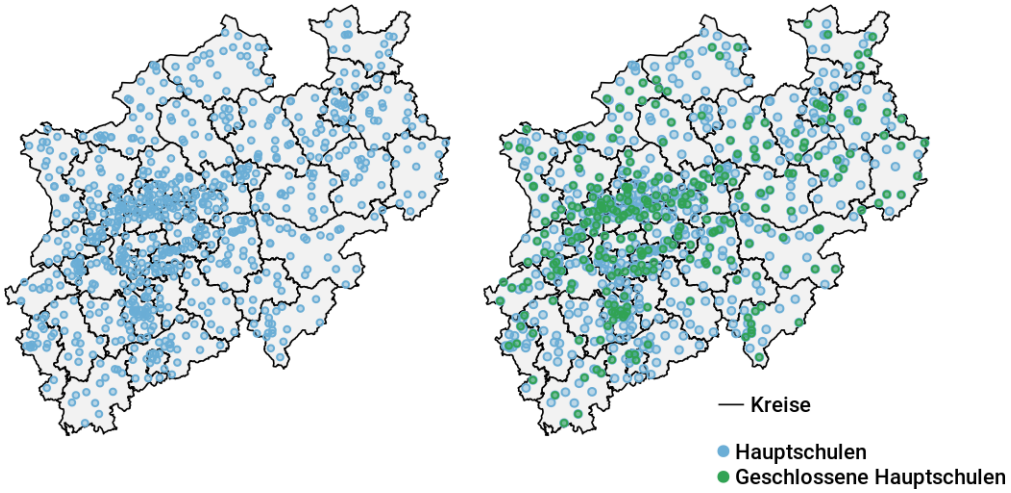


Abbildung 6.22: Standorte der Hauptschulen in NRW, 2003 und 2015 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Schulstandortdaten: MSW, Kreisgeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Für einen genaueren Blick auf diese Unterscheidung soll beispielhaft der Kreis Euskirchen untersucht werden (Abbildung 6.23): Hatten hier z.B. die Kommunen im äußersten Südwesten NRWs recht hohe Quoten an Schülerinnen und Schülern, die in einer anderen als der Grundschulgemeinde zur weiterführenden Schule gingen (durchschnittlich in den Gemeinden 52,3 Prozent), liegt der Kreis insgesamt mit einem Anteil derer, die den Kreis verlassen, von 4,8 Prozent, in einem der unteren Bereiche des Kreisvergleichs. Das heißt: Die Schülerinnen und Schüler wechseln zwar die Gemeinde, aber sie bleiben im Kreis. Grund dürfte in einem Großteil der Fälle das Schulangebot sein – welches sich im weiterführenden allgemeinbildenden Bereich allerdings in kleineren Kommunen gar nicht auf dieser Ebene als Vollangebot realisieren lässt.

Abbildung 6.24 macht die konkreten Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen im Kreis Euskirchen im Jahr 2014 sichtbar, wobei sich in den Übergangsströmen mindestens zwei Subnetze identifizieren lassen: Einerseits im Südwesten des Kreises in den Gemeinden Kall, Nettersheim, Hellenthal, Dahlem, Blankenheim und der Stadt Schleiden, andererseits in der Kreisstadt Euskirchen, der Stadt Zülpich und der Gemeinde Weilerswist, wozu aber auch noch die Verbindungen zwischen den Städten Bad Münstereifel und Mechernich gezählt werden könnten.

Aus dieser Darstellung für Euskirchen wird recht gut ersichtlich, dass die weiterführenden Schulen nicht gut einer einzelnen Gemeinde zugeordnet werden können, sondern die Schüler aus der näheren und weiteren Entfernung der Schulen stammen. Die Herkunftsschulen verteilen sich nicht gleichmäßig über den Kreis, sondern es ergeben sich aufgrund der Entscheidungen der Kinder und Eltern für die weiterführenden Schulen gewissermaßen »empirische Bildungslandschaften«. Ein regionales Bildungsmanagement kann daher nicht an den Gemeindegrenzen halt machen, sondern sollte diese empirischen Verflechtungen berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, inwiefern sich solche empirischen, regionalen Bildungslandschaften in größerem Umfang identifizieren lassen – das Ruhrgebiet als Region bietet sich hierfür insofern an, als dass ver-

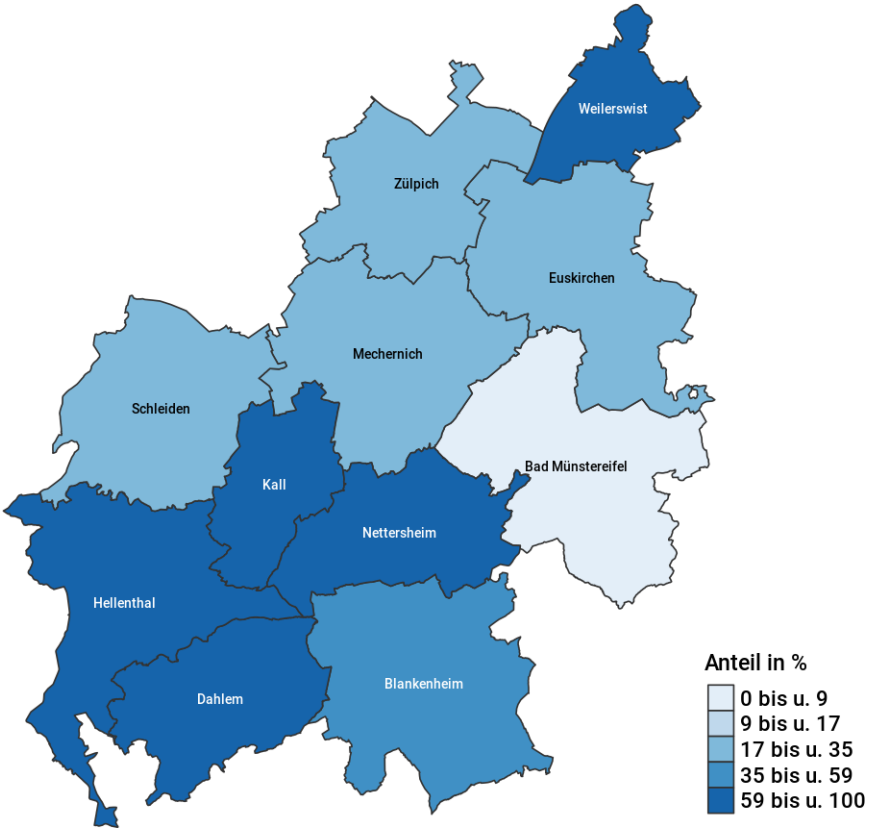


Abbildung 6.23: Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zur weiterführenden Schule die Grundschulkommune verlassen am Beispiel Kreis Euskirchen, 2014. Die Klassengrenzen entsprechen den Quintilen der landesweiten Verteilung (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

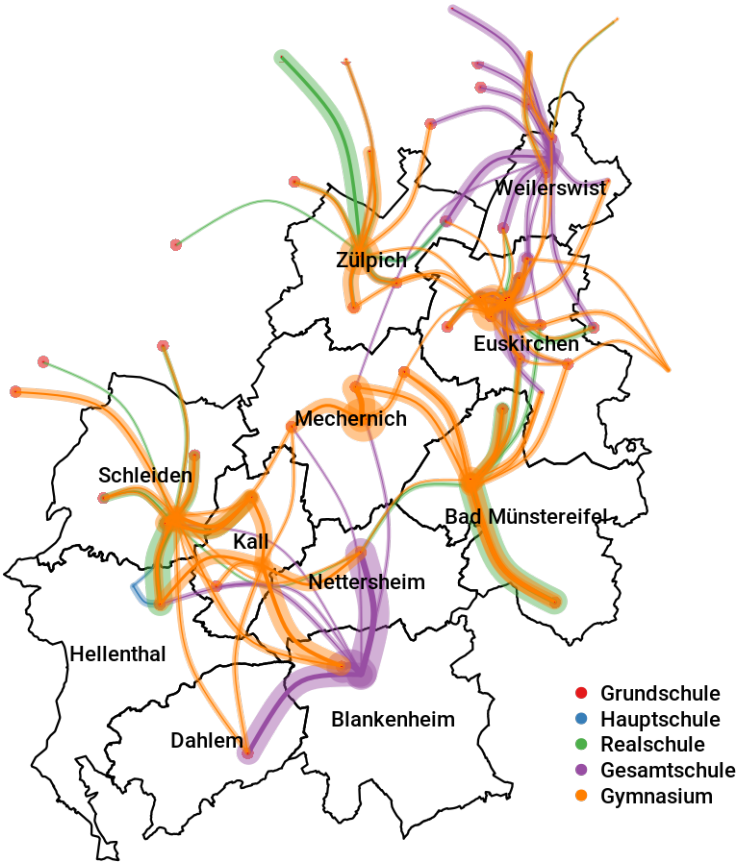


Abbildung 6.24: Schülerströme von Grund- zu weiterführenden Schulen im Kreis Euskirchen, 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

stetigte Übergänge zwischen einigen Städten bekannt sind und es seit einigen Jahren zunehmende Kooperationsbestrebungen in der Bildungslandschaft gibt, die zum Beispiel auch in der Erstellung eines gemeinsamen Bildungsberichts auf Initiaive des Regionalverbands Ruhr (RVR), der Stiftung Mercator sowie dem Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund mündeten (Regionalverband Ruhr 2012a).

Um die regionale Vernetzung im Ruhrgebiet sichtbar zu machen, wurden die Übergänge von Grund zu weiterführenden Schulen aller vorliegenden Beobachtungsjahre, also von 2003 bis 2014, gemeinsam betrachtet. Von einem *verstetigten* Schülerstrom wurde dann ausgegangen, wenn in diesen zwölf Jahren mindestens 80 Schülerinnen und Schüler von einer Grundschule zu einer weiterführenden Schule gewechselt sind.

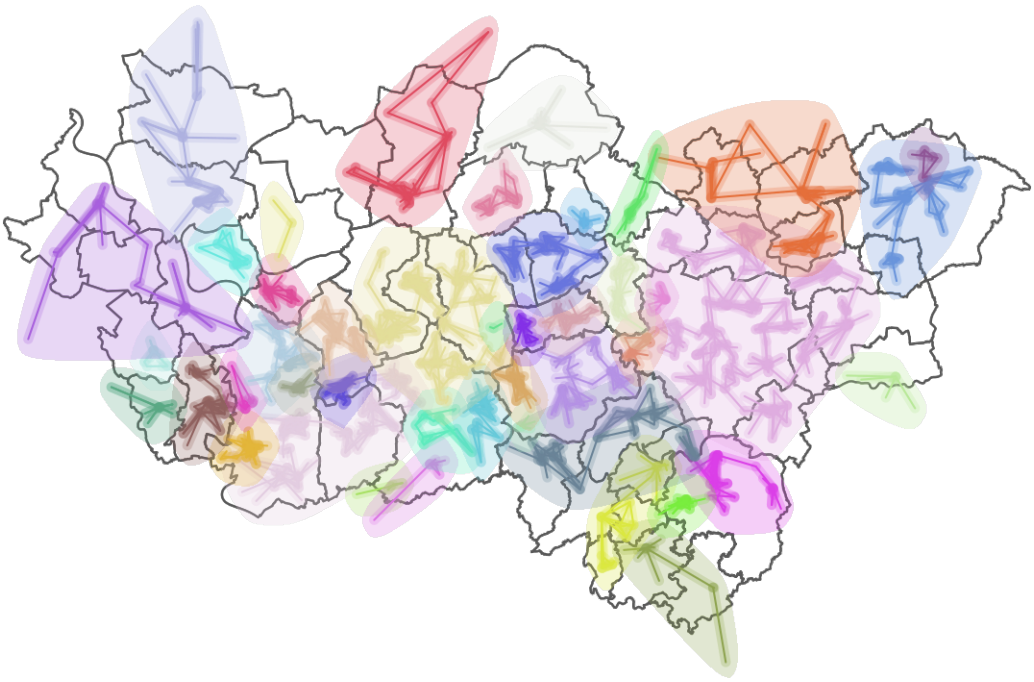


Abbildung 6.25: Netzwerke stabiler Schülerströme von Grund- zu weiterführenden Schulen im RVR, 2003–2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Gemeindegeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015, Schulstandorte: MSW)

Abbildung 6.25 stellt das Ergebnis der Netzwerkanalyse kartografisch dar. Farblich markiert und hinterlegt sind jeweils in sich abgeschlossene Netzwerke, sog. Komponenten des Netzwerks. Diese Komponenten lassen sich als verstetigte Übergangssysteme von Grund- zu weiterführenden Schulen interpretieren. Innerhalb eines solchen Netzwerkes lohnt sich also aus sozialanalytischer und schulplanerischer Sicht die gemeinsame Betrachtung der Schulen.

Als wesentliches Ergebnis fällt auf, dass

1. diese Netzwerke kommunale Grenzen überschreiten, und das teilweise Verbindungen zu mehreren Kommunen bestehen: So zeigen sich beispielsweise in Mülheim an der Ruhr stetige Schülerströme nach Duisburg im Westen, nach Essen im Osten sowie im Norden einen mit den restlichen Mülheimer Schulen nicht verbundenen Weg nach Oberhausen.
2. sich auch innerhalb kommunaler Grenzen separate Netzwerke bilden – so ist

die Herner Schullandschaft immer noch im Wesentlichen in einen östlichen und einen westlichen Teil unterschieden. Diese Trennung ist im Fall von Herne möglicherweise auf die Gebietsreform 1975 zurückzuführen, in der das westlich liegende Wanne-Eickel zu Herne eingemeindet wurde. Offensichtlich wirken die alten Grenzen teilweise bis heute in der Schullandschaft nach.

3. die Größenordnung der Verflechtungen zwischen den Kommunen recht bedeutsam ist. Das Ruhrgebiet besteht aus 15 kreisfreien Städten und Kreisen, die insgesamt 53 Kommunen umfassen: die Zahl der identifizierten Netzwerke liegt mit 45 dazwischen.

6.3 Weiterführender Schulbesuch und Abschlüsse auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte

Die Analysen in den vorhergehenden Abschnitten zeigen, dass Analysen zum Besuch der weiterführenden Schulen nicht sinnvoll auf Gemeindeebene durchgeführt werden können, sondern in der Regel nur Aussagen für Kreise und kreisfreie Städte möglich sind. Daher wird für die folgende Untersuchung des Schulangebots, der Anteile der Schülerinnen und Schüler im Jahrgang 5 und der erreichten Schulabschlüsse die Kreisebene verwendet.

Betrachtet man die Schulangebotsstruktur im Jahr 2015 auf Kreisebene für Nordrhein-Westfalen, ist Bottrop mit nur zwölf allgemeinbildenden weiterführenden Schulen die kreisfreie Stadt mit der geringsten Anzahl weiterführender Schulen und die Stadt Köln mit 94 Schulen die Kommune mit den meisten Schulen.

Dabei ist die unterschiedliche Schulanzahl pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt vor allem auf unterschiedliche Bevölkerungszahlen zurückzuführen: Der Zusammenhang zwischen der Anzahl weiterführender Schulen (2015) und der Anzahl der unter 18-Jährigen (Zensus 2011) für die Kreise und kreisfreien Städte ist mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,93 außergewöhnlich hoch: Wo viele Schülerinnen und Schüler sind, sind eben auch viele Schulen.

6.3.1 Hauptschulen: Anzahl, Nachfrage und Abschlüsse

Nachdem in Kapitel 6.1 schon dargestellt wurde, wie die Hauptschulen als vormals häufigste Schulform seit den 1970er Jahren immer weiter an Bedeutung verloren, sollen hier die Unterschiede auf Kreisebene sichtbar gemacht werden.

Abbildung 6.26 stellt für die Jahre 1976, 1989, 2002 und 2015 die Verteilung der Anteile an Hauptschulen in den Kreisen in NRW dar. Die Darstellung erfolgt in Quintilen des jeweiligen Jahres – helle Bereiche haben also in dem jeweiligen Jahr einen vergleichsweise geringen Anteil an Hauptschulen, dunklere einen vergleichsweise höheren. In der kartografischen Darstellung zeigt sich eine Tendenz zur »Verländlichung« der Hauptschulen: 1976 besaß das Ruhrgebiet

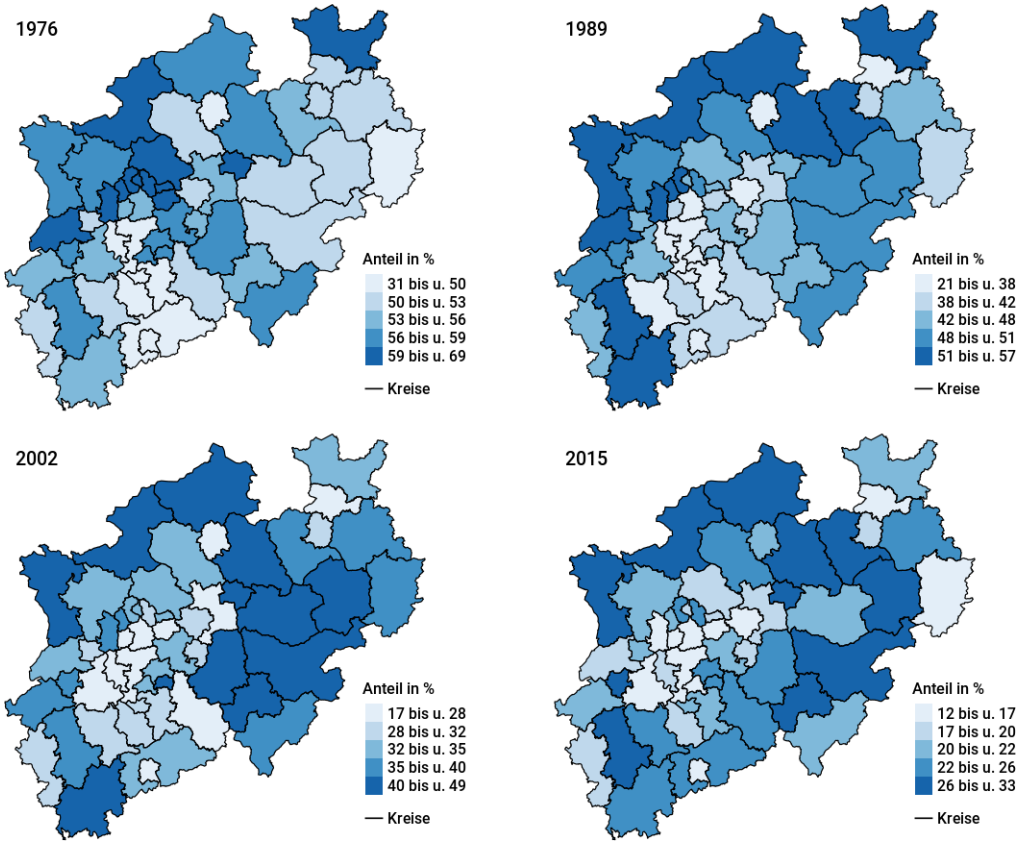


Abbildung 6.26: Verteilung des Anteils der Hauptschulen an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

als städtische Region vergleichsweise viele Hauptschulen, die Rheinregion wenige. Mittlerweile sind es im Ruhrgebiet wie auch in den Städten Köln, Bonn und Düsseldorf vergleichsweise geringe Anteile, wohingegen in den ländlichen Gebieten eher größeren Anteile zu finden sind. Man erkennt zudem, dass in ländlichen Gebieten die Anteile an Hauptschulen tendenziell höher sind als in den urbanen Regionen – aus Kapitel 6.1 ging bereits hervor, dass die Rheinregion und das Ruhrgebiet sich in den letzten Jahrzehnten in dieser Hinsicht zunehmend angeglichen haben.

Abbildung 6.27 zeigt, dass dieses Auseinanderfallen zwischen städtischem und ländlichen Raum, d.h zwischen den kreisfreien Städte und den Kreisen, mit Mitte der 1980er Jahre einsetzte und seitdem relativ konstant ist. Dieser Eindruck wird durch die Berechnung des statistischen Zusammenhangs ebenfalls unterstützt: Die Korrelation zwischen dem Hauptschulanteil 2015 und der Bevölkerungsdichte[17] beträgt -0,56. Es gibt also einen deutlich ausgeprägten negativen Zusammenhang: Je höher die Bevölkerungsdichte, desto geringer der Anteil der Hauptschulen an den weiterführenden Schulen. Die Bevölkerungsdichte soll an dieser Stelle nicht als erklärender Faktor verstanden werden, sondern lediglich als Indikator für Urbanisierung und die räumliche Verteilung auf Kreisebene und ihren Stadt-Land-Gegensatz illustrieren – das auf einem bestimmten Raum viel oder wenig Menschen leben, erklärt hinsichtlich ihrer Bildungsabschlüsse erst einmal nichts. Allerdings fallen im städtischen und im ländlichen Raum andere wichtige erklärende Eigenschaften auseinander, wie z.B. die Arbeitslosenquote oder der Ausländer- und Migrantenanteil (kleinräu-

[17] Berechnet aus den Angaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zur Fläche 2014 und der Bevölkerung zum 31.12.2014 in der Fortschreibung des Zensus 2011.

mig für NRW illustriert in den Abbildungen 4.8 in Kapitel 4.3 sowie 4.15 in Abschnitt 4.5).

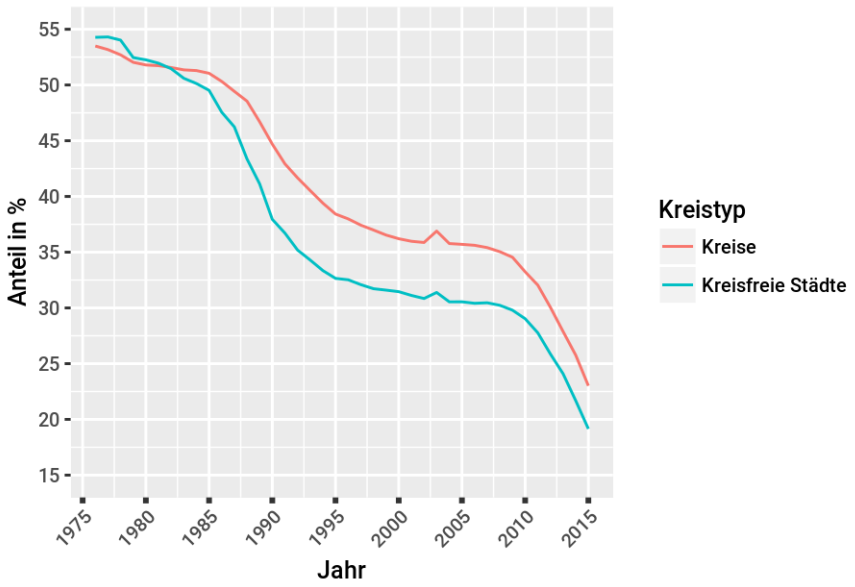


Abbildung 6.27: Entwicklung des Anteils der Hauptschulen an allen weiterführenden Schulen nach Kreistyp, Kreise in NRW 1976–2015 (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Lässt sich dieser Befund bezüglich der Anteile der Hauptschulen an allen Schulen nun auch auf die Schulnachfrage übertragen? Abbildung 6.28 (linke Spalte) zeigt, dass die Dominanz der Hauptschulen im ländlichen Raum sich zwar für das Jahr 2002 noch in den Beständen der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 5 niederschlug, dies aber schon 2014 nicht mehr der Fall ist: Der durchschnittliche Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule besuchen, beträgt in den Kreisen 2,3 Prozent und in den kreisfreien Städten 2,7 Prozent. Eine Systematik lässt sich in der räumlichen Verteilung nicht ausmachen, eher werden vereinzelte regionale Zusammenhänge sichtbar – so sind die Anteile in Ostwestfalen-Lippe grundsätzlich eher niedrig, während die Anteile im Münsterland noch vergleichsweise hoch sind.

Vergleicht man hingegen die Bevölkerungsdichte im Zensusjahr 1987 mit den entsprechenden Hauptschulbeständen in dem Jahr, ergibt sich für den damaligen Zeitpunkt immerhin ein mittelstarker statistischer Zusammenhang von -0,5 – damals war der Hauptschulbesuch also sehr wohl noch ländlich geprägt. Im Zuge des Bedeutungsverlust des Hauptschulbesuchs haben sich also zunächst städtische Regionen angeglichen und anschließend auch die ländlichen: Kein Kreis und keine kreisfreie Stadt hat im Regelschulsystem 2014 noch mehr als 8 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 5 auf Hauptschulen, in 80 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte liegt der Anteil 2014 bei unter 3 Prozent.

Überraschend bei der Betrachtung der Hauptschulen ist in dem Zusammenhang auch die uneindeutige räumliche Verteilung des Anteils an Hauptschulabschlüssen (rechte Spalte Abbildung 6.28): Anscheinend korrespondiert der Anteil der erreichten *Hauptschulabschlüsse* nicht mit der räumlichen Verteilung des Anteils der Hauptschülerinnen und -schüler.

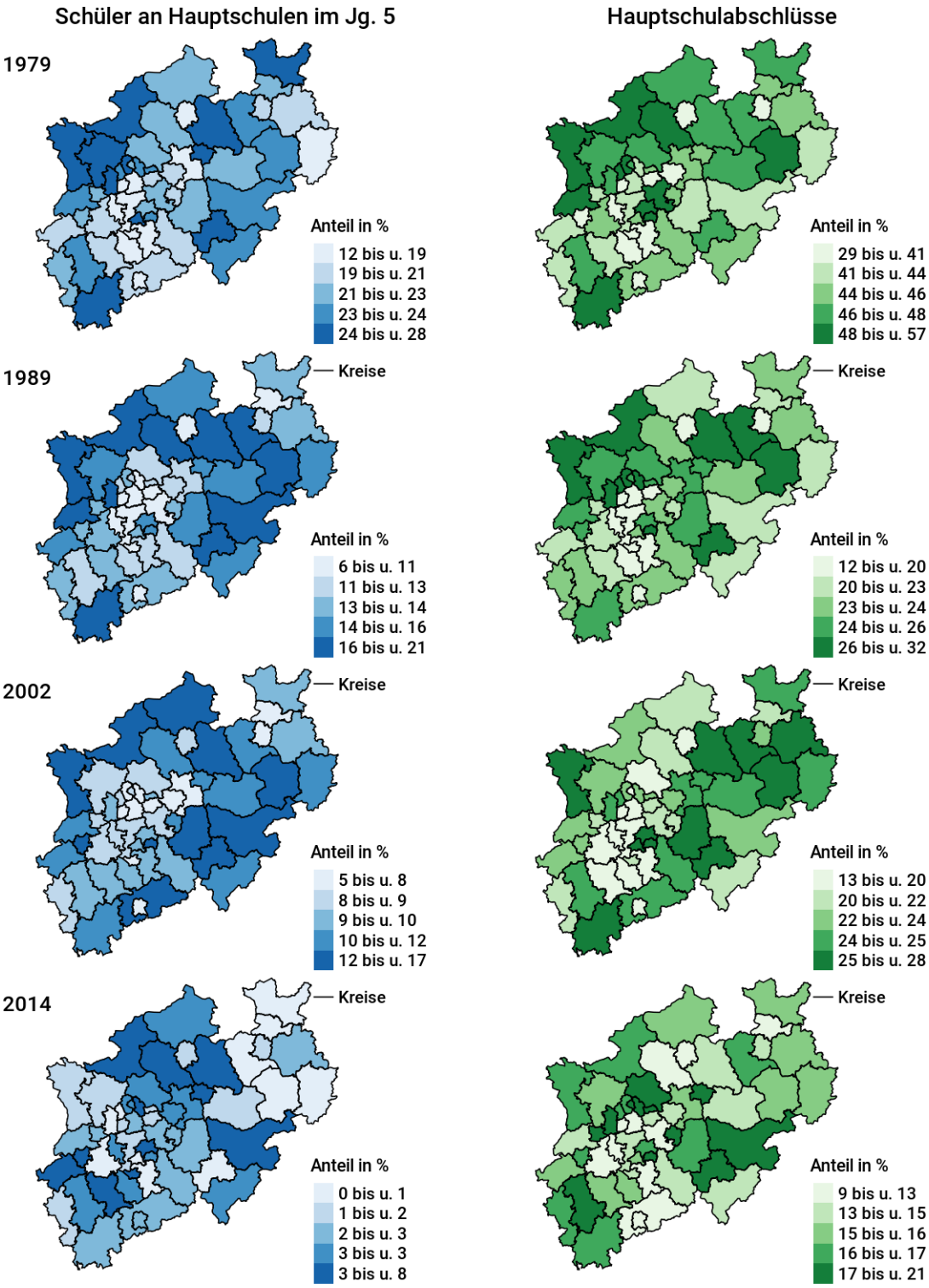


Abbildung 6.28: Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Hauptschulen im Jahrgang 5 und Anteil der Hauptschulabschlüsse an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Dafür lassen sich neben dem Unterschied zwischen der »Anzahl an Hauptschulen« und der »Anzahl an Hauptschülern und Hauptschülerinnen« hauptsächlich drei weitere Gründe ausmachen:

1. Hauptschulabschlüsse lassen sich nicht nur an Hauptschulen erwerben, sondern ebenfalls an den integrierten Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule – zwar gibt es im ländlichen Raum vergleichsweise viele Hauptschulen, aber dafür eben weniger Gesamt- und Sekundarschulen. Vergleicht man differenzierte und integrierte Schulen in den Kreisen und kreisfreien Städten miteinander, so ergeben sich große Unterschiede bezüglich des Erwerbs der Hauptschulabschlüsse: Im Hochsauerlandkreis zum Beispiel, in dem es keine Gesamtschule gibt, sind im Jahr 2014 dementsprechend auch 100 Prozent der dortigen Hauptschulabschlüsse an differenzierten Schulformen erworben worden. In Bottrop, Duisburg und Oberhausen hingegen wurden jeweils mehr als 50 Prozent der dort erworbenen Hauptschulabschlüsse an Gesamt- oder Sekundarschulen erworben.

2. Der reine Besuch einer (Haupt-)Schule mündet nicht automatisch in einem entsprechenden Abschluss – in den ländlichen Gebieten werden die Hauptschulen mit deutlich höheren Abschlüssen verlassen als in den städtischen. Dies betrifft erstens den Anteil derjenigen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. Das Verlassen der Hauptschule ohne Abschluss ist ein eher städtisches Phänomen. Der Anteil derjenigen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, liegt in den kreisfreien Städten durchschnittlich bei 13,8 Prozent, in den Kreisen liegt er hingegen nur bei 7,6 Prozent.

3. In dem Zusammenhang ergibt sich dann auch als weiterer Grund, dass an Hauptschulen auch die Fachoberschulreife erworben werden kann und dies in ländlichen Gebieten weitaus häufiger geschieht: In den kreisfreien Städten verlassen 29,5 Prozent die Hauptschule mit der Fachoberschulreife, in den Kreisen sind dies immerhin 34,9 Prozent.

6.3.2 Realschulen und Fachoberschulreife

Für die in Abbildung 6.29 dargestellte Verteilung der Realschulen gilt ein ähnlicher Stadt-Land-Gegensatz wie für die Hauptschulen, wenn auch nicht so ausgeprägt.

Im Zeitverlauf zeigt die unterschiedliche Gruppierung nach Quintilen den leichten Anstieg des Anteils an Realschulen, wobei über die Jahre hinweg in den kreisfreien Städten eher geringe Realschulanteile zu finden sind. Im ländlichen Teil der Rheinregion sowie im Münsterland sind konstant vergleichsweise hohe Anteile, in der Region Ostwestfalen-Lippe war dies in den vergangenen Jahrzehnten zwar der Fall, 2015 hat dort der Realschulanteil jedoch abgenommen. Sowohl Haupt- als auch Realschulen sind also tendenziell eher auf dem Land zu finden.

Abbildung 6.30 zeigt nun, dass die höhere Anzahl an Realschulen im ländlichen

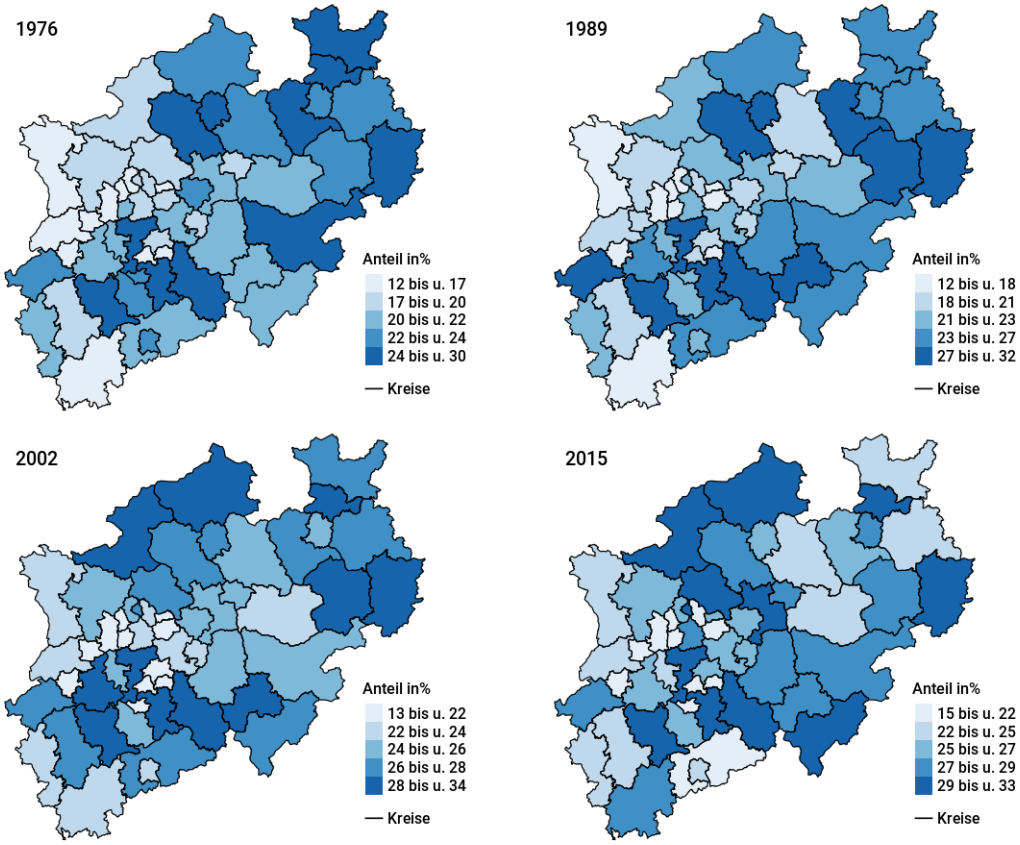


Abbildung 6.29: Verteilung des Anteils der Realschulen an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Bereich sich nicht in den Schüleranteilen niederschlägt: Der Anteil der Realschülerinnen und -schüler in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 10,9 Prozent unterscheidet sich kaum von dem Durchschnittwert von 10 Prozent in den Kreisen. Im ländlichen Bereich gehen also sogar leicht *weniger* Schülerinnen und Schüler zur Realschule. 1987 hingegen lag der Anteil in den Kreisen mit 13,8 Prozent deutlicher über dem Anteil von 9,6 Prozent in den kreisfreien Städten.

Sowohl bei den Hauptschulen als auch bei den Realschulen zeigt sich also, dass es in den 1980er Jahren einen starken Stadt-Land-Kontrast bei der Schulnachfrage gab, der vermutlich auch dem unterschiedlichem Schulangebot geschuldet ist. Auf Ebene der Schulnachfrage jedoch hat dieser sich zum großen Teil aufgelöst.

Der Besuch einer Realschule mündet klassischerweise in den Erwerb der Fachoberschulreife, dieser Abschluss wird 2014 von knapp 96 Prozent derjenigen, die die Realschule verlassen, erworben. Allerdings kann dieser Abschluss eben auch auf integrierten Schulen erworben werden oder auch auf den Hauptschulen (siehe oben). Durch diese verschiedenen Möglichkeiten ergibt sich dann das im Vergleich zu den Schülerbeständen überraschend eindeutige Bild bezüglich der Fachoberschulreife in Abbildung 6.30: Hier ist sehr deutlich eine zunehmende »Verländlichung« dieses Abschlusses zu verzeichnen, was sich auch in einem hohen negativen Korrelationskoeffizienten von -0,69 niederschlägt (im Gegensatz zu einem immer noch deutlichen, aber weniger stark ausgeprägtem

Zusammenhang 1987 mit einem Wert von -0,55).

Dabei gibt es wiederum deutliche Unterschiede hinsichtlich der Frage, auf welcher Schule die Fachoberschulreife erworben wird – in ländlichen Gebieten vermehrt auf Haupt- und Realschulen, in städtischen häufiger auf Gesamtschulen. Aber selbst, wenn man die Gesamtschulen alleine betrachtet, wird auch auf diesen (soweit vorhanden) im ländlichen Raum häufiger die Fachoberschulreife erworben als in den Städten (nicht kartografisch dargestellt).

6.3.3 Gymnasien und Hochschulreife

Wie sieht es nun mit dem Gymnasium und den höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüssen aus? Aus Abbildung 6.31 geht hervor, dass Gymnasien seit jeher in der Rheinregion und Münster einen vergleichsweise großen Anteil der allgemeinbildenden Schulen ausmachen. Im zeitlichen Verlauf hat sich dieses Bild dahingehend gewandelt, dass eine zunehmende Verstädterung zu konstatieren ist – für die Karte des Jahres 2015 erscheinen im eher ländlichen Bereich lediglich die Anteile im Kreis Viersen und im Kreis Höxter als ungewöhnlich hoch.

Der Anteil der Gymnasien an allen Schulen beträgt 2014 in den kreisfreien Städten durchschnittlich 32,1 Prozent und ist damit deutlich höher als der Durchschnittwert für die Kreise, der mit 26,3 Prozent deutlich geringer ausfällt. Trotz dieser deutlichen Tendenz zur Verstädterung gibt es zwischen den Städten weiterhin sehr große Unterschiede: So hat etwa die Stadt Bonn einen Anteil an Gymnasien von über 45 Prozent, während Wuppertal weniger als 25 Prozent Gymnasien aufweist. Dies ist teilweise der Tatsache geschuldet, dass Wuppertal im Verhältnis zu Bonn vergleichsweise viele Gesamtschulen hat, die ebenfalls zum Abitur führen können und ebenfalls eher im städtischen Bereich zu finden sind.

Hinsichtlich der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien zeigt sich aber, dass die Anteile der Gymnasiasten im Südwesten Nordrhein-Westfalens, im Umfeld der Rheinregion, seit fast vierzig Jahren konstant hoch sind (linke Spalte Abbildung 6.32). Zwar gehören auch Essen und Münster im gesamten Zeitraum zu der Gruppe mit den höchsten Gymnasialbesuchen, aber die südwestliche Gymnasialdominanz ist angesichts der Abbildungen nicht von der Hand zu weisen. Da dies auch die ländlichen Kreise in der Gegend betrifft und viele andere Städte wie z.B. Duisburg oder Gelsenkirchen sehr geringe Anteile zeigen, unterscheidet sich der Anteil der Gymnasiasten in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 20,2 Prozent kaum von dem Durchschnittswert von 19,7 Prozent in den Kreisen. Es liegt also weniger ein Stadt-Land-Gegensatz vor, sondern eher ein Gegensatz zwischen prosperierenden Regionen entlang des Rheins und beispielsweise Münster und dem Rest des Landes.

Der Anteil des Abiturs an allen Abschlüssen unterscheidet sich mit durchschnittlich 41,9 Prozent in den kreisfreien Städten und 37,7 Prozent in den

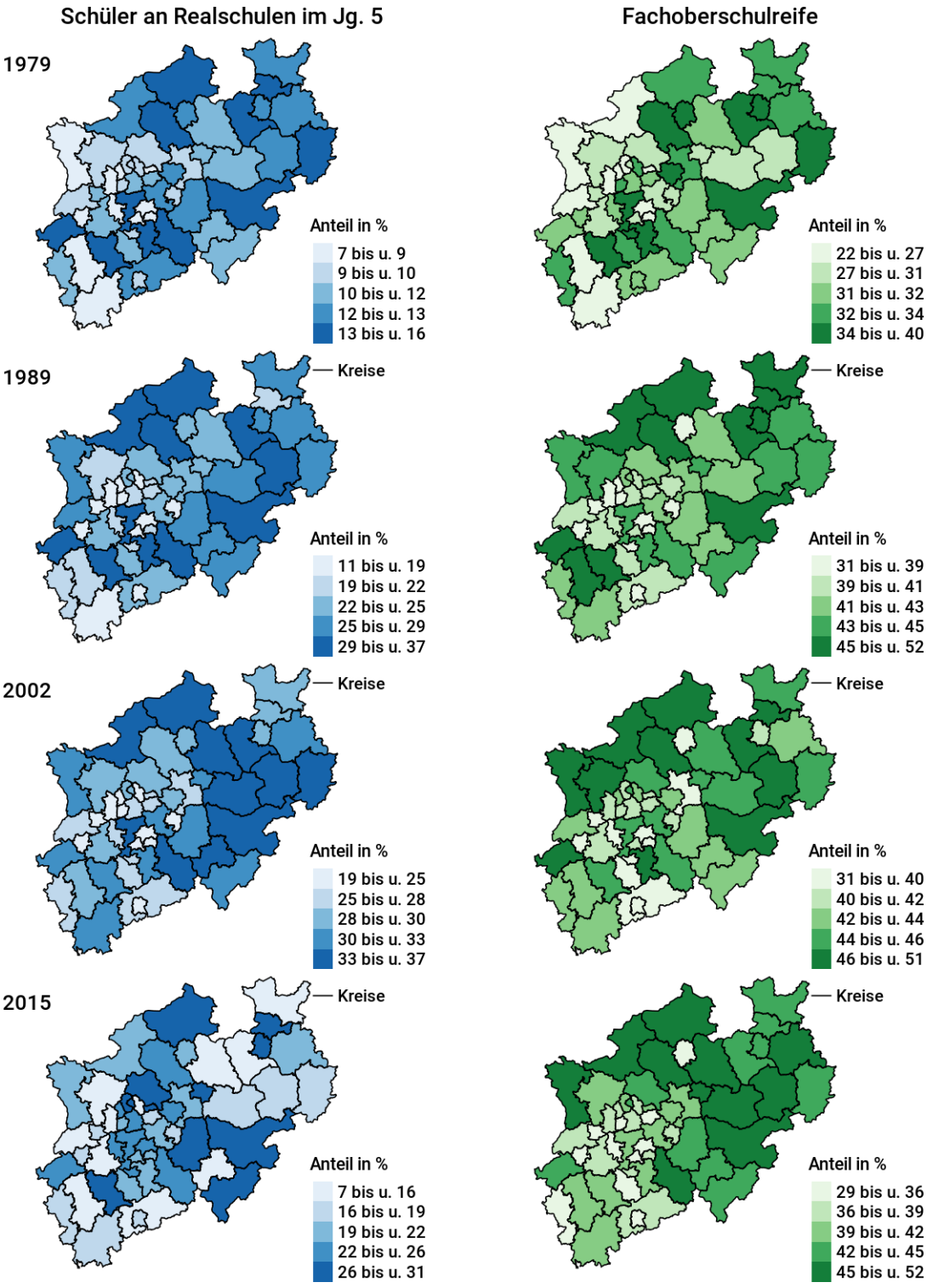


Abbildung 6.30: Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Realschulen im Jahrgang 5 und Anteil der Fachoberschulreife an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

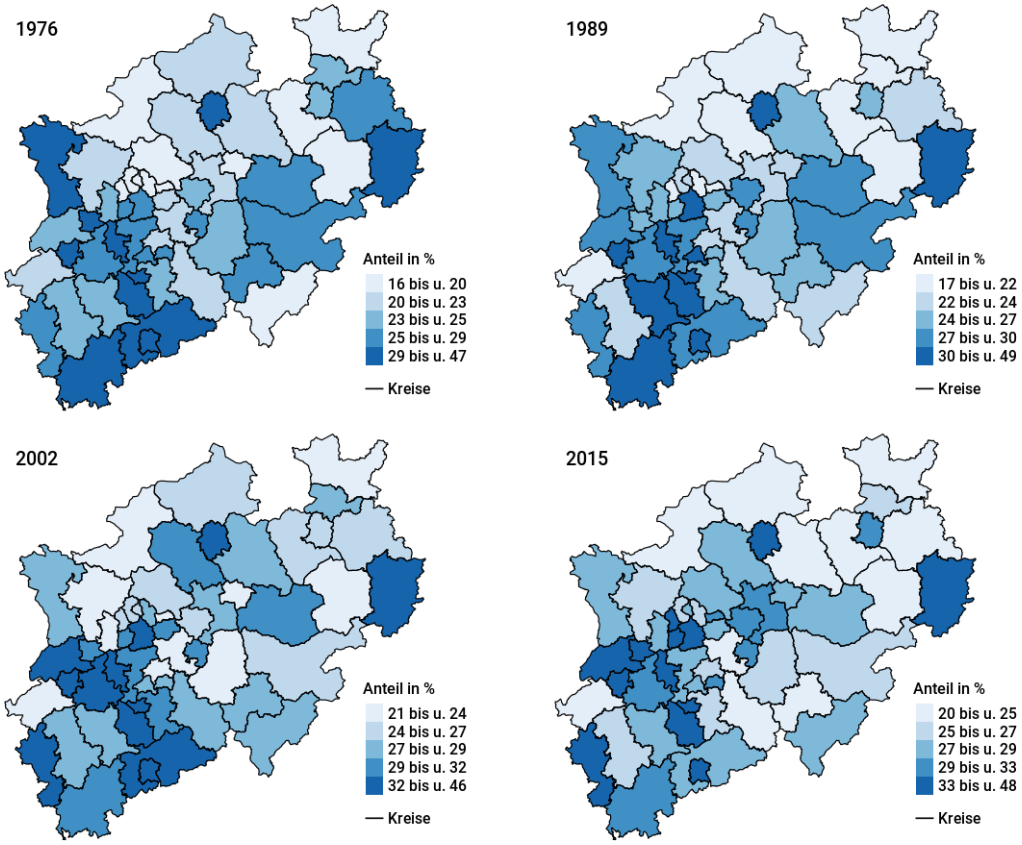


Abbildung 6.31: Verteilung des Anteils der Gymnasien an allen weiterführenden Schulen, Kreise in NRW 1976–2015 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Kreisen ebenso kaum voneinander (rechte Spalte Abbildung 6.32). Erwirbt in den hell markierten Kreisen ca. jeder dritte die Hochschulreife, so ist es in den dunkel markierten fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler. Dabei fallen in der städtischen Region im Ruhrgebiet vor allem Herne und Gelsenkirchen auf, die vergleichsweise geringe Quoten haben. Mülheim an der Ruhr, Münster und Bonn sind Spitzenreiter in Sachen Hochschulreife: Hier erwarb 2014 mehr als jeder zweite Schüler auf weiterführenden Schulen das Abitur. Städte wie Duisburg und Gelsenkirchen fallen dadurch auf, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium recht gut mit dem Anteil der Abiturienten übereinstimmt: Der vergleichsweise hohe Anteil an Gesamtschülerinnen und -schülern in diesen Städten führt anscheinend nicht zu einer deutlichen Erhöhung der Abiturientenquote.

Blickt man im Einzelnen auf die Veränderung der Abiturientenquoten, so hat den stärksten Zuwachs in Prozentpunkten die Stadt Mülheim an der Ruhr erfahren, von knapp 18 Prozent 1979 auf mehr als 51 Prozent im Jahr 2014. Den geringsten Anstieg hatte Hamm zu verzeichnen: Haben hier 1979 gut 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler ihr Abitur gemacht, waren es 2014 zwar mit knapp 30 Prozent fast doppelt so viele, der Anstieg war aber im Vergleich mit nur 15 Prozentpunkten recht gering. In Bezug auf die Entwicklung der Abiturientenquoten ist der Kreis Gütersloh Spitzenreiter: Hier hat sich der Abiturientenanteil von gut 9 Prozent im Jahr 1979 bis zum Jahr 2014 fast vervierfacht, er entspricht nun gut 36 Prozent. Den geringsten Zuwachs hat in dieser

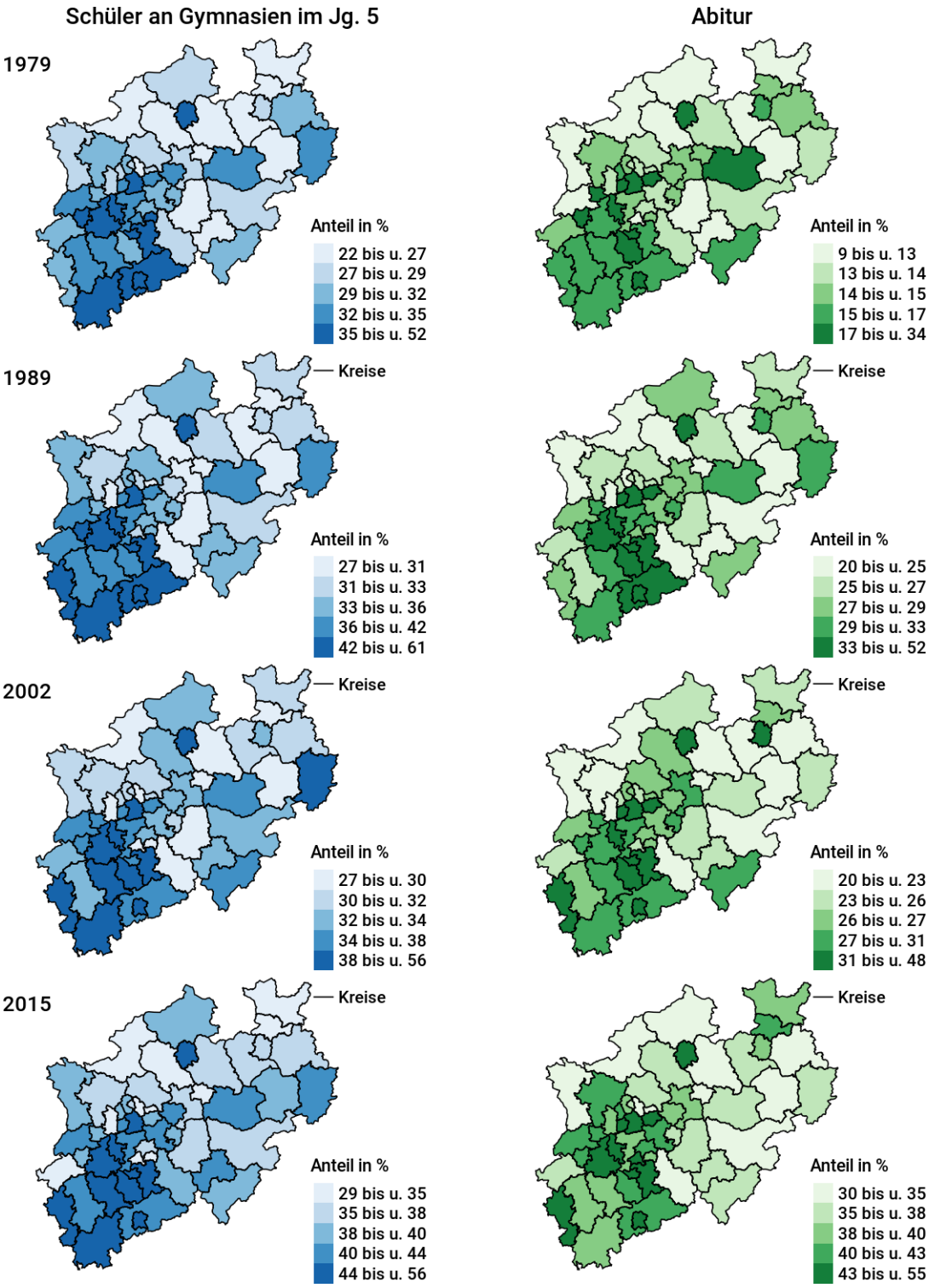


Abbildung 6.32: Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasien im Jahrgang 5 und Anteil des Abiturs an allen Abschlüssen, Kreise in NRW 1979–2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Betrachtungsweise die Stadt Bonn: Hier hat sich der Anteil ungefähr verandert-halbfacht, von knapp 34 auf über 54 Prozent. Bonn ist zurzeit die kreisfreie Stadt mit den zweithöchsten Abiturientenquoten, 1979 war sie sogar diejenige mit der höchsten Quote – bei dem dauerhaft hohen Niveau ist es nicht verwunderlich, dass in der Entwicklung keine außergewöhnlichen Zuwächse erfolgten.

6.3.4 Integrierte Schulen und Abschlüsse

In den vorangegangenen Auswertungen zeigte sich bereits, dass die Gesamtschulen ihren festen Platz in der Schullandschaft gewonnen haben und dass an ihnen auch höhere Abschlüsse erworben werden. In Kapitel 6.1 wurde der Anstieg der Zahl der Gesamtschulen im Zeitverlauf, der zunächst vor allem im Ruhrgebiet stattfand, bereits dargestellt. In den letzten Jahren kann festgestellt werden, dass der Anteil an Gesamtschulen sowohl in der Rheinregion als auch in NRW insgesamt angestiegen ist. Abbildung 6.33 zeigt die Schulstandorte der Gesamtschulen im Jahr 2003 (linke Karte) und die Schulstandorte im Jahr 2015 (rechte Karte), die neu hinzugekommenen Schulen sind dabei rot markiert. Hier sieht man gewissermaßen »auf den Punkt« gebracht, dass die Neugründungen der Gesamtschulen in den letzten Jahren vor allem in der Rheinregion und in den ländlicheren Gebieten Nordrhein-Westfalens erfolgt sind. Große Teile des Sauerlandes bilden dabei eine Ausnahme.

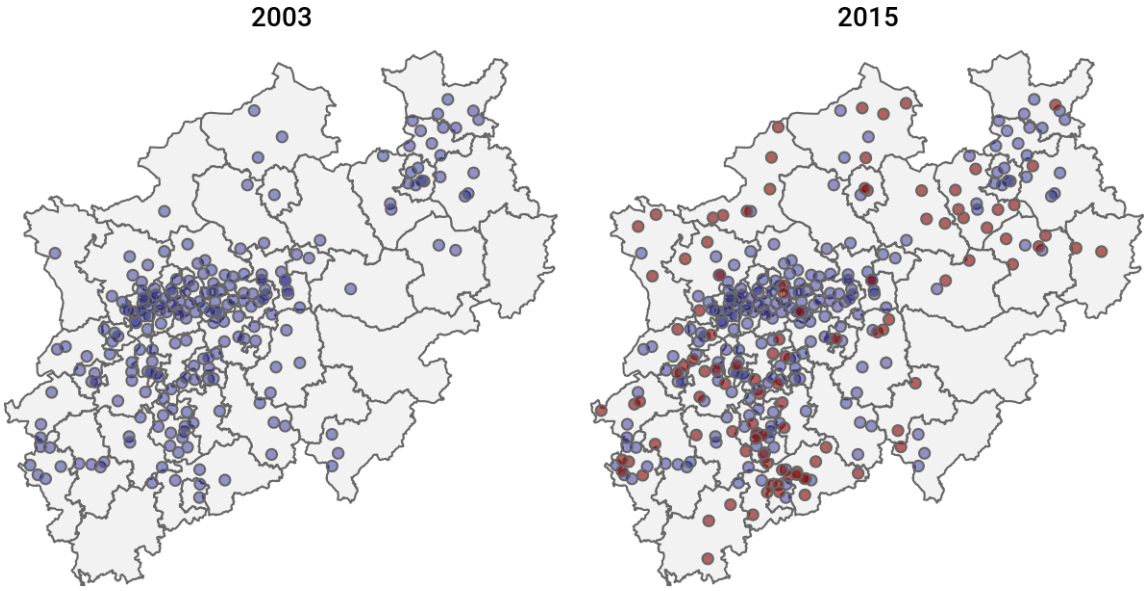


Abbildung 6.33: Standorte der Gesamtschulen in NRW, 2003 und 2015 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Schulstandortdaten: MSW, Kreisgeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Abbildung 6.34 stellt für das Jahr 2014 zum einen ihren Anteil am Schulangebot (linke Karte) und zum anderen die Anteile an Schülerinnen und Schülern in der Jahrgangsstufe 5 (rechte Karte) nebeneinander. Die Gesamtschulen sind offensichtlich die einzige der bislang betrachteten Schulformen, bei denen das Schulangebot in Form des Schulanteils und die Nachfrage in Form der Schüleranteile in Jahrgang 5 zusammenpassen: Wo viele Gesamtschulen sind, sind auch viele Gesamtschülerinnen und -schüler. Man erkennt, das die Gebiete um die Rheinregion und das Ruhrgebiet vergleichsweise hohe Anteile an Gesamt-

schulen sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl, als auch hinsichtlich ihrer Nachfrage haben.

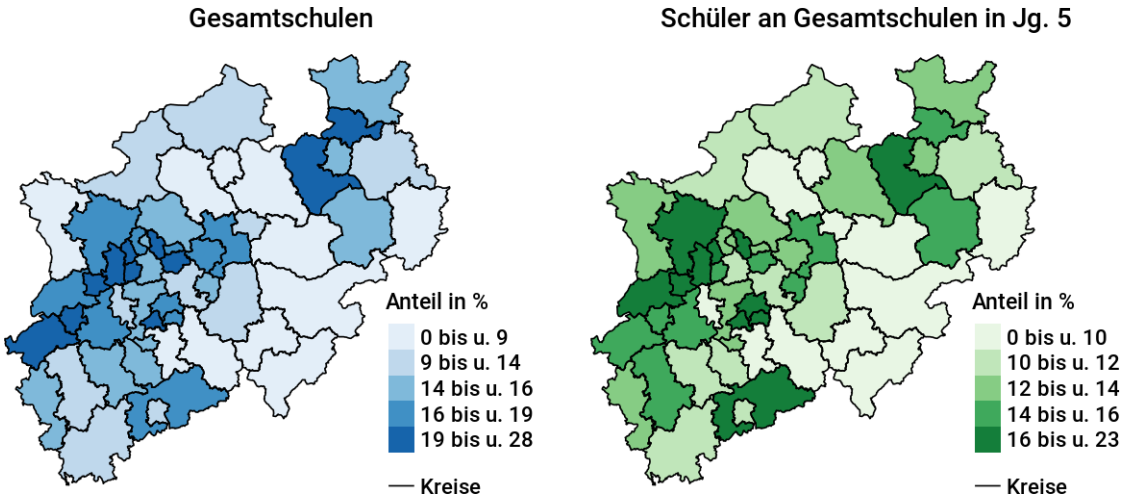


Abbildung 6.34: Schulanteil und Schüleranteil an Gesamtschulen in Jahrgangsstufe 5, Kreise in NRW 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Schulstandortdaten: MSW, Kreisgeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Deutliche Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der an den Gesamtschulen erworbenen Abschlüsse: Abbildung 6.35 stellt die Verteilung der beiden Abschlüsse »Abitur« und »Hauptschulabschluss« gegeneinander. In den grau markierten Kreisen gab es im Jahr 2014 keine Abgänge von Gesamtschulen – im Hochsauerlandkreis, weil es dort überhaupt keine Gesamtschule gab, in den Kreisen Olpe und Höxter, weil die zuvor dort gegründeten Gesamtschulen noch keine Schulabgänge hatten.

Während im südlichen Münsterland, am Niederrhein, im Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Rhein-Sieg-Kreis sowie in den Städten Mülheim an der Ruhr, Münster und Solingen an den Gesamtschulen viele Schülerinnen und Schüler das Abitur erwarben (in Münster sogar zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler), sticht das Ruhrgebiet durch eine eher helle Einfärbung hervor. Die Karte rechts mit der Verteilung der Hauptschulabschlüsse auf Gesamtschulen hingegen zeigt, dass vor allem im nördlichen Ruhrgebiet, aber auch in Duisburg und Dortmund, vergleichsweise viele Schülerinnen und Schüler auf Gesamtschulen Hauptschulabschlüsse erwerben.

Könnte dies mit einer jeweils unterschiedlichen Zusammensetzung der Schülerschaft zusammenhängen? Wenn man die Abiturientenanteile 2014 mit den Anteilen derjenigen, die mit Gymnasialempfehlung auf die Gesamtschulen gekommen sind, korreliert,[18] ergibt sich ein statistischer Zusammenhang von 0,52. Es gibt also einen mittelstarken Zusammenhang zwischen dem Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialempfehlung auf Gesamtschulen und dem Anteil an Abiturientinnen und Abiturienten an ihnen. Beides ist regional sehr unterschiedlich verteilt: Die räumliche Verteilung der Aufnahmequoten nach Gymnasial- oder Hauptschulempfehlung an Gesamtschulen für das Jahr 2014 ist in Abbildung 6.36 dargestellt. Offensichtlich unterscheidet sich die Schülerschaft auf Gesamtschulen deutlich nach Region: In der Rheinregion, Teilen des Münsterlandes und Bielefeld sind auf den Gesamtschulen auch vergleichsweise

[18] Wünschenswert wäre natürlich den Zeitraum acht Jahre zuvor zu betrachten, da diese Daten nicht verfügbar sind, werden die ältesten verfügbaren Angaben aus dem Sommer 2009 verwendet.

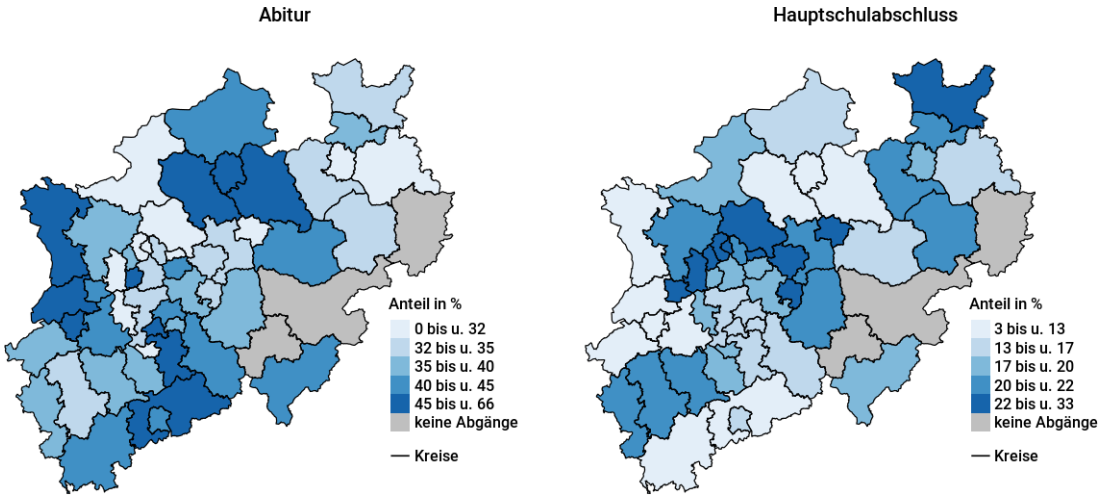


Abbildung 6.35: Anteil Abitur und Hauptschulabschluss an allen an Gesamtschulen erworbenen Abschlüssen, Kreise in NRW 2014 (Quelle: Schulsachdaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Schulstandortdaten: MSW, Kreisgeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

viele Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlungen, das Ruhrgebiet hingegen sticht hervor als eine Region, in der auf den Gesamtschulen überproportional viele Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung sind.

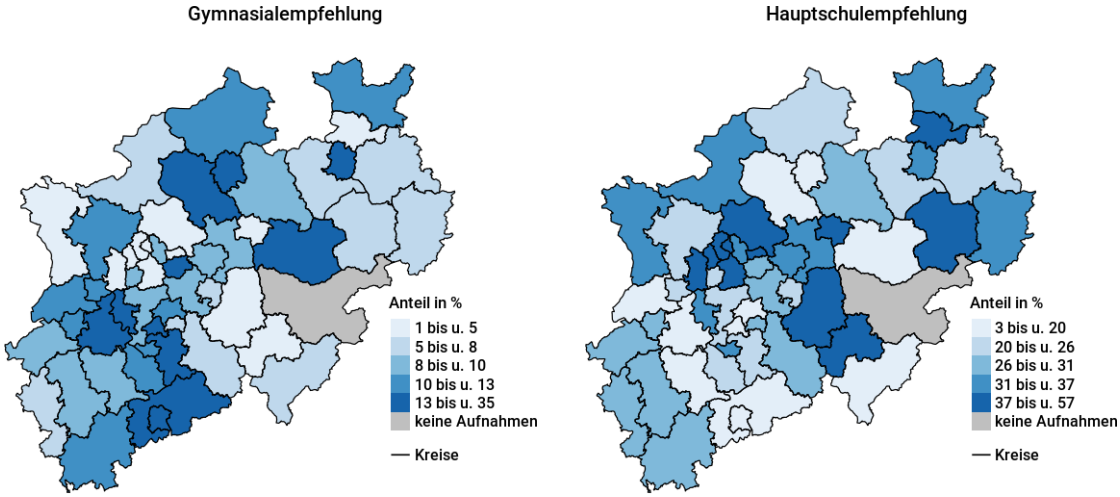


Abbildung 6.36: Gymnasial- und Hauptschulempfehlungen an Gesamtschulen, Kreise in NRW 2014 (Quelle: Daten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Kreisgeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Tabelle 6.9 fasst diesen Unterschied nochmal explizit für den Vergleich von Rheinregion und Ruhrgebiet zusammen. Hier wird deutlich, dass die Gesamtschulen im Ruhrgebiet und der Rheinregion sehr unterschiedliche Schülerinnen und Schüler – und vermutlich in der Folge auch Bedarfe und Probleme – haben: Hat im Ruhrgebiet mehr als jeder dritte Schüler auf den Gesamtschulen eine Hauptschulempfehlung, ist es in der Rheinregion nur jeder fünfte. Haben in der Rheinregion auf den Gesamtschulen immerhin etwa 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Gymnasialempfehlung, so sind es im Ruhrgebiet nur etwa sechs Prozent.

Für die neu eingeführte integrierte Schulform »Sekundarschule« sind aufgrund des relativ kurzen Beobachtungszeitraumes, noch zudem in der Einführungsphase, die Daten mit Vorsicht zu bewerten – Schulabschlüsse können derzeit noch gar nicht untersucht werden.

Region	Gymnasialempfehlung	Hauptschulempfehlung
NRW	9,70	29,00
Rheinregion	14,31	21,05
RVR	6,33	36,51

Tabelle 6.9: Schulformempfehlungen der Schülerschaft auf Gesamtschulen nach Regionen, 2014, durchschnittliche Anteile in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Tabelle 6.10 zeigt für das Jahr 2014 Kennwerte der Verteilung der Zusammensetzung der Schülerschaft nach den drei eindeutigen Schulformempfehlungen auf den Sekundarschulen auf Kreisebene. Bislang ist dies auf den Sekundarschulen höchst unterschiedlich – so gibt es Kreise, in denen 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf den Sekundarschulen eine Hauptschulempfehlung haben, aber auch Kreise, bei denen dieser Anteil unter 10 Prozent liegt. Bei den anderen Empfehlungen ist es ähnlich divers, wenn auch generell auf den Sekundarschulen wenige Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlungen zu finden sind. Aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums sind diese Ergebnisse allerdings als vorläufig zu betrachten. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form sich die Sekundarschulen in NRW etablieren.

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
Minimum	5,4	7,5	0,0
Maximum	80,6	58,0	24,3
Median	44,6	35,0	1,3
Mittelwert	45,8	34,0	1,8
n	42	42	42
k.a.	11	11	11

Tabelle 6.10: Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformempfehlung auf Sekundarschulen, Kreise in NRW 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

6.3.5 Regionale Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität

In der Gesamtdarstellung der Schulabschlüsse für Nordrhein-Westfalen nach Nationalität und Geschlecht wurde deutlich, dass sich die besuchte Schulform und die erworbenen Abschlüsse nach Nationalität stark unterscheiden. Dabei vielen vor allem der Gymnasialbesuch und der Abschluss der Hochschulreife als Bereiche auf, in denen die Unterschiede recht ausgeprägt sind. Im Folgenden soll daher noch ein Blick auf die regionale Variation in Bezug auf die Differenz beim Erwerb des Abiturs nach Geschlecht und Nationalität erfolgen.

Abbildung 6.37 zeigt zunächst die regionale Verteilung der Unterschiede nach Nationalität. Dazu wurden zwei sich ergänzende Darstellungsweisen gewählt: Zum einen die Differenz und zum anderen das Verhältnis zwischen den Abiturientenquoten. Da hier bei der Betrachtung einzelner Jahrgänge auf Kreisebene Fallzahlprobleme bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern auftreten, wurden die Werte für die vier Jahre 2011–2014 zusammengefasst.

Auf der linken Seite der Darstellung sieht man zunächst die regionale Verteilung der Differenzen zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und

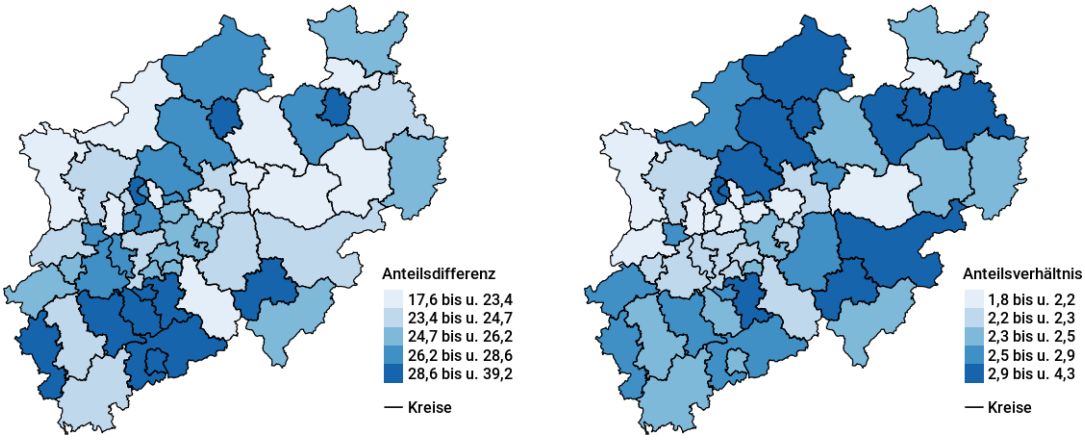


Abbildung 6.37: Abitur: Differenz und Verhältnisse der Anteile Deutscher und Nichtdeutscher, Kreise in NRW 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Schülern beim Abitur. Hier lässt sich kein deutlicher Stadt-Land-Gegensatz erkennen. Grundsätzlich sind vornehmlich in der Rheinregion recht große Differenzen zwischen Abiturentenanteil der deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern erkennbar. Den höchsten Wert weist allerdings die Stadt Münster auf: Hier machen 58,1 Prozent der deutschen, aber nur 18,9 Prozent der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler Abitur, was in einem Abstand von 39 Prozentpunkten resultiert. Den geringsten Abstand hingegen gibt es im Kreis Kleve: Hier machten immerhin 16,0 Prozent der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler Abitur. Bei den deutschen hingegen sind es 33,7 Prozent, sodass sich eine Differenz von knapp 18 Prozentpunkten ergibt. Allerdings ist aus den vorangegangenen Darstellungen bekannt, dass in den Bereichen, in denen große Abstände vorliegen, auch die Abschlussquoten tendenziell hoch sind.

Daher ist auf der rechten Seite der Abbildung 6.37 zusätzlich das Verhältnis der Abiturientenquoten von deutschen zu denen der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler dargestellt. Der geringste Verhältnis liegt dabei mit 1,8 im Kreis Herford: Hier ist der Anteil der deutschen Schülerinnen und Schüler, die das Abitur erwerben, »nur« knapp zweimal so groß wie der der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler. Im Kreis Olpe hingegen ist der Wert am höchsten: Hier ist der Anteil der deutschen Schülerinnen und Schüler, die ihr Abitur machen, mit gut 41 Prozent mehr als viermal so groß wie der Anteil der nichtdeutschen (knapp zehn Prozent).

Bei den Unterschieden nach Geschlecht ergibt sich ein ähnlich uneinheitliches Bild, wie Abbildung 6.38 zu entnehmen ist. In jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt erwerben mehr Mädchen als Jungen die Hochschulreife, das Ausmaß des Unterschiedes variiert dabei aber von gut 3 Prozentpunkten in Herne bis hin zu gut elf Prozentpunkten in Solingen, wobei sich keine systematische Verteilung im Land erkennen lässt. Tendenziell scheinen die Geschlechterunterschiede in Ostwestfalen, im Münsterland und im Sauerland größer zu sein, klare regionale Zusammenhänge in Form einer Stadt-Land-Systematik sind aber auch hier nicht ersichtlich.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die Unterschiede im Erwerb der Hoch-

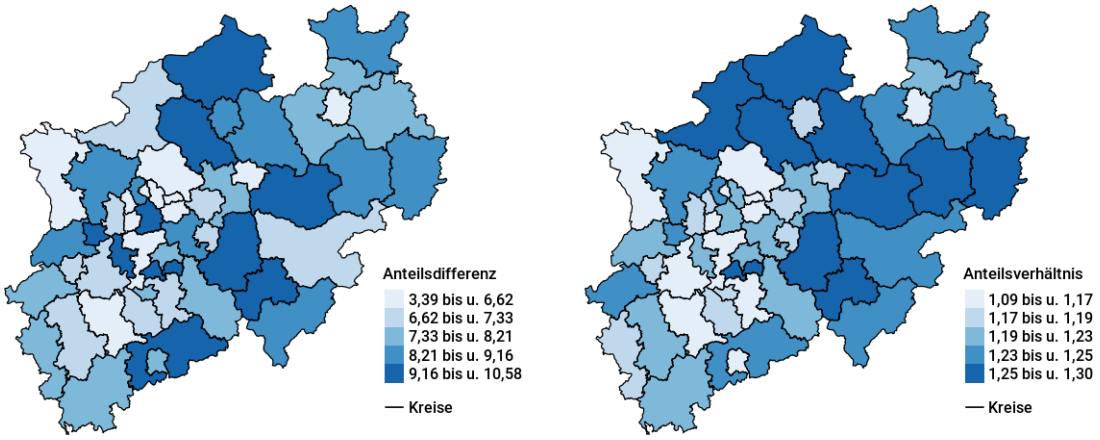


Abbildung 6.38: Abitur: Differenz und Verhältnisse der Anteile von Mädchen und Jungen, Kreise in NRW 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Geometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

schulreife nach Geschlecht und Nationalität ebenfalls regional deutlich variieren, es aber weder für die Unterschiede nach Geschlecht noch für diejenigen nach Nationalität eine erkennbare Systematik in der Verteilung gibt. Betrachtet man lediglich Anteilswertdifferenzen zwischen deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern, so lassen diese sich zu einem großen Anteil auf das allgemeine Abiturientenniveau zurückführen: Je höher die Abiturientenquote, desto höher wird auch der Abstand zwischen deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern.

6.3.6 Kommunale Betrachtung: Übergänge und Empfehlungen

Bei den bisherigen Betrachtungen in Bezug auf die weiterführenden Schulen wurde als räumliche Ebene aufgrund der Datenlage die Kreisebene gewählt. Für die Darstellung der Übergänge von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen kann nun die Gemeindeebene verwendet werden. Tabelle 6.11 fasst Maßzahlen zur Verteilung der Übergänge zu den weiterführenden Schulen auf Gemeindeebene zusammen. Die Variation ist auch hier enorm: Obwohl der kommunale Durchschnitt bei den Übergängen zur Hauptschule bei gerade mal vier Prozent liegt, gibt es Kommunen, von denen aus gar keine Schülerinnen und Schüler zur Hauptschule wechseln und es gibt welche, aus denen etwa die Hälfte wechselt. Bei den anderen Schulformen sind die Spannweiten sogar noch größer: In manchen Kommunen wechselt niemand zur Realschule, in anderen wiederum fast 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler.

	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Minimum	0,0	0,0	0,0	7,2
Maximum	50,4	69,1	88,5	66,3
Median	0,9	17,6	22,4	39,4
Mittelwert	4	19	24	40
n	396	396	396	396

Tabelle 6.11: Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen, Kommunen in NRW 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

Abbildung 6.39 stellt die räumliche Verteilung der Anteile kartografisch dar. Für die Hauptschulübergänge ist dabei zunächst festzuhalten, dass die Darstellungen in Quintilen keinen Sinn mehr ergibt, da in etwa 90 Prozent der

nordrhein-westfälischen Kommunen nur noch unter fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler zur Hauptschule wechseln, in mittlerweile knapp der Hälfte der Kommunen wechseln überhaupt keine Schülerinnen oder Schüler mehr zur Hauptschule. Als Trennwert wurde für die Abbildung daher der Wert von zehn Prozent gesetzt, um überhaupt noch von Übergängen in nennenswerter Zahl zu sprechen. Viele der Kommunen, in denen die Hauptschule noch eine nennenswerte Rolle spielt, befinden sich im Sauerland und im Grenzgebiet von Münsterland und Ruhrgebiet. Die einzige kreisfreie Stadt mit einem nennenswerten Anteil an Hauptschulübergängen ist im Jahr 2014 Mönchengladbach mit gut zehn Prozent.

Übergänge auf die Realschule sind tendenziell dort relativ häufig, wo es auch noch nennenwert viele Übergänge zur Hauptschule gibt sowie im nördlichen Münsterland und in Ostwestfalen Lippe. Auch das Ruhrgebiet und die Rheinregion sind zusammenhängende Regionen mit mittleren Anteilen an Übergängen zur Realschule.

Bei den Gesamtschulen fällt auf, dass es neben den urbanen Gebieten auch zwischen Münsterland, Ostwestfalen und Sauerland nun eine Region gibt, in der sich vergleichsweise hohe Übergangsquoten finden lassen, auch Richtung Niederrhein gibt es viele dunkle Flecken. Nicht nur die gewählte Vergleichsregion »Rheinregion«, sondern vielmehr ein von Nord nach Süd verlaufendes Gebiet rund um den Rhein und das Ruhrgebiet zeichnen sich auf kommunaler Ebene durch vergleichsweise hohe Quoten aus.

Bezüglich der Verteilung der Gymnasialübergänge zeigt sich allerdings auch auf kommunaler Betrachtungsebene das Bild, das bereits vor dem Hintergrund der vorangegangenen Analysen zu erwarten war: Die Rheinregion fällt hier deutlich mit vergleichsweise hohen Quoten auf. Aber auch westlich von Dortmund bis Ostwestfalen sowie um Münster herum gibt es noch einmal Bereiche mit vergleichsweise hohen Anteilen an Übergängen zum Gymnasium.

Tabelle 6.12: Schulformempfehlungen, Kommunen in NRW 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
Minimum	0,7	2,7	10,6
Maximum	38,0	53,7	64,2
Median	16,4	29,7	33,8
Mittelwert	17	30	34
n	396	396	396

Überraschend ist in diesem Zusammenhang auch die hohe Varianz der Anteile der unterschiedlichen Schulformempfehlungen zwischen den Kommunen, die in Tabelle 6.12 für die unbedingten Schulformempfehlungen dargestellt ist: So gibt es anscheinend eine Kommune mit nur etwa zehn Prozent Gymnasialempfehlung und Kommunen mit über 60 Prozent. Wenn man davon ausgeht, dass die Kinder in der einen Kommune nicht mit einem solchen Abstand für das Gymnasium »geeigneter« oder »ungeeigneter« sind als die in der anderen Kommune, ist also das Empfehlungsverhalten der Lehrer nicht nur eine objektive Beurteilung, sondern folgt lokalen Systematiken.

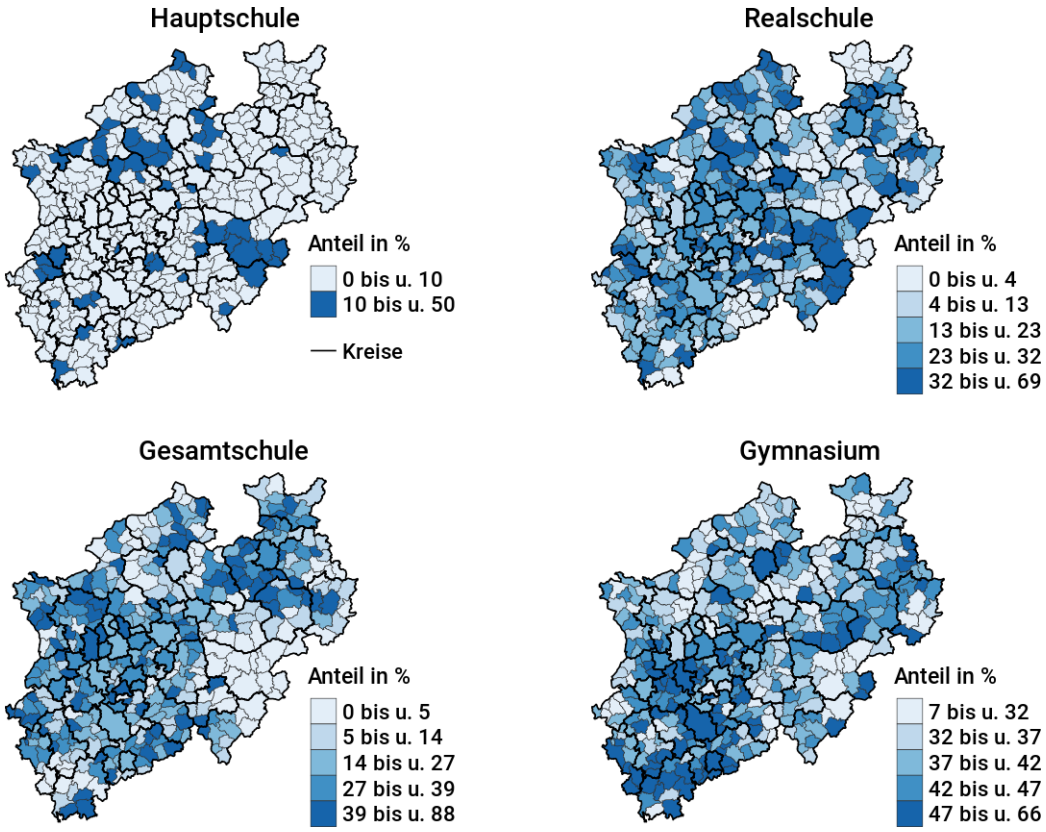


Abbildung 6.39: Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen, Kommunen in NRW 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Gemeindegeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Abbildung 6.40 stellt die kommunale Variation der drei unbedingten Schulformempfehlungen kartografisch dar – es zeigen sich eindeutige regionale Muster: Im Sauerland gibt es vergleichsweise hohen Anteile von Hauptschulempfehlungen und in der Rheinregion, da insbesondere in der Region Köln/Bonn mit Ausläufern in den Südwesten, sehr hohe Anteile an Gymnasialempfehlungen.

6.4 Zusammenfassung

Die vorherigen Analysen haben sich mit dem Wandel der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen der letzten knapp vierzig Jahre beschäftigt. Anhand der Analysen zur Schulangebotsstruktur (Anteil der Schulformen), der Schulnachfrage (Anteil der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 5 auf den weiterführenden Schulen) und der erworbenen Bildungsabschlüsse konnte die viel zitierte Bildungsexpansion nachgezeichnet werden. Diese lässt sich grob in drei Phasen unterteilen: Eine erste Phase des Wandels zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in Folge der großen Bildungsdebatten und -reformen der 1960er und 1970er Jahre, die in den 1980er Jahren endet. Dann eine Phase relativer Stagnation bis zu Beginn des neuen Jahrtausends, welches dann mit einer weiteren Wandlungsphase verläuft. Die Phasen des Wandels zeichnen sich tendenziell beide durch einen Trend zu höheren Schulformen und -abschlüssen, vor allem einem Bedeutungsverlust der Hauptschulen aus. Die entsprechenden Grafiken zeigen für beide Wandlungsphasen ähnlich starke Änderungen.

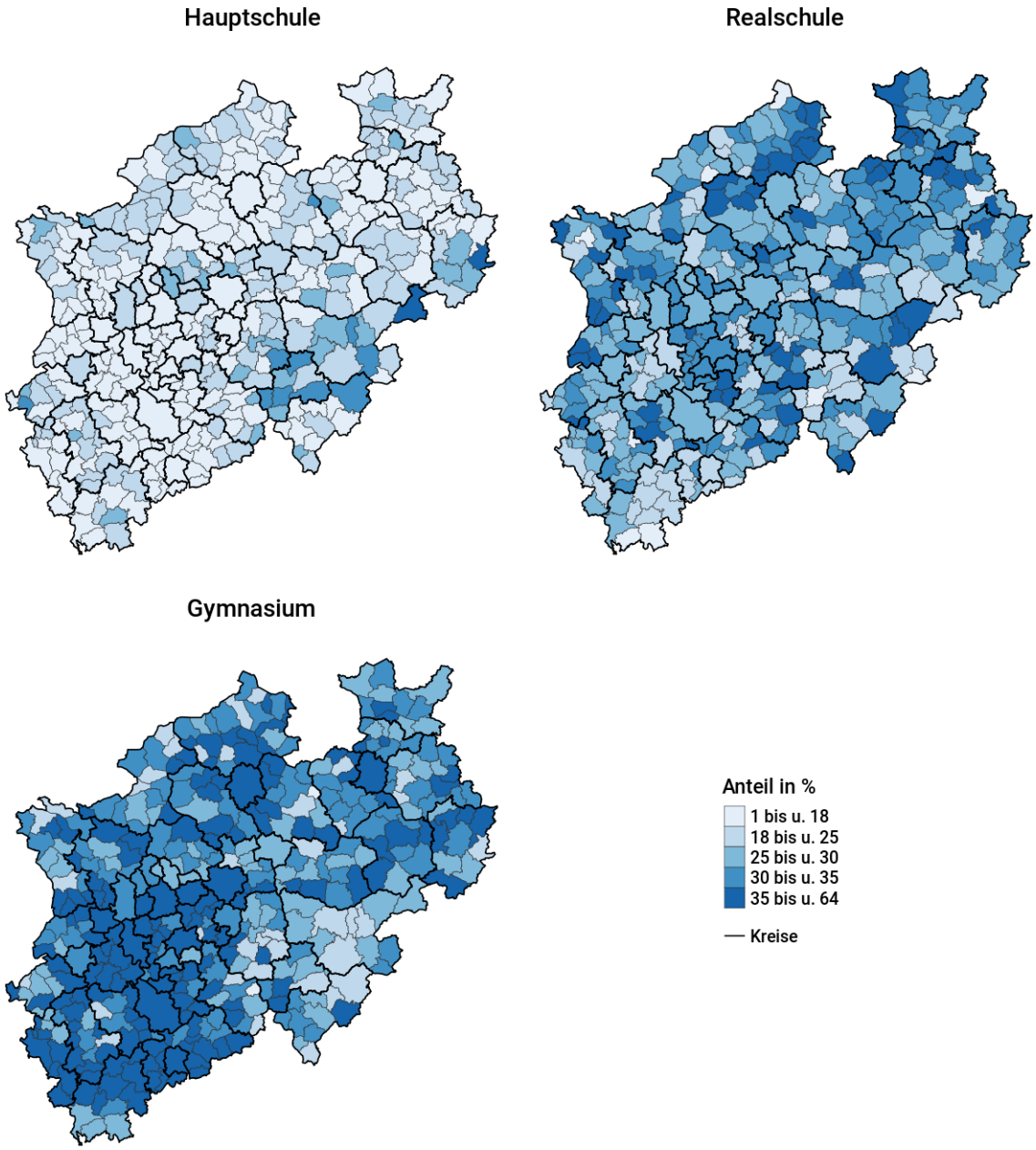


Abbildung 6.40: Schulformempfehlungen, Kommunen in NRW 2014 (Quelle: Schuldaten: IT.NRW, eigene Berechnungen, Gemeindegeometrien: GeoBasis-DE/BKG 2015)

Die beiden Vergleichsregionen, das Ruhrgebiet und die Rheinregion, unterscheiden sich deutlich: In der Rheinregion gibt es in jeder betrachteten Dimension mehr »höhere« Bildung: Sowohl beim Schulangebot als auch bei der Nachfrage und den Abschlüssen, sogar auf Ebene der Schulformempfehlungen sind Gymnasium und Abitur hier deutlich stärker vertreten als im Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet wiederum hatte in der zweiten Phase des Wandels weitaus mehr Gesamtschulen, in den letzten Jahren haben sich durch Neugründungen in der Rheinregion die Verhältnisse allerdings angeglichen. Es zeigte sich aber, dass Gesamtschulen in der Rheinregion und Gesamtschulen im Ruhrgebiet mit anderen Voraussetzungen arbeiten: In der Rheinregion ist die Zusammensetzung der Schülerschaft auf Gesamtschulen von deutlich besseren Schulformempfehlungen begleitet als im Ruhrgebiet.

Bei der nach Geschlecht und Nationalität differenzierten Betrachtung verlaufen die Entwicklungen zwar parallel, aber auf teilweise sehr unterschiedlichem Niveau. Insbesondere nach Nationalität bestehen große Unterschiede in der Bildungsteilhabe zu Lasten der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler, die nicht in gleichem Maße an der Bildungsexpansion teilnahmen wie die deutschen. Hinsichtlich des Schulwahlverhaltens fällt dabei ein Trend der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler zur Gesamtschule auf, während sie vergleichsweise selten das Gymnasium besuchen. Bezüglich des Geschlechts hingegen haben Mädchen zunehmend höhere Bildungsabschlüsse. Die Unterschiede zeigen sich dabei konsistent in allen Bereichen.

Die Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen konnten für die Jahre 2009 bis 2014 mit den ihnen zugrunde liegenden Schulformempfehlungen kontrastiert werden. Auch bei den Übergängen und den Empfehlungen zeigen sich systematische Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität in der gleichen Richtung wie bei der Schulnachfrage und den erreichten Abschlüssen: Mädchen besuchen tendenziell höhere Schultypen und erreichen höhere Bildungsabschlüsse als Jungen, bei der Unterscheidung nach Nationalität sind die deutschen Schülerinnen und Schüler gegenüber den nichtdeutschen im Vorteil. Der Unterschied nach Nationalität fällt dabei deutlich höher aus als der nach Geschlecht.

Es zeigte sich, dass die Gymnasialempfehlung die stärkste Bindungskraft besitzt, während bei einer Hauptschulempfehlung nur noch ein Viertel der Schülerinnen und Schüler mit dieser Empfehlung zur Hauptschule geht – der Rest wählt zumeist eine der integrierten Schulformen Gesamt- oder Sekundarschule. Abweichungen von den Schulformempfehlungen sind seit der Aufhebung der Verbindlichkeit zwar deutlich angestiegen, dennoch ist die Zusammensetzung auf den differenzierten Schulen noch homogen hinsichtlich ihrer Empfehlungen. Die Abweichungen zeigen zudem eine deutliche Differenzierung nach Geschlecht und Nationalität: Diejenigen, die durchschnittlich geringere Empfehlungen erhalten, weichen von ihnen dann eher nach oben ab. Die beiden integrierten Schulformen unterscheiden sich durchschnittlich in der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft nach Empfehlung: Trotz zwingender Kooperation mit einer Sekundarstufe 2 sind auf den Sekundarschulen nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlungen vertreten, im Jahr 2014 war der An-

teil hier sogar geringer als auf den Realschulen. Auf die Gesamtschule gehen tendenziell die Schülerinnen und Schüler mit den höheren Schulformempfehlungen. Die regionale Analyse belegte jedoch, dass die Sekundarschulen diesbezüglich enorme regionale Variationen zeigen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sie sich in NRW etablieren, ob es einen Trend zur Angleichung geben und vor allem, wie sich das auf die an ihnen erworbenen Abschlüsse auswirken wird.

Im Exkurs zu Wanderungsbewegungen von Grund- zu weiterführenden Schulen ging es darum, inwiefern sich regionale »Bildungslandschaften« bilden und das weiterführende Schulangebot überkommunal gestaltet sein muss. Es zeigte sich, dass es innerhalb ländlicher Kreise alleine schon aufgrund des aus der geringen Schülerschaft resultierenden dünnen Angebots weiterführender Schulen zu hohen Wechselquoten über kommunale Grenzen hinweg führt. Aber auch innerhalb des urbanen Ruhrgebiets ist der Blick über den kommunalen Tellerrand, wenn möglich, sinnvoll: Die Darstellung verstetigter Schülerströme im Zeitraum 2003–2014 zeigte, dass sich »empirische Bildungslandschaften« im Sinne von Übergangsnetzwerken (1.) über kommunale Grenzen und die Grenzen kreisfreier Städte hinweg bilden, es aber auch (2.) innerhalb kreisfreier Städte »Subnetze« gibt, die in keinem starken Schüleraustausch mit den restlichen Schulen der Stadt stehen.

Für die Darstellung von Schulangebot, -nachfrage und -abschlüssen wurde deswegen als administrative Abgrenzung die Kreisebene gewählt. Hier zeigten sich teilweise enorme regionale Unterschiede – so unterscheidet sich beispielsweise das Abschlussniveau an Hauptschulen stark danach, ob sie im ländlichen oder städtischen Raum liegen. Die Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Regionen können dabei allerdings keinesfalls einfach als »höher« oder »niedriger« bewertet werden: So gibt es im urbanen Raum zwar eine eindeutige Tendenz zum Abitur, aber auch sehr viel mehr Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Im ländlichen Raum dagegen überwiegt die Fachoberschulreife. Auch die Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität variieren stark nach Region. Im Gegensatz zu Schulangebot, -nachfrage und -abschlüssen lässt sich allerdings hier keine Stadt-Land-Dichotomie beobachten: Es gibt große Differenzen sowohl innerhalb der städtischen als auch innerhalb der ländlichen Bereiche.

Grundschulübergänge zu weiterführenden Schulen und die auf ihnen erteilten Schulformempfehlungen konnten aufgrund des flächendeckenden Angebots und einer zumeist wohnortnäheren Inanspruchnahme auf kommunaler Ebene untersucht werden. Auf dieser kleineren administrativen Ebene traten die Unterschiede nochmals weitaus stärker zu Tage: So gibt es Kommunen, in denen niemand zur Gesamtschule wechselt, und welche, in denen das knapp 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler tun. Bei den Empfehlungen, die in der Gesamtschau für NRW so gleichförmig wirken, gibt es ebenfalls große Unterschiede und es zeigen sich deutliche zusammenhängende regionale Cluster: Im Sauerland werden vergleichsweise viele Hauptschulempfehlungen gegeben, in der Rheinregion viele Gymnasialempfehlungen. Inwieweit nun die tatsächlichen Übergänge der Schülerinnen und Schüler auf Grundschulen durch kleinräumige Kontextfaktoren erklärt werden können, soll Gegenstand der folgenden Analysen sein.

7 Der Zusammenhang von Strukturwandel und Bildungsbeteiligung

Im vorangegangenen Kapitel konnte gezeigt werden, dass die Schullandschaft in den Regionen unterschiedlich ausgestaltet ist und sich bei den Übergängen zu den weiterführenden Schulen sowie den Abschlüssen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und dem Zuwanderungshintergrund feststellen lassen. Dass es systematische Zusammenhänge zwischen den individuellen Charakteristika sowie dem familiären Hintergrund der Schülerinnen und Schüler mit dem individuellen Bildungserfolg gibt, konnte bereits in zahlreichen Studien belegt werden (vgl. Abschnitt 2 und bspw. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016; Ditton 2010; Groot-Wilken u. a. 2016; Helbig 2012; Lange u. a. 2003; Maaz u. a. 2010; Reiss u. a. 2016; Solga und Dombrowski 2009). Ebenso ist die Frage nach den Wirkungen des Sozialraums auf die Bildungschancen von Kindern schon länger Thema von wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Abschnitt 2 und bspw. Ditton und Krusken 2007; Ditton und Krüsken 2006; Goldsmith 2009; Leckie 2009; Sykes und Kuyper 2009).

In diesem Kapitel sollen nun ebenfalls die Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulformen analysiert werden. Ein sozialräumlicher Fokus liegt dabei auf dem Übergang zum Gymnasium, um die bereits im vorangegangenen Kapitel festgestellten räumlichen Disparitäten in der Bildungsteilhabe genauer in den Blick zu nehmen. Dazu wechseln wir die Analyseebene von den Gemeinden und Kreisen hin zu den einzelnen Grundschulen und untersuchen von welchen Kontextfaktoren die Übergangsquoten zum Gymnasium abhängen. Die Analysen zum Strukturwandel in den Ortsteilen Nordrhein-Westfalens in Kapitel 4 und 5 haben gezeigt, dass es auf kleinräumiger Ebene langfristige soziale und milieuspezifische Disparitäten gibt. Offen ist die Frage, wie sich diese sozialen Disparitäten zwischen den Bezirken auf die dort lebenden Kinder auswirken.

Für die Analysen stehen amtliche Schuldaten zur Verfügung, die allerdings keine Angaben zum individuellen Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler oder zu deren Leistungsniveau enthalten. Daher erfolgen die Analysen auf der Aggregatebene der Grundschulen. Als Maßstab für ›erfolgreiche‹ Bildungskarrieren ziehen wir die Übergangsquote zum Gymnasium heran, also den Anteil der Schülerinnen und Schüler einer Grundschule, die nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium wechseln. Dieses Vorgehen soll nicht unterstellen, dass der Besuch eines Gymnasium zwangsläufig ein Indikator für Bildungserfolg ist.

Schülerinnen und Schüler können auch auf anderen Schulformen erfolgreiche Bildungskarrieren absolvieren oder auch im weiteren Verlauf ihrer Ausbildung die Schulform wechseln. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass der Gymnasialbesuch nicht nur wie in der Vergangenheit eine zentrale Rolle beim Erwerb der Hochschulreife spielt, sondern auch in vielen Ausbildungsberufen ein Abitur vorausgesetzt wird. Zudem konkurrieren Schulabgänger mit einem Realschul- oder Hauptschulabschluss vermehrt mit den Abiturientinnen und Abiturienten um Ausbildungsplätze (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2017: 44ff. Baethge u. a. 2007: 40). Die Akademisierung der Berufsausbildung in den letzten Jahren kann diesen Trend möglicherweise noch einmal verstärken (vgl. bspw. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017: 97). Insgesamt zeigt sich, dass zumindest das spätere Einkommensniveau stark von der Qualifikationshöhe abhängt und der Besuch einer Schule, die zum Abitur führt eine wichtige Voraussetzung ist (vgl. Stüber 2016). Durch den Ausbau der integrierten Schulformen sind die Wege zum Abitur vielfältiger geworden und es ist möglich, das Abitur an einer Gesamtschule oder einem Berufskolleg zu erwerben. Da aber an den Gesamtschulen nur eine Minderheit der Absolventinnen und Absolventen das Abitur macht (siehe Seite 136), ist die Übergangsquote zur Gesamtschule als Indikator für die Bildungsteilhabe als vergleichsweise schwierig zu bewerten.

In diesem Kapitel wird erstmalig für das gesamte Bundesland NRW auf einer sehr kleinräumigen Ebene das Übergangsverhalten von jeder einzelnen Grundschule zu den weiterführenden Schulen analysiert. Sozialstrukturelle Eigenschaften des Schulumfelds als auch Angebotsstrukturen der weiterführenden Schulformen werden dabei systematisch berücksichtigt und mit den Übergängen in Beziehung gesetzt.

Das in diesem Kapitel beschriebene Vorgehen kann dazu genutzt werden, um zum einen handlungsrelevantes Wissen über jede einzelne Schule oder konkreten Schullandschaften zu generieren. Zum anderen kann es im Kontext der Stadt(teil)entwicklung klein- und sozialräumliche Informationen zur lokalen Bildungssituation liefern. Das Vorgehen kann somit einen Teil eines Monitorings bilden, welches landesweit, sowohl über die Stadtteilgrenzen als auch über die kommunalen Grenzen hinweg, vergleichbare Informationen für Bewertung, Steuerung und Planung für die verschiedenen Akteure bereithält. Im Folgenden stehen daher die Fragen »Wie unterscheiden sich die Übergangsquoten zum Gymnasium zwischen den Grundschulen in NRW sowie im RVR und der Rheinregion?« und »Welche Zusammenhänge lassen sich im Hinblick auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturwandlungsprozesse identifizieren?« im Zentrum.

7.1 Entwicklung der Übergangsquoten auf die weiterführenden Schulen

Das Untersuchungssample für die empirische Analyse der Übergänge von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen umfasst alle öffentlichen Grundschulen im Schuljahr 2014/2015, die a) Übergänge auf weiterführende Schulen verzeichnen und b) im jeweiligen Untersuchungszeitraum in mindestens drei

	Übergangsquoten (2011–2014) zu			
	Gymnasium	Gesamtschule	Realschule	Hauptschule
NRW				
Minimum	1,5	0,0	0,0	0,0
Maximum	94,9	98,1	64,7	55,6
Mittelwert	41,4	22,3	24,6	7,2
Standardabw.	13,9	14,4	11,0	7,0
Anzahl	2 775	2 775	2 775	2 775
RVR				
Minimum	7,7	0,0	0,8	0,0
Maximum	89,1	76,8	61,0	29,4
Mittelwert	39,5	28,6	23,2	5,1
Standardabw.	14,3	13,5	10,1	4,9
Anzahl	740	740	740	740
Rheinregion				
Minimum	9,1	0,0	1,4	0,0
Maximum	94,9	70,0	55,4	33,3
Mittelwert	47,8	19,9	23,6	6,5
Standardabw.	16,2	11,6	10,2	5,9
Anzahl	586	586	586	586

Tabelle 7.1: Deskriptive Statistiken für die Übergangsquoten zu ausgewählten weiterführenden Schulformen für die öffentlichen Grundschulen in NRW, im RVR und in der Rheinregion im Untersuchungssample im Zeitraum 2011 bis 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

von vier Jahren Übergänge aufweisen. Die Übergänge werden in Vierjahresintervalle zusammengefasst, um die Analysen von den Schwankungen in den Übergangsquoten zwischen den Jahren unabhängiger zu machen. Die Abgrenzung der Untersuchungszeiträume wurde mit den Schuljahren[1] 2002/2003 bis 2005/2006, 2006/2007 bis 2009/2010 und 2010/2011 bis 2013/2014 so gewählt, dass der Zeitraum von 2007 bis 2010, in der die Schulformempfehlungen einen verbindlichen Charakter hatten, von den anderen Zeiträumen davor und danach getrennt betrachtet werden kann, in denen der Elternwille für die letztendliche Wahl der weiterführenden Schule entscheidend ist (vgl. Abschnitt 6.1.4).

[1] Bezogen auf das letzte Schuljahr, das die Schülerinnen und Schüler auf der Grundschule verbringen.

Von den insgesamt 2 794 Grundschulen im Schuljahr 2014/2015 stehen für 2 775 aggregierte Angaben zu Übergangsquoten und Schülerbeständen für die Untersuchungszeiträume 2003 bis 2006, 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014 zur Verfügung. Diese Schulen weisen mindestens in drei Jahren pro Untersuchungszeitraum Übergänge auf weiterführende Schulen auf. Die Auswahl der Schulen wurde so restriktiv gehandhabt, da für diese Schulen vergleichende Analysen über alle drei Zeiträume durchgeführt werden und so ein Vergleich der Entwicklung über die Zeit für eine gleichbleibende Fallauswahl möglich ist.

In Tabelle 7.1 ist die Verteilung der Übergangsquoten zum Gymnasium, zur Gesamtschule, zur Realschule sowie zur Hauptschule für diese Grundschulen im letzten Untersuchungszeitraum 2011 bis 2014 in ganz NRW sowie im RVR und in der Rheinregion dargestellt. Die Übergangsquoten variieren deutlich zwischen den einzelnen Schulen, aber auch zwischen den Regionen. Bei den Übergängen zum Gymnasium und den Gesamtschulen finden sich Schulen mit extrem niedrigen und auch extrem hohen Übergangsquoten. Diese Extreme

Tabelle 7.2: Durchschnittliche Übergangsquoten nach Gemeindegröße zu ausgewählten weiterführenden Schulformen für die öffentlichen Grundschulen in NRW im Untersuchungssample für die Zeiträume 2003 bis 2006, 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

	Gymnasium			**Gesamtschule**		
Gemeinde	03–06	07–10	11–14	03–06	07–10	11–14
Kleinstadt	34,8	36,5	38,9	10,2	11,4	17,6
Mittelstadt	37,3	38,6	40,9	14,3	15,3	20,2
Großstadt	39,0	40,6	42,7	21,9	22,9	26,1

	Realschule			**Hauptschule**		
Gemeinde	03–06	07–10	11–14	03–06	07–10	11–14
Kleinstadt	32,5	32,4	23,0	21,9	19,2	9,7
Mittelstadt	30,2	30,8	26,5	17,5	14,6	7,4
Großstadt	24,3	24,6	23,1	14,1	11,0	6,0

sind bei den Übergängen zur Real- und Hauptschule weniger stark ausgeprägt. Betrachtet man das Niveau der Übergangsquoten dominiert auch auf Einzelschulebene das Gymnasium mit 41,4 Prozent in NRW und mit 39,5 Prozent im RVR bzw. 47,8 Prozent in der Rheinregion. Die durchschnittlichen Übergangsquoten zu den anderen betrachteten Schulformen sind deutlich geringer. Auffällig ist hierbei, dass die durchschnittliche Übergangsquote zur Gesamtschule im RVR mit 28,6 Prozent deutlich höher ausfällt als in ganz NRW mit 22,3 Prozent bzw. 19,9 Prozent in der Rheinregion und gleichzeitig die durchschnittlichen Übergänge zur Hauptschule geringer ausfallen.

Da das Schulangebot zwischen größeren und kleineren Gemeinden variiert, erfolgt die Betrachtung der Entwicklung der durchschnittlichen Übergangsquoten im Zeitverlauf getrennt nach Gemeindegrößenklassen (Tabelle 7.2). Hierbei werden Kleinstädte mit weniger als 20 000 Einwohnern, Mittelstädte mit mehr als 20 000 und weniger als 100 000 Einwohnern und Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern unterschieden. Es ist zu erkennen, dass es im Zeitverlauf unterschiedliche Entwicklungen bei den Übergangsquoten zum Gymnasium und zur Gesamtschule sowie zur Real- und Hauptschule gibt. Die Übergänge zum Gymnasium sind leicht und die zur Gesamtschule stark gestiegen, unabhängig von der Gemeindegröße. Bei den Realschulen zeigt sich bei den Klein- und Mittelstädten eine deutliche Abnahme der Übergänge, bei den Großstädten ist der Rückgang nur minimal. Der Rückgang bei den Übergängen zur Hauptschule zeigt sich in den Kleinstädten darin, dass sich die Zahl der Übergänge auf ca. die Hälfte reduziert. In den Mittel- und Großstädten ist die Abnahme im Zeitverlauf noch einmal stärker ausgeprägt. Quantitativ nimmt die Hauptschule somit im letzten Untersuchungszeitraum nur noch eine geringe Rolle ein.

Im Folgenden werden die Übergangsquoten zum Gymnasium und zur Gesamtschule in regionaler und zeitlicher Perspektive in den Blick genommen. Die Abbildungen 7.1 und 7.2 (a) und (b) zeigen die Entwicklung der Übergangsquoten zum Gymnasium in den zeitinvarianten Bezirken in NRW und im Gebiet des RVR bzw. in der Rheinregion. Die Karten 7.3 und 7.4 (a) und (b) zeigen die Ergebnisse für die Gesamtschule. Für die Darstellung wurden die Übergangsquoten für alle Grundschulen eines zeitinvarianten Bezirks gemeinsam ermittelt. Die Abbildungen 7.5 sowie 7.6 (a) und (b) geben die Entwicklung

der Übergangsquoten zur Hauptschule wieder. Die mit grünen Punkten markierten Bezirke wiesen sowohl im Zeitraum 2003 bis 2006 als auch im Zeitraum 2011 bis 2014 überdurchschnittliche Übergangsquoten auf. Die Referenz ist dabei jeweils die durchschnittliche Übergangsquote der Bezirke auf Landesebene. Die mit hellgrünen Quadraten markierten Bezirke wiesen im ersten Untersuchungszeitraum unterdurchschnittliche (−) und im letzten Untersuchungszeitraum überdurchschnittliche (+) Übergangsquoten auf. Bei der Kennzeichnung der anderen Entwicklungsmöglichkeiten wurde analog verfahren: So waren die Übergangsquoten bei den mit hellroten Dreiecken markierten Bezirken im Untersuchungszeitraum 2003 bis 2006 überdurchschnittlich (+) und im letzten Untersuchungszeitraum unterdurchschnittlich (−). Bei dem Vergleich bleibt der mittlere Zeitraum von 2007 bis 2010 unberücksichtigt, da während dieses Zeitraums die Schulwahlentscheidung der Eltern durch die Schulformempfehlungen eingeschränkt war (siehe Abschnitt 6.1.4).

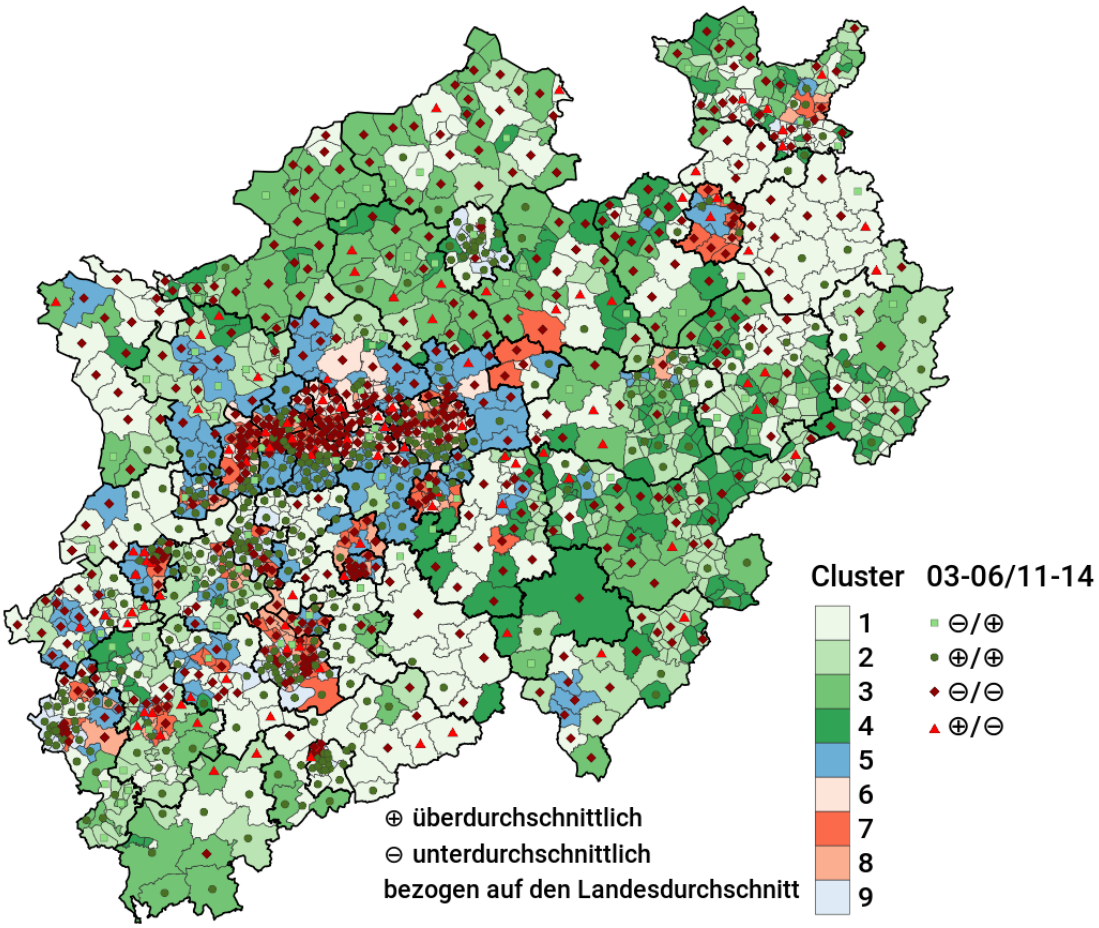
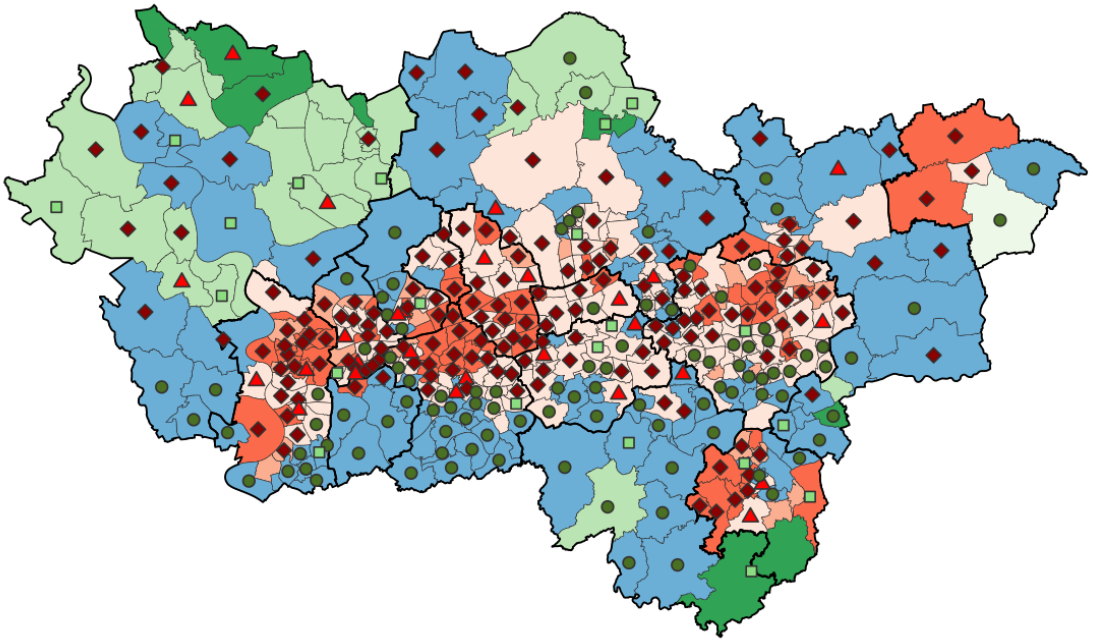
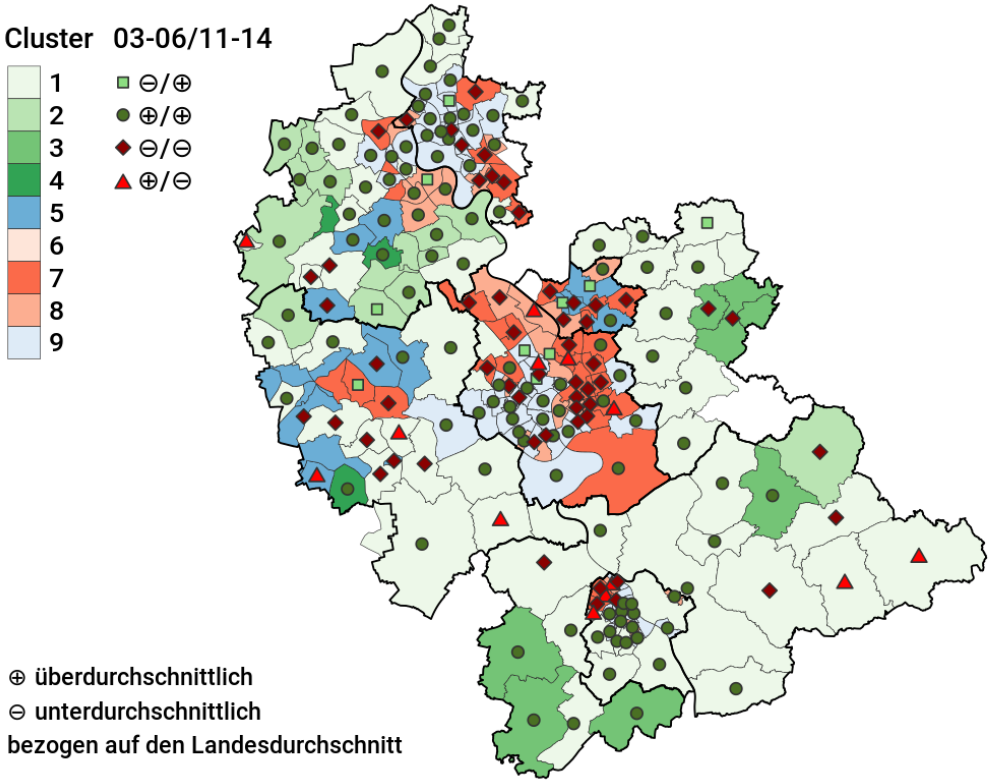


Abbildung 7.1: Übergangsquoten zum Gymnasium in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Betrachtet man nun die regionalen Entwicklungen bei den Übergängen zum Gymnasium und zur Gesamtschule fallen einige regionale Schwerpunkte auf. In den städtischen Regionen im Ruhrgebiet und entlang des Rheins finden sich überwiegend Bezirke mit beständig unterdurchschnittlichen Übergangsquoten zum Gymnasium (Abbildung 7.2). Im Süden des Ruhrgebiets und in Köln westlich des Rheins liegen hingegen häufiger Bezirke, die heute überdurchschnitt-



(a) Entwicklung der Übergangsquoten zum Gymnasium im RVR



(b) Entwicklung der Übergangsquoten zum Gymnasium in der Rheinregion

Abbildung 7.2: Übergangsquoten zum Gymnasium in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

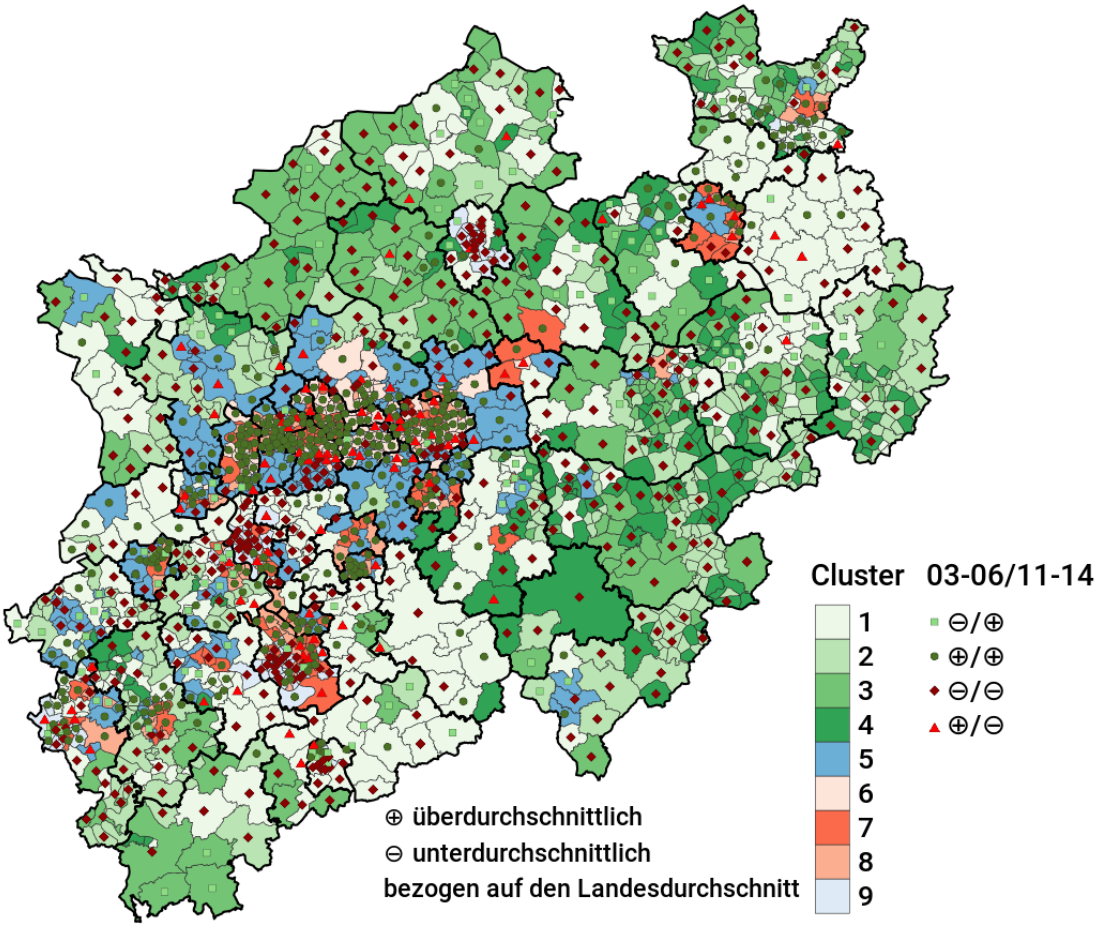
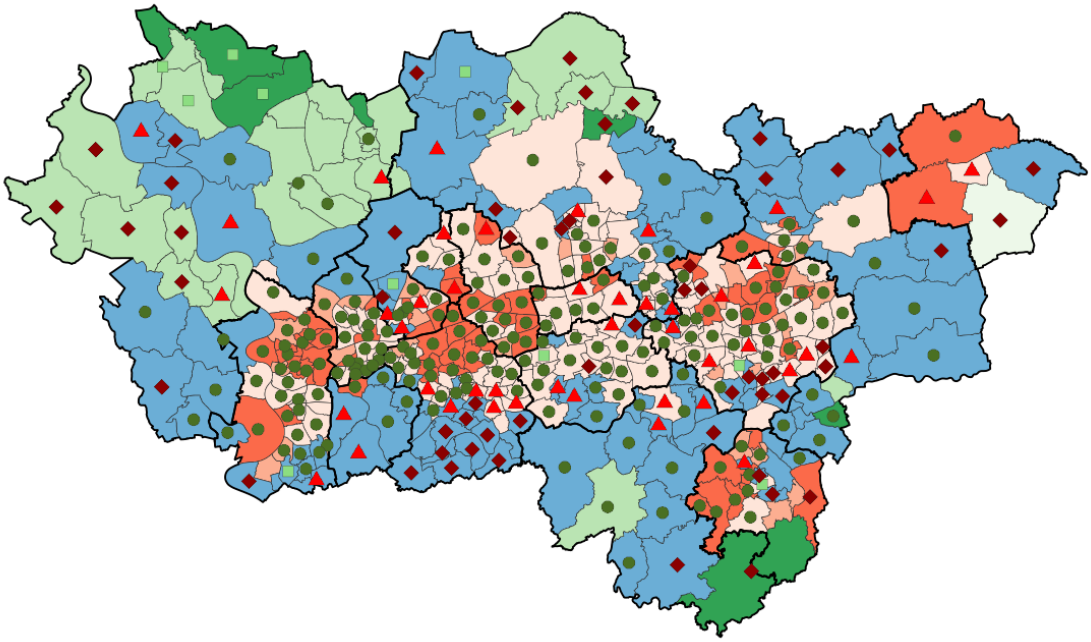
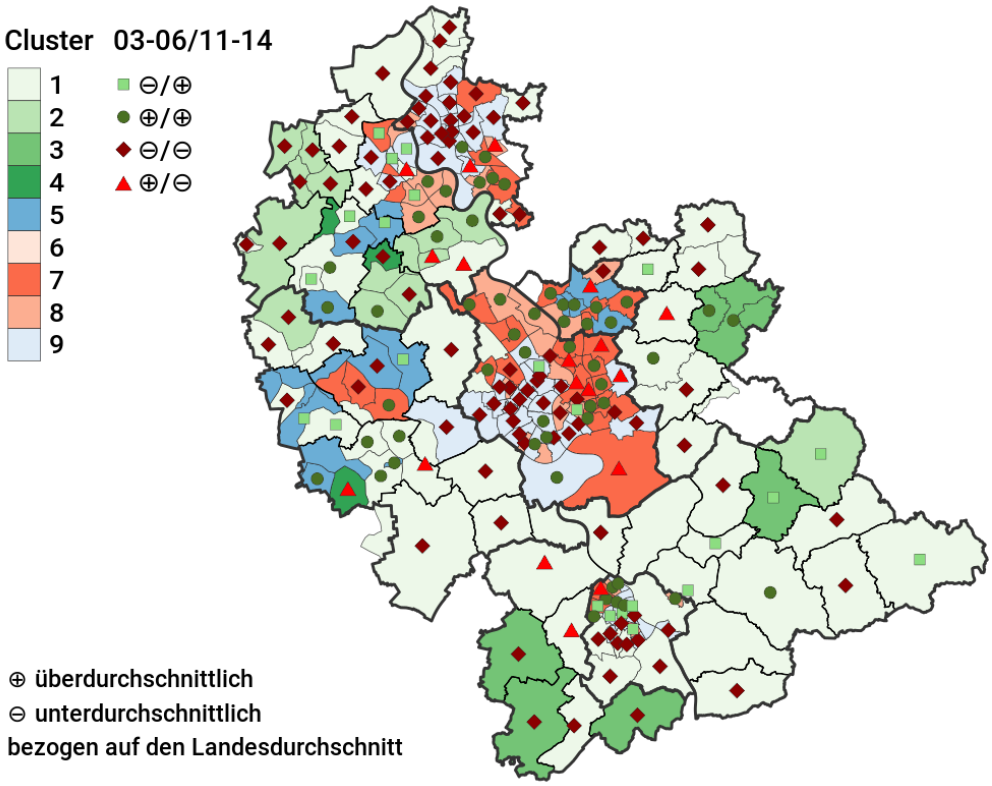


Abbildung 7.3: Übergangsquoten zur Gesamtschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)



(a) Entwicklung der Übergangsquoten zur Gesamtschule im RVR



(b) Entwicklung der Übergangsquoten zur Gesamtschule in der Rheinregion

Abbildung 7.4: Übergangsquoten zur Gesamtschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

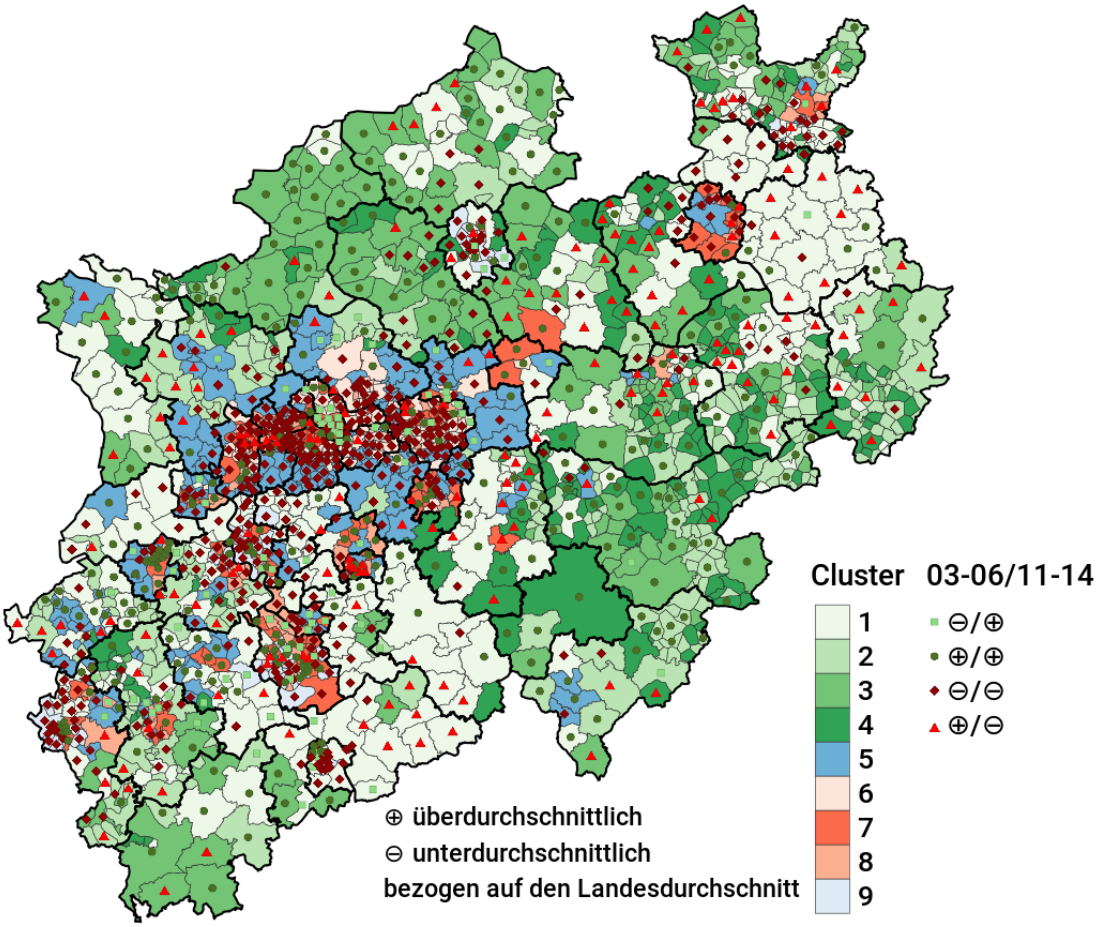
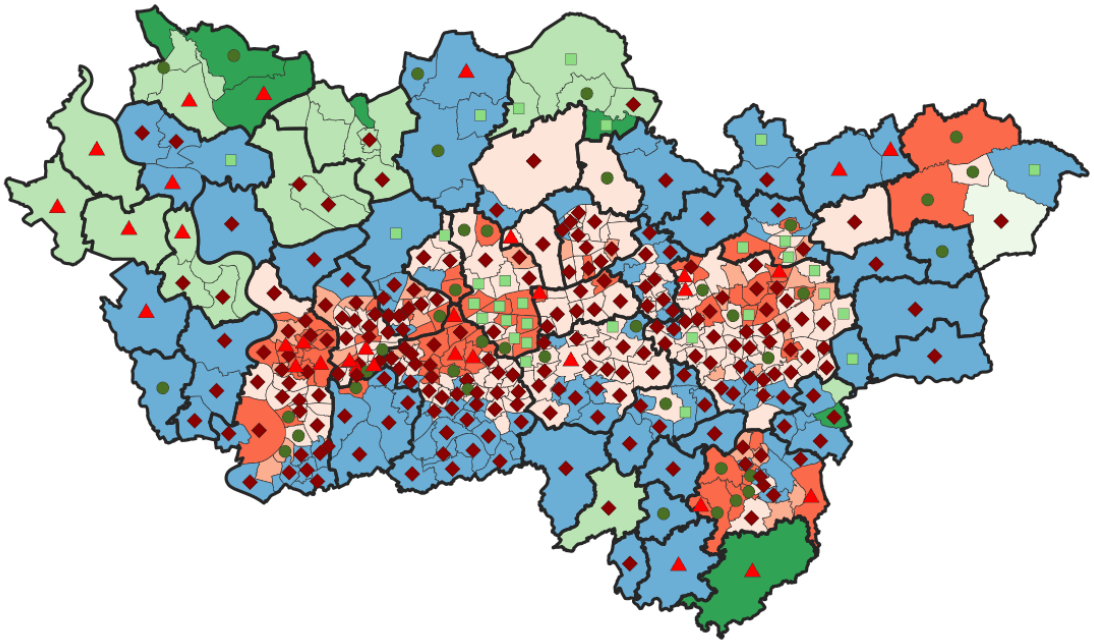
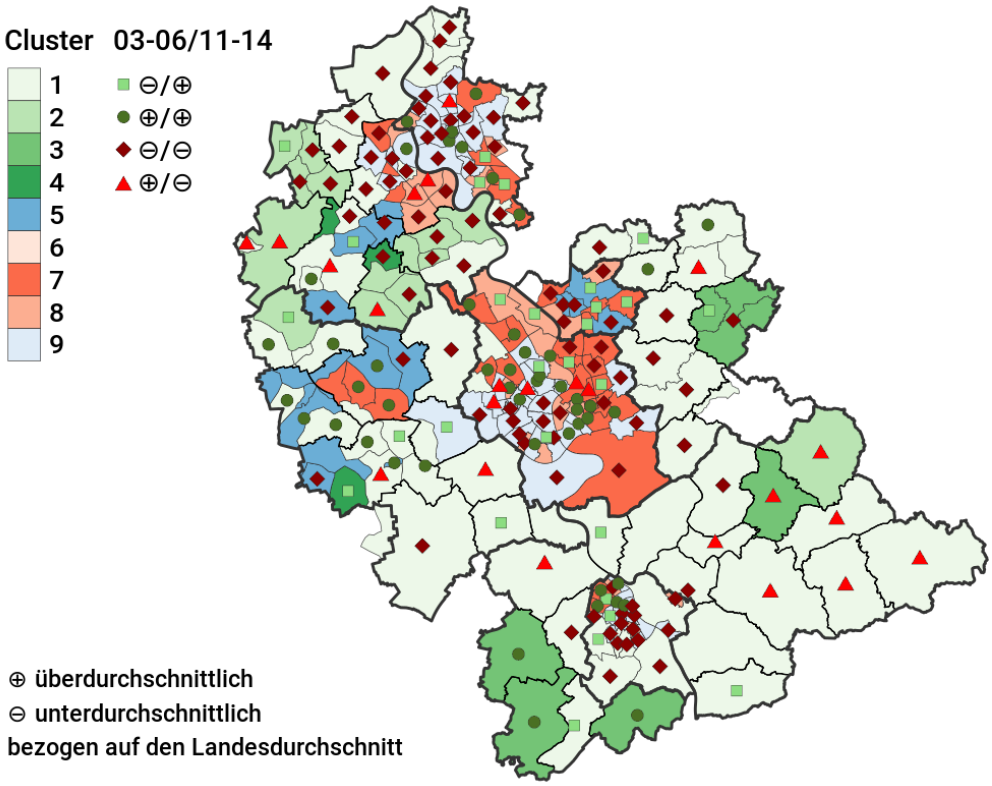


Abbildung 7.5: Übergangsquoten zur Hauptschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 in NRW, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)



(a) Entwicklung der Übergangsquoten zur Hauptschule im RVR



(b) Entwicklung der Übergangsquoten zur Hauptschule in der Rheinregion

Abbildung 7.6: Übergangsquoten zur Hauptschule in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im RVR und in der Rheinregion im Vergleich, Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

liche Übergangsquoten zum Gymnasium aufweisen und im Referenzzeitraum 2003 bis 2006 unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Ebenso finden sich in Düsseldorf und Bonn viele Bezirke mit beständig hohen Übergangsraten. Vergleicht man diese Befunde mit der regionalen Verteilung der Veränderungen bei den Übergängen zur Gesamtschule zeigt sich ungefähr das entgegengesetzte Bild: Im mittleren Ruhrgebiet sind bei den meisten Bezirken beständig überdurchschnittliche Übergangsquoten zur Gesamtschule zu erkennen, entlang des Rheins ist diese Beobachtung ebenso zu erkennen, wenn auch etwas uneinheitlicher (Abbildung 7.4). Zum Teil wird dies auf die höhere Zahl der Gesamtschulen in diesen Gebieten zurückzuführen sein, die auch eine gesteigerte Nachfrage nach Gesamtschulplätzen nach sich zieht (siehe Abbildung 6.1 auf Seite 122 und Seite 40). Unter diesem Gesichtspunkt ist demnach auch die Entwicklung der Übergänge auf die Hauptschule zu betrachten (Abbildung 7.5), die in der überwiegenden Zahl der Bezirke in den größeren Gemeinden unverändert unterdurchschnittlich bleiben. In einigen Bezirken sind im letzten Untersuchungszeitraum dennoch überdurchschnittliche Quoten zu beobachten, insbesondere in Köln und in Gelsenkirchen (Abbildung 7.6), aber auch in Bonn oder Düsseldorf. Dies ist möglicherweise dadurch zu erklären, dass die Übergangsquote zu den Hauptschulen zwar insgesamt gesunken ist, in einigen Bezirken jedoch unterdurchschnittlich stark, so dass diese Bezirke nun über dem Durchschnitt liegen. Besonders auffällig ist das Ergebnis für Gelsenkirchen, wo im Vergleich zum Zeitraum 2003 bis 2006, im Zeitraum 2011 bis 2014 in vielen Bezirken überdurchschnittliche Übergangsquoten zur Hauptschule zu beobachten sind und zudem auch Bezirke zu finden sind, die beständig überdurchschnittliche Quoten aufweisen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Übergangsquote zu den drei betrachteten Schulformen in den Bezirken variiert. Verbindet man die Betrachtung der regionalen Unterschiede mit der in Kapitel 5 beschriebenen Bezirkstypologie, zeigen sich deutliche Auffälligkeiten. So waren die Übergangsquoten im RVR in den blau markierten, wirtschaftlich konsolidierten Bezirken mit bürgerlichem Milieu im ersten Untersuchungszeitraum deutlich häufiger überdurchschnittlich hoch und sind unverändert überdurchschnittlich geblieben. Dieser Befund zeigt sich gleichermaßen in den großen Städten entlang des Rheins (Abbildung 7.2 auf Seite 178). Tabelle 7.3 zeigt diese Zusammenhänge noch einmal für die Grundschulen in Abhängigkeit der Clusterzuordnung des Bezirks, in dem sie liegen. Vergleicht man die durchschnittlichen Übergangsquoten über die Zeit, zeigt sich, dass sich zum einen das Ausgangsniveau im Zeitraum 2003 bis 2006 unterscheidet und zum anderen auch die Entwicklung der Gymnasialquoten unterschiedlich ist. Das höchste Ausgangsniveau und gleichzeitig auch die stärksten Zuwächse weisen die Schulen in Bezirken des Clusters 9 (stabiler Dienstleistungscluster) auf, danach folgt der sozialökonomisch konsolidierte Cluster 5, dessen Grundschulen jedoch geringere Zuwächse aufweisen. Von einem geringen Ausgangsniveau ausgehend finden sich bei den Schulen in den Bezirken vom Typ 6 bis 8 nur geringe Zuwächse bei den Übergangsquoten zum Gymnasium, wobei die Schulen im sozial benachteiligten Cluster 7 über alle Untersuchungszeiträume hinweg die geringsten Übergangsquoten aufweisen.

Im folgenden Abschnitt sollen diese Zusammenhänge genauer betrachtet wer-

	Durchschnittliche Übergangsquote			Differenz
Bezirkstyp	2003 – 2006	2007 – 2010	2011 – 2014	03/06 – 11/14
1	39,4	40,5	42,8	3,4
2	37,3	39,6	40,8	3,6
3	35,1	36,7	39,5	4,3
4	34,2	35,9	39,3	5,1
5	41,3	42,9	45,0	3,6
6	35,8	36,9	38,4	2,6
7	28,9	29,7	32,2	3,3
8	34,8	36,8	38,6	3,8
9	48,1	51,2	53,7	5,6

Tabelle 7.3: Durchschnittliche Übergangsquoten zum Gymnasium in den zeitinvarianten Bezirken nach Bezirkstyp und Untersuchungszeitraum, Angaben in Prozent (Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen)

den. Dabei wird der Zusammenhang zwischen der Übergangsquote zum Gymnasium an den Grundschulen und räumlichen Kontexteffekten, also insbesondere Eigenschaften der zeitinvarianten Bezirke betrachtet. Diese Kontexteffekte bilden ein Bündel von Eigenschaften ab: Dies sind einerseits Standorteigenschaften wie Lärmbelästigung oder die Schwierigkeit des Schulwegs. Andererseits spiegelt sich in der Zusammensetzung der Schülerschaft auch der Standort der Schule wider, etwa hinsichtlich der Sozialstruktur des Bezirks. Die These, dass die Charakteristika der Umgebung der Schulen die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler beschreibt, fußt auf der Annahme, dass die Schülerinnen und Schüler der Grundschulen in der Regel in der Nähe der Grundschulen wohnen. Riedel (2011) beschreibt diesen Zusammenhang beispielsweise in ihren Analysen zur Grundschulwahl in Wuppertal, wobei sie neben der Wohnortnähe auch weitere zusätzliche Einflussfaktoren identifiziert, die auf eine gewisse soziale Selektivität der Grundschulwahl schließen lassen. So tendieren Eltern von Kinder aus benachteiligten Baublöcken oder solchen mit hohem Migrantenanteil eher zur Wahl der nächstgelegenen Schule (Riedel 2011: 151).

Bis einschließlich des Schuljahrs 2007/2008 wurde in Nordrhein-Westfalen durch feste Grundschulbezirke (sogenannte »Schulsprengel«) festgelegt, welche Grundschule die Schüler abhängig von ihrem Wohnort zu besuchen haben: »Der Besuch einer anderen als der örtlich zuständigen Schule war gemäß § 39 Abs. 3 SchulG NRW 2005 nur in Ausnahmefällen und auf Antrag der Eltern möglich« (Breuing 2014: 30). Groos (2015) hat untersucht, welchen Einfluss die im Schuljahr 2008/2009 eingeführte freie Schulwahl[2] auf die Grundschulwahl in Mülheim an der Ruhr hat. Seine Analysen zeigen, dass auch nach Freigabe der Schulwahl ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler die Grundschule in ihrem Schulbezirk besuchen, auch wenn dieser Anteil seit 2001 deutlich abgenommen hat (Groos 2015: 21). Die von Groos durchgeführten multivariaten Analysen zeigen zudem, dass die Wohnortnähe weiterhin ein starker Prädiktor für die Schulwahl ist (vgl. hierzu auch Makles und Schneider 2015).

[2] Seit dem Schuljahr 2011/2012 haben die Kommunen wieder die Möglichkeit, Grundschulbezirke zu definieren.

7.2 Sozialraum, Schülerstruktur und Übergangsquoten zum Gymnasium

Den Einfluss des räumlichen Kontexts auf die Übergangsquoten zum Gymnasium soll im Folgenden unter Kontrolle weiterer möglicher Einflussfaktoren untersucht werden. Wir nutzen dazu lineare Mehrebenemodelle (vgl. z.B. Goldstein 1995; Hox 2002; Kreft und Leeuw 2002; Raudenbush und Bryk 2002), um die räumliche Eingebundenheit der Schulen in die zeitinvarianten Bezirke bei der statistischen Modellierung der Zusammenhänge zu berücksichtigen. Bei der Interpretation der Analyseergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Analysen auf Grundlage von auf Schulebene aggregierten Daten erfolgen. Daraus folgt, dass die betrachteten Zusammenhänge nicht einfach auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler übertragen werden können, sondern als Aussagen über die Schulen und deren Schülerschaft insgesamt zu verstehen sind. Dementsprechend können die identifizierten Zusammenhänge auch nicht direkt als kausale Erklärungen interpretiert werden, wie es teilweise bei Mikroanalysen von Pandeldaten in der Bildungsforschung möglich ist.

Einflussfaktoren auf die Übergangsquote zum Gymnasium

Im Rahmen der Regressionsanalysen werden drei unterschiedliche Einflussfaktoren berücksichtigt, die bereits in Kapitel 2 diskutiert wurden: Die Struktur der Schülerschaft, das schulische Angebot und das Umfeld der Schulen. Die Beschränkung auf amtliche Schuldaten erlaubt es nicht, alle Aspekte aus dem Modell von Meusburger (1998) (vgl. Abschnitt 2.2 auf Seite 37) in den multivariaten Analysen zu berücksichtigen, da z.B. weder Angaben zum sozioökonomischen Status der Eltern noch zu den kognitiven Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler vorliegen.

Die Variablen zur Beschreibung der Struktur der Schülerschaft gehen vornehmlich als reine Kontrollvariablen in das Modell ein. Die Anzahl der Abgänge beschreibt die Größe der Schule. Für den Anteil der Schülerinnen wird kontrolliert, um die tendenziell besseren Schulleistungen und höheren Übergangsquoten auf das Gymnasium von Mädchen zu berücksichtigten (siehe Abschnitt 6.1.4 und Seite 6.1.2 und Helbig 2012). Als weitere Kontrollvariable für die Struktur der Schülerschaft wird der Ausländeranteil an den Abgängen herangezogen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wird erst seit dem Jahr 2007 für alle nordrhein-westfälischen Schulen erhoben, so dass für die Analysen in den drei Untersuchungszeiträumen lediglich der Ausländeranteil als Indikator für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte genutzt werden kann. Bei der Interpretation des Ausländeranteils an den Übergängen ist zu beachten, dass im Jahr 2009 die ersten Schülerinnen und Schüler die Grundschule verlassen, die nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 geboren wurden, und so ein Großteil der Schülerinnen und Schüler aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte, die in Deutschland geboren wurden, nicht mehr von dieser Kategorie erfasst werden. Haushalte von Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger von Armut betroffen (Bonny u. a. 2016: 215ff.) und weisen tendenziell ein geringeres Bildungsniveau auf (Siegert 2008: 46ff.), so dass auf individueller Ebene Zusammenhänge zwischen

dem Migrationshintergrund und dem Schulerfolg festgestellt werden können, die jedoch schwächer ausfallen, wenn für den sozialen Hintergrund kontrolliert wird (Reiss u. a. 2016: 337ff.).

Ob der Zuwanderungshintergrund der Schülerschaft einer Schule insgesamt einen zusätzlichen eigenständigen Effekt auf die Schulleistungen und damit indirekt auch auf das Übergangsverhalten hat, ist in der Forschung stärker umstritten. Zahlreiche Analysen zeigen jedoch, dass Kompositionseffekte im Hinblick auf den Migrationshintergrund, unter Kontrolle der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft, keinen signifikanten Einfluss auf die individuellen Schulleistungen haben (für einen Überblick siehe Stanat 2008; Stanat u. a. 2010).

Bei der Analyse der Übergänge zum Gymnasium ist im Hinblick auf das Schulangebot das Angebot an Gymnasien und Gesamtschulen im Umfeld der Grundschulen relevant. Das lokale Schulangebot im Bereich der Gymnasien und Gesamtschulen wird zum einen durch die Zahl der Schulen dieser Schulform in den Gemeinden und zum anderen durch die Entfernung zum nächsten Gymnasium bzw. zur nächsten Gesamtschule modelliert. Sowohl die Anzahl der weiterführenden Schulen als auch die Entfernung zur nächsten Schule werden über die einzelnen Jahre der drei Untersuchungszeiträume gemittelt und gehen als Durchschnittswert in das Modell ein. Es ist davon auszugehen, dass ein großes Schulangebot und örtlich naheliegende Gymnasien die Übergangsquoten zum Gymnasium erhöhen. Eine Gesamtschule in geringer Entfernung zum Wohnumfeld bzw. den Grundschulen kann die Übergänge zum Gymnasium hingegen verringern (vgl. Abschnitt 2.2).

Das Umfeld der Schule kann über das Schulangebot hinaus weiteren Einfluss auf das Übergangsverhalten der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen haben. Dabei kann der Effekt des Sozialraums im Umfeld der Grundschulen auf zwei verschiedene Weisen diskutiert werden: Zum einen liefert die Beschreibung der Bevölkerung der Einwohner im Umfeld der Schulen Hinweise über die sozioökonomische Struktur der Schülerschaft. Die Struktur der Schülerschaft kann die Unterschiede in den Übergangsquoten auf das Gymnasium an den Grundschulen mit Blick auf die individuellen Chancen der Schülerinnen und Schüler für einen Gymnasialbesuch erklären helfen. Auf der Ebene der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers sind Zusammenhänge zwischen sozialen und kulturellem Hintergrund bekannt. Diese individuellen Prozesse und Effekte führen dann zu korrespondierenden Zusammenhängen auf der Makroebene. D.h. wenn Kinder aus armen und/oder bildungsfernen Haushalten geringere Chancen auf den Besuch eines Gymnasiums haben, werden auch die Übergangsquoten auf das Gymnasium in den Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus diesen Haushalten gering sein. Da die amtliche Statistik landesweit keine Daten zum sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler erhebt, ist der Sozialraum der Grundschulen ein sinnvoller Proxy für die sozioökonomische Struktur der Schülerschaft.

Zum anderen wird auch dem Sozialraum selbst einen Effekt auf die individuellen Bildungsverläufe zugeschrieben (vgl. Kapitel 2). Dieser Effekt wird in der Literatur kontroverser diskutiert als die Einflüsse der sozialen Herkunft auf

den Gymnasialbesuch und den individuellen Bildungserfolg (Ditton und Krusken 2007; Ditton und Krüsken 2006; Goldsmith 2009; Leckie 2009; Sykes und Kuyper 2009). In der Regel kommen die Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Effekte der individuellen und familiären Merkmale einen großen Teil der Unterschiede in der Schulleistung erklären können, darüber hinaus jedoch ein kleinerer Effekt des Umfeldes feststellbar ist, der sich auf unterschiedliche Gruppen von Schülerinnen und Schülern unterschiedlich auswirken kann (Sykes und Kuyper 2009: 2431ff.). Studien von Hedman u. a. (2013) und van Ham u. a. (2014) zeigen, dass die Nachbarschaft, in der die Kindheit verbracht wurde, auch einen Effekt bezüglich des späteren Einkommensniveaus haben kann. Da die folgenden Modellrechnungen auf aggregierten Daten beruhen, können diese beiden unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten von Schülerstruktur und sozialem Umfeld nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern nur der summarische Einfluss aus Schülerstruktur und Kontexteffekt.

Die in Kapitel A.1 beschriebene Typologie der zeitinvarianten Bezirke liefert eine umfassende Beschreibung des Umfelds der Grundschulen, die neben der Sozialstruktur der Bezirke auch die historische Entwicklung in diesen Gebieten berücksichtigt. So haben sich viele der ursprünglichen Arbeitergebiete im nördlichen Ruhrgebiet nach dem wirtschaftlichen Strukturwandel und dem Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu sozial benachteiligten Bezirken mit hohem Arbeitslosenanteil entwickelt. Da im wohlhabenderen Süden des Ruhrgebiets der Anteil von Kindern an der Bevölkerung besonders gering ist, wächst die Mehrzahl der Kinder in dem tendenziell stärker sozial benachteiligten Norden des Ruhrgebiets auf, woraus sich auch Konsequenzen für die Bildungschancen der Kinder ergeben. Die Typologie spiegelt über die einbezogenen Indikatoren neben der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung auch die soziale, ethnische und demografische Segregation in diesen Bezirken wider. Insofern werden neben der sozialen und demografischen Struktur der Bevölkerung auch kulturelle Disparitäten und Milieus (»Arbeiterviertel« vs. »bürgerliches Viertel«) in den Modellen berücksichtigt. Um diese umfassenderen Beschreibungen des sozialen Umfeldes durch die Bezirkstypologie von den Effekten der sozialen Zusammensetzung unterscheiden zu können, analysieren wir weiterhin den Einfluss der Dichte der SGB-II-Quote der Kinder am Standort der Grundschulen aus dem Jahr 2014.[3] Die SGB-II-Dichte der Kinder am Schulstandort wird auch bei der Konstruktion des Schulsozialindex im Rahmen des Standorttypenkonzepts für faire Schuleistungsvergleiche genutzt (Isaac 2016; Schräpler und Jeworutzki 2016). Die SGB-II-Dichten werden über einen Kerndichte-Schätzer (KDE) auf Grundlage des pseudonymsierten SGB-II-Einzeldatensatzes der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt. Für das KDE-Verfahren werden aus Adressinformationen von SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern Häufigkeitsdichten und Dichteflächen erzeugt, die zur Beschreibung des näheren Schulumfeldes herangezogen werden können (Schräpler und Jeworutzki 2016). Zuletzt wird noch das weitere Umfeld der Schulen durch die Gemeindegrößenklasse beschrieben.

[3] Die SGB-II-Dichten sind über die Zeit überaus stabil, so dass zumindest für den Zeitraum 2011 bis 2014 von einer adäquaten Beschreibung der Struktur der Schülerinnen und Schüler auszugehen ist.

Modellrechnungen für die Übergangsquote zum Gymnasium

Die Übergangsquoten auf das Gymnasium werden über ein lineares Mehrebenenregressionsmodell mit variierenden ortsteilspezifischen Konstanten geschätzt.

Die Verteilung der Übergangsquoten zwischen den Grundschulen ist annähernd normalverteilt, so dass ein lineares Modell angemessen erscheint. In dem Modell unterscheiden wir die Schulebene (Level 1) und die Ebene der zeitinvarianten Bezirke (Level 2).

Für die drei Untersuchunsgzeiträume werden jeweils getrennte Modelle geschätzt, um die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, wie etwa den Grad der Verbindlichkeit von Schulformempfehlungen, angemessen berücksichtigen zu können. Die Ergebnisse der Modellschätzungen finden sich in den Tabellen 7.4, 7.5 und 7.6.

Im Nullmodel ist die Intraklassenkorrelation mit 0,427 für den letzten Beobachtungszeitpunkt recht hoch, d. h. dass ca. 43 Prozent der Varianz in den Gymnasialquoten auf die Variation zwischen den Bezirken zurückzuführen ist. Die Modelle wurden schrittweise aufgebaut. Im Modell 1 wird nur die Zahl und Struktur der Abgänge von den Grundschulen berücksichtigt. Hier zeigen sich, dass über alle drei Zeiträume hinweg der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den Abgängen einen negativen Effekt auf die Übergangsquote hat. Dieser Effekt nimmt mit der Zeit zu und ist im letzten Untersuchungszeitraum 2011 bis 2014 mit -1,15 fast doppelt so groß wie im Zeitraum 2003 bis 2006 (-0,64). Diese Zunahme kommt vermutlich dadurch zustande, dass im letzten Zeitraum nur noch Kinder mit eigener Zuwanderungsgeschichte durch das Merkmal erfasst werden und diese deutlich seltener auf ein Gymnasium wechseln, wohingegen im ersten Zeitraum teilweise auch die Kinder der zweiten und dritten Einwandergeneration miterfasst wurden. Der Einfluss des Anteils der Mädchen ist nur im letzten Zeitraum signifikant[4] und wirkt sich positiv auf die Übergangsquote aus.[5]

In einem zweiten Schritt wurden die Variablen zum Schulangebot in das Modell aufgenommen (Modell 2). Es zeigt sich, dass sowohl die Distanz zum Gymnasium und zur Gesamtschule als auch die Anzahl der Schulen dieser Schulform für alle Zeiträume einen signifikanten Effekt auf die Übergangsquote zum Gymnasium aufweisen. Die Koeffizienten für die Distanz zum Gymnasium und zur Gesamtschule weisen für die Zeiträume 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014 unterschiedliche Richtungen auf: Mit weiterer Entfernung von der Grundschule zum nächsten Gymnasium sinkt die Übergangsquote, wohingegen die Übergangsquote zum Gymnasium mit der Entfernung zur nächsten Gesamtschule steigt. Im Modell für den Zeitraum 2003 bis 2006 ist der Koeffizient für die Distanz zur Gesamtschule negativ. Im nächsten Modell ist der Effekt jedoch bereits nicht mehr signifikant und wechselt bei den späteren Zeiträumen das Vorzeichen. Vermutlich spiegeln sich hier die geringeren Übergangsquoten der Grundschulen in den ländlichen Bezirke wider, die weitere Entfernungen zur nächsten Gesamtschule aufweisen.

Die Zahl der Gymnasien hat einen positiven Effekt auf die Übergangsquote[6], wohingegen die Zahl der Gesamtschulen einen negativen Effekt hat. Je größer das Angebot an Gymnasien ist, desto eher finden auch Übergänge zum Gymnasium statt. Da Gesamtschulen seltener sind als Gymnasien und in vielen Gemeinden gar keine Gesamtschulen vorhanden sind,[7] ist der Effekt so zu in-

[4] Da es sich bei dem vorliegenden Datensatz um eine Vollerhebung handelt, können die Standardfehler und Signifikanzen nicht als Ausdruck eines Stichprobenfehlers interpretiert werden.

[5] Der Mädchenanteil bei den Übergängen schwankt zwischen 43,3 Prozent und 55,7 Prozent (5. und 95. Perzentil). D. h., bei einem Mädchenanteil von 55 Prozent und einem Regressionskoeffizienten von 0,12 steigt die Übergangsquote um 6,8 Prozent.

[6] Die Zahl der Gymnasien in den Gemeinden liegt im Zeitraum 2011 bis 2014 zwischen 0 und 31, die der Gesamtschulen zwischen 0 und 13 (5. und 95. Perzentil).

[7] Der Median für die Gesamtschulzahl liegt bei 1.25

terpretieren, dass wenn die Eltern überhaupt die Wahl zwischen Gymnasium und Gesamtschule haben, sich die Übergangsquote zum Gymnasium reduziert. Dass hier eher das Vorhandensein einer Gesamtschule, als die Zahl der Gesamtschulen einen Effekt hat, wird auch dadurch deutlich, dass im Modell 3, in dem für die Größenklasse der Gemeinde kontrolliert wird, dieser Effekt nicht mehr signifikant ist und in den Modellen für 2007 bis 2010 sowie 2011 bis 2014 sogar positiv wird.

Im Modell 3 werden nun Kontextvariablen für die Bezirke und die Gemeinden, in denen die Grundschulen liegen, eingeführt. Die Kontrolle für die Gemeindegrößenklasse zeigt, dass die Übergangsquoten zum Gymnasium in den Großstädten im Zeitraum 2011 bis 2014 durchschnittlich 6,1 Prozentpunkte höher sind als in den Kleinstädten. Auch dieser Effekt ist zu allen Zeitpunkten ähnlich ausgeprägt.

Der Effekt der verschiedenen Entwicklungscluster wird jeweils im Vergleich zu dem sozialökonomisch konsolidierten, eher ›bürgerlichem‹ Cluster 5 angegeben. Hier zeigt sich auch unter Kontrolle von Schulangebot und Struktur der Abgänge, dass es deutliche Unterschiede zwischen den Grundschulen in den Bezirken gibt. Der Intraklassenkorrelationskoeffizient ist im Modell für den Zeitraum 2011 bis 2014 deutlich auf 0,381 gesunken, d.h. dass die Bezirkstypologie einen größeren Teil der Variation zwischen den Bezirken statistisch erklären kann. Bei den Grundschulen in den ländlichen Bezirken außerhalb des RVR-Gebiets zeigen sich im Mittel beim Entwicklungscluster 1 kaum Unterschiede zu dem konsolidierten Cluster 5. Die Schulen in den ländlichen Bezirken in den Clustern 2 bis 4 weisen hingegen geringere Übergangsquoten auf, wobei der ländliche Industriecluster 4 die geringsten Übergangsquoten realisiert. Die beiden Cluster 6 und 7 kennzeichnen besonders sozial benachteiligte Bezirke. Sie weisen zusammen mit den Bezirken im urbanen Industriecluster 8 die geringsten Übergangsquoten im Vergleich zu Schulen in den konsolidierten Bezirken des Clusters 5 auf. Insbesondere die Schulen in den sozial benachteiligten, wachsenden, familienstarken Bezirken im Cluster 7 fallen mit einer durchschnittlich um 10,9 Prozentpunkte geringeren Übergangsquote zum Gymnasium auf. Die Effekte für die Cluster 6 und 8 fallen nur leicht geringer aus. Im Vergleich der Modelle für die drei Zeitpunkte ist zu erkennen, dass die Effektstärke für die Clusterzugehörigkeit zunimmt. So erhöht sich der Abstand in der Übergangsquote für die Schulen im Cluster 7 von 6,5 Prozentpunkten im Zeitraum 2003 bis 2006, auf 7,3 Prozentpunkte im Zeitraum 2007 bis 2010 und erreicht mit 10,9 Prozentpunkten den höchsten Wert im Zeitraum 2011 bis 2014. Die Schulen im stabilen Dienstleistungscluster 9 weisen hingegen noch einmal deutlich höhere Übergangsquoten auf als die Schulen im konsolidierten bürgerlichen Cluster 5. Entgegen der beobachteten negativen Entwicklung in Clustern 6 bis 8 sind die überdurchschnittlichen Quoten in diesem Cluster über die Zeit stabil.

Im letzten Modell wird untersucht, wie die Effekte des Sozialraums mit den unterschiedlichen Entwicklungstypen unter Kontrolle der sozialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler der Grundschulen ausfallen. Dazu wird im Modell 4 die Dichte der SGB-II-Quote der Kinder im Jahr 2014 am Schulstandort betrachtet, die den Anteil der armen Kinder an den Grundschulen

beschreibt. Mit steigender SGB-II-Dichte sinkt die Übergangsquote zum Gymnasium. Der Effekt ist für das Modell im Zeitraum 2011 bis 2014 am stärksten. Vermutlich ist der zeitliche Versatz in den Modellen für die früheren Zeiträume und den für die Dichteberechnung genutzten Quoten zu groß, um eine genaue Beschreibung für diese Zeitpunkte zu liefern. Im Modell 4 zeigt sich für den Zeitraum 2011 bis 2014, dass sich die Effekte für die Bezirkscluster ändern und insbesondere die starken negativen Effekte für die Schulen in den Clustern 6 bis 8 etwas reduziert werden. Trotz der Einbeziehung der SGB-II-Dichte der Kinder im Umfeld der Schulen verbleiben offensichtlich sehr starke negative Effekte auf die Übergangsquoten. Bei den ländlichen Clustern hat die Kontrolle der Sozialstruktur einen gegenteiligen Effekt und die negativen Koeffizienten verstärken sich etwas. Anscheinend zeigt die Berücksichtigung der SGB-II-Dichte auf, dass die Übergangsquoten auf dem Land unter Kontrolle der Sozialstruktur tendenziell niedriger sind als in den städtischen Clustern.

	Übergangsquote zum Gymnasium 2003 – 2006			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Abgänge (*Anzahl*)	0,003	0,001	0,002	0,01*
davon weiblich (*%*)	0,09	0,04	0,05	0,05
davon Ausländer (*%*)	−0,64**	−0,76**	−0,74**	−0,65**
Distanz Gesamtschule (*km*)		−0,10*	−0,01	−0,02
Distanz Gymnasium (*km*)		−1,19**	−1,02**	−1,22**
Gymnasien in der Gemeinde (*Anzahl*)		0,72**	0,43**	0,41**
Gesamtschulen in der Gemeinde (*Anzahl*)		−0,56**	−0,18	−0,16
Cluster 1 (Referenz: *Cluster 5*)			0,14	−0,12
Cluster 2			−1,95	−2,28
Cluster 3			−3,74**	−3,94**
Cluster 4			−3,47*	−3,83**
Cluster 6			−5,04**	−3,41**
Cluster 7			−6,50**	−5,21**
Cluster 8			−4,49**	−4,32**
Cluster 9			5,27**	5,39**
Mittelstadt (Referenz: *Kleinstadt*)			0,61	0,45
Großstadt			4,62**	4,86**
SGB-II-Dichte am Schulstandort				−1,51**
Konstante	39,57**	44,43**	43,25**	44,28**
R^2	0,179	0,431	0,473	0,483
ICC	0,596	0,43	0,395	0,4
N	2 747	2 747	2 747	2 747

Tabelle 7.4: Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2003–2006, *p<0,05; **p<0,01 (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

	Übergangsquote zum Gymnasium 2007 – 2010			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Abgänge (*Anzahl*)	0,005*	0,001	0,003	0,01**
davon weiblich (%)	0,09	0,06	0,07	0,08
davon Ausländer (%)	−0,75**	−0,88**	−0,85**	−0,74**
Distanz Gesamtschule (*km*)		−0,08*	0,01	0,01
Distanz Gymnasium (*km*)		−1,21**	−1,01**	−1,22**
Gymnasien in der Gemeinde (*Anzahl*)		0,71**	0,40**	0,38**
Gesamtschulen in der Gemeinde (*Anzahl*)		−0,44**	−0,09	−0,10
Cluster 1 (Referenz: *Cluster 5*)			−0,67	−0,97
Cluster 2			−1,82	−2,21
Cluster 3			−4,37**	−4,59**
Cluster 4			−3,64**	−4,06**
Cluster 6			−5,56**	−4,03**
Cluster 7			−7,27**	−6,12**
Cluster 8			−4,77**	−4,60**
Cluster 9			5,66**	5,73**
Mittelstadt (Referenz: *Kleinstadt*)			0,66	0,43
Großstadt			5,73**	5,91**
SGB-II-Dichte am Schulstandort				−1,52**
Konstante	41,09**	44,83**	43,57**	44,26**
R^2	0,185	0,445	0,49	0,502
ICC	0,457	0,628	0,46	0,426
N	2 747	2 747	2 747	2 747

Tabelle 7.5: Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2007–2010, *p<0,05; **p<0,01 (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

	Übergangsquote zum Gymnasium 2011 – 2014			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Abgänge (*Anzahl*)	0,01**	0,01*	0,01**	0,01**
davon weiblich (%)	0,12*	0,11*	0,10*	0,11*
davon Ausländer (%)	−1,15**	−1,37**	−1,30**	−1,01**
Distanz Gesamtschule (*km*)		0,12*	0,19**	0,16**
Distanz Gymnasium (*km*)		−1,14**	−1,01**	−1,33**
Gymnasien in der Gemeinde (*Anzahl*)		0,81**	0,47**	0,41**
Gesamtschulen in der Gemeinde (*Anzahl*)		−0,59**	−0,08	−0,07
Cluster 1 (Referenz: *Cluster 5*)			−0,10	−0,67
Cluster 2			−2,26	−3,03*
Cluster 3			−2,84*	−3,47*
Cluster 4			−3,05*	−3,81*
Cluster 6			−7,84**	−5,13**
Cluster 7			−10,92**	−8,36**
Cluster 8			−6,71**	−6,23**
Cluster 9			5,20**	5,40**
Mittelstadt (Referenz: *Kleinstadt*)			0,62	0,18
Großstadt			6,06**	6,18**
SGB-II-Dichte am Schulstandort				−2,48**
Konstante	38,74**	40,52**	40,66**	42,60**
R^2	0,124	0,336	0,411	0,434
ICC	0,571	0,444	0,381	0,39
N	2 747	2 747	2 747	2 747

Tabelle 7.6: Mehrebenenregressionsmodell für die Übergangsquote zum Gymnasium im Zeitraum 2011–2014, *p<0,05; **p<0,01 (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

7.3 Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR

Die im vorherigen Abschnitt dargestellten Modellrechnungen beschreiben Durchschnitts- oder Erwartungswerte für bestimmte Schulen in Bezug auf ihren Standort, die Struktur der Übergänge und auch das Schulangebot in der Gemeinde. Einzelne Grundschulen können mehr oder weniger stark von diesen Erwartungen abweichen. Uns interessiert nun, welche Schulen besonders erwartungswidrig hohe Übergangsquoten zum Gymnasium aufweisen. Diese Frage ist vor dem Hintergrund von Interesse, dass ein regionales Bildungsmonitoring auch den Zweck haben kann, gelingendes Schulhandeln zu identifizieren und daraus möglicherweise Handlungsempfehlungen abzuleiten. Natürlich kann ein solches statistisches Verfahren nicht alle Faktoren, die zu geringen oder höheren Übergangsquoten führen, berücksichtigen, so dass aus dem Modell heraus nicht eindeutig zu klären ist, ob es sich um besonders erfolgreiche Schulen handelt oder evtl. einfach nur Kompositionseffekte durch ein besonderes Einzugsgebiet die Ursache für die erwartungswidrigen Ergebnisse sind.

Für die Grundschulen, die in den beschriebenen Modellen betrachtet wurden, haben wir auf Grundlage des Modells 5 für alle Zeiträume die Abweichungen von den Erwartungswerten (›Residuen‹) bestimmt. Die Abbildungen 7.7 und 7.8 zeigen Schulen mit besonders hohen positiven Abweichungen. D. h., dass in diesen Schulen erwartungswidrig hohe Übergangsquoten zum Gymnasium erreicht werden. Alle Schulen, die mindestens 1,5 Standardabweichungen über den durchschnittlichen Abweichungen liegen, wurden als unerwartet hoch kategorisiert.

Um Schulen zu identifizieren, die über mehrere Zeiträume hinweg zu den Schulen gehören, die unerwartet hohe Quoten erreichen, wurde für jede Schule gezählt, wie oft sie zu dieser Gruppe gehörte. Die Ergebnisse sind kartografisch in Abbildung 7.8 dargestellt. Was nun in jedem dieser Fälle dazu führt, dass diese Schulen dauerhaft relative hohe Übergangsquoten generieren, kann nicht allein aufgrund amtlicher statistischer Daten festgestellt werden, sondern bedarf einer umfassenden Einzelfallbetrachtung. Denkbar wäre z.B. hier, dass die Schulprogramme oder besondere pädagogische Konzepte und Angebote mit den Ergebnissen im Beziehung gesetzt werden. Es konnte gezeigt werden, dass modellbasierte Untersuchungen einen Beitrag dazu leisten können, solche interessanten Fälle zu identifizieren und dabei helfen, den Blick auf außergewöhnliche Schulen zu lenken.

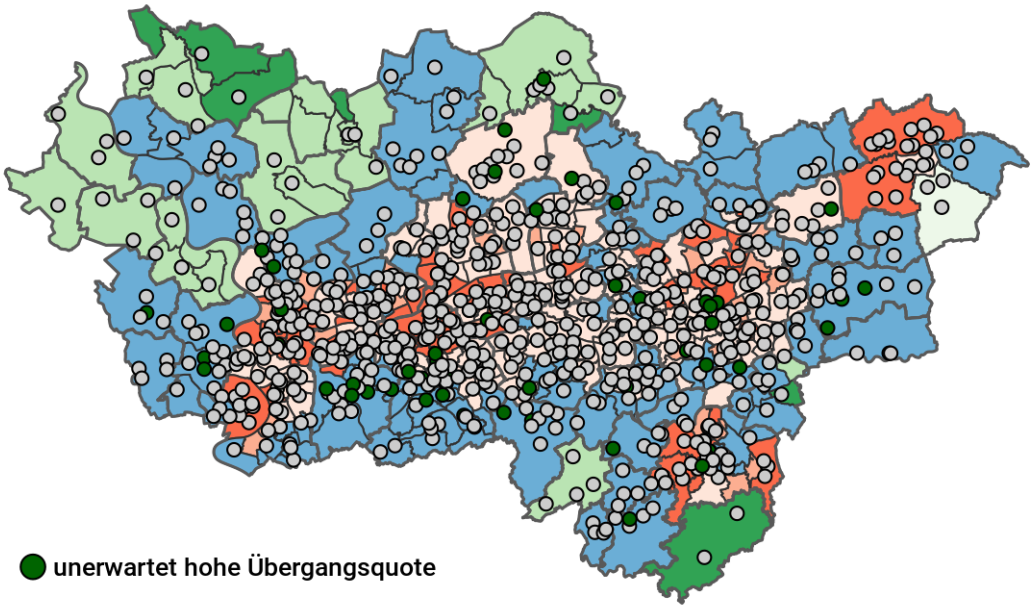


Abbildung 7.7: Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR (2011–2014, Modell 4, Residuen), Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

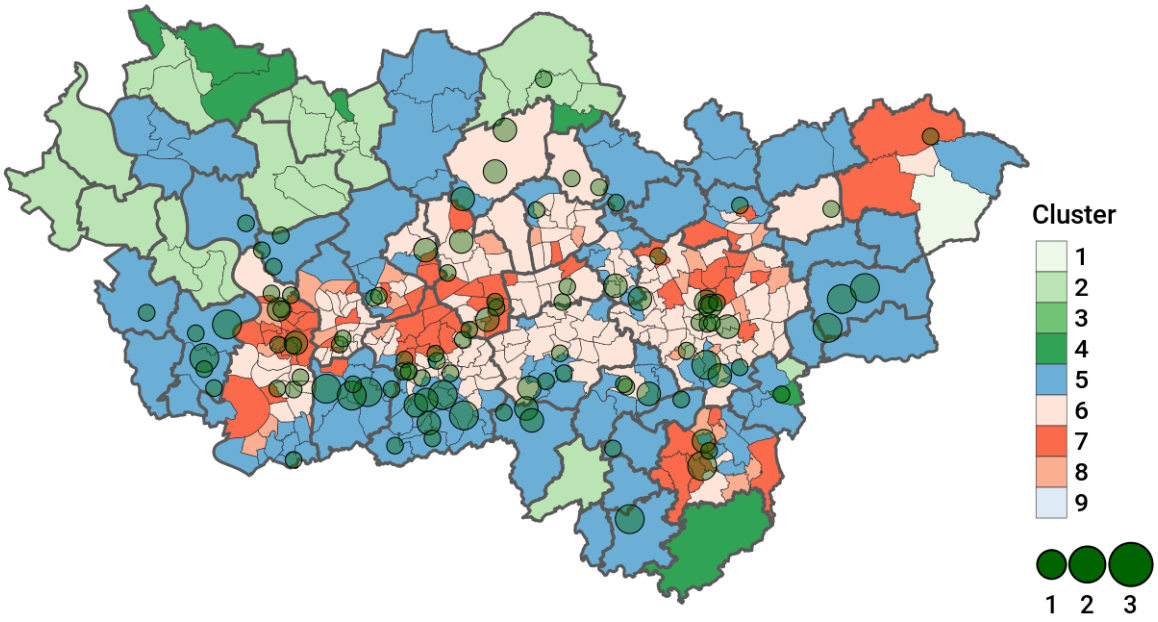


Abbildung 7.8: Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR (Zeitpunkte 1 – 3, Modell 4, Residuen), Bezirkstypologie im Hintergrund (Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

8 Fazit

Die vorliegende Studie zeichnet mit einer weitreichenden Längsschnittbetrachtung ein Bild der sozialstrukturellen Entwicklung der Ortsteile unterhalb der Gemeindebene für ganz Nordrhein-Westfalen. Dabei wurden die Bezirke im Gebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR) und in der Rheinregion besonders in den Blick genommen und sowohl regionale als auch kleinräumige Disparitäten in der Bildungsteilhabe untersucht.

Zunächst wurde in Kapitel 4 der wirtschaftliche Strukturwandel und die soziodemografischen Entwicklungen in den Bezirken dargestellt. Die deskriptive Analyse der kleinräumigen Daten für die Volkszählungen 1961, 1970, 1987 und 2011 hat gezeigt, dass in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet seit den 1960er Jahren umfassende Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft stattgefunden haben. Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet waren bis in die 1960er Jahre stark von der Montanindustrie geprägt und wiesen dementsprechend hohe Erwerbstätigenanteile im Produzierenden Gewerbe auf. Im Zuge der Krise der Kohle- und Stahlindustrie wurden in Nordrhein-Westfalen und vor allem im Ruhrgebiet zahlreiche Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut, folglich stieg die Zahl der Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosen an. Heute kommt dem Produzierenden Gewerbe jedoch weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens zu, auch wenn insgesamt rückläufige Beschäftigtenanteile zu konstatieren sind. Deutlich wurde zudem der enorme Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors, der an den gestiegenen Erwerbstätigenanteilen in diesem Bereich erkennbar ist. So hat beispielsweise die Gesundheitswirtschaft enorme Arbeitsplatzzuwächse zu verzeichnen; zudem hat sich in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, eine Bildungs- und Hochschullandschaft herausgebildet, die zu den dichtesten in Europa zählt. Im Rahmen des Strukturwandels hat sich zum einen eine zukunftsfähige, wissensbasierte und dienstleistungsintensive Industrie entwickelt, zum anderen sind jedoch auch Arbeitsplätze im einfachen Dienstleistungsbereich entstanden, die nicht zum wachstumsträchtigen und wissensbasierten Dienstleistungsbereich zählen.

Insgesamt hat der Niedergang der Montanindustrie jedoch vielfältige Spuren in der Region hinterlassen. So konnte beispielsweise der Beschäftigungszuwachs im tertiären Bereich den Beschäftigungsverlust im Produzierenden Gewerbe nicht vollständig auffangen. Als Folge weist das Ruhrgebiet eine im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf. Die klein-

räumigen Analysen der Zensusdaten zeigten, dass sich insbesondere die Bezirke, die während des Booms der Kohle- und Stahlindustrie stark von der Industrie geprägt waren und dementsprechend hohe Arbeiteranteile sowie hohe Beschäftigtenanteile im Produzierenden Gewerbe aufwiesen, im Laufe der Zeit zu Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit entwickelt haben. Darüber hinaus hat das Ruhrgebiet im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen an Bevölkerung verloren, was zu einer verschärften Polarisierung innerhalb der Region beigetragen hat. Anhand der kleinräumigen Betrachtung mit Daten der Volkszählungen konnte gezeigt werden, dass sich insbesondere im Norden der großen Städte des Ruhrgebiets ehemalige Arbeiterquartiere zu Bezirken mit konstant hoher Erwerbslosigkeit gewandelt haben. Im Süden der kreisfreien Städte des Ruhrgebiets liegen wiederum Bezirke, die kontinuierlich eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweisen.

Allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen wie die zunehmende Individualisierung und der demografische Wandel spiegeln sich ebenfalls in den Zensusdaten wider. So hat sich beispielsweise die Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen stark verringert; die Zahl der Einpersonenhaushalte hat insbesondere im Ruhrgebiet stark zugenommen. Im Zuge des demografischen Wandels hat sich zudem der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung verringert, der Anteil älterer Menschen ist hingegen kontinuierlich angestiegen. Dabei ist das Ruhrgebiet in stärkerem Maße von Überalterung betroffen als Nordrhein-Westfalen insgesamt. Die kleinräumige Analyse hat gezeigt, dass insbesondere im Süden der großen Städte des Ruhrgebiets besonders viele ältere Menschen leben; dort sind ebenso relativ viele Einpersonenhaushalte zu finden. Der Anteil der jungen Menschen ist vor allem in den Bezirken hoch, die als ehemalige Arbeiterquartiere eine hohe Arbeitslosigkeit und einen hohen Ausländer- und Migrantenanteil aufweisen. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund künftiger Bildungs- und Lebenschancen der jungen Generation als problematisch zu bewerten, wie die Ergebnisse der multivariaten Analysen in Kapitel 7 zeigen.

Für die weiteren multivariaten Analysen zur Bildungsteilhabe in den Bezirken wurde in Kapitel 5 eine Entwicklungstypisierung im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziodemografische Entwicklung der Bezirke vorgenommen. Zum ersten Mal konnten auf Basis von Indikatoren aus den Zensusdaten flächendeckend für ganz NRW auf kleinräumiger Ebene über einen großen Zeitraum hinweg Bezirkstypen gebildet und miteinander verglichen werden. Um diese Vergleichbarkeit sicherzustellen, wurde als Ausgangsjahr der Zensus 1970 verwendet, da relevante Indikatoren wie z.B. der Ausländeranteil erst ab 1970 im Erhebungsprogramm sind. Insgesamt erfolgten drei Typisierungen, jeweils eine für die Zensusjahre 1970 und 2011 sowie eine Längsschnittbetrachtung, bei der Entwicklungstypen identifiziert wurden. Zur Typisierung wurde mit der latenten Klassenanalyse ein modernes probabilistisches Verfahren verwendet, welches im Gegensatz zu den traditionellen Clusterverfahren ein statistisches Modell darstellt. Dadurch kann die Wahrscheinlichkeit für eine Klassenzuordnung quantifiziert und zudem unterschiedlich skalierte Variablen eingebunden werden. Weiterhin wird bei der Typisierung auch mitberücksichtigt, dass die Daten eine hierarchische Struktur aufweisen und die Bezirke auf einer höheren Ebene in Gemeinden eingebettet sind.

Für die Typisierungen der Bezirke im Jahr 1970 und 2011 ergeben sich jeweils sechs unterschiedliche Cluster. Zwei davon sind jeweils ländliche Cluster, sie beschreiben die Heterogenität im ländlichen Raum in NRW. Der Fokus der Untersuchung lag allerdings auf dem RVR-Gebiet. Bei einem Vergleich der Typisierung von 1970 mit der für 2011 fällt insbesondere der Wandel der vormals sozialökonomisch stabilen Arbeiterbezirke im nördlichen Ruhrgebiet mit nahezu Vollbeschäftigung und durchschnittlichem Ausländeranteil in sozial benachteiligte Bezirke mit hoher Erwerbslosigkeit und einem sehr hohen Migrantenanteil auf. In den klassischen Arbeiterbezirken Duisburg-Marxloh, der Dortmunder Nordstadt, im Essener Norden und im Gelsenkirchener Süden leben heute verstärkt Menschen, die erwerbslos und/oder zugewandert sind und in deren Wohngebieten der Anteil an selbstgenutzem Wohneigentum gering, aber dafür die Leerstandsquote hoch ist. Letztere ist zumeist ein Indikator für eine schrumpfende Wohnungsnachfrage und kennzeichnet in vielen Fällen unattraktive Lagen in sozial benachteiligten Quartieren. Während es zu Zeiten der Schwerindustrie in den Bezirken für Menschen mit geringer Qualifizierung noch ausreichend Arbeit gab, führte der strukturelle Wandel der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, u. a. der Rückgang der Erwerbstätigenquote im Produzierenden Gewerbe, dazu, dass diese Menschen eher erwerbslos wurden. Der ökonomische Abstieg dieser Bezirke erfolgte dann vor allem durch den selektiven Fortzug von finanzstärkeren Haushalten bei gleichzeitigem selektiven Zuzug von finanzschwachen Haushalten und oftmals mit einem stärkeren Zuzug von Haushalten von Personen mit Migrationshintergrund.

Die Ergebnisse der Typisierung der Bezirke verdeutlichen noch einmal, dass sich im Ruhrgebiet »soziale Segregation« und »demografische Segregation« sowie »ethnische Segregation« in bestimmten Bezirken überlagern. Viele der ursprünglichen Arbeitergebiete im nördlichen Teil des Ruhrgebiets haben sich nach dem wirtschaftlichen Strukturwandel und Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu sozial benachteiligten Bezirken mit hohen Arbeitslosen- und Migrantenanteilen sowie hohen Leerstandsquoten entwickelt.

In der Längsschnittbetrachtung zeigt sich zudem, dass sich aus den ehemaligen Arbeiterbezirken im RVR-Gebiet vor allem zwei Typen sozial benachteiligter Bezirke entwickelt haben: Typ 6 beschreibt stark alternde, im Durchschnitt eher schrumpfende Bezirke, Typ 7 dagegen familienstarke Bezirke. Beide Typen sind durch eine sehr hohe Arbeitslosenquote und einen hohen (Typ 6) bis sehr hohen (Typ 7) Migrantenanteil geprägt. Gleichzeitig zeigen die Analysen, dass im wohlhabenderen Süden des Ruhrgebietes der Anteil an Kindern besonders gering ist und die Mehrzahl der Kinder somit im sozial benachteiligten Norden aufwächst.

Bereits auf der Ebene der Kreise und Gemeinden sind diese Disparitäten in der Bildungsteilhabe sichtbar. So zeigte die Analyse zum Wandel der Bildungslandschaft in den letzten vierzig Jahren in Kapitel 6, dass die Entwicklungen im Schulangebot, der Schulnachfrage und der Bildungsabschlüsse regional sehr unterschiedlich verlaufen sind. Die in diesem Kapitel nachgezeichnete Bildungsexpansion in Nordrhein-Westfalen lässt sich grob in drei Phasen unterteilen: Eine erste Phase des Wandels zu Beginn des Untersuchungszeitraumes im Zuge der

großen Bildungsdebatten und -reformen der 1960er und 1970er Jahre, die in den 1980er Jahre endet. Darauf folgt eine Phase relativer Stagnation bis zu Beginn der 2000er Jahre, in denen, u. a. ausgelöst durch den »PISA-Schock«, eine weitere Phase des Wandels eingeleitet wurde. Die Phasen des Wandels zeichnen sich tendenziell durch einen Trend zu höheren Schulformen und -abschlüssen aus, wobei jeweils der Bedeutungsverlust der Hauptschulen ein wesentliches Element ist. Die Entwicklungen im Vergleich des Landes NRW und des Ruhrgebiets verlaufen dabei weitestgehend parallel, unterscheiden sich aber in Nuancen. So war der Anteil an Schülerinnen und Schülern auf Gesamtschulen im Ruhrgebiet zwischenzeitlich deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Regional zeigte sich auf Ebene der Kreise vor allem ein Stadt-Land-Gefälle: In städtischen Regionen nimmt zwar der Erwerb der Hochschulreife zu, hier verlassen aber auch deutlich mehr Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne Abschluss, während im ländlichen Raum vor allem die Fachoberschulreife erworben wird.

Die Untersuchung zeigte zudem, dass eine rein kommunale Perspektive auf die kleinräumigen Disparitäten nicht umfassend ist. Die Analyse der verstetigten Schülerströme von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen in Abschnitt 6.2, zeigt, dass es bei vielen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden im RVR enge Übergangsverflechtungen gibt. Die beobachteten Verflechtungen sollten zum Anlass genommen werden, über die Rolle der kommunalen Bildungsplanung nachzudenken. Wenn es einen beständigen Schüleraustausch zwischen den Gemeinden gibt, manifestiert sich ein Bedarf nach einer regionalen Bildungsplanung und Kooperationen zwischen den Gemeinden. Eine zügige Umsetzung der bereits vorliegenden Ansätze einer regionalen Bildungsplanung ist daher geboten.

Gleichzeitig sind innerhalb der Kreise und Gemeinden aber auch lokale Schulnetzwerke vorhanden. So lassen sich z.B. in Duisburg fünf Teilgebiete identifizieren, in denen die lokalen Grund- und weiterführenden Schulen eng miteinander verwoben sind. In Essen sind es ebenfalls fünf Gebiete. Für die Bildungsplanung, gerade in großen und einwohnerstarken Städten, ist die Kenntnis von solchen stabilen Vernetzungen eine relevante Steuerungsinformation, helfen sie doch bei umzusetzenden schulplanerischen Maßnahmen (wie z.B. Schulschließungen, Schulerweiterungen oder Neubauten), den Auswirkungsbereich einer solchen Maßnahme abzuschätzen. Auch bzgl. des Einsatzes von Schulsozialarbeitern oder einer lokalen Schwerpunktsetzung bei dem Thema der schulischen Inklusion kann die Kenntnis der schulischen Vernetzungsstrukturen die Planungen unterstützen. Der vorliegende Bericht zeigt, dass solche Analysen mit regelmäßig erhobenen amtlichen Daten flächendeckend für Nordrhein-Westfalen möglich sind.

Im Rahmen der Analysen sind aber nicht nur regionale Disparitäten auffällig, sondern auch Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität. Während Mädchen zunehmend höhere Bildungsabschlüsse aufweisen, sind die Befunde für die nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler weniger positiv. Insbesondere Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit konnten nicht in dem gleichen Maße wie die deutschen Schülerinnen und Schüler von der Bildungsexpansion profitieren und sind deutlich seltener in den höheren Bildungsgängen

anzutreffen.

Auch auf der Ebene der einzelnen Grundschulen sind die Folgen der unterschiedlichen Schülerstruktur und die räumlichen Unterschiede erkennbar. In Kapitel 7 wurden die Übergangsquoten zum Gymnasium für die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen deskriptiv und mittels mehrerer Mehrebenenregressionsmodelle analysiert. Dabei zeigten sich zwischen den Grundschulen deutliche Unterschiede in den Übergangsquoten auf das Gymnasium, die sich auf drei Einflussfaktoren zurückführen lassen: Erstens wurde deutlich, dass der Anteil der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler an den Übergängern eng mit den Übergangsquoten zusammenhängt: Je höher der Anteil an nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern, desto geringer ist die Übergangsquote zum Gymnasium. Im Zeitverlauf nimmt die Stärke dieses Effekts sogar zu, was zum Teil aber darauf zurückzuführen ist, dass die in Deutschland geborenen Kinder seit dem Jahr 2000 in vielen Fällen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und der Ausländeranteil an den Übergängen im Zeitraum 2011 bis 2014 vor allem die Kinder umfasst, die selbst einen Zuwanderungshintergrund haben.

Zweitens zeigte sich, dass das Schulangebot in der Umgebung der Grundschulen einen Effekt auf die Übergangsquoten hat. So belegen die Modelle, dass die Übergangsquoten zum Gymnasium dann erhöht sind, wenn das Angebot an Gymnasien in der Gemeinde groß ist. Zudem spielt auch die Erreichbarkeit, abgeleitet über die Luftliniendistanz zwischen Grundschule und Gymnasium, eine Rolle und wirkt auf das Übergangsverhalten. Die jeweilige kommunale und auch kleinräumige Schulstruktur, das Anbieten von unterschiedlichen schulischen Ausbildungsoptionen vor Ort, kann somit sowohl positiv als auch negativ auf die potenziellen Bildungswege der Schülerinnen und Schüler Einfluss nehmen. Für die kommunale Bildungsplanung weist dieses Ergebnis darauf hin, dass bei einer Analyse und Bewertung der Übergangsquoten einzelner Grundschulen auch immer das umliegende Angebot und die Erreichbarkeit der lokalen weiterführenden Schulen zu berücksichtigen ist.

Drittens ist ein starker Zusammenhang zwischen dem Sozialraum der Grundschulen und den Übergangsquoten feststellbar. Wenn die Grundschulen in Bezirken liegen, deren Entwicklung im Verlauf des Strukturwandels von Arbeitervierteln hin zu sozial benachteiligten Bezirken erfolgte, sind die Teilhabechancen der Kinder deutlich geringer als etwa in konsolidierten bürgerlichen Bezirken. Dabei zeigten die Modelle, dass der Abstand zwischen diesen beiden Bezirkstypen erheblich ist: bezogen auf die Übergangsquote zum Gymnasium konnte eine durchschnittliche Differenz von elf Prozentpunkten identifiziert werden.[1] Bedenklich ist, dass bei der Betrachtung der drei untersuchten Zeiträume die Spanne des Gymnasialübergangs zwischen den Grundschulen in den benachteiligten Bezirken und den bürgerlichen Bezirken über die Jahre tendenziell zugenommen hat. Dies ist ein Hinweis darauf, dass, zumindest bezogen auf den Gymnasialübergang, die genannten Bezirkstypen auseinanderdriften. Besonders problematisch ist dieser Befund, weil bereits das Ausgangsniveau der Grundschulen in den sozial benachteiligten Bezirken sehr viel niedriger war. Während also tendenziell mehr Kinder aus den bürgerlichen Bezirken auf die Schulform wechseln, die am unmittelbarsten die Zugangsmöglichkeit zur aka-

[1] Zu betonen ist hierbei, dass die Spannen, abseits des Durchschnittswerts, auf einzelschulischer Ebene weitaus höher ausfallen können.

demischen Bildung eröffnet, fallen die Kinder aus den benachteiligten Bezirken zurück.

Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Zahl an geflüchteten Menschen von besonderer Relevanz. Aufgrund der Restriktionen hinsichtlich der Kosten von Unterkunft und Heizung, ziehen die Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit in diejenigen Bezirke, die über entsprechend günstigen Wohnraum verfügen. Dies sind oftmals auch die Bezirke, die sich derzeit bereits durch eine überdurchschnittliche Erwerbslosigkeit und einen hohen Ausländer- und Migrantenanteil auszeichnen. Diese Entwicklung kann die sozialräumlichen Disparitäten weiter verschärfen. Da sich unter den Geflüchteten sowohl viele Familien mit Kindern als auch die sogenannten »unbegleiteten Minderjährigen« befinden (Parusel 2015: 31), kommen hier auch neue Herausforderungen auf die Schulen in diesen Bezirken zu. Die vorliegenden Forschungsergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass die Förderung von zugewanderten Schülerinnen und Schülern nicht ausreicht, um deren Bildungspotenziale voll zu entfalten. Die Schulen, die besonders viele Flüchtlings- oder auch Einwandererkinder aufnehmen, sollten auch im besonderen Maße unterstützt werden, da der Zugang zu Bildung und Ausbildung den Schlüssel für eine gelingende Integration darstellt.

Handlungsempfehlungen

Die Analyse der verstetigten Schülerströme von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen zeigen, dass es bei vielen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden im RVR enge Übergangsverflechtungen gibt. Die beobachteten Verflechtungen sollten zum Anlass genommen werden, über die Rolle der kommunalen Bildungsplanung nachzudenken. Wenn es einen beständigen Schüleraustausch zwischen den Gemeinden gibt, manifestiert sich ein Bedarf nach einer regionalen Bildungsplanung und Kooperationen zwischen den Gemeinden. Eine zügige Umsetzung der bereits vorliegenden Ansätze einer regionalen Bildungsplanung ist daher geboten.

Aus den Untersuchungsergebnissen zum Einfluss des Sozialraums auf die Bildungsbeteiligung folgt für die bildungspolitische Diskussion, dass der Sozialraum und die Struktur der Schülerinnen und Schüler an den Schulen nicht nur bei der Auswertung von Lernstandsergebnissen (Schräpler und Jeworutzki 2016), sondern auch eine stärkere Berücksichtigung bei der Förderung der Schulen finde sollte. Die aktuelle Diskussion um die Einführung sozialindexgestützter Ressourcenzuweisung (Möller und Bellenberg 2017) zu den einzelnen Schulen ist daher zu befürworten. Dabei ist es beispielsweise sinnvoll, die Erfahrungen aus dem niederländischen Ansatz (»gewichtenregeling«) aufzugreifen, bei dem bislang zum einen der Bildungshintergrund der Eltern und zum anderen die sozialräumlichen Kontexte der Schulstandorte berücksichtigt werden (Terpoorten 2016). Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen mit dem auf Basis des Standortypenkonzepts entwickelten Sozialindex für die Lernstandserhebungen VERA und bei den weiterführenden Schulen für Lernstand 8 zeigen, dass die Konstruktion eines solchen Index auch ohne die Erhebung neuer Daten bei Eltern und Schülern möglich ist. Dieser Index basiert alleine auf regelmäßig

anfallenden Daten der amtlichen Statistik (Bonsen u. a. 2010; Schräpler und Jeworutzki 2016).

Eine Förderung der Schulen alleine wird jedoch nicht ausreichen, um die »Bildungslücke« zwischen den sozial benachteiligten Bezirken und den bürgerlichen Quartieren zu verringern. Die Bemühungen um eine chancengerechte Bildungslandschaft müssen an eine sozialraumorientierte Sozialpolitik gekoppelt werden, um die Lebensverhältnisse in den benachteiligten Quartieren nachhaltig zu verbessern (vgl. bspw. El-Mafalaani und Kurtenbach 2015). Die im Rahmen des Programms Soziale Stadt geschaffenen Strategien und Instrumente können hier beispielhaft genannt werden und auch »als ›Blaupause‹ für die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen dienen« (vgl. Böhme 2015: 14).

Abseits dieser großen strategischen Fragen in der Bildungspolitik zeigten die Ergebnisse der Modellrechnungen zu den Grundschulen auch einen Ansatz zur Beantwortung der Frage »Wie agiert eine Schule im schwierigen Milieu erfolgreich(er)?«. Im Abschnitt 7.3 wurde ein möglicher methodischer Ansatz diskutiert, um Schulen zu identifizieren, die über längere Zeiträume hinweg bezogen auf ihren Bezirkstyp unerwartet hohe Übergangsquoten zu den Gymnasien aufweisen. Eine genauere, fallbezogene Betrachtung dieser Schulen hat das Potenzial, Konzepte und Rahmenbedingungen zu identifizieren, die zu diesen Erfolgen beitragen. Werden dabei z. B. spezifische Schulprogramme oder besondere pädagogische Konzepte erkannt, können diese Strategien anderen Schulen ein Beispiel geben und dazu beitragen, im Ortsteil Bildungschancen gerechter zu gestalten.

Literatur

Allmendinger, Jutta (2013): *Bildungsgesellschaft. Über den Zusammenhang von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe in der heutigen Gesellschaft.* Hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung. URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/158109/teilhabe-durch-bildung (besucht am 24. 11. 2016).

Aring, Jürgen, Bernhard Butzin, Rainer Danielzyk und Ilse Helbrecht (1989): *Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung.* Oldenburg: Bibliotheks- u. Informationssystem d. Univ. Oldenburg.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): *Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration.* Bielefeld: Bertelsmann Verlag.

Baethge, Martin, Heike Solga und Markus Wieck (2007): *Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bartelheimer, Peter (2001): *Sozialberichterstattung für die »Soziale Stadt«. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten.* Frankfurt/Main: Campus.

Baumert, Jürgen, Kai Maaz, Cornelia Gresch, Nele McElvany, Yvonne Anders, Kathrin Jonkmann, Marko Neumann und Rainer Watermann (2010): »Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule – Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten: Zusammenfassung der zentralen Befunde«. In: Maaz, Kai, Jürgen Baumert, Cornelia Gresch und Nele McElvany, Hrsg. (2010). *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule – Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten.* Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, S. 5–21.

Berg, Aloys (1990): »Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau. Ein Vergleich zweier Wanderungsvorgänge mit einer Fallstudie über ›Türken im Ruhrgebiet‹«. Diss. Ruhr-Universität Bochum.

Berkemeyer, Nils, Wilfried Bos, Veronika Manitius, Björn Hermstein, Melanie Bonitz und Ina Semper (2014): *Chancenspiegel 2014. Regionale Disparitäten in der Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der Deutschen Schulsysteme.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Blotevogel, Hans Heinrich und Markus A. Jeschke (2003): *Stadt-Umland-Wanderungen im Ruhrgebiet.* Hrsg. von Hans Heinrich Blotevogel und Markus A. Jeschke. Duisburg: Institut für Geographie, Universität Duisburg Essen.

Bogumil, Jörg und Sascha Gerber (2014): »Kleinräumige Sozialraumanalysen - der Ansatz der Bochumer Stadtsoziologie«. In: Citlak, Banu, Angelika Engelbert, David H. Gehne, Ralf Himmelmann, Annett Schultz und Holger Wun-

derlich, Hrsg. (2014). *Lebenschancen vor Ort*. Leverkusen: Budrich UniPress Ltd, S. 220–242.

Bogumil, Jörg, Rolf G. Heinze, Christoph Kintzinger und Marc Seuberlich (2015): »Wissenschaftsregionen und die Bedeutung regionaler Kooperationen. Regionale Kooperationen als Strategie«. In: Bogumil, Jörg und Rolf G. Heinze, Hrsg. (2015). *Auf dem Weg zur Wissenschaftsregion Ruhr*. Essen: Klartext.

Bogumil, Jörg, Rolf G. Heinze, Franz Lehner und Peter Strohmeier (2012): *Viel erreicht - wenig gewonnen: ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet*. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verlag.

Böhme, Christa (2015): »Sozialraumorientierte Integration von Flüchtlingen. Lernen vom Programm Soziale Stadt?« In: *Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen — Special Difu-Berichte 4/2*, S. 14.

Bonny, Carlotta, Thomas Müller, Eva Munz-König und Wolfgang Seifert (2016): »Rahmenbedingungen, Strukturen und Lebenslagenindikatoren«. In: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS), Hrsg. (2016). *Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht*.

Bonsen, Martin, Wilfried Bos, Carola Gröhlich, Benjamin Harney, Kurt Imhäuser, Anna Makles, Jörg-Peter Schräpler, Tobias Terpoorten, Horst Weishaupt und Heike Wendt (2010): *Zur Konstruktion von Sozialindizes: Ein Beitrag zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung von Schulen als Voraussetzung für qualitative Schulentwicklung*. Bildungsforschung Band 31. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Breuing, Kathrin (2014): *Schulwahl und Schulwettbewerb im dualen System. Zur Aufhebung der Berufsschulbezirke in Nordrhein-Westfalen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Bundesinstitut für Berufsbildung, Hrsg. (2017): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg. (2017): *Berufsbildungsbericht 2017*.

Butzin, B., R. Pahs und G. Prey (2012): *Regionalkundliches Informationssystem des RVR zum Ruhrgebiet*. RVR. URL: `http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/html/ris_index.php.html` (besucht am 29. 05. 2017).

Csardi, Gabor und Tamas Nepusz (2006): »The igraph software package for complex network research«. In: *InterJournal* Complex Systems, S. 1695.

Dahrendorf, Ralf (1968): *Bildung ist Bürgerrecht*. Neuauflage. Die-Zeit-Bücher. Hamburg: Wegner.

Danielzyk, Rainer und Wolf-E. Merk (2003): *Das Ruhrgebiet - ein besonderer Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr*. Hrsg. von Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW). ILS NRW, Dortmund.

DER SPIEGEL (22. Feb. 1978): »Über den Berg«. In: (08/1978), S. 60–61.

Deutscher Bildungsrat (1969): *Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Verabschiedet auf der 19. Sitzung der Bildungskommission am 30./31. Januar 1969*. Empfehlungen der Bildungskommission.

Ditton, Hartmut (2010): »Selektion und Exklusion im Bildungssystem«. In: Quenzel, Gudrun und Klaus Hurrelmann, Hrsg. (2010). *Bildungsverlierer.*

Neue Ungleichheiten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53–71.

Ditton, Hartmut (2014): *Bildung und Region*. NEPS Working Paper 44. Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Nationales Bildungspanel.

Ditton, Hartmut und Jan Krusken (2007): »Sozialraumliche Segregation und schulische Entwicklung«. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* 2, S. 23–38.

Ditton, Hartmut und Jan Krüsken (2006): »Sozialer Kontext und schulische Leistungen: zur Bildungsrelevanz segregierter Armut«. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* Jg. 26, S. 135–157.

Ebert, Ralf und Friedrich Gnad (2006): »Strukturwandel durch Kulturwirtschaft«. In: *Kulturwirtschaft* 34–35 (2006). Hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, S. 31–38.

Frank, Keno (2011): »Schulentwicklungsplanung im demografischen Wandel am Beispiel der Kreise Dithmarschen und Steinburg«. In: *Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung* 52.

Friedrichs, Jürgen und Sascha Triemer (2009): *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geißler, Rainer (2014a): »Bildungsexpansion und Bildungschancen«. In: *Sozialer Wandel in Deutschland* 324. Hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, S. 54–63.

Geißler, Rainer (2014b): *Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*. 7. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geißler, Rainer und Sonja Weber-Menges (2009): »Soziale und ethnische Auslese im deutschen Bildungssystem – ein skandalöser Mechanismus sozialer Ausgrenzung«. In: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 40, S. 34–46.

Goch, Stefan (1996): »Politik zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet - Ein Überblick. Politik in der Region 1946 - 1996«. In: Bovermann, Rainer, Stefan Goch und Heinz-Jürgen Priamus, Hrsg. (1996). *Das Ruhrgebiet - Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen*, S. 380–426.

Goch, Stefan (2004): *Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen: Vergleichsweise mißlungen oder den Umständen entsprechend erfolgreich?* Techn. Ber. Münster: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

Goldsmith, Pat Rubio (2009): »Schools or Neighborhoods or Both? Race and Ethnic Segregation and Educational Attainment«. In: *Social Forces* 87.4, S. 1913–1941.

Goldstein, Harvey (1995): *Multilevel Statistical Models*. 3. London.

Göschel, Albrecht, Ulfert Herlyn, Jürgen Krämer, Thomas Schardt und Günter Wendt (1980): »Verteilung sozialer Infrastruktureinrichtungen und Segregation der Stadtbevölkerung«. In: Herlyn, Ulfert, Hrsg. (1980). *Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 24–92.

Groos, Thomas (2015): »Gleich und gleich gesellt sich gern. Zu den sozialen Folgen freier Grundschulwahl«. In: *Schriftenreihe Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“* 5.

Groos, Thomas (2016): »Sozialindex für Grundschulen in Mülheim an der Ruhr. Ansatz einer datengestützten bedarfsgerechten Ressourcenverteilung«. In: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 40 (4), S. 214–249.

Groot-Wilken, Bernd, Kevin Isaac und Jörg-Peter Schräpler, Hrsg. (2016): *Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendungen*. Münster.

Hadjar, Andreas und Rolf Becker (2006): »Bildungsexpansion – erwartete und unerwartete Folgen«. In: Hadjar, Andreas und Rolf Becker, Hrsg. (2006). *Die Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–24.

Hannemann, Christine (12. Mai 2014): »Zum Wandel des Wohnens«. In: *Wohnen* 64.20–21 (2014). Hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, S. 36–43.

Hannemann, Christine (2016): »Wohnen neu bedacht. Eine soziologische Einschätzung«. In: Bund Deutscher Architekten, Hrsg. (2016). *Neue Standards. Zehn Thesen zum Wohnen*. Düsseldorf, S. 31–35.

Hauf, Thomas (2007): »Innerstädtische Bildungsdisparitäten an der übergangsschwelle von den Grundschulen zum Sekundarschulsystem«. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 53.3, S. 299–313.

Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2000): *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim und München: Juventa.

Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus.

Hedman, Lina, David Manley, Maarten van Ham und John Östh (17. Dez. 2013): »Cumulative Exposure to Disadvantage and the Intergenerational Transmission of Neighbourhood Effects«. In: *Journal of Economic Geography*, S. 1–21.

Heinze, Rolf G. (2006): *Wandel wider Willen. Deutschland auf der Suche nach neuer Prosperität*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heinze, Rolf G. (2011): »Das Ruhrgebiet auf dem Weg von der Technologieregion zur Wissensregion. Der ›heimliche‹ Strukturwandel des Ruhrgebietes«. In: Engel, Klaus, Jürgen Großmann und Bodo Hombach, Hrsg. (2011). *Phönix flieg! Das Ruhrgebiet entdeckt sich neu*. Essen: Klartext, S. 352–366.

Heinze, Rolf G. (2015): »Thesen zum Strukturwandel im Ruhrgebiet und zu neuen Handlungsstrategien«. In: Schäfer, Gerhard K., Joachim Deterding, Barbara Montag und Christian Zwingmann, Hrsg. (2015). *Nah dran. Werkstattbuch für Gemeindediakonie*. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlagsgesellschaft mbH, S. 257–266.

Heinze, Rolf G., Fabian Beckmann, Fabian Hoose, Olaf Arndt, Kathleen Freitag, Carolin Karg und Florian Knetsch (14. Sep. 2015): *Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik. Projekt-Nr. 08/14*. Techn. Ber. Prognos AG; InWIS.

Helbig, Marcel (2012): *Sind Mädchen besser? Der Wandel geschlechtsspezifischen Bildungserfolgs in Deutschland*. Frankfurt a.M.: Campus.

Höpflinger, Francois (2008): »Die zweite Lebenshälfte. Lebensperioden im Wandel«. In: Huber, Andreas, Hrsg. (2008). *Neues Wohnen in der zweiten Lebenshälfte*. Basel: ETH Zürich, S. 31–42.

Hox, Joop (2002): *Multilevel Analysis*. Mahwah, NJ [u.a.]: Erlbaum.

Huster, Ernst-Ulrich (2015): »Armut im Ruhrgebiet«. In: Schäfer, Gerhard K., Joachim Deterding, Barbara Montag und Christian Zwingmann, Hrsg. (2015). *Nah dran. Werkstattbuch für Gemeindediakonie*. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlagsgesellschaft mbH, S. 267–283.

ILS/ZEFIR (2003): *Sozialraumanalyse – Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. Gutachten für die Enquetekommission »Zukunft der Städte in NRW« des Landtags Nordrhein-Westfalen.* Angegebene Seitenzahlen beziehen sich auf die Seiten im PDF-Dokument. URL: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/13_EK1/EKZukunftStadteNRWILSZEFIRSozialraumanalyse2003.pdf (besucht am 11. 05. 2017).

Isaac, Kevin (2016): »Der Sozialindex und die Vorhersagekraft von Lernstandserhebungen in Nordrhein-Westfalen. Analysen zur Relevanz diagnostischer Testverfahren«. In: Groot-Wilken, Bernd, Kevin Isaac und Jörg-Peter Schräpler, Hrsg. (2016). *Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendung*. Beiträge zur Schulentwicklung. Münster: Waxmann, S. 141–156.

Jeworutzki, Sebastian, Jörg-Peter Schräpler und Stefan Schweers (2016): »Soziale Segregation – Die räumliche Ungleichverteilung von SGB-II-Bezug in NRW«. In: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS), Hrsg. (2016). *Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht.*

Jurczok, Anne und Wolfgang Lauterbach (2014): »Schulwahl von Eltern: Zur Geografie von Bildungschancen in benachteiligten städtischen Bildungsräumen«. In: Berger, Peter A., Carsten Keller, Andreas Klärner und Rainer Neef, Hrsg. (2014). *Urbane Ungleichheiten: Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie*. Sozialstrukturanalyse. Wiesbaden: Springer VS, S. 135–155.

Kemper, Thomas (2016): »Potentiale und Limitationen der schulstatistischen Indikatoren 'Ausländische Schüler' sowie 'Schüler mit Migrationshintergrund'«. In: »Potentiale und Limitationen der schulstatistischen Indikatoren 'Ausländische Schüler' sowie 'Schüler mit Migrationshintergrund'« (2016). *Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendungen*. Beiträge zur Schulentwicklung. Münster: Waxmann, S. 185–214.

Kersting, Volker, Christian Meyer, Klaus Peter Strohmeier und Tobias Terpoorten (2009): »Die A 40 - Der ›Sozialäquator‹ des Ruhrgebiets«. In: Prossek, Achim, Helmut Schneider, Horst Wessel, Burkhard Wetterau und Dorothea Wiktorin, Hrsg. (2009). *Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebietes im Kartenbild.* Köln, S. 142–145.

Klaffke, Kaspar (1968): *Schulstandort und Schulregion. Merkmale des Besuchs allgemeiner Schulen – Folgerungen für die regionale Schulplanung*. Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung Technische Universität Hannover 5. Hannover: Gebrüder Jänecke Verlag.

Kleßmann, Christoph (1978): *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870 - 1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*. Hrsg. von Christoph Kleßmann. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 30. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Köller, Olaf (2008): »Die Gesamtschule - Erweiterung statt Alternative«. In: Cortina, Kai S., Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulricha Mayer und Luitgard Trommer, Hrsg. (2008). *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick.* vollständig überarbeitete Neuausgabe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 437–465.

Kreft, Ita und Jan Leeuw (2002): *Introducing Multilevel Modeling.* London: Sage.

Kultusministerkonferenz (1971): *Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens. Vom 28.10.1964 i.d.F. vom 14.10.1971.* Techn. Ber.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Hrsg. (1980): *Kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen 1961 bis 1976. Entwicklung von Fläche und Bevölkerung in den Gemeinden.* Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen 430.

Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Hrsg. (2010): *Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG) vom 15. Februar 2005. letzte Änderung durch das Gesetz vom 21. Dezember 2010 (GV. NRW. S. 691).* URL: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_show_historie?p_id=20064 (besucht am 23. 05. 2017).

Lange, Andreas, Wolfgang Lauterbach und Rolf Becker (2003): »Armut und Bildungschancen: Auswirkungen von Niedrigeinkommen auf den Schulerfolg am Beispiel des Übergangs von der Grundschule auf weiterführende Schulstufen«. In: Butterwegge, Christoph und Michael Klundt, Hrsg. (2003). *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel.* Opladen: Leske + Budrich, S. 153–170.

Leckie, George (2009): »The Complexity of School and Neighbourhood Effects and Movements of Pupils on School Differences in Models of Educational Achievement«. In: *Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society)* 172.3, S. 537–554.

Lessing, Petra (2009): *Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufen 2009.* Hrsg. von Regionalverband Ruhr.

Lohmann, Henning und Olaf Groh-Samberg (2010): »Akzeptanz von Grundschulempfehlungen und Auswirkungen auf den weiteren Bildungsverlauf«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 39.6, S. 470–492.

Maaz, Kai, Jürgen Baumert, Cornelia Gresch und Nele McElvany, Hrsg. (2010): *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule – Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten.*

El-Mafaalani, Aladin und Klaus Peter Strohmeier (2015): »Segregation und Lebenswelt. Die räumliche Dimension sozialer Ungleichheit«. In: El-Mafaalani, Aladin, Sebastian Kurtenbach und Klaus Peter Strohmeier, Hrsg. (2015). *Auf die Adresse kommt es an …. Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen.* Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 18–42.

El-Mafalaani, Aladin und Sebastian Kurtenbach (2015): »Das Raumparadoxon der Bildungspolitik. Warum Bildungsinvestitionen sozialräumlicher Segregation nicht entgegenwirken«. In: El-Mafaalani, Aladin, Sebastian Kurtenbach und Klaus Peter Strohmeier, Hrsg. (2015). *Auf die Adresse kommt es an … . Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen.* Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 254–263.

Makles, Anna und Kerstin Schneider (2015): »Much Ado about Nothing? The Role of Primary School Catchment Areas For Ethnic School Segregation: Evidence From a Policy Reform«. In: *German Economic Review* 16.2, S. 203–225.

Mammes, Michael (2007): *Quartalsberichte zur Landesentwicklung: Räumliche Aspekte der Bildungsversorgung in NRW*. Hrsg. von Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW). Dortmund.

Meulemann, Heiner und Horst Weishaupt (1982): »Stadt und Bildungschancen: Der Einfluß örtlicher sozialer Milieus auf den weiterführenden Schulbesuch am Beispiel Frankfurts«. In: Vaskovics, Laszlo A., Hrsg. (1982). *Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Beiträge zur sozialökologischen Sozialisationsforschung*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 255–271.

Meusburger, Peter (1998): *Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension*. Heidelberg / Berlin: Spektrum Akademischer Verlag.

Ministerium für Schule und Berufsbildung Schleswig-Holstein, Hrsg. (2017): *Schulsystem*. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/S/schulsystem.html (besucht am 23. 05. 2017).

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg. (23. Mai 2017): *Schulwechsel nach Nordrhein-Westfalen*. URL: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Eltern/Schule-in-NRW/Schulwechsel_nach_NRW/FAQ04/index.html (besucht am 23. 05. 2017).

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) (2012): *Eckpunkte Schulversuch PRIMUS*. URL: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Versuche/Primus/Kontext/Eckpunkte_Schulversuch_PRIMUS.pdf (besucht am 29. 05. 2017).

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) (2016): *Schulgrunddaten NRW*. URL: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Open_MSW/Open_Data/index.html (besucht am 29. 05. 2017).

Möller, Gerd und Gabriele Bellenberg (2017): *Ungleiches ungleich behandeln. Standortfaktoren berücksichtigen – Bildungsgerechtigkeit erhöhen – Bildungsarmut bekämpfen*. Essen: Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft.

München, Stadt (2016): *Münchener Bildungsbericht 2016*. Stadt München.

Neu, Marc, Klaus Peter Strohmeier und Volker Kersting (2011): »Sozialberichterstattung als Grundlage für eine kommunale Politik gegen Segregation«. In: Hanesch, Walter, Hrsg. (2011). *Die Zukunft der »Sozialen Stadt«*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 219–237.

Neutze, Michael (2015): »Gitterbasierte Auswertungen des Zensus 2011«. In: *Stadtforschung und Statistik* (2), S. 64–67.

Niedersächsisches Kultusministerium, Hrsg. (2017): *Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule*. URL: http://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/allgemein_bildende_schulen/grundschule/uebergang_von_grundschule_auf_eine_weiterfuehrende_schule/Uebergang+Grundschule+weiterfuehrende+Schule-5842.html (besucht am 23. 05. 2017).

Nieszery, Andrea (2008): »Class, race, gender… neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartierseffekten in der europäischen Stadtforschung«. In: Schnur, Olaf,

Hrsg. (2008). *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107–126.

Oelkers, J. (2006): *Gesamtschule in Deutschland: eine historische Analyse und ein Ausweg aus dem Dilemma*. Beltz Pädagogik. Weinheim und Basel: Beltz.

Parusel, Bernd (2015): »Unbegleitete Minderjährige auf der Flucht«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (25), S. 31–38.

Peisert, Hansgert (1967): *Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland*. Bd. 7. Piper.

Peters-Schildgen, Susanne (1997): *»Schmelztiegel« Ruhrgebiet. Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne bis 1945*. Essen: Klartext Verlag.

Petzina, Dietmar (1990): »Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985«. In: Köllmann, Wolfgang, Hermann Korte, Dietmar Petzina und Wolfhard Weber, Hrsg. (1990). *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter - Geschichte und Entwicklung. Band 1*. Düsseldorf: Schwann im Potmos Verlag, S. 491–568.

Petzina, Dietmar (1994): *Die Bedeutung der Migration am Beispiel des Ruhrgebietes*. Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft 94-3. Bochum: Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft.

Pötsch, Olga (2011): »Entwicklung der Privathaushalte bis 2030. Ende des ansteigenden Trends. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010«. In: *Wirtschaft und Statistik* 3 (2011). Hrsg. von Statistisches Bundesamt, S. 205–218.

Raudenbush, Stephen W. und Anthony S. Bryk (2002): *Hierarchical Linear Models: Applications and Data Analysis Methods*. 2nd Edition. Advanced quantitative techniques in the social sciences 1. Thousand Oaks: Sage Publications.

Regionalverband Ruhr (2012a): *Bildungsbericht Ruhr*. Hrsg. von Regionalverband Ruhr. Münster: Waxmann Verlag.

Regionalverband Ruhr, Hrsg. (2012b): *Kleiner Zahlenspiegel der Metropole Ruhr 2012*. Essen.

Regionalverband Ruhr, Hrsg. (2015): *Zahlenspiegel Metropole Ruhr. Arbeitsmarkt*. Essen. URL: http://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/Bilder/Daten___Fakten/Regionalstatistik_PDF/Arbeitsmarkt/06_Zeitr_Arbeitsmarkt15.pdf (besucht am 04. 03. 2017).

Reiss, Kristina, Christine Sälzer, Anja Schiepe-Tiska, Eckhard Klieme, Olaf Köller und Waxmann Verlag, Hrsg. (2016): *PISA 2015: eine Studie zwischen Kontinuität und Innovation*. OCLC: 964674229. Münster New York.

Riedel, Andrea (2011): *Schulwahl in der Primarstufe: eine empirische Analyse der regionalen sozioökonomischen Bedingungen am Beispiel der NRW-Städte Wuppertal und Solingen*. Hrsg. von Kurt Reding und Walter Müller. 1. Aufl. .11. Reihe: Forum Finanzwissenschaft und Public Management. Lohmar / Köln: Josef Eul.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Hrsg. (2017): *Wechsel an weiterführende Schularten*. URL: http://www.schule.sachsen.de/1787.htm (besucht am 23. 05. 2017).

Schmid, Josef (29. Nov. 2010): »Zum Strukturwandel der Arbeitswelt«. In: *Arbeitslosigkeit* 48. Hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3–9.

Schönig, Werner (2016): »Bildungssegregation. Referenzrahmen sozialräumlicher Handlungsansätze im Schulkontext«. In: Fischer, Veronika, Marianne

Genenger-Stricker und Angelika Schmidt-Koddenberg, Hrsg. (2016). *Soziale Arbeit und Schule. Diversität und Disparität als Herausforderung*. Wochenschau Verlag, S. 215–240.

Schräpler, Jörg-Peter (2007): »Zusammenhang und Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Investitionen und Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Nordrhein-Westfalen«. In: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Hrsg. (2007). *Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen*. 43. Düsseldorf, S. 16–44.

Schräpler, Jörg-Peter (2011): *Erfolg und Nichterfolg bei den Abiturprüfungen an Gymnasien und Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen für die Abgangsjahre 2004 bis 2009*. Bd. 70. Statistische Analysen und Studien NRW. Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).

Schräpler, Jörg-Peter und Sebastian Jeworutzki (2016): »Der Sozialindex für NRW - Die Bildung von Schulstandorttypen über SGB-II-Dichten und Migrationshintergrund«. In: Groot-Wilken, Bernd, Kevin Isaac und Jörg-Peter Schräpler, Hrsg. (2016). *Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendung*. Beiträge zur Schulentwicklung 216. Münster: Waxmann, S. 27–56.

Schräpler, Jörg-Peter und Wolfgang Seifert (2008): *Kleinräumige Einkommensstrukturen und ihr sozialer Kontext in Nordrhein-Westfalen*. Hrsg. von Stadt Essen, Fachbereich Statistik, Stadtforschung und Wahlen. Essen.

Schräpler, Jörg-Peter und Horst Weishaupt (2013): »Auswirkung des Zentralabiturs auf den Abiturerfolg an Gymnasien und Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen«. In: McElvany, Nele und Heinz Günter Holtappels, Hrsg. (2013). *Empirische Bildungsforschung. Theorien, Methoden, Befunde und Perspektiven. Festschrift für Wilfried Bos*. Münster u.a.: Waxmann Verlag, S. 249–266.

Siegert, Manuel (2008): »Schulische Bildung von Migranten in Deutschland«. In: *Integrationsreport* 13. Hrsg. von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Sixt, Michaela (2013): »Wohnort, Region und Bildungserfolg. Die strukturelle Dimension bei der Erklärung von regionaler Bildungsungleichheit«. In: Becker, Rolf und Alexander Schulze, Hrsg. (2013). *Bildungskontexte. Strukturelle Voraussetzungen und Ursachen ungleicher Bildungschancen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 457–481.

Solga, Heike und Rosine Dombrowski (2009): *Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf*. Bildung und Qualifizierung. Arbeitspapier 171. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_171.pdf (besucht am 24. 05. 2017).

Stadt Essen (2011): *Der Bildungsbericht 2011*. Stadt Essen.

Stadt Essen (2016): *Handbuch Essener Statistik. Soziales - Gesundheit 1987 - 2015*. Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen.

Stadt Essen (2017): *Handbuch Essener Statistik - Bevölkerung 1987 - 2016*. Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen.

Stadt Mannheim (2015): *3. Mannheimer Bildungsbericht*. Stadt Mannheim.

Stanat, Petra (2008): »Heranwachsende mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungswesen«. In: Cortina, Kai S., Jürgen Baumert, Achim Leschin-

sky, Karl Ulrich Mayer und Luitgard Trommer, Hrsg. (2008). *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick*. vollständig überarbeitete Neuausgabe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 685–743.

Stanat, Petra, Knut Schwippert, Carola Gröhlich u. a. (2010): *Der Einfluss des Migrantenanteils in Schulklassen auf den Kompetenzerwerb. Längsschnittliche Überprüfung eines umstrittenen Effekts*. Weinheim u.a.: Beltz.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015): *Zensus 2011 - Methoden und Verfahren*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013): *Zensus 2011. Ausgewählte Ergebnisse. Tabellenband zur Pressekonferenz am 31. Mai 2013 in Berlin*. Techn. Ber. Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2013/Zensus2011/Pressebroschuere_zensus2011.pdf?__blob=publicationFile (besucht am 29. 05. 2017).

Strohmeier, Klaus Peter (2010): »Soziale Segregation: Herausforderung der Städte im 21. Jahrhundert«. In: Bormann, R. et al., Hrsg. (2010). *Das Programm Soziale Stadt*. Wiso-Diskurs - Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 66–83.

Stüber, Heiko (2016): »Berufsspezifische Lebensentgelte. Qualifikation zahlt sich aus«. In: *IAB Kurzbericht* 17.

Sykes, Brooke und Hans Kuyper (2009): »Neighbourhood effects on youth educational achievement in the Netherlands: can effects be identified and do they vary by student background characteristics?« In: *Environment and planning A* 41.10, S. 2417–2436.

Terpoorten, Tobias (2014): *Räumliche Konfiguration der Bildungschancen: Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet*. Bd. 3. ZEFIR-Materialien. Bochum: ZEFIR.

Terpoorten, Tobias (1. Dez. 2016): »Sozialindex und gewichtenregeling«. In: *Standort* 40.4, S. 250–256.

Terpoorten, Tobias (2017): »Der lokale Blick auf Bildung – Kleinräumigkeit im Rahmen des kommunalen Bildungsmonitorings«. In: Bienek, Magdalena und Bettina Suthues, Hrsg. (2017). *Kommunales Bildungsmanagement und Sozialraum: Kleinräumige Datenbasierung, Planung und Vernetzung*. Münster: Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW / Institut für soziale Arbeit e.V, S. 24–27.

van Ackeren, Isabell, Klaus Klemm und Svenja Mareike Kühn (2015): *Entstehung, Struktur und Steuerung des deutschen Schulsystems. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

van Ham, Maarten, Lina Hedman, David Manley, Rory Coulter und John Östh (2014): »Intergenerational Transmission of Neighbourhood Poverty: An Analysis of Neighbourhood Histories of Individuals«. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 39.3, S. 402–417.

Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) (2013): *Migrationshintergrund in der Statistik – Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit*. Materialien zur Bevölkerungsstatistik 2. Verband Deutscher Städtestatistiker VDSt.

Vermunt, Jeroen K. und Jay Magidson (2016): *Technical Guide for Latent Gold 5.1: Basic, Advanced, and Syntax*. Statistical Innovations Inc.

Weiler Elmar/Höck, Reiner (2011): »Gemeinsam geht's. Die Rolle der Hochschulen«. In: Engel, Klaus, Jürgen Großmann und Bodo Hombach, Hrsg. (2011). *Phönix flieg! Das Ruhrgebiet entdeckt sich neu*. Essen: Klartext, S. 277–286.

Weishaupt, Horst (2010): »Bildung und Region«. In: Tippelt, Rudolf und Bernhard Schmidt, Hrsg. (2010). *Handbuch Bildungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 217–231.

Weishaupt, Horst (2016): »Schulen in schwieriger Lage und Schulfinanzierung«. In: *Die Deutsche Schule* 108.4, S. 354–369.

Weiß Manfred; Timmermann, Dieter (2008): »Bildungsökonomie und Schulstatistik«. In: Helsper Werner; Böhme, Jeanette, Hrsg. (2008). *Handbuch der Schulforschung*. 2., durchgesehene und erweiterte.

Wullkopf, Uwe (2008): »Gemeinschaftliches Wohnen in einer sich wandelnden Gesellschaft«. In: Schader-Stiftung/Stiftung trias, Hrsg. (2008). *Raus aus der Nische, rein in den Markt. Ein Plädoyer für das Produkt gemeinschaftliches Wohnen*. Darmstadt / Hattingen (Ruhr), S. 23–27.

Zibell, Barbara und Lisa Kietzke (2016): »Gemeinschaftliches Wohnen gegen die Angst, allein zu sein?« In: *Nachrichten. Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung* 1 (2016), S. 13–17.

Bildung im Wandel: Chancenungleichheit und Bildungspotenziale im Ruhrgebiet – eine Spurensuche

Bernhard Butzin, Jörg Kohlscheen und Raimund Pahs

Inhalt

1 Ziele und Gegenstand der Untersuchung 223

1.1 Einbindung in das Gesamtprojekt 223

1.2 Fragestellung und Ziele 223

2 Theoretische Suchscheinwerfer: Humanvermögen und Habitus 229

2.1 Humanvermögen 229

2.2 Habitus 231

3 Methodik 235

3.1 Gesprächsleitfaden und Durchführung der Interviews 236

3.2 Qualitatives Untersuchungsdesign 237

3.3 Interviews und Auswertung 239

3.4 Kernkategorien und Mind Maps 239

4 Faktoren der Mobilisierung von Bildungspotenzialen 245

4.1 Zur (Re-) Konstruktion des Horizontalen Bildungssystems . . . 245

4.2 Gelingens- und Hemmfaktoren der Bildungspraxis 248

4.2.1 Humanvermögen im Schulalltag 248

4.2.2 Bildungsungleichheit – Bildungschancen-Ungleichheit . . 252

4.2.3 Lehrerhabitus und pädagogische Innovation als Krisenbewältigung 254

4.2.4 Mobilisierung von Bildungspotenzialen 257

5 Wandel des Bildungswesens an der Ruhr 261

5.1 Exkurs: Pfadabhängigkeit und »Erblast« des Wandels 261

5.2 Bildungsbezogene Sondersituation Ruhr 263

5.3 Wandel von Lehrer-, Schüler- und Elternhabitus: Katalysatoren der Mobilisierung? 268

5.4 Das Doppelgesicht einer Ökonomisierung der Bildungsziele . . . 272

5.5 Bildung morgen? 278

6 Zusammenfassung 283

Abbildungsverzeichnis

1.1 Der Baum als Bild einer erweiterten Perspektive auf das schulische Bildungssystem 227

3.1 Mind Map zu einem Gesprächsblock ›Schuldarstellung und Schulalltag‹ (Grundschule Typ A) 241

3.2 Beispiel einer Gesamt-Mind Map eines Interviews. Acht Gesprächsblöcke im Überblick mit kodierten Aussagen in ihren identifizierten Argumentationszusammenhängen. (Anm.: Wandel ist nicht als Kategorie zu verstehen, sondern als »Suchscheinwerfer« für den Analyse- und Ergebnisteil II »Wandel«) 243

4.1 Das Untersuchungsinstrument des »Horizontalen Bildungssystems« 246

4.2 Zum Einsatz des Untersuchungsinstruments »Horizontales Bildungssystem« 247

4.3 Erwartungspyramide: Ebenen des Humanvermögens 251

4.4 Die Mobilisierung von Bildungspotenzialen als Mehrebenen-Prozess 258

Tabellenverzeichnis

3.1 Übersicht über das Sample 237

1 Ziele und Gegenstand der Untersuchung

1.1 Einbindung in das Gesamtprojekt

Es mag zunächst überraschen, dass unter einem Gesamttitel »Wege zur Metropole Ruhr« das Thema Bildung eine dominante Stellung einnimmt, stehen doch in »klassischen« Untersuchungen zum Strukturwandel der Region Ruhr die Schwerpunkte auf Wirtschafts-, Stadt- und Gesellschaftsstrukturen im Vordergrund. Jedoch steht außer Zweifel, dass »Bildung« eine herausragende Bedeutung für die Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen und die gesellschaftliche Gestaltung von »Zukünften im Ruhrgebiet« spielt. So wird beispielsweise Bildung einvernehmlich als Schlüssel zur Integration erachtet. Zudem ist retrospektiv eine enge Wechselbeziehung zwischen regionalen sozioökomischen sowie stadtstrukturellen Entwicklungspfaden und zugehörigem Bildungswesen unübersehbar.

Während den Hauptstrang der bildungsbezogenen Untersuchungen die kleinräumige und langfristige quantitative Analyse einnimmt (Teil 1 dieses Berichts), soll im Folgenden die mikroanalytische Ebene einzelner Schulen und Lehrer/innen im Vordergrund stehen. Sie versteht sich als **doppelte Ergänzung** nicht nur des quantitativen Zugangs, sondern bietet zugleich eine qualitative lebensweltliche Perspektive aus der Praxis des Schulalltags an. Warum? Die Ziele der Untersuchung geben Antwort.

1.2 Fragestellung und Ziele

Bildung war zur Hochzeit der montanindustriellen Ära im Ruhrgebiet nicht nur »kein Thema«, sondern weniger: ein nicht gewünschtes Thema. Das änderte sich zwar in den 1960er Jahren mit der Bildungsexpansion massiv, aber nicht überall im Ruhrgebiet: Manche der einstigen Arbeiterviertel, regelhaft um ihr »Herz«, die Zeche oder das Stahlwerk angesiedelt, fanden nach der Stilllegung des sozioökonomischen und soziokulturellen »Herzes« nicht den Anschluss. Im Gegenteil: die sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Strukturen zerfielen zu isolierten und deprivierten Quartieren. Damit änderten sich die lokalen Befindlichkeiten: identifikatorische Bezüge und Bindung an die eigene lokale Lebenswelt, an »Heimat«, verblassten und lösten sich auf.

Die Bildungschancen-Ungleichheit verfestigte oder verstärkte sich an diesen Orten, während in anderen Gebieten des Ruhrgebiets die sog. Bildungsexpansion nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ beachtliche Erfolge aufzuweisen hatte.

- Gehen damit mobilisierbare Bildungspotenziale verloren, die aktuell von der Wirtschaft angemahnt werden, der es um fehlende Handwerker und Facharbeiter geht?
- Müssten nicht Bildungspotenziale mobilisiert werden um ihrer selbst willen, einem Bildungsideal folgend, in dem es – grundgesetzlich verankert – um das Recht auf Bildung, auf gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie Selbstentfaltung geht?
- Müssten sie nicht schließlich mobilisiert werden, um gesamt- (oder lokal-) gesellschaftliche wichtige Aufgaben zu erfüllen wie etwa die Integration, deren Schlüssel bekanntlich Bildung ist?
- Oder wenn es darum geht, die Herausforderungen der gegenwärtigen »Großen Transformation« in all ihrer Volatilität, zunehmenden Komplexität, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit mit dezentraler (Mit-) Gestaltungskompetenz angehen zu können?

Wenn – so die Hauptthese – die seit vielen Jahrzehnten offenbar unaufhebbare (sich verschärfende) Bildungschancen-Ungleichheit, im Widerspruch zu dem grundgesetzlich verankerten Ziel der Chancengleichheit, nicht bewältigt wird, so werden die an der Ruhr dringend benötigten regionalen Bildungspotenziale nicht mobilisierbar sein. Eine nachhaltige, präziser: »resiliente«, d.h. durch proaktive (vorausschauende, nicht reaktive), auf Dauer gestellte Wandlungsfähigkeit, somit eine zukunftsfeste Regionalentwicklung, wird so im Kern behindert.

Die Hauptfragen lauten daher:

- In welchen Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen entfalten sich Bildungschancen-Ungleichheiten sowie zugehörige Bildungspotenziale im Ruhrgebiet?
- In welchen (Wechsel-) Bezügen stehen dazu Erziehung und Bildung in der alltäglichen Schulpraxis?
- Lassen sich Bildungspotenziale mobilisieren – und wenn ja, wo und wie?
- Welches sind die Gelingens-, Stör- und Hinderungsfaktoren?

Der erste Teil der Untersuchung ist vornehmlich auf die Grundschulpraxis in Problemgebieten gerichtet, wobei andere Schultypen in nicht deprivierten Lagen zum Vergleich herangezogen werden.

In einem zweiten Teil sollen langfristige Wandlungsprozesse über 30 oder mehr Jahre schulberuflicher Praxis über alle Schultypen in kontrastierenden sozialräumlichen Lagen erfasst werden.

- Wie verändert sich der schulische Alltag?
- Mindern oder verfestigen sich Bildungschancen-Ungleichheiten?
- Welche Gelingens- und Störfaktoren lassen sich bei der Mobilisierung von Bildungspotenzialen beobachten?

Zwei wesentliche Fragen bleiben jedoch systematisch und methodisch bedingt, ausgeblendet:

(a) Welches Bildungswesen, wie viele und in welcher (neuen?) Qualität Gebildete braucht bzw. lässt eine »(Industrie- und Dienstleistungs-)Gesellschaft 4.0« zu?

(b) Welche Bildung braucht eine »post-montanindustrielle« Stadtgesellschaft »MetropoleRuhr«, um zu dem zu werden, was sie beansprucht zu sein?

Die beiden letzten Fragen erscheinen jedoch so wesentlich für die Zukunft der Region Ruhr, dass in einem abschließenden Ausblick »Bildung im Ruhrgebiet – morgen?« die empirisch gegenstandsbezogene Untersuchung ergänzt wird um einen kritischen Blick »von außen«: Reicht das Erreichbare und das Machbare im bestehenden Schulwesen angesichts der umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesse und Herausforderungen?

Um diese Bezüge in ihrem Entstehungs- und Wirkungszusammenhang zu entdecken, bedarf es im ersten Schritt eines geeigneten Beobachtungs- und Analyseinstruments zur »Spurensuche«. Ein »Suchscheinwerfer« ist zu konstruieren, der jedoch nicht in Form von vorschnellen und voreingestellten »Bauplänen« aus dem (Un-)Verständnis von Außenstehenden entwickelt werden darf, sondern der mit Fokus auf den zu verstehenden Wirkungszusammenhang »maßgeschneidert« gegenstandsgerecht, d.h. aus den Gesprächen mit den Praktiker/innen erst konstruiert werden muss.

Ein solcher »Suchscheinwerfer« muss die praktischen Erfahrungen des Schulalltags und seiner Expert/innen, den Lehrer/innen erfassen. Er stellt in sich eine recht komplexe Querschnittsaufgabe dar. In der Schulpraxis können – so die Erwartung – Wirkungszusammenhänge entdeckt werden, die zusätzlich zu (u.a. bildungs- und schulpolitischen) Begründungszusammenhängen die Handlungsspielräume der Akteure prägen, beschränken und öffnen. Die Akteure und ihre Vernetzungen sind bekanntlich die wesentlichen »Faktoren«, die Macher, welche die Inputs und Ressourcen wie Geld, Personal, Programme, Ziele und Maßnahmen umsetzen und für die Funktionalität und (Miss-) Erfolge von Bildung verantwortlich sind. Zu den Akteuren gehören auch die Kinder, deren

Eltern und die soziale/sozialräumliche Umgebung. Der Raum als »Dritter Erzieher« wird zwar als Schul- und Klassenraum vereinzelt berücksichtigt, bleibt aber bislang als Quartiers-Lebenswelt weitgehend unbearbeitet.

Das erste Ziel richtet sich daher auf die Konstruktion eines seinem Gegenstand angemessenen Suchscheinwerfers, den wir als »Horizontales Bildungssystem« bezeichnen.

Mit diesem Suchinstrument kann das zweite Ziel angesteuert werden, das die Schulpraxis, genauer: die »lebensweltliche Gegenwart« des Schulalltags erfassen soll. Damit ist zugleich die Wahl des Methodenrepertoires vorgegeben, nämlich das der »qualitativen Forschung«, hier der »narrativen Interviewforschung«.

Im dritten Ziel soll der Wandel der Schulpraxis untersucht werden. Diese wird in langfristiger Perspektive, etwa 30 bis 40 Jahre umfassen und die – in engem Wechselspiel mit dem regionalen Strukturwandel entstandenen – Entwicklungspfade, den »bildungsbezogenen Wandel«, nachzeichnen. Welche Hinweise gibt dieser Wandel auf Gelingens-, Misslingens- und Störfaktoren bezüglich der Mobilität und der sich ändernden Mobilisierbarkeit von Bildungspotenzialen?

Der Ausblick befasst sich abschließend mit der aktuellen und in Zukunft zentrale Frage, welche »Bildung« zielführend sein könnte, um den Herausforderungen der MetropoleRuhr in Zukunft gerecht zu werden und das aus gesamtgesellschaftlicher wie auch nachhaltiger Perspektive.

Im Untersuchungsverlauf konnte immer wieder beobachtet werden, dass wirkungsvolle Faktoren auf die Praxis von schulischer Erziehung und Bildung auch außerhalb der Schule liegen. Diese erweiterte Perspektive lässt sich abbilden in einem dreiteiligen Gesamtsystem: An der Basis der Entstehungszusammenhang, der auch die Vorschulerziehung und Grundschulen umfasst (Teilsystem 1), in der Mitte das Teilsystem 2 des Bildungszusammenhangs der weiterführenden Schulen und sodann das Teilsystem 3 des gesellschaftlichen Verwertungszusammenhangs. Die Teilsysteme 1 und 3 spielen, wie sich zeigen wird, eine ganz zentrale Rolle in der Ausformung und im Wandel des Bildungswesens.

Zur Veranschaulichung mag das Bild eines Baumes herangezogen werden.

Bildlich ausgedrückt erscheint das Wurzelwerk als Entstehungszusammenhang, das des Stamms als Bildung im schulischen Sinn der »formalen Bildung«, die Baumkrone als gesellschaftlicher Verwertungszusammenhang (Abb. 1.1). Diese Erweiterung der Perspektive erscheint hier zielführend, da die Gespräche häufig auf den entscheidenden Einfluss der »Basalen Fähigkeiten« und des Humanvermögens, also auf den von der Grundschule (zunehmend vergeblich) erwarteten, tendenziell »vorgelagerten Entstehungszusammenhang« von Schulbildung hinweisen. Ähnlich wirkt sich auf die Schulen, auf die Lehrinhalte und Lehrformen direkt (bildungspolitisch) oder indirekt (Einflussnahme der Eltern und/oder Wirtschaft auf Lehrinhalte) der vor allem berufliche Verwertungszusammenhang aus.

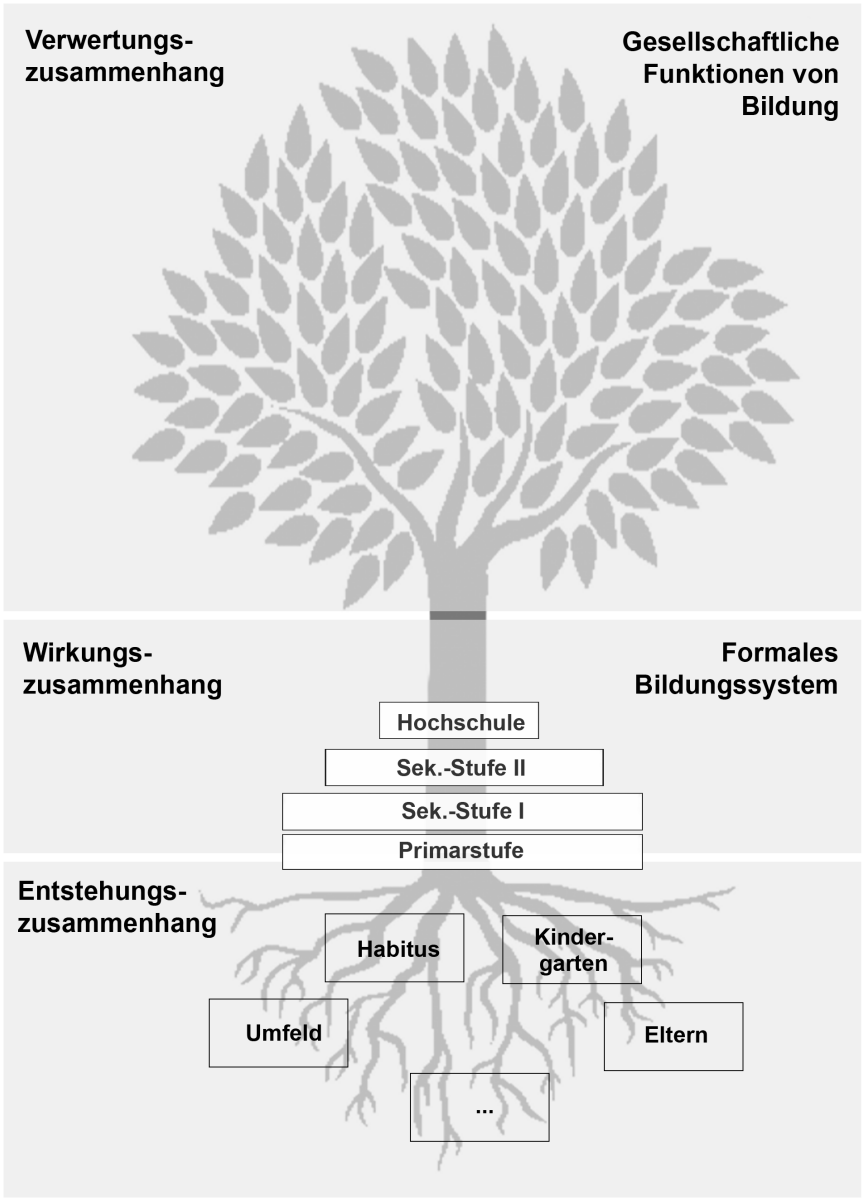


Abbildung 1.1: Der Baum als Bild einer erweiterten Perspektive auf das schulische Bildungssystem

Bildung ist weder im Entstehungs- noch im Wirkungszusammenhang unabhängig von gesamt- und regionalgesellschaftlichen Sachverhalten wie Geschichte, (pfadabhängigen) Wandlungsprozessen oder prägenden Strukturen zu begreifen. Die »Umwelt des Baumes« hat entscheidenden Einfluss auf dessen Entwicklung. In der Systemperspektive handelt sich um ein »Umsystem«. Es wird hier relevant, wenn es um den regionalen und bildungsspezifischen Wandel geht.

Die bezüglich der Mobilisierungspotenziale interessierenden Teilsysteme von Schule werden aus forschungspraktischen Gründen hier auf Grundschulen, vor allem, aber nicht nur, in Problemquartieren bezogen (Teilsystem 1) sowie auf die – anderen Regeln gehorchenden – weiterführenden Schulen.

Was würde eine gut funktionierende Schule ausmachen? Bildungstitel sind die

Eintrittskarte für den Arbeitsmarkt. Da sich das deutsche Tarifsystem an der Wertigkeit der Abschlüsse orientiert, gibt es einen starken Zusammenhang zwischen Bildungsabschlüssen und Einkommen. Je höher der erworbene Bildungsabschluss ist, desto wahrscheinlicher wird prinzipiell ein Erwerbsleben und desto höher ist das zu erwartende Einkommen. Folglich entsteht auf der individuellen Ebene ein Streben nach dem möglichst höchsten und besten Abschluss, der in aller Regel mit einem Studium verbunden ist.

Das muss aus der gesellschaftlichen Perspektive nicht sinnvoll sein. In den 60er Jahren gab es sogar Diskussionen um Dequalifizierung: Bedingt durch das deutsche Ausbildungssystem waren deutsche Arbeiter/innen zu hoch qualifiziert, um sinnvoll z. B. für die einfachen Tätigkeiten am Fließband der tayloristisch feinstandardisierten Produktionsregime eingesetzt werden zu können. Das kann zum anderen nicht sinnvoll sein, wenn gegenwärtig einerseits von der Wirtschaft Mangel an Handwerkern und Facharbeitern beklagt wird und andererseits die angesprochenen lokal- und gesamtgesellschaftlichen Potenziale von Bildung dringend benötigt werden.

Im gegenwärtigen Diskurs gibt es seit der sog. PISA-Studie einen anderen Topos: Der Schule gelingt es offenkundig nicht, soziale Teilhabechance auch den Kindern zu ermöglichen, die aus sozial deprivierten Familien kommen. In der Folge entsteht eine Gruppe sozial Benachteiligter, die aufgrund ihrer sozialen Undurchlässigkeit an feudale Verhältnisse erinnert. Letztlich geht es im aktuellen Diskurs nicht um die Bildungstitel selbst oder Abiturquoten oder dergleichen. Vielmehr steht soziale Teilhabe und damit soziale Mobilität durch Bildung im Fokus und nicht etwa Bildungstitel. Deshalb ist ein guter Schulabschluss ein Schulabschluss, der soziale Teilhabe ermöglicht. Um diesen zu erwerben, und hier liegt die Crux, ist aber soziale Teilhabe erforderlich. Um den Mechanismus von sozialer Teilhabe und sozialem Ausschluss zu fassen, greifen wir auf den Begriff des Humanvermögens zurück.

Die vorliegende Teiluntersuchung kann methodisch nur eine Diagnose sein, die die Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge im regionalen Bildungssystem Ruhr untersucht. Eine Therapie, also Handlungsvorschläge für die aufgezeigten Herausforderungen sind nicht angestrebt. Wohl aber ergeben sich Hinweise, die einigen der aktuellen bildungsbezogenen Zukünfte, gerade auch für die »werdende Metropole Ruhr«, deutliche Fragezeichen zuordnen.

2 Theoretische Suchscheinwerfer: Humanvermögen und Habitus

Methodisch stützt sich die Untersuchung auf ein induktiv operierendes, Thesen generierendes Verfahren, das weiter unten vorgestellt wird (Kap. 3) Zuvor aber gilt es, zwei zentrale Konzepte vorzustellen, die so nicht in der Empirie erscheinen und also ohne Vorwissen nicht gesucht, entdeckt und empirisch qualifiziert werden können. Sie sind theoretische Teile des zu konstruierenden Suchscheinwerfers bzw. Analyseinstrumentariums (Kap. 3).

2.1 Humanvermögen

Eine zentrale Position nimmt in unserer Analyse der Begriff des Humanvermögens ein. Von Engelbert und F.-X. Kaufmann (2003) wird der Begriff Humanvermögen allgemein als »die Gesamtheit der Kompetenzen bezeichnet, welche in den gesellschaftlichen Prozessen zur Geltung kommen« (Engelbert und F.-X. Kaufmann 2003: 62).

Die Familie ist der »Kapitalstock dieses (Anm. Humanvermögens), von dessen Entwicklung die Eignung Deutschlands als Wirtschaftsstandort wesentlich abhängt. Die idealisierte Familie wird als Ort der Kompetenzvermittlung beschrieben, wobei als ‚Daseins-Kompetenzen' die Lern- und Leistungsbereitschaft, Arbeitsmotivation und Zuverlässigkeit, Bereitschaft zur Teamarbeit und die Fähigkeit zur Eigenverantwortung aufgeführt werden«. (Ritzi und V. Kaufmann 2014)

Der Begriff des Humanvermögens beinhaltet im Gegensatz zum rein ökonomistischen Begriff des Humankapitals eine Doppeldeutigkeit. Diese Doppeldeutigkeit macht unseres Erachtens die Stärke des Begriffs Humanvermögen aus. Vermögen meint nicht nur eine individuelle Fähigkeit, sondern auch einen gesellschaftlichen Schatz, wobei (Engelbert und F.-X. Kaufmann 2003: 85-86) explizit darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht um Gegensätze handelt. Damit ist die Forderung nach einem Bildungssystem, das in der Lage ist, fehlendes Humanvermögen in den Familien auszugleichen, nicht nur eine rein idealistische Forderung, die auf demokratischen Werten gründet, sondern auch eine Forderung von der die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Dass in sozial benach-

teiligten Familien oben aufgeführten Kompetenzen fehlen, liegt i.d.R. nicht an deren individueller Unfähigkeit, sondern daran, dass diese unter Bedingungen leben, die Produktion von Humanvermögen erschweren, wenn gar verhindern.

Die Lehrer/innen geben uns einen Einblick in die Umstände, unter denen Kinder aus sozial deprivierten Familien leben. Bedingt durch dauerhafte Arbeitslosigkeit fehlen in den Familien etwa Zeitregime und das Vermögen den Alltag zu organisieren. Das führt u. U. dazu, dass Kinder diese Aufgabe übernehmen und z. B. die Sorge für kleinere Geschwister übernehmen. Die Kinder kommen teilweise müde und ohne Frühstück in die Schule, sodass die basalsten Grundlagen für einen erfolgreichen Schulalltag fehlen.

Hier zeigt sich, dass die über solche und ähnliche Einflüsse des häuslichen Alltags entstehende »Bildungsferne« nicht vereinfachend als »Erbgut« der Eltern verstanden werden darf. Und sie darf auch nicht auf »öffentliche Wahrnehmung« oder auf die Lehrerschaft als eine Art Immunisierung gegen erforderliches, qua Beruf oder Selbstverständnis auferlegtes Eingreifen wirken.

Hiermit ist die Frage aufgeworfen, wie und ob Schule als Produktionsstätte von Humanvermögen funktionieren kann.

> Der größere Teil der nachwachsenden Generation wächst in großen Städten unter Lebensbedingungen auf, die die alltägliche Erfahrung der Normalität von Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Apathie, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, gescheiterten Familien, möglicherweise auch Gewalt und Vernachlässigung umfassen. Kinder in den Armutsstadtteilen erfahren damit eine abweichende gesellschaftliche Normalität. (Strohmeier 2009: 161)

Unter diesen Umständen der sozialen Desintegration ist die angenommene Haltung rational (Strohmeier 2009: 162) und führt wiederum dazu, dass sich diejenigen Verhältnisse reproduzieren, die vorgefunden werden. Strohmeier (2009: 157) betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Solidarität in Bezug auf die Entstehung von Humanvermögen. Solidarität entsteht durch soziale Nähe und meint ein soziales Band, das als Gefühl gegenseitiger Verbundenheit als gesellschaftlicher Kitt wirkt und somit einen Gegenpol zur Individualisierung in Folge von gesellschaftlicher Differenzierung darstellt. Eine wichtige Rolle nimmt hierbei der ruhrgebietsspezifische Strukturwandel ein. »Das stabile, sozial integrierte Milieu der Industriearbeiter ist im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels allmählich verschwunden.« (Strohmeier 2009: 159) und so »sind aus etlichen von nachbarlicher Solidarität und sozialer Kontrolle geprägten Arbeitervierteln der 1950er Jahre Armutsquartiere geworden, geprägt von Entsolidarisierung und verbreiteter sozialer Isolation der Bewohner, ohne Perspektive für die, die dort aufwachsen.« (Strohmeier 2009: 158)

Für die Schulen in den benachteiligten Quartieren, die vor allem von Schüler/innen besucht werden, die kein Humanvermögen mitbringen, leitet sich daraus eine Crux ab: Wenn die oben genannten Kompetenzen in der Familie nicht vorhanden sind, können sie auch nicht vermittelt werden. An dieser Stelle muss staatliche Bildung kompensatorisch wirken, soll Humanvermögen produziert

werden. Daraus resultiert eine Zusatzbelastung für die Schulen, da es die Defizite in einem Akt gesellschaftlicher Solidarität als bildungs- und familienpolitische Aufgabe auszugleichen gilt. Die gesellschaftliche Aufgabe besteht also darin, das gesellschaftliche Band der Solidarität neu zu knüpfen, das durch die Folgen des gesellschaftlichen Strukturwandels durchtrennt wurde.

2.2 Habitus

Der Begriff des Habitus des französischen Soziologen Pierre Bourdieus beschreibt zunächst Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata, die im Laufe der Sozialisation erworben und als solche beschrieben werden können. Darüber hinaus ist mit dem Begriff des Habitus eine heuristische Haltung verbunden,

> sich zugleich der Theorie des Subjekts zu entziehen, aber ohne den Akteur zu opfern, und der Philosophie der Struktur, aber ohne darauf zu verzichten, die Effekte zu berücksichtigen, die die Struktur auf und durch diesen Akteur ausübt. (Bourdieu 1996: 154)

Eine solche heuristische Haltung einzunehmen, ist insbesondere in Bezug auf die Analyse von Bildungschancen-Ungleichheiten von besonderer Bedeutung. Sie sensibilisiert einerseits dafür, nach Bedingungen Ausschau zu halten, die die Reproduktion von Bildungsdisparitäten begünstigen, aber auch nach Möglichkeiten innerhalb dieser Grenzen zu suchen. Man kann den Habitus-Ansatz durchaus als eine Soziologie der Handlungsspielräume bezeichnen, wobei die Raummetapher auf Grenzen verweist. Die Beziehung eben dieser Grenzen kommt in der folgenden Definition des Habitus pointiert zum Ausdruck:

> Wer den Habitus einer Person kennt, der spürt oder weiß intuitiv, welches Verhalten dieser Person verwehrt ist. Mit anderen Worten: Der Habitus ist ein System von Grenzen. Wer z. B. über einen kleinbürgerlichen Habitus verfügt, der hat eben auch, wie Marx einmal sagte, Grenzen seines Hirns, die er nicht überschreiten kann. Innerhalb dieser Grenzen ist der Habitus jedoch durchaus erfinderisch. (Bourdieu 1992: 33)

Die oben genannte Haltung lädt gerade dazu ein, eine analytische Aufmerksamkeit gegenüber dem Common Sens zu entwickeln. Sie macht ganz im Sinne der Grounded Theory theoretisch sensibel für diejenigen Phänomene, die im Alltag entweder unter Berufung auf Determinismen erklärt werden, oder als voluntaristischer Akt. Insbesondere der Erfolg und Misserfolg im Bildungssystem scheint für solche Deutungsmuster anfällig zu sein, indem sie ihre soziale Bedingtheit trotz aller statistischer Evidenz, sowohl aus den Erklärungs- als auch aus den Lösungsansätzen heraushält. Ein Beispiel für ein deterministisches Deutungsmuster bietet der Begriff der Begabung oder in seiner vulgären Form das Konzept der Intelligenz. Zum Begriff der Begabung merken Bourdieu, Chamboredon u. a. (1991) an:

> Wenn wir hervorheben, daß die Berufung auf Begabungsunterschiede unter bestimmten Bedingungen ideologische Funktion hat, wollen wir nicht die natürliche Ungleichheit menschlicher Fähigkeiten bestreiten; selbstverständlich gehen wir davon aus, daß es keinen Grund für die Annahme gibt, die Zufälle der Genetik verteilten die Begabungsunterschiede ungleichmäßig auf die verschiedenen Gesellschaftsschichten. Aber das ist eine abstrakte Einsicht; die soziologische Forschung muß deshalb in jedem Fall von dem Verdacht ausgehen, daß scheinbar natürliche Ungleichheit in Wirklichkeit gesellschaftlich bedingte kulturelle Ungleichheit ist, die sie systematisch aufdecken muß. Erst wenn keine andere Erklärung mehr bleibt, darf sie auf die ‚Natur' schließen. (Bourdieu und Passeron 1971)

Welche Wirkungen der Habitus in Bezug auf den Erwerb von Bildungstiteln ausübt, hat Bourdieu in verschiedenen Studien und Aufsätzen gezeigt (z. B. Bourdieu 1982; Bourdieu 2001; Bourdieu und Passeron 1971). Im Wesentlichen geht es dabei erstens um die Inkorporierung von kulturellem Kapital im Laufe der Sozialisation, also um den Erwerb des Habitus in der Familie. An dieser Stelle liegt eine große Schnittstelle zum Begriff des Humanvermögens wie er in Kap. 2.1 dargestellt ist. Die dort formulierten Punkte stellen Kompetenzen dar, die für denjenigen, der sie in der kindlichen Sozialisation beim Bildungserwerb und anderen gesellschaftlichen Feldern erwirbt, einen Vorteil darstellen (Bourdieu 1992). Zum Zweiten geht es um die Grenzen des Bildungssystems selbst, die dazu führen, dass sich die Idee der Chancengleichheit als Illusion erweist. Des Weiteren werden die mehr oder weniger subtilen Mechanismen des französischen Bildungswesens offengelegt, die dazu führen, dass insbesondere der Erwerb höherer Bildungstitel nach dem Prinzip des Ritterschlags funktionieren (Bourdieu 1998).

Auf den ersten Blick stellt also Bourdieus Analyse der Bildungseinrichtungen eine Analyse der Reproduktion sozialer Ungleichheit dar, die nach dem einfachen Schema funktioniert, wonach ungleiche Bedingungen zu ungleich bewerteten Bildungstiteln führen und zu ungleichen Teilhabechancen auf verschiedensten Märkten, wie dem Arbeits- oder Hochzeitsmarkt. Und tatsächlich:

»In der Tradition von Marx und Weber sieht (Bourdieu; Anm. d. Verfassers) den Motor der gesellschaftlichen Entwicklung im Kampf sozialer Akteure und sozialer Gruppen um die Teilhabe an ungleich verteilten Lebenschancen.« (Rademacher 2002) Allerdings stellen diese Mechanismen der einfachen Reproduktion sozialer Verhältnisse nur eine Seite der Medaille der Analyse dar. Dieser einfache Mechanismus der Reproduktion käme ohne eine Theorie des Subjekts aus, wie sie eingangs zitiert wurde. In einer ideologiekritischen Tradition geht es bei der Analyse der Rolle des Habitus immer auch darum, wie die subjektbezogen Denk- Wahrnehmung- und Handlungsschemata ihren Beitrag dazu leisten, dass sich diejenige Verhältnisse reproduzieren, die von den Akteuren vorgefunden werden. Dieser Gedanken wird im folgenden Zitat formuliert:

> Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin, auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind. (Bourdieu 2001)

Bei der Analyse des Interviewmaterials ist der Blick auf diese subjektiven Spuren gerichtet, die neben den Mechanismen der einfachen Reproduktionen sozialer Ungleichheit durch die Schule, ihren Teil dazu beitragen, dass die oben zitierte Haltung wirkt. Auf dieser Ebene interessieren wir uns für die Deutungsmuster der Lehrer/innen in Bezug auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Bildungsdisparitäten. An dieser Stelle ist davon auszugehen, dass die Deutungsmuster der Lehrer/innen praxeologischer Art sind. Das heißt, dass sie aus der Praxis für die Praxis geschaffen wurden und somit durch die praktischen Notwendigkeiten des Schulalltags geformt und limitiert sind (Bourdieu, Chamboredon u. a. 1991: 16). Diese Grenzen in den Blick zu nehmen, stellt überhaupt erst die Bedingung dar, sie hinreichend zu verschieben, um dem Ziel eines »rationalen Bildungssystems« (Bourdieu 2001) einen Schritt näher zu kommen.

3 Methodik

Insgesamt wurden 20 Interviews mit Lehrer/innen unterschiedlicher Schulformen geführt. Diese Interviewpartner werden im Folgenden als »GP« für Gesprächspartner/in zitiert. Sie haben durch ihre praktische Arbeit Kenntnis darüber, an welchen Stellen Probleme auftreten und wo Verbesserungen notwendig sind, um Bildungspotentiale besser ausschöpfen zu können und so die soziale und bildungsbezogene Mobilität sozial benachteiligter Gruppen zu erhöhen.

Auf einer zweiten abstrakteren Ebene interessieren wir uns für die Deutungsmuster der Lehrer/innen in Bezug auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Bildungsdisparitäten. Wie erklären sich die Lehrer/innen dieses Phänomen?

Exkurs:

An dieser Stelle muss über eine Weichenstellung der Interpretationsrichtung und –tiefe entschieden werden: Zum einen können die Aussagen auf ihre »dahinter liegenden« Deutungsmuster interpretiert werden, zum anderen können die GP als Expert/innen in eigener und hier interessierender Sache wahrgenommen werden. Die Aussagen sind dann nur in Ausnahmefällen zu hinterfragen.

Dabei haben wir es mit mehr oder weniger spontanen Vorstellungen über die Ursachen von schulischen Erfolg und Misserfolg zu tun. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wahlweise wird der Verlauf der Bildungsbiografie naturalisiert oder individualisiert. Berichtet wird von Schülern, die von Natur aus nicht das Zeug für die Schule haben, oder ihr naturgegebenes Potential nicht nutzen, weil sie nicht wollen. Fraglich ist dabei nicht die Vorstellung von eher zufällig verteilten Talenten, Neigungen und Interessen. Vielmehr ist fraglich, diese Begriffe von gesellschaftlichen Kräften und Einflüssen abzutrennen, zumal solche Narrative eine bestimmte Funktion erfüllen: Sie führen zu einer Delegation von Verantwortung, wahlweise an die Natur, die einen Schüler nicht mit hinreichend Talent ausgestattet hat oder aber an das Subjekt selbst, das so zum eigenen Urheber seines Ausschlusses gedeutet wird. Es handelt sich also um eine Art Immunisierung der Verantwortlichen gegen die Einsicht in »eigentlich« im eigenen Verantwortungsbereich liegende Aufgaben.

In einigen thematischen Bezügen erscheint eine derartige, mehr theoretische Perspektive sinnvoll. Im Regelfall sollen jedoch hier die Aussagen als Expertise von kompetenten, erfahrenen Handlungssubjekten und in diesem Sinn als »gegebene«, qualitative Daten aufgenommen und nicht weiter ausgedeutet werden.

3.1 Gesprächsleitfaden und Durchführung der Interviews

Zunächst wurden Interviews mit Lehrer/innen als Expert/innen für ihren Schulalltag geführt. Sie haben durch ihre praktische Arbeit Wissen darüber, an welchen Stellen Probleme auftreten und wo Verbesserungen notwendig sind, um Bildungspotentiale besser ausschöpfen zu können und so die Bildungsmobilität sozial benachteiligter Gruppen zu erhöhen.

Um das Alltagswissen der Lehrer/innen zu erschließen, wurden leitfadengestützte Interviews durchgeführt. Das Leitfadeninterview gilt gemeinhin als guter und praktikabler Kompromiss aus thematischer Fokussiertheit und Offenheit. Lediglich die Einstiegsfrage, die sog. Eisbrecherfrage, wurde allen GP gleich gestellt.

Ansonsten ist die Interviewmethode eher monologisch ausgerichtet, da es explizit darum geht, dass die GP ihr Relevanzsystem narrativ entfalten. Das heißt, dass der Interviewer so wenig wie möglich und eben so viel wie nötig in das Interview eingreift und die Fragen dem Gesprächsverlauf entsprechend anpasst. Der Leitfaden ist im Anhang dokumentiert.

Die Auswahl der Schulen erfolgte nach dem Prinzip des größtmöglichen Unterschieds. Terpoorten (2014) bildet für das Ruhrgebiet einen Index, der die Belastung eines Stadtteils misst. Dieser Index reicht von 1 (wenig belastet) bis 7 (stark belastet).

So wurden sowohl Schulen angeschrieben, die in wenig belasteten Stadtteilen (= Indexwert 1-2; hier als Typ B bezeichnet) als auch solche, die in stark belasteten Stadtteilen (= Indexwert 6-7, hier: Typ A) liegen (vgl. Terpoorten 2014: 298-304) 3.1. Aus Gründen der Anynomisierung verzichten wir auf eine genaue Auszeichnung der Stadtteile, in denen die Interviews geführt wurden.

Insgesamt wurden 23 Schulleiterinnen und aktive sowie ehemalige Lehrer/innen an 15 Schulen kontaktiert, wobei wir alle Schulformen berücksichtigten. Lediglich von 6 Schulen bekamen wir eine positive Rückmeldung. In der Regel wurden Absagen mit Zeit und Personalmangel begründet.

Es steht zudem zu vermuten, dass das Thema Bildungschancen-Ungleichheiten nicht alle Schulen betrifft oder im Falle einer Betroffenheit aus Imagegründen ungern thematisiert wird, sodass die Motivation zur Teilnahme gering war.

Die Schulinterviews wurden für die Auswertungen, die in Kap. 4 vorgestellt werden, transkribiert und liefern die Datenbasis der Untersuchung.

Ergänzend wurden in einem zweiten Schritt zusätzlich 11 Interviews mit älteren bzw. pensionierten Lehrer/innen durchgeführt, um eine stärkere Retroperspektive zu erhalten. Hiervon wurden drei Interviews vollständig transkribiert. Aufgrund eines Hardwaredefektes wurden die restlichen Interviews vom Audiomitschnitt ausgewertet.

Tabelle 3.1: Übersicht über das Sample

Lfd.-Nr.	Schulform	Standortcharakter*
1	Gymnasium	B
2	Grundschule	A
3	Grundschule	A
4	Grundschule	A
5	Realschule	A
6	Gymnasium	A
7	Grundschule	A
8	Grundschule	A
9	Grundschule	A
10	Realschule	B
11	Gymnasium	B
12	Gesamtschule	A
13	Grundschule	B
14	Gymnasium	B
15	Gymnasium	B
16	Gymnasium	B
17	Gymnasium	B
18	Hauptschule	B
19	Grundschule	B
20	Hauptschule	B

*) Typ A: benachteiligter Standort; Typ B: privilegierter Standort

3.2 Qualitatives Untersuchungsdesign

Qualitative Forschungsdesigns gehören mittlerweile zu den etablierten Methoden der empirischen Sozialwissenschaften (Flick 2007). Dies gilt vor allem für Mixed-Method-Designs, also bei Forschungsvorhaben, in denen sich qualitative und quantitative Methoden ergänzen. Uns ging es vor allem darum, Wandel aus der Perspektive derer zu analysieren, die selbst Akteure des Wandels sind. So können ergänzende Deutungsmuster zu den Phänomenen gewonnen werden, die mit quantitativen Daten analysiert werden. Insofern versteht sich die vorliegende Studie als Ergänzung zum quantitativen Forschungsteil, kann aber durchaus eigenständig gelesen werden.

Da es bei quantitativen Methoden vor allem um die Quantifizierung vorab gebildeter Konzepte und Fragestellungen geht, bietet qualitative Forschung die Möglichkeit, Konzepte zu »entdecken«. Dabei ist zwischen qualitativen Forscher/innen durchaus strittig, wie sich das Entdecken auf der Grundlage von Daten vollzieht. Das erkenntnistheoretische Pendel schwankt hier zwischen den Begriffen Emergence und Forcing (Kelle 2011) Bei diesem Gegensatz geht es um die Rolle des theoretischen Vorwissens beim Interpretationsprozess und wie es kontrolliert werden kann.

Tatsächlich tauchen Kategorien und theoretische Einsichten im Laufe der Auseinandersetzung des beobachteten Materials keineswegs einfach so, quasi theorielos, auf (Emergence), noch ist es sinnvoll, dem Material vorhandene Konzepte

aufzuzwingen (Forcing). Beide Positionen »übersehen«, dass die Herausforderung bei der Interpretation qualitativer Daten nicht darin besteht, theoretische Vorannahmen abzustellen oder lediglich nach ihrer Bestätigung im Material zu suchen, sondern sie zu kontrollieren und den Akt der Interpretation so zu gestalten, dass die Daten eine Chance haben, eine Wissen generierende Rolle zu spielen.

Die Rolle der Daten wird von den qualitativen Auswertungsmethoden je nach Schule und Methode unterschiedlich ausgelegt. Die vorliegende Studie orientiert sich bei der Auswertung an dem Instrumentarium der sog. Grounded Theory, nicht aber an deren Zielen einer gegenstandsgegründeten Theoriebildung. Wir entlehnen aus der Grounded Theory Teile des Baukastens, in dem sich verschiedene methodische Arbeitsschritte befinden, Daten zu erschließen oder »aufzubrechen«. Dabei bildet das Kodieren der Interviewdaten und das Verfassen von Memos den Kern der Interpretation. Das Verfahren wird hier aus Gründen einer besseren intersubjektiven Nachvollziehbarkeit und Selbstkontrolle um »Mind Mapping« ergänzt, das sich als eine Art Protokoll der Ergebnisgewinnung versteht.

Beim Kodieren geht es um das Aufspüren von Konzepten, Phänomenen und Kategorien, wobei die Begriffe nicht immer scharf getrennt werden können. Das sog. offene Kodieren markiert dabei den Beginn der Auswertung. Dabei weist man im Interview-Transkript einzelnen Sequenzen Überschriften zu. Diese Überschriften können den Charakter theoretischer Konzepte (z. B. Humanvermögen) annehmen oder auch ein Phänomen (z. B. Schulabbruch) benennen. Der Begriff der Kategorie wird meistens als übergeordneter Sammelbegriff, ganz im Wortsinne, verwendet.

In Anlehnung an die Grounded Theory besteht eine der Hauptaufgaben in der Konzeptionalisierung der Daten. Dazu gehört nicht nur, Konzepte und Phänomene im Material zu identifizieren, sondern sie in Beziehung zu einander zu setzen. In der Terminologie der Grounded Theory spricht man vom Axialen Kodieren. Damit »soll also herausgefunden werden, welche Arten von Phänomenen, Kontexten, kausalen und intervenierenden Bedingungen und Konsequenzen für das untersuchte Feld relevant sind.« (Kelle 2011: 242).

Unter Memos versteht man das Erstellen von Notizen verschiedenen Charakters. Memos können dazu dienen, Ideen und Untersuchungsnotizen festzuhalten, aber auch die oben ausgeführten Beziehungen zwischen den Konzepten festzuhalten. In sog. Kode-Memos werden Ausführungen zu einzelnen Kodes festgehalten, z. B. welche Klasse von Phänomenen ein Kode bezeichnen soll. Bereits durch das Kodieren vollzieht sich die Methode des ständigen Vergleichens (Strübing 2014), indem die Daten stets nach Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Beziehungen befragt werden.

3.3 Interviews und Auswertung

Die Auswahl der Schulen, mit denen ein Gespräch gesucht wurde, richtet sich zunächst auf Quartiere, in denen sich eher bildungsferne Elternhäuser konzentrieren. Sie werden auch – politisch unkorrekt – als »A-Quartiere« bezeichnet, denn hier konzentrieren sich u.a. Arme, Alte, Ausländer, Alleinerziehende und Arbeitslose.

Als zu untersuchende Grundschulen wurden Problemquartiere in Bochum, Essen und Gelsenkirchen gewählt. Bildungspotenziale sollten aber nicht nur hier, sondern auch an anderen Standorten und in anderen Schultypen gesucht werden. Hierzu bot sich zum einen der Essener Süden an, um bewusst Kontraste einer gutbürgerlichen Wohnlage in die Untersuchung aufzunehmen. Weitere Standorte von Realschulen und Gymnasien in Herne, Herten und Datteln im Norden des Ruhrgebiets sowie Ennepetal im Süden wurden als Untersuchungsstandorte gewählt, um zwischen den hochkonzentrierten Problemlagen einerseits und andererseits dem Essener Süden auch für das Ruhrgebiet eher als Normalfall geltende Quartiere bzw. Stadtteile aufzunehmen.

Insgesamt wurden 20 Interviews mit einer Länge von durchschnittlich je einer knappen Stunde durchgeführt. Wegen erweiterter Einzugsbereiche, z.B. bei Gymnasien, ist eine eindeutige sozialräumliche Verortung nach Terpoorten nicht möglich, aber hinreichend charakterisierbar.

Die zweifache Zielsetzung der Untersuchung, sowohl die Alltagspraxis der Schulen, als auch deren Wandel zu erfassen, erforderte Gespräche mit zwei unterschiedlichen Erfahrungshintergründen: Nur ältere und teils pensionierte Lehrer/innen können den längerfristigen »Wandel« mindestens seit den 1970er Jahre überschauen. Diese Erinnerungsperspektive ist aber vom eigentlichen aktuellen Schullalltag eher entfernt. Bei den Gesprächen wurden deshalb die beiden Ziele, d.h. die Erfassung sowohl des »bildungsbezogenen Wandels« als auch die der »lebensweltlichen Gegenwart des Schulalltags«, getrennt behandelt.

Die aktuelle und in Zukunft zentrale Frage, welches Bildungssystem oder welche Bildungslandschaft gebraucht wird, um den Herausforderungen der MetropoleRuhr in Zukunft gerecht zu werden und das aus gesamtgesellschaftlicher wie auch nachhaltiger Perspektive, konnte erwartungsgemäß und sollte aus der Sicht der Schulpraktiker nicht beantwortet werden. Hierzu bietet sich als Ergänzung eine literaturbezogene, wertende, also externe Perspektive an.

3.4 Kernkategorien und Mind Maps

Die Technik der Mind Map wird im vorliegenden Untersuchungsgang zur systematischen Visualisierung und inhaltlichen Strukturierung (a) eines gesamten Gesprächs, (b) zur Überblicksdarstellung der Gespräche, in besonderen Fällen auch (c) für einzelne Gesprächsthemen eingesetzt. Im Gegensatz zum klas-

sischen Mind Mapping, das für eine gegebene Hauptidee/Kernanliegen über kreatives »Brain Storming« interessengeleitet immer feinere »Zweige«, Teilargumente und Teilinhalte konstruiert, verfolgt die hier gewählte Variante den umgekehrten Weg: die im Gespächstext vorgefundenen »Gegenstände« sollen vollständig erfasst, kodiert und danach umfassenderen Hauptkategorien zugeordnet werden. Aus diesem Pool werden die zentralen Motive, also die von den GP als besonders wichtig erachteten »Botschaften« identifiziert.

Diese werden durch die zugehörigen Aussagen (zugeordnete Zitate, Textbelege, im anschließenden Schritt auch aus weiteren Quellen/Gespräche) detailliert und empirisch gesättigt.

Ziel der Mind Map ist ein möglichst (text- und) gegenstandsgetreues Abbild der einzelnen Gespräche zu erstellen. Hier setzt danach (intersubjektiv nachvollziehbar, korrigierbar) die abstrahierende Zusammenfassung zur Kategorienbildung mit Ideen zur weiterführenden Schritten, z.B. Thesenbildung, an. So genannte »Memos« bilden diesen Schritt ab und können sich z.B. als Thesenbildung ebenfalls auf (a) Teilthemen, (b) Gesamtgespräch und (c) Gesamtheit der Interviews beziehen. Sie können aber auch auf Kontraste/Widersprüche, Unklarheiten, Verständnisvarianten, auf offene Fragen im Gespräch selbst und zwischen verschiedenen Gesprächen hinweisen. Im fließenden Übergang zur Interpretation werden hier auch Ideen bzw. Thesen über gegenstandsbezogene Entstehungs-, Begründungs- und Wirkungszusammenhänge formuliert.

Als Beispiel dient die folgende Abbildung:

Das betreffende Gespräch an einer Grundschule in einem sozial benachteiligten Quartier wurde mit der Bitte eingeleitet, die Schule grundlegend zu beschreiben bzw. zu charakterisieren.

Ausgehend von dieser allgemeinen Frage beschrieb der GP die kulturelle bzw. ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft als ein Abbild der deutschen, insbesondere einer ruhrgebietsspezifischen Gesellschaft. Daneben stellte der GP die Beschreibung eines hochmotivierten Kollegiums, das allerdings am Rande der Belastbarkeit arbeite. Auf Nachfrage, woher diese Überlastung rühre, erläuterte der GP ein Aufgabenspektrum des Lehrpersonals, das deutlich über die Beschulung der Kinder hinausreicht, hinein in die Tätigkeiten von Sozialarbeitern, Eheberatung und Familienbetreuung. Um darzustellen, wie es zu diesem Aufgabenspektrum komme, wurde im Folgenden der Schulalltag mit seinen Konflikten der Kinder untereinander, den Problemen der Eltern und Familien aufgrund von Sprachdefiziten und kulturellen Eigenheiten und Erwartungshaltungen aufgebrochen.

Daraus entwickelte der GP sodann die Anforderungen an das Lehrpersonal zum Umgang mit solchen Alltagssituationen. Der GP betonte die Notwendigkeit der Entwicklung von Verständnis, Sensibilität und Wissen um andere Kulturen und wies auf den eigenen Migrationshintergrund hin, der bei dieser Aufgabe helfe. Darüber hinaus verwies der GP auf die praxisbezogenen Möglichkeiten zur Förderung der Schüler und deren Familien, was wiederum direkt die Schüler

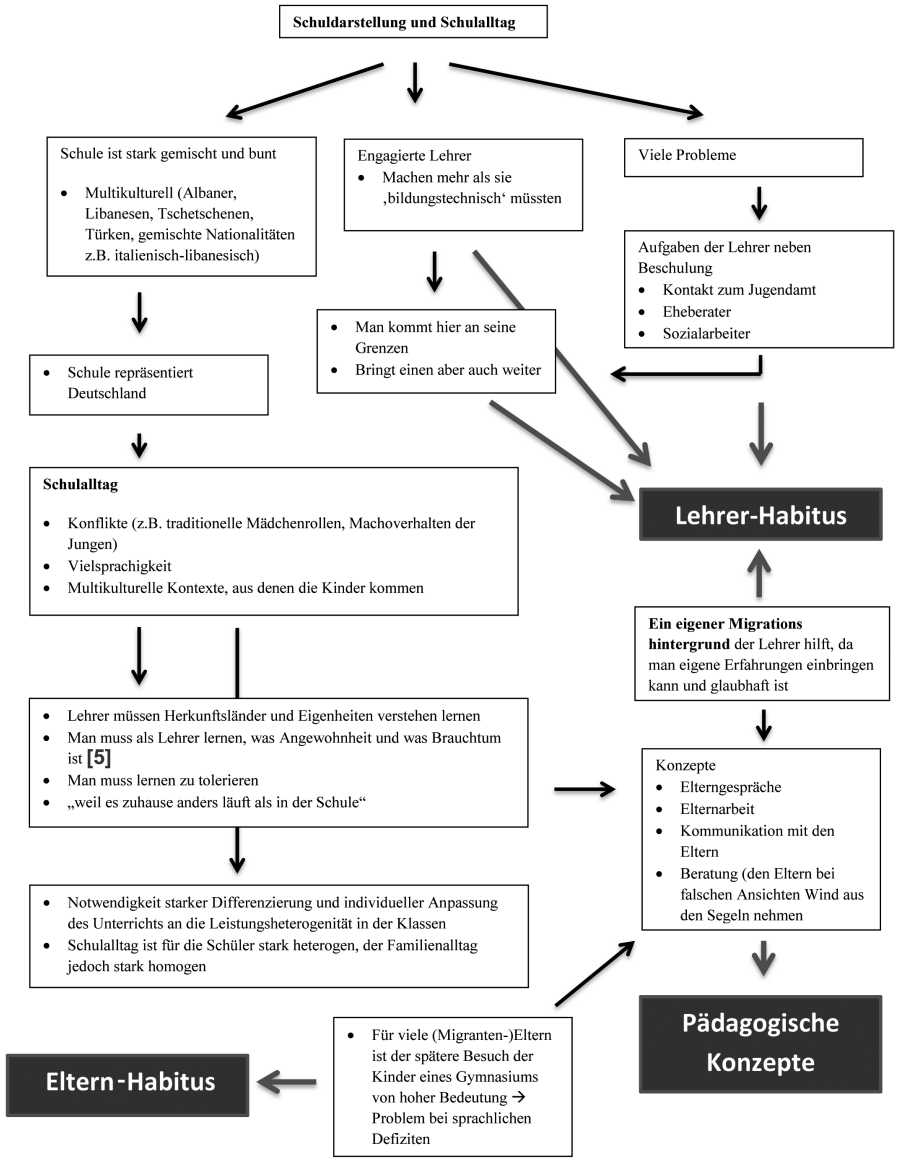


Abbildung 3.1: Mind Map zu einem Gesprächsblock ›Schuldarstellung und Schulalltag‹ (Grundschule Typ A)

unterstütze.

Solche Aussagen werden z.T. durch die Auswahl besonderer Gesprächspassagen unterstrichen. In den Mind Maps wurden an spezifischen Stellen Verweise eingearbeitet, welche den Argumentationskontext mit einem Zitat verbinden. In der exemplarisch ausgewählten Mind Map (Abb. 3.1) findet sich ein Hinweis auf ein Zitat (5), das hier zur Verdeutlichung des Vorgehens aufgegriffen werden soll:

Grundschule Typ A

(5) Man muss schon gucken, ist das jetzt ein Gebrauch oder was da wirklich ein Brauchtum ist in diesem Herkunftsland, dass dann wirklich zu verstehen und diese Familie dann auch zu verstehen. Das ist schon schwierig manchmal.

Insgesamt konnten aus diesem Gesprächsabschnitt hinsichtlich der Beeinflus-

sung von Beschulung und Bildungschancen vier Kategorien kodiert werden: Neben dem Umfeld des Quartiers (sozialgesellschaftlicher Kontext) mit seiner sozialen und kulturellen Heterogenität kamen im Argumentationsgang das Selbstverständnis des Lehrers mit den von ihm wahrgenommenen Aufgaben (Lehrer-Habitus), die Haltung der Schülereltern (Eltern-Habitus) und die praktischen Ansätze zur Lernförderung und zum Konfliktmanagement (pädagogische Konzepte)zur Sprache.

Alles in allem konnten in dem beispielhaft betrachteten Interview acht Gesprächsabschnitte isoliert und in Mind Maps dokumentiert werden, die sieben, zum Teil wiederkehrende Kategorien enthielten. Eine Zusammenführung der Einzel-Mind Maps greift durch Wirkungspfeile die inhaltliche Beeinflussung auf. Zusätzlich werden die Kategorien der Gesamt-Mind Map (Abb. 3.2) hinterlegt.

Beispiel für ein »Memo«:

Ein GP (Grundschule Typ A) erachtet seine Schule als gut ausgestattet, klagt aber über extremen Zeitmangel und einen bis an die Grenzen erhöhten, persönlichen Einsatz, der aber dennoch den Erziehungs-/Bildungserfolg erheblich beeinträchtigt: der Förderunterricht fällt sehr oft aus. Eingespannt zwischen Verständnis/Loyalität gegenüber den vorgesetzten Behörden (sinngemäß: »Was sollen die bei leeren Kassen denn schon anderes machen?«) und konkret gelebtem (Personal-) Mangel findet hier eine Umdeutung zu Zeitmangel statt: Dieser ist personalisiert, den eigenen Handlungsoptionen zugänglich. Dies erfordert höchstes Engagement und prägt den Habitus der »hochengagierten, verantwortlichen Lehrer/in« im Selbstbild, »einziger Anwalt des Kindes« zu sein.

Im dritten Schritt folgt die Interpretation, also das Fremdverstehen durch die/den Forscher/in. Das ist zunächst auf die sog. Hauptkategorien gerichtet, also auf jene gesprächsleitenden Inhalte, die eine zentrale »Botschaft«, ein Anliegen des Gesprächspartners widerspiegeln. Beispielsweise kommt die GP (Grundschule Typ A) trotz anderslautender Gesprächsimpulse und Inhalte mehrfach auf ihr zentrales Motiv problematischer »basaler Fähigkeiten« und die zugehörige, ursächlich erachtete »häusliche« bzw. »familiale Situation« zu sprechen. Auch ein anderes zentrales Motiv kehrt immer wieder: die Zeitproblematik im Umgang mit den Kindern bzw. die mangelhafte Personalausstattung.

Solche Zentralen Motive werden als Kandidaten für Hauptkategorien aus den Gesprächen herausgefiltert. Sie erlauben es, einen Entwurf über maßgebliche Einflussfaktoren des gelingenden oder misslingenden Bildungs- und Erziehungsauftrags zu erstellen (s. Kap. 5.1). Allerdings fließen hier als Hauptkategorien nicht nur explizit benannte oder umbenannte Kategorien (z. B. Ausstattung, Elternkompetenz) oder abstrahierend zusammen gefasste (»Basale Fähigkeiten« unter »Humanvermögen« subsumiert), sondern auch »interpretierte« Elemente ein: So wurde z.B. über diesen Weg der Thesenbildung deutlich, dass dem Habitus (s. Kap. 2.2) der Lehrer für den Zugang zu Schüler/innen und somit für die Mobilisierung von Bildungspotenzialen ein zwar in den Gesprächen nicht explizit angesprochener, aber wesentlicher Einfluss zukommt.

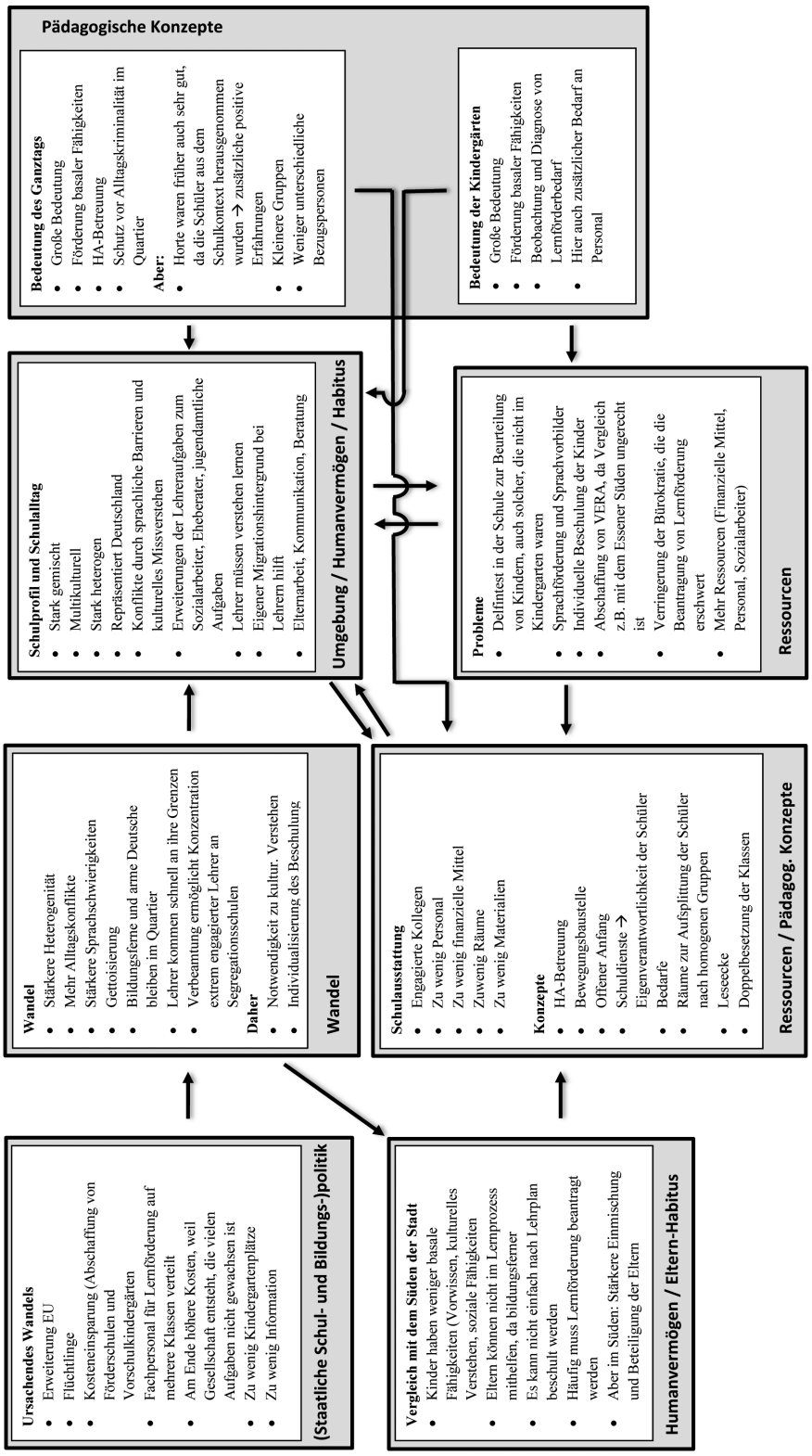


Abbildung 3.2: Beispiel einer Gesamt-Mind Map eines Interviews. Acht Gesprächsblöcke im Überblick mit kodierten Aussagen in ihren identifizierten Argumentationszusammenhängen. (Anm.: Wandel ist nicht als Kategorie zu verstehen, sondern als »Suchscheinwerfer« für den Analyse- und Ergebnisteil II »Wandel«)

Die Auswertung der Mind Maps lässt eine klare Gewichtung von »Zentralen Motiven« seitens der GP erkennen. Bei der Übersicht über alle Gespräche dominiert eindeutig und mit Abstand das Zentrale Motiv »Humanvermögen« (s. Kap. 2.1) bzw. dessen begriffliche Varianten (»Basale Fähigkeiten«, »Grundvoraussetzungen«, »Fähigkeit, beschult zu werden« u.ä.). Die dafür als ursächlich erachteten Kategorien der Elternkompetenz, Umgebungseinflüsse (u.a. Quartier) und die Rolle des Kindergartens unterstreichen diese Dominanz.

Der auf Lehrer und Eltern bezogene »Habitus« (s. Kap. 2.2) folgt in der Bedeutungszuschreibung der Einflüsse auf den schulischen Erziehungs- und Bildungsalltag.

Pädagogische Konzepte spielen ebenfalls ein starke Rolle, gefolgt von Einflüssen der verfügbaren Ressourcen (Personal, »Zeit«, Finanzausstattung, Gebäude und Klassenräume, Computer, nicht zu vergessen: ehrenamtliche Kräfte, Fördervereine, Spendengelder usw.) sowie der ministeriellen, behördlichen und kommunalen Bildungspolitik. Einige andere Kategorien werden häufig angesprochen, an den Grundschulen intensiver als an den weiterführenden Schulen, so etwa Flüchtlinge und Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Nur vereinzelt kommen weitere Kategorien zur Sprache, z.B. Gute Beispiele, Weiterbildung, Ganztagsbetreuung, Seiteneinsteiger, bildungsbürgerlicher (Elternn) Hintergrund, Schulleitung, Bildungsdisposition der Kinder usw.

Während hier der Einsatz der Mind Map-Technik gleichsam umgekehrt verfährt, nämlich die Einzelaussagen zu Hauptkategorien verdichtet, könnte anschließend die empirische Sättigung der einzelnen Hauptkategorien über alle Gespräche erarbeitet und als Ausgangsmaterial einer gegenstandsbezogenen Theoriebildung herangezogen werden. Erneut ist darauf hinzuweisen, dass hiermit die Intention der Untersuchung – auf die Mobilisierung von Bildungspotenzialen und Wandel der Bildungschancen-Ungleichheit gerichtet – überschritten würde.

4 Faktoren der Mobilisierung von Bildungspotenzialen

Die folgenden Ergebnisdarstellung ist zweigeteilt. Sie richtet sich zunächst auf den Suchscheinwerfer, das »Horizontale Bildungssystem«, wie er aus dem Gesprächs- bzw. Datenmaterial über die im Kap. 3 dargestellten Schritte zu Teilen abgeleitet worden ist. Wie dargestellt, reichen diese (implizit oder explizit von den GP wahrgenommenen) Kategorien jedoch nicht aus. Vor allem die Kategorien des Habitus und des Humanvermögens bedurften einer eingehenderen Konzeptionalisierung und theoretischen Grundlegung (Kap. 2).

4.1 Zur (Re-) Konstruktion des Horizontalen Bildungssystems

Der Entwurf der Zentralen Motive und ihrer systemischen Beziehungen mündet nach umfänglichen, gesprächsvergleichend kontrollierenden, iterativen »Lernschleifen« im Konstrukt eines »Horizontalen Bildungssystems«. Zu dem erforderlichen Systemcharakter müssen allerdings auch die Beziehungen, vor allem die seitens der GP als unabhängig/ursächlich und abhängig/bewirkt erachteten Faktoren, zwischen den Elementen untersucht werden. Auch die »Pfeile« beanspruchen daher einen empirisch gegründeten Gegenstandsbezug.

Die Elemente, Beziehungen und Prozesse sind methodisch eng mit der Schulpraxis verbunden. Sie können daher als Ergebnis einer intersubjektiv nachvollziehbaren, gegenstandsbezogenen Interpretation, jedoch mit theoretisch-konzeptionellen Ergänzungen, gelten.

Der Überblick über die Gesamtheit der geführten Interviews offenbart ein immer wieder (i.d.R. jedoch nur in Teilen) ins Gespräch kommendes »Wahrnehmungsinstrument« aus Kernkategorien, die aus Sicht der GP in bestimmten (teils Ursache-Wirkungs-) Zusammenhänge stehen. Dieses kategoriale System und seine Beziehungen sind über alle in der Studie ausgewählten Schulformen und die sozial benachteiligten bzw. privilegierten Standorte hinweg auffindbar. Es kann zu einem Horizontalen Bildungssystem verdichtet werden, das bei der Auswertung Funktionen eines (filternden) Suchscheinwerfers übernimmt.

Unter einem Horizontalen Bildungssystem soll verstanden werden (Abb. 4.1):

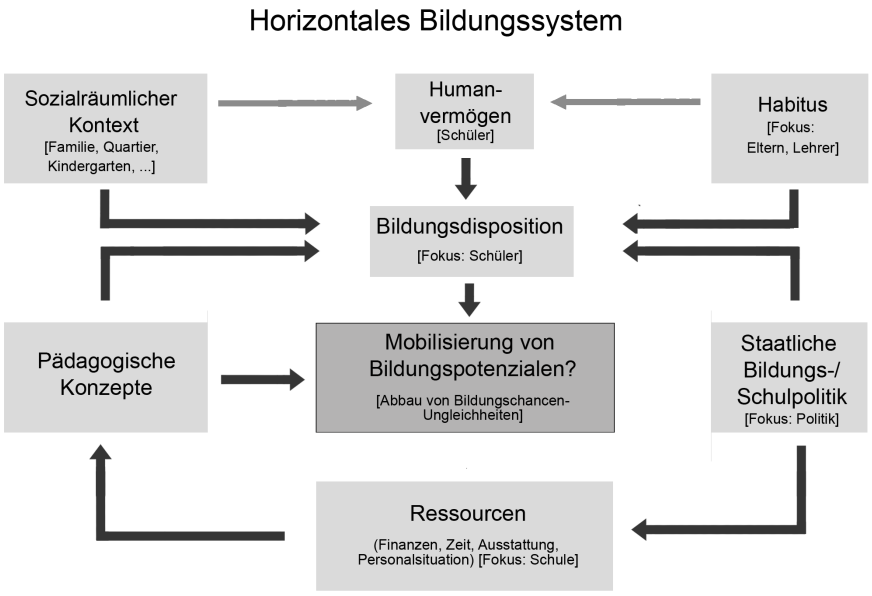


Abbildung 4.1: Das Untersuchungsinstrument des »Horizontalen Bildungssystems«

- Ein empirisches Betrachtungs- und Analyseinstrument, dessen Einzelelemente und Bezüge untereinander gegenstandsbezogen entdeckt werden müssen.
- Dieses Instrument soll die alltagspraktischen Aufgaben, Leistungen und Probleme aus der Sicht der Praxis, d.h. der Lehrer/innen, systematisch erfassen.
- Das Horizontale Bildungssystem wird als Suchscheinwerfer sodann auf die verschiedenen Teilsysteme des Schulwesens gerichtet: (a) auf die Grundschule, besonders in Problemquartieren, und (b) auf das weiterführende Teilsystem. Im Fokus steht die Schulpraxis mit ihren alltagspraktischen Problemen, Gelingens- und Misslingens-Faktoren sowie Steuerungsmaßnahmen.
- Die Handlungsoptionen werden beschränkt und gelenkt sowohl (a) durch das individuelle Berufs- und Selbstverständnis der Lehrer/innen als auch (b) durch den gesellschaftlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag und (c) durch Vorgaben des institutionalisierten, verwaltungs- und politikgestalteten, »institutionalisierten Bildungssystem«. Dazu gehören etwa das dreigliedrige Schulsystem, Gesamtschule, Schulort, -typ, Vorgaben wie Schulschließungen, Lehrpläne, Ressourcen, Inklusion, G8 - G9 usw.
- Die Alltagspraktiker/innen stoßen aber einerseits in ihrer Praxis zusätzlich zu diesen (für sie unabänderlichen) institutionellen Vorgaben und »Leitplanken« im Umgang mit außerschulischen Einflüssen auf weitere Gelingens-, Stör- und Misslingens-Faktoren, wie z.B. das Elternaus, Quartierseinflüsse (der Raum als »Dritter Erzieher«), der kulturelle Hintergrund, Flüchtlingsschicksale und der Lehrerhabitus.
- Als Basis für weiterführende Bildungskarrieren – so die These – spielen die über das »Horizontale Bildungssystem« ermittelten Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Bildungskarriere sowie danach für die Rolle, die jeder Einzelne für die Gesellschaft spielen kann.

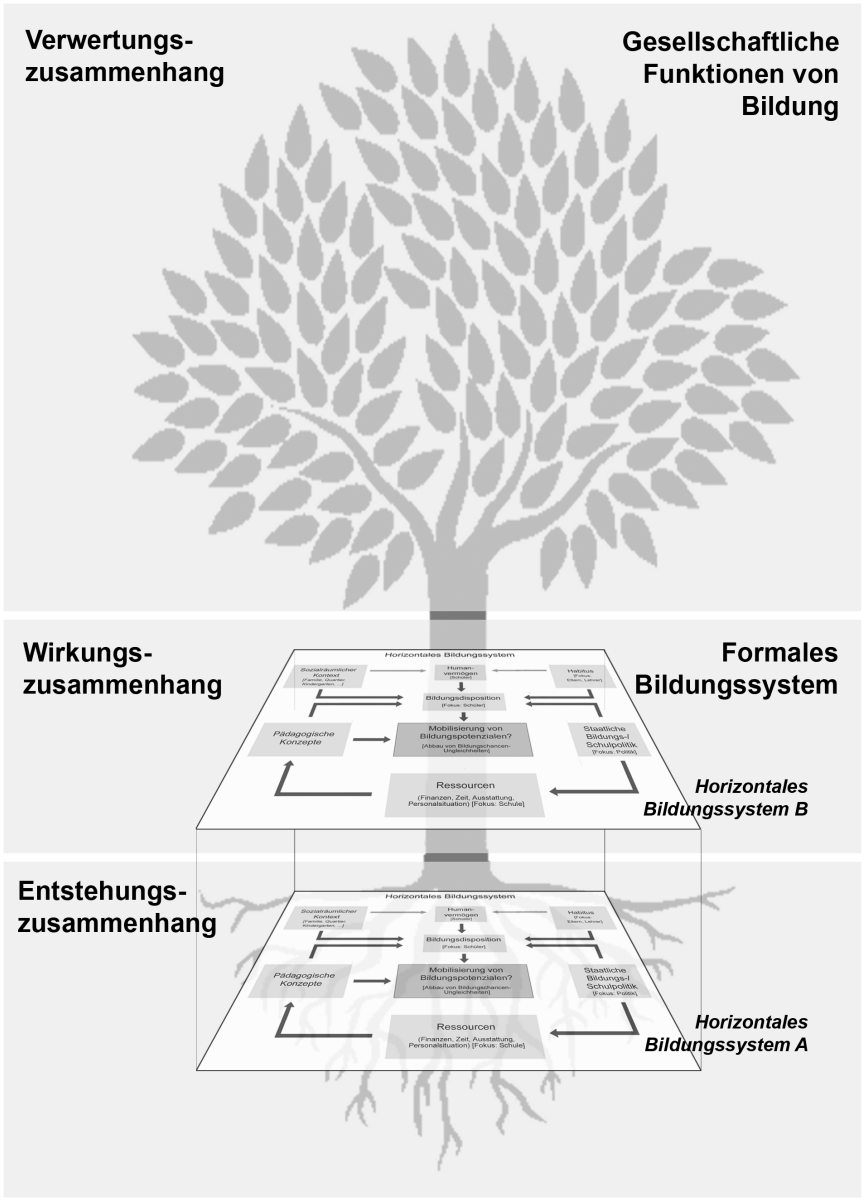


Abbildung 4.2: Zum Einsatz des Untersuchungsinstruments »Horizontales Bildungssystem«

Das Instrument des »Horizontalen Bildungssystems« wurde als Suchscheinwerfer im »Reallabor« der Schulpraxis entwickelt und eingesetzt. Die Wirklichkeit, die Gespräche, waren dabei zu jeder Zeit in der Lage, diese besondere Wahrnehmungsbrille zu korrigieren oder zu modifizieren.

Im ersten Durchgang wird der Suchscheinwerfer auf das Teilsystem »Grundschule in Problemlagen« gerichtet (Abb. 4.2). Ziel ist eine Durchleuchtung bzw. Diagnose des Entstehungszusammenhangs von Bildung, genauer von »Bildsamkeit« und Bildungsdisposition. Im zweiten Durchgang wechselt die Ebene zum zweiten Teilsystem, den weiterführenden Schulen. Hier stehen der innersystemare Struktur- und Funktionswandel als innenbürtiger Wirkungszusammenhang etwa von Schulkarrieren und Mobilisierung, aber auch der diachrone Wandel im Zeitverlauf im Fokus. Es wird sich zeigen, dass das Verhältnis zwischen beiden Teilsystemen ein sehr zweischneidiges und im Wortsinn fragwür-

diges sowie bildungsökonomisch kritikwürdiges ist.

4.2 Gelingens- und Hemmfaktoren der Bildungspraxis

Auf die Gelingens-, Hemm-, bzw. Störfaktoren der Schulpraxis haben, wie erwähnt, vor allem das »Humanvermögen« sowie der »Lehrerhabitus« entscheidenden Einfluss. Sie spielen in ihrem Entstehungs-, Begründungs- und Wirkungszusammenhang sowohl für die Bildungschancen-Ungleichheit als auch für die Mobilisierung eine besondere Rolle. Bei der Analyse zeigt sich, dass das in der Literatur vorfindbare Konzept des Humanvermögens einige bedeutende Varianten in den verschiedenen Schulformen und Lagetypen erfährt.

4.2.1 Humanvermögen im Schulalltag

In den Interviews wurde von Seiten der Grundschulen immer wieder deutlich, dass für eine erfolgreiche Beschulung und Bildungskarriere bei den Schülern spezifische basale Fähigkeiten als notwendig erachtet werden. Besonders im Grundschulsegment der Befragung wurden hierbei häufig Konzentrationsfähigkeit, die Fähigkeit in sozialen Gruppen zu interagieren, räumliche Wahrnehmung, Fähigkeiten zur Mengenerfassung sowie grob- und feinmotorische Kompetenzen genannt. In der Auswahl von Merkmalen basaler Befähigung decken sich die Einschätzungen der Befragten mit den Voraussetzungen, die etwa Kersting (2016) für seine Ausführungen herangezogen hat.

Für diesen Befund werden von den GP verschiedenste Gründe angeführt, die jedoch alle im Kontext sozialer Benachteiligung stehen. Dazu gehören Armut, geringe Bildung der Eltern, beengte Wohnverhältnisse, Probleme soziale Beziehungen zu organisieren und aufrecht zu erhalten, Sprachbarrieren und die Unfähigkeit der Eltern Strukturen im Lebensalltag (Pünktlichkeit, Alltagsorganisation) zu etablieren und zu erhalten.

Verschärft wird die Situation dann wahrgenommen, wenn die Aufgabe der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien hinzutritt. Neben dem Problem des Sprachförderbedarfs kommt hinzu, dass diese Kinder nicht nur in der Anfangsklasse, sondern auch in den älteren Jahrgängen als Seiteneinsteiger unterrichtet werden sollen. Für eine erfolgreiche Beschulung müssen die basalen Fähigkeiten also sowohl bei Erstklässlern als auch punktuell bei Zweitbis Viertklässlern aufgebaut werden. Der unterschiedliche Entwicklungsstand macht daher stark individuell angepasste Unterrichtskonzepte notwendig.

Die Befragten halten den Besuch eines Kindergartens für eine gute Vorbereitung auf die Grundschule und erkennen enorme Unterschiede zwischen Kindern, die einen Kindergarten besucht haben und denen, die dies nicht taten. Insgesamt wird dem Kindergartenbesuch ein hoher Stellenwert für die grundlegende Ausbildung der benötigten basalen Fähigkeiten zugesprochen. Allerdings verlangt gerade der Besuch des Kindergartens wiederum ein gewisses Maß an

Humanvermögen, da etwa feste Abhol- und Bringzeiten eingehalten werden müssen.

In diesem Zusammenhang wird von den GP an den Grundschulen auch der Wegfall des Schulkindergartens seit 2004 beklagt. Wurde bei der Schuleingangsuntersuchung eine mangelnde Schulreife festgestellt, so gab es bis 2004 die Möglichkeit, einen Schulkindergarten zu besuchen, in dem auf die Schule vorbereitet wurde. Der Schulkindergarten wurde durch die flexible Schuleingangsphase ersetzt. Die Idee dabei ist, die schulische Integration in die Schule zu verlagern und am Ende der Klasse zwei zu entscheiden, ob das Kind in der zweiten Klasse verbleibt, oder versetzt wird. Bereits bei der Einführung ist das Vorhaben von verschiedenen Seiten kritisiert worden.

In der Wahrnehmung der GP fehlt für die erforderliche Betreuung ausgebildetes Personal. Zudem gibt es Konflikte mit den Eltern. In Bezug auf die Unterstützungskapazitäten sehen die Befragten zu den Grundschulen in den privilegierten Stadtteilen große Unterschiede. Dort übernähmen die Eltern in Zweifelsfall die Rolle der Ko-Lehrerschaft.

Grundschule Typ A

Also im Essener Süden kann man locker, denke ich, Inhalte auch aus dem zweiten Schuljahr im ersten Schuljahr machen, weil dort auch Eltern sind, die das gut umsetzen können und den Kindern das auch noch mal zu Hause feinpüriert erklären können. Wahrscheinlich auch noch mal Übungsaufgaben dem Ganzen servieren können. Das ist hier nicht der Fall unbedingt. Es sind viele engagierte Eltern, sie können es aber sprachlich nicht umsetzen. Das heißt nicht, dass unsere Eltern nicht engagiert sind, das sind sie, aber in ihrem Rahmen. Ziemlich begrenzt in ihrem Handeln, in ihrem kognitiven Denken begrenzt.

Auch ein Gymnasium vom Typ B beschreibt in Teilen eine Elternschaft, die ihre Kinder aufgrund mangelnder Bildung nicht hinreichend unterstützen können. Dies schlage sich vor allem in den sprachlichen Leistungen bei zentralen Prüfungen nieder. Hier liegt die Einstellung eines recht einfachen Mechanismus sozialer Vererbung von Bildung vor, da lediglich Bildungsinhalte von den Eltern an die Schüler vermittelt werden können, die von den Eltern selbst erworben und verinnerlicht wurden.

Die befragten Grundschulen sehen ihr Problem mit der Schülerschaft auf einer sehr basalen Ebene. Ihnen geht es erst nachrangig um die Vermittlung von Lerninhalten und vorrangig darum, überhaupt erst die Basis zu legen, diese vermitteln zu können. Deshalb verstehen sich die interviewten Grundschullehrer/innen auch nicht nur als Lehrer/innen, sondern sie sind auch »mal Sozialarbeiter, mal Eheberater, mal Jugendamt, mal alles in allem.«

Die Lebensverhältnisse der beschriebenen Familien schaffen denkbar ungünstige Bedingungen, Lerninhalte aufzunehmen. Beispielsweise kommen manche Schüler/innen völlig übermüdet und ohne Frühstück in die Schule. Explizit angesprochen wird Humanvermögen, wie es in Kap. 2.1 formuliert wird, im

Interview mit der Realschule. Neben Neugier und Ehrgeiz wird hier jedoch zusätzlich die Fähigkeit zur Selbstorganisation als Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn genannt.

Realschule Typ B

Und es gehört, um hier bei uns erfolgreich lernen zu können, auch ein gewisses Maß an Selbstständigkeit dazu. Das heißt, ich sage das auch immer auf Elterninformationsabenden, wir wünschen uns, dass die Kinder, die zu uns kommen noch nicht hundert prozentig selbstständig sind, aber zumindest in der Lage sind, weitgehend ihre Tasche selber zu packen, weitgehend in der Lage sind, ihre Hausaufgaben alleine zu erledigen und ich sage mal so, ihre Arbeit zu organisieren.

Recht subtil wirkt sich dagegen eine besondere pädagogische Ausrichtung einer Schule aus, wie es bei einem Gymnasium vom Typ B der Fall ist. Den Akteuren geht es um Werte und deren erzieherischen Vermittlung, wodurch ein edukativer Habitus verlangt und ein Mechanismus sozialer Selektion geschaffen wird, der nicht unbedingt offen formuliert, sondern vielleicht nur billigend in Kauf genommen wird.

Die Erwartungshaltung an das Humanvermögen am Gymnasium Typ B (also eines privilegierten Stadtteils) geht im Vergleich noch weiter. Für eine erfolgreiche Bildungskarriere stehen hier nicht nur Kompetenzen wie »Lernen lernen« und explizit die »intellektuellen Anlagen« der Kinder im Mittelpunkt. Dies ist folgerichtig, da nur solche Kinder mit entsprechend ausgebildetem Humanvermögen eine Gymnasialempfehlung bekommen werden. Auch der Bildungshintergrund der Eltern rückt in den Hintergrund, da deren Bewerbung für den gymnasialen Schulzweig oftmals vorausgesetzt werden muss und kann. Für die Auswahl der Schüler wurde in der befragten Einrichtung neben der intellektuellen Anlage aber auch die Bereitschaft des Elternhauses angesehen, die in der Schule vertretenen Erziehungsziele zu teilen und aktiv umzusetzen. Gefordert wird also nicht nur allgemeines Humanvermögen in Sinne Daseins-Kompetenz, sondern ein spezifischer edukativer Habitus, der die Werte der Schule teilt.

Gymnasium Typ B

Das heißt, da ist schon auch die Leistung des jeweiligen Kindes wichtig. Auch dieses »wie passt das Kind zu uns« und wir schauen auch, wählen die Eltern uns aus, weil ihnen unsere Erziehungsziele wichtig sind.

An dieser Stelle wird deutlich, dass als Grundvoraussetzung für die Beschulung eines Schülers nicht nur das Leistungsniveau, »Selbstständigkeit«, »Ehrgeiz« und »Verantwortungsbewusstsein«, sondern auch die vom Kind nicht beeinflussbare Wertedisposition des Elternhauses (Solidarität, Rücksichtnahme, keine »Service-Mentalität« und damit Übereinstimmung mit den von der Schule präferierten Erziehungszielen) angerechnet wird. So ist die Schule in der Lage, sich eine für die eigenen Ansprüche »funktionierende« Schülerschaft durch die pädagogische Profilbildung und entsprechende Auswahlkriterien zu schaffen.

Betrachtet man die formulierten Erwartungen in der Gesamtschau, so lässt sich eine Erwartungspyramide konstruieren (Abb. 4.3). Die Basis bilden dabei die basalen Fähigkeiten. Sind diese Erwartungen erfüllt, wird Humanvermögen erforderlich. Das Gymnasium Typ B erwartet nicht nur Humanvermögen, sondern darüber hinaus einen bestimmten edukativen Habitus. Damit wird der Selektionsmechanismus zur Spitze hin feiner und die Schülerschaft potenziell sozial homogener.

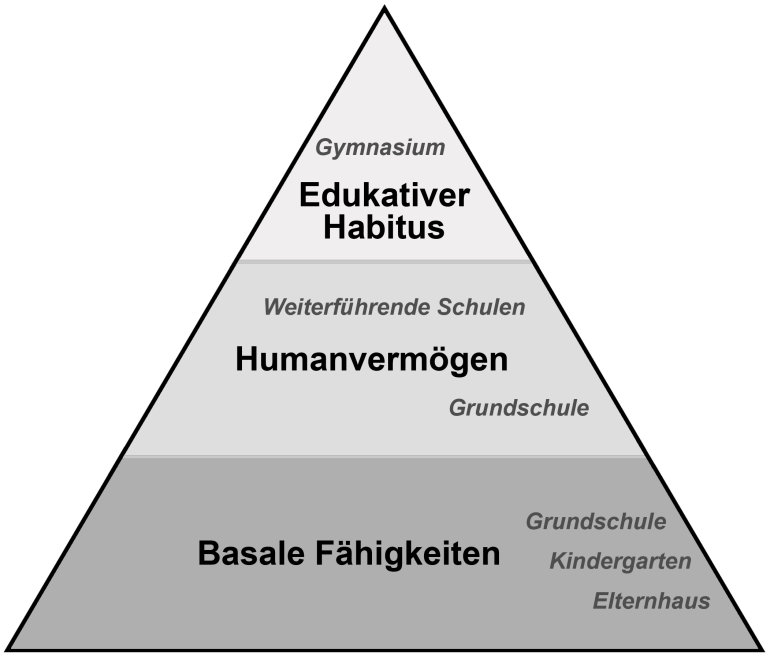


Abbildung 4.3: Erwartungspyramide: Ebenen des Humanvermögens

Auf der Grundlage dieser Pyramide offenbart sich eine gewisse Gemeinsamkeit im Topos über alle Schulformen hinweg, nur eben auf einem anderen Niveau. Dieser besteht in der Formulierung einer Überforderung der Schule in Bezug auf die Aufgaben, welche die Schule leisten soll und in der gleichzeitigen Zurückweisung derselben. So sehen sich nicht nur die Grundschule mit Aufgaben konfrontiert, die sie aus verschiedensten Gründen nicht zu leisten in der Lage sind, sondern auch das Gymnasium Typ B fühlt sich in dieser Rolle. Im Gegensatz zu früher zeichneten sich Teile der Elternschaft immer stärker dadurch aus, keine Verantwortungen mehr übernehmen zu wollen, den Kindern keine Verhaltensgrenzen zu setzen und eine Service-Mentalität zu entwickeln. Mit der Vermittlung von gesellschaftlich geprägten Normen und Werten und der erzieherischen Umsetzung sieht sich die GP immer stärker beauftragt und überfordert.

Gymnasium Typ B

Ich sage mal so, die (Anm.: Schule) soll eine größere Rolle spielen als ihr möglich ist. Weil aufgrund der veränderten Familienstrukturen werden sehr viele Dinge auf die Schule abgewälzt, die wir einfach nicht leisten können.

Dieser Topos mag erklären, weshalb sich das Bildungssystem seit seiner Existenz in der Kritik befindet. Gleich auf welchem Niveau Bildung vermittelt wird, es geht immer noch ein wenig ambitionierter. Das ist auch nicht weiter verwunderlich und gewissermaßen ein gesunder evolutionärer Prozess: Dort wo Handlungsspielräume bestehen, gilt es sie zu vergrößern. Dieser Topos darf aber nicht dazu beitragen, die beschriebenen Unterschiede zu verwischen. An den Grundschulen geht es um basalen Fertigkeiten, die überhaupt erst die Voraussetzung einer sinnvollen Beschulung bilden. Es fehlt nicht nur an Humanvermögen, sondern es fehlt überhaupt an den Fertigkeiten, die notwendig sind, Humanvermögen zu entwickeln. Das markiert unseres Erachtens einen wesentlichen qualitativen Unterschied und läuft darauf hinaus, dass die betroffenen Kinder qua Habitus nicht befähigt sind, überhaupt eine Bildungschance ergreifen zu können.

4.2.2 Bildungsungleichheit – Bildungschancen-Ungleichheit

Trotz aller sozialen Unterschiede herrscht an allen Schulen die Vorstellung vor, dass die Kinder mit unterschiedlichen Talenten, Neigungen und Fähigkeiten an die Schule kommen. Der Auftrag der Schule leitet sich daraus ab: Die Schüler entsprechend dieser »natürlichen« Ordnung zu beschulen und zu selektieren. Natürlich wissen die Lehrer/innen um die Bedeutung der sozialen Vererbung und der Bedeutung der sozialen Herkunft der Schüler/innen für den Bildungserfolg. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse werden aber ausschließlich als Störvariable interpretiert. Der Einfluss des Sozialen auf Bildungsungleichheiten wird als etwas wahrgenommen, dass die »natürliche Ordnung der Begabungen« verzerrt. In der Regel wird dieser Einfluss in eine negative Richtung bestimmt: Die erfolgreiche Bildungskarriere eines eigentlich klugen Schülers wird durch die sozialen Verhältnisse verhindert, die dieser vorfindet.

Grundschule Typ A

Also wir haben oft die Voraussetzung, dass man denkt, eigentlich müsste der das schaffen von den Voraussetzungen, die eigentlich kognitiv zum Beispiel mitbringt. Schafft es aber nicht, weil die Übung einfach fehlt.

Zuweilen muss die oben beschriebene Haltung zu Ungunsten sozialer Privilegierung ausgelegt werden, um zu bezeugen, wie ernst der Auftrag der Selektion nach Eignung genommen wird. So berichtet eine GP des Gymnasium Typ B von einer Episode, in der es darum geht, dass ein Mädchen aus gutem Hause an diesem Gymnasium abgelehnt wurde, weil die Gymnasialeignung bei diesem Mädchen nicht gesehen wurde. Bildungsungleichheit selbst wird also nicht als Problem gesehen, sondern lediglich wie diese hergestellt wird und sich als Bildungschancen-Ungleichheit beschreiben lässt. Dieser Mechanismus wird von den Lehrerinnen als nicht fair und als nicht gerechtfertigt empfunden.

An dieser Stelle kommt die kompensatorische Aufgabe ins Spiel, die der Schule zugeschrieben wird. Der Schule kommt nicht die Aufgabe zu, Bildungsungleichheit abzubauen (diese wird ja als natürlich gegeben hingenommen), sondern

Chancengleichheit herzustellen: Es darf ungleich, soll aber gerecht zugehen. Besonders an den innovativen Grundschulen in Problembereichen wird diese Aufgabe als Kompensation beschrieben, deren Möglichkeiten stets durch Ressourcen der Schulen begrenzt ist: Was das Elternhaus nicht in der Lage ist, zu leisten, muss von der Schule übernommen werden. Das beginnt beim Frühstück, geht zur Zahnhygiene und schreibt sich in verschiedenste Bereiche fort. So gibt es in den Klassen Vorlesepaten mit dem Ziel, eine Lesekultur institutionell zu kompensieren, die im Elternhaus nicht vermittelt wird.

Exkurs:

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die eingangs Bildungs(chancen)-Ungleichheit eine praxeologische Notwendigkeit darstellt. Der Glaube an Bildungsungleichheiten ist unmittelbar mit dem Schulsystem verbunden und folglich an Abschlüsse unterschiedlicher Wertigkeit aufgrund der Notengebung weiter differenziert wird. Nun mag man an dieser Stelle einwenden, dass Talent, Begabung, Intelligenz ohne Zweifel für den Schulerfolg eine Rolle spielen und sich dies insbesondere anhand der Schüler/innen zeige, die trotz widriger sozialer Bedingungen eine erfolgreiche Bildungskarriere hingelegt haben oder trotz ähnlicher sozialer Voraussetzungen besondere überdurchschnittliche oder auch unterdurchschnittliche Leistungen in bestimmten Fächern bringen. Fraglich ist dabei nicht so sehr die Vorstellung, dass Individuen mit unterschiedlichen Voraussetzungen geboren werden (gewissermaßen einer gottgegebenen oder moderner ausgedrückt, natürlichen Ungleichheit der Individuen), sondern die Vorstellung, dass im Bereich menschlicher Gesellschaft Natur und Kultur trennbare Größen sind.[1]

Wenn man erst mal annimmt, dass bereits Begriffe wie Talent, Begabung immer schon gesellschaftlich-kulturell vermittelt sind und es gewissermaßen zur Natur des Menschen gehört, sich seine eigene Natur zu schaffen, offenbart sich eine praxeologisch sinnvolle Blickverengung, die auf der angenommenen Möglichkeit der Unterscheidbarkeit beruht, wo nicht unterschieden werden kann.

Auch die Frage nach Verantwortlichkeit ist falsch gestellt, solange das Schulsystem auf Selektion angelegt ist, es also Noten, Bildungstitel und damit gesellschaftliche Teilhabechancen vergibt. Die Situation ist vergleichbar mit anderen Konkurrenzsituationen, wie wir sie bei fast allen Spielen vorfinden, bei denen es am Ende verdiente Gewinner und unglückliche Verlierer gibt. Das Ungewünschte ist im System selbst angelegt und unabhängig vom Goodwill der Akteure. Sie können lediglich beeinflussen, wer selektiert oder nicht selektiert wird, aber nicht ob. Da das Schulsystem selbst auf Auslese angelegt ist, bleibt den oft humanistisch eingestellten Lehrer/innen nur zwischen legitimer und illegitimer Selektion zu unterscheiden. Legitim aussortiert gilt ein Schüler vor allem dann, wenn eine Chance nicht genutzt wurde, von der man unterstellt, dass sie hätte genutzt werden können. Illegitim selektiert gelten die Schüler, denen »unverschuldet« Chancen verwehrt wurden. Dies macht sich vor allem am Elternhaus fest.

[1] Vgl. »Der Mensch ist biologisch bestimmt, eine Welt zu konstruieren und mit anderen zu bewohnen. Diese Welt wird ihm zur dominierenden und definitiven Wirklichkeit. Ihre Grenzen sind von der Natur gesetzt. Hat er sie jedoch einmal konstruiert, so wirkt sie zurück auf die Natur. In der Dialektik zwischen Natur und gesellschaftlich konstruierter Welt wird noch der menschliche Organismus umgemodelt. In dieser Dialektik produziert der Mensch Wirklichkeit - und sich selbst.« (Berger und Luckmann 1969: 195)

Solche Mängel können sich verdichten zu einem Typus von Schüler/innen, der als unbeschulbar gilt. Der Unbeschulbare hat z.B. keinen Kindergarten besucht und kann sich folglich nicht in sozialen Gruppen wie einem Klassenverband bewegen. Zudem kommen Trennungsprobleme hinzu. Zum Teil fehlt die räumliche Orientierung, was das Schreiben lernen unmöglich macht. Des Weiteren fehlen motorische Fähigkeiten, die in der Schule vorausgesetzt werden. Oder es fehlen Deutschkenntnisse. Kurzum, den Unbeschulbaren fehlen die basalsten Fähig-

keiten, um in der Schule mitzukommen, ohne dass hierfür ein Verantwortlicher benannt werden könnte. Mitunter wird dies auch der schwierigen Familiensituation geschuldet wahrgenommen.

So berichtet eine Lehrerin von Kindern aus geflüchteten Familien, die sich mit mehreren älteren Geschwistern das Schlafzimmer teilen, sich zudem noch um jüngere Geschwister kümmern müssen, weil die Eltern diese Aufgaben aufgrund von psychischen Belastungen (Kriegstraumata) nicht wahrnehmen können. Den illegitim Selektierten wird eine Opferrolle zugeschrieben: An dieser Stelle oszillieren die Lehrer/innen in ihren Anschauungen zwischen sozialisationsbedingten Defiziten, deren Ursache im Elternhaus ausfindig gemacht werden, und der Unmöglichkeit des Schulsystems, diese adäquat auszugleichen.

4.2.3 Lehrerhabitus und pädagogische Innovation als Krisenbewältigung

Wie bereits in Kap. 4.1 dargestellt wurde, fehlen bei den Schülern insbesondere an den interviewten Grundschulen die basalsten Fähigkeiten, um überhaupt sinnvoll beschult zu werden. Grundsätzlich sehen die Lehrer/innen vor Ort die Notwendigkeit, die Schule an die Fähigkeiten und Problemlagen der Schüler/innen anzupassen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, Schule überhaupt erst stattfinden zu lassen. Immer wieder wird von den GP eine kompensatorische Rolle formuliert: Die Schule bemüht sich auszugleichen, was das Elternhaus nicht erbringen kann. Diese Situation verlangt den Lehrer/innen hohes Engagement ab und es steht zu vermuten, dass diese Schulsituation einen spezifischen Lehrerhabitus anzieht. Dieser kann als überdurchschnittlich motiviert und engagiert beschrieben werden: in jedem Falle sehr verständnisvoll und bereit, die Rolle des Anwalts für die Kinder zu übernehmen. Im Folgenden wird dieser Habitus als »besonderes Feingefühl« beschrieben, das nicht erlernt werden kann und wie es in einem anderen Interview heißt, nicht an der Universität gelehrt wird.

Grundschule Typ A

Es ist nicht nur der Unterricht, es ist einfach alles, was dazu gehört. Ich hatte ja gerade am Anfang auch gesagt, du bist Sozialarbeiter, du bist Eheberater, du guckst, dass du die Kinder mit integrierst, auch wenn sie schwierig sind. Du kannst nicht jeden Tag, »oh ja der schon wieder«, ne? Das kann man nicht machen. Man muss schon wirklich reinkommen, weil du jedes Mal ein anderes Kind hast, was zu Hause Probleme hatte, was schwierig war und da muss man ein Feingefühl für entwickeln. Und dieses Feingefühl muss man als Mensch schon haben, finde ich. Das kriegst du nicht beigebracht. Das kannst du auch nicht lernen. Dieses Feingefühl, der Umgang ist schon ein anderer.

Bedeutend in diesem Zusammenhang ist, dass die GP unisono angeben, freiwillig an ihrer Schule zu arbeiten. Die GP haben sich ganz bewusst für eine Schule entschieden, die von den Lehrer/innen mehr verlangt, als es anderswo üblich wäre. Bereits sich als GP zur Verfügung zu stellen, setzt ein gewisses Maß Engagement und Interesse voraus. Zudem gibt dieser engagierte Lehrer-

habitus in einigen Fällen Hinweise auf eine biografische Verbindung mit ihrem Beruf. Sie selbst haben nach eigenen Angaben den sozialen Aufstieg durch Bildung geschafft und wollen diese soziale Mobilität nun auch anderen Kindern ermöglichen.

Dass dies unter den vorgefundenen Bedingungen nicht immer einfach ist, wurde schon an verschiedenen Stellen betont. Es stellt sich also die Frage, was die Lehrer/innen an ihrer Schule attraktiv finden. Auch hier fällt die Antwort recht einstimmig aus: Es ist das Gefühl der Solidarität an der Schule, das besonders geschätzt wird.

Grundschule Typ A

Das ist ein Vorteil unserer Schule, weil wir ein sehr gut miteinander arbeitendes Kollegium haben. Wir sind uns über die Werte sehr einig und versuchen die auch miteinander umzusetzen.

So liegt eine – hier nicht prüfbare – These nahe: Wir gehen davon aus, dass die besonders engagierten Schulen in den benachteiligten Stadtteilen einen bestimmten Lehrerhabitus bedingt. Dieser schätzt nicht nur seine Aufgabe, die Solidarität und die allgemein »gute Atmosphäre«, sondern auch die Spielräume, die sich unter den schwierigen Bedingungen bieten, pädagogisch innovative Methoden anzuwenden und auszuprobieren. Denn die Aufgabe der Integration der Schüler/innen verlangt bei einer heterogenen Schülerschaft Improvisationsvermögen und Unterrichtsmethoden, die individuell zugeschnitten sind.

Grundschule Typ A

Also wenn ich jetzt noch mal zurückdenke, ich bin jetzt seit 20 Jahren ungefähr im Schuldienst, dann war das früher so, dass ich überhaupt nicht wirklich differenziert habe, sondern ich habe mein Buch gehabt, ich habe meinen Unterricht natürlich vorbereitet. Ich bin vorbereitet in den Unterricht gegangen, aber ich konnte mit den meisten Kindern eine Sache bearbeiten. Das hat sich komplett verändert.

An solchen Interviewstellen zeigt sich, dass die Bedingungen im Klassenraum als Folge eines Wandels aufgefasst werden, der vor allem an der Schülerschaft festgemacht wird. Im Vergleich werden die privilegierten Grundschulen als Schulen dargestellt, die von diesem Wandel nicht oder zumindest weniger betroffen sind, sodass dort noch alte Lehrkonzepte wirksam sind und umgesetzt werden können. Mit anderen Worten: Neue pädagogische Konzepte dienen dem Versuch, die krisenhafte Situation in den Klassenräumen zu bewältigen, die ein »Weiter so!« unmöglich machen. Sie mündet in eine Pädagogik, die an dem Prinzip »Ungleiches ungleich behandeln« ausgerichtet ist.

Bei der Umsetzung dieses Prinzips stehen jedoch alte Strukturen im Weg, die als Hemmfaktoren wirken. An erster Stelle ist hier das Gebäude zu nennen. Zum Teil wirken sie wie ein anachronistisches Artefakt, das aufgrund seiner physischen Bestimmtheit nicht ohne weiteres den neuen Bedürfnissen und Erfordernissen angepasst werden kann. So sind sich die GP darin einig, dass die

vorhandenen Klassenräume nicht vereinbar damit sind, Unterricht differenziert zu gestalten. Zwar versuchen die Lehrer/innen den Klassenraum nach verschiedenen Funktionsbereichen zu gliedern: So gibt es etwa eine Lese-Kuschel-Ecke, eine Computer-Ecke, eine Möglichkeit für Versammlungen und meistens Gruppentische. Der Klassenraum selbst bietet aber zu wenig Möglichkeiten für differenzierte Kleingruppen, sich aus dem Wege zu gehen. An einer Schule wird deshalb u. a. auf den Flur ausgewichen. Die Notwendigkeit der Differenzierung nimmt in den Interviews eine ambivalente Stellung ein. Da standardisierte Konzepte nicht greifen, ergeben sich für die Lehrer/innen einerseits pädagogische Spielräume, die von ihnen geschätzt werden und so einen positiven Sinn erfahren.

> **Grundschule Typ A**
>
> Die offenen Unterrichtsformen. Das hat sich auf jeden Fall zum Positiven gewandelt. Muss ich ganz ehrlich sagen. Da kann ich mich gar nicht dran erinnern, dass wir so was gemacht haben. Auf der anderen Seite erinnere ich mich auch daran, dass unsere Klassen kleiner waren – und ja – es war ein anderes Regelverhalten.

Andererseits wird durchaus ein Mehraufwand geltend gemacht und es herrscht die Vorstellung vor, dass es an Schulen mit weniger Kinder aus benachteiligten Familien einfacher zugeht.

> **Grundschule Typ A**
>
> Ich glaube, dass man an anderen Schulen, aus meiner Sicht jetzt, vielleicht einfacher arbeiten könnte.

Insgesamt vermissen jedoch die engagierten Lehrer/innen eine Anerkennung, z.B. in Form einer Entlohnung, für die vergleichsweise komplexen Aufgaben und dem damit verbundenen Mehraufwand, die der Schulalltag in den benachteiligten Quartieren abverlangt. Die Lehrer/innen sehen nicht nur einen größeren Zeitaufwand, den individualisiert gestalteten Unterricht vorzubereiten, die sozialen Probleme der Kinder mit zu bewältigen, sondern besorgen teilweise »aus eigener Tasche« Materialien für den Kunstunterricht etwa.

Zudem wird in den Interviews recht häufig eine Kluft zwischen der Administration (Schulrat, Bezirksregierung, Ministerium) und den Schulen vor Ort wahrgenommen. Der Administration wird dabei die Rolle zu gesprochen, bestimmte Gleichheitsprinzipien durchzusetzen und zu kontrollieren: Lehrerschlüssel, vergleichbare Klassengrößen und vergleichbare Leistungstest. Während also die einzelne Schule in sozial benachteiligten Quartieren bemüht ist, die Folgen sozialer Deprivation auszugleichen, steht die Administration vor der Aufgabe, dafür zu sorgen, dass schulische Leistungen vergleichbar bleiben. Insbesondere standardisierte Leistungstest, wie die Vergleichsarbeiten (VERA), die bundesweit in den 3. und 8. Klassen durchgeführt werden müssen, erscheinen als eine unsinnige Belastung und Ressourcenverschwendung.

Grundschule Typ A

Ich glaube, man müsste erst mal diesen VERA Test abschaffen, der Unmengen von Geld kostet. Das ist meine offene Meinung. Also das ist, das ist etwas, was kein Sinn und Verstand hat. Man kann diese Schule nicht mit (Anm.: einer privilegierten Grundschule) vergleichen, das geht einfach nicht. Unsere Kinder, wenn die dann- Wir versuchen unsere Kinder wirklich auf das Beste vorzubereiten. Nur wir können auch nur mit dem arbeiten, was sie mitbringen. Wir können nicht in einen Inhalt was füllen, was überhaupt nicht verstanden wird. Das geht einfach nicht. Was kognitiv auch gar nicht da ist, davon mal ab.

Die angesprochene empfundene Kluft zwischen der Administration und den Schulen vor Ort ist ein strukturelles Phänomen und hängt unmittelbar mit einer paradoxen Konstellation zusammen. Das Paradoxon besteht darin, dass die Schule sowohl selektieren als auch kompensieren soll; sie muss administrativ durch Benotung und Tests Ungleichheit schaffen, will jedoch mit pädagogischen Mitteln Ungleichheit reduzieren. Um Ungleichheit zu reduzieren, versuchen die Schulen in den benachteiligten Stadtteil innovative Schritte umzusetzen, die Schule individualisiert und differenziert nach den Fähigkeiten der Schüler/innen zu gestalten. Die Schulen in den benachteiligten Stadtteilen adaptieren die vorgefundenen Möglichkeiten und versuchen aus der vorgefundenen Situation das Beste zu machen. Dabei stoßen sie allerdings auf Grenzen: Die räumlichen Bedingungen der Schulgebäude, die zu knappen personellen und finanziellen Ressourcen vor Ort, aber eben auch das formale Schulsystem selbst und seine Anforderungen an Standardisierung und Vergleichbarkeit der Leistung werden als erhebliche Hemmfaktoren wahrgenommen.

4.2.4 Mobilisierung von Bildungspotenzialen

In den Interviews werden immer auch Maßnahmen angesprochen, die Bildungschancen-Ungleichheiten abbauen und damit Bildungspotentiale mobilisieren sollen. Wie in Abb. 4.4 dargestellt, zielen die angesprochenen Maßnahmen auf drei Bereiche: das Kind, die Familie und bereits stark eingeschränkt, das Quartier. In der Tendenz nimmt die Einflussmöglichkeit der Schule nach außen hin ab. Der Einfluss auf das Kind ist also am größten und die Möglichkeiten, auf der Ebene der Gesellschaft als Schule etwas zu verändern, vergleichsweise gering.

Die Halbkreise stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang: Die Familie bedeutet die sozialen Bedingungen für das Kind und das Quartier bildet den sozialen Kontext für die Familie. Gesellschaftliche Prozesse, wie zum Beispiel Segregation und Zechenstilllegungen, beeinflussen das Quartier. Auch wenn nicht in jedem Interview jede Ebene angesprochen wird, lässt sich in der Gesamtschau die Mobilisierung von Bildungspotentialen als Mehrebenenprozess beschreiben. Im folgenden Zitat wird sowohl die Kind-Ebene als auch die Quartiersebene angesprochen.

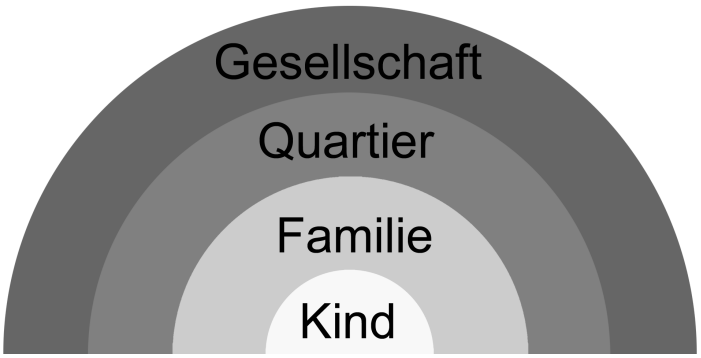


Abbildung 4.4: Die Mobilisierung von Bildungspotenzialen als Mehrebenen-Prozess

Grundschule Typ A

Wir haben ganz viele Schüler, die auf Kosten der Allgemeinheit Nachhilfeunterricht bekommen hier. Teilweise in meinen Augen zu viele, weil die eigentlich viel besser sein könnten, wenn sie selber lernen würden. Die eigentlich jetzt nur zwangsweise lernen, weil die Öffentlichkeit meint, sie müssten diesen Nachhilfeunterricht kriegen, sage ich jetzt mal so etwas ketzerisch, aber ich glaube, was zum Beispiel, denke ich mal, ganz wichtig wäre, in Städten wie Gelsenkirchen, viel mehr Geld noch reinzustecken in die Arbeit des Jugendamtes, da auch viel mehr präventiv zu arbeiten. Und mehr auch Familien begleiten zu können noch. Das gibt es schon eine ganze Menge, aber viel zu wenig eigentlich. Ich glaube, dadurch könnte man auch noch viel Bildungsungleichheit ausgleichen.

Auf der Ebene des Kindes kann man sagen, sollen Bildungsdisparitäten durch Kompensation (wie z.B. Nachhilfe oder die Individualisierung des Unterrichts) oder Entkoppelung von der nächst höheren Ebene, der Familie, realisiert werden. Strategien der Entkoppelung wären Maßnahmen wie der Besuch des Kindergartens oder des Ganztagsunterrichts, welcher gezielt für ausgewählte Kinder als Fördermaßnahme eingesetzt wird. Ein Ausbau des Ganztages wird auch in der Empfehlung »Mehr Schule wagen!«[2] gefordert.

[2] An diesem Papier sind die Bertelsmann Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Stiftung Mercartor und die Vodafone Stiftung beteiligt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017).

Auf der Meso-Ebene geht es um Veränderungen in den Familien. Unter dem Stichwort »Elternkompetenzen stärken«, werden etwa Elternklassen eingerichtet, die letztlich eine Erziehung der Eltern zum Ziel haben. Zudem arbeiten an den Schulen Sozialarbeiter/innen, die die Familien bei Problemen unterstützen. Der Einfluss auf die Familie durch die Schule ist jedoch durch die Bereitschaft der Kooperation auf Seiten der Eltern begrenzt.

Grundschule Typ A

Also, ich denke, dass schon Anstöße gegeben werden und wenn man dann auf Elternhäuser trifft, die ein Interesse haben und die sich auch bemühen, dann kann Schule da eine Menge bewirken. Wenn das aber Elternhäuser sind, die aus was auch immer für Gründen, ich möchte das nicht werten, dazu nicht in der Lage sind, dann können wir nicht alles auffangen. Dann werden wir Bildungsungleichheiten auch nicht aufhebeln - aushebeln können.

Das Schaubild zeigt noch einen weiteren Kreis: die »Gesellschaft«. In den In-

terviews werden etwa Armut und soziale Ausgrenzung, die Verteilung von Ressourcen an die Schulen auf einer gesellschaftlich-politischen Ebene verhandelt. Auch die im folgenden Interviewausschnitt angesprochene Inflation der Bildungstitel kann als ein gesellschaftliches Phänomen gewertet werden, weil sie soziale Teilhabe mit niedrigen Bildungstiteln erschwert.

Grundschule Typ A

Mittlerweile haben wir auch fast nur noch den gewünschten Hochschul- also die Allgemeine Hochschulreife oder zumindest die FH. Als ich so alt war, konnten Sie problemlos mit einem Realschulabschluss eine Ausbildung zur Krankenschwester, zu Bankkauffrau, zur Versicherungskauffrau machen. Das können Sie heutzutage nicht mehr.

Die Beziehung vom inneren Kreis zum Äußeren ist unmittelbar gegeben. Die Möglichkeiten der Entkoppelung und Kompensation ist durch personelle und finanzielle Ressourcen der Schulen limitiert. An dieser Stelle fühlen sich vor allem die Schulen in den benachteiligten Stadtteilen allein gelassen und strukturell überfordert. Die interviewten GP beschreiben ihren Schulalltag als Kampf gegen Windmühlen, indem täglich aufs Neue vor allem Improvisationstalent gefordert ist, die Probleme in der Klasse zu bewältigen. Bei diesem Kampf gegen Windmühlen fühlen sie sich vor allem von der Gesellschaft allein gelassen, weil sie ihr nicht die Ressourcen zur Verfügung stellt, die notwendig wären, damit die Schulen ihrem Bildungsauftrag nachkommen können.

5 Wandel des Bildungswesens an der Ruhr

Der bildungsbezogene Wandel soll im Folgenden nicht anhand seiner geschichtlichen Fakten bearbeitet werden. Hierzu sind Dissertationen im Haus der Geschichte in Bochum in Arbeit. Meilensteine wären u.a. »Bildungsnotstand«, Bildungsexpansion, »Bildungseuphorie«, Antipädagogik im Gefolge der 1968er Jahre, Reform der gymnasialen Oberstufe, Gesamtschule, Reform des Kindergartens, Ganztagsschule, Bildungsreformen in Serie, jedoch im Reparaturmodus, »PISA-Schock«, Inklusion und G8 - G9-Debatte. Hier könnte auch die These einer wellenförmige Dynamik der bildungsbezogenen Wandlungsprozesse eine Rolle spielen (Liebenwein 2011). Eine derartige »Vogelperspektive« soll hier aber nicht verfolgt werden.

Statt einer Makroperspektive »von oben« soll, wie schon im ersten Teil der Untersuchung, der Blick »aus der Praxis« auch hier im Vordergrund stehen. Das Analyseinstrument des »Horizontalen Bildungssystems« soll nun vor allem auf das formale bzw. institutionelle System der weiterbildenden Schulen und seine Wandlungsprozesse gerichtet werden:

- Welche Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge bestehen zwischen den weiterführenden Schulformen und ihren differenzierten Angeboten?
- Lassen sich hier mobilisierbare Bildungspotenziale ausmachen?
- Wie stellt sich der Umgang mit der »Bildungschancen-Ungleichheit« dar?

Nach einem Exkurs zur Klärung des ruhrgebietsspezifischen Kontextes für den Wandel des regionalen Bildungswesens sollen die mannigfaltigen, bildungsbezogenen Sonderbedingungen des Ruhrgebiets skizziert werden. Sie sind in der Regel als pfadabhängige Erblast der montanindustriellen Ära zu verstehen, und stellen u.a. in den ruhrgebietstypischen, sozial-, bildungs-, stadt- und einkommensstrukturell segregierten und deprivierten Vierteln bis heute einen nur schwer und wohl nur teilweise auflösbaren Problemzusammenhang dar.

5.1 Exkurs: Pfadabhängigkeit und »Erblast« des Wandels

Das Ruhrgebiet ist eine verspätete Region. Die Erblast des sozialverträglichen, aber mit Multimilliarden an Erhaltungssubventionen zu lang hinausgezöger-

ten Abbaus des montanindustriellen Komplexes ist noch immer gegenwärtig: Zum einen fehlten diese Gelder der Strukturerneuerung durch damals jüngere Wachstumsbranchen, inzwischen jedoch auch bereits schon wieder in die Jahre gekommene und teils kriselnde Branchen (Auto-/Elektroindustrie/anorganische Chemie). Boden-, Innovations- und Bildungsblockaden (Kap. 5.2) wirkten in die gleiche Richtung. Die neuen Technologien fanden früh ihre (im Ruhrgebiet verhinderten) Standorte in anderen Regionen. Die dort gewachsenen Standortvorteile sind nun an der Ruhr nur schwer und nur in Ausnahmen mit hohem Aufwand (u.a. Gründer- und Technologiezentren) nachholbar. Zum anderen nutzten und nutzen die »Konkurrenzregionen« diese Zeit zum Auf- und Ausbau einer modernen regionalen Wirtschafts- und Branchenstruktur. Diese Vorsprünge erscheinen kaum aufholbar, da die hiesigen Ansiedlungspotenziale von aktuellen Wachstumsbranchen (z.B. IT, Mikrosystemtechnik, Pharmaindustrie, Maschinenbau u.a.) durch den international und interregional intensivierten Standortwettbewerb eng beschränkt sind.

Mit wichtigen Ausnahmen (wie die Hochschullandschaft, das (unfertige) Schnellstraßennetz, Technologie- und Gründerzentren, die Internationale Bauausstellung/IBA-Emscherpark, Emscher Landschaftspark) zeichnete sich der Strukturwandel an der Ruhr bis vor wenigen Jahren vornehmlich durch Umnutzung von Industriebrachen aus: Obwohl erfolgreich, wirken sie im überregionalen Vergleich wie nachholende Reparaturanstrengungen. Im Stile der »symbolischen Politik« wurden die Ergebnisse zwar zum »Neuen Ruhrgebiet« hochstilisiert, konnten aber mit der Entwicklung der Wettbewerber kaum schritthalten. Da hilft auch die offizielle und missverstandene Umdeutung des Ruhrgebiets zur »Metropole Ruhr« nicht weiter.

Wandel und Wandlungspotenziale sind vor allem pfadabhängig: Ruhrgebietsimage, vorauseilender und intensiverer demografischer Wandel mit der Folge von Schulschließungen, Abwanderung und »Brain-Drain«, chronisch leere Kassen der Kommunen – auch bezüglich der verfügbaren Mittel für Bildung –, überdurchschnittliche Anteile an Arbeitslosen, Ausländern, zurückgebliebenen Alten und Armen und deren Konzentration in vergleichsweise dicht verteilten »Problemquartieren«. Diese gibt es auch in vielen anderen Regionen, ein Beispiel für viele: Berlin. Aber sie existieren dort weder in der Dichte noch Dynamik einer Abwärtsspirale. Die Liste der Stör- und Hemmfaktoren des Strukturwandels ist lang und bei weitem nicht vollständig (vgl. Butzin 2012). Daher erscheint die MetropoleRuhr für die anstehende, gesellschaftliche »Große Transformation« (WBGU 2011) - ein in Umfang, Intensität und Geschwindigkeit wohl historisch einzigartiger Umbruch – nur unzureichend gerüstet.

Ein weiteres Beispiel einer solchen Erblast belegt der Bildungsbericht Ruhr (Ruhr 2012: 54): An der Ruhr beobachtet man einen um 5% höheren Sprachförderbedarf als der NRW-Durchschnitt ohne Ruhr. Sprache ist eine der wichtigsten Basisvoraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien. »Wenn es bereits an sprachlicher Bildung mangelt und andererseits Heimat jener Ort ist, an dem ich die Menschen, ihr Denken, Handeln und Fühlen und sie mich in dem meinigen verstehen« (in Anlehnung an Kuzmany 2012), so könnte Heimatfähigkeit bereits hier gestört und Exklusion vorprogrammiert sein.

Überlagert wird der ruhrgebietsspezifische und regionsinterne Wandlungsdruck durch die sog. Globalen Megatrends: Globalisierung, demografischer Wandel, technologischer Wandel der Basis-(und Wachstums-)technologien / Digitalisierung, soziokultureller Wertewandel; Klimawandel, Ressourcenverknappung und schließlich (Re-) Urbanisierung.

Die Herausforderungen der »Großen Transformation« werden in ihren Herausforderungen an Bildung zum Abschluss des Berichts noch näher beleuchtet.

5.2 Bildungsbezogene Sondersituation Ruhr

Der Wandel des Bildungswesens an der Ruhr geht zum einen nicht losgelöst vom allgemeinen gesellschaftlich-ökonomischen Strukturwandel einher. Zum zweiten prägen aber auch außerordentliche und folgenschwere Singularitäten das Bildungswesen und seine Entwicklung im Ruhrgebiet:

- Historische Bildungsblockade I: Europaweit, wenn nicht sogar im Vergleich aller hochentwickelten Industriestaaten einzigartig, ist der politisch gewollte Sachverhalt, dass es bis Mitte der 60er Jahre in einem Ballungsraum von fast 6 Mio. Einwohnern keine einzige Universität gab. Sogar die bergbaubezogenen Studiengänge mussten außerhalb der Region, in Clausthal-Zellerfeld und in Aachen absolviert werden. Dafür sind zwei ruhrgebietsspezifische Ursachen verantwortlich:

  > Zum einen duldete Kaiser Wilhelm II. (1859 - 1941) im Ruhrgebiet keine Hochschulen, da er befürchtete, dass eventuelle Verbindungen zwischen Arbeitern, Armee und geistigen Eliten nicht mehr kontrollierbar seien. Zum anderen wurde zur Blütezeit der Montanindustrie der große Bedarf an Arbeitskräften durch Einwanderungswellen überwiegend aus deutschen Ostgebieten und Polen gedeckt, die oft weder lesen noch schreiben konnten. Eine Lockerung der ‚Bildungsanforderungen' war die Folge. (o.S. Stadt Dortmund 2013). Hochschulen wurden nicht vermisst.

So funktional diese doppelte Bildungsblockade für die Montanindustrie auch sein mochte, sie festigte die Monostruktur, zumal lästige, aber technologisch modernere und wachstumsträchtige Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, durch die »Bodensperre« aus der Region fern gehalten wurden (vgl. Ansiedlungsersuche u.a. von VW, Ford oder Schering. Die Ansiedlung von Opel gelang der Stadt Bochum nur mit ausgeklügelt kreativen Schachzügen). Es dauerte etwa drei Generationen, bis man mit der Öffnung der ersten regionalen Hochschule, der Ruhr- Universität Bochum/RUB, im Jahr 1964, den Start zur Überwindung der Blockade und zur nachholenden Entwicklung fand. Folgerichtig wurde die RUB als Volluniversität mit einem möglichst kompletten Angebot an Studiengängen realisiert. Eine Spezialisierung war nicht geplant. Bis heute macht die RUB für das Scheitern der Versuche, den »Exzellenzstatus« zu erlangen, eben diese damals geforderte Breite und die Tatsache geltend, dass man seinerzeit zunächst den Nachholbedarf der regionalen Bevölkerung, d.h. zu erheblichen

Teilen der Studierenden aus Arbeiterfamilien, gerecht zu werden hatte. Das gelang mit bemerkenswertem Erfolg! An den Spätwirkungen aber wird bis heute gearbeitet.

In der Folge gelang es, im Ruhrgebiet mit einer gewaltigen Kraftanstrengung die dichteste Hochschullandschaft Europas zu schaffen: 22 Hochschulen, ergänzt von einer Fülle hochrangiger Forschungsinstitute, Technologie- und Gründerzentren.

Allerdings ließ sich der Zuwachs an Studienabgängern nicht immer mit der Umstrukturierung der Wirtschaft synchronisieren: Immer wieder wurde in den Jahren um die Jahrhundertwende beklagt, dass viele der aufwändig Hochqualifizierten in der Region keinen Arbeitsplatz fänden und so zur Abwanderung gezwungen seien. So führte z.B. die »Überproduktion« von IuK-, von Informations- und Kommunikationsspezialisten zu einem nicht unerheblichen Brain Drain.

- In der langjährig dominanten SPD-Politik und Bildungspolitik favorisierte man flächendeckend Gesamtschulen und andere integrierte Schulformen anstelle des dreigliedrigen Schulsystems. Sie wurden zeitweise von der Opposition erbittert bekämpft, da sie vermeintlich auf Kosten der kontrollierbaren Qualitätsstandards, wohl auch Elitebildung gehe. Zudem scheiterte im Jahr 1978 der Versuch der SPD-Landesregierung, die Gesamtschule flächendeckend einzuführen. Ein Volksbegehren mit 3,6 Mio Unterschriften machten die Pläne zunichte. Seitdem haben Kompromisse ein Nebeneinander der Schultypen zugelassen. Bei freier Schulwahl bedeutet das Wettbewerb der Schulformen und tendenziell ein Nebeneinander von Segregations- und Integrationstendenzen.
- Das Ruhrgebiet ist bis heute geprägt durch den Sachverhalt vergleichsweise dicht verteilter und ausgeprägter Problemquartiere. Sie zeichnen sich aus durch quartierstypisch hohe Konzentrationen an sozialen Problempotentialen, u.a. der Armen, Alleinerziehenden, Ausländern, Arbeitslosen und Alten, zugleich mehrheitlich bildungsferneren Schichten. Sie haben ihren Ursprung nicht selten in den in unmittelbarer Nachbarschaft stillgelegten Zechen- und Werksanlagen. Selektive Abwanderung, Geschäftsschließungen, relative Mietpreisschwäche und (erneut) selektive Sogwirkung des niedrigen Preisniveaus sowie der verwandtschaftlichen und soziokulturellen Nähe bündeln sich zu einer sich selbstverstärkende Spirale der räumlichen und sozialen, der bildungs- und einkommensbezogenen Segregation. Sie können – tendenziell kaum oder nur langfristig änderbar – im Verein mit den chronisch leeren öffentlichen Kassen als eines der zentralen Hemm- und Gefährdungspotenziale der stadtregionalen Entwicklung der MetropoleRuhr gelten. Der Blick in die Binnendynamik der bildungsbezogenen Strukturen und Wandlungsprozesse erhärtet diese These.
- Das (Bildungs-)Bürgertum war im Ruhrgebiet mit seiner Industrie- und Arbeitergesellschaft traditionell weit unterrepräsentiert. Folglich konnten bildungsnahe Elternhäuser und deren Kinder das Schulwesen zunächst weniger stark prägen. Der Besatz mit Gymnasien war vergleichsweise schwach.

> Das an den Gymnasien besserer Wohngebiete vorherrschende Bildungsideal der christlich-humanistisch Elitebildung konnte, sollte oder wollte diesen strukturellen Besonderheiten lange Zeit nicht – und später nur zögerlich – gerecht werden. War es doch geprägt von einer bildungsbürgerlich sozialisierten Lehrerschaft, der die Welt der montanindustriellen Arbeiterschaft fremd und unzugänglich war. So berichtet ein GP, dass er die Arbeiterkinder und die Eltern nicht verstehe und nicht von ihnen verstanden werde, schlicht nicht mit ihnen und an entsprechenden Schulen arbeiten könne. Erst mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Industriearbeiter und dem weit unterproportionalen Umbau zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft setzte eine relative Erstarkung der bürgerlichen Mittelschicht und die Nachfrage nach entsprechenden Bildungsangeboten ein.

- Die Industriearbeiterschaft zeichnet sich dagegen durch einen ganz besonderen bildungsrelevanten Habitus aus, in dem der Zusammenhang zwischen einerseits Lebenslage bzw. Lebenspraxis, verstanden als »aktive Verarbeitung der Lebensbedingungen«, und andererseits Bildungsvorstellungen bzw. –dispositionen deutlich wird:

> Die Bildungsidee des Humanismus setzt eine gesicherte Lebenshaltung voraus, die Lebensbedingungen der Arbeiter sind aber stärker von Prekariat gekennzeichnet. Deren existenzielle, realistische Ängste vertragen sich schlecht mit der Zweckfreiheit, die im humanistischen Bildungsideal steckt. (…) Aus dieser Perspektive ist es dann nicht verwunderlich, dass ‚ohne Verbindung mit dem Bedürfnis nach persönlichem, beruflichen Fortkommen das Bildungsangebot keine Chance hat, einer Nachfrage zu entsprechen'. (Bremer 2011: 173)

»Arbeit und Bildung haben ganz unterschiedliche Bedeutung für Arbeiter und Angestellte« (Bremer 2011: 174). Bremer argumentiert weiter: Wolle man Arbeiter erreichen, so bedürfe es eines Bildungsangebotes ganz anderen Typs: Es muss durch seine Sachlichkeit erkennen lassen, was man davon haben kann. Die soziokulturelle Welt der Industriearbeiterschaft ist aber den Lehrenden in aller Regel weder vertraut noch zugänglich. Die jeweilige kulturelle Praxis und der Habitus bringt daher eine Distanz mit sich, die Folgen für die Lehr-Lern-Praxis hat.

> Wenn bisher von objektiven Mentalitätsbarrieren gesprochen wurde, so ist nunmehr darauf hinzuweisen, dass der Verhaltensmodus derer, die Bildung anbieten, mit dazu beiträgt, diese Barrieren unübersteigbar zu machen. (Bremer 2011: 175)

Hierin mag eine Teilursache stecken, dass die »Bildungsexpansion« im Ruhrgebiet zwar erfolgreich bis in die Hochschulen verlief, nicht aber die Bildungschancen-Ungleichheit zu mindern vermochte. Eine gegenteilige Beobachtung oder These wird von keinem einzigen GP vertreten.

Mit dem Niedergang der Montanindustrie und der »Freisetzung« ihrer Beschäftigten ging erwartungsgemäß ein bemerkenswerter Wandel einher: Der »alten«

Industrie-Arbeiterschaft konnte noch eine »starke Bildungs- und Aufstiegsmotivation« bescheinigt werden (Bogumil u. a. 2012: 28), da sie sich in einer Gesellschaft wähnte, »in der Leistung von Kindern und Jugendlichen und nicht deren soziale Herkunft für den Bildungserfolg entscheidend sind« (a.a.O.). Der hohe Arbeiteranteil an Student/innen in der rasch wachsenden Hochschullandschaft des Ruhrgebiets belegt das.

Dann aber sorgte eine Gemengelage von Abwanderung der Mutigeren und Qualifizierteren (Brain-Drain), von Umschulungen und mangelhaftem Ersatz der Industrie- durch Dienstleistungsjobs, von wachsenden Arbeitsmarktrisiken und sinkenden Leistungen der Sozialkassen, von verschärftem demografischem Wandel und leeren kommunalen Kassen, für vergleichsweise hohe Arbeitslosenzahlen und Armutsrisiken. Ist der Anteil an Kita-Besuchern schon in gesamt Nordrhein-Westfalen der niedrigste aller Bundesländer, so wird er im Ruhrgebiet nochmals unterschritten. So entstand ein folgenschwerer Wirkungszusammenhang, in dem ein neuer Habitus das Erbe der alten, stolzen Industriearbeiterschaft antritt: Er führt zu einer ganz anders gearteten zweiten Bildungsblockade, diesmal aber am unteren Ende der des Bildungssystems:

> Die Aufstiegsmöglichkeiten sind [Anm.: heute] für eine nicht unerhebliche Zahl von jungen Menschen schlechter geworden. Sie sind nicht nur aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen, sondern haben die Fähigkeit und die Bereitschaft verloren, am Erwerbsleben oder an der Bildung teilzunehmen. In manchen Teilregionen des Ruhrgebiets kann man beobachten, dass mit einem wachsendem Armutsrisiko, einer hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausschluss vieler Menschen aus der Bildung, das Humanvermögen schwindet. (…) Immer mehr Menschen aus der Unterschicht verlernen zu wollen (…), weil ihr soziales Umfeld ihnen täglich zeigt, dass es keinen Sinn hat zu wollen – es gibt weder Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung noch Vertrauen in die individuellen Chancen. Wer nicht mehr will, hat auch kein Motiv zu lernen, wer kein Vertrauen in individuelle Chancen hat, hat keinen Grund, gesellschaftliche Spielregeln zu respektieren. (Bogumil u. a. 2012: 29)

Es entfaltet sich – den vorliegenden Ergebnissen folgend – im Basisbereich des Bildungswesens, in den Grundschulen der Problemquartiere, eine weniger beachtete, aktuelle und nach Lösung drängende Bildungsblockade anderen Typs. Sie schickt sich an, mancherorts die Fragmentierung der MetropoleRuhr auf Dauer zu stellen, Exklaven von Parallelwelten zu »bilden«. Sie fallen räumlich, kulturell, sozioökonomisch aus dem Stadtgefüge heraus. Es entsteht sozial und städtebaulich eine »Stadt der Löcher«.

Man kann das aus sozial- und bildungsstruktureller Perspektive auch anders formulieren: Zunehmende Defizite an Humanvermögen und also fehlende Bildung haben das Potenzial, in der ruhrgebietstypischen Konzentration der A-Quartiere – Erblast der montanindustriellen Zeit – zu einer stadtgesellschaftlichen und entwicklungsstrategischen »Fußfessel« zu werden. Es ist zu befürchten, dass sie sich selbst erhält oder verstärkt.

Beatrice Hungerland unterstreicht das:

> Der ausweisliche Erwerb von gesellschaftlich geforderten Fähigkeiten bestimmt (…) die individuelle Chance zur gesellschaftlichen Partizipation. Bei einem Mehr winkt Statusgewinn, materieller Gewinn, sozialer Gewinn, während ein Weniger die Chancen schmälert. (…) Menschen, die bestimmte erwartete Kompetenzen nicht erworben haben, [Anm.: werden] aus bestimmten Formen gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen (…). Welche Kompetenzen das sind, ist gesellschaftlich definiert. Minorisierung wird durch solche Mechanismen hergestellt, sie trifft jeweils Menschengruppen, die bestimmten sozialen Erwartungen nicht genügen und denen daher ein Mangel an Leistungsfähigkeit unterstellt wird. (Hungerland 2002: 283)

- Neben den beiden retrospektiven, historischen und jüngeren Wandlungsprozessen im Bildungswesen, dem allgemeinen und dem ruhrgebietsspezifischen, wird immer nachdrücklicher ein dritter, prospektiver und zukunftsgerichteter Wandlungsprozess des Bildungswesens gefordert: Die Stimmen mehren sich, die einen grundlegenden Systemwandel, gar eine Bildungsrevolution einfordern. Sie allein sei in der Lage, auf die Herausforderungen der immer noch weitgehend unübersichtlichen Turbulenzen der digitalen Revolution und ihrer Wirkungen auf eine anstehende Industrie 4.0, präziser: »Gesellschaft 4.0«, Antworten zu finden. Wo und solange sie fehlt, steht zu befürchten, dass eine erneute »Bildungskatastrophe« droht, die der nach dem »Sputnikschock« (1957) nicht nachsteht. Während damals aber die Bereitschaft, der politische Wille und die Mittel bereitstanden, die umfangreiche »Bildungsexpansion« in Gang zu setzen, können heute solche Konzepte nicht mehr greifen: Angesichte der Gesellschaftsformation »Industrie 4.0« wissen wir noch gar nicht, wie viele bzw. wie wenige und welche Qualifizierten diese erst in groben Umrissen zu erahnende Gesellschafts- und Wirtschaftsformation benötigt und zulässt. Wenn das ersetzbare Potenzial von Hochqualifizierten in der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft 4.0 so groß ausfällt, wie nicht selten projiziert, so könnten der ökonomistischen Zweckentfremdung (s.u.) von Bildung die Grundlagen und der (fragwürdige) Sinn entzogen werden.

- Durch diese bildungsbezogene Wandlungsdynamik an der Ruhr zieht sich schleichend eine stille, aber umso wirksamere Wandlungstendenz hindurch. Ihre Spuren sind deutlich in den Narrativen der GP zu finden. Erschien es in der Hochzeit der montanindustriellen Arbeiterschaft noch durchaus rational, Bildung mit sozio-ökonomischer Zwecksetzung zu verknüpfen, so bemühen sich in der Folgezeit anstelle der an Dominanz verlierenden Industriearbeiterschaft manche Konzerne um die (Mit-) Bestimmung der Lehr-Lernformen und Bildungsziele.

Erkennbar ist ein Wandel der Bildungsziele vom klassischen, humanistischen Bildungsideal über die Spielarten seiner Modernisierungen (individuelle Selbstorganisation, politische Teilhabe, …) zur Blickverengung auf ökonomistische Bildungszwecke, auf Verwertungszusammenhänge auf dem Arbeitsmarkt. Die Tendenz zur Ökonomisierung von Bildungszielen zu Bildungszwecken hat historische Wurzeln und konnte sich daher gerade im Ruhrgebiet ausprägen. Denn die vorherrschende Verbindung von Bildungs-, Berufs-, und Einkommenskarrieren führte zu einer »Sandwich-Position«: Die Ökonomisierung wurde von zwei

Seiten, dem Arbeitnehmer und der Privatwirtschaft, nachgefragt und als opportun erachtet.

Unklar ist, ob diese Zweckentfremdung ihre Legitimation finden kann und darf in der regelmäßig zu beobachtenden, einvernehmlichen Interessenskoalition zwischen Enteigner und Enteignetem bezüglich ökonomischer Bildungsziele: Die Folgekosten der geglätteten, stromlinienförmigen Bildungs- und Berufskarrieren werden bezahlt mit der eigenen Substanz, mit hochgradiger Flexibilisierung und Unsicherheiten der Lebensplanung und mit den dazu nicht passenden und nicht gewünschten Kindern.

Sie werden aber wohl auch bezahlt mit Defiziten an jenem Potenzial von kritischen Vor- und Querdenkern, die politische und gesellschaftlichen Teilhabe, Partizipation und demokratische Mitbestimmung sowie Mitgestaltung einfordern, die Vielfalt und Heterogenität verbürgen. Wie kann es sein, dass dem naturbezogenem Artenschutz und seiner Diversität berechtigterweise so viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, der soziokulturellen Vielfalt des – gerade politischen – offenen und kritischen Querdenkens, Wahrnehmens und Handelns, dem Kreativ- und Innovationspotenzial aber nicht?

Wenn die Bildungschancen soziokulturell »vererbbar« sind und Familie zunehmend in den unteren Bildungsschichten stattfindet, die Kinderarmut ebenso wächst wie die Spaltung zwischen Arm und Reich, dann muss es bedenklich stimmen, was Studien belegen: Mit dem Erfolg z.B. der Hochschulkarrieren (»Nachwuchs«, Mittelbau) sinkt die Anzahl der Kinder der Dozenten/innen rapide.

> 72 % des wissenschaftlichen Nachwuchses sind kinderlos, in NRW: 77 % der Männer, 81% der Frauen. (…) »Solange ich keine Kinder habe, sind die Perspektiven eigentlich einigermaßen gut. Wenn ich welche hätte, wären sie äußerst schlecht.« (Promovierte Wissenschaftlerin, 34 Jahre, keine Kinder) (BMBF / Bundesministerium für Bildung und Forschung. Referat Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung 2010: 3)

An der Bildungsspitze gäbe es viel Wichtiges zu vererben, aber es gibt immer weniger Erben. Am andern Ende gibt es reichlich Problempotenziale zu vererben und da drängeln sich die Erben. Familie findet im Ruhrgebiet »unten« statt.

5.3 Wandel von Lehrer-, Schüler- und Elternhabitus: Katalysatoren der Mobilisierung?

Wenden wir uns nun den empirischen Befunden zu, dem in der schulalltäglichen Praxis wahrgenommenen Wandel aus beiden Interviewphasen zu. Wie bereits im ersten Ergebnisteil, so werden auch hier die Schulpraktiker/innen zu einem Gespräch gebeten, dem der Suchscheinwerfer des Horizontalen Bildungssystems zugrunde liegt. Hinzu kommt jedoch eine zweite Interessenslage, nämlich über

den Wandel des Bildungswesens und dem seiner Elemente des Horizontalen Bildungssystems Auskunft zu geben. Hierzu wurden erfahrene, ältere oder auch pensionierte Lehrer/innen befragt.

Ziel dieses Untersuchungsschritts ist es, die Änderungsprozesse in ihren Grundzügen aufzuspüren, um sowohl Fragen von zu- oder abnehmender Mobilisierung, von zu- oder abnehmender Bildungschancen-Ungleichheit nachgehen zu können, als auch dem Vergleich zwischen den Teilsystemen der Grundschulen, besonders der Problemquartiere und der weiterführenden Schulen.

Betrachten wir zunächst das Teilsystem der weiterführenden Schulen und schauen auf die Änderungen im Lehrer-, Schüler- und Elternhabitus.

Die These, dass der Verhaltensmodus derer, die Bildung anbieten, mit dazu beiträgt, diese Barrieren unübersteigbar zu machen (Bremer 2011: 158), ist bezogen auf die Industriearbeiterschaft und ihren deutlich unterscheidbaren Habitus bzgl. der Einstellung zu Bildung (s.o.). Ganz ähnliche, dem Lehrerhabitus geschuldete »Mobilitätshemmnisse« und Verhaltensmuster, die Bildungschancen-Ungleichheit erhalten oder stärken, finden sich in den 1960er und 1970er Jahren aber auch an anderen Orten und Schulkarrieren der Mittelschicht. Sie sind daher durchaus nicht als spezifischer Habitus gegenüber der Arbeiterschicht aufzufassen: So erinnert sich ein GP:

Realschule Typ B

An der Realschule war früher (…) und ist zum großen Teil auch heute noch, ein anderes Elternpotenzial oder eine andere Elternschicht als am Gymnasium. (…) Die Sprache am Gymnasium ist eine andere als an der Realschule. (…) In meiner eigenen Schulzeit hat man uns [Anm.: nach dem Wechsel ans Gymnasium] deutlich gemacht, dass wir geduldet waren, mit dem Satz: ›Wir wissen schon, Sie sind lieb aber doof!‹. [Und das] zur Begrüßung am ersten Tag am Gymnasium, Klasse 11! Das würde heute keine Schule mehr wagen. Weil heute alle Schulen auf die Realschüler angewiesen sind, (…) um das Überleben der eigenen Schule zu sichern – nicht ganz unegoistisch.

Derartige Barrieren werden auch von anderen GP unterstrichen. So kann in der Zeit der 1960er und 1970er Jahre seitens der »höheren« Schule ein eher ablehnendes Verhalten gegenüber »niedrigeren« Bildungsstufen konstatiert werden, das der Durchlässigkeit und Mobilisierung der Bildungspotenziale nicht nur nicht dienlich war, sondern – so die These – bewusst und gewollt Bildungschancen-Ungleichheit erhielt oder herstellte.

Gymnasium Typ B

Die ersten Woche am Gymnasium haben mich eher verstummen gemacht. (…) Ich war eine recht gute Realschülerin (…), aber ich war eingeschüchtert von den Lehrern, der Sprache und dem Umgang, den man mit uns pflegte. Zunächst mal kriegten die Realschüler nur ausgemusterte Lehrer, (…) die anderswo nicht so gewünscht waren. Die waren nicht so besonders engagiert und die waren nicht besonders freundlich. Und meine ganzen Realschul-Mitschüler, die mit mir das Abitur machen wollten, waren in gleicher Weise eingeschüchtert. (…) Früher war das ganz klar, wir waren die Schüler zweiter oder dritter Klasse. – Das ist heute sicher nicht mehr so! (…) Weil (…) ja politisch gewollt ist, dass zumindest jeder da sein Abitur macht oder zumindest zum Gymnasium geht.

Heute dagegen sind an den Übergängen der Schulformen vor- und nachbereitende Eingliederungsangebote die Regel. Z.B. bietet man für Realschüler Sonderkurse an, Schnuppertage am Gymnasium, Angleichungskurse, während die Realschule selbst viel stärker vorbereitend auf die Belange der weiterführenden Schule eingeht.

Diese Rückblende belegt ebenso wie die Beobachtungen von Bremer (2011), dass der Lehrerhabitus für Mobilisierung und De-Mobilisierung, für Gleichheit oder Ungleichheit von Bildungschancen eine erhebliche Rolle spielen kann. Mit der Wissensgesellschaft und dem politischen Willen zur Höherqualifizierung hat sich die Durchlässigkeit zwischen den Schulen deutlich verbessert – ein klarer Erfolg für die Mobilisierung von Bildungspotenzialen durch Abbau von Chancen-Ungleichheit.

Allerdings sind dabei auch Zweifel anbracht, denn die segregierende Haltung könnte sich auf einer ganz anderen, Habitus geleiteten Ebene versteckt halten:

Gymnasium Typ B

Wenn der Schüler, wo der Papa Doktor ist, den Deutschaufsatz versaut, dann sagt man, so ein Blödmann, der kann es doch besser. Wenn der vom Kohlehändler den versaut, dann sagt man, ist ja klar, der kann es halt nicht. Das wird keiner so offen sagen, aber im Kopf ist es.

Was heute noch in den Köpfen der Gymnasiallehrer vermutet wird, war früher und ist heute teils noch an anderer Stelle zu finden: einst verpflichtend sowohl in der Schülerkartei als auch im Klassenbuch – heute allerdings als freiwillige Angabe.

Gymnasium Typ B

Die Berufe der Eltern, das fiel dann auf einmal [Anm.: um ca.1980] weg. Und ich weiß, wie irritiert ich als Lehrer war, dass ich nicht mehr wusste, was die Eltern so machen. Das spielt schon im Unterbewusstsein eine Rolle, dass du wusstest, der Vater ist auch Lehrer oder der Vater ist Arzt. Es soll sich da keiner rausreden, dass er das nicht gedacht hat, der Vater ist doch Arzt oder Professor!

Explizit wurde der Beruf des Vaters erfasst. Er leistete dem sortierenden und segregierenden Denken Vorschub: Beruf entspricht Wissen, Können und Bildung. Bildung ist »Erbgut«. Der Beruf des Vaters ist also legitimer Indikator für die Bildungsdisposition und Bildungsfähigkeit des Kindes.

Dem unterschwelligen Lehrerhabitus scheint ein ebenso unterschwelliger Schülerhabitus zu entsprechen, der einen ganz wesentlich erachteten Unterschied ausmacht:

Realschule Typ B

»Die Benachteiligung durch Sprache und Allgemeinbildung, die Kinder aus der bildungsfernen Schicht mitbringen, kann die Schule nie aufholen. Auch sehr fleißige Kinder werden immer ein Defizit behalten (…) auch als Erwachsener.« (…) Andererseits können Kinder, die aus einem bildungsbewussten, reichen Hause kommen, die haben so viel Selbstbewusstsein, mit dem sie alle Defizite, die sie möglicherweise haben, wettmachen können. Es ist dieses Selbstbewusstsein, was die Kinder heute unterscheidet. Das war früher anders. Wir hatten relativ homogene Schülerschichten. Aber die Kinder der reichen Eltern haben sich in allem angepasst und das ist heute nicht mehr so. Das fängt bei der Kleidung an und hört beim absoluten Selbstbewusstsein auf.

Ähnlich berichtet ein GP (Gymnasium Typ B) mit dem Hinweis, dass es sich um einen typischen Fall handele, von einem Schüler aus einem Arbeiterhaushalt, dem trotz bester Noten das Selbstvertrauen fehlte, ein Studium an der Universität aufzunehmen. Dessen Wahl sei auf den sichereren Weg gefallen, d.h. einen Beruf mit integrierten Studienmöglichkeiten zu ergreifen, der eigentlich nicht »seine erste Wahl« gewesen sei: »Sein Selbstvertrauen hat einfach nicht gereicht!« Hier wird deutlich, dass eine gleichsam systemische Barriere zwischen Reich und Arm existieren kann, die dem einen Kind einen Rucksack an lebenslangen und i.d.R. bewussten Defiziten und »Karrierebremsen« mitgibt, dem anderen eine unerschütterliche, die Defizite unwirksam machende, mobilisierende Tarnkappe des Selbstbewusstseins.

In den Familien und im Elternhabitus macht sich zudem der demografische Wandel und mit ihm ein soziokultureller Wertewandel bemerkbar.

Gymnasium Typ B

Während früher durchaus die Drei-Kind-Familie üblich war, sind das heute ein bis maximal zwei Kinder. Und da wird dann alles investiert und die Watte ausgepackt, damit das Kind ein leichtes Leben hat.

Dieser Wunsch führte aber durchaus nicht (in jüngerer Zeit aber wieder, zumindest in den privilegierten südlichen Gymnasien des Ruhrgebiets) zu vermehrter Sorgfalt und Unterstützung der Kinder durch die Eltern:

> **Realschule Typ B**
>
> Im Laufe der letzten zehn, fünfzehn Jahre wurden die Ansprüche der Eltern an die Schule größer. Die Schule sollte aus der Sicht der Eltern doch manche Aufgaben übernehmen. (…) Und die Schule hat vieles übernommen, bis hin zu einem Benimmkurs für Schüler der Klasse 10. Wie esse ich richtig, und wie benehme ich mich bei Tisch? Und wer lässt wem den Vortritt? Weil die Eltern es einfach bequemer fanden, das an die Schule abzugeben. (…) Und die Eltern sind bereit, dafür richtiges Geld auszugeben.

Das von den Grundschulen bekannte Muster der unfreiwilligen Delegation von Erziehungsaufgaben ist hier modifiziert, »also Aufgaben abgeben an die Schule, lieber arbeiten gehen um das zu bezahlen«.

> **Realschule Typ B**
>
> Es ist lästig, sicher nach einem langen Arbeitstag, den Eltern heute beide in der Regel haben, wenn überhaupt zwei Eltern da sind. Das ist ja mittlerweile auch sehr anders geworden. Es ist dann einfach mühsam, sich abends um sechs noch hinzusetzen mit dem Kind um Hausaufgaben zu machen.

Es wird deutlich, dass mit dem Wandel des Lehrer-, Schüler- und Elternverhaltens die Bildungspraxis gegenüber der Zeit vor zwei bis drei Jahrzehnten sich von einst engen Schranken gelöst hat. In den erweiterten Handlungsspielräumen scheinen aber immer noch Reste alter praxeologischer und Bildungschancen-Ungleichheit förderlicher (Vor-)Urteilspraxis fortzuwirken.

5.4 Das Doppelgesicht einer Ökonomisierung der Bildungsziele

Ein ganz anderer Aspekt im Wandlungsgeschehen betrifft die Bildungsziele:

> **Realschule Typ B**
>
> Eine Tendenz ist sicherlich, dass die Schule aufgefordert wird, den Schüler industriegerecht herzustellen.

Während dieser Sachverhalt im klassischen Verständnis der Realschule bereits angelegt ist, erfasst diese Tendenz aber auch alle anderen Schulformen. Hierbei kann es sich um eine Art Kolonialisierung des Bildungsbetriebes handeln, um einen direkten Eingriff der Wirtschaft in die Bildungsinhalte, indem sie Lehrmaterial, z.B. Kurse und Kursmaterial zur Verfügung stellt. Es kann sich aber auch, wie im zitierten Beispiel, um schulpolitische Reaktionen auf die Forderungen der Wirtschaft handeln.

Gymnasium Typ B

Mit Blick auf den Wandel des an der Schule wahrgenommenen Bildungsauftrags wird beobachtet, »dass das also von der Wirtschaft und von Seiten der Öffentlichkeit einen Erwartungsdruck gegeben hat und eine Tendenz, dass die Schule Schüler so ausbildet, dass die möglichst gut in unserer Gesellschaft funktionieren. (…) Die Erziehung zu Individualismus, zu Eigenständigkeit, zum Denken gegen den Strich, die ist auf jeden Fall von der Schulpolitik her nicht verlangt und nicht gefördert worden. Das ging immer weiter zurück. Ziel war eigentlich, dass die Schule und die Schüler funktionierten, wenn sie da raus kamen.«

Die Ökonomisierung findet aber auch in ganz anderer Form und über andere Kanäle als Tendenz zur »Konsum- und Freizeitgesellschaft« der Schüler einen Zugang in das Bildungswesen:

Gymnasium Typ B

Gegen Ende meiner Berufszeit [Anm.: als Gymnasiallehrer], interessanter waren Konsumgüter für sie [Anm.: die Schüler]: Klamotten, Handys, Freizeit und Abfeiern. Montags morgens konnte man in der ersten Stunde mit denen nichts mehr anfangen. Die mussten sich vom Wochenende erholen.

Diese Umorientierung der Werte im Schülerhabitus geht noch weiter:

Gymnasium Typ B

»Ich habe eigentlich immer das Ziel des mutigen konfliktbereiten, christlichen Menschen verfolgt. Es wurde nur mühsam, als die Schüler jetzt so satt wurden und so zufrieden wurden und nicht mehr kritisch denken wollten.« (…) Diese Sattheit sei ein deutlicher Trend, in dem die Schüler »nichts mehr zu kritisieren haben.«

Im Teilsystem der weiterführenden Schulen werden zwar einige Klagen geäußert, die dem Wertewandel zur Konsum- und Freizeitgesellschaft sowie der Ökonomisierung der Bildungsziele geschuldet sind. Insgesamt aber wird von der Lehrerschaft, den Eltern und den Schülern und der entsprechenden Wandlungstendenz vorwiegend Positives berichtet. Die zunehmende Öffnung des Unterrichts zu schülerzentrierten, i.d.R. von ihnen vorgeschlagenen und teils auch mitorgansierten AGs (ein GP berichtet von bis zu 80 mehr oder weniger langlebigen AGs im Laufe der letzten Jahre) kommt den Schülern in ihren individuellen Neigungen und Vorlieben so stark entgegen, dass Schule auch ihnen wieder Spaß macht, (…) »während man früher den Kindern, die lernbereit, neugierig und erwartungsvoll von den Grundschulen [Anm.: bürgerlicher Quartiere] kamen, die Freude am Lernen ausgetrieben habe.«

Hier passt sich also Schule, d.h. passen sich die schulischen Angebote der Nachfrage der Schüler und auch der Eltern an.

Häufig berichten die GP von einer Beobachtung, die nahelegt, dass das Prinzip »Auslese« durchaus nicht nur klassischen Instrumenten der Zensuren, Prüfun-

gen und Beurteilungen funktioniert. Mit dem Paradigmenwechsel auf Schülerzentrierung, der Diversifizierung der Methoden und Angebote hat sich im Teilsystem der Weiterführenden Schule eine Individualisierung und profilierende Differenzierung herausgebildet. In häufig betonter Abhängigkeit vom Schulleiter, aber auch von Initiativen und Engagement der Lehrerschaft geleitet, gelingt es manchen Schulen innerhalb von wenigen Jahren, sich ein völlig neues und attraktives Profil zu geben.

Mit einem neuen Schulleiter sprudeln plötzlich wieder Gelder, werden neue Ausrichtungen wie Musik- oder MINT-Klassen eingerichtet, die Lehrerschaft zieht begeistert mit. Nach nur wenigen Schuljahren hat sich das Image der Schule, haben sich Elternschaft und Schülerschaft deutlich wahrnehmbar zu einer engagierteren und mitverantwortlichen Akteursgemeinschaft gewandelt. Hier funktioniert eine indirekte, positive Auslese durch Attraktivierung, Motivation und maßgeschneiderte, engagiert beworbene Angebote in Ergänzung zum klassischen Instrumentarium der Zensuren und Prüfungen.

Hinweise auf eine derartige »Individualisierung« und »Profilierung durch Selbststeuerung« einschließlich der Finanzierung, nicht selten durch Sponsorengelder, vor allem aber in Verbindung mit dem Engagement aller Akteure, lassen sich mehrfach finden.

Gymnasium Typ B im Vergleich mit Realschule Typ B

Der GP beobachtet über die letzten Jahrzehnte, »dass sich die Eltern immer stärker aus der Mitarbeit in der Schule zurückzogen. Also es war unheimlich schwierig, Eltern zu finden, die dann bereit waren, im Rahmen der Klassenpflegschaft irgendetwas zu machen. (…) Da lief hinterher nichts mehr. Das war in der [Anm.: musikorientierten, Name gelöscht] Schule ganz anders, von der ganzen Auswahl der Schüler her.« Die Auswahl konnte man sich leisten, da an der Musik zentrierten Schule regelmäßig ein mindestens doppelter Überhang von Bewerbern anstand.

An die Stelle der elterlichen Konfliktbereitschaft mit den eigenen Kindern trat die mit den Lehren, was in Ausnahmefällen bis zu Anzeigen und gerichtlichen Auseinandersetzungen führte.

Die Wirkung der aktivierenden, mobilisierenden Auslese setzt sich dann fort in den höheren Klassen, wenn die (Mit-) Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten, die Angebotsvielfalt an Unterrichtsformen, Methoden und Inhalten mehr oder minder maßgeschneiderte Formen annimmt. Die Gefahr, aus dem System herauszufallen, ist gering. Denn es gibt hinreichend Weichenstellungen in andere Schul- oder Abschlussformen wie Kollegschule, Fachabitur, berufsbegleitendes Studium.

Berichtet wird aus den privilegierten Schulen aus dem Regionssüden auch von einem gegenwärtig beobachtbaren Wandel in der Elternschaft, die wieder deutlich kooperativer, engagierter, an den Angeboten interessierter und bei der Beratung der Kinder in Absprache mit den Lehrer/innen aktiver und sehr motiviert seien. Das geht so weit, dass nicht wenige Eltern an solchen wei-

terführenden Schulen die Ganztagsform ablehnen, die andernorts, im Norden des Ruhrgebiets als eine ganz zentrale Maßnahme zum Abbau von Chancen-Ungleichheit gilt. Denn der Ganztagsunterricht schränke den Kindern die »Entfaltungsmöglichkeit ihres Kindes« ein, zur Teilnahme etwa an maßgeschneiderten [Anm.: und/oder der Eltern favorisierten] nachmittäglichen Musik-, Sport-, Reit-, Schach- oder Ballettkursen.

So erscheint in den Gesprächen die Mobilisierung von Potenzialen im Teilsystem der weiterbildenden Schulen fast durchweg auf einem guten Weg. Das gilt eingeschränkt auch für die Schulen in ruhrgebietstypischer »Normal- Umgebung«. Hier finden sich auch die Kinder mit Migrationshintergrund, »die in wachsender Zahl von der Grundschule [Anm.: Typ B] zum Gymnasium überwiesen worden sind, die dann auch klar kamen«. Das ist in den Augen der GP ein Nachweis, »dass die Chancengleichheit optimiert worden ist. Aber, ob die wirklich so gut ist, wie sie sein sollte, wage ich nicht zu beurteilen!«

Hier lässt sich im Teilsystem weiterführender Schulen eine Dynamik beobachten, die wie eine Art Schwungrad für eine sich selbsterhaltende oder auch mancherorts verstärkende Mobilisierung durch Angebotsvielfalt, Differenzierung und tendenzielle Homogenisierung der Bildungsdisposition wirkt. Sie entfaltet Sogkraft.

Bei den Grundschulen in Problemgebieten stellen sich Mobilisierung und Bildungschancen-Ungleichheit, wie gezeigt wurde, ganz anders dar. Die zunehmende Auffang- und Kompensationsfunktion für nachlassende basale Fähigkeiten als Grundvoraussetzungen zur Bildung von Humanvermögen ist betont worden. Dargelegt wurde das hohe Maß an Engagement im Lehrerhabitus, das intensive Bemühen der Lehrerschaft um individuell maßgeschneiderte Förderung und dem Einsatz pädagogischer Innovationen. Die Erfolge der Mobilisierung bleiben bei zunehmender Heterogenisierung der Schüler und Elternhäuser und im Verhältnis viel zu schwach aufgestockter finanzieller und personeller Mittel dennoch bescheiden. So sei beispielsweise bei den in jüngerer Zeit vermehrt ankommenden Romafamilien zu beobachten, »dass die Schule da zuhause, (…) dass Erziehung und Bildung, nicht so im Vordergrund stünden, sondern dass nach der Schule die Lernzeit in deren Köpfen vorbei sei und die Kinder nicht selten sich selbst überlassen blieben.«

Probleme im Quartier nehmen zu und wirken unmittelbar in den Schulalltag ein:

Grundschule Typ A

Hier haben [Anm.: früher] eine Zeitlang vorwiegend türkischstämmige Menschen gewohnt. Und das hat sich jetzt sehr verändert. Dann kam irgendwann Arabisch hinzu und jetzt kommen halt die rumänischen Kinder, syrischen Kinder, [Anm.: und andere Flüchtlinge hinzu] und dann – das fühlen auch die Erwachsenen oft so: So ein Eindringen gerade von rumänischen Kindern in den Bereich, der eigentlich deren – ihre Stadt ist. Da sind Spannungen oder Vorurteile oft gegen rumänisch oder bulgarisch stämmige Menschen und das überträgt sich natürlich in der Einstellung öfter auf die Kinder und wird dann auch in den Schulhof weitergetragen.

Allerdings: »Sobald man sich kennt und spielen gelernt hat, bauen sich solche Vorurteile ja meistens ab«.

Die Folgekosten dieser gesamt- und lokalgesellschaftlichen Reparaturerfordernisse sind deutlich: Von einem GP beschönigend ausgedrückt, sind sie »mit den Lernplanvoraussetzungen, die man erfüllen muss, nicht unbedingt in Einklang zu bringen«.

Hinzu kommen - wie dargelegt - mannigfaltige Zusatzleistungen mit und für die Eltern: Sie reichen von (sogar speziell türkischen) Elterncafes über Elternklassen bis zur persönlichen Beratung z.B. beim Formularausfüllen, wenn es um Erstattung vom Jobcenter geht. Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ist die Kooperation mit dem Jugendamt gefragt. Im Zuge der Prävention, der Gefahr »abzurutschen«, wird Kontakt mit den lokalen Polizisten gepflegt. Die Lehrer nehmen an Stadtteilkonferenzen teil.

Es wird von Fällen berichtet, dass sich besonders Mädchen aus kulturell anders orientierten Kreisen in der Schule mit Gleichgesinnten so wohl fühlen, das sie »ihre Schule« dem viel strengeren, kontrollierten, in Wertvorstellungen und Verhaltens-Codices viel engeren Zuhause - so lange es eben geht - vorziehen.

Mit dieser anwachsenden Aufgabenfülle, das wird mehrfach betont, bestünde die Gefahr einer Absenkung des Qualiätsniveaus. Die nachholenden Erziehungsaufgaben gehen durch Verlagerung von Personal und Zeitressourcen klar zu Lasten der Bildungserfolge. Der Ruf der Schule leidet, die freie Schulwahl legt den bildungsnahen und /oder wohlhabenderen und mobileren Familien nahe, sich zu weiter entfernten, sozial weniger »belasteten« Schulen mit anspruchsvolleren Standards, Erfolgsaussichten und Karrierewahrscheinlichkeiten zu orientieren.

Hier deutet sich ein circulus vitiosus an, ein sich selbsterhaltender oder selbst verstärkender Verursachungskreislauf, der eine Konzentration der bildungsfernen Problemfälle zur Norm werden lässt. Die Bildungssegregation des Quartiers nimmt zu. Und mit ihr die Homogenisierung der Problemstrukturen und ihrer sich selbst verstärkenden Eigendynamik.

Die Grundschule der Problemquartiere hat einen deutlichen Entwicklungspfad durchschritten vom Lernort tendenziell homogener Schüler- und Lehrerschaft über die Individualisierung und Differenzierung zur nachholenden und reparie-

renden Humanvermögens-Bildung. Sie hat sich weiter gewandelt zu einem idealerweise dicht vernetzten Multifunktionsort, der stadteilbezogene Sozial- und Präventionsarbeit sowie Elternbetreuung wahrnimmt, Sponsoren- und Ehrenamt-Pflege betreibt. Sie hat sich vereinzelt gewandelt bis hin zu einer neuen Facette als kleine, freie und geschützte »parallele Lebenswelt« mancher Schüler/innen.

Hier zeigt sich, neben anderen, hier nicht verfolgten Argumentationslinien, dass den turbulenten, nicht vorhersehbaren und in sich unübersichtlichen Wandlungsprozessen die nachholenden Reparaturanstrengungen der Schule – angesichts der überschuldeten kommunalen Kassen, nicht in der Lage sind, die quartierstypischen Herausforderungen zu meistern. Da dürften die durchaus vielfältigen Beispiele »guter Praxis« auch nur wenig helfen (vgl. Ostermann u. a. 2015); Ein Beispiel für viele: die Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck. Denn die Mittel zur Nachahmung fehlen. Sie nehmen, wie viele der sozial- und stadtteil-orientierten Programme und Projekte an der Ruhr, eine Feigenblattfunktion, im guten Falle eine symbolische Leuchtturmfunktion ein. Allerdings erhalten und nähren sie das Prinzip Hoffnung der Akteure und sind somit systemrelevant.

Gute Praxis aber ist in den Grundschulen der Problemquartiere auf einer bescheideneren Ebene, unterhalb eines gesamtschulischen Modellprojektes, durchaus zu erkennen: Mit hohem Engagement wird eine nachholende, kompensatorische Leistung im Bereich der Erziehung von basalen Fähigkeiten und Humanvermögen betrieben. Auch wird zum einen dem Ganztagsunterricht viel Potenzial zugesprochen, ebenso einer sich ändernden Rolle des Kindergartens. Vor allem kommt es auf eine aufgeklärt Eltern(mit-)arbeit an.

Zusammenfassend lassen sich in den untersuchten beiden Teilsystemen der Grundschulen in Problemgebieten und der weiterführenden Schulen zwei diametral entgegengesetzte Mobilisierungsmuster erkennen.

Ein erster Typus der Mobilisierung (im weiterbildenden Teilsystem) zielt – seit Jahren erfolgreich – auf die Umsteuerung innerhalb des bestehenden Klientels weiterführender Schulen (Beispiel: Musik- und MINT-Klassen). Diese Mobilisierung stellt sich aber als Umverteilung, als Nullsummenspiel innerhalb des Systems dar.

Diese »Mobilisierung« kann über zwei Wege ermöglicht werden: Zum einen durch verbesserte, den Übergang vor- und nachbereitende Angebote in enger begleitender Abstimmung: »Welche Kompetenzen erwarten die Schulen und welche bringen die Kinder mit?« Zum anderen können aber auch die Qualitätsstandards, Prüfungen und Zensurenmaßstäbe flexibilisiert werden. Einige GP weiterführender Schulen sprechen von einer deutlich wahrnehmbaren Senkung des schulischen Bildungsniveaus, was einer Mobilisierung und Chancenangleichung entgegen komme. An dieser Stelle greife dann aber das Zentralabitur kontrollierend ein.

Dagegen bestehen an den Grundschulen gerade der Problemgebiete erhebliche quantitative Potenziale. Gelänge es hier, im zweiten Typus der Potenzialmobili-

sierung, einen größeren Teil des dort überwiegend exkludierten und segregierten Klientels zu mobilisieren, wäre weit mehr geschafft als die bloße Umverteilung in einem Nullsummenspiel.

Spielen hier unterschwellige und kurzsichtige Aufwands- und Ertragskalküle eine Rolle? Denn der Betrag, der nicht in die Brennpunkt-Grundschule investiert wird, sondern z.B. in die MINT-Klassen und -Labors, in Projekte weiterführender Schulen, mag so aus einer »betriebswirtschaftlichen« und kurzfristigen Sicht effizienter investiert scheinen. Aber der Betrag, der nicht in die Basis der Bildung gesteckt wird, wächst aus volkswirtschaftlicher Sicht zu weit größeren Kosten für die Sozialkassen heran (vgl. Ruhr 2012: 81).

Wie kommt es zu dieser seit Jahrzehnten bekannten, von Bildungsökonomen immer wieder vorgetragenen, aber in der Bildungspolitik nicht zu wirksamem Handeln führenden Diskrepanz zwischen den beiden Denkweisen?

So drängt sich die These auf, dass die Mobilisierung Typ 2, d.h. an den bildungsferneren Grundschulen, gar nicht politikrelevant, sehr wohl aber systemrelevant sei. Es gibt in dem ausgeschlossenen Teilsystem weder eine Lobby, noch die Mündigkeit und Sprachfähigkeit oder Kommunikationskompetenz, noch geeignete Elternhäuser, noch die Einsicht in Notwendigkeit und Stellenwert von Bildung, die die Politik zum Handeln drängen könnte.

Möglicherweise hat aber die Politik auch Gründe, diesen Zustand auf sich beruhen zu lassen. Dieser Sachverhalt birgt eine doppelgesichtige Systemfunktionalität: In den Problemschulen wird kaum mobilisierbar »unter Kontrolle« gehalten, in Bildungschancen-Ungleichheit geparkt, was im weiterführenden Teilsystem als »Sand im Getriebe« dysfunktional wäre: Querdenker, Unangepasste, soziokulturell Andersdenkende. Denn nur ohne diese Klientel vermag die erfolgreich optimierte und weiter optimierbare Systemfunktionalität des weiterführenden Teilsystems – sogar mit Bildungschancen-Ungleichheit abbauender Wirkung – erfolgreich zu sein. Nur so können die zum »Humankapital« umgeprägten, qualifizierten Schulabgänger dem ökonomisch ausgerichteten Mainstream des Verwertungszusammenhangs zugeführt werden.

An dieser Stelle sei nochmals an die Aufgabe und Leistungsfähigkeit der hier gewählten Methode erinnert: derartige Ergebnisse sind aus der Schulpraxis gewonnene, intersubjektiv nachvollziehbare, Empirie gesättigte Thesen oder auch nur entdeckte Spuren. Sie besitzen methodisch beschränkte Reichweite und begrenzten Gültigkeitsanspruch. Sie geben nicht mehr, aber auch nicht weniger als Hinweise auf weiterführenden Prüfungs- und Untersuchungsbedarf.

5.5 Bildung morgen?

Es gibt abschließend Anlass, diesen Empirie gegründeten Ansatz der entdeckenden Spurensuche, der Fragen- und Thesenentwicklung zu verlassen und eine »außenbürtige« Perspektive einzunehmen.

Es hat sich gezeigt, wie eng und unmittelbar sich der gesamtgesellschaftliche Wandel im Bildungswesen niederschlägt und wie rasch er – transportiert über das Engagement junger Lehrer und neuer Schulleiter, über das Umdenken der Eltern und den Wertewandel der Schüler – auf die Turbulenzen und Unübersichtlichkeit seiner Rahmenbedingungen reagiert bzw. in den Schulen der A-Quartiere nicht oder nur sehr eingeschränkt reagieren kann.

Da macht der Versuch Sinn, sich die bereits absehbaren Wandlungstrends und auf ihre bildungsbezogenen Herausforderungen vor Augen zu führen. Hier sollen nicht die die sog »Megatrends« des gesellschaftlichen, globalen und unentrinnbar auch regionalen Wandels an der Ruhr im einzelnen Gegenstand sein.

Jedem solcher »Megatrends« könnten eigene bildungsbezogene Auswirkungen bzw. Herausforderungen zugeordnet werden. Der Digitalisierung die Forderung nach einer »Digitalen Bildungsrevolution« (s.u.); dem demografischen Wandel und der Re-Urbanisierung Probleme der Schulschließungen; der Umweltbelastung, Ressourcenverknappung und dem Klimawandel entsprechen Unterrichtsstoffe zu Nachhaltigkeit und Verhaltensänderungen; der Globalisierung mit u.a. Kriegs-, Hunger- und Wirtschaftsflüchtlingen und der damit einhergehende Heterogenisierung der Schülerschaft; der soziokulturelle Wertewandel bringt Änderungen der Bildungsdisposition, des Habitus und der Bildungsziele / bzw. –ideale mit sich.

Hier soll dagegen ein übergreifender und bündelnder Blick auf das Wandlungsgeschehen gerichtet werden: Wir stehen – weitgehend anerkannt – gesellschaftlich in einer »Großen Transformation« (WBGU 2011), d.h. in einem nach Umfang, Qualität und Intensität historisch wohl einzigartigen, systemischen Wandlungsprozess. Das VUCA-Syndrom (Vogel 2016) prägt dabei die Orientierungen und Handlungsoptionen:

> (…) Die Entwicklung in Richtung Industrie 4.0 läuten eine Revolution von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Neue Technologien werden immer schneller entwickelt. In dieser Situation ist noch völlig unklar, welche Rolle der Mensch dabei spielt – ob als Opfer oder als Gestalter dieser Veränderung. Der Begriff, der diese Situation beschreibt, lautet VUCA. (Vogel 2016)

Diese Abkürzung steht für die Charakteristika der Gesellschaft:

- volatil (volatility): »Natur und gesellschaftliche Dynamik des Wandels sind Katalysatoren für radikale Veränderungen«
- ungewiss (uncertainty): Unübersichtlichkeit, zukunftsgerichteter Kontroll- und Steuerungsverlust, fehlendes Bewusstheit von relevanten Themen
- komplex (complexity): »Die Dynamik unserer Systeme multipliziert sich«; Vernetzung als Kontrollinstrument ist überfordert
- mehrdeutig (ambiguity): »Es gibt keine einfachen Ursache-Wirkungszusammenhänge mehr«. Realität ist oft »unverständlich und nicht mehr planbar«. (Vogel 2016: In Anlehnung an)

Können wir es uns angesichts dieser massiven Herausforderungen leisten, eine erweiterte bildungsbezogene Zielsetzung, nämlich »Kompetenzbildung« zu vernachlässigen? F. Weinert versteht unter Kompetenz: »die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können«. (Weinert 2001: 27-28)

Der schulpolitische Paradigmenwechsel zur Differenzierung und Individualisierung in den 1990er Jahren kann, wie gezeigt, durchaus erhebliche Erfolge verbuchen. Er führte zu einer relativen Dezentralisierung und Autonomisierung der »Schule von unten«. Er war eine pfadabhängige Reaktion auf die vorangehende Serie von Reformversuchen und ihre mangelhaften Erfolge und führte zu einer neuen bildungspolitischen Einsicht:

> Entscheidend für den Bildungserfolg, (…) sei weniger die Ausgestaltung des Schulsystems als die Qualität der einzelnen Schule. Qualitätsentwicklung aber sei nicht ›von oben‹ mit den klassischen Mitteln von Politik und Verwaltung – der sogenannten Input-Steuerung über Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und anderes mehr – zu erreichen. Sie erfordere vielmehr eine Aktivierung der Kollegien vor Ort für eine eigenverantwortliche Schulentwicklung ›von unten‹ (Edelstein und Veith 2017).

Wenn die – weitgehend anerkannte – VUCA-Diagnose akzeptiert wird, dann dürften die Vordenker und Metasteuerungsleute von Bildung vielleicht gar nicht an diesem Erfolgsmodell festhalten, sondern Antworten auf andere Fragen suchen:

- Ob eine dezentrale Schulentwicklung »von unten« darauf vertrauen kann, genügend Änderungskraft und –tempo zu entfalten, um die Herausforderungen der neuen »Gesellschaft 4.0« tragen zu können?
- Wie könnte eine Metasteuerungskompetenz entstehen? Der Bildungsbericht Ruhr schlägt vor, anstelle einer zentralen Instanz diese Funktion zu ersetzen durch die Schaffung »kleiner dezentraler Netzwerke« (Ruhr 2012: 24), also einem Kreativität und Vielfalt generierenden, lokal angepasstem und lernendem Steuerungsinstrument. Es ist aber anzuzweifeln, ob deren strategisches Potenzial reicht, ob vor allem die Lern-, Verständigungs- und Reifezeit reicht, der zunehmenden Rasanz und Turbulenz der sozioökonomisch-technologischen Entwicklung nachkommen zu können, der sie doch zwingend vorausgehen müsste.
- Welche Legitimation kann eine auf stoffliches Wissen bezogene Bildung beanspruchen, wenn die Halbwertszeit des Wissens auf weniger als vier Jahre geschrumpft ist und die des Schulwissens, eher auf Grundlagen gerichtet, auf 10 Jahre ? Wenn sich das weltweite Wissen alle vier Jahre – bei kürzer werdenden Zeitspanne – verdoppelt? Wenn also bereits während der Schulzeit (und des Studiums: Halbwertszeit 6 Jahre im Jahr 2013) das relevan-

te Wissen um annähernd die Hälfte abnimmt und unbrauchbar wird? (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017)

- Welche gesamtgesellschaftliche (und politische) Steuerungskompetenz wird benötigt und welche Grundlagen dazu können und müssen in Bildung und Schule angelegt werden?
- Was vermag die von Erpenbeck und Sauter (2016) skizzierte und angemahnte »Kompetenzrevolution als Weg in eine neue Bildungswelt« dazu beizutragen?
- Was ist der von einer anderen Denkrichtung angestoßenen »Digitalen Bildungsrevolution« zuzutrauen, die uns eine Versöhnung von »Klasse und Masse«, eine Auflösung der Konflikte um Bildungschancen-Ungleichheit verspricht? Die aber gleichzeitig auf die Beschleunigung und Vergrößerung der Bearbeitungskapazität von Wissen setzt und die Ausbildung von Kompetenzen vernachlässigt? (Draeger und Müller-Eiselt 2015)

Mit derartigen Fragen ist die Leistungsfähigkeit der hier gewählten Perspektive der qualitativ interpretativen Forschung selbstverständlich überschritten. Ziel war vielmehr durch den Blick auf das, was »da unten« passiert, in seinem Beitrag zur Mobilisierung von Bildungspotenzialen und Abbau von Bildungschacnen-Ungleichheiten, schließlich auch im Ausblick auf Zukunft kritisch zu durchleuchten.

Es deutet sich an, das auch das jüngst propagierte Modell der »Schulentwicklung von unten« – in Teilen ein Erfolgsmodell – nur eine Zwischenstation bildungstheoretischen Denkens markiert.

6 Zusammenfassung

Ziel dieser Studie ist es, die quantitative Analyse von Bildungsdisparitäten in mehrfacher Hinsicht zu ergänzen. Zunächst geht es dabei um eine buchstäblich qualitativ andere Darstellung dessen, was es heißt, unter Bedingungen des sozialen Ausschlusses aufzuwachsen und die Schule zu besuchen, als es mit quantitativen Mitteln möglich wäre. Interviewt wurden sowohl pensionierte als auch im Beruf stehende Lehrer/innen als Expert/innen für den schulischen Alltag. Sie ermöglichten Einblicke in Faktoren, die die Mobilisierung von Bildungspotenzialen eher fördern oder eher hemmen. Die Lehrerinnen berichteten von Kindern, die übermüdet und ohne Frühstück in die Schule kommen oder von Kindern, die keinen Kindergarten besuchten. In Folge dessen fehlen basale Fähigkeiten im motorischen und sozialem Bereich, die für eine sinnvolle Beschulung notwendig sind. Für die Schule besteht in den benachteiligten Stadtteilen also nicht die Aufgabe, Humanvermögen im Sinne einer gesellschaftlichen Daseinskompetenz zu vermitteln, sondern überhaupt erst die Bedingungen zu schaffen, die eine Beschulung möglich machen.

Die Wandlungstendenzen weisen in dem so benannten Teilsystem A, d.h. in den Grundschulen der deprivierten und segregierten Quartiere eine Reihe von strukturellen und funktionalen Hemmfaktoren der Mobilisierung von Bildungspotenzialen auf:

- ein massiv erweitertes Aufgabenspektrum (Multifunktionalsierung);
- eine zunehmende Heterogenisierung von Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft;
- stark anwachsende kompensatorische Leistungen vor allem in Bezug auf das Humanvermögen und seine vorgelagerten Bereiche;
- eine Verknappung der Ressourcen (Zeit, Personal, Finanzmittel, räumliche Ausstattung) relativ zu den gestiegenen Ansprüchen;
- grundlegend geänderten pädagogische Lernziele, Unterrichtsformen und Inhalte (z.B. annähernd individuelle Differenzierung der basalen Erziehung; soziale Kompetenz zusätzlich zu stoffliche Anforderungen des Lehrplans) mit umfangreicher Diversifizierung der Angebote;
- schwindende elterliche Kompetenz und Interessen an Kindererziehung, an Schule bzw. Unterstützungsfähigkeit und -bereitschaft;

- trotz sehr hohen Engagements der Lehrer/innen eine mangelnde Anerkennung der Leistung.

Die intensiven Bemühungen, in der Selbstwahrnehmung als »einziger Anwalt des Kindes«, werden in ihrer Wirkung konterkariert, oft auch überkompensiert durch dieses dichte Netz von Hemmfaktoren. Das Potenzial an Mobilisierbarkeit und Minderung der Bildungschancen-Ungleichheit hält sich so in sehr engen Grenzen, obwohl genau hier rein quantitativ (»Familie findet unten statt!«) die größten, wenn nicht gar die einzigen nennenswerten, mobilisierbaren, aber nicht mobilisierten Bildungspotenziale liegen.

Eingezwängt zwischen eigenen Grenzen (»Zeit«; Gesundheit), Kinderbelangen, Lehrplanerfüllung und Ressourcenmangel, kämpfen viele Lehrer/innen mit höchstem Engagement, letztlich aber – so die These – einen sie frustrierenden Windmühlenkampf.

Richtet man nun das hier entwickelte Analyseraster des »Horizontalen Bildungssystems« auch auf das zweite Teilsystem der weiterbildenden Schulen, vornehmlich in sozial weniger benachteiligten bis priveligierten Einzugsbereichen, so zeigen die Wandlungsprozessen erhebliche Unterschiede. Sie verdichten sich zu einer gegenläufigen, also positiven Dynamik der Mobilisierungsprozesse und der Entfaltung der Bildungschancen-Ungleichheit.

An den weiterführenden Schulen ist zu beobachten, dass (mit gewissen Abstrichen in den Durchschnittslagen wie z.B. Herne, Datteln oder Herten) die Mobilisierung auf durchaus guten Wegen ist. Das wird einer generellen Anpassung der Angebote und Anforderungen an die Schüler und ihrer Präferenzen zugeschrieben. Hierher gehören explizit Angebote von Musik- und MINT-Klassen oder anderer Kurse sowie eine Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften, in denen dem/der Lehrer/in nurmehr eine Beratungs- und Moderationsrolle zukommt. Kompetenzen wie Organisation und Teamfähigkeit, Sozialverhalten sind die Lernziele. Die Möglichkeit dazu entsteht vor allem in offenen oder gebundenen Ganztagsangeboten. Daher gelten hier wie auch an den Grundschulen solche Ganztagsangebote zum Kerninstrument einer Minderung der Bildungschancen-Ungleichheit.

Allerdings wird das Ganztagsangebot in privilegierteren Schulen eher weniger wahrgenommen und gewünscht, da man hier die freien Nachmittage schätzt, um das Kind zu betreuen, mit Nachhilfeschulen zu unterstützen oder ihm vermehrt eigene bzw. von den Eltern gewünschte Entfaltungsmöglichkeiten zu geben (z.B. Musik-, Sportkurse). Auch wird im Regionssüden ein wieder erstarktes Interesse der Eltern an schulischer Mitarbeit und auch Einflussnahme beobachtet.

Die Individualisierung und Differenzierung der Lehrangebote wird als Reaktion auf die durchgängig beobachtete Heterogenisierung der Schülerschaft in allen Schultypen als Instrument der Bildungschancen-Angleichung durch vermehrte individuell oder gruppenspezifisch maßgeschneiderte Lehrangebote und Lernformen erachtet und in hohem Maße eingesetzt. Hierbei scheint allerdings

gerade auch den Grundschulen in Problembereichen eine besonders hohe Innovationstätigkeit zuzukommen. Diese wird jedoch, wie dargelegt, durch Aufgabenüberfrachtung und mangelhafte Ressourcenausstattung in ihren Erfolgen eng beschränkt (im Falle von Sparzwängen »trifft es die Grundschulen in Problembereichen zuerst!«).

Die Entwicklung dürfte im Teilsystem der weiterführenden Schulen zu einer Risikominimierung des Scheiterns führen, da die Vernetzung, Kooperation und Durchlässigkeit zwischen Bildungsgängen und Schulen sowie die Umbau wie Aufbau erlaubenden Abschluss-Optionen intensiv gepflegt werden. Hier stellt sich die Mobilisierung von Bildungspotenzialen allerdings als eine Art Nullsummenspiel »im Bestand« dar: Eine für die Schüler/innen durchaus wichtige interessengeleitete und optimierende Verlagerung zwischen den Angeboten. Sie erfasst naturgemäß nur die bereits im weiterführenden Schulsystem angekommenen Schüler/innen.

Offenbar hat sich hier über die Jahrzehnte ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die Schule passt sich nicht mehr die Schüler an, sondern sie passt sich ihren Schülern an. Auch die Lehrer sind mehr auf die Kinder orientiert und nicht mehr auf das früher eher starre System der Werte-, Ziele und Inhalte.

Die Entfaltung der Bildungschancen-Ungleichheit wird hier dennoch – aber i.d.R. mit Blick auf das Gesamtsystem, das die Grundschulen einbeschließt – als »stagnierend«, »nicht verbessert«, »wenn verändert, dann eher negativ« wahrgenommen.

Der Trend scheint in den untersuchten Schulen verallgemeinerbar zu sein: Schulentwicklung erfährt neue Handlungsspielräume aber auch Handlungszwänge durch einen gewissen Zuwachs an Selbstbestimmung und Selbststeuerung »von unten«. Mit dieser Dezentralisierung der Steuerung verlieren aber politische Regelungsinstrumente »von oben« an Wirkung. An ihre Stelle tritt – besonders nach dem PISA-Schock 2000/1 eine verstärkte Kontrollfunktion mit einem als überdimensional empfundenen bürokratischen Aufwand.

Insgesamt differenzieren sich die privilegierteren Schulen im Wettbewerb um nachgefragte Schulangebote und –profile in Anlehnung an die Marktgesetze der Nachfrageseite aus. Solche Möglichkeiten aber sind den (Grund-)Schulen in Problembereichen eher verwehrt. Image, unattraktive Lage und Ausstattung und – bei aller Anstrengung der Lehrer – wenig vorzeigbare Erfolge schließen vom Wettbewerb um bürgerliche Elternhäuser und Sponsoren aus. Wäre Bildungschancen-Gleichheit angestrebt, müssten hier ausgleichend vermehrt Mittel, Personal und andere Unterstützungen investiert werden. In diesem Sinne müsste Ungleiches ungleich behandelt werden anstelle der vordergründig »gerechten« Mittelverteilung per »Gießkanne«. Denn diese festigt Bildungschancen-Ungleichheit.

Im Überblick lassen sich Tendenzen zu einer wachsenden Ökonomisierung, d.h. zu einem zunehmenden Einfluss der Wirtschaft auf Schule konstatieren. Von besonderer Bedeutung dürfte die Interessenkoalition zwischen den status-

und einkommensorientierten Karrierewünschen der Schüler, der Nachfrage der Wirtschaft und der dem entsprechenden Bildungspolitik sein.

Im Zuge der Differenzierung und Nachfrage-Orientierung hat sich zwischen den Schulen eine Atmosphäre des Wettbewerbs entwickelt. Die Einflussmöglichkeiten von engagierten Schulleiter/innen und Lehrerschaft auf die Qualität und den guten Ruf sind gewachsen. Schule entfaltet sich mehr »von unten« als »von oben«.

Die Wandlungsprozesse lassen sich im Überblick verstehen als Diskrepanz zwischen

- einerseits einer sehr geringen Mobilisierbarkeit bei sich erhaltender oder zunehmender Bildungschancen-Ungleichheit im problembelasteten (Typ A) Segment;
- und andererseits zu der hohen, mobilisierenden und vielfältigen, permanenten Chancen optimierenden Dynamik im weiterführenden Bildungssegment.

Die Wege und Ziele der Problemlösungen sind klar, in der Praxis experimentell erprobt, aber systematisch in ein zu enges Korsett der dazu erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen gezwängt. Das ist seit Jahrzehnten bekannt, eine Abhilfe nicht in Sicht. Wirken hier »leere Kassen« und »Systemrationalität« in die gleiche Richtung?

So erscheint die These naheliegend, dass diese Diskrepanz der Bildungschancen-Ungleicheit in den Teilsystemen durchaus systemfunktional ist. Sie erfüllt eine wichtige Funktion: Erst in dieser Filterfunktion ermöglicht sie nämlich dem weiterführenden Teilsystem ihre volle Funktionalität: eine optimale und optimierbare Systemleistung der gesellschaftlichen und vor allem ökonomischen Anforderungen an Bildung gerecht zu werden: Dieser Filterprozess der Selektion und Segregation erfüllt die notwendigen Voraussetzungen dazu. Denn ohne ihn kann das Folgesystem nur suboptimal, eingeschränkt und mit erheblichen Reibungsverlusten zweckgerecht funktionieren.

Literatur

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Fischer-Taschenbücher. Frankfurt am Main: Fischer.

Bertelsmann Stiftung, Hrsg. (2017): *Mehr Schule wagen – Empfehlungen für guten Ganztag*. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/mehr-schule-wagen-empfehlungen-fuer-guten-ganztag/.

BMBF / Bundesministerium für Bildung und Forschung. Referat Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung (2010): *Kinder – Wunsch und Wirklichkeit in der Wissenschaft: Forschungsergebnisse und Konsequenzen Bonn*. Hrsg. von BMBF / Bundesministerium für Bildung und Forschung. Referat Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung. Berlin. URL: http://www.familienfreundliche-wissenschaft.org/fileadmin/upload/effektiv/Beratung_Materialien/Broschuere_KinderWunsch.pdf (besucht am 24. 05. 2017).

Bogumil, Jörg, Rolf G. Heinze, Franz Lehner und Klaus Peter Strohmeier (2012): *Viel erreicht - wenig gewonnen: Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet*. Essen: Klartext.

Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1992): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA.

Bourdieu, Pierre (1996): »Habitus, Illusio und Rationalität«. In: Bourdieu, Pierre und Loïc J. D. Wacquant, Hrsg. (1996). *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 147–175.

Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft: Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2001): *Wie die Kultur zum Bauern kommt: Über Bildung, Schule und Politik*. Hamburg: VSA.

Bourdieu, Pierre, Jean-Claude Chamboredon und Jean-Claude Passeron (1991): *Soziologie als Beruf: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis*. Berlin und New York: Walter de Gruyter.

Bourdieu, Pierre und Jean-Claude Passeron (1971): *Die Illusion der Chancengleichheit: Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs*. Stuttgart: Klett.

Bremer, Helmut (2011): »Soziale Milieus als ›Nachfahren‹ der Industriearbeiter – und warum sie auch heute wenig in die VHS kommen«. In: Gieseke, Wiltrud und Joachim Ludwig, Hrsg. (2011). *Ein Leben für die Erwachsenenbildung.*

Theoretiker und Gestalter in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dokumentation des Kolloquiums am 23.10.2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bd. 16. Erwachsenenpädagogischer Report.

Bundesinstitut für Berufsbildung (2017): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Hrsg. von Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn. URL: https://datenreport.bibb.de/media2013/BIBB_Datenreport_2013.pdf (besucht am 24. 05. 2017).

Butzin, Bernhard (2012): *Regionalkundliches Informationssystem / RIS –Compact: Hürden des strukturellen Wandels*. URL: http://www.metropoleruhr.de/land-leute/ris-compact/aera-der-montanindustrie/huerden-des-strukturellen-wandels.html (besucht am 24. 05. 2017).

Draeger, Jörg und Ralph Müller-Eiselt (2015): *Die digitale Bildungsrevolution: Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können*. München: DVA.

Edelstein, Benjamin und Hermann Veith (2017): *Schulgeschichte nach 1945: Von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart*. URL: http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/229702/schulgeschichte-nach-1945?p=all (besucht am 24. 05. 2017).

Engelbert, Angelika und Franz-Xaver Kaufmann (2003): »Der Wohlfahrtsstaat und seine Kinder: Bedingungen der Produktion von Humanvermögen«. In: Mierendorff, Johanna, Thomas Olk und Renate Kränzl-Nagl, Hrsg. (2003). *Kindheit im Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt und New York: Campus-Verlag, S. 59–94.

Erpenbeck, John und Werner Sauter (2016): *Stoppt die Kompetenzkatastrophe! Wege in eine neue Bildungswelt*. Berlin, Heidelberg: Springer.

Flick, U. (2007): *Qualitative Sozialforschung: eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt.

Hungerland, Beatrice (2002): »Wie viel Zeit für's Kind? Zur gesellschaftlichen Produktion generationaler Ordnung durch elterliche Zeitinvestition«. Diss. Wuppertal: Bergische Universität Wuppertal. URL: http://elpub.bib.uni-wuppertal.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-1125/dg0201.pdf (besucht am 24. 05. 2017).

Kelle, Udo (2011): »›Emergence‹ oder ›Forcing‹? Einige methodologische Überlegungen zu einem zentralen Problem der Grounded-Theory«. In: Mey, Günter und Katja Mruck, Hrsg. (2011). *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 235–260.

Kersting, Volker (2016): »Heterogenität: Stadt und Schule«. In: *Die Schule der Zukunft. Auswirkungen des demografischen Wandels*. Hrsg. von Burkhard Jungkamp und Marei John-Ohnesorg. Berlin.

Kuzmany, Stefan (2012): *Wo man mich versteht*. URL: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/was-ist-heimat-a-826008.html (besucht am 24. 05. 2017).

Liebenwein, Sylvia (2011): *Erziehungsstile im Wandel*. URL: https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/BF/Lehre/SoSe2011/HK_Aktuelle_Brennpunkte_der_Bildungspolitik/PPT_Erziehungsziele_und_-stile_im_Wandel.pdf (besucht am 24. 05. 2017).

Ostermann, Wiebke, Tanja Helmig, Nina Schadt und Jan Boesten, Hrsg. (2015): *RuhrFutur - eine Region im Aufbruch: Sprache bildet! Auf dem Weg zu einer durchgängigen Sprachbildung in der Metropole*. Mühlheim an der Ruhr: Verlag an der Ruhr.

Rademacher, Claudia (2002): »Jenseits männlicher Herrschaft Pierre Bourdieus Konzept einer Geschlechterpolitik«. In: Ebrecht, Jörg und Frank Hillebrandt, Hrsg. (2002). *Bourdieus Theorie der Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 127–138.

Ritzi, Claudia und Vanessa Kaufmann (2014): »Vom ›menschlichen Grundbedürfnis‹ zum ›Humanvermögen‹«. In: Schaal, Gary S., Matthias Lemke und Claudia Ritzi, Hrsg. (2014). *Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 97–129.

Ruhr, Regionalverband, Hrsg. (2012): *Bildungsbericht Ruhr*. Waxmann Verlag GmbH.

Stadt Dortmund (2013): *Masterplan Wissenschaft Dortmund: Zahlen und Fakten: Band 2*. Hrsg. von Stadt Dortmund. Dortmund.

Strohmeier, Klaus Peter (2009): »Die Stadt im Wandel - Wiedergewinnung von Solidarpotential«. In: Biedenkopf, Kurt, Hans Bertram und Elisabeth Niejahr, Hrsg. (2009). *Starke Familie - Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise*. Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung, S. 157–173.

Strübing, Jörg (2014): *Grounded Theory*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Terpoorten, Tobias (2014): *Räumliche Konfiguration der Bildungschancen: Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet*. Bochum: ZEFIR.

Vogel, Melanie (2016): *Vogel, Melanie (2016): Was bedeutet VUCA?* URL: `http://www.business-wissen.de/artikel/digitalisierung-was-bedeutet-vuca` (besucht am 24. 05. 2017).

WBGU (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Hrsg. von Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU. Berlin.

Weinert, Franz E., Hrsg. (2001): *Leistungsmessungen in Schulen*. Weinheim: Beltz.

Das Ruhrgebiet gibt es gar nicht: Menschen erzählen die Geschichte des Wandels zwischen Ruhr und Emscher

Gert G. Wagner und Jan Goebel

Inhalt

1 Einleitung **299**

2 Auswahl der Gesprächspartner und Quantitative Analysen **301**

2.1 Vergleich 1968 und 2015 301

2.2 Auswahl der Gesprächspartnerinnen und -partner 303

2.2.1 Ansprechen der Gesprächspartnerinnen 309

3 Bewohner (aus dem SOEP) haben das Wort **311**

4 Zusammenfassung und Fazit **325**

Abbildungsverzeichnis

3.1 Rangierbahnhof BO-Dahlhausen 311

3.2 Werksanlagen der Duisburger Kupferhütte 312

3.3 Die Zeche Alstaden kurz vor der Stilllegung 312

3.4 Die ehemalige Rombacher Hütte des »Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation« 313

3.5 Schornstein-Batterie der ehemaligen »Rombacher Hütte« an der Schützenstraße 313

3.6 Kraftwerk Springorum, Blick von der Deponie »Holtbrügge« 313

3.7 Südlich des Marktplatzes 314

3.8 Bergschäden am Wohnhaus einer ehemaligen Werkssiedlung 314

3.9 Zweifamilienhäuser am Hang 314

3.10 Im Zentrum 315

3.11 Stadtvilla aus der Gründerzeit 315

3.12 Genossenschaftliche Wohnanlage 315

3.13 Doppelhaus 316

3.14 Splitter einer ehemaligen Werkssiedlung am südöstlichen Stadtrand 316

3.15 Nahverkehrsbahnhof Dortmund-Möllerbrücke 316

3.16 Steeler Straße 317

3.17 Mietwohnhäuser in der Düsseldorfer Straße 317

3.18 Am Nordfriedhof 317

3.19 In der Saarstraße 318

3.20 Wohnzeile 318

3.21 Villa mit Aussicht 318

3.22 Hochwertige Mehrfamilienhäuser 319

3.23 In der Friedrich-Wilhelm-Straße 319

3.24 Straßengabelung an der Dr.-C.-Otto-Straße 319

3.25 An der Regionalbahn 320

3.26 Hausgruppe mit der Laurentiuskirche 320

3.27 Südlich des Stahlwerks Thyssen-Bruckhausen gelegene Wohnviertel an der Alsumer Straße 320

3.28 Ruhr-Insel südlich des Bahnhofs Dahlhausen 321

3.29 Im Sterkrader Wald 321

3.30 Detail des Hauses einer Nachkriegssiedlung des sozialen Wohnungsbaus 321

3.31 Buddenbergplatz 322

3.32 Der Städtische Friedhof Gladbeck-Brauck 322

3.33 Einfaches Mietwohnhaus der 50er-Jahre 322

Tabellenverzeichnis

2.1 Sozio-demographische Strukturen der Erhebungen im Ruhrgebiet 1968 und 2015 303

2.2 Allgemeine Lebenszufriedenheit für ausgewählte Bevölkerungsgruppen und die Gesprächspartner im Ruhrgebiet 304

2.3 Bereiche, in denen das Leben in der Wohngegend sich verbessert oder verschlechtert hat 307

2.4 Wichtigkeit von Neuem und »Wir-Gefühl« 308

1 Einleitung

Der Projektteil, der die Einschätzung der Menschen selbst, die im Ruhrgebiet leben, in den Mittelpunkt stellt, zeichnet sich dadurch aus, dass der methodische Ansatz die Vorzüge einer repräsentativen Stichprobe mit denen persönlicher Gespräche (qualitative Interviews) verbindet. Diese Verbindung wird weltweit selten praktiziert und dieser methodische Ansatz ist daher über die unmittelbaren Projektergebnisse hinaus interessant und für Reanalysen geeignet und reizvoll. Deswegen werden die erhobenen Daten und Texte (genauer: Tonbandaufzeichnungen) im Forschungsdatenzentrum des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin für Forscherinnen und Forscher bereitgestellt.[1]

[1] Stichwort: Open Data, www.leibniz-soep.de

Ausgangspunkt der Methode ist die seit 1984 laufende Längsschnittstudie SOEP, für die Menschen in Deutschland (seit 1990 auch Ostdeutschland) einmal jährlich befragt werden. Und zwar so lange dieselben Personen bereit sind mitzumachen. Begonnen wurde mit etwa 12 000 Erwachsenen, von denen sich noch etwa 1 000 nach über 30 Jahren immer noch befragen lassen. Zwischenzeitlich wird die Stichprobe immer wieder mit neuen Personen »aufgefrischt«. Dabei wurde auch die Stichprobengröße auf aktuell etwa 30 000 Erwachsene aufgestockt. Aus diesem Pool von für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Menschen wurden diejenigen ausgesucht, die derzeit im Ruhrgebiet in der Nähe der Standorte wohnen, die 1972 in einer fotografischen Studie ausgewählt wurden [2]. Die Nähe war wichtig, damit in den Gesprächen, die über die laufende SOEP-Fragebogenerhebung hinaus geführt wurden, über die Veränderungen an diesen Foto-Standorten geredet werden konnte.

[2] siehe Projekt »Heimat im Wandel – Metropole Ruhr 1972/2012 – Soziologie in Bildern«, www.broststiftung.ruhr/heimat-im-wandel/

Im Sommer 1972 zeigte das Museum Folkwang in den Messehallen der Gruga in Essen die kulturellen und künstlerischen Aspekte eines der größten wirtschaftlichen Ballungszentren Europas: die des Landes an Rhein und Ruhr. Unter dem Titel »Szene Rhein-Ruhr – Soziologie in Bildern« hatten Joachim Scharioth und Günter Fuderholz für diese Ausstellung mittels einer statistisch repräsentativen Methodik (nach Besiedlungsdichte gewichtete Klumpen-Stichprobe auf Stadtteilebene) in 45 Stadtteilen 600 Standorte für Fotografien ermittelt (Fuderholz und Scharioth 1972). Sechs Fotografie-Studenten des Fachbereichs Design der Fachhochschule Dortmund unter Leitung von Professor Adolf Clemens haben dann nach einheitlichen Regeln an diesen Standorten knapp 800 farbige Diapositive aufgenommen. Diese Fotos wurden in der Ausstellung gezeigt, um dem Besucher die Welt des Ruhrgebietes nahe zu bringen. Diese Standorte wurden im Rahmen des Projektes »Heimat im Wandel« in den Jahren 2014 bis

2016 wieder fotografisch festgehalten. Über den auf den Bildern von 1972 und 2014 bis 2016 erkennbaren Wandel wurde mit ausgewählten SOEP-Befragten geredet. Um diese Gespräche führen zu können wurden im Frühjahr 2016 alle SOEP-Befragten, die vor 1977 geboren sind und in den im Jahr 1972 fotografierten Postleitzahlbezirken leben, am Ende eines speziellen Kurzfragebogens zum Ruhrgebiet gefragt, ob sie für »qualitative Interviews«, d. h. Gespräche, bereit sind (für den Kurzfragebogen siehe Anhang). Der Kurzfragebogen beschäftigt sich auch mit dem Wandel des Ruhrgebietes und in diesem Bericht werden entsprechende Auswertungen präsentiert. Hinzu kommen quantitative Auswertungen, die auf Survey-Fragen beruhen, die während der Gespräche gestellt wurden, um die Bedeutung von Zukunftserwartungen zu erfahren.

Im Folgenden werden in Abschnitt 2 die Auswahl der Gesprächspartner und ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale der Menschen im Ruhrgebiet vorgestellt. In Abschnitt 3 werden die Gespräche zusammengefasst und interpretiert. Am Ende wird auch deutlich, warum der Titel dieses Abschnitts so gewählt wurde wie er oben steht. Die Zusammenfassung der quantitativen und qualitativen Ergebnisse erfolgt schließlich in Abschnitt 4.

2 Auswahl der Gesprächspartner und Quantitative Analysen

Gert G. Wagner

In diesem Abschnitt wird zuerst ein kondensierter Vergleich der Sozialstruktur des Ruhrgebietes kurz vor dem großen Wandel ab den 1970er Jahren mit der heutigen Sozialstruktur angestrebt. Für die heutige Situation werden die Daten des SOEP benutzt; für die Situation im Jahr 1969 werden Ergebnisse einer Erhebung herangezogen, die im Auftrag des »Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk« von Soziologinnen und Soziologen der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde (Landwehrmann u. a. 1970). Im zweiten Teil dieses Abschnitts wird beschrieben, wie aus der SOEP-Stichprobe die Gesprächspartnerinnen und -partner rekrutiert wurden und inwieweit sie keine reine und voll repräsentative Zufallsauswahl darstellen, da die Teilnahme an den Gesprächen natürlich freiwillig war. Es wird sich zeigen, dass leicht überdurchschnittlich zufriedene Menschen gesprächsbereiter waren. Schließlich werden die quantitativen Ergebnisse eines Kurzfragebogens dargestellt, der benutzt wurde, um mit seiner Hilfe die Rekrutierung von SOEP-Befragten für die Ruhrgebiets-Studie durchzuführen. Im Rahmen der Gespräche wurden auch einige wenige quantitative Angaben erhoben, um Daten für einen Vergleich mit der bundesweit durchgeführten »Vermächtnisstudie« zu gewinnen (vgl. Allmendinger 2017). Diese Ergebnisse, die für 29 Gesprächspartner vorliegen, werden auch am Ende von Abschnitt 3 vorgestellt.

2.1 Vergleich 1968 und 2015

Gert G. Wagner, Günter Fuderholz, Jan Goebel und Lisa Reiber

Die SOEP-Daten bieten auch die Möglichkeit, die aktuelle Sozialstruktur des Ruhrgebietes mit der Ende der 1960er Jahre zu vergleichen und so einen Hintergrund für die Fotos des Projektes »Szene Rhein-Ruhr« und die Gespräche mit Befragen des SOEP zu zeichnen.[1] Zur Beschreibung der Situation Ende der 1960er Jahre kann auf quantitative Ergebnisse des Projektes »Das Ruhrgebiet – sein sozialer Hintergrund« zurückgegriffen werden.[2]

Im September 1968 wurden in 16 repräsentativ ausgewählten Städten im Ruhrgebiet bei 2047 Befragten vielerlei Daten zur Sozialstruktur, zur sozialen und räumlichen Mobilität sowie zu Einstellungen erhoben (Landwehrmann 1970, S. 141ff). [3] Während das SOEP im gesamten Altersspektrum und der gesamten Wohnbevölkerung seine Befragungen durchführt, wurden im Ruhrgebiet nur 18-

[1] Die SOEP-Analysen wurden von Lisa Reiber durchgeführt.

[2] Einer der Mitarbeiter des damaligen Projektes, Günter Fuderholz, gehört zum aktuellen Projektteam »Szene Rhein-Ruhr«, das die Fotos zum Wandel des Ruhrgebietes bereitstellt. Günter Fuderholz hat die Informationen über das seinerzeitige Projekt in das in diesem Abschnitt vorgestellte Projekt eingebracht.

[3] Folgende Landkreise bzw. Städte wurden erfasst: Bochum (und Wattenscheid), Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Essen, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Lünen, Mühlheim, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne-Eickel und Witten.

bis 60-Jährige befragt, die sich nicht einer Ausbildung befanden. Die Altersbeschränkung engt die Aussagekraft merklich ein, denn der Anteil der 65-Jährigen und Älteren im Ruhrgebiet lag 1970 bei 12,3 Prozent (im Vergleich zu 21,3 Prozent in 2011) (Siehe Abschnitt 4.4 im ersten Teil dieses Bandes).

Die Beschränkung auf deutsche Staatsbürger war bei der empirischen Sozialforschung damals üblich und auch für das Ruhrgebiet insgesamt rechtfertigbar, denn der »Ausländeranteil« betrug damals insgesamt nur 3 Prozent (wenn auch auf kleinräumiger Ebene von Bezirken bei maximal 58 Prozent).[4] Im Jahr 2011 betrug der Migrantenanteil 23 Prozent (Abschnitt 4.5 im ersten Teil dieses Bandes).[5]

In Tabelle 2.1 sind für ausgewählte Indikatoren die Werte für 1968 und 2015 dargestellt. Die ersten beiden Spalten sind direkt vergleichbar, sie zeigen die Werte für 18- bis 60-jährige Deutsche. In den weiteren Spalten werden für 2015 auch Angaben zu den 61-Jährigen und Älteren gezeigt sowie für alle Abgrenzungen auch die Werte unter Einschluss von Befragten in Ausbildung und mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Die Unterschiede der Ergebnisse in den Spalten 4 bis 8 werden hier nicht interpretiert, da sie deutlich machen, dass trotz des inzwischen im Vergleich zu 1968 deutlich höheren Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund die Durchschnittsergebnisse davon nicht wesentlich beeinflusst werden. D. h., dass sich die Menschen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet nicht drastisch von denen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Der Vergleich zwischen 1968 und 2015 bezieht sich auf die Spalten 1 und 2; Spalte 3 macht deutlich, inwieweit sich 61-Jährige und Ältere von den Jüngeren im Ruhrgebiet unterscheiden.

Die Kerngruppe der 18- bis 60-Jährigen ist 2015 im Durchschnitt etwa drei Jahre älter als dies 1968 der Fall war. Dies ist nicht überraschend, da die Bevölkerung insgesamt älter wurde.

Deutlich zurückgegangen ist die Haushaltsgröße im Ruhrgebiet. Auch dies ist nicht überraschend, während im Hinblick auf die Wohnsituation der enorme Anstieg der Eigentümerquote von etwa 11 auf etwa 44 Prozent eher überrascht. Bei den 61-Jährigen und Älteren liegt die Eigentümerquote gar bei 58 Prozent. Hier hat offenbar ein deutlicher »Kulturwandel« stattgefunden; wahrscheinlich auch stark unterstützt durch die Möglichkeit, ehemalige Werkswohnungen bzw. -häuser zu erwerben. Nicht überraschend ist der ebenfalls starke Anstieg der Quadratmeterzahl der Wohnungen und der Anstieg der Zahl der Räume von drei auf vier.

Wie zu erwarten war, ist die Erwerbsquote deutlich angestiegen: von 61 auf 75 Prozent bei den 18- bis 60-Jährigen ohne Migrationshintergrund. Der Weg zur Arbeit dauert heutzutage nicht mehr ganz so lang wie das 1968 der Fall war. Trotz des insgesamt angestiegenen Anteils von längeren Pendelstrecken ist dies plausibel, da 1968 noch viele Beschäftigte zu Fuß oder mit dem ÖPNV zur

[4] Der Ausschluss der »Gastarbeiter« hatte zwei praktische Gründe: Viele wohnten damals noch in Sammelunterkünften, wären also mit den üblichen Stichprobenverfahren nicht erfassbar gewesen. Bei einer anteilsmäßigen Erfassung wäre ihre Anzahl für differenzierte Auswertungen dennoch zu klein gewesen, sie hätten also die Gesamtauswahl verzerrt und die Gesamtergebnisse nur wenig verändert. Außerdem gab es damals – wie Günter Fuderholz erinnert – eine eigene »Gastarbeiterstudie« an der Ruhr Universität Bochum.

[5] Es ist eine interessante Fußnote der Sozialgeschichte, dass für 1960 keine kleinräumigen offiziellen statistischen Angaben zum »Ausländeranteil« vorliegen, da in der Volkszählung nicht nach der Staatsangehörigkeit gefragt wurde (vgl. dafür und das folgende Abschnitt 4.5 im ersten Teil dieses Bandes). Für 1970 liegen entsprechende Daten vor. Aufgrund der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 liegen im Zensus 2011 Daten zum Migrationshintergrund vor, der berücksichtigt, dass auch Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit einen Migrationshintergrund aufweisen können, sofern sie selbst oder ihre Vorfahren nach Deutschland zugewandert sind.

	18 bis unter 60-Jährige		über 60-Jährige	Alle	Alle	Alle	18 bis unter 60-Jährige	über 60-Jährige
	Deutsche ohne Auszubildende				Deutsche	inkl. Migranten mit Auszubildende		
Indikator/Jahr	1968	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Alter	39	42	71	52	50	50	40	71
Haushaltsgröße	3,3	2,6	1,8	2,3	2,4	2,5	2,8	1,8
Eigentümer (in %)	12	44	58	49	50	48	43	58
Bezugsjahr Wohnung	1961	2004	1988	1998	1998	1999	2004	1988
Wohnungsgröße (in qm)	66	100	100	100	101	98	98	99
Zahl Räume (nur Mieter)	3	4	4	4	4	4	4	4
Miethöhe (in DM)	114	982	804	935	934	923	961	799
Erwerbsquote (in %)	61	75	22	56	58	57	74	21
Weg zur Arbeit (in Min.)	39	31	27	31	31	30	31	27
(Auslands)Urlaub (in %)	23	69	72,8	69,4	70	67	65	72.0
Autobesitz (in %)	54	85	80	82	83	82	84	78

Tabelle 2.1: Sozio-demographische Strukturen der Erhebungen im Ruhrgebiet 1968 und 2015. (Quelle: Landwehrmann u. a. 1970, SOEP 2015; eigene Berechnungen.)

Arbeit gelangten. Dies ist heutzutage seltener der Fall, was nicht zuletzt auch am Anstieg des Anteils der 18- bis 60-jährigen Deutschen, die über ein Auto verfügen, von 54 auf 85 Prozent ablesbar ist. Ein Schlaglicht auf sozialen Wandel wirft die Veränderung des Anteils derer, die einen Auslandsurlaub machen (wobei für 2015 nur allgemein nach einem Urlaub gefragt wurde; was aber angesichts der seit Jahren geringen Kosten für Auslandsurlaube keine Rolle spielen dürfte: Wer heutzutage in Deutschland Urlaub macht, der tut dies nicht, um Geld zu sparen). Im Jahr 1968 gaben nur 23 Prozent der 18- bis 60-Jährigen ohne Migrationshintergrund im Ruhrgebiet an, einen Auslandsurlaub zu machen, während für dieselbe Gruppe der Urlaubsanteil 2015 bei fast 70 Prozent liegt (und für 61-Jährige und Ältere sogar bei etwa 72 Prozent).

2.2 Auswahl der Gesprächspartnerinnen und -partner

Die Auswahl von Gesprächspartnerinnen und –partnern aus der repräsentativen Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Wagner u. a. 2008) erfolgte über einen speziellen Kurzfragebogen, der bei der üblichen jährlichen Befragung im Jahr 2015 zusätzlich zu dem normalen Fragebogen in ausgewählten Postleitzahlbezirken im Ruhrgebiet eingesetzt wurde (siehe Fragebogen im Anhang). Es wurden nur ältere Befragte ausgewählt, da es um die Geschichte seit 1972 geht. Jüngere können dazu aus persönlichem Erleben heraus nicht berichten.

Die spezielle Befragung erfolgte in Postleitzahlbezirken, in denen 1972 und 2014–16 Fotos gemacht wurden. In diesem Fragebogen wurde am Schluss auch die schriftliche Einwilligung der Befragten eingeholt, sich für ein persönliches Gespräch über das Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen.[6]

Nach Vorliegen der Daten dieser Kurzerhebung erfolgte dann die Auswahl derjenigen Befragten, die tatsächlich möglichst nahe an den Fotostandorten wohnten. Die meisten Gesprächsparterinnen und –partner wohnen nur wenige hun-

[6] Dieser Projektschritt erfolgte durch Günter Fuderholz, Dirk Geue, Jan Goebel und Simon Huber.

dert Meter von einem Fotostandort entfernt; das Minimum sind 150 Meter, das Maximum 2,2 Kilometer.

Zusätzlich wurden sieben SOEP-Befragte ausgewählt, die den Mini-Fragebogen zuvor nicht ausgefüllt hatten. Sie wurden ausgewählt, um genügend Gespräche mit Befragten mit Migrationshintergrund führen zu können.

Selektivität der Gesprächspartnerinnen und -partner[7]

[7] Die empirischen Analysen wurden von Jan Goebel und Lisa Reiber durchgeführt.

Der methodische Ansatz, dass zufällig ausgewählte und damit repräsentative Personen befragt werden und mit ihnen auch noch vertiefend geredet wird, bedeutet nicht, dass alle angesprochenen Personen auch teilnehmen. Insofern ist es in einem ersten Schritt interessant, den Prozess der tatsächlichen Teilnahme an der Befragung und der Teilnahme an den Gesprächen nachzuvollziehen.

Population	Lebenszufriedenheit nach Population	Lebenzufriedenheit Gesprächspartner (n=39)	Fallzahl im SOEP
Deutschland insgesamt	7,32	7,59	20 687
Deutschland insgesamt, 1976 und früher geboren	7,21	7,59	14 764
Westdeutschland insgesamt	7,40	7,59	15 972
NRW insgesamt	7,40	7,59	4 065
Ruhrgebiet	7,35	7,59	1 183
Düsseldorf	7,71	7,59	133
Mini-SOEP-Fragebogen ausgefüllt	7,41	7,59	160
Gespräch zugestimmt	7,64	7,59	59

Tabelle 2.2: Allgemeine Lebenszufriedenheit für ausgewählte Bevölkerungsgruppen und die Gesprächspartner im Ruhrgebiet. Durchschnittszufriedenheit auf der Skala 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden. (Quelle: SOEP 2016; eigene Berechnungen)

Tabelle 2.2 zeigt die »Selektivität« der Gesprächspartner am Beispiel der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen (zeilenweise abgetragen) und den Gesprächspartnern sind alle in einem üblichen Sinne nicht »statistisch signifikant«. Die Gruppe der Gesprächspartner, die auch den Mini-Fragebogen ausgefüllt haben, ist mit 35 Personen so klein ist, dass aufgrund ihrer Heterogenität (Streuung der Lebenszufriedenheiten) die Differenz zur durchschnittlichen Lebenszufriedenheit der Vergleichsgruppe auch zufällig entstanden sein könnte. Die Vergleiche sind trotzdem interessant, vor allem sind die Differenzen der Durchschnittszufriedenheiten der verschiedenen Vergleichsgruppen aussagekräftig. Dadurch wird deutlich, wie sehr sich die Menschen im Ruhrgebiet, die 1976 und früher geboren sind, von den Menschen in Deutschland insgesamt bzw. in einzelnen Regionen unterscheiden.

Der Vergleich der durchschnittlichen Zufriedenheit der tatsächlichen Gesprächspartner (rechte Spalte) mit den Zufriedenheiten aller anderen Gruppen zeigt, dass die Gesprächspartner deutlich zufriedener sind (7,8) als alle anderen Gruppen. Dies ist nicht überraschend, da es wahrscheinlich ist, dass jemand eher bereit ist, über sein Wohngebiet bzw. seine Heimat zu reden, wenn diese Person zufrieden ist. Dass der Zufriedenheitswert so hoch ist, ist am Ende auch dem Zufall geschuldet, dass von den 59, die bereit waren ein Gespräche zu füh-

ren, nur 35 anhand der Nähe zu Fotostandorten ausgewählt und angesprochen wurden (von denen fast alle zugesagt haben). Und die Nähe zu Fotostandorten führte schließlich zu etwas überdurchschnittlich guten Wohngegenden. Deswegen zeigt auch der Vergleich der Zufriedenheiten in der ersten Spalte einen Unterschied zwischen der vorletzten und letzten Zeile: Diejenigen, die einem Gespräch zugestimmt haben, geben eine etwas höhere Zufriedenheit an als diejenigen, die den Mini-Fragebogen zum Ruhrgebiet bekommen und ausgefüllt haben.

Vergleicht man die Zufriedenheit der Befragten im Ruhrgebiet mit der in NRW insgesamt und in (West)Deutschland, dann erkennt man (Zeilen 5 bis 1), dass die Unterschiede gering sind (am deutlichsten fällt die niedrigere Zufriedenheit für Deutschland insgesamt auf; dies liegt an unterdurchschnittlicher Zufriedenheit in Ostdeutschland).

Man kann also festhalten: Sowohl die in der Nähe von Fotostandorten lebenden SOEP-Befragten im Ruhrgebiet (die den Mini-Fragebogen ausgefüllt haben) als auch die tatsächlichen Gesprächspartner sind leicht bzw. überdurchschnittlich zufriedene Menschen. Diese »Selektion« ist freilich kein Nachteil der gewählten Methode, nämlich Gesprächspartner aus einer Zufallsstichprobe auszuwählen, sondern ein Vorteil: Hätte man gewissermaßen auf der Straße nach Leuten gesucht, die bereit sind, über ihren Wohnort bzw. ihre Heimat zu reden, wäre die Selbstselektion in Richtung zufriedener Menschen wahrscheinlich noch deutlicher gewesen. Die gewählte Methode erlaubt es zudem, das Ausmaß der Selbstselektion zu beschreiben.

Die Ergebnisse zeigen[8], dass sowohl die Gesprächsbereiten als auch die tatsächlichen Gesprächspartner im Durchschnitt etwas jünger sind als die Befragten insgesamt (in den ausgewählten Postleitzahlgebieten) (54 bzw. 53 Jahre gegenüber 58 Jahren); die Anteile von Männern und Frauen unterscheiden sich in den drei Gruppen praktisch nicht.

[8] Die Auswertung erfolgte durch Gert G. Wagner.

Die Zufriedenheit mit der Wohngegend (wiederum gemessen auf der 11er-Skala von null bis zehn) ist mit 7,3 in den Foto-Städten hoch. Wobei aber sowohl die Gesprächsbereiten wie die Gesprächspartner im Durchschnitt höhere Zufriedenheiten angeben (7,7 bzw. 7,5) – was aufgrund der bekannten höheren Lebenszufriedenheit dieser Gruppen nicht überraschend ist, da die Qualität einer Wohngegend ein Bestandteil der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist.

Anhand von stilisierten Verläufen, die im Fragebogen abgebildet waren, konnten die Befragten die Entwicklung ihrer Wohngegend charakterisieren (Frage 5 im Fragebogen im Anhang). Je nach Wohndauer konnten die Befragten Verläufe für die Zeit seit 1990, seit 2000 und seit 2010 machen. Dabei war vorgegeben: keinerlei Veränderung der Wohnqualität; wechselnde Qualität, aber am Anfang und am Ende gleich; Abstieg oder Aufstieg.

- Es zeigt sich, dass für diejenigen, die Angaben für die Zeit ab 1990 machten, 36 Prozent keinerlei Veränderung angaben (und kaum welche ein Auf und Ab

bei gleichen Endpunkten) und ebenso viele einen Aufstieg. Knapp 25 Prozent gaben einen Abstieg an.

- Für die Zeit ab 2000 gaben 42 Prozent keinerlei Veränderung an (und wiederum kaum ein Auf und Ab bei gleichen Endpunkten) und 36 Prozent einen Aufstieg. Weniger als 15 Prozent gaben einen Abstieg an.
- Für die Zeit ab 2010 gaben 47 Prozent keinerlei Veränderung an (und wiederum kaum ein Auf und Ab bei gleichen Endpunkten) und knapp 25 Prozent einen Aufstieg. Weniger als 20 Prozent gaben einen Abstieg an.

Betrachtet man die Angaben für diese drei Zeiträume wiederum für die Gesprächsbereiten und die Gesprächsteilnehmer und -teilnehmerinnen, so zeigt sich ein größerer Teil in diesen beiden Gruppen, die angeben, dass die Wohnqualität besser wurde (wobei die geringen Unterschiede zwischen den beiden Gesprächsgruppen nicht aussagekräftig sind). Wiederum ist also erkennbar, dass die Gespräche, die geführt wurden, mit überdurchschnittlich Zufriedenen geführt wurden.

Die Tabellen 2.3 (a) und (b) zeigen schließlich die Themen an, die von den Befragten als Antworten auf die Fragen, was in ihrer Wohngegend besser bzw. schlechter geworden sei (seit sie dort wohnen) mit Stichworten notiert wurde (es wurde nur die erste Nennung ausgewertet, da nur ganz wenige Befragte eine zweite oder gar dritte Nennung gegeben haben). Die Klartextantworten (meist ein Stichwort, maximal elf Worte) wurden dabei den dargestellten Kategorien zugeordnet.[9] Dargestellt werden nur die Angaben der gesamten Befragten und die Angaben für die wichtigste Veränderung, da zweite und dritte Veränderungen kaum angegeben wurden.

[9] Die Codierung wurde von Gert G. Wagner durchgeführt.

Der zentrale Befund der Tabellen 3 (a) und (b) ist, dass den meisten Befragten kein Stichwort einfällt, wenn sie danach gefragt werden, was in ihrer Wohngegend besser oder schlechter wurde. An der Spitze der Verbesserungen stehen der ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten – die jedoch auch ganz deutlich an der Spitze der Verschlechterungen stehen. Gleiches gilt für die Nachbarschaft: Diese wird von vielen Befragten als Verbesserung, von noch mehr Befragten als Verschlechterung angegeben. Bezüglich der Umweltveränderungen geben wiederum etwa gleich viele Befragte die Zunahme von Lärm als Verschlechterung und die Verbesserung der Luftqualität/Umwelt als Verbesserung an (freilich erlauben die dahinter stehen Fallzahlen von sieben bzw. fünf Befragten eigentlich keine Interpretation).

Weitere quantitative Angaben

Die Gespräche wurden auch genutzt, um Survey-Fragen, die für die »Vermächtnisstudie«, die von *infas* (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) und dem *WZB* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) durchgeführt wurde (vgl. Allmendinger 2017) und einer Stichprobe von Menschen in ganz Deutschland gestellt wurden[10], auch den Gesprächspartner im Ruhrgebiet zu stellen. Da die Gespräche im Ruhrgebiet schon liefen als die »Vermächtnisstudie« be-

[10] *Infas* befragte mit der CAPI-Methode (d. h. mit einem Notebook »face-to-face« bei den Befragten zuhause) etwa 3000 Personen der Wohnbevölkerung im Alter von 14 bis 80 Jahren. Folgende Landkreise bzw. Städte wurden erfasst: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mühlheim an der Ruhr, Oberhausen und Recklinghausen.

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Nichts	44	27,5	27,5	27,5
Blank	39	24,4	24,4	51,9
Einkaufen	13	8,1	8,1	60
ÖPNV	11	6,9	6,9	66,9
Nachbarschaft	8	5	5	71,9
Straßen	8	5	5	76,9
Infrastruktur	6	3,8	3,8	80,6
Müll und Dreck	6	3,8	3,8	84,4
Luftqualität	4	2,5	2,5	86,9
Medizinversorgung	4	2,5	2,5	89,4
Freizeitangebot	3	1,9	1,9	91,3
Radwege	3	1,9	1,9	93,1
Sonstiges	2	1,3	1,3	94,4
Grünanlagen	2	1,3	1,3	95,6
Nicht beurteilbar	2	1,3	1,3	96,9
Betreuung Kinder	1	0,6	0,6	97,5
Lärm	1	0,6	0,6	98,1
Umwelt	1	0,6	0,6	98,8
Verkehr	1	0,6	0,6	99,4
Wohungsangebot	1	0,6	0,6	100
Gesamt	160	100	100	

(a) Bereiche, in denen das Leben in der Wohngegend besser geworden ist

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Nichts	37	23,1	23,1	23,1
Blank	30	18,8	18,8	41,9
Einkaufen	19	11,9	11,9	53,8
Nachbarschaft	18	11,3	11,3	65
Verkehr	11	6,9	6,9	71,9
Ausländer	9	5,6	5,6	77,5
Lärm	7	4,4	4,4	81,9
Müll und Dreck	5	3,1	3,1	85
Parkplätze	5	3,1	3,1	88,1
Nicht beurteilbar	3	1,9	1,9	90
Straßen	3	1,9	1,9	91,9
Grünanlagen	2	1,3	1,3	93,1
Infrastruktur	2	1,3	1,3	94,4
Kriminalität	2	1,3	1,3	95,6
Sonstiges	2	1,3	1,3	96,9
Lokale	1	0,6	0,6	97,5
Luftqualität	1	0,6	0,6	98,1
ÖPNV	1	0,6	0,6	98,8
Spielmöglichkeiten	1	0,6	0,6	99,4
Wohnungsangebot	1	0,6	0,6	100
Gesamt	160	100	100	

(b) Bereiche, in denen das Leben in der Wohngegend besser geworden ist

Tabelle 2.3: Bereiche, in denen das Leben in der Wohngegend sich verbessert oder verschlechtert hat. (Quellen: SOEP Kurzfragebogen zum »Leben im Ruhrgebiet« 2015; eigene Berechnungen.)

kannt wurde, konnten die entsprechenden Fragen aber nicht allen 41 Gesprächspartnerinnen und -partnern gestellt werden, sondern nur 29.

Bei der »Vermächtnisstudie« ging es darum, festzustellen, wie die Menschen in Deutschland sich ihre Zukunft vorstellen. Aus einer Vielzahl von Fragen wurden für das Ruhrgebiets-Projekt zwei Fragenblöcke ausgewählt. D. h., im Laufe eines Gesprächs wurden zwei aus je drei Teilfragen bestehende »Survey-Fragen« gestellt und mit einer vorgegebenen Skala beantwortet:

1. Neues beginnen
   - »Wie wichtig ist es aus Ihrer gesamten Lebenserfahrung heraus, etwas ganz Neues zu beginnen?«
   - »Wenn es nach Ihnen ginge: Wie wichtig sollte es allen Menschen in Zukunft sein aus Ihrer gesamten Lebenserfahrung heraus, etwas ganz Neues zu beginnen?«
   - »Und von Ihren Wünschen abgesehen: Wie wichtig wird es den Menschen in Zukunft tatsächlich sein, etwas ganz Neues zu beginnen?«
2. »Wir«-Gefühl
   - »Bitte sagen Sie nun aus Ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus: wie wichtig ist es Ihnen, ein ›Wir-Gefühl‹ zu haben?«
   - »Wenn es nach Ihnen ginge: Wie wichtig sollte es nachfolgenden Generationen in Zukunft sein, ein ›Wir-Gefühl‹ zu haben?«
   - »Und von Ihren Wünschen abgesehen: Was glauben Sie, wie wichtig wird das für nachfolgende tatsächlich sein?«

	Gesprächspartner/-innen	Ruhrgebiet		Deutschland
		45+	Alle	Alle
Wichtigkeit etwas Neues zu beginnen				
für sich selbst	2,29	2,78	2,73	2,83
für nachfolgende Generationen	2,05	2,05	2,1	2,22
Tatsächliche Wichtigkeit				
von nachfolgende Generationen	3,07	2,92	2,92	3,17
Wichtigkeit »Wir-Gefühl«				
für sich selbst	2,33	1,79	1,68	1,87
für nachfolgende Generationen	2,07	1,73	1,82	1,76
Tatsächliches »Wir-Gefühl«				
von nachfolgende Generationen	4,05	3,45	3,31	3,57
N	29	69	110	3 096

Tabelle 2.4: Wichtigkeit von Neuem und »Wir-Gefühl«. (Quellen: eigene Gespräche; Allmendinger 2017; Berechnungen durch Jan Wetzel (WZB))

Die Antworten konnten auf der Skala von 1 (=sehr wichtig) bis 7 (=überhaupt nicht wichtig) gegeben werden.

Tabelle 2.4 zeigt die Durchschnitte der Antworten der Gesprächspartnerinnen und –partner im Vergleich mit den Angaben aller Befragten der »Vermächtnisstudie« in Deutschland und der Befragten im Ruhrgebiet.

Tabelle 2.4 zeigt für alle dargestellten Populationen, dass die Gesprächspartnerinnen und -partnern sowie die Befragten glauben, dass es für die nachfolgenden Generationen tatsächlich weniger wichtig sein wird als der heutigen Generation, etwas Neues zu beginnen und ein »Wir-Gefühl« für wichtig zu halten. Dies ist umso bemerkenswerter, weil gleichzeitig alle davon überzeugt sind, dass es für die nachfolgenden Generationen noch wichtiger wäre, etwas Neues zu beginnen und ein »Wir-Gefühl« zu haben als das heute der Fall ist.

Gemessen an diesen identischen Mustern bei den Gesprächspartnerinnen und -partnern sowie bei den Befragten ist es zweitrangig, dass die »Niveaus« der Antworten bei den Gesprächspartnerinnen und -partnern einerseits und den Befragten andererseits leicht unterschiedlich sind; zumal der Zufallsfehler bei nur 29 Gesprächspartnerinnen und -partnern groß ist.

2.2.1 Ansprechen der Gesprächspartnerinnen

Es wurden 35 Haushalte kontaktiert.[11] Von den 35 Haushalten konnten vier (11 Prozent) nicht erreicht werden (es ging niemand ans Telefon oder die Nummern waren nicht mehr aktuell). Von vier weiteren Haushalten (11 Prozent) wurden Absagen ausgesprochen. Allerdings sagte ein Haushalt davon zunächst zu (dieser Termin wurde am Interviewtag aufgrund von terminlichen Schwierigkeiten abgebrochen). Die vier Haushalte, die absagten, taten dies aus zeitlichen Gründen, aufgrund eines Todesfalls und aus nicht ausreichendem Interesse. Insgesamt nahmen 27 Haushalte (77 Prozent) an der Befragung teil.

[11] Das kontaktieren erfolgte durch Stefan Siebert. Das Vorgehen wird – verallgemeinert – beschrieben von Siebert und Wagner 2017.

In den 35 Haushalten standen insgesamt 47 Personen zur Befragung zur Verfügung. Davon nahmen 10 Personen (21 Prozent) nicht am Interview teil. Insgesamt wurden 37 Personen (79 Prozent) von allen Kontaktierten befragt.[12] Unter den 37 Personen waren 9 Paare (24 Prozent).

[12] Das Reise- und Zeitmanagement wurde von Angelika Dierkes durchgeführt.

Folgende Landkreise bzw. Städte wurden erfasst: Bochum (einschließlich Wattenscheid), Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Mettmann und Oberhausen. Damit wurden 8 von 16 Landkreisen bzw. Städten der Erhebung in 1968 und 6 von 14 Landkreisen bzw. Städten der Vermächtnisstudie 2015 abgedeckt.

Die Gespräche wurden vom Projektleiter selbst, Gert G. Wagner, in der Zeit vom 18. Januar 2017 und 27. März 2017 geführt. Eine Gesprächspartnerin hatte später auch Gelegenheit, die SOEP-Befragung dem Bundespräsidenten zu erläutern, der sich Ende Juni 2017 über das seit 1984 laufende SOEP informieren ließ (www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.562490.de).

3 Bewohner (aus dem SOEP) haben das Wort zum Wandel angesichts von Bildern aus ihrer Nachbarschaft

Gert G. Wagner

Es sei bereits eingangs gesagt: Gespräche mit Menschen, die nicht besondere Berufe oder Schicksale haben, sondern die zufällig für eine Befragung und Gespräche ausgewählt wurden, verlaufen größtenteils unspektakulär. Denn die allermeisten Menschen versuchen, ein ruhiges und geordnetes Leben zu führen. Das gelingt keineswegs immer – sei es aus persönlichen oder gesellschaftlichen Gründen – , aber den meisten gelingt es, und deswegen beschreiben die Menschen selbst einen so dramatischen Wandel, wie er im Ruhrgebiet seit den 1960er-Jahren stattgefunden hat, positiv. Im Ruhrgebiet mag das auch damit zusammenhängen, dass die jetzt älteren Menschen dort in der Zeit bis in die 1960er Jahre hinein, als die Gegend boomte, ein schweres Leben kennengelernt haben.

Methodisch zu bedenken ist, dass die Älteren, mit denen man heutzutage sprechen kann, im Ruhrgebiet geblieben sind. D. h., sie hatten Glück oder haben sich mit den schwierigen Zeitläufen arrangiert. Kein einziger Gesprächspartner hat die alte Zeit verklärt – aber sie wird mit positiven Erinnerungen verbunden. Dabei ist auch zu bedenken, dass die in Abschnitt 1 dargestellte Analyse der Lebenszufriedenheit im Ruhrgebiet und derer der Gesprächspartnerinnen und –partner gezeigt hat, dass diese überdurchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden sind.

Bergbau, Industrie und Infrastruktur



Abbildung 3.1: BO · DA · 05 Rangierbahnhof BO-Dahlhausen, im Hintergrund Schornsteine der Dr. C-Otto-Werke. Die Ruhrtalbahn erreichte 1863 Dahlhausen, sie diente dem Personenverkehr und dem Kohletransport der Ruhrtalzechen. Westlich des Bahnhofs entstand in den Ruhrauen ein 1 km langer Rangierbahnhof, der etwa 20 Rangier-und Aufstellgleise enthielt. In den 60er-Jahren wurden hier täglich bis zu 2.000 Güterwagen abgefertigt. Nach dem Zechensterben verlor er seine Funktion. In den 90er-Jahren wurden die Gleise abgebaut. Bis etwa 2010 entstand auf dem östlichen Teil das Wohngebiet »Ruhrauenpark«. 2016 begann eine Erweiterung nach Westen. Die Gründerzeithäuser an der Dr.-C.-Otto-Straße (re) wurden durch kleinere Gebäude ersetzt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

In Oberhausen erzählt ein Rentnerehepaar, das als Nationalität »albanisch« angibt, aber die serbische Staatsangehörigkeit hat, wie der Mann 1973 in ein Thyssen-Wohnheim kam. Er erinnert es als »ganz modern«; und: »die haben

uns gut behandelt«. Sogar vierzehn Tage lang haben die neuen Gastarbeiter (wie man damals sagte) mit Dolmetschern die Stadt kennengelernt.

Menschen, die früh als sogenannte Gastarbeiter ins Ruhrgebiet kamen (und sich auch heute noch selbst so bezeichnen), und auch deren Kinder haben noch von Siedlungen profitiert, die um Zechen, die Schwerindustrie oder große Rangierbahnhöfe herum entstanden sind (Abbildung 3.1 auf der vorherigen Seite).[1] Sie berichten vom sozialen Zusammenhalt in diesen Siedlungen, in denen es keine Rolle spielte, woher man kam. Wer malochte, gehörte dazu – die Kinder selbstverständlich auch.

[1] Die kurzen Kommentare zu den Fotos wurden – unabhängig von den hier dokumentierten Anmerkungen der Gesprächspartner – von Günter Fuderholz und Joachim Scharioth verfasst.



Abbildung 3.2: DU · HO · 11 Werksanlagen der Duisburger Kupferhütte. Die Hütte wurde 1876 gegründet, war bis 1979 im Eigentum der deutschen Chemie-Industrie und produzierte Schwefelsäure durch Abbrand von Schwefelkies, wobei als Reststoffe Kupfer, Zink, Blei und Silber weiterverarbeitet wurden. Als die chemische Industrie die Produktion von Schwefelsäure grundsätzlich umstellte, geriet die Hütte mit 3.700 Beschäftigten um 1970 in eine Existenzkrise und wurde nach längerem Siechtum 1979 an die britische Rio Tinto Group verkauft, die 1981 eine Stiftung als neuen Gesellschafter gründete und die Firma als »DK Recycling und Roheisen« neu aufstellte. DK produziert mit etwa 250 Beschäftigten fast rückstandsfrei hochwertiges Roheisen und Nebenprodukte aus Reststoffen der Hütten- und Chemie-Industrie und ist weltweit der größte Betrieb dieser Art. Große Teile der früheren Betriebsgebäude und -flächen werden heute von anderen Firmen genutzt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Und als Kind in einer Eisenbahnersiedlung musste man nicht Schäfchen zählen, um einzuschlafen, sondern die Rangiergeräusche wiegten Kinder in den Schlaf, wie der Sohn eines Gastarbeiters der ersten Generation in Duisburg berichtet. Er beklagt zugleich, dass in den letzten Jahren »Jugendzentren zum Teil geschlossen wurden« – obwohl er solche Zentren als wichtig erlebt hat. Die rote Klinkerwand der Duisburger Kupferhütten, an der er oft vorbeiging, ist ihm noch in starker Erinnerung (Abbildung 3.2). Was dahinter geschah, blieb geheimnisvoll.



Abbildung 3.3: OB · ALO · 01 Die Zeche Alstaden kurz vor der Stilllegung. Von 1859 bis 1972 wurde hier Anthrazitkohle vorwiegend für den Hausbrand gefördert und teilweise in einer Brikettfabrik verarbeitet. Nach der Stilllegung wurden die oberirdischen Anlagen fast vollständig abgerissen. 1981 wurde das Gelände überwiegend als Wohngebiet ausgewiesen und in der Folgezeit mit Reihen-, Doppel- und Einzelhäusern sowie einigen Mehrfamilienhäusern bebaut. An die Zeche erinnern noch die Protego-Hauben der verfüllten Schächte. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Das Auseinanderbrechen der Werkssiedlungen – bedingt durch die Schließung vieler Betriebe – kann wahrscheinlich im Hinblick auf die heute vielfach nicht gelingende Integration von Zuwanderern und deren Kindern nicht überschätzt werden. Homogene Zuwandererquartiere bieten den Menschen heutzutage durchaus Möglichkeiten für ein gutes Leben – aber gleichzeitig erschweren sie den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft. Trotzdem ist in den Gesprächen aufgefallen: Kein einziger Gesprächspartner, auch nicht die, die in Eisenbahn- und Hüttensiedlung eine sehr gute Nachbarschaft erlebt haben, verklärt diese Zeit. Zumal sie bei allen Gesprächspartnern, die im Bergbau und in Hütten gearbeitet haben, mit gesundheitlichen Problemen verbunden waren und es noch heute sind.



Abbildung 3.4: BO · WE · 08 Die ehemalige Rombacher Hütte des »Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation«. Die ab 1889 errichtete Hütte wurde 1969/70 stillgelegt. 1980 erwarb die Stadt das ca. 40 ha große Gelände und ließ dort einen Gewerbepark erschließen und vermarkten, der von zahlreichen Firmen aus unterschiedlichen Branchen genutzt wird. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Abbildung 3.5: BO · WE · 10 Schornstein-Batterie der ehemaligen »Rombacher Hütte« an der Schützenstraße. Derselbe Blick trifft heute im Sommer auf eine blickdichte Baumreihe, im Winter ist die »Werkstatt Constantin-Bewatt« für Menschen mit Behinderungen der Diakonie Ruhr zu sehen, die sich im nach 1980 entstandenen Gewerbepark »Rombacher Hütte« befindet. Die früher stadtbildprägende Wirkung des Areals ist verschwunden. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Eine Anwohnerin erzählt angesichts der neuen Reihenhäuser, die auf dem Gelände der ehemaligen »Zeche Alstaden« stehen, dass diese mit »Muskelhypotheken« gebaut wurden, nämlich mit jeder Menge Selbsthilfe (Abbildung 3.3 auf der vorherigen Seite). Alteingesessene nennen diese Gegend auch »Marmeladensiedlung«, weil für die »Häuslebauer« anfänglich das Geld für die Wurst auf dem Brot gefehlt habe. Öfter sind auf ehemaligen Industriegelände freilich Klein- und Mittelgewerbe angesiedelt worden (Abbildung 3.4 bis 3.6) – mit mehr oder weniger Erfolg.



Abbildung 3.6: BO · WE · 06 Kraftwerk Springorum, Blick von der Deponie »Holtbrügge«. Das Kohlekraftwerk wurde 1958–61 errichtet und war eine weithin sichtbare Industrie-Kathedrale. 1986 wurde es stillgelegt. An seiner Stelle wurde der 9 ha große »Innovationspark Springorum« erschlossen, in dem sich Bürogebäude, eine Schule und das 1997 von Ratingen hierher gezogene »EBZ Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft« befinden. Das EBZ bietet mit 110 Lehrkräften und 200 freiberuflichen Dozenten Angebote für 1.400 Berufsschüler, 900 Studenten und zahlreiche Lehrgangsteilnehmer an. Der Park war 2016 noch nicht vollständig vermarktet. Derselbe Blick wie 1972 geht heute von der aufgeschütteten Deponie nach unten über eine Kleingartenanlage und einen Grüngürtel auf das frühere Kraftwerksgelände. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Nahezu jeder Betrachter der Fotos des Zentrums von Bochum-Langendreer (Abbildung 3.7 auf der nächsten Seite) wird sagen, dass die Gegend besser geworden ist. Aber ein Gesprächspartner, der in den 1960er-Jahren dort groß wurde, erinnert sich mit Freude daran, dass man damals auf Asche Fußball spielen konnte. »Die Wand unter dem Fenster war unser Tor.«

Aber es gab nicht nur Mietskasernen und kleine Reihenhäuschen, in denen heute niemand mehr wohnen möchte, sondern, so erzählt eine Frau in Gladbeck, auch große Reihenhäuser mit großem Garten (1 000 qm): »Steiger-Villen« (Abbildung 3.8 auf der nächsten Seite).

Die kleinen Reihenhäuser sind heutzutage oft sehr schön renoviert. Schornsteine



Abbildung 3.7: BO · LAZ · 13 Südlich des Marktplatzes. Die historische Bebauung aus der ländlichen Tradition in der Bildmitte fiel dem Marktplatz zum Opfer, das Fachwerkhaus an der Batestraße (re) wurde in den 70er-Jahren abgerissen und auf dem Grundstück 30 Jahre später ein neues großes Wohngebäude errichtet. Der Wohnkomplex gegenüber auf der Ostseite des Marktplatzes wurde modernisiert. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.8: GLA · BR · 01 Bergschäden am Wohnhaus einer ehemaligen Werkssiedlung. Vermutlich wurde das große Doppelhaus privatisiert, denn es wurden in beiden Haushälften unterschiedliche neue Fenster eingebaut. Das Äußere des Hauses ist im Wesentlichen unverändert, die Bergschaden-Risse wurden jedoch beseitigt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.9: BO · DA · 04 Zweifamilienhäuser am Hang. Die 2 Häuser im Vordergrund wurden modernisiert, am linken Haus wurde der Vorgarten neu gestaltet, am rechten Haus eine Garage angebaut. Das Haus im Hintergrund (mi) wurde abgerissen und auf einem großen Hammergrundstück eine Reihenhausanlage mit 15 Häusern gebaut, die hinter den Bäumen liegt und nicht sichtbar ist. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

auf Häusern wurden weniger – und Industrieschonsteine verschwanden massenhaft völlig (und einige wurden zu Denkmälern). Ihr verschwinden erzählt vom umfassenden Wandel des Ruhegebietes. Weniger bedeutsam (da in ganz Deutschland beobachtbar), aber auch deutlich sichtbar, ist das Verschwinden von Strom- und Telefon-Freileitungen (Abbildung 3.9 auf der vorherigen Seite).



Abbildung 3.10: BO · LAZ · 07 Im Zentrum. Die Geschäfts-Wohnhäuser in der »Alten Bahnhofstraße« aus der Zeit um 1900 wurden modernisiert und einige aufwendige Fassaden originalorientiert neu gestaltet. Der Straßenabschnitt wurde zur verkehrsberuhigten Zone mit großen Baumbeeten umgewandelt. Im Sommer machen die beidseitig neu gepflanzten Baumreihen das schöne Straßenbild nahezu unsichtbar. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.11: GE · BUZ · 06 Stadtvilla aus der Gründerzeit. Das Gebäude an der Hochstraße wurde 1897 als Wohnhaus und Steuerkasse gebaut und steht seit 1987 unter Denkmalschutz. 1972 beherbergte es eine Arztpraxis, 2015 ein Rehabilitationszentrum. Äußerlich ist das Haus unverändert. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Ganz typisch sind die inzwischen vielen verkehrsberuhigten Straßen, wo – wie ein Gesprächspartner sagt – die »kleinen Geschäfte kommen und gehen«. Wie in etlichen Städten in Westdeutschland sind viele Fußgängerzonen entstanden und grobe Pflastersteine aus den Straßen verschwunden. Oder hässlicher Asphalt wurde durch eine moderne schicke Pflasterung ersetzt (Abbildung 3.10). Eine in Gelsenkirchen-Buer geborene Gesprächspartnerin spricht davon, dass »die intakte Kleinstadt mit dörflichem Charakter« erhalten geblieben ist (Abbildung 3.11).



Abbildung 3.12: DU · NN · 04 Genossenschaftliche Wohnanlage. Die 3-geschossigen Wohnhäuser mit Wohngeschoss im Dach gehören zu einer größeren Wohnanlage der 1905 als Beamtenwohnungsverein gegründeten Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Süd eG. Die Gebäude wurden inzwischen umfassend modernisiert, haben dabei Wärmedämmung, neue Fenster und Zentralheizung erhalten. Die rückwärtigen Loggien wurden durch vorgestellte Balkone vergrößert. Die zahlreichen Wäschestangen im Hof sind verschwunden, dieser wurde als zusammenhängende Grünanlage gestaltet. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Betrachtet man die alten Fotos, dann fallen – neben den geschwärzten Fassaden – Nutzgärten, Teppichklopf-Stangen und Wäscheleinen auf. Diese sind heute weitgehend verschwunden, ebenso wie Nutzgärten hinter Wohnblocks oder den Reihenhäusern der Werkssiedlungen (Abbildungen 3.12 bis 3.14 auf der nächsten Seite). Der Wandel der Versorgung mit Obst und Gemüse sowie der Waschgewohnheiten dürfte auf eine der größten Veränderungen zurückzuführen sein,





Abbildung 3.13: BO · WE · 09 Doppelhaus. Die Häuser sind Teil einer früheren Werkssiedlung nahe der Zeche Prinz Regent. Die Bewohner haben die Häuser schon vor Jahrzehnten von einer großen Wohnungsbaugesellschaft gekauft und seitdem individuell modernisiert und die Dächer ausgebaut. Aus den Nutzgärten sind Freizeitgärten geworden. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)





Abbildung 3.14: HER · SO · 18 Splitter einer ehemaligen Werkssiedlung am südöstlichen Stadtrand. Die isoliert gelegenen 3 Wohnhäuser in landschaftlich geprägter Lage sind privatisiert und in den letzten Jahren umfassend modernisiert und teilweise umgestaltet worden. Aus den Nutzgärten in Hanglage wurden Freizeitgärten. Aus der einheitlich konzipierten Siedlung wurden individuelle Wohnhäuser. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

die es nicht nur im Ruhrgebiet sondern in ganz Deutschland gab: die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen. Nicht, dass sie früher nicht gearbeitet hätten. Es war aber mehr Hausarbeit und in Arbeiterhaushalten auch Nebenerwerbstätigkeit – die kein Statistiker zählte: Putzen, Nähen, Kochen bei Familienfeiern.

Öffentlicher Nahverkehr wurde bedeutsam

Was auffällt: Der Ausbau des ÖPNV wird von vielen Gesprächspartnern gelobt – aber gleichzeitig wird beklagt, dass er nach wie vor zwischen den verschiedenen Städten zergliedert ist (Abbildungen 3.15 bis 3.17 auf der nächsten Seite). Umsteigezeiten passten nicht gut zusammen. Und wenn man Einzelfahrscheine löst, um längere Strecken zu fahren, braucht man zig verschiedene Fahrkarten. Für andere ist der Straßenbau wichtig. Ein mittelaltes Paar nennt als Teil der Lebensqualität: »Wir sind sofort auf der Autobahn« (Abbildung 3.18 auf der nächsten Seite).





Abbildung 3.15: DO · DB · 01 Nahverkehrsbahnhof Dortmund-Möllerbrücke, Autogarage in der Bahnböschung. Die Bahnstrecke wurde elektrifiziert und ein völlig neuer Bahnhof gebaut. Die Wohnhäuser in der Umgebung wurden modernisiert. Die Autogarage an der Bahnböschung ist dieselbe, die Zufahrt wurde an die Ostseite verlegt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

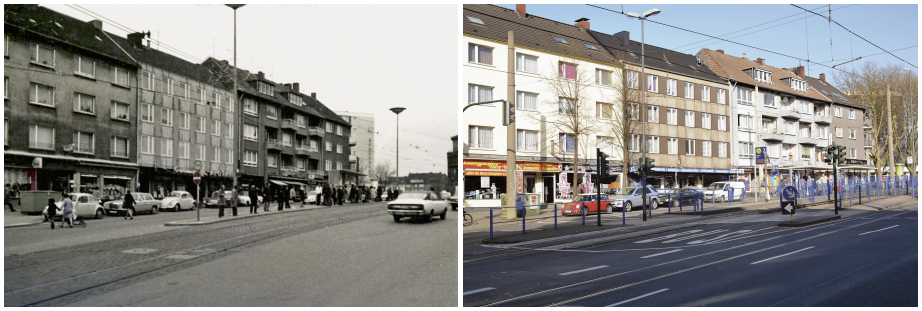


Abbildung 3.16: E · SO · 03 Steeler Straße. Die Straße hat ihre Funktion als wichtige Ausfallstraße mit Straßenbahn vom Zentrum nach Südosten behalten, wurde inzwischen aber neu gestaltet und dabei der ÖPNV-Haltebereich baulich abgegrenzt. Die Häuser stammen überwiegend aus dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit und wurden modernisiert, die Erdgeschosszone bleibt gewerblich genutzt. Der Wasserturm aus dem Jahr 1884 wird weiter genutzt und ist seit 1985 Baudenkmal, statt eines Restaurants hat jetzt die Essener Tafel hier ihren Sitz. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

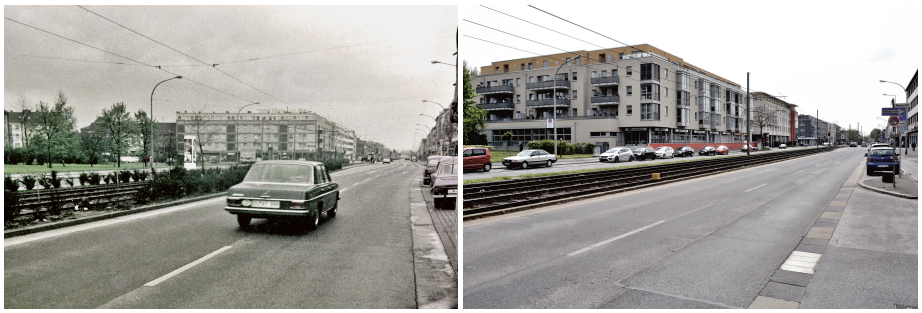


Abbildung 3.17: DU · WAZ · 18 Mietwohnhäuser in der Düsseldorfer Straße. Der Wohnblock im Foto oben ist inzwischen modernisiert und dabei äußerlich umgestaltet worden. Die Freifläche an der Straße wurde nach 2005 mit einem 5-geschossigen Doppel-Wohnhausblock bebaut. Dafür wurden sogar 2 ältere Wohnzeilen aus den 50er-Jahren abgerissen. Die breite Ausfallstraße mit Straßenbahn auf eigenem Gleiskörper ist unverändert. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.18: OB · STN · 03 Am Nordfriedhof. Auf dem früheren Hofgrundstück ist eine neue, dicht bebaute Reihenhaus-Anlage entstanden. Das ältere Eckhaus an der Kreuzung (re) wurde modernisiert. Die Fläche im Vordergrund gehört inzwischen zum Nordfriedhof, der sich bis an die Straße ausgedehnt hat. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Nicht nur mehr, sondern auch anderes Grün im Ruhrgebiet



Abbildung 3.19: HER · SO · 02 In der Saarstraße. Die Straße nahe des Zentrums von Sodingen gibt mit ihrer unterschiedlichen aber vollständig erhaltenen Bebauung aus der Vorkriegszeit das typische Bild einer zentrumsnahen kleinstädtischen Ruhrgebietsstraße wieder. Die Häuser wurden modernisiert und erhielten aufgefrischte Fassaden, der Kiosk (re) wurde in eine Garage verwandelt, die Straße selbst verkehrsberuhigt gestaltet und die Baumstreifen durch Entsiegelung vergrößert. Die Platanen blieben erhalten und sind kräftig gewachsen. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.20: GLA · BR · 14/15 Wohnzeile. Die Zeile der 2-geschossigen Mietwohnungshäuser in der Sauerländer Straße ist Teil eines größeren Wohngebiets gleichartiger aufgelockerter Bebauung, das in den 50er- und 60er-Jahren »auf der grünen Wiese« entstanden ist. Die Häuser sind modernisiert worden, das Abstandsgrün zur Straße ist gepflegt, und die Bäume sind kräftig gewachsen. Das Haus in der Bildmitte hat »nur« neue Fenster erhalten, wurde aber nicht im Ganzen erneuert. Die Straßenlaternen wurden durch neue desselben Typs ersetzt. Die Einzelhäuser auf der anderen Straßenseite wurden in unterschiedlichem Umfang erneuert. Am Haus rechts wurde die Hecke durch einen Zaun ersetzt. Der Bürgersteig hat einen neuen Belag erhalten. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Das Ruhrgebiet ist heutzutage nicht mehr verdreckt, sondern ausgesprochen grün. Anfang der 1970er-Jahre standen noch in vielen Straßen gar keine Bäume oder sie waren frisch angepflanzt. Jetzt sind sie stattlich. Zwei typische Bilder: Anfang der 1970er-Jahre stand ein Bäumchen am Straßenrand; heute ein Baum (Abbildungen 3.19 und 3.20).

Ein junger Baum hatte nur wenig offenes Erdreich um sich herum. Das ist jetzt mehr geworden, dafür aber ungepflegt, weil die Anwohner – wie eine Gesprächspartnerin etwas wehmütig feststellt – sich nicht mehr kümmern (»Frau T. hat das früher mit gemacht«) (Abbildung 3.21).



Abbildung 3.21: BO · DA · 11 Villa mit Aussicht. Das Haus (li) wurde modernisiert, ein danebenliegender Garten wurde mit einem Mehrfamilienhaus bebaut, die alte Pracht ist also verschwunden. Straße und Bürgersteig sind im alten teilweise abgenutzten Zustand. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Ein Ehepaar in Alstaden-Ost (in Oberhausen) erzählt stolz von der japanischen Kirschblüte. Die Bäume hatte ein Verwandter vor Jahrzehnten nach Alstaden gebracht (Abbildung 3.22 auf der nächsten Seite).

Duisburg, das bundesweit ja einen schlechten Ruf hat, ist für ein Ehepaar aus Brandenburg zur Heimat geworden, weil es so viel an Veranstaltungen bietet und so sehr von Radwanderwegen umgeben ist, dass man es toll finden muss (Abbildung 3.23 auf der nächsten Seite).



Abbildung 3.22: OB · ALO · 10 Hochwertige Mehrfamilienhäuser. Die Häuser im Stil der 20er-/30er-Jahre in der Kewerstraße wurden vermutlich für Führungskräfte der fußläufig gelegenen Zeche Alstaden gebaut. Das mittlere und das linke Haus sind äußerlich unverändert und gut instand gehalten, das Haus rechts versteckt seine Klinkerfassade hinter einem neuen Wärmedämmputz. Der Bürgersteig wurde erneuert und erhielt einen Radstreifen, ältere Straßenbäume wurden durch neue ersetzt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Abbildung 3.23: DU · ZE · 17 In der Friedrich-Wilhelm-Straße. Im Zuge des innerstädtischen Stadtbahnbaus wurden die Straßenbahngleise nach 1990 entfernt, stattdessen wurde ein Grünstreifen mit inzwischen hohen Bäumen angelegt, der ein anderes Straßenbild erzeugt hat. In der linken Bildhälfte ist der Beginn des 7 ha großen Kantparks zu sehen, der aus einem Villengarten hervorgegangen ist und 1925 öffentlich gemacht wurde. Im Park wurde 1964 das Wilhelm-Lehmbruck-Museum gebaut, das den Park mit einer festen und temporären Skulpturen-Ausstellung(en) schmückt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Als es noch kurze Öffnungszeiten gab

Eine in Bochum-Dahlhausen aufgewachsene und dorthin zurückgekehrte Frau erzählt beim Anblick eines verschwundenen Kiosks aus ihrer eigenen Kindheit (Abbildung 3.24): Noch in den 1980er-Jahren war die »Gemischte Tüte« mit süßen Leckereien, die es an Trinkhallen und Kiosken gab, etwas Besonderes für viele Kinder. Eine andere Gesprächspartnerin in Dahlhausen erinnert sich an leckere »Matsch-Brötchen«: Zwischen zwei Brötchenhälften wurde ein »Negerkuss« (so hieß das damals noch) zerquetscht!



Abbildung 3.24: BO · DA · 10 Straßengabelung an der Dr.-C.-Otto-Straße. Der Kiosk vor dem alten Einfamilienhaus ist verschwunden, das Haus selbst wurde erneuert, dabei das Dach ausgebaut, ein anderer Zugang mit Vorbau gebaut und ein üppiger Vorgarten angelegt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Nach wie vor gibt es viele Kioske und Trinkhallen im Ruhrgebiet. Aber es gab auch, wie alle erzählen, einen meist bedauerten Rückgang. Zur Unterscheidung zwischen Kiosk und Trinkhalle wussten einige Gesprächspartner zu berichten: »In Trinkhallen kann man reingehen; bei einem Kiosk muss man draußen stehen.«

Und neben den Trinkhallen gab es natürlich Eckkneipen in Hülle und Fülle. Eine Dortmunderin berichtet: »Früher galt in Bierkneipen die Regel: Wer sich an den Tresen setzt, wollte reden, und man bekam solange Bier hingestellt wie man nicht nein sagte«. Aber heutzutage ist ihr die »wohltuende Anonymität« wichtig, »aber man ist immer freundlich miteinander«.



Abbildung 3.25: DO · DB · 06 An der Regionalbahn. Der Schuppen an der Rittershausstraße an der Nordseite der Regionalbahnstrecke durch die südliche Innenstadt wurde abgerissen, dort befindet sich seit den 70er- oder 80er-Jahren ein öffentlicher Parkplatz. Die danebengelegene Fußgängerbrücke aus den 50er-Jahren wurde durch eine neue ersetzt. Die Bahnstrecke wurde elektrifiziert. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Der Schmelztiegel hier sollte ein Vorbild für andere Bundesländer sein. Schmunzelnd fügt sie an: »Dortmund hat von allem immer das Größte«; so hat die Westfalenhalle »natürlich weltweit die beste Akustik« (Abbildung 3.25).

Ruhr-deutsch! Oder doch nicht?

In Dortmund-Stadtmitte erzählt eine Frau: »Ich bin ruhr-deutsch, habe kein Karnevals-Gen; in Oberhausen ist Schluss, in Duisburg fängt das Rheinland an.« Und in der Tat: das Ruhrgebiet ist von einer enormen Kleinteiligkeit und von Lokalstolz geprägt. In vielen Gesprächen wurde dies deutlich.



Abbildung 3.26: DU · BEC · 09 Hausgruppe mit der Laurentiuskirche. Um die 1904-6 gebaute kath. Laurentiuskirche befindet sich ältere zum Teil niedriggeschossige Bebauung, die in stadtteiltypische 3-geschossige Nachkriegsbebauung übergeht. Alle Häuser sind erhalten, haben meist eine Auffrischung der Fassaden und neue Fenster erhalten. Straße und Bürgersteige sind unverändert. Wegen der höheren Pkw-Zahl wird teilweise auf den Bürgersteigen geparkt. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Eine wirkliche »Ruhr-Identität« ist selten anzutreffen – was bei einigen Gesprächspartnern, die politisch aktiv sind, dazu führt, dass »Kirchturmdenken« beklagt wird (Abbildung 3.26). Was wohl so manche Fehlinvestition in Gewerbegebiete und Einkaufszentren erklärt (Abbildung 3.27). Aber auch Erfolge.



Abbildung 3.27: DU · BEC · 01 Das direkt südlich des Stahlwerks Thyssen-Bruckhausen gelegene Wohnviertel an der Alsumer Straße wurde in den 80er-Jahren durch den südlich verlaufenden Emscherschnellweg (A42) und den Ausbau der Alsumer Straße zum Autobahnzubringer erheblichen Umstrukturierungen ausgesetzt und zur Wohninsel vor Hochöfen. In den 90er-Jahren wurde das gesamte Viertel aus mehreren Straßen und etwa 70 Gebäuden teils für den Straßenbau, teils von der Firma Thyssen als »Immissions-Glacis« erworben, und die Häuser wurden abgerissen. Ein Werksparkplatz nimmt eine kleine Fläche ein, der Rest ist Stadtbrache und soll als Gewerbefläche genutzt werden. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Eine Lokalpolitikerin erzählt stolz, dass »die Politik« das Leben im Bochumer Stadtteil »Unter-Dahlhausen« (was einen schlechteren Ruf hatte als Ober-Dahlhausen!) verbessert hat, indem aus einem stillgelegten Bahngelände der Ruhrauenpark gemacht wurde (Abbildung 3.28 auf der nächsten Seite).



Abbildung 3.28: BO · DA · 07 Ruhr-Insel südlich des Bahnhofs Dahlhausen. Die Landschaft ist unverändert, der Turm auf dem Foto von 1972 ist verschwunden. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)



Abbildung 3.29: OB · STN · 04 Im Sterkrader Wald. Der 204 ha große Wald nordöstlich des Autobahnkreuzes Oberhausen (Berlin-Köln-A2 / Hollandlinie-A3) ist das zweitgrößte Waldgebiet von Oberhausen. In den vergangenen Jahrzehnten ist ein stattlicher Buchen-Mischwald entstanden, von dem große Teile ein Naturschutzgebiet bilden. Aufgrund des starken Verkehrsaufkommens auf den Autobahnen ist der Lärmpegel in autobahnnahen Abschnitten hoch. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Eine junge und beruflich erfolgreiche Gesprächspartnerin, die für den Beruf nie weit wegging und jetzt wieder nach Sterkrade-Nord (in Oberhausen) zurückgekehrt ist (Abbildung 3.29), sieht die »Kleinstaaterei« anders als die Lokalpolitiker: »Weiß nicht, ob das negativ zu sehen ist.« Entsprechend beklagt eine Gesprächspartnerin in Bochum-Dalhausen, dass die »zentralisierte« Bochumer Lokalpolitik die Vororte vernachlässigt.



Abbildung 3.30: GLA · BR · 03 Detail des Hauses einer Nachkriegssiedlung des sozialen Wohnungsbaus. Die Sanierung des Hauses erscheint wohnwertorientiert, aber nicht umfassend. Das durchfeuchtete Mauerwerk des Kellerabgangs war 2015 nicht saniert. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

In Gladbeck sagt ein Gesprächspartner, der im Künstlermilieu lebt (Abbildung 3.30): »Weil es im Kleinen gut funktioniert, wollen die Leute nicht weg.« Man lebt nicht im Ruhrgebiet und auch nicht in dessen Städten – man lebt in Stadtteilen. Ein Ehepaar sagte nicht, dass es in Bochum lebt. Auch nicht, dass es in Bochum-Dahlhausen lebt, sondern nach einem »Abstecher nach Hattingen ging es dann nach Ober-Dahlhausen und dann ›runter‹ nach Unter-Dahlhausen in die Nähe von Klein-Istanbul.« Und da möchte man nicht mehr fortziehen.

Eine Gesprächspartnerin kam als Studentin aus Asien in die Stadtmitte von Bochum. Und genau diese Gegend ist – nach mehreren Umzügen innerhalb Bochums – zur »kleinen Heimat« geworden (Abbildung 3.31 auf der nächsten Seite).

Eine Frau in Oberhausen berichtet (Abbildung 3.22 auf Seite 319): »Geboren

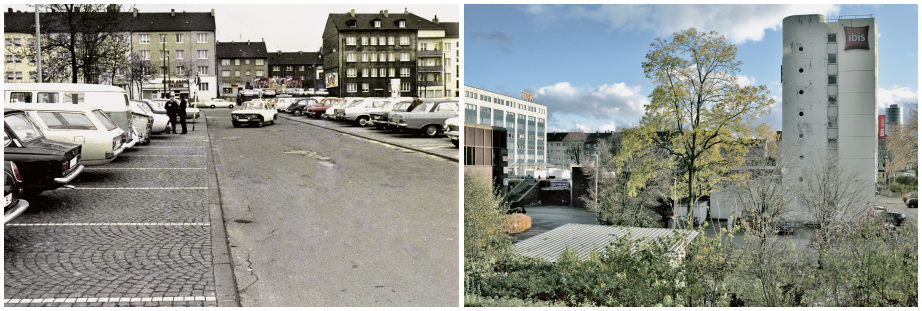


Abbildung 3.31: BO · ZE · 13 Buddenbergplatz. Der im 2. Weltkrieg und mit dem späteren Bau des neuen Hauptbahnhofs südlich davon entstandene Platz wurde in den ersten Jahrzehnten umschichtig als Parkplatz und Marktplatz genutzt. Beim Bau der unterirdischen Stadtbahn entstanden hier in den 70er-Jahren deren Betriebsleitzentrale sowie ein unterirdisches Parkhaus, später wurden noch ein Bürohaus (li) sowie ein Hotel (re) errichtet. 3.800 m² dienen weiter als Park- und Marktplatz. Die Bebauung in der Ferdinandstraße ist nur wenig verändert. In der Universitätsstraße (re) ist 2013 als neue Bochumer Landmarke das 89 m hohe Exzenterhaus entstanden, ein Bürogebäude auf einem Hochbunker aus dem Jahr 1942. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

in Alstaden; Stadtmitte war schon Ausland.« Und es ist ihr sehr wichtig zu erzählen, dass der Helge Schneider (aus Mülheim und Unterhaltungskünstler, Komiker, Kabarettist, Schriftsteller, Film- und Theaterregisseur, Schauspieler und Multiinstrumentalist) seine Karriere in Oberhausen gestartet hat, u. a. in der »Fabrik K14« (www.fabrik-k14.de) – wo er laut der Gesprächspartnerin immer noch spielt, »ohne dass damit geworben wird«. »Ich liebe ihn als Jazz-Musiker, als Saxophonisten, am meisten«. Aber ein Gesprächspartner stellt auch fest: »Man merkt, dass Oberhausen keine Uni hat«.



Abbildung 3.32: GLA · BR · 10/11 Der Städtische Friedhof Gladbeck-Brauck. Inzwischen macht die parkähnliche Begrünung des Friedhofs im Sommer die modernisierte Nachkriegs-Wohnbebauung am südlichen Rand unsichtbar. Die Überquerung des Friedhofs durch eine Stromtrasse charakterisiert seine Lage in einer – teilweise ehemaligen – Industrielandschaft. Viele der neu angelegten Grabstätten von 1972 sind inzwischen aufgegeben worden. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Der (Lebens-)Künstler in Gladbeck erzählt, »das Ruhrgebiet hat genau das (schlechte) Image, das es verdient«. Er betont angesichts von Fotos, die einen Friedhof zeigen, noch: »Gladbeck hat eine coole Friedhofskultur« (Abbildung 3.32). Und eine Frau, die in Gladbeck an der Grenze zu Gelsenkirchen lebt, diagnostiziert: »Die intellektuelle Schicht ist in Gelsenkirchen dünn«.



Abbildung 3.33: GLA · BR · 13 Einfaches Mietwohnhaus der 50er-Jahre. Das Wohnhaus hat inzwischen eine »kleine Modernisierung« durch neue Fenster und einen Wetterschutz an der Giebelwand erhalten. Viele Bewohner sind Familien mit türkischen Wurzeln. (Quelle: Scharioth und Schräpler 2017)

Der Gladbecker Lebenskünstler erklärt: »Unter Kultur versteht man hier Schalke!«. Deswegen: »Ich verstehe mitunter nicht den Lokalpatriotismus«. Aber: »Ich möchte hier persönlich nicht weg; man hängt schon an der Gegend«. Etwas präziser: »Hier ist meine Gegend: da wird man in Ruhe gelassen«. Und: »Weil es im kleinen gut funktioniert, wollen die Leute nicht weg« (Abbildung 3.33).

Alle Gesprächspartnerinnen und –partner – auch die Frau in Dortmund, die ihre Nationalität mit »ruhr-deutsch« bezeichnet hat – sind im wahrsten Sinn des Wortes lokalpatriotisch: Sie beziehen ihre Identität auf die allernächste Umgebung und nicht auf das Ruhrgebiet. In gewisser Weise gibt es das Ruhrgebiet gar nicht.

4 Zusammenfassung und Fazit

Gert G. Wagner

Für einen Wissenschaftler, der mit dem Ruhrgebiet nicht emotional verbunden ist und der wahrscheinlich Vorurteile über das Leben im Ruhrgebiet hatte, ist der vielleicht wichtigste Befund des Projektes, dass kein einziger Gesprächspartner verklärt von der guten alten Zeit gesprochen hat. Am ehesten noch »Gastarbeiter« der ersten Generation und deren Kinder, die in intakten Werkssiedlungen gut aufgenommen wurden. Aber auch sie berichten von harten Arbeitsbedingungen.

Ein zentraler Befund ist auch, dass den meisten Befragten kein Stichwort einfällt, wenn sie danach gefragt werden, was in ihrer Wohngegend besser oder schlechter wurde. An der Spitze der Verbesserungen stehen der ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten – die jedoch auch ganz deutlich an der Spitze der Verschlechterungen stehen. Gleiches gilt für die Nachbarschaft: Diese wird von vielen Befragten als Verbesserung, von noch mehr Befragten als Verschlechterung angegeben.

Hinsichtlich konkreter Verbesserungen wurde in vielen Gesprächen ein einheitlicher ÖPNV genannt; dass also Verbindungen wirklich aufeinander abgestimmt sind und man bei Einzelfahrten ein Ticket für das ganze Ruhrgebiet kaufen kann. Dies dürfte typisch für die Menschen zwischen Ruhr und Emscher sein: Sie sind außerordentlich unaufgeregt und geben sich keinen Utopien hin. Außer der Utopie, dass Schalke wieder einmal deutscher Fußballmeister wird. Aber auch diese Utopie bezieht sich ja nicht auf das Ruhrgebiet insgesamt, sondern auf Gelsenkirchen, Gladbeck und engerer Umgebung.

Die Menschen, die vor der Zeit des ganz großen Umbruchs im Ruhrgebiet geboren sind (vor 1976) und im Ruhrgebiet geblieben sind (oder zurückkamen oder dorthin gezogen sind), haben sich mit dem Wandel nicht nur arrangiert, sondern sie nutzen die Chancen, die die Region bietet. Von der Naherholung bis zur äußerst vielfältigen Kultur. Beide Bereiche sind expandiert, weil es schlicht mehr Platz gibt, weniger Dreck sowie kleine und große Subventionen. Für diese Menschen ist das Ruhrgebiet Heimat geblieben bzw. geworden – nicht zuletzt, weil sie sich nicht als Einwohner der Metropole Ruhr fühlen, sondern als Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt oder – sehr oft – ihres vertrauten Stadtteils.

Literatur

Allmendinger, Jutta (2017): *Das Land, in dem wir leben wollen – Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen.* München.

Fuderholz, Günter und Joachim Scharioth (1972): »Soziologie in Bildern«. In: Honisch, Dieter, Hrsg. (1972). *Szene Rhein-Ruhr '72.* Essen: Museum Folkwang.

Landwehrmann, Friedrich, Günter Fuderholz, Uwe Marquardt und Barbara Ruhl (1970): *Das Ruhrgebiet – sein sozialer Hintergrund (Textband).* Schriftenreihe Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 31. Essen.

Scharioth, Joachim und Jörg-Peter Schräpler, Hrsg. (2017): *Wege zur Metropole Ruhr – Heimat im Wandel. Das Ruhrgebiet gestern, heute, morgen.* Essen: Klartext. 256 Seiten.

Siebert, Stefan und Gert G. Wagner (2017): »Anleitung zur Rekrutierung von SOEP-Teilnehmer/-innen für Extrabefragungen«. SOEPpaper. (in Vorbereitung).

Wagner, Gert G., Jan Goebel, Peter Krause, Rainer Pischner und Ingo Sieber (2008): »Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender)«. In: *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 2 (4), S. 301–328.

Anhang

A Räumlich segregierte Bildungsteilhabe

A.1 Typisierung

A.1.1 Goodness-of-Fit Statistiken der latenten Klassenmodelle und Klassenprofile auf Gemeindeebene

Die folgenden Tabellen dokumentieren die Auswahl der verwendeten latenten Klassenmodelle. Wir schätzen Multi-Level Klassenmodelle, da die Bezirke (1. Level) in Gemeinden (2. Level) eingebunden sind und dadurch eine hierarchische Struktur der Daten vorliegt. Zur Schätzung wird eine Two-Step Prozedur verwendet (vgl. Mutz und Daniel 2013; Mutz, Bornmann u. a. 2012): im 1. Schritt wird die Anzahl der Cluster auf Level 1 bestimmt und die hierarchische Struktur der Daten zunächst ignoriert. Im 2. Schritt wird das Modell erweitert und - bei gegebener Clusteranzahl auf Level 1 - die Multilevelstruktur berücksichtigt. Hierbei wird für die Gemeindeebene, d.h. Level 2, eine weitere latente Klassenstruktur ermittelt. Man erhält dann Modelle, welche die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowohl auf Bezirks- als auch Gemeindeebene durch Clusterstrukturen ausdrücken.

Modellauswahl für die Typisierung im Jahr 1970

Die Tabelle A.1 zeigt die Ermittlung der Clusteranzahl und der Spezifikation für die Typisierung der Bezirke auf Level 1 für das Jahr 1970. Die Modellauswahl erfolgt auf Basis des Bayesschen Informationskriteriums (BIC).[1] Bei der Berechnung gehen die Anpassungsgüte des geschätzten Modells an die empirischen Daten sowie dessen Komplexität, gemessen durch die einbezogenen Parameter, bei der Beurteilung mit ein. Die Anzahl der Parameter geht »strafend« ein und erhöht den BIC-Wert. Gewählt wird jenes Modell, welches mit vergleichsweise wenigen Parametern die beste Anpassung an die empirischen Daten aufweist. Den niedrigsten BIC-Wert (fett dargestellt) realisiert in diesem Fall ein Modell mit 6 Clustern, welches zusätzlich - zur Verbesserung der Anpassung - 8 direkte Effekte zwischen den Indikatoren zulässt. Im zweiten Schritt wird auf Level 2 - bei gegebenen 6 Clustern auf Level 1 - die Heterogenität zwischen den Gemeinden über eine weitere Clusterung berücksichtigt. Das »beste« Modell ergibt sich bei einer Gemeinde Clusteranzahl (GClass) von vier. Die Modellauswahl ist in Tabelle A.2 dokumentiert.

[1] Zusätzlich werden zur Information in weiteren Spalten auch die LogLikelihood Werte und die Werte für das AIC3 Kriterium angegeben.

Modell	Klassen-anzahl	direkte Effekte	NPAR	LL	BIC	AIC3
1	1		26	-29090,4	58372,4	58258,8
2	2		38	-26651,9	53583,7	53417,7
3	3		50	25459,9	51288,3	51069,8
4	4		62	-24952,2	50361,2	50090,3
5	5		74	-24513,8	49572,9	49249,7
6	6		86	-24265,6	49164,9	48789,1
7	7		98	-24081,7	48885,5	48457,3
5a	5	8	90	-23642,9	47948,0	47555,7
6a	6	8	109	-23432,3	**47667,8**	47191,6
7a	7	5	115	-23443,6	47734,4	47231,9

Tabelle A.1: Fit Statistik der latenten Klassenmodelle für die zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke für das Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

Modell	Modell für die Gemeindeebene	direkte Effekte	NPAR	LL	BIC(j)	AIC3
1	1 GClass	8	104	-23471,0	47565,2	47254,1
2	2 GClass	8	110	-23226,6	47112,2	46783,2
3	3 GClass	8	116	-23145,4	46985,7	46638,7
4	4 GClass	8	127	-23048,4	**46762,9**	46383,1
5	5 GClass	8	128	-23048,4	46863,8	46480,0

Tabelle A.2: Fit Statistik der Modelle mit einer Variation auf Gemeindeebene mit 6 kleinräumigen latenten Clustern für das Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

Die sich ergebenden Clusterprofile auf Level 1 (kleinräumige Bezirksebene) sind weiter oben schon dargestellt und detailliert diskutiert worden. Da die Heterogenität und Clusterung auf Gemeindeebene in dieser Studie weniger im Zentrum des Interesses steht, wird sie hier im Anhang nur dokumentiert. In Tabelle A.3 sind für 1970 dann auch die Clusterprofile auf Level 2 dargestellt, die zugehörige räumliche Darstellung der Typisierung auf Gemeindeebene findet sich in Abbildung A.1.

Tabelle A.3: Clusterprofile auf der Gemeindeebene im Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

	Gemeindecluster				
	1	2	3	4	insg.
Clusterröße in %	57,8	22,8	12,9	6,4	100,0
Cluster					
1	50,3	0,0	56,5	0,1	x
2	33,5	0,2	0,4	20,8	x
3	0,0	47,0	14,8	0,0	x
4	3,3	35,7	8,5	6,8	x
5	10,2	0,4	0,1	60,7	x
6	2,7	16,7	19,7	11,4	x
insg.	100,0	100,0	100,0	100,0	
Ausländeranteil 1970 in %					
1. Dezil	9,7	11,2	5,1	8,5	x
2	9,2	12,0	6,2	8,7	x
3	8,8	12,5	7,5	8,9	x
4	8,5	12,5	8,8	9,2	x
5	8,6	12,0	10,2	9,7	x
6	9,1	10,9	11,2	10,3	x
7	9,9	9,4	12,0	10,7	x
8	11,0	7,9	12,6	11,2	x
9	12,2	6,5	13,1	11,5	x
10. Dezil	13,0	5,1	13,2	11,4	x
Mittelwert Dezile	5,8	4,9	6,3	5,8	
Jugendquotient in %					
1. Dezil	10,8	8,0	10,0	15,4	x
2	10,2	8,5	10,7	13,4	x
3	9,7	9,2	11,5	11,8	x
4	9,3	10,1	12,3	10,5	x
5	9,2	11,2	12,8	9,4	x
6	9,2	12,1	12,3	8,5	x
7	9,5	12,1	10,7	7,8	x
8	10,1	11,3	8,6	7,7	x
9	10,7	9,7	6,4	7,7	x
10. Dezil	11,3	7,9	4,5	7,8	x
Mittelwert Dezile	5,6	5,6	5,0	4,8	
Mittlerer Anteil Selbständige an Erwerbspersonen insg. in %	11,2	10,1	9,3	11,7	10,8
Mittlerer Anteil Arbeiter an Erwerbspersonen insg. in %	44,2	48,1	46,7	35,3	44,9
Mittlerer Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich in %	9,2	7,8	8,9	15,8	9,2
Mittlerer Anteil der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit im Energiesektor in %	1,1	13,4	5,2	1,6	5,3

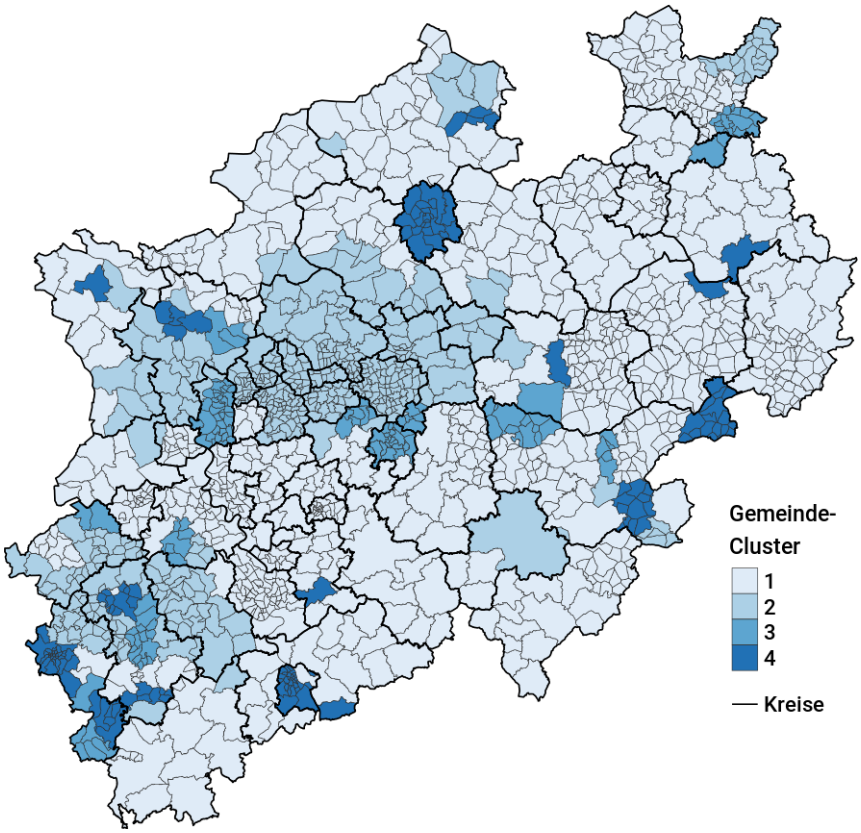


Abbildung A.1: Clusterverteilung der Gemeinden für das Jahr 1970 (Quelle: Zensus 1970, eigene Berechnungen)

Modellauswahl für die Typisierung im Jahr 2011

Die nachfolgenden Tabellen A.4 und A.5 beschreiben die Modellauswahl für die Typisierung des Jahres 2011. Die Clusterprofile auf Gemeindeebene sind in Tabelle A.6 und die räumliche Verteilung in Abbildung A.2 dargestellt.

Tabelle A.4: Fit Statistik der latenten Klassenmodelle für die zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke für das Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Modell	Klassenanzahl	direkte Effekte	NPAR	LL	BIC	AIC3
1	1		35	-33747,8	67753,5	67600,5
2	2		48	-31240,5	62834,4	62625,0
3	3		61	-30723,9	61897,4	61630,9
4	4		74	-30322,2	61189,6	60866,3
5	5		87	-30105,3	60851,8	60471,7
6	6		100	-29988,3	60713,5	60276,6
7	7		113	-29880,3	60593,3	60099,6
5	5	13	108	-29806,9	60409,8	59937,9
6	6	13	128	-29641,3	**60225,8**	59666,6
7	7	13	141	-29626,9	60292,9	59676,9

Modell	Modell für Gemeindeebene	direkte Effekte	NPAR	LL	BIC(j)	AIC3
1	1 GClass	13	128	29688,0	60319,2	59760,0
2	2 GClass	13	134	29554,3	60096,1	59510,6
3	3 GClass	13	149	29524,7	**59942,1**	59496,4
4	4 GClass	13	147	29559,9	60000,5	59560,8

Tabelle A.5: Fit Statistik der Modelle mit einer Variation auf Gemeindeebene mit 6 kleinräumigen latenten Clustern für das Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

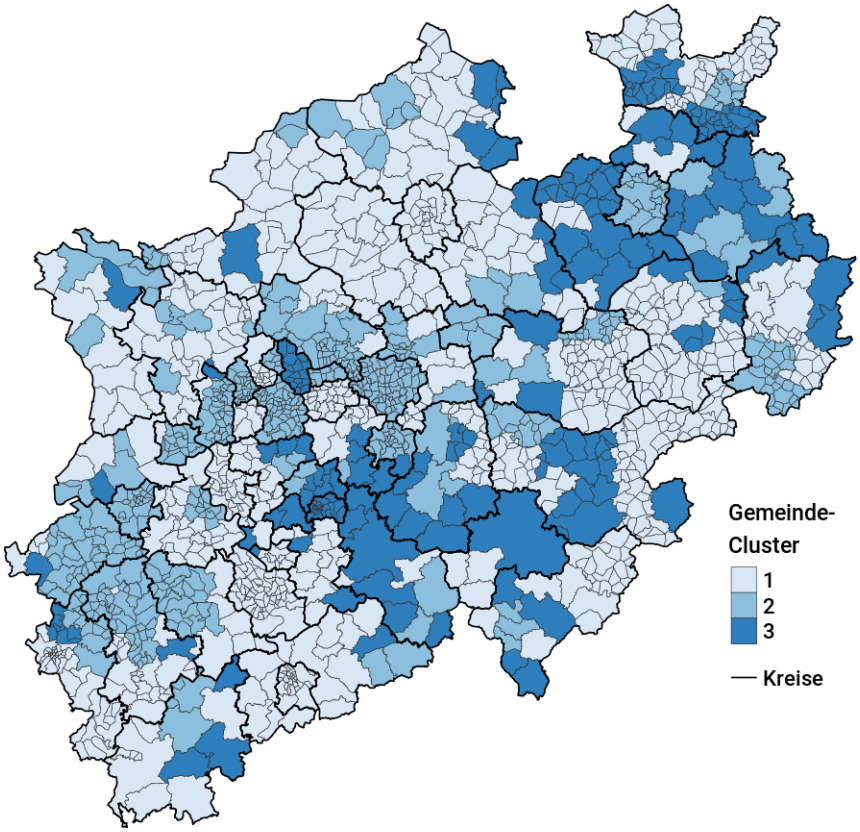


Abbildung A.2: Clusterverteilung der Gemeinden für das Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Tabelle A.6: Clusterprofile auf der Gemeindeebene im Jahr 2011 (Quelle: Zensus 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

	GClass1	GClass2	GClass3	insg.
GClass Größe in %	50,5	36,2	13,3	100,0
Cluster				
Cluster1	12,5	2,1	83,4	x
Cluster2	45,7	2,3	0,9	x
Cluster3	26,5	4,0	0,0	x
Cluster4	5,0	40,9	15,2	x
Cluster5	0,6	45,6	0,0	x
Cluster6	9,7	5,1	0,5	x
insg.	100,0	100,0	100,0	
Migrantenanteil 1970 in %				
1. Dezil	16,2	4,7	0,5	x
2	12,9	8,9	2,4	x
3	12,2	9,2	3,8	x
4	9,1	11,7	8,5	x
5	9,5	9,1	14,7	x
6	8,6	10,1	15,2	x
7	8,1	9,9	17,1	x
8	8,0	10,5	16,6	x
9	7,4	13,4	10,9	x
10. Dezil	8,0	12,5	10,4	x
Mittelwert Dezile	4,8	6,0	6,7	
Jugendquotient in %				
1. Dezil	10,4	12,2	2,4	x
2	8,2	14,3	5,2	x
3	9,1	12,2	7,6	x
4	8,9	11,5	10,0	x
5	8,9	11,5	10,4	x
6	10,0	8,4	14,7	x
7	10,4	8,9	11,4	x
8	10,5	7,5	15,2	x
9	11,1	7,0	14,2	x
10. Dezil	12,6	6,6	9,0	x
Mittelwert Dezile	5,8	4,8	6,4	
Leerstandsquote in %				
1. Dezil	15,6	5,9	0,0	x
2	13,7	6,8	4,3	x
3	13,0	7,5	5,7	x
4	12,0	9,4	3,3	x
5	9,2	11,8	8,5	x
6	8,4	12,0	8,1	x
7	7,1	13,1	15,2	x
8	7,4	11,0	17,5	x
9	7,1	10,3	18,0	x
10. Dezil	6,5	12,2	19,4	x
Mittelwert Dezile	4,6	6,1	7,3	
Mittlerer Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum in %	53,0	44,5	49,7	49,5
Mittlerer Anteil Selbständige an Erwerbspersonen insg. in %	10,9	9,8	9,1	10,3
Mittlerer Anteil Erwerbslose 2011 in %	5,6	9,7	6,6	7,3
Mittlerer Anteil der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor in %	68,5	72,0	61,2	68,8
Kovariablen				
Einwohnerdichte in den Gemeinden				
Mittlere Einwohnerzahl je km²	776,1	1337,7	739,4	974,5

Modellauswahl für die Typisierung im Längsschnitt der Jahre 1970 – 2011

Die nachfolgenden Tabellen A.7 und A.8 beschreiben die Modellauswahl für die Typisierung im Längsschnitt der Jahre 1970 - 2011. Die räumliche Verteilung der Cluster auf Gemeindeebene wird in Abbildung A.3 dargestellt.

Modell	Klassenanzahl	NPAR	LL	BIC	AIC3
1	1	67	36162,3	72818,9	72526,2
2	2	81	34656,2	69909,4	69555,6
3	3	95	34284,5	69269,2	68854,1
4	4	109	33961,2	68725,6	68249,2
5	5	123	33721,2	68349,7	67812,3
6	6	137	33532,2	68053,9	67455,4
7	7	151	33365,5	67843,7	67183,9
8	8	165	33194,8	67605,4	66884,5
9	9	179	33054,1	**67427,7**	66645,3

Tabelle A.7: Fit Statistik der latenten Klassenmodelle für den Längsschnitt 1970 – 2011 und für die zeitinvarianten kleinräumigen Bezirke (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

Modell	Modell für Gemeindeebene	NPAR	LL	BIC(j)	AIC3
1	1 GClass	179	-33052,9	67178,3	66642,8
2	2 GClass	188	-32990,5	67107,3	66544,3
3	3 GClass	197	32946,4	67344,5	66483,8
4	4 GClass	206	32907,7	**67049,7**	66433,4
5	5 GClass	215	32935,1	67158,3	66515,1

Tabelle A.8: Fit Statistik der Modelle mit einer Variation auf Gemeindeebene mit 9 kleinräumigen latenten Clustern für den Längsschnitt 1970 – 2011 (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

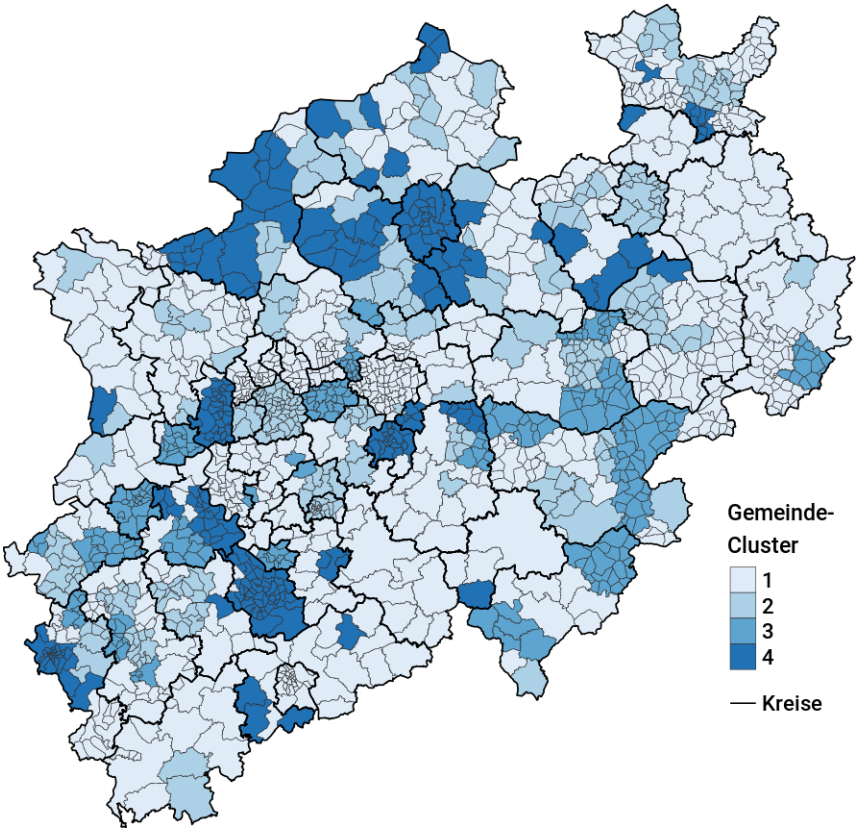


Abbildung A.3: Clusterverteilung der Gemeinden für die Jahre 1970 - 2011 (Quelle: Zensus 1970 und 2011, *infas 360*, eigene Berechnungen)

A.2 Tabellenanhang

In den folgenden Tabellen werden einige zentrale Indikatoren für die zeitinvarianten Bezirke dargestellt. Die Tabelle auf dieser und den beiden nachfolgenden Seite umfasst die entsprechenden Merkmalsdefinitionen.

Merkmal	Erläuterung
zeitinvarianter Bezirk	Die Bezirke bilden Räume ab, die mit den Daten der jeweiligen Volkszählungen gefüllt werden und die von den Grenzen der heutigen Ortsteile abweichen können. Die zeitinvarianten Bezirke werden so gebildet, dass sie für alle Untersuchungszeitpunkte auf Grundlage der vorhandenen Datensätze mit den Zensusmerkmalen verknüpft werden können und zugleich möglichst kleinflächige Räume gebildet werden. Um eine räumliche Einordnung vornehmen zu können, werden alle zugeordneten Ortsteile (Stand 2011) einzeln aufgeführt.
Gemeinde	Jeder zeitinvariante Bezirk wird einer Gemeinde zugeordnet. Fällt das Gebiet eines Bezirk in mehrere Gemeinden, werden alle Gemeinden angegeben.
Cluster	Soziostruktureller Entwicklungstyp.
Bevölkerung	Einwohnerzahl in den zeitinvarianten Bezirken.
Arbeiter (%)	Der Anteil der Arbeiter, im Sinne der Stellung im Beruf, wird ausgewiesen als Anteil in Prozent an den Erwerbstätigen insgesamt.
Erwerbs- & Arbeitslose (%)	Für 1987 liegen in den Zensusdaten lediglich Angaben zur Zahl der erwerbslosen Personen sowie zur Zahl der Erwerbstätigen vor, auf deren Grundlage die Erwerbslosenquote berechnet wurde. Die Erwerbslosenquote wird ausgewiesen als Erwerbslose in Prozent auf der Basis aller erwerbsfähigen Personen. Für 2011 liegt die durch *infas 360* berechnete Arbeitslosenquote vor. Diese wurde aus der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der Erwerbstätigen berechnet. Die Zahl der Arbeitslosen wurde über ein Mehrebenen-Modell mit folgenden Variablen berechnet: Erwerbstätigenquote, Kaufkraft, Anzahl Firmen, amtliche Zahlen zu Arbeitslosen. Abschließend wurden diese Zahlen wieder an der amtlichen Statistik geeicht.
Ausländer (%)	Der Ausländeranteil wird ausgewiesen als Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Merkmal	Erläuterung
Migranten (%)	Aufgrund der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 liegen im Zensus 2011 Daten zum Migrationshintergrund vor. Der Migrantenanteil wird berechnet als Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Prozent an der Gesamtbevölkerung. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes werden »[a]ls Personen mit Migrationshintergrund [...] alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer/-innen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil definiert« (Statistisches Bundesamt 2013: 26).
Produzier. Gewerbe (%)	Für 1970 wurden zur Berechnung der Erwerbstätigenanteile in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen die Daten des Zensus zu den Erwerbstätigen am Wohnort in der jeweiligen Wirtschaftsabteilung genutzt. Das Produzierende Gewerbe umfasst die Energiewirtschaft einschließlich Bergbau, das verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe. Der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe 1970 wird als Anteil in Prozent an allen Erwerbstätigen ausgewiesen. Für das Jahr 2011 liegen durch *infas 360* berechnete Beschäftigtenanteile in den jeweiligen SIC-Branchen vor und beziehen sich auf die Arbeitnehmer am Arbeitsort. Zur Berechnung des Beschäftigtenanteils im Produzierenden Gewerbe wurden die SIC-Branchen Division B: Bergbau (Mining), Division C: Baugewerbe (Construction) und Division D: Verarbeitendes Gewerbe (Manufacturing) zusammengefasst.
Altenquotient	Im Altenquotienten wird die Bevölkerung, die 65 Jahre und älter ist, auf die Bevölkerung bezogen, die zwischen 18 und unter 65 Jahre alt ist. Mit diesem Indikator lassen sich die Verhältnisse der Generationen beschreiben und Aussagen darüber treffen, wie viele Personen im mittleren Alter ältere Menschen versorgen müssen.
Gymnasialquote (%)	Die Übergangsquote auf das Gymnasium für die Schülerinnen und Schüler in Grundschulen des zeitinvarianten Bezirks für den Zeitraum 2011 bis 2014. Bezirke ohne Übergänge sind mit einem Punkt gekennzeichnet.Wenn keine Angabe vorliegt (”.”), gibt es entweder dort keine Grundschule, oder es liegen keine vollständigen Angaben für den Beobachtungszeitraum vor.

Bielefeld

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alt- und Neustadt, Bauerschaft Schildesche, Baumheide, Betriebshof Sieker, Brands Busch, Bültmannshof, Bültmannskrug, Dürkopp, Fuhrpark, Gellershagen, Großdornberg, Großmarkt, Güterbahnhof-Ost, Halhof, Hammer-Mühle, Heeper Fichten, Hoberge-Uerentrup, Johannesstift, Johannistal, Kammerratsheide, Kesselbrink, Kirchdornberg, Königsbrügge, Landgericht, Lonnerbach, Nordpark, Osningpaß, Pappelkrug, Pauluskirche, Rütli, Schildesche, Sieben Hügel, Siegfriedplatz, Sieker, Stadtwerke, Stauteiche, Stieghorst, Sudbrack, Universität, Untertheesen, Upmannstift, Vorwerk Schildesche, Wellensiek, Wolfskuhle	5	174 610	159 524	42	9	9	5	14	35	50	16	26	29	41
Altenhagen	7	4 072	4 804	56	6	11	3	6	32	66	27	18	29	34
Babenhausen, Babenhausen-Ost	5	2 392	4 811	36	4	8	2	4	14	53	22	20	44	55
Bahnhof Brackwede, Brackwede-Mitte, Brock, Frerks Hof, Holtkamp, Kammerich, Kupferhammer, Kupferheide, Quelle, Rosenhöhe, Südwestfeld, Ummeln	7	39 856	38 866	51	8	10	6	15	35	63	27	22	36	34
Bethel, Eggeweg	5	8 498	6 833	28	6	7	2	7	36	29	19	26	36	.
Brönninghausen, Heeper Holz, Tieplatz, Windwehe	7	10 291	14 074	44	6	11	2	6	31	55	23	19	38	40
Buschkamp, Schillingshof, Togdrang, Windelsbleiche, Windflöte	7	17 421	20 067	48	7	9	4	9	30	62	14	21	35	38
Dalbke, Eckardtsheim, Sennestadt, Sennestadt-Industriegebiet, Südstadt, Wrachtruper Lohde	7	20 187	20 891	44	8	13	3	9	44	54	24	18	44	32
Dingerdissen, Ubbedissen	7	3 453	6 096	50	5	10	1	4	32	64	21	22	30	44
Grafenheide, Jerrendorf, Lämmkenstatt, Welscher	7	6 738	9 441	51	6	11	2	6	31	64	27	20	31	44
Hillegossen, Lämershagen	8	5 408	6 273	54	6	10	4	7	29	63	44	19	32	38
Jöllenbeck-Ost, Jöllenbeck-West	7	9 319	13 812	53	6	8	1	7	22	65	35	23	35	39

Bielefeld

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Milse	7	3 111	6 369	52	7	10	2	8	47	67	27	18	26	30
Niederdornberg-Schröttinghausen	5	2 264	2 555	46	5	7	1	4	10	54	19	21	43	.
Oldentrup-Ost, Oldentrup-West	7	2 800	4 450	58	8	10	3	8	42	61	39	20	30	23
Theesen	5	2 227	3 912	46	5	8	1	3	11	60	20	25	37	57
Vilsendorf	8	2 013	4 078	53	8	8	3	8	29	59	54	20	26	36

Bochum

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenbochum	6	19 128	12 205	43	9	8	2	5	22	48	10	25	43	49
Bergen/Hiltrop	6	13 118	10 787	55	10	11	2	5	22	60	38	18	39	42
Dahlhausen, Linden	6	25 997	27 018	50	9	10	2	5	16	59	14	22	35	50
Eppendorf	5	10 184	9 725	46	9	9	1	2	10	60	10	19	45	49
Gerthe	5	10 871	8 846	56	11	10	4	6	20	59	28	18	31	41
Gleisdreieck, Südinnenstadt	6	41 792	24 572	41	11	9	2	10	27	46	9	23	28	63
Grumme	6	14 512	13 066	40	8	9	2	7	22	49	7	22	36	48
Günnigfeld	6	7 286	5 641	60	12	12	4	8	18	64	17	22	26	34
Hamme, Kruppwerke	6	20 699	29 292	55	16	12	2	17	37	58	26	25	25	25
Harpen/Rosenberg, Kornharpen/Voede-Abzweig	6	13 612	16 359	50	10	10	1	5	22	55	15	16	42	45
Hofstede	6	13 536	9 583	57	13	12	1	11	27	63	11	17	33	39
Höntrop	6	15 216	16 801	45	9	10	1	5	18	59	26	18	35	38
Hordel	5	4 916	3 512	70	12	12	10	5	14	73	22	20	31	.
Laer	6	9 040	6 037	52	9	13	4	9	34	59	14	19	32	38
Langendreer, Langendreer-Alter Bahnhof	6	35 078	32 032	50	11	10	2	7	24	56	15	22	33	39
Leithe	6	2 890	7 197	59	14	13	2	8	21	65	17	25	35	40
Querenburg	6	8 215	19 001	29	11	12	3	19	46	36	4	12	21	39
Riemke	6	10 876	7 471	54	15	11	1	7	22	61	34	21	37	31
Stiepel	5	9 921	11 180	31	6	4	1	2	9	47	16	22	40	73
Wattenscheid-Mitte	6	34 907	21 641	51	14	13	2	11	26	58	20	23	34	29
Weitmar-Mark, Weitmar-Mitte	5	37 699	27 670	47	10	8	1	5	16	58	23	23	42	61
Werne	6	19 482	14 801	57	14	12	1	9	26	60	24	22	33	28
Westenfeld	6	10 273	10 296	51	12	12	2	7	23	60	28	15	39	32
Wiemelhausen/Brenschede	5	35 476	17 752	30	8	8	1	5	18	42	26	26	37	59

Bonn

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alt-Endenich, Neu-Endenich	9	11 383	11 364	24	8	8	3	10	27	25	8	19	24	42
Alt-Plittersdorf, Friesdorf, Godesberg-Kurviertel, Godesberg-Nord, Godesberg-Villenviertel, Godesberg-Zentrum, Heiderhof, Hochkreuz-Bundesviertel, Lannesdorf, Mehlem-Rheinaue, Muffendorf, Neu-Plittersdorf, Obermehlem, Pennenfeld, Rüngsdorf, Schweinheim	1	65 997	69 291	21	7	7	6	14	34	24	9	23	38	65
Alt-Tannenbusch	7	8 363	5 742	20	8	14	2	11	35	21	11	12	35	32
Auerberg	8	8 811	8 361	43	11	12	4	19	53	46	55	17	28	39
Baumschulviertel	9	7 377	5 820	11	6	4	3	10	23	15	8	27	20	61
Bonn-Güterbahnhof	9	1 393	1 080	52	13	4	11	20	42	48	8	19	12	.
Bonner Talviertel	9	6 695	7 051	15	8	4	5	9	22	19	3	25	16	.
Brüser Berg, Duisdorf-Nord, Duisdorf-Zentrum, Finkenhof, Medinghoven, Neu-Duisdorf, Ückesdorf	1	16 715	29 508	16	7	8	2	11	34	16	15	11	31	42
Buschdorf, Neu-Tannenbusch	7	1 593	14 042	26	12	12	3	20	55	33	14	13	19	41
Dottendorf	9	5 586	5 637	21	5	6	4	9	24	25	12	20	33	77
Dransdorf	7	5 148	4 968	49	18	12	3	14	41	40	28	14	22	9
Ellerviertel	9	3 674	5 670	33	15	7	2	17	39	32	6	27	18	13
Grau-Rheindorf	9	4 841	3 237	39	8	9	4	14	34	42	13	18	24	21
Gronau-Bundesviertel	9	1 940	1 565	15	4	3	7	15	28	14	0	25	25	.
Holzlar	8	3 038	7 892	29	9	8	2	8	35	43	66	14	28	46
Ippendorf	1	6 152	6 991	16	5	5	3	8	21	21	15	23	36	68
Kessenich	8	13 845	11 955	20	7	6	5	10	24	23	62	23	22	63
Kottenforst, Röttgen	1	4 211	4 501	16	4	6	2	5	18	22	15	13	45	80
Lengsdorf	9	4 426	4 952	34	6	8	6	11	35	38	8	18	25	49
Lessenich-Meßdorf	1	3 190	3 946	28	6	8	2	5	27	31	10	13	35	39
Oberkassel	9	5 892	7 022	35	7	6	5	7	25	45	6	24	35	70

Bonn

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Poppelsdorf	9	8 380	6 004	23	8	6	5	16	29	22	3	26	19	67
Rheindorfer-Vorstadt	9	6 241	4 868	29	10	5	2	18	36	22	1	24	35	.
Venusberg	1	2 628	2 117	14	5	7	10	7	27	5	0	16	34	81
Vor dem Koblenzer Tor	9	5 045	3 512	15	6	3	5	12	24	14	8	24	15	88
Vor dem Sterntor	9	10 036	8 069	37	16	7	5	18	30	34	6	28	9	50
Wichelshof	9	6 768	6 110	24	8	4	3	12	29	22	12	21	29	.
Zentrum-Münsterviertel	9	4 332	2 770	31	9	4	6	16	36	29	2	25	20	.
Zentrum-Rheinviertel	9	3 006	2 059	16	9	4	5	17	29	19	2	24	15	67

Kreis Borken

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Ahaus, Wüllen	3	15 803	23 211	42	8	3	1	5	18	48	29	18	25	38
Alstätte, Eichendorffsiedlung	3	3 665	4 858	51	5	4	2	8	12	54	44	16	26	35
Brink, Graes, Wessum	3	4 245	6 403	44	7	3	1	4	11	51	26	18	24	41
Ottenstein	3	2 109	3 869	54	8	3	1	5	10	62	59	11	22	27
Barlo, Kortenhornshook, Stenern	3	3 245	5 090	37	7	4	3	3	12	42	22	16	33	56
Biemenhorst	2	2 588	7 311	55	7	4	2	3	10	63	25	13	25	30
Bocholt	2	48 852	48 776	49	10	6	4	7	19	62	22	18	33	35
Hemden, Hohebinde, Holtwick, Spork, Suderwick	4	4 122	4 871	37	7	6	6	8	15	43	48	16	32	.
Liedern, Lowick	3	2 893	3 525	44	6	5	1	3	9	50	33	16	31	41
Mussum	3	2 624	1 648	45	5	3	3	3	9	51	43	14	19	45
Borken	3	29 213	41 589	38	7	5	1	4	16	45	33	18	28	32
Gescher	3	13 137	16 880	46	8	4	1	3	11	56	36	16	26	36
Epe	1	12 136	14 702	51	9	6	3	7	15	56	20	17	28	30
Gronau (Westfalen)	1	26 367	30 784	51	16	9	7	15	37	59	22	20	29	31
Heek	3	6 250	8 366	46	8	2	1	4	9	53	30	20	24	33
Heiden	3	5 406	8 078	40	6	3	0	2	7	45	37	18	28	32
Anholt	1	2 804	3 831	48	7	5	11	12	21	54	20	17	30	39
Heelden	2	691	427	44	6	4	5	11	17	42	26	17	31	.
Isselburg	4	2 627	4 063	51	8	6	7	12	23	62	62	22	27	41
Vehlingen	2	590	569	41	8	4	9	7	11	42	17	21	38	.
Werth	1	1 173	2 018	50	4	4	1	6	15	64	27	13	24	.
Legden	3	5 280	6 948	36	7	2	0	4	14	44	37	19	26	47
Erle	3	1 754	3 555	42	8	3	4	5	10	42	41	18	21	21
Raesfeld	3	4 210	7 589	43	8	2	1	3	8	48	45	19	25	33
Reken	2	9 511	14 313	47	7	3	2	3	13	49	21	17	28	38

Kreis Borken

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo –tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Rhede	3	13 626	19 108	48	8	3	1	4	10	56	36	16	26	41
Schöppingen	3	4 556	6 874	43	5	2	1	11	22	45	43	20	23	45
Stadtlohn	3	15 343	20 159	48	6	3	2	4	13	59	26	16	27	32
Südlohn	3	6 466	8 895	43	6	2	3	6	12	52	42	19	28	32
Ramsdorf	4	4 138	6 004	46	8	4	0	2	8	53	57	17	25	36
Velen	3	4 141	6 983	43	6	4	1	3	11	48	36	20	25	31
Vreden	3	17 067	22 395	45	7	3	2	5	14	53	46	16	26	42

Bottrop

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altstadt	6	5 806	5 081	25	11	9	1	13	34	39	3	26	40	38
Batenbrock-Nord	6	11 742	9 510	62	12	11	1	9	23	68	14	18	27	49
Batenbrock-Süd	8	12 962	10 467	65	13	11	5	17	36	75	46	15	34	.
Boy	6	9 748	8 677	57	12	10	1	8	27	65	32	15	29	29
Ebel-Welheimer Mark	7	4 207	2 749	67	12	10	1	15	31	75	14	15	27	.
Eigen	8	13 933	12 626	55	11	8	1	6	23	62	61	22	31	31
Fuhlenbrock-Heide	5	4 112	4 639	32	6	7	1	4	15	51	17	12	38	44
Fuhlenbrock-Wald	5	8 445	9 699	59	8	7	4	3	14	64	10	15	43	60
Kirchhellen-Grafenwald, Kirchhellen-Mitte, Kirchhellen-Nord-Ost, Kirchhellen-Nord-West	5	12 358	20 376	40	6	6	1	2	9	52	27	16	32	53
Nord-Ost	7	9 401	8 892	48	11	9	1	11	33	61	17	23	26	30
Stadtwald	5	3 526	3 838	40	7	8	1	2	10	53	23	18	36	57
Süd	5	5 309	5 171	53	9	8	2	9	21	57	15	16	27	61
Süd-West	6	11 896	11 221	34	10	9	1	7	24	46	8	24	43	37
Welheim	7	5 570	4 468	67	13	11	2	15	34	75	48	19	29	21

Kreis Coesfeld

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Ascheberg, Davensberg	3	6 110	10 142	40	6	2	1	4	12	42	28	17	25	27
Herbern	3	4 197	4 968	40	5	3	0	2	10	50	37	19	28	35
Billerbeck	3	9 000	11 470	35	7	3	1	2	8	40	35	18	31	38
Goxel, Coesfeld	3	26 492	30 618	35	8	4	1	3	15	43	24	18	31	41
Lette	3	3 571	5 205	39	6	4	0	1	7	42	33	17	32	35
Buldern	3	4 208	5 943	32	6	3	0	2	11	40	32	16	22	50
Dülmen, Hiddingsel, Hausdülmen	3	20 908	34 730	44	7	3	2	4	17	51	38	16	31	40
Merfeld	3	1 219	2 292	30	5	4	0	1	6	30	14	18	27	42
Rorup	2	1 138	3 410	51	6	3	0	2	12	53	18	12	27	.
Havixbeck	3	5 238	11 541	35	7	3	1	3	12	34	16	19	31	37
Lüdinghausen	3	12 851	18 500	33	7	5	1	4	16	40	26	21	31	41
Seppenrade	2	4 518	5 065	40	6	4	0	1	.	40	19	17	34	36
Capelle	4	1 270	2 017	46	6	3	0	1	10	47	67	19	31	.
Nordkirchen	3	3 219	4 567	27	5	3	0	2	9	24	27	15	33	41
Südkirchen	2	1 838	3 070	49	4	3	0	1	6	55	21	20	26	35
Appelhülsen	3	2 219	4 434	37	8	5	1	3	16	47	26	19	24	38
Darup, Hastehausen	3	1 472	1 909	34	7	4	0	2	6	37	23	19	21	40
Nottuln, Stevern	3	6 115	11 420	41	7	4	1	3	12	40	32	20	25	42
Schapdetten	2	661	1 406	35	7	4	1	3	8	39	7	18	26	.
Olfen	2	4 463	11 000	49	6	3	1	2	8	56	25	16	31	32
Vinnum	4	2 103	1 068	40	7	3	0	1	3	44	87	20	31	.
Darfeld, Osterwick	4	5 995	7 135	38	7	2	1	4	9	44	46	19	29	36
Holtwick	4	2 565	3 398	40	7	2	0	1	6	44	53	15	24	44
Bösensell	4	1 488	2 826	25	6	3	0	2	10	23	38	17	27	43
Ottmarsbocholt	3	2 243	3 380	42	5	3	0	2	11	42	27	22	24	32
Senden	3	6 094	13 734	41	7	3	1	3	21	38	25	19	26	40

Dortmund

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alt-Scharnhorst	6	11 288	8 113	61	13	16	1	9	26	65	20	13	43	31
Aplerbeck	6	20 166	21 224	37	9	11	2	5	20	51	14	23	44	47
Asseln	6	10 046	8 708	43	9	13	1	3	13	54	16	21	38	38
Barop	6	8 046	7 377	39	11	9	2	8	21	52	21	24	35	.
Benninghofen	6	7 304	8 375	34	10	12	1	5	16	52	16	21	46	56
Berghofen	6	11 249	11 849	38	9	11	1	5	15	56	15	23	39	53
Bittermark	5	1 137	2 547	33	7	9	1	3	11	49	22	22	35	.
Bodelschwingh	6	4 802	7 039	53	13	14	0	8	33	59	25	18	29	37
Borsigplatz	7	15 203	10 854	61	26	13	8	42	65	62	28	25	17	30
Bövinghausen	6	7 783	5 398	57	20	12	5	10	26	62	12	20	29	23
Brackel	6	22 909	21 505	40	10	13	2	7	22	50	13	18	45	29
Brechten	6	8 074	8 815	39	8	15	1	3	11	55	18	15	37	48
Brünninghausen	6	6 041	3 858	37	6	9	1	4	18	38	11	31	58	44
City	6	11 855	9 128	20	14	13	4	19	36	29	1	22	23	44
Derne	7	7 354	6 198	60	13	16	2	16	36	66	33	17	34	23
Deusen	8	1 893	1 870	62	11	14	9	6	18	62	56	21	23	44
Dorstfeld	6	16 236	15 256	55	14	13	3	14	35	58	42	24	28	38
Dorstfelder Brücke	6	16 115	11 231	51	19	13	5	22	38	51	19	27	18	.
Eichlinghofen	6	3 702	8 381	38	7	9	1	12	24	46	5	31	18	66
Eving	7	27 001	20 869	62	15	15	5	21	41	63	18	18	32	35
Hacheney	8	926	1 756	28	6	12	1	9	20	47	94	44	38	.
Hafen	6	25 431	16 716	60	25	13	6	33	54	55	20	25	20	26
Holthausen	8	772	466	52	7	15	2	1	7	53	44	34	36	.
Holzen, Holzen	5	7 041	13 791	40	7	11	3	4	17	56	33	20	39	65
Hombruch, Persebeck-Kruckel-Schnee	6	15 853	15 577	43	11	9	2	8	19	54	29	25	37	48

Dortmund

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Hörde	6	30 193	22 388	50	18	12	3	17	35	57	16	27	30	27
Hostedde	8	2 451	2 181	48	13	16	0	4	17	57	50	23	36	.
Huckarde	7	19 743	16 464	58	15	14	2	15	35	60	17	18	29	34
Jungferntal-Rahm	6	8 463	6 159	65	10	14	1	6	22	62	2	9	39	30
Kaiserbrunnen	6	30 437	24 183	33	14	13	4	15	33	45	20	27	28	42
Kirchderne	7	3 749	3 913	51	15	16	0	10	29	67	21	25	38	30
Kirchhörde-Löttringhausen	5	10 873	9 662	24	7	9	1	5	15	41	15	21	44	73
Kirchlinde	6	12 709	10 899	55	11	14	1	9	28	60	15	16	31	40
Kley	6	4 997	3 249	56	10	12	1	4	14	59	40	13	35	.
Kurl-Husen	8	6 206	7 557	42	8	16	2	3	18	55	39	21	33	34
Lanstrop	6	7 226	4 046	55	15	16	1	4	22	57	20	12	37	25
Lindenhorst	7	5 343	5 118	66	15	15	9	19	36	71	43	20	22	.
Lütgendortmund	6	21 097	22 196	51	13	12	2	7	23	57	17	23	31	39
Marten	6	12 197	9 277	56	15	12	2	10	25	60	33	23	25	24
Mengede	7	13 152	11 771	48	13	14	1	10	26	55	18	22	29	48
Menglinghausen	8	3 096	3 096	46	12	9	2	8	24	52	53	28	25	.
Nette	6	6 367	5 870	60	12	14	1	11	33	62	18	17	36	33
Nordmarkt	7	28 136	23 031	59	25	13	8	42	68	56	26	23	19	35
Oespel	6	4 091	4 382	39	7	12	2	5	16	51	14	25	31	47
Oestrich	6	5 784	5 909	52	15	14	2	11	28	59	22	20	26	26
Rombergpark-Lücklemberg	5	3 924	5 545	23	6	9	2	4	18	37	2	23	68	82
Ruhrallee	6	17 841	12 476	21	12	13	1	9	20	39	5	27	27	64
Scharnhorst-Ost	7	12 984	12 112	55	15	16	2	14	59	58	8	6	32	20
Schüren	7	10 568	9 717	46	11	11	2	8	25	55	9	17	29	40
Schwieringhausen	6	858	765	51	7	14	2	4	13	58	12	23	20	.
Sölde	6	7 043	5 675	47	10	11	2	4	15	54	14	21	42	45

Dortmund

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Sölderholz	6	2 424	6 050	38	7	11	1	2	8	55	22	25	42	53
Syburg	6	1 064	1 485	27	5	12	2	4	10	29	7	26	39	.
Wambel	8	7 787	7 714	33	12	13	1	8	23	50	63	21	32	40
Wellinghofen	6	8 087	7 077	31	9	12	1	5	16	49	18	20	43	51
Westerfilde	6	8 589	5 863	59	17	14	3	13	38	58	19	14	37	.
Westfalendamm	6	18 746	17 202	17	8	13	2	9	24	33	3	22	42	48
Westfalenhalle	6	20 150	15 690	29	13	13	1	8	19	43	9	36	27	56
Westrich	5	2 164	2 722	62	7	12	5	4	15	64	18	18	32	39
Wichlinghofen	6	1 660	2 472	28	6	12	1	3	8	49	17	23	40	68
Wickede	6	18 249	15 192	51	11	13	1	6	26	55	46	15	38	25

Duisburg

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Aldenrade, Alt-Walsum, Overbruch, Vierlinden, Wehofen, Eppinghoven	6	48 783	46 909	61	11	12	5	9	25	70	20	14	35	38
Alt-Hamborn	7	14 103	10 717	50	15	16	5	21	45	56	21	23	30	31
Alt-Homberg, Hochheide	6	35 002	29 484	48	13	14	4	12	30	61	19	20	37	39
Altstadt	6	11 160	7 929	35	18	10	7	17	34	42	2	23	28	38
Beeck	7	17 374	10 861	56	16	19	4	23	42	60	5	23	32	22
Beeckerwerth	7	5 818	3 732	68	14	14	6	14	29	70	29	24	30	36
Bergheim, Friemersheim, Hochemmerich, Rheinhausen-Mitte	7	69 430	59 608	53	12	13	5	14	30	66	16	18	34	33
Bissingheim	8	4 882	3 175	38	9	10	2	6	15	20	24	18	36	47
Bruckhausen	7	9 988	5 280	69	25	21	8	45	71	66	19	22	18	10
Buchholz	5	21 047	14 642	49	10	9	5	5	15	62	6	17	46	52
Dellviertel	6	18 384	14 204	38	14	12	7	20	40	48	2	23	29	32
Duissern	6	19 220	15 178	28	11	9	3	9	21	42	28	25	37	61
Fahrn, Röttgersbach	7	15 258	19 436	56	14	15	3	14	34	64	6	24	36	37
Großenbaum	5	9 583	10 418	42	10	10	3	6	20	53	23	17	47	50
Hochfeld	7	26 479	15 976	61	24	20	9	43	63	64	20	23	21	16
Huckingen	5	9 343	9 649	52	12	8	5	8	21	63	33	17	37	54
Hüttenheim	8	6 192	3 530	59	17	11	5	22	37	78	86	16	31	.
Kaßlerfeld, Neuenkamp	6	14 574	8 515	56	18	13	4	18	35	49	11	16	28	25
Laar	8	9 065	5 962	57	17	17	5	23	41	61	85	25	30	24
Marxloh	8	24 523	17 259	54	20	20	7	34	56	61	90	24	26	23
Mittelmeiderich	7	24 569	17 663	48	15	15	4	13	31	53	12	23	37	41
Mündelheim	5	4 589	6 169	53	10	7	7	4	14	70	16	13	31	61
Neudorf-Nord	6	19 718	13 573	30	13	11	3	11	23	42	1	27	32	.
Neudorf-Süd	6	18 286	12 388	35	14	11	3	12	27	44	10	26	34	46
Neumühl	7	21 477	17 894	59	14	14	3	11	34	61	21	20	31	26

Duisburg

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Obermarxloh	7	27 597	13 390	61	16	19	3	25	54	64	15	18	27	20
Obermeiderich	7	24 216	17 610	58	17	16	5	16	42	62	36	20	34	32
Rahm	5	3 264	5 887	31	6	7	4	4	15	44	12	19	36	72
Ruhrort	6	8 831	5 303	47	19	12	9	14	31	41	2	25	30	31
Rumeln-Kaldenhausen	5	14 493	17 441	57	10	10	4	5	17	71	24	11	39	62
Ungelsheim	5	5 787	3 043	56	20	8	1	4	11	77	12	12	60	.
Untermeiderich	7	16 381	9 908	60	17	16	6	15	31	63	17	20	29	33
Wanheim-Angerhausen	8	8 445	11 214	62	15	13	8	16	38	71	57	18	31	22
Wanheimerort	6	26 823	18 317	51	15	14	4	13	28	62	12	22	38	29
Wedau	5	7 863	5 207	45	9	10	4	8	19	35	14	19	45	61

Kreis Düren

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Aldenhoven	1	7 195	7 320	69	9	10	6	12	28	69	39	10	28	42
Dürboslar	2	610	679	52	5	6	1	2	6	44	28	20	29	.
Engelsdorf	1	166	196	38	3	7	0	6	18	38	29	28	32	.
Freialdenhoven	4	904	965	45	6	8	1	3	11	50	45	19	25	.
Niedermerz	1	526	931	47	5	7	1	5	13	45	16	21	20	.
Schleiden	1	720	927	52	6	8	1	3	8	44	23	19	31	.
Siersdorf	1	3 049	2 722	64	8	10	18	8	18	77	13	9	30	38
Arnoldsweiler	7	3 046	3 230	51	7	11	1	5	19	55	24	19	31	39
Berzbuir, Boisdorfer Siedlung, Düren, Kufferath, Rölsdorf, Wörthsiedlung	7	53 620	51 419	41	11	14	4	15	40	49	17	21	30	31
Birgel	5	1 412	1 822	50	5	10	0	2	8	59	38	19	41	63
Birkesdorf	7	8 308	7 811	49	8	13	8	10	27	61	11	19	34	26
Derichsweiler	5	2 181	2 680	55	5	9	1	3	12	65	30	18	32	43
Echtz, Konzendorf	5	6 141	2 220	54	6	9	1	3	16	60	43	17	33	30
Gürzenich	8	4 828	5 459	41	5	9	2	5	20	56	45	20	42	52
Hoven, Mariaweiler	8	3 625	4 426	54	7	11	5	8	25	67	76	16	28	32
Lendersdorf	8	4 731	3 806	46	6	11	2	6	19	60	49	19	33	41
Merken	5	2 724	3 059	56	5	10	0	4	13	65	28	19	31	32
Niederau	8	1 979	2 735	42	6	11	1	6	23	58	44	33	53	.
Heimbach	2	4 145	4 420	44	6	6	1	3	11	42	17	21	42	52
Bergstein, Brandenberg, Gey, Großhau, Hürtgen, Kleinhau, Straß, Zerkall	2	3 739	6 213	50	4	3	1	2	8	58	23	19	30	48
Vossenack	2	1 809	2 440	46	5	3	1	4	12	35	14	22	31	42
Driesch, Frenz	2	747	613	54	5	8	0	3	8	60	30	20	34	.
Lamersdorf	2	846	920	61	6	6	2	2	11	65	10	13	42	.
Lucherberg	2	1 271	4 334	62	5	4	1	4	12	74	21	9	26	35
Schophoven	4	604	1 069	55	4	5	2	5	13	47	52	18	23	.

Kreis Düren

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Barmen	1	1 240	1 259	44	6	7	1	2	9	41	31	25	34	.
Bourheim	1	623	725	51	8	8	7	3	14	51	4	17	25	.
Güsten, Serrest / Welldorf	2	2 024	2 393	42	6	6	1	3	8	41	11	21	23	.
Kirchberg	4	1 848	1 644	48	5	6	2	5	11	57	58	15	34	.
Koslar	4	2 238	2 892	52	5	6	1	4	13	53	58	17	29	66
Krauthausen, Altenburg, Daubenrath, Lich-Steinstraß, Selgersdorf, Jülich / Lorsbeck	1	19 439	19 198	33	8	8	3	11	25	32	28	17	35	55
Mersch	5	686	793	39	3	8	3	7	14	35	20	22	26	.
Merzenhausen	4	280	363	42	9	5	6	5	12	35	34	17	28	.
Pattern	5	426	439	48	2	8	0	2	4	39	11	25	32	.
Stetternich	2	1 509	1 714	38	8	6	1	5	12	35	8	16	36	.
Bergheim, Bogheim, Boich, Drove, Kreuzau, Langenbroich, Leversbach, Schneidhausen, Stockheim, Thum, Üdingen, Winden	2	10 187	14 334	50	5	5	1	3	14	62	30	19	34	50
Obermaubach, Schlagstein	2	1 216	1 529	43	4	3	0	3	8	57	9	19	36	.
Untermaubach	2	1 037	1 370	45	4	3	0	3	7	57	25	19	33	.
D'horn, Langerwehe, Schlich, Stütgerloch	2	6 902	8 193	52	6	5	2	4	13	64	24	19	37	40
Geich, Obergeich	4	546	530	49	7	4	2	2	8	52	54	16	37	.
Hamich, Heistern	2	1 375	2 032	54	8	3	1	3	10	66	23	22	30	.
Jüngersdorf, Pier	4	2 775	1 992	50	7	4	2	5	13	61	64	16	25	.
Luchem	2	561	705	53	6	5	2	2	8	67	32	16	23	.
Boslar, Ederen, Gereonsweiler, Gevenich, Hottorf, Kofferen, Körrenzig, Linnich, Rurdorf, Tetz, Welz	4	12 370	12 146	42	7	7	2	5	13	41	39	19	33	43
Floßdorf	4	339	398	37	5	6	0	2	11	37	42	19	26	.
Merzenich	2	6 201	9 838	51	5	5	1	4	16	49	16	18	29	39
Abenden	2	549	761	42	7	5	1	4	12	50	10	29	36	.

Kreis Düren

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Berg-Thuir	1	587	664	48	3	6	1	1	11	53	8	14	42	.
Brück, Nideggen, Rath	1	1 514	3 983	32	6	4	1	3	16	38	10	28	36	62
Embken	1	760	738	50	7	5	0	3	9	45	19	21	30	.
Muldenau	2	193	160	43	9	3	2	4	11	34	10	32	33	.
Schmidt	1	2 155	2 932	60	4	5	1	1	6	61	29	16	33	.
Wollersheim	2	707	625	38	5	5	0	1	5	45	17	23	33	.
Ellen	1	919	2 104	50	6	6	3	3	17	51	5	16	25	39
Hambach	2	2 666	1 197	54	5	6	1	3	10	46	24	19	31	.
Huchem-Stammeln	1	2 554	3 177	63	9	7	17	9	32	72	25	13	28	30
Niederzier, Oberzier, Selhausen	1	3 873	6 593	60	6	6	1	4	18	53	22	20	29	31
Nörvenich	3	6 412	8 841	37	5	6	1	4	19	32	26	16	26	37
Ameln, Gevelsdorf, Hasselsweiler, Hompesch, Jackerath, Müntz, Opherten, Ralshoven, Sevenich, Spiel, Titz	2	4 652	6 290	41	5	4	1	3	10	40	21	23	30	46
Bettenhoven, Kalrath, Rödingen	2	2 163	2 001	46	5	6	2	3	8	42	18	22	30	.
Disternich, Froitzheim, Ginnick, Gladbach, Jakobwüllesheim, Kelz, Lüxheim, Sievernich, Soller, Vettweiß	3	4 376	8 230	49	5	4	2	3	12	43	29	18	26	46
Müddersheim	2	2 684	723	53	6	4	2	2	7	42	22	21	21	.

Düsseldorf

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altstadt	9	3 723	1 983	32	10	2	11	26	41	23	3	26	28	.
Angermund	1	3 906	6 226	20	4	6	2	7	16	40	15	21	40	83
Benrath, Hassels	7	18 246	33 033	38	9	11	9	17	40	58	20	23	35	39
Bilk, Flehe, Hamm, Volmerswerth	9	48 631	44 368	29	9	8	7	13	28	37	6	24	27	51
Carlstadt	9	3 581	2 115	26	7	1	8	12	23	29	17	29	36	94
Derendorf	9	24 028	19 303	33	10	8	6	18	34	40	14	23	26	51
Düsseltal	9	34 347	25 593	19	8	6	5	15	30	31	27	20	31	65
Eller	7	38 080	30 189	43	10	12	6	17	36	50	25	20	34	33
Flingern Nord, Flingern Süd, Grafenberg, Lierenfeld	9	23 164	45 510	52	12	9	11	21	40	51	8	21	26	43
Friedrichstadt	9	26 356	17 218	30	12	7	9	24	39	37	5	19	18	43
Garath, Hellerhof	7	28 439	24 200	47	11	13	3	10	38	48	25	12	37	38
Gerresheim, Ludenberg	9	36 038	35 046	40	9	9	6	11	25	48	11	27	35	50
Golzheim, Stockum	9	20 937	16 493	20	6	5	5	12	25	28	4	27	37	70
Hafen, Unterbilk	9	27 317	18 125	34	11	5	7	15	29	39	5	23	24	52
Heerdt	8	12 601	9 592	49	9	8	11	22	40	53	41	19	31	40
Himmelgeist, Itter	9	3 095	3 568	37	6	5	7	5	13	51	11	20	39	.
Holthausen	8	14 386	12 283	44	8	12	7	21	43	63	79	16	31	39
Hubbelrath, Knittkuhl	1	972	3 591	29	5	7	3	6	16	26	26	11	35	67
Kaiserswerth, Lohausen	1	10 897	11 536	19	4	5	5	12	25	21	7	31	37	74
Kalkum, Wittlaer	1	5 199	9 481	24	4	6	2	13	29	27	6	16	32	88
Lichtenbroich, Unterrath	9	28 490	26 015	38	8	9	5	12	29	43	14	19	35	45
Lörick	9	7 684	7 255	33	6	8	5	20	41	44	2	24	51	63
Mörsenbroich, Rath	7	37 982	33 041	43	10	11	7	21	43	50	18	19	32	36
Niederkassel, Oberkassel	9	25 596	23 599	19	5	5	7	16	26	36	27	24	33	85
Oberbilk	9	35 571	27 471	45	13	11	9	27	48	44	7	20	23	25

Düsseldorf

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo –tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Pempelfort	9	37 466	29 042	25	10	5	7	16	30	34	0	22	25	64
Reisholz	7	15 517	3 601	53	8	12	11	23	44	68	25	17	28	31
Stadtmitte	9	18 342	12 628	23	10	4	10	31	49	28	2	18	22	36
Urdenbach	1	6 276	10 671	40	5	9	6	7	24	57	12	24	43	61
Vennhausen	8	12 112	9 862	40	6	10	3	7	20	46	35	18	45	42
Wersten	9	27 628	26 115	43	10	11	8	15	34	52	5	19	33	52

Ennepe-Ruhr-Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Hagen / Breckerfeld	4	12 146	14 294	45	5	6	5	3	14	58	44	24	34	50
Ennepetal	5	36 783	30 451	50	6	7	5	8	21	68	41	19	37	47
Gevelsberg	5	33 963	31 207	51	7	7	6	9	21	67	38	22	36	42
Hattingen	5	58 994	54 312	50	9	8	3	6	22	64	28	21	38	46
Herdecke	5	20 157	22 805	44	7	5	4	5	15	55	18	19	40	55
Schwelm	5	34 167	28 401	47	8	9	6	10	25	63	18	24	38	50
Sprockhövel	2	21 727	25 558	46	5	4	3	4	11	64	40	23	37	51
Wetter (Ruhr)	5	30 551	27 910	51	8	5	7	7	21	59	40	21	34	47
Annen-Mitte-Nord, Annen-Mitte-Süd, Gedern, Kohlensiepen, Wartenberg, Wullen	5	19 184	17 852	54	9	9	3	7	25	66	26	22	32	35
Bommerbank, Bommeregge, Bommerfeld, Buschey, Steinhausen, Wettberg	5	8 923	8 419	39	7	8	1	3	15	55	24	27	53	60
Bommerholz-Muttental, Buchholz-Kämpen, Durchholz, Herbede-Ort, Vormholz	5	15 117	13 484	54	8	6	3	5	14	67	44	18	36	51
Buchenholz, Rüdinghausen-Mitte, Rüdinghausen-Nord	5	6 233	6 566	49	8	5	1	4	14	62	29	22	35	56
Crengeldanz, Hauptfriedhof, Hohenstein, Industriegürtel-Nord, Industriegürtel-West, Innenstadt, Krone, Oberdorf-Helenenberg, Stadion	6	44 832	32 345	51	12	12	5	12	30	60	22	24	34	29
Dorney, Düren-Nord, Düren-Süd, Stockum-Mitte, Stockumer Bruch, Tiefendorf, Wilhelmshöhe	5	4 698	6 326	53	8	7	2	3	13	61	13	20	33	38
Hellweg, Heven-Dorf, Lake, Papenholz, Wannen	5	13 509	11 305	54	10	8	3	9	25	65	27	22	35	44

Essen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altendorf	7	29 291	19 780	51	15	18	3	20	40	53	5	22	26	25
Altenessen-Nord	7	19 770	16 521	58	12	15	4	15	35	61	9	21	30	33
Altenessen-Süd	7	30 098	25 138	54	14	16	2	16	38	57	18	20	29	30
Bedingrade	6	14 966	12 110	48	10	12	1	4	13	55	24	18	42	46
Bergeborbeck, Vogelheim	7	15 653	10 171	66	13	16	5	14	35	64	45	16	29	19
Bergerhausen	5	15 913	11 734	27	7	9	1	4	13	41	4	23	43	63
Bochold	7	19 551	17 609	53	12	15	2	12	32	52	27	17	32	35
Borbeck-Mitte	6	16 786	13 896	40	10	11	1	7	20	47	13	25	37	39
Bredeney	5	11 422	10 536	15	5	3	2	4	13	36	7	30	48	88
Burgaltendorf	5	7 770	9 494	35	5	9	2	3	8	51	14	19	39	70
Byfang	5	2 300	1 981	45	4	11	3	2	6	54	41	25	38	.
Dellwig	8	10 200	9 347	44	9	14	1	5	18	44	41	20	34	28
Fischlaken	5	4 837	4 366	35	5	10	2	3	8	50	13	23	42	79
Freisenbruch	6	20 451	16 297	45	11	16	1	8	29	50	16	15	41	36
Frillendorf	6	8 063	5 650	49	12	12	6	9	26	55	15	23	30	35
Frintrop	6	11 498	8 499	50	11	13	2	4	13	55	10	18	39	45
Frohnhausen	6	45 356	31 474	45	12	13	2	12	26	52	16	31	29	37
Fulerum	5	4 235	3 345	29	5	11	1	3	11	52	31	20	51	.
Gerschede	6	9 322	7 685	52	11	12	2	5	19	57	14	20	33	38
Haarzopf	5	6 967	6 675	24	5	9	1	3	11	43	14	27	55	.
Heidhausen	5	6 917	6 338	32	5	8	3	4	13	41	5	27	43	78
Heisingen	5	13 035	12 719	35	6	8	2	3	10	49	9	20	48	77
Holsterhausen	6	39 215	24 754	31	10	11	2	12	26	43	8	25	28	49
Horst	6	6 963	9 935	50	13	14	3	7	30	55	33	20	35	43
Huttrop	6	20 268	14 034	22	9	12	1	11	25	35	1	28	40	55
Karnap	7	10 450	7 924	62	12	15	6	12	29	70	27	21	28	35

Essen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Katernberg	7	28 162	22 433	60	14	17	3	17	38	63	19	20	29	27
Kettwig	5	17 408	17 415	41	5	8	8	4	14	52	15	24	48	70
Kray	6	27 893	18 696	51	11	14	2	13	26	54	12	21	30	31
Kupferdreh	5	12 890	11 033	47	7	10	5	5	15	57	29	25	36	57
Leithe	6	9 864	6 951	45	11	15	1	8	20	48	32	14	40	25
Margarethenhöhe	6	8 804	7 198	17	7	13	1	4	16	45	13	32	49	58
Nordviertel	7	10 567	7 455	61	17	18	2	26	49	52	9	24	21	30
Ostviertel	6	9 246	6 433	50	17	15	3	25	49	49	31	21	24	39
Rellinghausen	5	4 160	3 689	46	8	7	1	6	15	53	32	25	59	.
Rüttenscheid	5	40 136	27 939	24	8	6	2	7	19	40	10	27	34	65
Schönebeck	5	10 221	9 792	41	8	10	2	3	11	50	16	22	40	60
Schonnebeck	6	14 985	11 111	57	11	13	2	10	26	57	11	22	31	36
Schuir	5	2 036	1 520	25	6	6	1	4	17	36	0	30	46	.
Stadtkern	5	4 602	3 078	30	16	6	7	34	55	32	3	17	22	.
Stadtwald	5	11 924	10 000	20	5	8	2	3	11	38	8	38	45	67
Steele	6	22 334	16 599	40	11	13	3	9	26	45	9	27	39	50
Stoppenberg	7	17 372	16 992	62	14	14	5	11	35	60	10	20	30	40
Südostviertel	6	16 168	11 507	30	12	14	2	20	37	41	6	24	22	26
Südviertel	6	16 040	10 781	23	11	9	2	13	29	38	19	25	26	35
Überruhr-Hinsel	6	10 576	7 918	39	8	13	1	4	14	46	8	16	49	57
Überruhr-Holthausen	6	5 893	8 174	45	9	15	2	7	27	53	19	16	47	.
Werden	5	11 097	9 515	33	6	9	3	6	15	47	15	32	48	76
Westviertel	6	2 167	1 984	38	21	13	5	23	63	37	7	27	55	.

Kreis Euskirchen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Hellenthal / Kall / Schleiden / Jülich	3	25 350	27 150	48	8	5	2	3	15	49	32	21	34	49
Bad Münstereifel	2	13 704	17 451	46	6	4	1	3	21	48	31	23	37	54
Blankenheim	3	7 214	8 642	40	7	5	1	4	18	35	30	26	37	46
Dahlem	3	3 935	4 200	50	6	4	1	3	10	44	21	23	36	42
Euskirchen	1	41 557	55 420	43	8	8	4	7	27	48	25	20	30	46
Mechernich	1	13 158	26 736	43	6	6	1	4	18	42	25	21	29	53
Nettersheim	3	5 807	7 559	48	5	3	1	3	24	43	31	24	32	36
Bronsfeld	4	303	538	55	11	6	0	3	7	48	50	19	27	.
Gemünd, Wolfgarten	2	3 959	4 475	34	7	5	1	5	16	36	26	27	42	60
Harperscheid, Schöneseiffen	4	785	815	58	9	5	0	2	4	51	52	17	30	.
Oberhausen	1	919	854	62	11	6	2	5	15	68	16	15	43	.
Weilerswist	2	11 075	15 461	46	6	5	2	4	17	47	25	16	29	33
Bessenich, Dürscheven, Enzen, Floren, Hoven, Juntersdorf, Langendorf, Linzenich, Lövenich, Lüssem, Merzenich, Nemmenich, Niederelvenich, Oberelvenich, Rövenich, Schnorrenberg, Schwerfen, Sinzenich, Ülpenich, Weiler in der Ebene, Wichterich, Zülpich	3	12 406	17 054	42	6	5	1	3	15	44	31	26	29	41
Bürvenich, Eppenich	2	761	1 054	36	4	6	0	2	11	36	9	26	26	.
Füssenich	2	1 963	1 632	48	5	6	1	3	9	47	24	22	27	.

Gelsenkirchen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altstadt	6	12 618	8 638	31	13	13	3	21	43	39	2	26	35	39
Beckhausen	6	14 882	14 080	58	13	13	2	8	23	64	32	15	33	33
Bismarck	7	22 370	15 696	64	13	17	7	17	35	66	36	19	31	23
Buer	6	43 349	34 001	45	9	11	4	10	26	56	6	21	35	39
Bulmke-Hüllen	7	28 787	23 284	52	16	19	3	18	39	58	4	24	35	29
Erle	6	33 544	26 335	53	13	13	1	6	21	56	15	21	36	26
Feldmark	6	13 144	10 729	41	14	14	2	11	30	53	39	25	34	39
Hassel	7	19 856	14 963	64	11	17	1	18	36	70	15	15	32	22
Heßler	6	11 253	5 861	62	12	13	6	7	17	66	32	21	32	27
Horst	7	26 458	19 517	58	14	16	3	14	33	66	33	19	34	17
Neustadt	7	6 700	4 383	50	16	20	6	25	51	52	24	27	31	36
Resse	8	15 954	11 735	53	10	13	2	7	18	58	54	17	36	31
Resser Mark	6	6 299	3 617	66	13	18	1	7	23	65	1	13	41	36
Rotthausen	8	21 056	13 662	59	15	16	4	15	29	64	67	24	35	33
Schalke	7	26 918	19 498	50	15	18	2	20	41	57	44	24	30	30
Schalke-Nord	7	7 613	4 389	64	21	18	2	19	40	69	42	22	27	18
Scholven	6	10 610	9 295	62	14	14	1	7	24	66	16	19	27	25
Ückendorf	7	26 881	19 100	53	15	15	3	15	29	61	9	24	32	34

Kreis Gütersloh

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Borgholzhausen	4	7 714	8 750	48	6	4	3	5	20	58	66	27	30	36
Gütersloh	1	75 297	94 156	46	7	6	5	9	33	59	41	18	30	36
Halle (Westfalen)	4	12 996	16 748	47	6	5	3	7	28	60	67	24	34	36
Hesseln	2	1 013	1 181	57	5	5	4	3	13	65	27	20	28	.
Hörste	4	1 462	1 648	42	5	5	0	2	10	50	47	25	33	35
Kölkebeck	5	632	582	39	3	8	0	13	18	41	0	27	28	.
Tatenhausen	2	940	901	50	4	5	1	5	14	56	30	21	36	.
Greffen	3	2 153	3 125	48	6	5	2	3	12	59	35	18	26	32
Harsewinkel	4	10 361	16 240	51	7	6	4	10	38	66	71	13	28	37
Marienfeld (Westfalen), Oester	3	3 171	4 445	50	5	5	0	5	19	62	39	15	33	39
Herzebrock-Clarholz	3	11 256	15 881	49	5	4	3	5	21	54	43	17	27	31
Langenberg	3	6 403	8 147	48	7	4	2	4	16	60	47	19	28	30
Rheda-Wiedenbrück	1	36 682	46 530	48	7	6	5	12	30	59	50	17	31	38
Rietberg	3	20 377	28 525	46	6	5	3	6	23	54	42	16	27	43
Schloß Holte-Stukenbrock	1	15 605	26 412	56	6	5	3	5	25	68	40	19	29	43
Amshausen	1	3 162	6 869	57	6	5	6	6	19	71	35	20	37	38
Brockhagen	4	3 053	2 823	47	5	4	3	3	11	50	76	24	31	34
Steinhagen	1	8 397	10 409	47	6	5	2	7	27	66	30	21	29	49
Verl	4	15 597	24 776	51	6	4	3	8	24	60	57	15	25	40
Bockhorst	1	1 877	1 552	50	7	5	2	3	13	57	43	24	28	.
Hesselteich	1	777	917	50	8	5	4	4	14	55	37	15	28	.
Loxten	4	3 230	2 299	53	6	4	4	5	15	59	60	20	30	25
Oesterweg	1	1 739	2 057	56	7	5	6	4	18	58	18	22	28	.
Peckeloh, Sandort	4	3 283	3 500	63	7	5	5	3	12	68	55	17	31	33
Versmold	1	7 216	10 556	52	7	5	6	10	32	64	14	22	31	35

Kreis Gütersloh

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Häger	2	954	943	54	4	5	9	4	10	60	27	21	29	.
Theenhausen	2	1 052	1 131	61	5	6	0	4	12	56	3	21	35	.
Werther (Westfalen)	1	7 002	9 278	48	6	5	3	7	21	61	28	24	33	38

Hagen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenhagen-Nord, Altenhagen-Süd	7	24 145	11 933	47	13	14	4	18	38	49	24	23	31	34
Berchum	5	1 553	1 642	47	5	9	7	3	13	59	23	19	34	56
Boele-Zentrum	8	8 302	7 505	46	7	10	6	7	28	45	44	17	40	38
Boelerheide	5	9 799	6 929	49	8	10	5	7	26	54	15	16	42	50
Delstern	8	2 523	1 382	58	13	11	11	8	19	63	51	21	26	.
Eilpe-Nord, Eilpe-Süd/Selbecke	6	13 570	10 034	52	11	11	4	10	30	57	33	25	38	29
Emst-Ost, Emst-West	5	10 606	10 643	28	6	9	2	4	19	44	9	21	56	55
Eppenhausen, Remberg	6	13 774	14 817	40	9	10	3	12	33	48	12	22	37	39
Fley/Helfe	8	4 909	6 775	41	7	10	2	5	38	54	74	26	58	39
Fleyerviertel	5	11 849	6 110	30	4	8	3	5	18	41	2	23	48	61
Garenfeld	5	939	1 590	51	8	6	4	2	10	57	43	21	36	.
Geweke/Tücking, Haspe-Süd, Haspe-Zentrum, Spielbrink	7	21 053	20 620	54	10	11	8	15	37	63	36	24	33	41
Halden/Herbeck	5	4 733	3 636	50	6	9	8	4	15	60	42	19	32	.
Henkhausen/Reh, Hohenlimburg-Zentrum/Wesselbach, Oege/Nahmer, Elsey-Nord, Elsey-Süd	7	26 755	23 144	55	7	9	7	12	30	71	26	23	37	43
Holthausen	8	1 206	1 725	46	7	9	7	3	13	63	62	26	29	.
Kabel/Bathey	7	4 915	4 908	56	11	10	8	9	40	63	7	11	34	.
Kuhlerkamp, Wehringhausen-Ost, Wehringhausen-West	7	22 302	14 969	47	12	12	4	18	36	50	32	28	30	27
Vorhalle-Nord, Vorhalle-Süd, Eckesey-Nord, Eckesey-Süd	7	15 050	15 024	54	13	13	6	19	46	55	42	19	33	21
Westerbauer-Nord, Westerbauer-Süd	7	17 505	9 128	61	9	11	7	12	33	67	24	16	35	28
Zentrum	7	14 668	10 178	35	14	11	5	26	51	41	2	22	31	21

Hamm

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Berge, Rhynern, Westtünnen / Osttünnen	1	13 845	18 708	33	6	6	2	3	14	40	30	21	34	48
Bockum, Gartenstadt / Dasbeck, Heessen südl. der Bahnlinie, Hövel, nördl. Horster Straße, Hövel, östl. F.-Ebert-Str., Hövel, südl. Horster Str., Kötterberg / Hämmschen, Norden (Bockum-Höveler Teil), Norden (Heessener Teil)	7	56 150	57 231	55	11	11	2	12	35	60	25	17	31	28
Braam-Ostwennemar, Osten, Uentrop / Norddinker, Werries	5	22 203	27 442	39	8	7	1	4	21	47	22	21	35	44
Daberg / Lohauserholz, Herringen, nördl. Dortmunder, Herringer Heide, Pelkum / Wiescherhöfen, Selmigerheide / Weetfeld, Westenheide	7	25 198	38 396	56	10	11	2	14	34	61	25	18	31	29
Stadtmitte, Süden, östl. Werler Str., Süden, westl. Werler Str., Westen, nördl. Lange Str., Westen, südl. Lange Str.	6	47 252	34 282	39	13	10	3	15	35	44	22	22	32	38

Kreis Heinsberg

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bellinghoven, Erkelenz, Mennekrath, Oerath, Tenholt, Terheeg, Wockerath	1	12 522	19 977	40	7	5	3	6	26	46	25	19	32	48
Borschemich	2	760	228	47	8	5	3	7	16	48	9	21	26	.
Gerderath	5	3 882	4 895	66	8	7	3	6	17	72	34	11	29	30
Golkrath	2	1 867	1 993	47	7	6	1	2	8	50	21	20	30	.
Granterath, Hetzerath	2	2 161	2 850	56	7	6	1	2	9	62	27	15	28	.
Holzweiler	2	1 395	1 514	44	6	6	2	3	8	52	33	23	26	.
Immerath	2	1 537	405	40	6	6	4	5	12	44	14	22	19	.
Keyenberg	2	1 099	1 095	46	3	5	1	3	9	51	14	21	30	37
Kückhoven	2	1 555	2 303	52	6	5	1	3	15	58	26	24	40	38
Lövenich	1	3 275	3 978	48	7	7	0	3	11	52	4	21	30	36
Schwanenberg	2	1 425	2 125	47	8	5	1	2	9	51	18	21	26	54
Venrath	2	978	1 546	51	6	5	1	2	11	58	35	20	31	.
Gangelt	2	9 165	11 414	49	5	4	3	12	24	51	22	17	29	36
Apweiler, Immendorf, Prummern, Waurichen	2	2 144	2 613	44	7	6	2	4	12	43	15	22	26	45
Bauchem, Geilenkirchen, Gillrath, Hatterath, Hochheid, Kogenbroich, Kraudorf, Niederheid, Nierstraß, Nirm, Rischden, Tripsrath	1	10 132	16 699	35	8	7	2	8	29	37	11	18	27	34
Beeck	5	522	495	48	5	7	0	4	9	50	23	17	31	.
Flahstraß, Leiffarth, Müllendorf	2	1 453	1 475	48	8	6	1	2	9	50	28	20	30	50
Grotenrath, Neuteveren, Teveren	5	2 753	2 982	36	5	7	2	6	14	34	33	11	26	39
Lindern	4	753	1 206	43	5	6	1	3	9	40	36	19	22	.
Süggerath	5	817	776	48	6	7	1	4	10	45	29	16	33	.
Aphoven, Heinsberg, Schafhausen, Unterbruch	5	10 857	14 972	46	8	8	4	10	29	55	16	19	31	29
Dremmen, Oberbruch, Porselen/Horst	5	11 620	11 918	57	9	8	11	10	23	71	43	16	31	25
Karken	1	2 709	3 458	47	6	8	4	7	17	53	19	15	31	24

Kreis Heinsberg

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Kempen	1	1 426	1 285	53	6	7	2	4	12	62	21	18	29	.
Kirchhoven	5	4 056	4 610	54	6	7	3	5	18	63	23	17	31	33
Randerath	5	2 361	1 876	46	8	6	1	4	14	48	20	21	30	34
Straeten, Waldenrath	5	2 685	2 817	46	5	6	2	5	15	48	38	21	31	32
Baal	1	2 514	3 581	50	8	6	2	5	18	59	44	18	32	45
Brachelen	5	3 294	3 412	48	7	7	1	3	10	53	22	23	35	42
Doveren	5	2 434	2 924	56	6	8	2	8	21	62	24	17	33	39
Hilfarth, Hückelhoven, Kleingladbach, Ratheim, Schaufenberg	1	24 697	27 986	64	8	9	8	13	31	74	29	13	29	30
Rurich	1	563	578	65	6	6	2	2	7	55	38	16	38	.
Wassenberg / Hückelhoven	1	12 418	17 419	50	9	7	2	6	19	59	24	19	32	29
Selfkant	1	7 859	9 948	53	7	6	10	33	47	54	24	21	27	28
Übach-Palenberg	5	22 653	24 209	61	11	10	4	7	22	65	23	15	31	36
Bocket, Waldfeucht	2	1 841	2 144	52	6	5	2	10	17	50	23	20	28	.
Braunsrath, Hontem, Schöndorf, Selsten	2	1 688	1 566	43	5	5	3	12	20	47	21	23	27	.
Brüggelchen, Frilinghoven, Haaren, Obspringen	2	2 766	5 026	62	6	4	4	8	17	64	22	15	27	32
Arsbeck, Dalheim-Rödgen, Wildenrath	2	5 294	5 841	48	6	7	2	6	14	44	20	17	30	27
Balkhoven, Beeck, Beeckerheide, Berg, Bissen, Brunbeck, Gripekoven, Großgerichhausen, Harbeck, Hau, Holtum, Isengraben, Kehrbusch, Kipshoven, Kleingerichhausen, Klinkum, Mehlbusch, Merbeck, Moorshoven, Rath-Anhoven, Rickelrath, Schönhausen, Schwaam, Tetelrath, Tüschenbroich, Uevekoven, Venheyde, Watern, Wegberg	1	15 349	22 032	48	6	6	3	5	14	52	24	18	34	49

Kreis Herford

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Kirchlengern / Bünde	1	54 359	61 553	55	7	6	2	6	27	65	38	23	34	33
Enger / Herford	1	81 372	85 738	48	9	8	3	7	30	58	37	24	34	37
Hiddenhausen	1	18 815	19 813	57	6	5	2	4	19	67	34	20	38	38
Löhne	1	36 672	39 731	54	7	6	2	6	25	63	46	22	35	33
Rödinghausen	3	8 003	9 867	56	6	4	1	3	16	63	42	23	32	28
Spenge	1	12 805	14 839	57	6	5	2	4	18	69	23	23	37	38
Bad Seebruch, Beerenkämpen, Bonneberg, Bretthorst, Bülte, Ebenöde, Eichholz, Exter, Hagenmühle, Hollwiesen, Linnenbeeke, Valdorf, Vlotho	1	16 469	15 340	48	7	5	2	5	21	59	33	25	37	44
Buhn, Uffeln	4	3 212	3 885	46	5	5	3	4	16	62	57	17	39	48

Herne

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenhöfen, Feldkamp, Herne-Süd, Herne Zentrum, Shamrock, Stadtgarten	6	47 779	34 406	48	13	13	2	11	26	57	15	25	36	45
Baukau-Kern, Baukau-West, Strünkede	6	11 264	13 629	50	14	14	1	11	29	59	36	22	38	31
Bickern, Eickel-Kern, Gartenstadt, Hannover, Scharpwinkelring, Wanne-Mitte, Wanne-Nord, Wanne-Süd	6	62 575	45 240	49	13	14	3	13	30	56	21	23	37	36
Börnig, Constantin, Gysenberg, Holthausen, Sodingen-Kern, Sodingen-Süd	6	24 631	23 426	58	12	11	2	8	18	63	33	22	36	41
Crange	6	2 818	2 464	90	11	13	58	17	31	91	51	5	32	.
Elpeshof, Horsthausen, Pantrings Hof	7	20 403	10 599	63	12	16	5	14	30	70	25	18	35	32
Holsterhausen	6	14 827	10 068	58	12	13	2	11	26	65	41	17	33	30
Königsgrube, Pluto, Röhlinghausen-Kern	6	13 475	10 874	62	15	14	4	12	28	66	15	19	32	35
Unser Fritz	7	5 461	4 392	68	17	14	12	16	31	72	20	17	26	28

Hochsauerlandkreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Arnsberg	5	22 386	17 583	34	12	9	2	6	21	40	12	24	37	50
Bachum	2	614	762	53	5	3	1	2	16	65	17	18	32	.
Breitenbruch	2	163	194	42	8	6	0	4	12	35	0	20	34	.
Holzen	4	1 668	1 891	53	5	6	2	2	15	58	52	13	34	.
Müschede	4	2 355	2 671	57	7	7	3	4	18	71	95	16	31	40
Neheim, Bruchhausen, Hüsten	1	38 776	38 466	49	9	8	5	8	31	63	38	19	34	45
Niedereimer	4	1 577	1 837	45	10	4	1	3	13	56	57	17	29	58
Oeventrop	1	5 839	6 190	50	9	8	2	4	16	61	43	22	33	61
Rumbeck	2	1 021	1 152	38	10	6	0	2	9	42	8	21	35	.
Uentrop	2	354	301	44	12	5	1	1	13	50	0	22	38	.
Voßwinkel	4	2 067	2 403	51	6	6	2	2	14	68	58	19	29	38
Wennigloh	4	727	933	41	9	6	1	1	10	50	39	17	37	.
Andreasberg Wasserfall, Ramsbeck	2	3 054	2 556	66	10	4	11	10	21	72	16	20	33	30
Bestwig, Velmede	3	4 693	4 630	41	7	4	3	12	27	45	32	20	34	27
Heringhausen	3	908	822	43	5	4	1	4	10	45	37	25	39	.
Nuttlar	4	1 955	1 672	40	7	3	3	6	14	58	57	22	32	38
Ostwig	3	1 394	1 751	40	5	3	4	8	23	49	26	21	24	.
Alme	4	1 592	1 712	43	8	4	1	2	12	57	49	27	34	.
Altenbüren	4	1 015	1 270	38	6	4	0	3	14	49	69	19	31	.
Bontkirchen	2	552	474	50	8	4	0	2	6	65	34	23	41	.
Brilon, Brilon-Wald, Gudenhagen, Poppenberg	4	13 746	14 807	41	10	3	4	5	23	49	43	22	34	34
Esshoff	2	63	66	48	12	2	0	0	0	40	0	11	8	.
Hoppecke	4	1 197	1 313	49	9	5	0	3	12	72	90	17	43	.
Madfeld	2	1 188	1 210	54	8	5	1	1	8	60	31	23	37	.
Messinghausen	4	1 042	782	46	9	4	0	1	6	58	50	20	37	.

Hochsauerlandkreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Nehden	4	407	442	33	8	2	0	2	11	46	58	33	27	.
Radlinghausen	4	114	136	22	2	2	0	0	2	28	43	23	31	.
Rixen	2	111	125	42	6	1	0	0	3	40	0	29	33	.
Rösenbeck	2	641	749	45	9	5	0	1	9	51	17	20	28	.
Scharfenberg	4	1 003	1 387	54	6	3	0	2	12	60	81	23	28	.
Thülen	4	906	1 007	47	8	4	0	3	16	54	66	23	37	27
Wülfte	2	353	415	45	8	1	2	1	7	46	25	26	23	.
Cobbenrode	3	1 022	1 214	46	4	4	0	2	9	46	26	24	30	.
Eslohe	3	3 984	4 608	44	6	4	1	4	16	50	43	22	32	32
Herhagen, Reiste	4	1 524	1 728	44	6	4	0	2	14	46	78	22	32	26
Wenholthausen	3	1 402	1 508	45	7	5	2	3	9	52	37	29	33	.
Braunshausen	4	341	320	39	5	2	1	2	6	42	46	22	39	.
Hallenberg	4	2 634	2 496	48	7	3	2	3	11	55	54	22	38	57
Hesborn	4	1 021	978	60	7	2	0	3	6	59	92	20	25	.
Liesen	2	675	713	51	4	3	0	2	7	47	24	14	25	.
Borntosten	2	160	117	53	11	1	0	7	18	47	0	23	25	.
Bredelar	2	2 459	2 070	47	7	5	1	2	19	57	17	25	46	.
Canstein	2	447	310	49	8	3	0	2	12	47	21	30	33	.
Erlinghausen	3	899	1 066	38	6	4	0	1	9	37	22	20	28	.
Essentho	4	1 102	1 386	63	5	6	5	3	30	59	77	18	26	.
Giershagen	2	1 372	1 387	45	7	5	2	2	9	51	25	23	28	31
Heddinghausen	2	238	180	40	10	3	0	4	10	30	0	28	18	.
Helminghausen	1	193	162	46	6	3	1	5	11	40	8	29	43	.
Leitmar	4	430	370	46	10	4	0	2	9	45	60	24	35	.
Meerhof	2	1 080	1 209	47	5	5	0	1	6	42	19	23	29	.
Niedermarsberg	2	8 968	7 647	40	8	5	3	6	33	46	21	23	35	33

Hochsauerlandkreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Obermarsberg	1	1 809	1 372	52	9	5	6	2	22	53	37	23	28	.
Oesdorf	2	693	707	62	4	2	0	1	3	45	14	18	29	.
Padberg	2	742	524	47	9	3	1	2	8	60	40	27	59	.
Udorf	2	288	230	43	5	6	0	0	2	42	0	32	37	.
Westheim	2	1 828	1 694	54	7	4	0	1	11	61	24	19	32	31
Medebach	3	7 066	7 970	46	7	3	1	3	14	55	35	25	36	60
Berge, Calle/Wallen/Mülsborn, Frenkhausen, Olpe, Stockhausen, Wennemen	3	4 879	5 140	49	5	5	2	2	19	57	42	22	32	33
Eversberg, Heinrichsthal, Wehrstapel	3	3 066	3 215	48	5	5	3	4	15	58	39	20	34	26
Freienohl	4	4 423	4 151	50	6	5	4	5	23	61	55	20	34	36
Grevenstein	3	882	924	45	3	3	1	1	7	60	38	20	37	.
Meschede	4	15 712	15 231	45	6	6	8	12	34	49	50	20	39	32
Remblinghausen	4	1 740	1 805	42	5	3	1	3	9	37	45	20	33	.
Visbeck	2	222	283	49	5	4	8	2	16	64	22	19	32	.
Antfeld	2	813	837	47	7	3	0	1	13	56	16	21	32	.
Assinghausen	4	847	764	54	4	5	0	5	11	67	82	25	33	.
Bruchhausen	4	1 043	1 197	52	7	4	2	1	4	62	62	19	30	36
Brunskappel	2	390	279	52	10	3	0	3	14	55	28	25	30	.
Elleringhausen	4	1 059	1 076	51	5	4	4	2	9	69	66	18	31	.
Gevelinghausen	2	462	584	44	5	3	1	1	10	49	17	18	30	.
Gierskopp, Olsberg, Bigge	2	6 790	8 232	42	6	4	2	5	27	52	28	21	34	29
Heinrichsdorf, Elpe	2	769	643	52	8	3	0	1	7	52	30	23	32	.
Helmeringhausen	2	311	267	51	8	3	0	1	3	64	7	26	35	.
Wiemeringhausen	2	724	733	49	6	4	2	5	14	62	37	25	28	.
Wulmeringhausen	4	532	456	59	5	4	0	4	7	67	76	22	30	.

Hochsauerlandkreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Obersorpe, Obringhausen, Rehsiepen, Schanze, Schmallenberg, Selkentrop, Werntrop, Werpe, Westfeld, Winkhausen, Wormbach, Almert, Bad Fredeburg, Bracht, Ebbinghof, Felbecke, Fleckenberg, Gleidorf, Grafschaft, Harbecke, Holthausen, Huxel, Jagdhaus, Latrop, Lengenbeck, Niedersorpe, Nordenau, Oberkirchen, Oberkircherhammer	3	17 492	19 427	52	7	4	4	5	25	57	39	20	32	38
Osterwald, Westernbödefeld, Bödefeld, Brabecke, Gellinghausen, Altenfeld	3	2 098	2 172	41	6	4	1	2	31	41	22	27	34	33
Sellinghausen, Altenilpe, Arpe, Berghausen, Dorlar, Grimminghausen, Heiminghausen, Kirchilpe, Kückelheim, Mailar, Menkhausen, Niederberndorf, Oberberndorf	3	2 925	2 632	41	4	3	1	2	23	44	29	22	27	34
Sögtrop, Kirchrarbach, Niederhenneborn, Oberhenneborn, Oberrarbach	3	935	1 013	46	3	3	0	1	27	46	54	23	32	.
Allendorf	3	1 153	1 383	45	5	3	2	3	11	58	40	23	31	33
Altenhellefeld	2	330	396	46	5	3	4	2	4	51	26	17	27	.
Amecke	4	939	1 480	45	7	4	3	3	10	52	71	19	31	.
Bainghausen, Westenfeld	4	1 109	902	56	4	4	2	6	12	66	57	15	34	.
Brenschede, Endorf, Röhrenspring	4	1 477	1 395	55	3	5	9	6	15	67	64	19	33	.
Enkhausen, Erlenkampmühle, Langscheid, Tiefenhagen	2	1 906	3 074	47	5	3	5	3	10	59	6	21	37	.
Hachen	4	2 657	2 597	57	5	5	9	9	20	70	52	15	31	48
Hagen	4	689	771	42	6	5	5	2	7	47	49	27	28	.
Hellefeld	4	652	676	50	3	3	2	2	8	58	76	16	34	35
Hövel	4	452	561	44	3	3	0	2	6	52	58	24	33	.
Linnepe	2	417	380	55	7	2	1	6	13	62	24	21	25	.
Meinkenbracht	2	172	178	39	1	4	0	0	6	34	0	28	25	.
Seidfeld, Stockum, Sundern	1	11 070	13 979	54	5	6	6	11	26	72	45	15	33	38

Hochsauerlandkreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Stemel	4	641	799	70	5	5	15	5	19	77	72	15	31	.
Altastenberg, Lenneplätze	2	380	382	53	5	2	0	3	8	29	0	25	40	.
Elkeringhausen	2	252	355	31	6	3	2	4	6	37	3	19	39	.
Grönebach	2	624	614	66	6	5	1	1	4	67	31	26	40	.
Hildfeld	2	421	559	65	7	5	0	1	5	69	42	18	41	.
Hoheleye, Langewiese	2	357	417	70	6	4	1	1	8	64	15	27	36	.
Mollseifen	2	106	54	31	3	2	0	7	20	29	12	27	68	.
Neuastenberg	2	356	403	42	7	3	0	4	26	41	3	16	61	.
Niedersfeld	2	1 408	1 508	52	5	4	1	4	9	59	32	26	39	38
Siedlinghausen	2	1 912	1 902	40	8	4	0	3	7	53	32	24	37	31
Silbach	2	972	759	50	7	3	1	1	4	58	8	21	49	.
Winterberg	2	3 658	4 145	43	9	3	3	5	14	40	14	23	36	48
Züschen	4	1 791	1 684	57	6	4	1	2	5	62	51	20	35	.

Kreis Höxter

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenheerse	2	412	405	38	5	6	0	1	5	40	10	25	28	.
Borlinghausen	4	478	434	50	6	6	0	1	25	45	49	26	27	.
Eissen	2	730	703	35	4	5	0	3	8	34	2	23	30	.
Engar	2	276	281	33	3	5	0	0	5	33	0	21	36	.
Fölsen	2	216	176	41	5	4	0	2	6	39	29	21	37	.
Helmern	2	248	192	49	6	5	0	0	6	37	0	20	30	.
Ikenhausen	3	201	154	37	12	3	0	2	9	30	32	19	33	.
Löwen	1	422	403	43	8	7	1	1	24	42	34	20	39	.
Niesen	3	577	534	41	3	5	0	1	10	37	39	25	35	.
Peckelsheim	2	1 690	1 808	35	5	5	0	2	14	39	15	24	31	35
Schweckhausen	2	292	151	44	7	4	0	0	3	29	0	29	42	.
Willebadessen	1	2 026	3 085	42	9	7	0	2	37	44	21	35	32	28
Willegassen	3	104	110	33	4	5	0	0	3	30	25	29	40	.
Alhausen, Bad Driburg, Bad Hermannsborn, Erpentrup, Herste, Langeland, Pömbsen, Reelsen	1	12 950	15 075	39	7	6	2	4	24	38	27	24	39	47
Alte Ziegelei, Neuenheerse	2	1 449	1 616	49	4	6	1	2	12	47	30	21	27	.
Dringenberg, Siebenstern	4	1 711	1 844	53	6	5	0	2	13	57	49	21	30	51
Kühlsen	2	137	104	45	2	3	0	3	6	32	0	26	30	.
Beverungen	2	14 894	13 867	49	8	7	3	3	16	58	33	23	37	43
Borgentreich	2	2 396	2 537	28	6	5	1	3	24	30	17	17	31	37
Borgholz	2	1 238	1 015	40	8	5	0	1	8	48	30	21	29	.
Bühne	4	1 155	1 154	45	9	6	0	1	5	49	48	29	33	.
Drankhausen	2	71	73	24	10	4	0	0	0	24	0	20	38	.
Großeneder	4	897	821	47	4	6	0	1	10	46	51	23	29	.
Körbecke	4	891	699	39	4	6	0	2	7	38	43	23	36	.
Lütgeneder	2	458	443	31	6	5	0	1	5	32	6	20	28	.

Kreis Höxter

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Manrode	2	474	511	40	7	5	0	1	6	45	33	23	23	.
Muddenhagen	2	237	222	28	7	5	0	1	5	29	33	24	31	.
Natingen	2	315	349	43	8	5	0	1	7	51	17	30	29	.
Natzungen	4	849	798	37	7	6	0	0	7	37	71	26	31	.
Rösebeck	2	601	506	42	5	5	0	1	7	44	16	22	36	.
Auenhausen	3	150	106	28	6	4	0	0	0	20	20	36	39	.
Beller, Bellersen, Bökendorf, Brakel, Erkeln, Hainhausen, Hembsen, Hinnenburg, Istrup, Rheder, Riesel, Schmechten	3	12 779	15 053	45	7	5	2	5	30	47	37	26	31	34
Frohnhausen	2	292	320	26	2	6	0	0	5	39	9	23	23	.
Gehrden	4	918	893	37	7	5	1	1	9	47	64	29	36	.
Hampenhausen	4	58	58	13	0	3	0	0	0	9	33	31	37	.
Siddessen	2	424	423	46	6	4	2	2	16	49	12	21	35	.
Höxter	2	32 630	30 165	40	9	5	2	3	16	44	21	24	37	43
Marienmünster	3	4 720	5 356	42	6	3	1	1	15	44	37	25	31	49
Nieheim	2	6 374	6 579	49	7	4	1	2	14	47	18	25	33	40
Steinheim	1	11 834	13 110	44	8	6	1	3	21	49	28	22	31	42
Bonenburg	2	1 040	931	55	6	6	2	1	10	54	6	21	33	.
Calenberg	2	414	425	41	5	4	1	1	11	38	2	26	26	.
Dalheim	1	127	113	44	7	3	6	3	7	40	0	31	46	.
Daseburg	2	1 271	1 261	45	4	6	0	1	6	41	4	26	26	.
Dössel	2	612	657	37	4	4	1	5	12	34	16	16	24	.
Germete	4	733	1 013	48	5	4	2	2	20	49	67	22	34	.
Herlinghausen	1	388	414	52	12	7	0	3	20	50	6	26	27	.
Hohenwepel	4	658	656	37	4	7	0	2	15	39	48	23	32	.
Menne	2	723	792	35	6	6	0	1	13	31	4	24	37	.

Kreis Höxter

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Nörde	2	715	681	41	7	5	0	0	5	34	7	22	32	.
Ossendorf	2	1 110	1 281	42	6	5	0	1	9	40	14	19	30	.
Scherfede, Scherfede West	4	4 372	4 361	40	6	6	0	3	21	47	42	30	36	35
Warburg	4	9 360	9 600	28	9	5	2	4	27	37	39	26	33	49
Welda	2	796	760	51	7	6	3	2	6	48	21	28	33	.
Wormeln	4	540	604	35	6	6	1	2	14	35	44	22	31	.

Kreis Kleve

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bedburg-Hau	3	13 064	12 574	35	5	3	5	7	20	34	19	21	28	41
Emmerich	1	27 747	29 914	37	8	10	9	18	31	46	22	22	32	38
Geldern	1	22 513	32 896	39	7	6	3	5	19	44	23	20	28	34
Goch	1	27 534	32 694	42	9	7	8	10	21	43	29	20	29	30
Issum	2	8 730	11 886	46	5	4	2	3	9	54	37	23	33	41
Kalkar	1	9 650	13 741	41	8	6	5	7	21	41	27	21	28	39
Kerken	2	9 828	12 514	44	6	4	3	3	9	50	22	21	32	50
Kevelaer	1	20 459	27 506	41	8	6	5	6	17	47	31	21	30	35
Kleve	5	43 447	47 646	41	11	10	7	11	27	49	18	22	33	32
Kranenburg	3	7 789	9 999	44	7	5	9	29	37	43	25	19	27	40
Androp, Bienen, Esserden, Haldern, Rees, Waldesruh	1	11 862	14 909	43	8	7	4	5	17	48	21	21	32	36
Haffen, Mehr	1	4 337	3 083	44	7	7	2	2	10	49	34	18	29	.
Millingen/Empel	1	2 080	3 539	41	6	7	6	4	15	49	32	18	32	35
Rheurdt	2	5 031	6 503	45	5	4	2	2	8	49	27	18	29	52
Straelen	3	10 680	15 376	33	4	4	5	7	25	35	26	19	26	45
Uedem	4	6 448	8 237	40	6	5	5	5	14	45	41	20	29	33
Wachtendonk	3	5 833	7 790	38	7	3	3	4	11	43	28	20	29	40
Weeze	1	9 024	10 049	48	9	8	10	12	26	51	17	17	27	33

Köln

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bayenthal	9	7 159	9 018	32	8	7	8	14	28	35	6	22	26	74
Bickendorf	8	15 645	15 630	46	13	12	4	22	41	48	51	25	24	27
Blumenberg, Fühlingen, Worringen	8	11 833	16 866	54	7	10	7	12	36	68	51	13	23	35
Bocklemünd/Mengenich	7	11 837	10 103	42	12	14	3	18	36	46	27	9	42	28
Braunsfeld	9	12 798	9 992	26	6	5	10	9	22	38	4	19	32	81
Buchforst	7	8 365	7 161	41	13	14	2	26	49	51	27	32	25	35
Buchheim	7	14 385	12 248	51	14	14	9	24	46	63	31	18	26	34
Dellbrück	9	19 388	21 965	31	7	9	5	9	21	49	20	26	33	59
Deutz	8	19 942	15 202	31	9	8	6	14	29	35	34	23	24	61
Dünnwald	7	11 321	11 598	43	9	13	4	14	33	56	25	18	30	48
Ehrenfeld	9	38 269	34 781	48	14	7	11	20	33	49	6	21	16	37
Flittard	7	11 076	7 941	44	8	12	3	12	26	72	2	14	38	32
Höhenberg	7	13 714	11 542	45	16	13	5	31	51	53	12	22	25	28
Höhenhaus	7	17 907	14 991	48	10	13	3	11	25	57	28	20	36	32
Holweide	7	18 571	20 711	43	11	10	6	16	35	50	15	16	24	36
Humboldt/Gremberg	9	17 396	14 532	51	13	13	7	30	52	52	8	18	25	29
Junkersdorf, Lövenich, Weiden	9	24 819	37 285	21	6	7	3	10	24	36	18	19	32	81
Kalk	8	23 996	21 872	52	17	14	9	35	55	53	55	18	19	29
Klettenberg	8	13 352	9 754	23	8	7	3	6	17	35	43	25	26	77
Lindenthal	9	33 109	29 055	13	5	5	5	8	20	21	3	22	27	90
Longerich	9	17 009	13 407	32	7	9	5	10	23	45	9	16	37	51
Marienburg	9	4 488	5 325	20	6	3	5	13	28	27	12	25	34	.
Mauenheim	9	7 202	5 334	41	9	11	10	15	28	48	15	22	29	34
Merheim	7	6 053	9 920	28	6	10	7	16	38	39	8	17	27	46
Merkenich	8	5 729	5 693	64	5	9	12	12	27	73	51	13	27	28
Mülheim	7	48 892	40 755	45	14	13	7	29	49	53	15	20	23	39

Köln

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Müngersdorf	9	6 359	7 837	36	8	6	7	13	30	45	17	27	34	63
Neubrück, Ostheim, Brück	7	25 044	28 690	31	11	13	3	19	43	43	12	19	36	38
Neuehrenfeld	9	22 976	21 999	28	9	8	4	14	26	38	7	29	23	54
Neustadt-Nord, Altstadt-Nord	9	58 844	44 845	35	11	4	14	17	29	34	4	20	18	72
Neustadt-Süd, Altstadt-Süd	9	78 365	61 538	37	12	6	12	15	27	38	4	20	17	58
Niehl	8	19 201	18 845	51	10	10	12	21	38	60	80	17	27	42
Nippes, Bilderstöckchen	9	54 585	48 934	40	11	9	7	19	34	43	14	19	21	45
Ossendorf	7	6 469	10 305	35	11	10	3	20	45	40	13	14	18	50
Poll	9	10 909	10 997	50	8	9	12	13	28	56	18	19	32	55
Porz, Urbach, Eil, Elsdorf, Ensen, Finkenberg, Gremberghoven, Grengel, Langel, Libur, Lind, Wahn, Wahnheide, Westhoven, Zündorf	7	74 915	93 610	38	8	11	7	15	36	46	21	13	31	42
Raderberg	9	5 784	5 182	38	11	8	4	16	33	36	11	22	25	29
Raderthal	8	4 672	4 663	28	7	9	3	9	21	37	62	16	38	.
Rath/Heumar	9	5 043	10 875	25	5	7	4	7	18	41	16	28	38	87
Riehl	9	14 588	10 396	30	8	8	4	14	32	41	1	36	42	49
Rodenkirchen, Rondorf, Sürth, Godorf, Hahnwald, Immendorf, Meschenich, Weiß	9	41 755	54 546	34	7	10	7	12	27	48	14	16	34	51
Roggendorf/Thenhoven	7	2 293	3 819	48	7	11	8	14	38	53	20	18	21	34
Seeberg, Chorweiler, Heimersdorf, Lindweiler	7	13 923	32 614	35	15	16	3	26	58	49	9	14	35	37
Stammheim	7	10 441	7 480	55	11	14	15	14	36	71	7	11	42	37
Sülz	9	38 382	34 418	24	9	6	4	8	17	33	1	28	20	74
Vingst	7	15 163	11 612	55	18	16	7	31	56	56	11	13	25	26
Vogelsang	9	10 070	8 218	47	10	10	6	12	25	48	14	18	32	51
Volkhoven/Weiler	7	1 381	5 918	55	7	13	17	19	55	53	0	16	16	.

Köln

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Weidenpesch	9	13 909	13 436	47	9	10	15	18	32	57	11	22	29	41
Zollstock	9	20 515	20 236	36	10	10	3	13	27	40	5	28	28	33

Krefeld

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Baackeshof, Kempener Feld	7	9 688	10 040	36	10	10	3	9	31	49	18	28	31	45
Benrad-Nord	7	4 682	6 886	54	15	15	4	13	60	58	17	16	21	.
Bleichpfad, Hammerschmidtplatz, Schinken-platz, Stadtgarten/Drießendorf, Stephanplatz, Südring, Vier Wälle	6	50 089	40 063	43	18	13	8	20	40	54	11	26	27	29
Cracau	6	9 575	6 751	15	9	12	3	8	21	41	7	29	42	62
Dießem, Lehmheide	7	16 923	15 066	52	18	16	9	22	49	56	17	25	27	19
Elfrath, Traar-Ost, Traar-West	5	6 637	7 429	48	7	9	2	4	21	58	19	17	44	55
Fischeln-Ost, Fischeln-West, Königshof, Königshof-West, Niederbruch, Stahldorf	5	20 328	25 632	46	7	10	5	9	25	60	35	19	40	52
Forstwald, Gatherhof, Lindental/Tackheide	5	12 953	10 297	44	8	11	5	7	23	60	29	16	49	56
Gartenstadt	6	7 338	4 047	47	9	13	1	6	19	68	42	7	55	.
Gellep-Stratum	8	1 422	2 699	60	5	6	11	4	15	71	61	15	24	.
Hohenbudberg, Uerdingen-Markt, Uerdingen-Stadtpark	5	19 488	17 891	50	8	11	6	8	22	67	21	21	32	38
Hülser Berg	5	683	538	37	7	2	2	3	13	50	25	23	35	.
Inrath, Kliedbruch	5	16 048	16 098	39	12	11	4	8	25	56	32	22	38	43
Linn	8	9 465	5 949	62	11	12	9	10	25	71	57	16	42	24
Oppum-Bahnhof, Oppum-Süd	7	13 791	12 262	55	12	11	4	10	29	56	23	18	31	43
Sollbrüggen, Stadtwald, Tierpark	5	21 025	20 606	28	6	8	3	6	18	51	11	24	45	57
Verberg	1	2 115	4 039	28	6	3	2	3	12	48	17	25	40	.

Leverkusen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alkenrath	7	6 173	4 031	49	8	13	5	13	37	77	6	8	47	27
Bergisch Neukirchen	8	6 022	6 646	40	6	6	5	4	14	65	62	21	38	61
Bürrig	5	6 521	6 398	52	7	8	9	11	29	70	19	18	35	44
Küppersteg	5	10 032	9 038	43	8	8	5	12	31	65	19	22	36	33
Lützenkirchen, Opladen, Quettingen	5	42 789	46 256	43	8	8	6	12	33	58	27	18	35	44
Manfort	7	6 126	5 825	56	13	10	9	21	49	71	39	19	29	19
Rheindorf	7	18 280	15 733	57	9	11	3	13	42	72	11	9	37	23
Schlebusch	5	26 181	25 427	41	6	7	5	7	23	65	11	18	41	53
Steinbüchel	7	8 332	14 387	45	6	10	3	9	28	76	26	9	40	37
Wiesdorf	8	25 901	17 782	51	9	10	9	18	37	74	90	17	31	35

Kreis Lippe

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo –tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Augustdorf	1	6 197	9 647	40	7	7	2	6	49	38	36	11	24	21
Bad Salzuflen	1	49 202	52 225	45	7	9	3	7	26	53	31	28	44	32
Barntrup	1	8 849	9 044	54	8	7	2	3	25	64	26	27	35	37
Blomberg	1	14 663	15 739	51	8	6	1	4	23	57	50	27	33	46
Detmold	1	63 266	73 787	37	9	9	2	6	31	42	20	27	34	46
Dörentrup	1	8 112	8 209	55	7	6	1	2	16	64	36	26	32	26
Extertal	1	12 711	11 861	52	8	8	1	3	16	62	26	25	38	46
Horn-Bad Meinberg	1	16 048	17 359	45	7	9	2	7	27	46	36	27	40	43
Kalletal	1	14 080	14 246	53	7	6	1	2	21	61	36	25	36	35
Lage	1	30 917	34 845	51	8	8	3	5	33	60	37	23	34	35
Lemgo	1	38 743	41 019	43	7	6	2	5	27	51	23	23	35	35
Leopoldshöhe	1	10 325	15 986	56	6	5	1	3	26	64	36	22	32	35
Lügde	2	10 591	10 209	53	7	7	3	4	14	58	33	24	35	26
Oerlinghausen	1	13 276	16 586	49	5	6	2	5	23	63	38	23	36	40
Schieder-Schwalenberg	1	8 212	8 972	49	7	7	1	3	23	57	21	27	36	40
Schlangen	1	6 822	8 890	54	7	6	1	4	21	52	38	25	29	40

Märkischer Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Lüdenscheid / Altena	1	109 222	91 945	52	7	8	6	13	33	67	44	24	35	34
Balve	2	3 876	5 170	44	7	5	4	6	17	58	14	19	31	38
Beckum	4	1 039	1 159	53	5	5	0	2	7	66	57	22	30	44
Eisborn	2	443	570	47	7	5	2	1	5	55	18	12	28	.
Garbeck	4	2 286	2 812	57	5	4	5	4	10	71	72	20	32	35
Langenholthausen	2	859	862	47	5	4	1	4	8	56	14	23	28	.
Mellen	2	524	602	51	4	5	0	1	5	58	10	25	37	.
Volkringhausen	2	590	614	56	3	4	2	2	7	63	30	16	29	.
Halver	4	15 413	16 510	52	7	5	4	8	28	66	54	22	34	38
Becke	8	1 326	3 231	50	8	7	2	7	27	63	78	20	25	31
Deilinghofen	5	4 014	5 349	54	6	6	3	8	17	69	34	18	31	41
Frönsberg	5	659	684	44	7	5	3	2	18	60	7	28	33	.
Hemer, Sundwig, Westig, Landhausen,Stübecken	1	24 202	22 288	48	8	8	4	11	30	59	36	22	33	34
Ihmert	5	3 915	3 666	61	6	7	8	6	17	76	47	15	30	36
Herscheid	4	5 480	7 370	51	3	4	3	5	18	66	49	24	36	39
Menden (Sauerland) / Iserlohn	1	94 543	95 038	49	8	8	6	9	30	60	33	22	34	39
Kierspe	1	13 383	16 352	53	6	7	5	.	32	71	40	22	30	24
Meinerzhagen	4	17 654	21 066	53	5	5	5	9	32	67	64	19	32	35
Asbeck	2	219	190	55	4	1	2	2	5	72	0	25	35	.
Bösperde	4	3 218	5 537	53	6	5	3	3	22	67	55	18	26	34
Halingen	2	1 424	1 830	51	8	4	0	2	12	61	11	16	32	.
Lendringsen, Oberrödinghausen	4	13 830	12 817	60	8	7	6	6	21	74	76	15	35	25
Menden, Platte-Heide	1	30 103	30 541	50	9	7	5	9	31	63	35	19	34	41
Niederbarge, Oesbern	3	805	887	44	3	4	1	1	5	54	39	22	37	.

Märkischer Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Schwitten	2	2 081	2 298	50	6	3	5	3	10	59	5	16	34	.
Nachrodt-Wiblingwerde	1	6 513	6 735	55	6	5	6	8	25	68	51	22	33	40
Affeln	3	815	1 156	48	3	4	0	1	6	53	49	23	30	.
Altenaffeln	2	459	587	47	5	3	0	2	5	49	3	22	23	.
Blintrop	2	333	321	38	4	5	1	2	5	45	11	21	27	.
Küntrop, Neuenrade	4	7 500	10 105	59	6	6	9	12	26	75	60	18	32	21
Plettenberg	1	30 342	26 248	54	5	6	7	13	32	71	41	21	34	34
Schalksmühle	1	10 853	10 887	55	8	4	5	6	.	73	46	21	34	42
Werdohl	7	24 305	18 412	57	7	9	8	18	37	75	30	20	33	28

Kreis Mettmann

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Wuppertal / Wülfrath	1	87 733	78 659	47	8	9	5	12	30	59	36	24	33	44
Hochdahl	1	13 826	26 236	38	8	9	4	9	33	51	9	12	34	50
Unterbach, Erkrath, Unterfeldhaus	5	19 707	24 948	38	5	7	7	6	18	54	23	16	48	58
Gruiten	1	5 527	5 473	41	5	7	4	4	12	56	22	20	34	59
Haan	1	20 264	24 126	41	6	6	4	8	21	60	20	24	41	44
Heiligenhaus	1	28 500	25 590	50	6	8	8	12	28	68	47	16	38	41
Hilden	5	48 863	54 433	45	7	6	8	9	24	60	32	16	38	42
Langenfeld (Rhld.)	1	43 205	56 795	45	7	5	7	8	21	61	16	16	33	38
Mettmann, Obschwarzbach	1	30 209	29 667	48	6	8	9	9	28	58	16	17	36	53
Metzkausen	1	5 800	8 380	20	6	5	4	5	16	37	12	13	44	66
Leverkusen / Monheim	8	36 167	47 768	50	8	8	5	10	26	66	50	11	36	38
Breitscheid	1	3 166	4 290	37	6	4	4	5	15	46	5	13	30	65
Eggerscheidt	1	783	903	29	4	2	4	5	14	43	36	15	47	.
Homberg	1	2 105	5 284	21	5	6	3	3	15	25	25	9	49	65
Hösel	1	5 109	8 137	21	4	2	3	4	15	42	18	19	49	72
Lintorf	1	10 593	15 139	38	5	5	6	6	17	53	18	16	37	64
Ost, Tiefenbroich, West, Zentrum	9	43 685	53 204	41	8	8	6	10	29	52	15	19	40	45
Birth, Langenhorst, Mitte	1	55 411	47 257	54	7	8	7	13	33	69	42	20	39	36
Langenberg	1	16 858	16 337	48	6	7	4	5	16	64	21	25	34	46

Kreis Minden-Lübbecke

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bad Oeynhausen	9	13 884	14 615	30	10	7	3	10	31	38	7	38	45	38
Dehme	1	2 419	3 144	48	10	4	3	4	28	62	25	21	33	32
Eidinghausen	1	5 681	7 970	49	8	6	2	5	26	57	37	22	32	25
Lohe	4	2 642	3 199	46	6	5	1	4	18	58	71	22	45	.
Rehme	1	6 302	6 802	47	9	6	3	6	24	57	52	24	32	39
Volmerdingsen	9	4 362	3 299	46	6	7	1	2	40	39	1	15	35	.
Werste	1	5 779	6 268	53	7	6	2	7	23	59	33	21	38	27
Wulferdingsen	4	2 704	3 308	53	6	5	1	2	12	56	49	20	32	.
Altgemeinde, Espelkamp	1	12 709	15 067	53	8	6	2	8	59	68	29	21	38	26
Diekerort, Frotheim, Hinter den Hörsten, Im Dorfe, Isenstedt, Neues Feld	1	4 819	4 589	60	5	4	3	2	23	63	31	21	29	31
Fabbenstedt	1	714	1 234	38	2	5	0	2	62	45	33	22	21	.
Fiestel, Gestringen, Alswede	3	3 658	4 616	52	6	4	0	2	26	57	45	20	29	.
Am Bahnhof, Preußisch Ströhen	3	2 069	1 924	32	4	4	0	1	8	36	33	26	41	42
Hahnenkamp, Schmalge, Küthe, Tonnenheide	3	1 961	1 933	41	4	4	1	2	19	42	39	22	29	38
Kleinendorf/Sielhorst, Rahden, Sprados Kamp, Stellerdamm	3	6 954	9 314	39	5	4	0	3	27	46	43	26	34	40
Varl	3	1 680	1 246	36	5	4	0	2	16	41	34	27	27	35
Wehe	3	1 600	1 574	39	4	3	0	1	19	38	15	27	33	.
Brede, Hartum, Holzhausen, Holzhauser Damm, Im Tannen	3	3 228	2 858	48	6	4	1	2	15	45	26	22	30	.
Detzkamp, Leifkenstadt, Nordhemmern	4	1 334	1 289	45	5	4	0	2	10	46	42	20	33	19
Dreierskrug, Haupthof Höfen, Hille (Westfalen), Neuenbaum, Poggenkrug, Ritterbruch	3	3 815	4 109	50	5	3	0	1	13	52	30	23	33	2
Eickhorst	2	920	1 062	56	6	4	1	4	18	65	22	22	28	.

Kreis Minden-Lübbecke

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Eicksen, Griepshop, Heide, Hilferdingsen, Köhlte, Rothenuffeln, Siebenackern, Unterlübbe, Winkelhausen	3	3 094	3 450	55	6	4	1	1	10	57	40	21	33	.
Elfte, Lohof, Oberlübbe, Wallücke	2	1 975	2 126	61	5	4	2	1	12	69	32	17	31	7
Specken, Südhemmern	3	1 126	1 124	49	4	3	0	1	12	52	41	24	27	.
Ahlsen-Reineberg	1	991	578	61	5	3	0	2	27	68	8	21	27	.
Bröderhausen	2	454	511	55	6	4	0	1	7	58	11	22	35	.
Büttendorf, Tengern	1	2 452	2 779	61	6	3	1	3	22	70	27	19	25	23
Holsen	4	1 060	902	68	6	4	0	1	11	71	83	23	31	.
Hüllhorst	1	1 760	3 082	54	5	4	0	3	19	65	25	23	30	.
Oberbauerschaft	1	2 329	2 793	57	7	3	1	2	19	66	51	22	29	17
Schnathorst	4	2 049	2 536	58	5	3	1	3	21	68	73	21	31	31
Eilhausen	1	544	890	64	4	5	3	1	17	65	41	18	28	.
Gehlenbeck	1	2 586	2 819	57	5	5	3	4	19	65	18	22	30	29
Husen, Nettelstedt	1	2 326	2 580	57	5	6	0	3	19	68	53	21	31	.
Langenkamp, Obermehnen, Stockhausen, Blasheim, Eikel	1	3 481	3 280	45	6	5	0	2	18	51	33	26	32	39
Lübbecke	1	11 290	14 856	42	8	6	4	6	31	51	43	26	35	34
Dankersen	7	3 636	9 736	44	7	10	2	8	33	47	21	24	34	34
Dützen/Haddenhausen	8	4 440	5 046	49	7	7	1	2	19	48	62	23	37	.
Hahlen	1	3 646	3 745	48	7	6	0	2	20	48	32	20	35	58
Häverstädt/Bölhorst	5	3 007	4 182	52	6	7	0	2	13	51	26	24	45	45
Kernstadt, Minderheide	7	48 912	45 579	39	11	10	4	8	32	41	5	26	36	43
Kutenhausen	1	1 501	851	52	7	9	0	1	18	51	38	24	30	59
Leteln/Arminghausen/Päpinghausen	8	3 609	3 830	54	7	8	1	3	18	56	55	21	36	.
Maulbeerkamp, Schünenbusch, Stemmer, Stemmerheide	5	1 288	1 469	45	6	6	0	2	18	43	12	25	30	.

Kreis Minden-Lübbecke

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Meißen	8	3 032	2 271	42	9	9	1	2	22	48	73	25	36	.
Todtenhausen	5	2 980	3 455	46	6	6	0	1	10	50	24	22	38	.
Auf dem Berge, Seelenfeld, Heimsen, Ilvese, Ilveser Holz	2	1 640	1 402	43	6	5	0	2	8	40	19	29	34	.
Auf dem Sande, Wietersheim, Heide	2	1 059	1 197	50	6	4	1	3	19	51	13	26	35	.
Bierde, Bierderloh, Raderhorst	2	1 016	992	42	7	4	0	1	7	43	9	24	37	.
Buchholz, Röhden, Schlüsselburg, Wasserstraße, Großenheerse, Hoppenberg	2	1 908	1 778	44	5	4	0	1	19	44	2	27	34	29
Döhren, Elmenhorst, Wulfhagen, Ilse	3	1 387	1 267	40	6	5	1	1	8	41	27	22	34	.
Eldagsen, Westliche Heide	2	738	1 170	40	8	3	0	2	8	47	38	21	25	39
Friedewalde	4	1 616	1 582	36	7	4	0	1	11	38	55	22	37	.
Frille	2	741	1 156	43	9	4	0	1	14	47	11	23	25	.
Gorspen-Vahlsen, Ilserheide	4	1 190	1 241	47	7	4	0	2	18	46	68	25	26	.
Hävern, Ovenstädt	3	1 485	1 428	52	9	3	0	1	16	56	36	26	34	.
Petershagen, Heisterholz	2	3 612	3 915	51	8	5	1	3	21	56	14	25	36	36
Quetzen, Quetzerfeld, Timpen, Windheim, Heue, Höpen, Jössen, Lahde	1	5 193	6 381	46	6	4	0	3	27	49	18	22	36	39
Rosenhagen, Neuenknick	3	1 323	1 147	43	6	4	1	1	8	42	33	23	33	.
Südfelde, Herrienstädt, Klöpperort, Maaslingen, Meßlingen	2	1 524	1 445	41	6	3	0	1	6	39	9	27	35	.
Barkhausen	1	4 554	4 001	40	10	4	1	4	18	44	5	27	38	50
Costedt	1	646	399	52	5	6	2	1	17	55	4	15	31	.
Eisbergen	1	3 194	3 181	46	9	6	0	1	13	56	14	26	33	43
Hausberge	1	5 588	7 237	41	8	4	1	2	18	50	20	26	37	42
Holtrup	2	1 056	1 091	53	10	4	1	3	13	64	9	22	39	.
Holzhausen	1	3 618	4 420	46	13	5	1	3	18	56	38	26	33	39
Kleinenbremen	4	3 423	3 176	51	11	6	1	4	13	55	84	24	38	27

Kreis Minden-Lübbecke

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Lerbeck	1	2 692	3 557	49	14	6	1	3	35	58	8	25	37	.
Möllbergen	1	1 592	1 021	54	10	5	2	3	20	61	26	23	32	.
Nammen	1	2 480	2 306	56	9	5	1	1	19	53	36	29	41	.
Neesen	4	2 553	2 065	42	12	6	1	3	22	51	65	29	39	32
Veltheim	1	2 557	2 190	49	10	5	0	2	14	60	27	24	32	.
Vennebeck	4	1 000	946	44	11	5	1	3	20	56	88	22	38	.
Bad Holzhausen	3	2 470	3 292	52	7	4	0	2	19	58	51	26	34	35
Börninghausen	2	2 217	2 053	58	6	4	0	1	12	63	22	27	30	.
Engershausen	4	388	455	53	7	4	0	3	37	51	63	29	26	.
Getmold, Hedem	4	1 456	1 759	44	6	3	1	2	24	44	55	33	28	.
Harlinghausen	1	831	1 413	61	4	4	0	3	51	65	32	24	23	.
Offelten	1	481	470	49	6	4	2	3	23	53	21	26	33	.
Preußisch Oldendorf	1	2 236	3 069	45	6	4	0	5	36	55	38	28	40	30
Schröttinghausen	2	463	244	34	4	4	0	2	10	33	9	33	30	.
Bulzendorf, Oppendorf, Oppenwehe, Steinkamp, Vahrenkamp	4	3 145	2 995	43	7	3	1	4	18	47	55	26	29	33
Destel	3	707	518	32	8	4	0	3	10	34	22	31	39	.
Dielingen	1	1 847	2 080	43	7	3	10	6	38	57	15	20	34	.
Drohne	2	588	470	26	11	3	1	2	6	31	3	34	32	.
Haldem	3	1 885	2 496	34	8	4	1	2	20	39	29	29	31	37
Im Orte	2	1 568	956	33	8	4	1	1	6	37	5	27	36	.
Levern	3	2 047	2 522	31	6	3	0	2	23	40	30	30	35	42
Wehdem	4	1 233	1 713	33	7	4	0	3	29	43	48	28	39	.
Westrup	2	714	94	37	9	3	3	5	12	43	0	23	21	.

Mönchengladbach

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Am Wasserturm	5	2 314	4 991	39	9	10	9	8	23	20	8	23	42	55
Bettrath-Hoven	5	7 404	7 678	51	6	8	2	4	12	59	23	20	34	47
Bonnenbroich-Geneicken, Geistenbeck, Grenzland-Stadion, Heyden, Hockstein, Mülfort, Pongs, Rheydt, Schloss Rheydt, Schmölderpark, Schrievers	7	67 931	63 158	46	12	13	6	13	35	58	20	21	30	32
Bungt, Hardterbroich-Pesch	7	11 316	12 878	48	12	12	9	16	34	57	27	21	28	31
Dahl	7	9 472	5 804	49	12	15	4	16	40	54	8	20	25	14
Eicken	7	20 409	13 377	36	13	12	4	15	35	45	27	25	29	23
Flughafen, Neuwerk-Mitte	8	8 988	7 624	48	8	8	2	5	16	54	50	19	37	34
Giesenkirchen-Mitte, Giesenkirchen-Nord, Schelsen	5	13 441	15 352	54	7	9	4	4	14	63	36	18	32	49
Gladbach	6	12 134	10 627	32	14	11	6	19	37	42	2	29	26	45
Hardt-Mitte, Hardter Wald	5	7 787	7 460	46	6	9	3	5	15	42	28	16	36	26
Hauptquartier, Rheindahlen-Land	5	8 374	9 134	54	5	6	6	4	12	41	21	18	30	.
Hehn	5	1 543	1 611	50	5	8	2	3	14	48	31	25	48	50
Holt	5	7 053	7 570	60	10	12	4	9	25	56	30	18	31	30
Lürrip	8	9 311	9 088	50	11	12	5	11	28	56	36	20	33	34
Odenkirchen-Mitte, Odenkirchen-West, Sasserath	8	18 705	19 204	49	9	12	4	8	27	60	37	21	37	37
Ohler	5	2 233	2 186	51	7	9	3	4	13	57	13	16	30	38
Rheindahlen-Mitte	5	8 012	7 621	54	10	11	4	7	20	57	36	16	38	36
Uedding	5	3 907	5 021	64	9	10	2	6	20	65	39	16	33	44
Venn	5	7 002	8 967	41	7	9	4	5	15	54	17	20	38	40
Waldhausen	6	6 489	4 479	56	12	11	4	11	27	60	21	20	30	.
Wanlo, Wickrath-Mitte, Wickrath-West, Wickrathberg	5	12 893	17 130	47	7	10	3	6	22	61	33	19	34	43
Westend	7	7 842	6 299	54	14	11	6	16	37	60	35	23	27	18

Mönchengladbach

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Windberg	5	9 500	7 926	35	5	8	3	4	14	46	5	23	51	67

Mülheim an der Ruhr

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altstadt I - Nordost, Altstadt I - Stadtmitte (Geschäftsviertel), Altstadt I - Südost, Altstadt I - Südwest, Altstadt II - Nord (Papenbusch), Altstadt II - Nordost, Altstadt II - Südost (Dichterviertel), Altstadt II - Südwest, Holthausen - Nord, Holthausen - Südost (Flughafensiedlung), Holthausen - West (Kahlenberg/Oppspring), Menden u. Ickten	5	67 407	57 159	37	10	8	3	14	28	51	18	27	39	47
Broich - Ost, Broich - West, Broicher Waldgebiet, Speldorf - Nordost, Speldorf - Nordwest (Villenviertel/Monning), Speldorf - Süd	5	37 585	31 613	36	8	7	3	9	19	48	30	24	41	49
Dümpten - Ost, Dümpten - West	5	24 489	18 451	52	10	8	3	10	22	60	20	14	39	29
Heißen - Mitte, Heißen - Nord (Winkhausen), Heißen - Süd (Heimaterde)	5	22 847	21 229	47	8	7	3	6	19	57	8	20	40	47
Saarn - Mitte m. Mintard, Saarn - Süd m. Selbeck, Saarn - West (Siedlungen)	5	18 540	23 389	36	6	6	2	5	17	50	13	24	41	66
Styrum - Nord, Styrum - Süd	7	20 600	15 031	55	12	11	4	18	34	61	12	22	31	14

Münster

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Aaseestadt	9	8 472	5 307	15	7	6	2	9	21	16	1	10	36	46
Albachten	1	2 559	5 738	24	7	6	1	6	24	28	36	13	28	45
Amelsbüren	1	4 632	6 209	33	6	6	1	5	24	33	9	18	30	53
Angelmodde	1	6 342	7 734	24	9	7	4	9	28	33	14	13	32	46
Berg Fidel, Düesberg	1	9 548	12 418	29	10	6	1	9	28	30	21	14	34	36
Buddenturm, Dom, Kreuz, Martini, Aegidii, Bahnhof, Schloss, Überwasser	9	31 202	23 628	16	8	4	2	6	14	17	3	21	21	80
Coerde	7	9 120	10 004	27	13	11	2	15	48	26	15	9	27	35
Geist, Schützenhof	9	19 232	16 207	27	10	6	2	8	19	27	7	22	19	55
Gelmer-Dyckburg, Mauritz-Ost, Sprakel	1	3 407	16 327	16	6	4	2	4	12	20	20	16	33	62
Gievenbeck	9	7 299	19 582	27	9	8	4	12	32	21	8	11	14	63
Gremmendorf-Ost, Gremmendorf-West, Hafen, Hansaplatz, Herz-Jesu	9	29 426	23 637	28	9	4	3	6	19	27	10	18	22	58
Handorf	4	4 608	7 680	25	6	5	2	4	14	19	31	18	38	63
Hiltrup-Mitte, Hiltrup-Ost, Hiltrup-West	9	14 052	25 403	30	7	6	3	6	22	42	23	14	31	51
Josef, Pluggendorf	9	16 386	12 084	17	8	4	2	6	15	21	6	20	19	53
Kinderhaus-Ost, Kinderhaus-West	9	5 404	15 328	21	13	9	2	12	34	24	13	16	29	46
Mauritz-Mitte, Rumphorst	9	21 217	17 970	15	7	5	1	5	13	16	7	21	28	63
Mauritz-West, Schlachthof	9	12 529	11 197	24	10	4	2	6	17	21	5	25	17	68
Mecklenbeck	4	4 578	9 563	31	8	6	1	8	23	32	66	13	25	49
Neutor	9	4 429	4 324	20	9	4	5	11	21	22	12	12	11	.
Nienberge	9	3 055	6 652	23	8	7	1	4	14	27	11	16	32	53
Roxel	4	4 743	8 524	26	6	6	2	8	20	24	35	13	26	46
Sentrup	9	6 677	7 083	23	5	8	7	7	19	9	6	16	16	89
Uppenberg	9	9 445	8 189	33	9	6	6	8	25	23	9	16	19	52
Wolbeck	9	4 817	8 805	28	7	6	1	5	16	36	9	16	34	50

Oberbergischer Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo –tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Remscheid / Hückeswagen	1	14 710	16 501	46	6	7	5	5	19	60	52	24	34	36
Reichshof / Bergneustadt	1	31 354	37 828	55	8	7	8	9	35	65	39	21	31	31
Overath / Engelskirchen / Wiehl	1	49 223	67 327	46	5	5	4	5	24	60	30	23	34	44
Gummersbach	1	44 474	43 360	43	7	7	6	9	38	57	29	25	35	35
Lindlar / Marienheide / Wipperfürth / Gummersbach	1	49 109	60 237	48	6	5	5	6	24	62	33	21	31	40
Overath / Lindlar	2	2 237	3 885	42	6	2	3	3	11	52	19	22	33	43
Morsbach	4	8 619	10 573	53	8	5	2	4	21	63	59	20	31	29
Nümbrecht	1	10 050	16 701	44	8	5	1	3	27	57	25	29	31	47
Radevormwald	1	21 079	22 496	49	7	6	5	9	26	66	42	24	37	48
Waldbröl	1	13 681	18 967	41	8	7	3	7	40	46	31	25	30	29

Oberhausen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo–tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alsfeld	8	12 038	12 453	52	11	11	2	7	19	67	78	16	33	40
Alstaden-Ost	6	10 367	7 360	51	11	12	2	8	16	59	20	22	36	.
Alstaden-West	6	11 034	10 545	52	12	10	2	6	15	60	30	21	31	43
Altstadt-Mitte	6	8 293	6 554	30	13	13	3	23	42	38	2	20	32	34
Altstadt-Süd	7	8 373	8 314	39	16	15	3	20	37	46	14	25	30	23
Bermensfeld	6	11 808	8 477	55	15	12	2	9	21	63	13	15	40	35
Borbeck	6	11 111	7 991	61	16	13	3	10	23	64	32	18	32	28
Buschhausen	6	10 561	8 524	53	10	10	2	7	17	61	16	17	32	36
Dümpten	6	9 956	7 338	43	11	12	2	7	17	52	33	24	37	32
Heide	6	10 293	8 572	59	12	13	5	11	21	68	4	16	32	39
Holten	8	14 794	14 752	53	10	11	3	7	17	68	58	14	31	37
Klosterhardt-Nord	7	8 841	6 012	71	14	17	9	25	39	78	29	10	30	.
Klosterhardt-Süd	6	10 520	5 650	58	13	12	5	9	18	70	20	16	35	33
Lirich-Nord	8	9 174	7 006	59	12	11	5	12	24	62	61	17	25	.
Lirich-Süd	7	8 799	7 761	64	16	18	9	19	41	65	13	14	29	12
Marienkirche	6	7 604	5 198	38	11	10	4	14	28	45	20	23	29	45
Osterfeld-Ost	6	9 933	10 055	49	12	13	4	13	28	52	17	22	37	28
Osterfeld-West	7	10 278	7 651	60	22	16	7	21	42	62	21	18	29	25
Schlad	6	10 445	6 872	47	14	13	1	7	18	55	22	23	40	41
Schwarze Heide	6	10 277	8 786	51	10	11	3	10	20	66	46	16	28	29
Sterkrade-Mitte	6	9 680	8 243	37	11	11	3	11	26	53	17	20	38	28
Sterkrade-Nord	5	13 507	20 528	44	8	8	1	5	14	61	20	20	36	60
Styrum	6	9 232	6 968	38	12	12	1	11	20	48	14	28	35	38
Tackenberg	6	9 818	8 003	54	13	13	5	12	25	64	19	21	34	.

Kreis Olpe

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo –tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Schmallenberg / Attendorn / Finnentrop / Kirchhundem / Lennestadt	4	75 696	80 605	51	6	5	3	7	20	61	54	19	30	40
Drolshagen	4	9 269	11 827	54	5	3	4	4	16	65	55	17	27	41
Olpe	2	21 089	24 822	43	6	5	5	8	26	53	18	19	32	46
Wenden	3	13 773	19 665	62	5	4	2	4	16	73	42	15	27	42

Kreis Paderborn

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenbeken	1	3 474	5 314	35	6	5	1	2	30	34	21	24	32	46
Buke	4	971	1 285	39	5	5	1	2	24	40	67	20	26	.
Schwaney	2	1 645	2 704	40	5	5	1	2	14	39	12	15	29	.
Bad Lippspringe	1	9 751	14 961	45	10	9	8	9	34	45	32	24	38	36
Alfen, Kirchborchen, Nordborchen, Schloss Hamborn	3	5 582	9 886	47	5	4	1	3	22	47	25	21	27	41
Dörenhagen	2	960	1 463	43	8	4	1	1	16	39	5	21	21	37
Etteln	3	1 391	1 832	40	4	5	1	3	12	42	25	18	21	.
Ahden	2	801	1 011	47	10	4	0	3	9	50	5	18	22	.
Barkhausen	3	169	148	26	4	3	0	2	13	25	11	32	29	.
Brenken	2	1 883	2 249	54	6	5	2	2	14	58	16	19	27	.
Büren	1	6 188	8 502	33	6	5	1	4	37	42	38	22	28	42
Harth	2	989	922	60	8	5	4	2	12	56	16	23	29	.
Hegensdorf	4	790	959	48	8	6	0	4	14	51	55	19	26	.
Siddinghausen	2	910	986	61	5	7	1	4	12	57	32	19	30	.
Steinhausen	2	2 307	3 494	50	8	5	1	3	12	53	29	16	26	39
Weiberg	1	616	707	51	7	7	0	1	15	43	8	26	31	.
Weine	4	518	536	48	6	5	1	2	9	49	49	22	23	.
Wewelsburg	2	2 037	2 162	47	7	5	1	1	10	50	19	25	28	43
Anreppen, Lesterberg	4	843	1 316	48	6	5	2	2	16	53	64	18	24	.
Bentfeld	3	870	1 266	52	6	4	3	3	15	48	41	17	22	.
Boke, Ringboke	4	1 762	2 553	56	5	4	4	3	14	57	70	17	20	28
Delbrück	3	5 599	11 756	47	5	5	1	5	34	57	48	17	26	32
Haupt, Seglingsheide	4	3 190	3 120	49	5	4	0	2	9	50	58	17	22	34
Lippling, Schöning, Steinhorst	4	2 712	4 509	47	5	5	1	3	14	50	63	17	25	30
Sudhagen	4	1 706	2 027	53	5	4	0	3	13	56	78	15	21	.

Kreis Paderborn

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Westenholz	3	2 543	3 877	44	6	5	0	3	16	50	42	18	25	37
Hövelhof	3	9 636	15 634	57	5	4	2	4	21	59	42	14	26	36
Asseln	4	397	376	42	9	5	1	1	11	37	43	20	25	.
Atteln	3	986	1 398	37	7	5	1	2	15	50	40	24	24	.
Blankenrode	2	120	133	31	5	3	0	4	11	30	0	15	33	.
Dalheim	2	143	117	33	10	5	0	3	6	27	18	17	15	.
Ebbinghausen	2	132	239	28	5	3	0	1	47	30	0	17	92	.
Grundsteinheim	4	389	412	36	8	3	2	1	6	31	53	23	27	.
Hakenberg	4	231	251	50	0	3	0	0	16	36	56	22	36	.
Henglarn	3	573	978	49	8	4	1	2	21	49	46	22	27	35
Herbram, Herbram-Wald	3	909	1 007	49	6	5	1	1	11	47	27	19	28	.
Holtheim	2	781	843	50	3	3	0	1	6	44	33	20	29	.
Husen	1	860	986	50	5	5	1	3	20	49	4	23	31	.
Iggenhausen	2	155	194	20	4	3	1	2	18	22	5	14	19	.
Kleinenberg	4	1 222	1 219	56	4	4	1	2	10	51	47	23	28	.
Lichtenau	3	1 570	2 320	31	5	4	0	2	23	29	24	23	22	44
Altstadt, Kernstadt Ost, Kernstadt Süd, Kernstadt West/ Nord, Lieth/ Kaukenberg, Marienloh, Stadtheide, Wewer	1	66 829	90 465	37	10	8	4	9	38	42	26	21	26	41
Benhausen	1	1 107	2 366	43	4	6	1	2	23	37	15	21	23	49
Dahl	1	1 072	2 755	43	6	7	1	3	27	41	13	18	20	49
Elsen	1	6 314	15 702	43	6	7	2	4	26	47	19	15	21	42
Neuenbeken	1	1 552	2 306	41	8	7	1	3	22	39	21	22	29	.
Sande	1	2 288	5 910	54	7	7	2	3	35	52	59	19	20	37
Schloss Neuhaus/ Mastbruch, Sennelager	1	13 606	22 861	53	9	9	6	8	40	51	34	15	25	39
Enkhausen, Verne	2	2 130	2 246	45	7	4	1	1	7	53	28	20	29	40

Kreis Paderborn

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Mantinghausen	2	555	1 000	40	6	5	1	2	13	49	6	17	23	.
Niederntudorf	4	2 541	4 112	50	8	5	0	1	23	50	51	18	23	39
Scharmede	4	1 818	2 554	42	3	4	1	2	15	47	59	19	21	54
Stadtteiche, Salzkotten	1	5 909	9 590	35	7	4	2	5	29	48	34	22	30	42
Thüle	4	1 325	1 865	41	5	3	0	1	9	49	66	23	23	32
Upsprunge	2	858	1 659	51	4	4	0	3	24	50	3	16	21	.
Verlar	4	1 085	1 413	39	5	4	1	1	7	44	55	20	23	.
Bad Wünnenberg	3	2 075	3 624	43	6	4	0	2	19	53	36	23	23	44
Bleiwäsche	4	801	875	60	6	4	0	1	7	58	66	20	35	.
Elisenhof	2	107	165	14	4	3	0	2	4	14	0	17	29	.
Fürstenberg	1	1 901	2 517	42	7	5	2	2	28	41	11	23	34	39
Haaren	4	1 657	2 458	49	5	4	2	2	20	49	56	21	24	39
Helmern	2	775	921	34	5	4	0	2	7	38	16	27	29	.
Leiberger Wald, Leiberg	4	1 166	1 545	46	5	4	1	2	8	46	64	19	24	.

Kreis Recklinghausen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Behringhausen	5	1 434	1 785	57	9	7	6	5	23	69	19	19	24	.
Bladenhorst	5	1 730	1 132	50	11	11	2	3	12	71	25	17	36	.
Bövinghausen	6	3 093	2 250	60	15	11	1	8	28	66	19	16	37	.
Castrop	6	10 754	8 518	41	13	10	2	7	24	50	6	24	40	42
Deininghausen	6	3 145	1 922	46	13	14	1	9	25	57	7	7	33	.
Dingen	5	1 327	893	48	14	9	1	2	9	60	7	16	36	.
Frohlinde	5	1 738	3 359	35	7	5	1	2	9	52	21	16	28	81
Habinghorst	6	12 328	9 098	58	15	13	3	11	24	69	38	21	34	34
Henrichenburg	5	4 423	5 363	41	8	8	1	2	8	62	6	15	35	46
Ickern	5	19 280	15 641	66	12	11	4	5	15	74	25	18	29	31
Merklinde	5	1 174	959	46	10	11	1	3	13	56	37	20	28	.
Obercastrop	6	6 636	6 039	53	12	12	2	10	27	60	20	23	39	56
Pöppinghausen	5	982	757	62	11	8	1	3	12	69	10	14	34	.
Rauxel	6	11 627	10 547	45	12	11	2	6	21	60	9	18	40	41
Schwerin	6	8 898	6 443	60	13	12	4	9	25	67	8	18	36	31
Ahsen, Bauerschaft Ostleven	5	1 169	1 253	54	5	9	0	1	7	52	30	17	37	.
Bauerschaft Bockum, Bauerschaft Hachhausen, Bauerschaft Hagem, Bauerschaft Klostern, Bauerschaft Löringhof, Bauerschaft Losheide, Bauerschaft Natrop, Bauerschaft Pelkum, Beisenkamp, Dümmer, Emscher-Lippe, Hötting, Hachhausen, Hagem, Im Winkel, Meckinghoven, Natrop, Schwakenburg, Stadtmitte	5	34 900	31 689	54	9	12	4	8	19	63	23	16	33	39
Horneburg	5	1 378	1 524	40	5	11	1	2	7	48	9	18	39	.
Altendorf-Ulfkotte	5	1 552	2 077	39	5	7	1	3	11	45	21	18	29	.
Altstadt, Deuten, Feldmark, Hardt, Hervest, Holsterhausen	5	39 671	47 801	48	9	9	1	5	17	60	23	18	33	37

Kreis Recklinghausen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Lembeck	5	4 267	5 260	42	5	6	1	2	8	47	29	17	29	34
Rhade	5	2 653	5 760	40	7	7	1	1	6	52	28	16	30	41
Wulfen	5	6 957	13 978	50	12	10	2	4	21	54	27	13	32	23
Alt-Rentfort, Rentfort-Nord, Schultendorf	6	10 693	14 228	53	9	10	2	5	18	62	22	20	37	41
Brauck, Rosenhügel	7	17 299	16 642	69	13	15	5	18	35	76	27	15	32	22
Butendorf	7	14 582	11 105	61	11	13	4	16	33	67	38	20	24	.
Ellinghorst	5	4 172	3 011	62	11	10	6	5	13	71	38	18	30	.
Mitte I, Mitte II (Ost)	6	19 851	18 161	38	11	12	2	8	26	49	19	24	43	36
Zweckel	6	16 649	11 009	53	11	12	1	6	15	64	47	17	36	41
Flaesheim	4	1 199	1 758	50	3	3	0	2	6	59	60	15	37	46
Haltern-Mitte	2	15 165	19 356	44	7	5	1	3	11	54	18	20	34	48
Holtwick, Lavesum, Sythen	2	6 469	8 266	44	4	5	1	1	6	52	22	17	32	46
Hullern	2	715	2 312	47	4	6	0	1	6	47	16	19	25	43
Lippramsdorf	2	2 344	3 605	38	4	6	0	1	6	50	14	17	36	38
Bertlich, Polsum	5	7 468	8 058	44	8	9	1	3	11	62	19	16	37	41
Hamm-Bossendorf, Alt-Marl, Brassert, Drewer-Nord, Drewer-Süd, Hüls-Nord, Hüls-Süd, Industriezone, Marl-Hamm, Sinsen-Lenkerbeck, Stadtkern	6	90 061	82 166	54	10	13	1	8	23	68	21	14	35	35
Disteln, Langenbochum, Mitte, Paschenberg, Scherlebeck, Süd-Ost, Süd-West	6	52 669	47 263	56	9	12	4	12	26	60	13	18	37	34
Westerholt	6	13 165	10 776	47	11	12	2	9	21	59	17	19	43	35
Oer-Erkenschwick	6	24 102	30 901	55	10	11	1	10	23	63	21	17	30	40
Berghausen	6	479	365	36	12	13	1	4	8	46	19	22	21	.
Essel	6	375	436	41	7	13	0	1	3	40	18	20	22	.
Grullbad	6	7 775	5 953	58	14	17	1	14	29	62	47	20	34	.
Hillen, Ostviertel	6	16 606	20 653	46	11	15	2	10	29	52	9	17	37	40

Kreis Recklinghausen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Hillerheide	6	7 821	6 010	42	14	13	1	7	22	44	13	24	34	34
Hochlar	5	2 683	5 168	45	9	8	2	2	12	48	16	26	28	60
Hochlarmark	6	12 891	10 040	59	11	16	2	14	29	67	14	16	32	31
Innenstadt	6	2 439	1 502	27	10	9	6	15	26	34	1	26	27	.
König-Ludwig	6	14 022	11 414	59	14	15	1	10	24	64	24	17	33	26
Nordviertel	6	12 595	8 687	34	12	9	1	6	18	43	11	26	37	58
Paulusviertel	6	7 885	7 170	33	11	9	1	12	34	44	11	24	34	42
Röllinghausen	8	3 793	3 914	59	12	12	0	5	16	63	55	17	28	32
Speckhorn/Bockholt	5	1 448	1 387	25	12	6	0	1	6	37	26	25	34	.
Stuckenbusch	8	802	2 429	37	8	7	2	2	14	41	44	22	17	.
Süd	7	15 524	12 443	49	15	17	2	12	31	55	31	20	36	34
Suderwich	6	11 136	11 396	55	13	13	1	7	20	65	35	18	34	.
Westviertel	6	6 963	6 986	21	11	9	1	6	17	37	3	27	35	72
Waltrop	5	25 629	28 929	52	10	8	1	5	14	62	24	15	34	36

Remscheid

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altstadt, Mitte	7	5 348	4 434	33	7	11	6	21	40	48	2	26	55	.
Bergisch Born West, Hackenberg, Hasenberg, Henkelshof, Lennep-Altstadt, Lennep-Neustadt, Lennep Nord, Stadtgarten, Trecknase	5	12 941	21 185	42	6	8	5	9	32	60	17	23	38	33
Bliedinghausen, Ehringhausen	8	6 113	4 543	48	8	9	10	7	22	61	44	22	42	19
Blumental, Honsberg	7	4 771	3 551	66	10	10	10	29	49	71	41	23	26	.
Bökerhöhe, Mixsiepen, Struck	7	8 896	6 045	49	9	9	6	11	27	66	18	23	38	26
Dörrenberg, Garschagen, Großhülsberg, Klausen, Lüttringhausen-Mitte, Schmittenbusch	7	12 941	12 037	52	6	8	5	12	33	68	32	16	33	41
Falkenberg, Zentralpunkt	8	10 611	6 358	62	8	9	20	26	47	73	86	19	31	36
Fichtenhöhe, Neuenkamp, Wüstenhagen	7	6 181	6 344	52	8	9	7	14	37	64	20	23	31	23
Goldenberg, Lüttringhausen-West, Stursberg	5	5 876	4 729	55	4	8	13	5	19	68	36	18	37	.
Grenzwall, Lennep West	8	8 315	1 523	52	5	8	14	12	26	67	54	24	29	.
Haddenbach, Schöne Aussicht	8	3 741	5 817	46	7	7	10	8	21	65	48	26	33	42
Hasten Mitte, Kratzberg	8	7 630	3 954	51	7	7	14	9	22	72	61	23	37	37
Hölterfeld, Morsbach	8	4 394	3 671	55	6	7	15	9	22	73	58	24	30	.
Kremenholl	7	6 087	3 640	58	7	8	11	15	35	70	36	21	39	22
Nordstadt	8	4 029	4 108	44	9	10	4	18	36	60	48	30	40	24
Reinshagen, Westhausen	5	4 818	4 313	48	5	8	12	7	19	69	33	22	38	38
Scheid	7	4 826	4 089	34	9	10	6	24	43	58	12	35	29	.
Stachelhausen	7	7 555	3 681	48	10	10	10	33	56	63	10	22	29	23
Stadtpark	7	6 488	2 993	51	8	10	9	13	26	67	23	19	31	35
Vieringhausen	8	4 858	2 465	54	9	8	16	12	27	75	52	23	35	.

Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Köln / Pulheim	1	32 670	75 243	36	6	6	4	7	20	50	20	12	36	56
Nörvenich / Erftstadt	1	35 227	50 974	44	6	6	2	5	15	52	21	17	35	51
Bedburg, Blerichen, Broich, Kirdorf, Rath	1	8 913	9 702	52	7	8	7	9	22	62	20	17	28	47
Kaster	2	4 303	7 408	56	4	7	2	7	15	64	7	12	30	49
Kirchherten, Kirchtroisdorf, Kleintroisdorf, Pütz	1	3 641	3 700	52	5	8	1	4	12	49	30	21	29	47
Lipp, Millendorf, Oppendorf	1	1 130	2 231	48	5	7	5	6	16	58	33	18	31	.
Ahe, Thorr, Berrendorf-Wüllenrath, Heppendorf, Widdendorf	1	7 718	11 395	47	8	10	2	9	23	54	30	16	26	33
Angelsdorf, Neu-Etzweiler	5	809	2 326	43	7	8	1	5	14	53	20	16	28	.
Elsdorf, Grouven	5	5 121	6 584	44	8	9	3	10	23	54	21	18	27	28
Esch, Tollhausen	1	1 468	2 925	43	7	8	1	5	14	48	15	21	19	43
Niederembt	5	1 132	1 306	42	6	8	2	3	15	45	3	29	31	.
Oberembt	5	1 010	1 083	56	5	9	3	4	10	56	20	23	28	.
Bergheim, Kenten	7	10 225	12 747	37	9	12	4	13	33	48	22	16	37	43
Büsdorf, Fliesteden, Glessen, Hüchelhoven, Rheidt	5	5 533	9 920	51	5	7	2	5	17	57	21	16	28	48
Glesch	5	1 747	1 864	55	5	10	2	6	21	64	14	19	32	.
Niederaußem	5	4 300	11 190	61	6	12	11	11	24	71	16	12	31	36
Paffendorf, Zieverich	7	938	4 897	47	8	12	3	12	30	55	27	18	26	.
Quadrath-Ichendorf	7	7 650	13 489	52	8	12	6	14	33	65	22	15	29	25
Brühl	1	40 425	43 556	41	7	8	4	10	25	53	17	19	37	41
Frechen	9	30 967	44 801	49	7	7	6	10	27	54	11	15	33	48
Blatzheim	4	2 346	3 311	52	5	7	2	5	14	49	57	18	24	46
Buir	5	2 910	3 857	48	6	8	2	4	14	47	36	20	38	40
Götzenkirchen, Horrem	1	8 247	12 981	36	7	8	3	10	25	49	20	21	31	38

Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Kerpen, Langenich	1	10 141	13 845	49	8	9	9	13	28	53	16	12	29	41
Manheim	5	1 720	1 587	51	6	8	2	3	9	49	29	16	31	.
Mödrath	5	1 273	1 347	35	6	10	1	8	19	55	9	20	36	24
Sindorf	1	6 292	16 120	38	8	8	3	11	30	57	39	13	24	35
Türnich, Brüggen, Habbelrath/Grefrath	1	12 887	15 071	51	6	8	1	7	19	62	31	19	32	40
Hürth	1	51 512	55 069	46	7	6	4	9	24	56	25	16	29	56

Rhein-Kreis Neuss

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Broich, Gohr	2	1 508	2 236	45	3	5	1	4	13	54	13	17	29	.
Delhoven, Dormagen-Mitte, Dormagen-Nord, Hackenbroich, Horrem, Rheinfeld	1	30 118	35 178	62	6	6	7	12	32	76	15	10	36	45
Nachtigall, Stürzelberg, Zons	2	8 905	9 914	53	5	4	5	4	14	69	16	12	32	45
Nievenheim	2	6 994	12 174	51	6	4	5	5	21	64	20	15	26	42
Straberg	2	1 552	2 701	43	4	4	1	3	13	53	15	23	31	58
Allrath, Barrenstein, Elsen, Gewerbegebiet Ost, Laach, Neu-Elfgen, Neuenhausen, Noithausen, Orken, Stadtmitte, Südstadt	1	27 761	31 115	49	7	7	6	13	29	63	14	16	32	39
Busch, Hemmerden	4	2 241	2 551	45	5	5	4	4	11	54	78	15	31	.
Frimmersdorf, Neurath	5	4 737	4 239	59	4	8	2	5	15	69	9	16	32	34
Gustorf	1	6 924	5 905	64	7	9	12	12	26	75	14	14	33	31
Kapellen, Neubrück, Vierwinden	1	3 761	6 572	50	6	5	5	4	15	58	28	14	28	43
Langwaden, Wevelinghoven	5	6 037	7 367	46	6	6	5	7	15	59	28	18	29	50
Speck, Wehl, Helpenstein, Hoisten, Gubisrath, Hülchrath, Mühlrath, Münchrath, Neukirchen, Neukircher Heide	5	5 521	8 434	39	5	6	3	4	11	50	25	14	35	57
Aldenhoven, Bedburdyck, Damm, Dürselen, Garzweiler (Neu), Gierath, Gubberath, Hackhausen, Herberath, Hoppers, Jüchen, Kamphausen, Kelzenberg, Mürmeln, Neuenhoven, Neuotzenrath, Rath, Schaan, Schlich, Waat, Wallrath, Wey	2	11 185	16 746	49	6	4	2	4	14	57	19	18	32	54
Hochneukirch	1	6 486	5 416	57	8	6	2	4	20	67	35	19	31	39
Büttgen, Driesch, Holzbüttgen, Vorst	1	10 457	18 512	36	5	5	2	5	15	48	19	16	40	58
Kaarst	1	14 658	23 397	25	6	5	4	8	23	46	18	12	39	61
Drölsholz, Hüsgesend, Pesch, Steinforth, Steinhausen	2	3 531	4 799	43	5	4	1	3	9	52	22	16	33	66
Engbrück, Herrenshoff, Herzbroich, Korschenbroich, Raderbroich	2	8 324	11 169	46	5	4	2	4	12	57	23	21	33	61

Rhein-Kreis Neuss

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Epsendorf, Glehn, Lüttenglehn, Scherfhausen, Schlich	2	4 004	5 848	45	5	4	4	4	13	52	31	18	30	61
Kleinenbroich	2	6 077	10 179	40	5	4	1	4	13	54	27	14	30	47
Meerbusch	1	45 857	54 307	32	5	5	5	9	20	50	19	15	38	66
Augustinusviertel, Gnadental	1	9 603	8 243	35	8	7	5	9	32	46	13	19	42	51
Barbaraviertel	8	5 305	2 600	66	12	11	19	34	56	72	58	13	23	.
Erfttal, Grimlinghausen	8	3 548	13 163	40	10	9	7	14	46	50	37	18	22	45
Hafengebiet, Hammfeld	9	1 593	1 680	90	14	4	66	31	62	88	15	4	19	47
Innenstadt, Dreikönigenviertel	9	23 824	17 682	37	10	6	12	15	29	49	5	22	34	55
Morgensternsheide, Stadionviertel, Westfeld	9	9 883	10 068	27	7	8	5	9	24	42	4	18	35	67
Norf	8	6 113	10 290	55	6	9	11	11	34	69	44	11	30	46
Pomona	7	4 423	3 503	39	14	11	9	15	33	52	9	10	35	.
Reuschenberg, Selikum	9	10 036	8 494	43	7	8	4	6	19	54	14	18	48	59
Rosellen	8	3 419	12 871	48	5	6	3	5	21	54	69	16	24	59
Uedesheim	8	2 859	4 369	36	5	5	4	6	18	52	78	14	28	66
Vogelsang, Weissenberg, Furth-Mitte, Furth-Nord, Furth-Süd	7	34 455	33 382	45	10	11	6	16	37	55	24	16	32	41
Weckhoven	7	9 084	8 647	52	12	13	4	13	40	59	16	8	36	26
Butzheim, Frixheim	2	1 251	3 645	57	5	4	2	3	11	58	20	14	30	48
Deelen, Evinghoven, Oekoven, Ueckinghoven	2	1 409	1 693	53	4	4	1	2	11	58	21	16	27	.
Eckum, Gill, Rommerskirchen, Sinsteden, Vanikum	2	4 939	5 661	54	6	4	4	4	16	58	12	17	31	44
Hoeningen, Ramrath, Villau, Widdeshoven	4	1 483	1 479	52	6	4	5	4	11	55	58	19	30	50

Rhein-Sieg-Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	Cluster	Bevölkerung		Arbeiter (%)	Erwerbs- & Arbeitslose (%)		Ausländer (A) & Migranten (M)			Produzier. Gewerbe (%)		Altenquo–tient		Gymnasial-quote (%)
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bonn / Troisdorf / Königswinter / Sankt Augustin	1	147 193	215 906	37	.	7	5	9	28	50	24	18	31	47
Wesseling / Bornheim	1	56 888	81 263	41	6	7	4	9	25	50	22	16	28	40
Alfter	1	14 511	22 726	39	6	5	5	7	21	41	22	16	28	47
Bad Honnef	1	19 510	24 564	31	7	5	3	7	22	41	14	30	40	61
Eitorf	1	14 566	18 760	51	7	8	8	11	27	65	21	23	32	40
Hennef (Sieg)	1	25 755	44 790	41	8	5	2	5	23	49	25	21	27	39
Lohmar	1	17 094	29 584	37	7	4	3	4	20	54	25	19	33	51
Meckenheim	1	7 997	23 537	33	5	6	2	6	27	31	23	18	39	54
Much	2	7 678	14 002	40	6	5	1	3	13	46	22	27	29	36
Neunkirchen-Seelscheid	3	9 504	19 750	40	6	4	1	4	17	50	35	23	33	47
Niederkassel	1	19 778	36 564	46	5	4	6	9	23	62	25	13	29	49
Rheinbach	3	18 593	26 382	35	6	4	2	5	20	36	26	17	33	59
Ruppichteroth	1	6 563	10 408	43	5	6	3	6	23	57	22	24	28	38
Siegburg	1	33 684	38 701	40	8	8	4	11	31	53	30	22	32	48
Swisttal	3	9 256	17 604	39	4	5	1	4	22	39	29	19	36	44
Wachtberg	3	11 593	19 437	31	5	4	2	6	18	32	22	18	35	63
Windeck	1	16 799	18 924	51	5	8	3	3	14	58	18	27	34	37

Rheinisch-Bergischer Kreis

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Gronau, Hand, Hebborn, Heidkamp, Herrenstrunden, Katterbach, Lückerath, Nußbaum, Paffrath, Romaney, Sand, Schildgen, Stadtmitte	1	49 558	63 931	39	8	8	6	9	26	56	24	20	39	45
Immekeppel, Untereschbach, Alt-Refrath, Asselborn, Bärbroich, Bensberg, Bockenberg, Frankenforst, Herkenrath, Kaule, Kippekausen, Lustheide, Moitzfeld, Refrath	1	41 267	48 060	28	7	6	4	6	21	44	21	19	41	61
Burscheid	1	15 391	18 019	56	6	6	10	10	26	71	43	20	29	42
Bechen	3	2 603	4 181	44	5	5	2	4	13	50	40	20	29	28
Biesfeld, Dürscheid, Kürten	3	6 379	13 496	40	6	5	2	4	13	55	28	18	32	29
Olpe	3	2 204	1 840	39	5	4	1	2	8	47	25	24	28	.
Aussenortschaften, Leichlingen östl. Wupper, Leichlingen westl. Wupper	1	20 110	22 284	46	8	5	7	6	18	62	22	21	40	55
Witzhelden	1	3 807	5 184	47	6	5	4	3	10	60	26	21	35	42
Odenthal	1	12 617	14 863	33	5	4	3	3	13	57	26	17	37	49
Rösrath	1	18 866	27 503	32	7	5	3	6	20	47	18	22	32	63
Dabringhausen	1	4 380	6 571	48	5	5	3	3	10	63	42	23	33	52
Dhünn	1	2 915	2 757	42	6	6	3	2	9	67	53	23	35	.
Wermelskirchen	1	26 680	25 655	49	8	6	7	7	20	65	29	25	37	45

Kreis Siegen-Wittgenstein

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alertshausen	4	331	279	45	4	5	0	0	3	41	84	29	49	.
Aue	4	1 289	923	70	6	4	9	4	13	75	73	17	33	.
Beddelhausen	2	463	451	49	7	5	0	1	14	48	11	36	35	.
Diedenshausen	3	348	410	38	4	5	0	1	5	41	40	28	39	.
Dotzlar, Hemschlar, Renfte	2	1 010	1 108	55	8	4	1	1	6	55	14	27	29	33
Elsoff	2	846	609	40	5	6	1	1	6	47	25	32	35	26
Girkhausen, Repprighausen	2	985	827	63	5	5	1	2	4	60	18	26	34	.
Homberg, Wingeshausen	2	1 573	1 674	50	6	4	1	0	4	56	20	23	29	35
Im Ahlen, Stedenhof, Arfeld	2	927	849	50	5	5	1	1	4	61	21	28	35	.
Markhausen, Raumland, Am Stöppelsweg, An der Hörre, Bad Berleburg	2	8 104	7 788	42	7	4	2	4	21	42	29	26	35	38
Oberes Hüttental, Schwarzenau	4	894	821	51	5	4	0	1	6	65	74	33	37	.
Richstein	4	428	289	46	7	6	1	2	4	44	60	25	36	.
Rinthe	2	154	127	20	0	3	0	0	0	29	21	24	20	.
Sassenhausen	2	221	243	31	5	4	0	1	4	33	0	23	25	.
Schüllar	2	305	162	41	5	5	0	3	10	38	0	28	30	.
Trufte, Berghausen	2	1 408	1 365	47	3	4	0	2	6	62	32	20	33	32
Weidenhausen	2	329	489	50	9	4	0	1	7	52	5	26	25	.
Wemlighausen	2	585	781	42	4	4	0	1	5	47	10	27	26	40
Wunderthausen	2	650	556	42	5	5	0	1	2	35	13	29	35	.
Burbach	3	13 133	14 502	49	5	4	2	7	21	60	48	20	32	33
Erndtebrück	4	5 130	7 315	45	4	3	2	3	10	56	55	20	32	36
Freudenberg	2	14 096	18 024	49	6	4	1	3	12	59	30	21	31	35
Hilchenbach	2	14 682	15 338	46	6	5	5	5	17	68	34	20	36	39
Kreuztal	1	28 446	30 777	48	8	7	3	8	25	65	38	19	34	39

Kreis Siegen-Wittgenstein

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Amtshausen, Bad Laasphe, Bermershausen, Feudingen, Feudingerhütte, Herbertshausen, Holzhausen, Kunst-Wittgenstein, Laaspherhütte, Niederlaasphe, Oberndorf, Puderbach, Rückershausen, Rüppershausen, Saßmannshausen, Steinbach, Volkholz, Vorm Hermannssteg	2	12 787	11 565	54	4	4	3	4	16	58	27	25	37	47
Banfe, Bernshausen, Fischelbach, Hesselbach	4	2 728	2 621	55	3	4	1	2	.	57	60	25	32	52
Netphen	2	19 522	23 387	49	5	4	3	5	16	69	35	18	31	34
Neunkirchen	1	13 935	13 930	51	5	5	5	10	25	70	52	21	34	35
Birlenbach, Buchen, Dillnhütten, Geisweid, Langenholdinghausen, Meiswinkel, Niedersetzen, Obersetzen, Sohlbach, Weidenau	5	39 561	33 738	48	11	9	5	11	30	64	23	18	33	36
Breitenbach, Bürbach, Feuersbach, Kaan-Marienborn, Seelbach, Siegen, Trupbach, Volnsberg	5	57 302	46 430	37	11	7	3	9	30	47	13	22	31	40
Eiserfeld, Eisern, Gosenbach, Niederschelden, Oberschelden	5	22 346	18 984	46	9	8	2	4	18	61	35	19	35	34
Wilnsdorf	2	16 109	20 469	49	8	4	1	3	12	63	39	15	33	39

Kreis Soest

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altengeseke	3	757	778	39	8	5	1	3	15	46	33	19	25	.
Altenmellrich	2	268	287	24	8	4	0	0	6	28	12	19	28	.
Anröchte	3	4 926	6 459	48	7	4	1	3	24	58	51	18	26	39
Berge	3	618	616	48	7	4	0	1	12	41	41	29	35	.
Effeln	3	587	693	44	5	4	0	2	9	49	50	21	34	.
Klieve	4	304	389	60	5	6	1	4	18	58	75	20	31	.
Mellrich	4	647	688	47	5	5	0	1	10	49	54	19	35	.
Robringhausen	4	150	203	31	7	3	1	4	11	32	67	23	39	.
Uelde	3	284	312	32	4	4	0	1	11	41	17	23	26	.
Bad Sassendorf	2	8 208	11 474	39	7	6	1	5	19	33	26	26	56	36
Ense	4	7 426	12 324	53	4	4	2	3	13	65	59	17	28	38
Bad Westernkotten	2	2 601	4 052	46	6	4	4	3	16	53	9	17	50	44
Berenbrock	3	286	278	38	4	5	0	0	8	38	19	25	26	.
Böckum	3	243	267	35	3	5	0	3	10	46	25	17	24	.
Ebbinghausen	3	192	215	39	2	6	0	2	8	30	14	22	32	.
Eikeloh	4	419	479	29	7	4	0	3	10	40	58	15	30	.
Erwitte	3	5 304	6 265	43	6	5	3	4	21	53	39	16	32	44
Horn, Schallern	3	1 262	1 386	39	6	5	1	3	12	42	27	23	32	50
Im Kleefeld, Schmerlecke	2	680	698	46	6	5	1	3	13	54	17	20	30	.
Norddorf	3	184	171	55	4	3	0	3	18	43	29	20	31	.
Stirpe	3	708	971	51	7	4	2	5	17	52	38	17	30	.
Völlinghausen	4	599	729	41	5	4	1	3	11	44	64	23	31	.
Weckinghausen	2	76	67	20	0	4	0	7	12	17	0	19	37	.
Bönninghausen	2	81	111	26	0	3	0	0	5	37	0	22	19	.
Ehringhausen, Ehringhauser Heide	1	820	1 531	46	8	5	2	4	21	52	10	15	24	.
Eringerfeld	1	617	772	18	13	9	2	24	77	4	15	3	50	.

Kreis Soest

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Ermsinghausen	2	123	79	60	0	4	0	0	6	36	0	20	56	.
Geseke	1	13 239	14 116	51	10	6	5	5	28	61	38	18	29	46
Langeneicke	2	929	1 133	45	7	5	0	1	8	53	13	19	21	.
Mönninghausen	4	647	772	42	6	5	1	2	9	46	62	20	25	.
Störmede	3	1 725	2 247	44	8	5	0	2	13	47	43	20	27	42
Lippetal	3	9 282	11 942	38	7	4	1	2	15	41	31	22	29	26
Benninghausen	1	1 992	1 586	31	5	7	2	4	24	32	26	26	26	47
Bökenförde	5	1 000	1 469	40	5	9	1	5	21	49	30	15	31	.
Cappel	1	1 757	2 820	46	8	7	2	11	29	61	18	17	28	48
Dedinghausen	2	1 061	1 819	41	6	2	0	2	9	50	26	15	24	49
Eickelborn	5	3 299	2 318	20	6	8	3	4	34	20	9	17	30	.
Esbeck, Mettinghausen, Rebbeke	1	1 671	2 642	44	6	8	3	4	12	52	29	14	26	.
Garfeln	1	375	273	50	6	7	1	3	10	62	12	12	22	.
Hellinghausen	4	409	434	53	8	8	0	1	10	53	57	22	44	.
Herringhausen	5	403	425	45	6	8	2	4	12	46	23	14	31	.
Hörste	2	1 055	1 785	46	5	5	0	2	9	50	17	22	32	46
Kernstadt, Lipperbruch	8	41 588	39 833	50	10	8	12	12	37	59	62	18	30	37
Lipperode	4	2 902	3 900	50	6	7	3	3	14	62	62	16	28	45
Lohe	5	240	188	30	4	8	2	0	9	32	19	23	27	.
Overhagen	4	914	1 237	39	5	7	2	2	16	46	58	25	33	.
Rixbeck, Rixbeckerfeld	1	918	997	50	5	6	4	3	15	60	28	15	39	.
Möhnesee	3	7 444	11 091	43	7	4	2	3	14	40	27	23	36	41
Altenrüthen	2	484	521	53	10	5	0	1	5	59	36	15	41	.
Drewer	2	609	661	58	7	4	3	2	6	62	2	19	36	.
Hoinkhausen	4	180	254	34	4	5	0	2	9	31	68	26	31	.

Kreis Soest

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Kallenhardt	2	1 541	1 650	46	7	5	3	3	9	52	15	20	29	.
Kneblinghausen	4	299	296	29	8	5	0	7	15	30	59	26	26	.
Langenstraße-Heddinghausen	4	543	579	30	6	6	1	0	3	28	62	23	31	.
Meiste	4	383	369	51	6	5	0	2	7	53	89	15	30	.
Menzel	2	388	455	40	6	5	0	1	4	45	0	25	30	.
Oestereiden	4	794	804	38	4	4	0	2	11	37	59	21	27	46
Rüthen	4	5 177	4 550	50	10	5	5	4	16	59	47	20	39	45
Westereiden	2	383	500	45	5	5	0	2	5	42	7	24	31	.
Soest	1	37 675	46 688	36	10	8	2	6	30	39	29	25	29	40
Allagen, Niederbergheim, Oberbergheim, Westendorf	2	3 052	3 516	48	8	6	1	2	10	61	26	18	31	45
Belecke	4	6 721	5 341	51	9	6	5	5	21	73	64	16	41	51
Enkerbruch, Romecke, Suttrop, Warstein	2	14 363	12 019	42	6	5	2	4	19	55	24	21	38	57
Hirschberg	4	1 774	1 747	52	5	5	1	1	6	51	56	20	34	.
Mülheim	4	698	2 281	48	6	5	1	2	18	60	46	16	36	55
Sichtigvor	2	1 942	697	54	7	5	3	1	6	63	6	20	34	.
Waldhausen	2	347	356	33	10	3	0	2	8	45	0	26	27	.
Welver	3	9 223	12 254	38	7	5	0	2	15	40	23	26	33	42
Werl	1	24 547	30 312	51	8	8	3	8	31	46	29	18	29	39
Wickede (Ruhr)	1	10 943	11 580	58	6	5	7	7	26	67	37	15	34	34

Solingen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenhof-Wittkulle, Böckerhof-Pfaffenberg, Beethovenstraße, Brühl-Vockert, Burg-Dorperhof, Foche-Demmeltrath-Fuhr, Frankenstraße-Vogelsang, Gräfrath Mitte-Nümmen, Grünewald, Höhscheid-Widdert-Kohlsberg, Kannenhof-Meigen, Katternberg-Stübchen, Klauberg-Hasseldelle-Kohlfurth, Mangenberger Str.- Kirschbaumer Hof, Rathaus-Malteser Gründe, Rosenkamp-Weyer, Schützenstraße-Halfeshof, Schlagbaum, Solingen Innenstadt, Stockdum-Nibelungenstr.-Ketzberg, Wald Mitte-Eigen, Zentral-Heider Hof-zum Holz	1	131 197	114 952	49	7	10	7	12	30	64	30	27	35	31
Aufderhöhe-Landwehr, Engelsberg-Maubes, Mankhaus-Heipertz, Merscheid-Schmalzgrube, Ohligs Innenstadt, Ohligs Unterland-Heide, Wahnenkamp-Scharrenberg	1	45 223	40 321	51	8	8	9	12	26	68	32	24	36	36

Städteregion Aachen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Adalbertsteinweg	9	10 228	7 727	51	16	10	8	22	40	51	7	24	16	.
Beverau	1	3 663	4 226	14	5	10	2	3	13	33	15	22	38	75
Brand	9	10 760	16 449	36	6	6	2	6	20	47	16	19	34	47
Burtsch. Kurgarten	9	6 225	4 772	33	9	10	4	11	25	37	6	26	26	58
Burtscheider Abtei	9	8 397	6 675	31	9	10	3	8	20	33	1	29	33	.
Eilendorf	9	13 171	14 927	44	7	8	4	9	20	52	21	19	31	43
Forst	7	9 548	12 949	38	12	10	3	16	45	43	10	18	35	34
Frankenberg	9	10 436	7 508	36	10	10	5	13	24	41	4	24	18	27
Haaren	7	8 223	11 536	44	8	10	4	11	28	53	24	18	31	51
Hanbruch, Westpark	9	12 806	10 434	35	11	10	5	13	32	40	18	24	27	66
Hangeweiher	9	10 837	10 980	16	8	10	4	10	27	23	7	31	40	58
Hansemannplatz	9	5 947	4 808	31	10	10	7	15	30	36	5	26	23	.
Hörn	8	5 493	5 423	28	7	10	4	11	30	31	42	17	30	59
Jülicher Str.	8	8 763	6 284	47	15	10	6	22	38	52	45	26	16	41
Kaiserplatz	9	9 248	7 099	30	11	10	6	19	33	35	4	27	18	23
Kalkofen	7	3 604	2 676	58	10	10	10	22	49	61	22	14	28	30
Laurensberg, Vaalserquartier	9	9 749	19 199	20	6	7	6	11	30	32	16	19	27	75
Lindenplatz	9	4 370	3 658	44	11	10	8	14	29	44	0	29	19	.
Markt	9	3 367	2 322	23	11	10	8	16	27	27	3	27	16	.
Marschiertor	9	8 322	6 652	28	11	10	4	13	27	32	1	25	19	.
Oberforstbach, Walheim	1	7 717	12 302	38	6	7	2	5	16	48	22	18	37	58
Panneschopp	8	8 436	7 609	53	16	10	7	33	54	51	64	24	20	23
Ponttor	8	11 743	10 705	30	11	10	9	19	31	34	48	18	13	60
Richterich	9	5 869	8 708	38	6	7	4	6	18	45	21	17	33	69
Rothe Erde	9	3 585	2 571	65	19	10	6	23	46	63	15	16	29	.
Soers	9	2 663	2 410	16	6	10	3	7	19	31	8	19	46	.

Städteregion Aachen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
St. Jakob	9	6 810	6 101	45	14	10	8	14	28	46	4	25	12	54
Steinebrück	9	6 883	6 948	9	4	10	3	6	19	24	6	27	51	89
Theater	9	3 143	2 330	26	10	10	4	15	31	29	0	26	21	65
Trierer Str.	9	8 129	7 130	47	14	10	4	19	39	51	20	17	33	33
Bend, Dorff, Gressenich, Mausbach, Nachtigällchen, Schevenhütte, Stolberg, Werth	8	48 932	46 913	52	9	11	4	10	24	65	44	20	33	37
Kornelimünster, Breinig, Venwegen	5	7 779	10 512	43	5	8	2	4	12	55	24	20	35	61
Alsdorf, Broicher-Siedlung, Busch, Duffesheide, Kellersberg, Neuweiler, Ofden, Ost, Reifeld, Schaufenberg, Schleibach, Zopp	7	30 551	28 495	60	10	11	7	13	27	68	16	14	34	33
Begau, Mariadorf, Warden	8	15 363	17 617	62	9	10	4	8	22	66	38	14	30	28
Bettendorf	5	359	419	48	11	9	3	6	14	50	21	22	33	.
Baesweiler, Beggendorf	1	13 842	14 596	61	8	8	7	13	26	68	38	14	31	39
Floverich, Loverich, Puffendorf	5	1 482	1 923	49	7	6	2	5	12	53	31	15	28	.
Oidtweiler	1	1 731	2 672	52	7	6	0	5	13	56	13	18	23	44
Setterich	7	7 168	7 169	67	10	10	8	18	38	71	14	10	31	30
Aue, Bergrath, Eschweiler, Hastenrath, Hücheln, Nothberg, Ost, Pumpe, Röhe, Röthgen, Scherpenseel, Siedlung Waldschule, Stich, Volkenrath	5	38 660	38 904	49	11	10	2	9	23	59	15	22	33	35
Dürwiß	8	5 282	7 206	53	7	8	2	3	12	63	52	15	33	44
Fronhoven	5	1 189	800	48	5	8	1	4	6	48	35	20	33	.
Kinzweiler, Sankt Jöris	5	2 956	3 758	51	7	8	3	3	13	61	10	21	35	58
Weisweiler	5	5 627	4 046	59	8	9	4	8	17	69	22	15	27	40
Herbach, Hofstadt, Merkstein, Noppenberg, Plitschard, Worm	1	14 470	12 602	61	9	9	5	9	19	68	30	15	37	36
Herzogenrath, Niederbardenberg, Straß, Wefelen	1	9 034	14 656	47	9	7	4	9	21	57	40	20	32	47
Kohlscheid	1	15 677	19 333	49	9	6	4	7	17	56	39	19	33	54

Städteregion Aachen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Hargard, Imgenbroich, Konzen, Menzerath, Monschau, Widdau	3	3 513	5 488	34	4	3	2	5	13	35	35	24	37	54
Höfen	2	1 583	1 747	49	4	4	1	3	7	48	16	21	35	46
Kalterherberg	2	2 353	2 132	49	3	4	1	4	11	49	18	22	40	.
Mützenich	3	1 533	2 070	49	4	3	2	4	9	45	33	19	32	53
Rohren	2	478	654	47	5	3	2	4	8	40	5	21	36	.
Roetgen / Stolberg (Rhld.)	3	6 698	10 333	38	5	4	2	4	11	51	27	20	34	57
Dedenborn, Eicherscheid, Einruhr, Erkensruhr, Hammer, Rurberg, Seifenauel, Woffelsbach	2	2 741	4 001	49	5	5	0	3	9	47	12	20	35	.
Deffertsfeld, Huppenbroich, Rollesbroich, Simmerath, Witzerath	2	3 020	4 501	41	4	4	1	4	13	47	25	17	35	48
Kämpchen, Waldsiedlung, Lammersdorf	1	1 718	2 699	35	5	4	2	4	12	61	17	20	28	52
Kesternich	3	1 220	1 423	47	5	5	0	3	7	51	35	20	36	45
Steckenborn	2	1 003	1 386	52	6	4	0	3	8	57	13	16	32	48
Strauch	2	774	1 118	49	6	4	1	3	7	49	20	19	29	.
Bardenberg, Pley	1	6 732	5 429	46	8	6	3	5	14	53	11	16	31	50
Broichweiden, Euchen, Linden-Neusen, Weiden	1	9 845	8 694	46	9	6	2	6	15	53	26	17	36	56
Würselen	1	19 937	23 106	47	10	7	4	9	23	54	21	18	34	51

Kreis Steinfurt

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Altenberge	3	5 836	10 013	30	7	4	0	3	11	35	26	18	26	46
Emsdetten	1	28 922	34 184	47	8	5	3	6	16	63	27	16	30	40
Saerbeck / Emsdetten	3	4 349	8 199	43	8	4	1	4	13	50	40	17	26	30
Gimbte	2	589	948	21	4	1	0	3	7	29	3	19	29	.
Greven, Reckenfeld, Schmedehausen	2	26 474	33 719	46	9	6	3	6	21	53	12	16	31	37
Bevergern	4	2 678	4 130	56	6	3	1	3	15	55	63	18	26	35
Dreierwalde	3	1 354	2 682	46	7	3	0	2	8	40	25	20	21	27
Gravenhorst, Hörstel	3	4 956	6 799	49	7	3	0	3	21	48	35	17	25	32
Riesenbeck	3	4 940	6 039	49	5	3	1	3	11	56	46	19	29	27
Halverde	3	810	1 140	31	3	3	1	1	7	30	13	21	23	.
Hopsten	3	3 822	5 154	41	4	3	0	3	13	42	47	18	25	35
Schale	3	1 143	1 337	28	5	3	0	2	8	32	33	25	27	.
Horstmar	3	5 868	6 498	44	11	3	1	3	10	55	36	21	36	42
Ibbenbüren	1	17 451	50 671	40	8	4	2	4	20	50	28	19	30	38
Ladbergen	2	4 278	6 369	41	7	3	0	3	11	43	10	19	33	28
Laer	3	4 485	6 477	42	12	5	1	5	11	47	39	17	28	34
Lengerich	1	21 623	21 825	44	7	5	2	8	26	55	33	24	36	40
Lienen	3	6 839	8 574	43	9	4	1	3	13	50	40	24	31	37
Büren, Halen, Wersen	1	5 129	8 876	50	10	5	1	5	27	49	21	19	26	36
Lotte	1	3 193	4 848	49	7	6	1	7	26	51	25	18	30	40
Metelen	3	5 031	6 397	44	9	4	1	5	11	51	50	17	28	39
Mettingen	2	10 011	11 755	54	5	3	0	3	12	59	26	16	29	38
Neuenkirchen	3	10 143	13 690	48	7	4	2	5	14	55	35	19	28	41
Nordwalde	3	7 350	9 369	45	6	3	2	4	14	52	32	20	31	30
Ochtrup	3	15 978	18 864	44	8	6	4	6	15	54	38	18	26	38

Kreis Steinfurt

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Recke	2	8 918	11 359	56	6	4	0	3	12	59	22	14	28	34
Altenrheine, Hauenhorst/Catenhorn, Rheine, Rodde	1	62 186	62 396	44	11	7	4	6	23	47	22	17	32	41
Elte	1	1 267	2 123	39	10	5	1	5	10	43	14	19	27	.
Mesum	1	5 797	8 234	55	9	7	1	2	11	64	32	15	29	38
Borghorst	1	17 238	19 321	51	9	6	4	5	14	61	18	16	29	42
Burgsteinfurt	1	12 349	14 073	34	9	7	2	6	20	38	20	22	32	44
Brochterbeck	4	2 452	2 549	37	6	4	0	3	6	44	48	22	32	49
Ledde	2	1 435	1 694	51	8	4	0	3	14	51	1	22	33	.
Leeden	3	1 929	2 177	48	5	4	1	3	12	53	43	23	39	.
Tecklenburg	2	2 318	2 418	27	8	3	2	5	15	29	5	26	41	.
Westerkappeln	3	8 544	10 951	45	6	4	1	3	17	46	38	21	27	37
Wettringen	3	5 893	7 806	40	10	3	1	3	11	43	40	18	26	35

Kreis Unna

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Bergkamen	6	43 865	49 036	61	10	12	1	9	24	70	38	14	30	34
Bönen	5	17 714	18 033	58	10	9	3	9	23	65	21	20	34	36
Fröndenberg	5	17 471	20 930	50	7	7	4	5	18	62	20	20	36	29
Holzwickede	5	12 905	16 747	45	7	7	3	5	18	56	9	20	38	48
Kamen	5	41 513	43 728	49	9	10	2	6	20	60	21	20	35	29
Alstedde, Altlünen, Wethmar	5	14 890	20 730	50	8	10	1	5	21	64	33	14	36	46
Beckinghausen	5	872	967	49	7	9	1	3	15	63	42	18	33	.
Brambauer	7	19 384	18 954	55	11	15	4	16	33	64	18	20	33	26
Gahmen	7	4 556	3 560	59	17	15	1	15	39	62	31	17	24	.
Geistviertel	6	6 036	5 540	52	15	14	2	13	42	64	2	18	38	.
Horstmar	8	7 088	7 553	53	11	13	3	5	20	65	48	16	34	33
Lippholthausen	5	371	153	62	13	5	17	6	12	75	10	10	31	.
Niederaden	5	1 561	2 251	41	7	9	0	2	14	56	24	17	29	.
Nord	7	11 076	8 716	47	12	14	1	15	33	58	8	21	32	19
Osterfeld	6	7 397	6 983	51	13	14	1	8	32	58	26	23	43	33
Stadtmitte	6	3 128	2 801	33	11	14	2	13	34	45	7	24	34	.
Süd	6	10 189	7 833	62	13	14	2	9	25	68	13	21	33	18
Ergste	5	3 994	6 708	45	7	5	3	2	12	59	42	21	37	57
Gänsewinkel, Mitte, Mitte-Nord, Schwerte-Ost, Schwerter Heide	5	24 054	22 015	47	9	8	4	9	24	53	26	26	37	41
Geisecke/Lichtendorf	2	3 757	3 099	41	6	5	2	4	13	46	16	18	27	.
Villigst	4	2 797	3 032	42	7	5	3	3	10	58	69	15	40	50
Wandhofen	5	1 044	2 027	43	7	8	2	5	17	52	19	21	31	.
Westhofen	5	5 784	5 096	49	9	8	6	5	18	64	19	18	30	44
Bork, Cappenberg	5	6 776	8 325	36	7	7	1	2	10	42	24	18	30	44
Selm	5	15 493	17 703	62	11	10	0	3	17	64	7	18	31	30

Kreis Unna

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Unna	5	50 025	59 089	43	11	8	2	6	24	52	19	20	34	46
Stockum	5	3 829	4 604	53	7	7	0	5	13	64	20	16	34	34
Werne	5	20 931	25 011	50	7	6	1	4	15	60	27	19	34	41

Kreis Viersen

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Krefeld / Tönisvorst / Kempen	1	59 311	80 582	44	6	6	4	5	17	57	29	20	33	54
Grefrath	1	20 187	26 078	50	6	6	4	5	16	60	50	21	35	49
Brüggen	1	11 359	15 491	55	6	6	8	6	16	54	30	18	32	39
Nettetal	5	36 481	41 420	46	7	8	6	9	21	57	23	19	31	34
Elmpt	1	4 262	5 450	50	6	8	6	10	22	45	13	18	31	23
Oberkrüchten, Overhetfeld, Silverbeek, Varbrook, Birth, Boscherhausen, Brempt, Dam, Heyen, Laar, Niederkrüchten	2	6 499	9 507	48	6	5	3	5	12	45	19	19	31	48
Schwalmtal	1	14 111	19 052	53	6	6	9	5	14	61	28	18	26	38
Viersen	1	85 326	74 966	45	9	10	4	8	20	54	30	22	35	43
Willich	1	37 408	50 733	46	6	5	4	6	18	58	22	18	30	48

Kreis Warendorf

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Dolberg, Ahlen	7	49 716	48 345	52	10	11	4	12	31	62	34	17	33	31
Vorhelm	1	3 102	3 934	42	6	6	1	2	8	54	38	15	35	33
Beckum	1	38 340	36 141	45	9	7	4	7	24	59	26	17	35	49
Beelen	3	3 936	6 279	49	5	5	2	6	25	57	46	18	24	25
Drensteinfurt, Walstedde	3	7 685	11 606	38	7	4	1	2	12	46	28	20	25	41
Rinkerode	3	2 615	3 573	29	5	2	1	2	9	36	29	21	27	33
Elsa, Ennigerloh, Germania, Hoest	1	10 523	11 586	52	11	6	3	5	25	67	40	17	34	38
Enniger	3	2 655	3 147	39	6	5	2	2	10	48	34	22	38	32
Ostenfelde	2	2 246	2 395	44	4	5	0	2	7	48	30	25	32	.
Westkirchen	2	2 343	2 521	38	7	5	1	2	15	45	30	18	29	.
Alverskirchen	3	992	1 822	29	5	3	1	3	10	31	30	23	25	55
Everswinkel, Müssingen	4	4 317	8 900	40	5	4	1	3	14	45	49	17	29	37
Lette, Oelde, Sünninghausen	4	20 782	24 561	46	6	5	4	7	24	63	52	18	35	38
Stromberg	4	3 496	4 399	54	5	5	3	7	20	62	52	14	35	43
Ostbevern / Telgte	3	8 914	14 398	30	5	4	1	3	17	31	25	19	26	46
Sassenberg	4	8 274	13 977	47	6	5	1	4	23	56	60	20	25	39
Albersloh	3	3 146	4 313	37	4	3	1	2	11	37	20	19	27	48
Sendenhorst	3	5 814	8 525	41	6	4	1	5	26	45	36	20	32	30
Telgte	3	11 585	15 075	32	6	4	1	4	16	35	30	20	35	57
Diestedde	4	1 904	2 449	45	6	3	1	1	16	42	53	25	37	.
Liesborn, Bad Waldliesborn	2	5 983	7 713	46	6	4	4	3	17	48	15	18	45	49
Wadersloh	2	5 559	6 368	44	6	3	2	3	17	53	18	22	32	35
Einen	4	662	1 101	39	5	4	1	2	9	37	39	19	27	.
Freckenhorst, Hoetmar	1	7 548	9 690	43	5	6	3	4	20	52	19	20	30	33
Milte	3	1 707	1 988	21	4	5	0	2	6	32	35	22	30	32

Kreis Warendorf

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Warendorf	1	18 865	22 869	34	7	5	2	6	23	44	18	22	31	38

Kreis Wesel

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Alpen	2	9 340	12 728	49	6	3	3	2	10	54	24	20	32	41
Dinslaken	5	54 731	63 824	51	9	8	5	7	20	64	24	16	34	40
Brünen	4	2 562	3 835	22	5	4	1	2	7	25	41	23	32	34
Dingden	4	5 422	6 561	44	4	4	0	3	8	47	49	15	30	39
Hamminkeln, Blumenkamp	2	4 378	9 151	36	6	5	2	2	9	41	5	17	34	38
Loikum, Mehrhoog	2	576	6 714	31	7	5	0	2	7	30	18	20	32	27
Ringenberg	2	1 247	1 799	44	8	5	1	4	11	55	19	17	33	.
Wertherbruch	4	1 065	1 050	27	4	3	1	1	4	30	54	17	27	.
Bruckhausen, Bucholtwelmen, Drevenack, Gartrop-Bühl, Krudenburg	2	8 717	8 733	44	7	4	1	3	9	51	21	18	36	43
Hünxe	2	643	4 957	52	6	4	10	2	8	46	33	15	41	21
Kamp-Lintfort	5	38 294	37 285	57	8	11	3	10	28	67	26	17	33	36
Achterathsfeld, Achterathsheide, Bettenkamp, Holderberg, Kapellen-Mitte, Vennikel	5	11 579	11 328	54	7	8	7	6	17	66	31	12	37	61
Asberg, Hochstraß, Hülsdonk, Moers-Mitte, Scherpenberg, Schwafheim, Vinn	5	52 539	57 017	44	8	8	4	8	25	53	18	19	37	51
Baerl, Baerler Busch, Bornheim, Eick, Genend, Kohlenhuck, Meerbeck, Repelen, Rheinkamp-Mitte, Utfort	5	41 289	40 767	57	8	11	6	12	28	66	24	13	33	39
Neukirchen-Vluyn	5	23 433	27 202	54	8	7	7	6	21	63	35	16	35	49
Alpsray, Millingen, Rheinberg, Winterswick	2	11 959	15 322	48	9	5	4	6	21	67	21	17	29	39
Borth, Ossenberg, Wallach	2	4 793	7 003	53	5	5	1	3	11	66	15	16	25	36
Budberg, Eversael, Vierbaum	2	3 197	4 620	40	7	4	1	2	8	52	34	18	33	51
Orsoy-Land, Orsoy-Stadt	2	3 467	3 934	46	6	5	3	3	11	49	26	25	37	.
Altschermbeck	2	3 079	3 898	41	7	5	1	3	9	51	25	13	33	.
Bricht	2	464	805	47	5	3	7	3	9	49	38	20	27	.
Damm	2	779	1 069	25	6	3	1	2	5	18	4	27	25	.

Kreis Wesel

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Dämmerwald	2	198	221	12	0	4	0	2	2	8	0	20	31	.
Östrich, Gahlen	2	2 608	4 043	39	6	6	0	1	6	46	37	21	29	48
Overbeck	4	305	159	42	12	3	3	2	2	44	60	17	24	.
Schermbeck	2	2 648	4 603	46	6	4	2	2	10	57	24	21	41	24
Weselerwald	2	619	533	20	24	3	1	2	28	16	23	27	45	.
Sonsbeck	2	5 951	8 644	37	7	5	4	4	13	38	18	21	29	43
Voerde (Niederrhein) / Wesel	5	27 799	37 529	53	9	8	2	5	18	63	29	14	33	43
Altstadt, Feldmark, Fusternberg, Lackhausen, Obrighoven, Schepersfeld, Wittenberg	5	44 633	44 192	40	13	10	3	7	23	49	28	19	33	37
Bergerfurth, Bislich-Land, Bislich-Ortskern	5	2 630	2 274	51	6	9	2	2	7	46	23	20	35	35
Büderich, Ginderich, Werrich/Perrich	5	4 722	5 903	43	7	9	2	2	9	52	28	20	29	32
Diersfordt, Flüren	5	267	4 938	30	9	10	4	2	9	40	8	20	50	43
Xanten	2	14 985	21 253	45	7	5	3	4	15	51	23	20	34	38

Wuppertal

Gemeinde oder zeitinvarianter Bezirk	**Cluster**	**Bevölkerung**		**Arbeiter (%)**	**Erwerbs- & Arbeitslose (%)**		**Ausländer (A) & Migranten (M)**			**Produzier. Gewerbe (%)**		**Altenquo –tient**		**Gymnasial-quote (%)**
		1970	2011	1970	1987	2011	1970 A	2011 A	2011 M	1970	2011	1970	2011	2011-14
Barmen-Mitte, Clausen, Fr.-Engels-Allee, Hatzfeld, Hesselnberg, Kothen, Lichtenplatz, Loh, Rott, Sedansberg	7	88 808	57 318	44	9	12	5	15	35	56	23	26	34	39
Berghausen, Cronenberg, Cronenfeld, Hahnerberg, Kohlfurth, Küllenhahn, Sudberg	8	20 800	21 174	46	6	7	5	6	16	66	49	25	37	47
Beyenburg-Mitte, Ehrenberg, Fleute, Herbringhausen, Hilgershöhe, Jesinghauser Str., Langerfeld-Mitte, Löhrerlen, Rauental	8	26 334	24 296	55	8	11	7	9	28	64	40	22	36	33
Elberfeld, Friedrichsberg, Grifflenberg, Nordstadt, Ostersbaum, Südstadt	7	86 981	62 429	43	11	10	5	20	41	50	23	27	28	30
Ronsdorf-Mitte/Nord, Blombach-Lohsiepen, Blutfinke, Erbschlö-Linde, Hammesberg, Heckinghausen, Heidt, Rehsiepen, Schenkstr.	5	51 709	41 286	43	7	10	4	10	25	59	32	24	38	37
Uellendahl-Ost, Uellendahl-West, Beek, Dönberg, Eckbusch, Nevigeser Str, Siebeneick, Neviges	5	54 890	54 781	42	6	9	5	7	21	55	32	22	43	51
Wichlinghausen-Nord, Wichlinghausen-Süd, Nächstebreck-Ost, Nächstebreck-West, Oberbarmen-Schwarzbach	7	43 046	41 402	55	9	12	6	17	39	65	27	29	32	28

B Bildung im Wandel

Gesprächsleitfaden für Interviews mit pensionierten Lehrer/innen

Gesprächsleitfaden (11.04.2017) Wandel des Bildungswesens im Ruhrgebiet ca. 1970er Jahre bis »heute«

Es geht hier um ein Projekt der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bochum das die Probleme / Herausforderungen der alltäglichen Schulpraxis und deren Wandel ca. seit den 60er Jahren (oder später) bis heute untersucht.

Ihre Erfahrungen als Praktiker/in, als Expert/n des Schulalltags ist also gefragt, nicht etwa bildungswissenschaftliche oder bildungspolitische Sachverhalte!

Ich verbürge persönlich, dass alle Angaben streng vertraulich behandelt, anonymisiert und an keiner Stelle namentlich oder schulbezogen identifizierbar werden.

Bitte versuchen Sie doch mal, sich an Ihre eigene Schulzeit zu erinnern: Was war das für eine Schule? Wo? Wie war das damals:

- im Unterricht?
- die Lernstoffe?
- die Mitschüler?
- die Lehrer?

Sehen Sie da Unterschiede im Vergleich zu heute bzw. zu Ihrer letzten aktiven Berufszeit?

Wenn Sie sich zunächst an Ihre ersten Jahre als LehrerIn erinnern und das mit Ihren letzten Berufsjahren vergleichen :

In welcher Zeit? (von … bis …) An welcher Schule? Wo? (Brennpunktschule? Normale Schule? Gutbürgerliche Lage?) Wie beurteilen Sie aus eigener Sicht die damalige

- Ausstattung der Schule/Ihres Faches mit Finanz-/Personalmitteln?
- Änderungen Bildungspolitische Konzepte/Programme?
- Änderungen Schülerschaft: deren Einstellungen, Wertehaltungen, Stärken, Schwächen?

- Änderungen Elternschaft, deren Einstellungen, Wertehaltungen?
- Änderungen Mitarbeit/Unterstützung der Eltern/Elternkompetenz hinsichtlich schulbezogener Begleitung, Unterstützung ?
- Änderungen Kollegen/Lehrerschaft, deren Einstellungen, Wertehaltungen, Stärken, Schwächen?
- Änderungen Eigene Einstellungen, Wertehaltungen, Berufsideale, Ziele, Alltagsprobleme?
- Änderungen: Gab es wahrnehmbare/Bildungs- /Erziehungsideale?
- Änderungen: Welche typischen Probleme brachte der Schulalltag mit sich?
- Änderungen: Lassen sich da Unterschiede (früher – heute) feststellen?

Gibt es aus Ihrer heutigen Sicht übergeordnete Trends, Entwicklungen, die den Schulalltag und Bildungsauftrag prägen?

Kann man aus Ihrer Sicht von einem Wandel (Zunahme, Minderung) von Ungleichheiten der Bildungschancen sprechen?

Was könnte/sollte man verbessern, um im Schulalltag mehr für die Zukunft der Kinder zu erreichen? (Mobilisierung von Bildungspotenzialen?)

Gesprächsleitfaden für Interviews in Schulen

Als erstes möchte ich Sie bitten, ihre Schule mit Ihren eigenen Worten zu beschreiben. Was ist das für eine Schule?

Inhaltlicher Aspekt	**Nachfragen**
Soziale Zusammensetzung der Schülerschaft	Wie würden Sie Ihre Schülerschaft charakterisieren? Welche Schülergruppen stellen Sie vor besondere Herausforderungen? Wer bereitet besondere Probleme?
Probleme an der Schule	Welche Probleme haben Sie an ihrer Schule zu bewältigen?
Ausstattung	Wie würden Sie die Ausstattung ihrer Schule beschreiben? Woran fehlt es? Wie steht es um die personelle Situation?
Einzugsgebiet	Was haben Sie für ein Einzugsgebiet? Wie lässt sich das beschreiben?

Tabelle B.1: Eisbrecherfrage: Beschreibung der Schule

Was denken Sie? Welche Fähigkeiten brauchen Kinder für einen erfolgreichen Bildungsweg?

Inhaltlicher Aspekt	**Nachfragen**
Kompetenzen der Schüler	Welche Fähigkeiten brauchen Schüler, um einen guten Abschluss zu machen?
Sozialisationsräume	Was glauben Sie? Welche außerschulischen Einflüsse wirken auf den Schulverlauf der Kinder? Wie schätzen Sie den Einfluss der Familie ein?
Defizite	Wenn Sie mal so an ihren Schulalltag denken. Was macht ihnen im Umgang mit den Schülern am meisten zu schaffen?
Potenziale	Denken Sie mal an die eher schwierigen Schüler. An welchen Stellen sehen Sie Potenziale?

Tabelle B.2: Frageblock: Bildungsverhalten

Was glauben Sie? Welche gesellschaftliche Rolle kann die Schule leisten und wo liegen ihre Grenzen?

Inhaltlicher Aspekt	**Nachfragen**
pädagogisches Konzept der Schule	Welche pädagogischen Konzepte werden an Ihrer Schule verfolgt?
Pädagogisches Konzept im Alltag	Unter welchen Umständen gelingt es, Konzepte im Alltag umzusetzen? Wie schätzen Sie die Rolle der Kollegen ein?
Good-Practice	Mit welchen pädagogischen Konzepten haben Sie persönlich gute Erfahrungen gemacht?

Tabelle B.3: Frageblock: Pädagogische Konzepte und erzieherischer Auftrag

Was wäre aus Ihrer Sicht zu den bildungspolitischen Rahmenbedingungen zu sagen? Inwiefern beeinflusst Bildungspolitik ihren pädagogischen Alltag?

Inhaltlicher Aspekt	**Nachfragen**
bildungspolitische Maßnahmen	Welche schulpolitischen Ansätze waren erfolgreich, welche waren nicht erfolgreich?
wünschenswerte bildungspolitische Maßnahmen	Was müsste sich an den Bildungspolitischen Rahmenbedingungen ändern, um ihre Arbeit zu unterstützen?
Möglichkeiten zur Reduzierung von Bildungsungleichheiten	Wie müsste Schule funktionieren, damit die bestehenden Bildungsungleichheiten reduziert werden? Warum passiert das nicht?

Tabelle B.4: Frageblock: Bildungspolitische Rahmenbedingungen

Ausgewählte Mind Maps und Zitate

In diesem Anhang sind exemplarisch weitere Mind Maps aus der Auswertungsphase der Interviews aufgeführt. Es handelt sich um Mind Maps , welche einzelne Themenblöcke aus verschiedenen Gesprächen aufgreifen, strukturieren und mit Kategorien versehen, die im Weiteren zu den Kernkategorien der vorliegenden Untersuchung aggregiert wurden.

Gymnasium Typ B

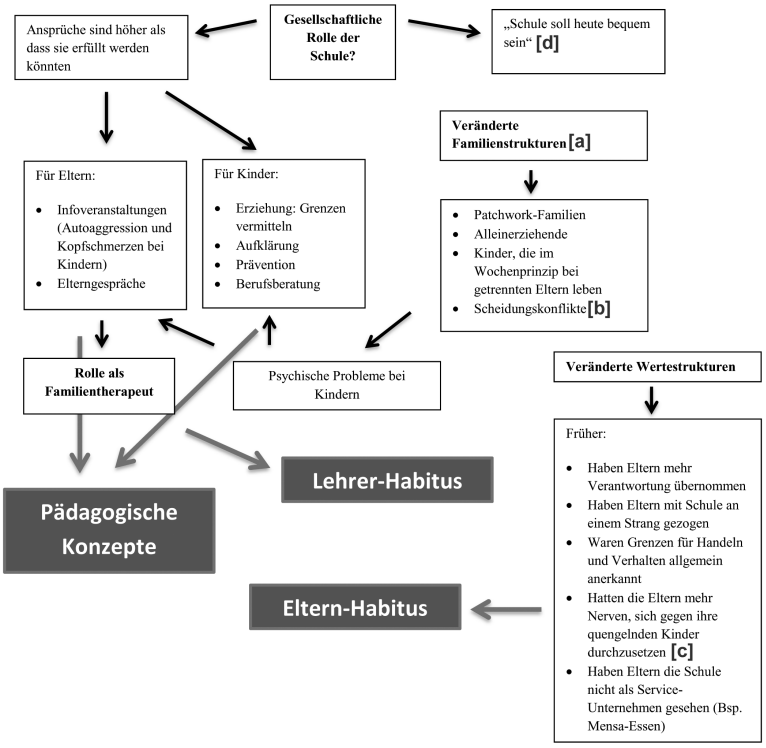


Abbildung B.1: Interview Gymnasium Typ B, Themenblock »Gesellschaftliche Rolle der Schule«

Zitate:

Gymnasium Typ B

[a] Ich sage mal so, [Anm. die Schule] soll eine größere Rolle spielen als ihr möglich ist. Weil aufgrund der veränderten Familienstrukturen werden sehr viele Dinge auf Schule abgewälzt, die wir einfach nicht leisten können. Wir können auch die Kinder nur erziehen im Sinne der Eltern, wenn da ein partnerschaftliches Miteinander ist.

Gymnasium Typ B

[b] Sie haben wesentlich mehr Kinder, die in Patchworkfamilien leben oder bei alleinerziehenden Elternteilen, die teilweise dieses Wochenprinzip haben. Eine Woche beim Papa, eine Woche bei der Mutter. Oder jeden Tag wechseln. Dann sind sie natürlich auch beteiligt an irgendwelchen Scheidungskriegen. Sie sitzen teilweise dann auch mit Familientherapeuten hier, die ein Gespräch mit den Eltern begleiten. Sie haben die Auswirkungen, das heißt, dass Kinder entweder völlig still werden oder aggressiv. Das kommt dann auf direkt auf Schule zu.

Gymnasium Typ B

[c] Das heißt, wenn in der Schule etwas verboten war, dann war es verboten und dann wurde darüber zu Hause auch nicht diskutiert und dann rief man da auch nicht an, um Theater zu machen. Und das hat sich sehr stark verändert. Auch weil Eltern meistens oder in vielen Fällen nicht die Nerven haben, konsequent zu handeln und sich auch mal gegen, ich sage mal, moppernde Teenager durchzusetzen.

Gymnasium Typ B

[d] Das heißt, Schule soll auch bequem sein und ja, wenn Tochter eben das Handy braucht am Wochenende, es aber freitags abgenommen wurde, und Tochter aber am Wochenende ohne Handy sozial tot ist, dann kommt Mutter schon mal hier, beziehungsweise in solchen Fällen kommt dann immer der Vater, baut sich hier auf, droht mir mit irgendwelchen Sachen, mit Staatsanwaltschaft und so, und- Also, ich glaube, wenn man mir das Handy abgenommen hätte, hätte mein Vater gesagt, ja, Pech gehabt, musst du jetzt mit leben.

Memo:

Als Fazit kann hieraus gezogen werden, dass in der öffentlichen Meinung und in dem Anspruch, der an die Schule gestellt wird, die Ansicht verankert ist, dass

Schule ein Dienstleister sei, der den Eltern bequeme Hilfestellungen bietet neben der schulischen Ausbildung eine zusätzliche Erziehungshilfe leistet. Dabei geht es einerseits im Hinblick auf die Kinder um das Aufzeigen von Verhaltensgrenzen, Aufklärung und Prävention. Im Hinblick auf die Eltern kommt aber auch die Rolle einer Beratung. Im Fall der betrachteten Einrichtung scheint es hierbei vor allem um den Umgang der Eltern mit den psychischen Belastungen und deren Folgen bei den Kindern zu gehen (Aggression, Autoaggression, Borderline-Syndrom, Stresserkrankungen. Deren Ursachen werden im Interview in den veränderten Familienstrukturen bzw. der Auflösung solcher gesucht. (Verantwortungen werden abgelehnt, Grenzen werden den Kindern nicht aufgezeigt und bei ihnen nicht durchgesetzt, Servicementalitäten setzen sich immer mehr durch). Die Schule erhält die Rolle eines Familientherapeuten. Dagegen spielen Probleme wie Drogen- und Alkoholkonsum laut der GP eine geringe Rolle.

Grundschule Typ A

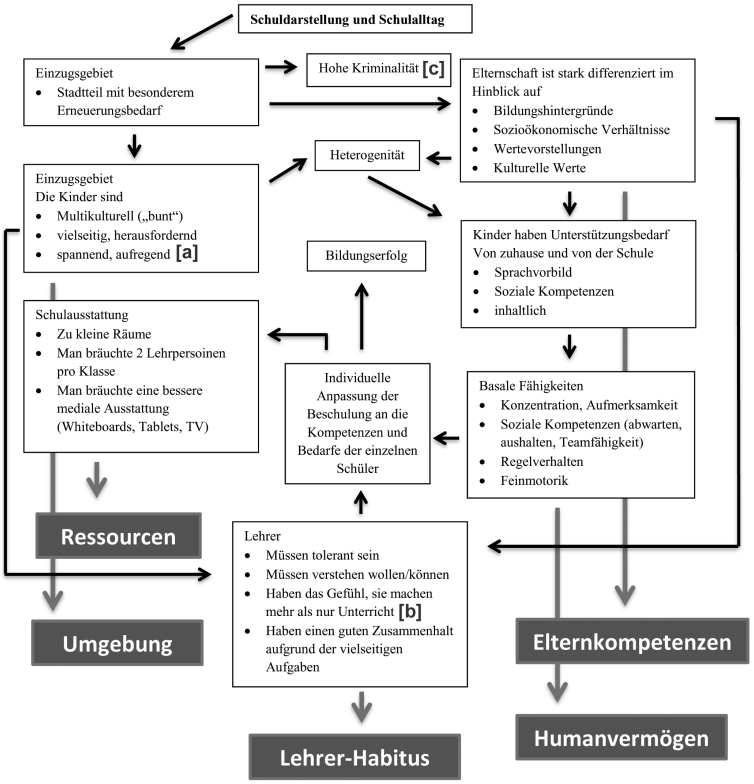


Abbildung B.2: Interview Grundschule Typ A, Themenblock »Schuldarstellung und Schulalltag«

Zitate:

Grundschule Typ A

[a] Ja, jeder Tag ist anders. Also ich sage mal jedes Kind kommt hier mit einem gepackten Rucksack rein jedes Kind hat so sein eigenes Päckchen zu tragen. Was natürlich auch dazu führt dass der Unterricht nicht immer so wie man es sich vielleicht vorstellt funktionierten kann sondern dass es einfach ganz viele Rahmenbedingungen sind die im Vorhinein nicht planbar sind - ne? Und ja es ist immer wieder spannend aufs Neue, weil man es vorher nicht so ja einfach nicht- es ist nicht berechenbar. Es macht aber unglaublich viel Spaß.

Grundschule Typ A

[b] Dadurch ist jeder Tag immer ein bisschen anders. Aber das ist ja eigentlich auch das Schöne und ich bin auch wirklich froh hier an der Schule zu sein weil man eben das Gefühl hat man macht ein bisschen mehr als nur Unterricht.

Grundschule Typ A

[c] Dass hier eben auch unterschiedliche Sozialbedingungen herrschen. Aber ich sage mal die High-Society von [Anm.: Name der Stadt] wohnt jetzt nicht hier. Also so wie es mir halt bekannt ist. Also es ist wie gesagt ein Stadtteil auch mit Erneuerungsbedarf und ich denke dann weiß man was man da so zuzählt.

Grundschule Typ A

Zitate:

Grundschule Typ A

[a] Also ich denke, die Aufgaben, die Schule heute übernimmt, sind einfach vielfältiger geworden. Die Ansprüche, die an Schule gestellt werden, die werden immer höher. Schule muss immer mehr auch Aufgaben der Gesellschaft übernehmen und gleichzeitig ist die Schule nicht in der Weise gestärkt worden. Das empfinde ich so.

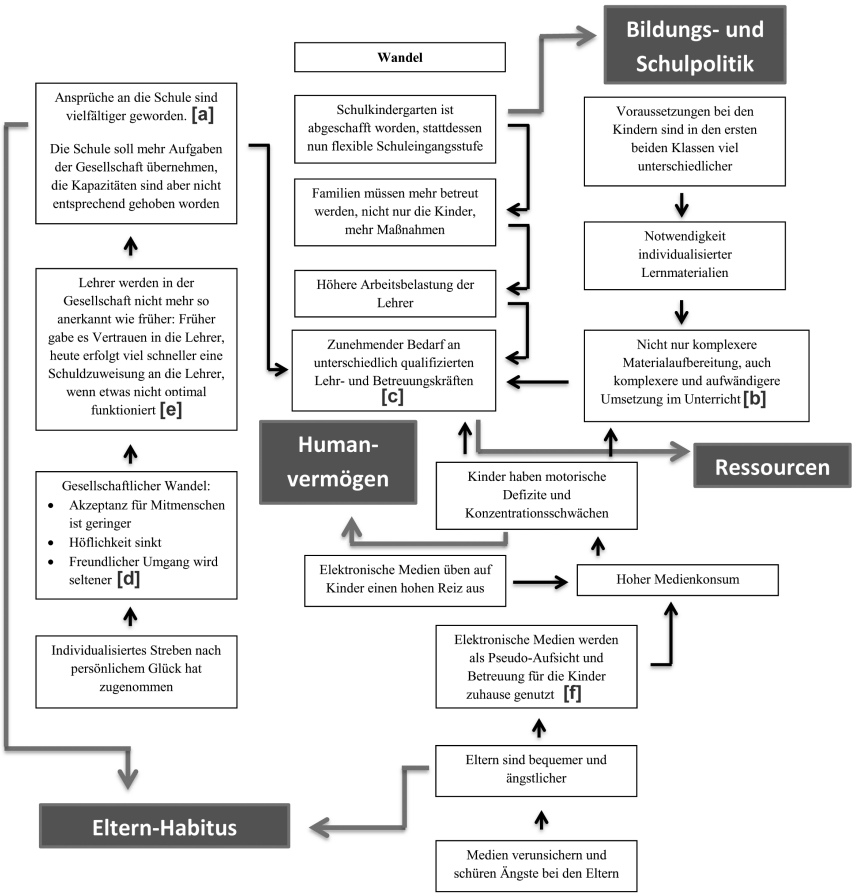


Abbildung B.3: Interview Grundschule Typ A, Mind Map Themenblock »Wandel«

Grundschule Typ A

[b] Ich muss meinen Unterricht sehr viel- sehr weiträumiger vorbereiten, indem ich auch methodisch ganz ganz anders arbeite als das früher noch der Fall war und ja, das ist einfach von der Vorbereitung zum Beispiel die Unterrichtdie Ansprüche, die an mich gestellt werden, ist das viel komplexer geworden. In der Durchführung ist es komplexer, weil ich trotz der guten Vorbereitung im Unterricht alleine da bin. Und es ist einfach nicht so, und das empfinde ich, das macht mich immer sehr ärgerlich, weil individuell für Kinder vorbereiten Unterricht heißt ja nicht, dass die auch wirklich den Unterricht komplett alleine bewältigen können. Die können sich natürlich untereinander helfen. Das kann ich versuchen im Miteinander. Aber auch ich als Lehrperson bin immer gefordert. Und zwar ständig und dafür habe ich eigentlich zu wenig Zeit. Sodass ich mir wünsche, dass zum Beispiel der Bereich der Inklusion, dass das nicht so vernachlässigt wird. Da hat kaum noch jemand einen Blick drauf.

Grundschule Typ A

[c] Und ich denke, es müssen zwei, ob das jetzt eine Lehrperson oder eine Sonderpädagogin ist, aber ich finde, alleine in der Klasse zu sein mit 30 Kindern, und das ist nicht selten, das kann nicht- das ist nicht zu leisten.

Grundschule Typ A

[d] Ich finde so Aspekte wie Höflichkeit, Freundlichkeit im Umgang miteinander oder ach dieses, ich habe meine persönlichen Sachen, die sind mir wichtig, so dieses individualisierte Streben nach persönlichem Glück, das macht sich auch in Schulen bemerkbar. Und nicht mehr so dieses Kollektive.

Grundschule Typ A

[e] Und heute ist es dann vielleicht eher so, dass gesagt wird, was ist denn passiert und was hat die Lehrperson vielleicht auch sofort falsch gemacht. So, dass eben eine ganz andere Schuldzuweisung oft auch schon im Raum steht, bevor ein Sachverhalt geklärt werden kann.

Grundschule Typ A

[f] Oder - Es ist für Eltern durchaus einfacher, ich habe mein Kind unter Aufsicht, vermeintlich. Und es sitzt vor einer Konsole, es hat ein Handy in der Hand. Aber ich habe es ja im Blick. So. Wenn es vielleicht draußen ist, weiß ich nicht, was es jetzt gerade macht. Muss ich mich drum kümmern. Oder ich gehe mit meinem Kind raus. Zumindest bei kleineren Kindern ist es ja schon so, dass man die auch nach draußen begleitet. Und das spare ich mir natürlich. Das brauche ich nicht mehr. Ich gehe nicht mehr zum Spielplatz, sondern ich bleibe in der Wohnung und treffe mich mit Freunden, die Kinder sind beschäftigt. Ist ein preiswertes Kindermädchen, sage ich jetzt mal.

C Das Ruhrgebiet gibt es gar nicht

TNS Infratest Sozialforschung
Landsberger Str. 284
80687 München
Tel.: 089 / 5600 - 1399

CID 2016

Leben in der Region

Ruhrpott, Revier
oder
Metropole-Ruhr

Zusatzfragebogen

für **alle** Personen im Haushalt, die **1976 und früher** geboren sind.

Unsere Fragen beziehen sich normalerweise auf das Leben in Deutschland insgesamt.
Aber Ihr Alltag findet ja nicht irgendwo in Deutschland statt, sondern vor Ort, da wo Sie leben.
In Ihrer Gemeinde bzw. Stadt und insbesondere in Ihrer Nachbarschaft leben Sie Tag für Tag.
Und die Gegend, in der man lebt, ist immer wieder Veränderungen unterworfen.
Dort mehr, da weniger.

Mit diesem kurzen Fragebogen wollen wir erfahren wie das bei Ihnen ist? Wie stark fühlen Sie sich ihrem Wohnort bzw. Ihrer Wohngegend verbunden? Gab es in den letzten Jahren oder Jahrzehnten große Veränderungen? Wie bewerten Sie diese?

Ihre Mitarbeit ist freiwillig. Die wissenschaftliche Aussagekraft dieser Untersuchung hängt aber entscheidend von der Mitarbeit **aller** Personen in **allen** Haushalten ab.

Darum bitten wir Sie herzlich,
– unserem Mitarbeiter dieses Interview zu gewähren
– **oder** den Fragebogen sorgfältig selbst auszufüllen.

Bitte vor Übergabe unbedingt eintragen lt. Adressenprotokoll:

Nr. des Haushalts: ☐☐☐☐☐☐☐

Vorname der Befragungsperson: ☐

Personen Nr.: ☐☐

Geburtsjahr, Geburtsmonat und Geschlecht der Befragungsperson:

1 9 ☐☐ (Jahr) ☐☐ (Monat)

Männlich .... ☐ Weiblich .... ☐

1. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit der Lebensqualität hier in Ihrer Wohngegend.

☞ *Antworten Sie bitte anhand der folgenden Skala,*
*bei der "**0**" ganz und gar **unzufrieden**, "**10**" ganz und gar **zufrieden** bedeutet.*
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.



0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

ganz und gar ***unzufrieden*** — ganz und gar ***zufrieden***

2. Wie lange leben Sie schon hier in dieser Wohngegend?

unter 5 Jahre ..... ☐ ➡ *Frage **6!***
5 bis unter 15 Jahre ..... ☐ ➡ *Frage **5!***
15 bis unter 25 Jahre ..... ☐ ➡ *Frage **4!***
25 Jahre oder länger..... ☐ ⇩

3. Welches der neun Bilder passt am besten zur Entwicklung der Lebensqualität Ihrer Wohngegend im Vergleich zu den letzten 25 Jahren, also etwa von 1990 bis heute?

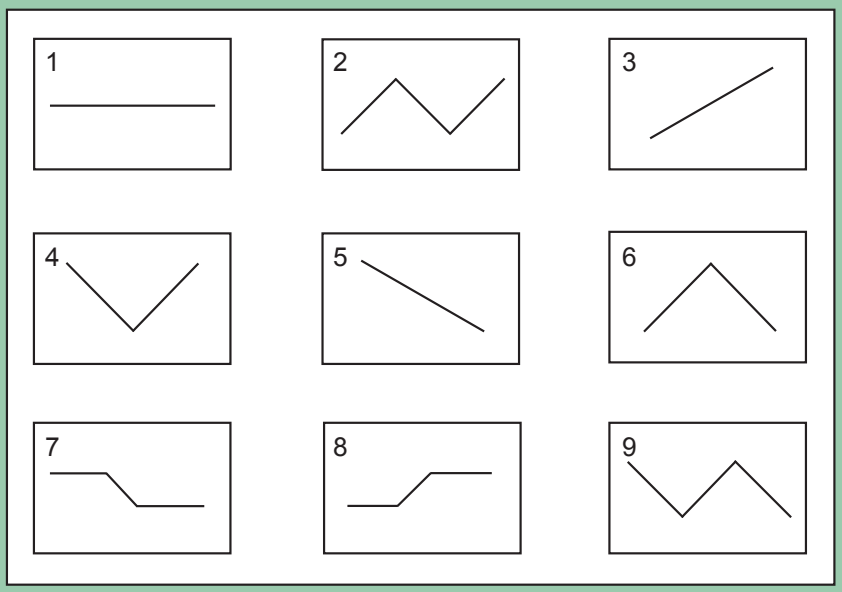
Bitte Kenn-Nummer eintragen: ☐

4. Welches der neun Bilder passt am besten zur Entwicklung der Lebensqualität Ihrer Wohngegend im Vergleich zu den letzten 15 Jahren, also etwa von 2000 bis heute?

Bitte Kenn-Nummer eintragen: ☐

5. Welches der neun Bilder passt am besten zur Entwicklung der Lebensqualität Ihrer Wohngegend im Vergleich zu den letzten 5 Jahren, also etwa von 2010 bis heute?

Bitte Kenn-Nummer eintragen: ☐



6. Was ist in Ihrer Wohngegend, seit Sie dort wohnen, schlechter geworden?
Nennen Sie bitte eine Sache, die Ihnen am wichtigsten erscheint.

7. Was ist in Ihrer Wohngegend, seit Sie dort wohnen, besser geworden?
Nennen Sie bitte eine Sache, die Ihnen am wichtigsten erscheint.

8. Wie beurteilen Sie das Verhältnis der Leute hier in der Wohngegend zueinander?
Welche Aussage trifft am ehesten zu?

- Die Leute kennen sich kaum ☐
- Man spricht schon mal miteinander ☐
- Es gibt einen relativ engen Zusammenhalt ☐
- Ist ganz unterschiedlich / dazu kann ich nichts sagen ☐

9. Wie eng ist Ihr Kontakt zu Ihren Nachbarn hier im Haus oder im Wohngebiet?

- Sehr eng ☐
- Eng ☐
- Mittel ☐
- Nur flüchtig ☐
- Gar kein Kontakt ☐

10. Haben Sie Nachbarn, mit denen Sie sich so gut verstehen, dass Sie sich gegenseitig besuchen?

- Ja ☐ ⇨
- Nein ☐ ⇩

11. Wie häufig besuchen Sie sich normalerweise?

- Beinahe täglich ☐
- Mindestens einmal pro Woche ☐
- Mindestens einmal pro Monat ☐
- Seltener ☐

12. Und nun noch eine ganz andere Frage:

Am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), in dessen Auftrag „Leben in Deutschland“ seit 1984 durchgeführt wird, und an der Ruhr-Universität Bochum, gibt es einige Wissenschaftler, die das Leben im Ruhrgebiet intensiv untersuchen.

Diese Wissenschaftler würden sich gerne mit Menschen die im Ruhrgebiet leben und sich daher am besten auskennen, also mit Ihnen, unterhalten.

Dabei soll es einerseits um die Erfahrungen in den letzten Jahren, Jahrzehnten und über die Situation heute gehen, andererseits auch darüber, was in der Region verbessert werden könnte.

Für so ein Gespräch sind etwa eineinhalb Stunden vorgesehen. Falls dafür ausgewählt werden und sich daran beteiligen, würden Sie dafür als Anerkennung 25,- Euro erhalten.

Wären Sie an so einem persönlichen Gespräch mit einem der Wissenschaftler bei Ihnen Zuhause interessiert und können wir zur Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung Ihre Adresse und Telefonnummer an die oben genannten Forschungseinrichtungen weitergeben?
☞ *Nach Abschuss des Projekts werden diese Forschungseinrichtungen Ihre Kontaktdaten wieder löschen.*

Ja, ich bin an so einem Gespräch interessiert, meine Adresse und Telefonnummer kann zu diesem Zweck an die obengenannten Einrichtungen (DIW und Ruhr-Universität) weitergegeben werden..... ☐ ⇨

Unterschrift des / der Befragten

Nein, ich bin nicht interessiert ..... ☐

A Welches Datum haben wir heute und um wie viel Uhr haben Sie den Fragebogen beendet?

Tag	Monat	Stunde	Minute

B Wie wurde die Befragung durchgeführt?

Mündliches Interview..... ☐

Befragter hat den Fragebogen selbst ausgefüllt, und zwar:

– in Anwesenheit des Interviewers..... ☐
– in Abwesenheit des Interviewers..... ☐

Teils mündlich, teils selbst ausgefüllt..... ☐

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Ich bestätige die korrekte Durchführung des Interviews:

Listen-Nr.	Lfd. Nr.	Abrechnungs-Nummer	Unterschrift des Interviewers

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
ZEFIR - Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung
Gebäude LOTA 38 **|** Universitätsstraße 150 **|** D-44780 Bochum
Fon +49 (0)234 32-24675 **| Fax** +49 (0)234 32-14253
zefir@rub.de
www.rub.de/zefir

ISBN: 978-3-946044-06-2